

Empirische Nachhaltigkeitsansätze im Lichte von Theorien der Entwicklung der modernen Gesellschaft

Von der Universität Oldenburg – Fachbereich 3 Sozialwissenschaften – zur Erlangung
des Grades eines

Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

(Dr. rer.pol.)

genehmigte Dissertation von

Ulrich Schachtschneider

geb. am 24.09.1962 in Oldenburg

Referent: Prof. Dr. Walter Siebel

Korreferent: Prof. Dr. Eberhard Schmidt

Tag der Disputation: 05.02.2002

Inhalt

Vorwort

1	Einleitung.....	1
1.1	Nachhaltige Entwicklung als Anfrage an die Moderne	1
1.2	Empirische Nachhaltigkeitsansätze und Modernitätstheorien	4
1.3	Fruchtbarkeiten von Gesellschaftstheorien.....	7
1.4	Fahrplan: Einzelne Züge und Anschlüsse	12
2	Empirische Nachhaltigkeitsansätze.....	15
2.1	"Nachhaltige Entwicklung": Diffusion des Leitbilds	15
2.2	Nachhaltigkeitskonzepte	18
2.3	Nachhaltigkeitsansätze: Analytische Kategorien.....	23
2.4	Gewichtungen	31
2.5	Moderne Gesellschaft und Nachhaltigkeitsansätze: Problematisierungen.....	34
3	Unilinear strukturfunktionalistische Modernisierung	43
3.1	Repräsentation und Mehrheitsregel als Notwendigkeit eines politischen Marktes	48
3.2	Stratifikation als Imperativ der Effizienz.....	55
3.3	Kommunarität im Widerspruch zu generalisierter Kommunikation	57
3.4	Egalität als gesamtgesellschaftliche Option.....	63
3.5	Massenkonsum als strukturell geförderter kultureller Ausdruck	67
3.6	Entbettung statt Regionalisierung	69

4	Reflexive Modernisierung	73
4.1	Entbettung versus Partizipation	75
4.2	Partizipation und Reflexion als Dissensmaschine.....	77
4.3	Soziale Ansätze zwischen Entbettung und Reflexion	84
4.4	Entgrenzungen statt Regionalisierung.....	89
5	Theorie kommunikativen Handelns	91
5.1	Partizipation als Voraussetzung und Konsens als Ergebnis diskursiver Verständigung.....	92
5.2	Verständigungsstörung durch Kolonisierung der Lebenswelt	96
5.3	Deliberative Politik als Teilung des Diskurses versus direkte und korporatistische Partizipation.....	104
5.4	Normabstraktion als Diskursfolge	112
5.5	Exklusionen	115
5.6	Der Diskurs als Ausnahmesituation.....	122
5.7	Soziale Ansätze.....	126
6	Regulationstheorie	131
6.1	Grenzen wirksamer Partizipativität durch Regulation	135
6.2	Grenzen postfordistischer Partizipativität.....	141
6.3	Regulation als Resultat und Modus von Kämpfen um Konsens	152
6.4	Konfliktorische Desintegration und partizipativ-konsensuale Integration im Postfordismus	158
6.5	Weniger Egalität durch Spaltungen und Selbstorganisation	162
6.6	Mehr Kommunarität im Postfordismus.....	168
6.7	Suffizienz versus marktförmige Durchdringung.....	170
6.8	Regionalisierung als Globalisierungselement.....	174
6.9	Richtungslose technologische Beschleunigung im Postfordismus.....	179

7	Mehr Gegenspieler als Partner: Begrenzte Anschlussfähigkeiten.....	183
7.1	Gegenspieler und Partner empirischer Nachhaltigkeitsansätze.....	183
7.2	Anschlussfähigkeiten: Von Unmöglichkeit bis Ambivalenz	200
7.3	Ausweg Technik?	201
8	Nachhaltigkeit und Theorien der Moderne: Ein Einstieg	205
8.1	Empirische Nachhaltigkeitsansätze vor dem Hintergrund von Moderneerklärungen.. ..	205
8.2	Offene Fragen	207
Literatur		215

Vorwort

Vom Nutzen des Rastens

Wir befinden uns schon einige Zeit auf dem Weg. Wir wollen nicht in das Land, wo Milch und Honig ewig fließt. Aber wir sind aufgebrochen in das Land, in dem das Wasser nicht mehr so bedrohlich steigen wird. Wir kennen es auch noch nicht genau, denn niemand vor uns war schon dort. Trotzdem haben wir uns entschieden, für unsere Hoffnung den mühseligen Weg zu versuchen. Leichtfüßig starteten wir, doch mit der Zeit spürten wir die Schwere unseres Rucksackes. Dessen Inhalt? Wichtiges Unschönes, schönes Unwichtiges oder unwichtiges Unschönes? Wir wissen es nicht genau. Nur sein Gewicht belastet uns mehr und mehr.

Aber wir wollen keine Zeit verlieren. So kommt es, dass wir noch keine Muße fanden, den Rucksack herunterzunehmen. Um ihn uns anzusehen. Nur flüchtige Blicke über den Rücken brachten uns seine äußeren Konturen ins Blickfeld. Und seine Schwere spüren wir mit jedem Schritt.

Da begegnet uns jemand, der sagt, er habe das gleiche Ziel. Er muß einer von uns sein, er trägt den gleichen Rucksack. Er hatte das Glück, eine kleine Abkürzung gefunden zu haben. Das war nicht allein sein Verdienst. Andere hatten sie ihm beschrieben, so dass er sie leichter finden konnte. Deshalb erlaubte er sich eine etwas längere Rast, um den Rucksack in Ruhe einmal durchzuwühlen. Er sagt, es stecken ja so viele Dinge darin. Er erzählt uns viel von dem Rucksack. Er weiß, warum er so schwer ist. Auch kann er erklären, wie das alles da hinein kam. Allerdings scheint er nicht allzu viel weggeworfen zu haben. Auch er muss langsam gehen.

Eine lange, manchmal etwas schwierige, aber spannende Geschichte. Eine Rast wäre danach sicherlich hilfreich. Nicht, um dann sitzen zu bleiben. Wir haben uns ja entschlossen, den Weg weiter zu gehen. Aber unseren Rucksack können wir erst einmal in Ruhe betrachten. Eine Geschichte über seinen Inhalt haben wir dann ja schon gehört. Aber gucken wir uns die Sachen doch lieber mit eigenen Augen an. Vielleicht hilft uns die Erzählung, um bestimmte Dinge aus dem Rucksack überhaupt einordnen zu können. Es ist bestimmt einiges darin, was wir noch nicht gesehen haben. Warum könnte er sonst so schwer sein?

Wir werden den Rucksack endlich einmal vor uns ausbreiten. Wir werden dann wissen, welcher Ballast darin ist und welche wichtigsten Reiseutensilien. Werden wir das wissen? Nein, aber vielleicht können wir es dann besser abwägen.

1 Einleitung

1.1 Nachhaltige Entwicklung als Anfrage an die Moderne

Spätestens seit der UNCED-Konferenz¹ von Rio im Jahre 1992 ist das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung, die angesichts zunehmender globaler Probleme soziale, ökonomische und ökologische Zielstellungen integrieren will, weltweit von Regierungen bis hin zu sozialen Bewegungen verankert. Die Zustimmung zum integrativen Entwicklungsziel Nachhaltigkeit war die Reaktion auf die Einsicht in die prinzipielle Unvollkommenheit einer rein additiven Umweltpolitik, die sich in den beiden vorausgegangenen Jahrzehnten etabliert hatte. Die Plausibilität der für das Nachhaltigkeitsziel angestrebten Integration der drei Bestandteile Soziales, Ökonomie und Ökologie kann verdeutlicht werden, wenn wir uns die Situation bei Abwesenheit jeweils einer Anforderung vergegenwärtigen:

- Ökologische und soziale Nachhaltigkeit kann auch eine vorindustrielle *einfache Gemeinschaft* aufweisen. Die Lebensbedingungen bleiben erhalten und die Sozialform wird als legitim und gerecht akzeptiert. Es fehlt jedoch die Ökonomie, die Leistungsfähigkeit zur Güterproduktion zwecks Befriedigung von Bedürfnissen. Diese Ordnung ist daher dauerhaft nicht durchhaltbar, nicht nachhaltig.
- Ökonomische und soziale Nachhaltigkeit kann auch in der *industriellen Zugewinnsgesellschaft* verwirklicht werden. Vielfältige Bedürfnisse können befriedigt werden bei sozialer Stabilität durch Massenwohlstand und Wirtschaftswachstum. Es fehlt jedoch die Ökologie, die Sicherung der äußeren Lebensbedingungen. Diese Ordnung kann daher ebenfalls nicht dauerhaft durchhaltbar sein.
- Ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit kann auch bei *globaler Reichtumsasymmetrie* realisiert werden. Die Leistungsfähigkeit zur Güterproduktion ist gesichert und die Sicherung der Lebensgrundlagen dadurch begrenzt, dass die Länder des Südens weiterhin so wenig Ressourcen verbrauchen wie bisher und der Nordwesten seine Produktion ökologisch reformiert. Diese Ordnung wäre jedoch als unsozial delegitimiert und ebenfalls dauerhaft nicht aufrechtzuerhalten.

Die hier verdeutlichte Notwendigkeit einer Integration der drei Säulen Ökonomie, Ökologie und Soziales als Anforderung einer modernen Gesellschaft erklärt das hohe Konsenspotential des Paradigmas „Nachhaltige Entwicklung“ bzw. kürzer: „Nachhaltigkeit“, da es eben diese als elementare Notwendigkeit erkannte Integrationsleistung verheißt. Der konsensuale Rahmen erschöpft sich jedoch auf einen schmalen Bereich gemeinsam geteilter Grundregeln bezüglich der Grenzen zulässiger Naturnutzung durch die Menschheit. Darüber hinaus gehende Operationalisierungs- und

¹ UNCED: United Nations Conference on Environments and Development

Konkretisierungsversuche mußten zwangsläufig unterschiedliche Problemsichten und Lösungsansätze freilegen. Studien wie „Sustainable Netherlands“ oder „Zukunftsfähiges Deutschland“ zeigen etwa, daß Schritte in Richtung Nachhaltigkeit nicht ohne eine Änderung nördlicher Lebensstile und Produktionsmuster möglich sein werden und sind folglich wachstumskritisch. In Vorstellungen von Wirtschaftsverbänden wird hingegen im wesentlichen ein Innovationsstau für mangelnde Nachhaltigkeit verantwortlich gemacht. Staatliche Institutionen wie etwa das Umweltministerium setzen neben Aufklärung für mehr Umweltbewußtsein auf erneuerte Formen politischer Steuerung und die Förderung von technischem Fortschritt in Richtung von mehr Effizienz und Naturkonsistenz anthropogener stofflicher Kreisläufe. Initiativen zur Umsetzung der lokalen Agenda 21 halten zudem häufig die Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen für notwendig. Diese unvollständige Aufzählung zeugt von der Fülle der Nachhaltigkeitsansätze. Dies hat mit unterschiedlichen Vorstellungen vom richtigen Zusammenleben der Menschen zu tun. Diese Differenzen zeigen sich in einer offenen Gesellschaft geradezu zwingend in der Öffentlichkeit, in abgeschotteten Gesellschaftssystemen wären sie unter der Oberfläche vorzufinden. Vor diesem Hintergrund ist es unverständlich, daß immer noch viele in den Nachhaltigkeitsdiskurs involvierte Akteure aus Wissenschaft, Politik oder Gesellschaft von *dem* Konzept Nachhaltigkeit ausgehen und sich über eine „Verwässerung“ der eigentlich doch klaren harmonischen Vision beklagen.

Die Grundsätzlichkeit des Paradigmenwechsels, die Diffusion des Leitbilds sowie die Gleichzeitigkeit von Leitbildakzeptanz und unterschiedlichsten Konkretisierungen lassen die Etablierung von „Nachhaltiger Entwicklung“ bzw. „Ökonomie, Ökologie und Soziales!“ als einen Bruch erscheinen, der durchaus mit dem der französischen Revolution vergleichbar ist. „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!“ war ein grundlegender Paradigmenwechsel, hat(te) als gehaltvolle Formel ein hohes Konsenspotential, verbreitete sich in fast alle Ecken des Globus und war aufgrund seiner impliziten Zielkonflikte Ausgangspunkt für unterschiedlichste Operationalisierungen, Gewichtungen und politische Konzepte. Ob Liberale, Sozialdemokraten, Sozialisten oder Kommunisten: Alle konnten und können sich mit ihrer spezifischen Interpretation, mit ihren Gewichtungen und ihrer Variation der Integration der Teilziele berechtigt und gleichzeitig unberechtigt auf das Paradigma berufen.²

Eine weitere Parallele: Nach anfänglicher Euphorie, mit dem alle Probleme integrierenden Ziel endlich den Schlüssel für eine gemeinsame Problemlösung gefunden zu haben, ist Ernüchterung eingetreten. So gibt es trotz vielem staatlichen, zivilgesellschaftlichen und privaten Engagement nach etwa einem halben Jahrzehnt Bemühungen unter dem Stern der Nachhaltigkeit nahezu keine Indikatoren, die auch nur den Beginn einer Entschärfung von als nachhaltigkeitsrelevant konstatierten Schlüsselproblemen wie etwa Ressourcen- und Flächenverbrauch, Treibhauseffekt, Reichtumsverteilung etc anzeigen.

Nachhaltigkeitsanstrengungen geraten häufig gerade dann in Konflikt mit anderen Interessen, etwa wirtschaftlichen und politischen Zielstellungen oder Konsumpräferenzen, wenn die anvisierten Änderungen über Additive zur bisherigen Entwicklung hinausgehen und an deren grundlegende Strukturen stoßen. Erscheinungen wie etwa

- die Konterkarierung von Bemühungen zur Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene durch die Ausweisung neuer Gewerbegebiete in Autobahnnähe

² Bleibt zu hoffen, dass die Auseinandersetzungen um die richtige Realisation nachhaltiger Entwicklung nicht so blutig geführt werden wie die Kämpfe der politischen Erben der französischen Revolution, die vorläufig bis in das „kurze 20. Jahrhundert“ (Hobsbawm) andauerten. Die Unwahrscheinlichkeit eines Konsenses bei der Ausgestaltung des neuen Leitbilds (s.u.) muss ja nicht zwangsläufig kriegerische Auseinandersetzungen nach sich ziehen.

- die Planung immer neuer Baugebiete auf der grünen Wiese trotz allgemein akzeptierter Kritik an der Suburbanisierung in den städtebaulichen Planungsinstitutionen
- der Anstieg des Heizenergieverbrauchs, da die Bedürfnisse nach mehr Wohnfläche den Fortschritt durch effizientere Heiztechnik und bessere Wärmedämmung kompensieren
- das Verschwinden von Energiespargutachten mitsamt den darin nachgewiesenen technischen Einsparpotentialen in den Schubladen, weil nur wenige Akteure bereit sind, entgegen der ökonomischen Vernunft Geld zu verschenken
- das Steckenbleiben konsensorientierter Agenda-Prozesse, die mit der kollektiven Akzeptanz relativ substanzloser Oberziele ihren Zenit scheinbar schon überschritten haben
- die weitere Verschlechterung der globalen terms of trade für die Menschen des Südens - ob mit oder ohne verbesserten Erzeugerpreisen in den Weltläden -

deuten auf tieferliegende Widersprüche.

Oft scheinen moderne Gesellschaften prägende Entwicklungen wie etwa Massenkonsum, Individualisierung, globalisierte Arbeitsteilung oder ökonomische und politische Konkurrenz eher hinderlich als hilfreich zu sein. In den bisher veröffentlichten Studien, die sich mit Wegen zur Umsetzung des Nachhaltigkeitsziels beschäftigen, wird die Möglichkeit der Existenz gesellschaftsstruktureller Hindernisse zwar durchaus angesprochen, diese werden jedoch entweder nur vage umrissen oder in ihrer Wirkung unterschätzt:

- In der Studie des Umweltbundesamtes „Nachhaltiges Deutschland“ (UBA 1997) ist zum Beispiel die Rede von „überkommenen, mit dem Nachhaltigkeitsprinzip nicht zu vereinbarenden Wirtschafts-, Rechts- und Verwaltungsstrukturen“, die „anzupassen sind“ und eine „tiefgreifende Veränderung der Produktions- und Konsummuster“ voraussetzen.
- In „Zukunftsfähiges Deutschland“ des Wuppertal-Instituts (BUND 96) heißt es etwa angesichts der Diskrepanz zwischen technisch nachgewiesenen Reduktionspotentialen beim Energieverbrauch und den absehbaren Umsetzungsdefiziten, daß „die Defizite offensichtlich weniger in Wissenschaft und Technik als vielmehr in der Politik und in der zaghaften Umsetzung“ lägen. Zu fragen sei nach „den Kontexten organisierter und potentieller Widerstände, nach sozialen, politischen und ökonomischen Konflikten eines zukunftsfähigen Deutschlands“.
- In der frühen Nachhaltigkeitsstudie „Sustainable Netherlands“ (ISOE 1994) werden zwar die Problemfelder wie Einkommensverteilung, globaler Handel, Individualisierung benannt, in ihnen wird jedoch kein grundsätzliches Hindernis für eine kantianische Ethik weltweit egalitärer Verteilung globaler Umweltgüter gesehen.
- Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen fordert in seinem Jahresgutachten 1994 (SRU 94) die Abkehr vom „traditionellen Fortschritts- und Wachstumsmodell“.

Bei diesen Andeutungen grundlegender struktureller Kollisionen belassen es die angeführten Konzepte. Die weitere Behandlung von Hindernissen beschränkt sich dort im wesentlichen auf die Behandlung von an der Oberfläche erscheinenden Hemmnissen auf politischer, wirtschaftlicher und konsumptorischer Ebene, die unterhalb der Beschäftigung mit Ausformung und Ursachen grundlegender Entwicklungsrichtungen moderner Gesellschaften angesiedelt ist. Hier setzt die Fragestellung dieser Untersuchung an, die einen Beitrag leisten möchte zur Aufklärung über die Anschlußfähigkeit von Nachhaltigkeitspolitik an den Entwicklungsstand und die Entwicklungsdynamik moderner Gesellschaften.

1.2 Empirische Nachhaltigkeitsansätze und Modernitätstheorien

Ausgangspunkt dieser Untersuchung, die als ein Teil und als ein Einstieg zu dieser umfassenden Frage nach den Chancen von Nachhaltigkeitsstrategien verstanden werden muss, sind der empirische Nachhaltigkeitsdiskurs und entsprechende Nachhaltigkeitspolitiken. Die dort feststellbaren Nachhaltigkeitsstrategien sollen vor dem Hintergrund theoretischer Erklärungen der Entwicklung moderner Gesellschaft auf ihre Anschlussfähigkeit hin geprüft werden. Dies erfordert zwei wesentliche Schritte:

1. Eine Komplexitätsreduzierung des Nachhaltigkeitsdiskurses:
Welche grundlegenden Nachhaltigkeitsansätze, das heißt welche Vorstellungen über die richtigen Schritte in Richtung mehr Nachhaltigkeit sind festzustellen im Nachhaltigkeitsdiskurs? Welche normativen Vorstellungen existieren in Nachhaltigkeitspolitiken und –diskursen, seien sie in Studien zum Ausdruck gebracht oder in der politischen Praxis von Nachhaltigkeitspolitikern wie etwa bei Aktivisten der lokalen Agenda-Prozesse oder staatlich-politischen Akteuren der Umweltpolitik zu beobachten?
2. Die Prüfung dieser grundlegenden Nachhaltigkeitsansätze:
Welche Anschlußfähigkeit weisen diese normativ und funktional begründeten Nachhaltigkeitsvorstellungen auf vor dem Hintergrund theoretischer Erklärungen moderner Gesellschaften? Welche direkten und welche impliziten Hinweise lassen sich in Modernitätstheorien finden für Chancen und Hindernisse bei der Verwirklichung der empirischen Nachhaltigkeitsstrategien?

Folgende Grundtypen von Nachhaltigkeitsansätzen können unterschieden werden:

- Der technische Ansatz (Effizienz/ Konsistenz)
- Der soziale Ansatz (Suffizienz/ Kommunität/ Egalität)
- Der politische Ansatz (Konsensualität, Partizipation, Kommunikation)
- Der raum- und zeitstrukturelle Ansatz (Regionalisierung, Entschleunigung)

Die Auflistung an dieser Stelle soll lediglich verdeutlichen, was überhaupt mit Nachhaltigkeitsansätzen gemeint ist. Auf Differenzierungen, Widersprüchlichkeiten, Überschneidungen, und Reichweite der genannten Unterscheidungen wird im Laufe dieser Arbeit noch ausführlich eingegangen werden. Fast alle bisher in den Diskurs und in praktische Politik eingebrachten Nachhaltigkeitsstrategien bestehen in einer Kopplung verschiedener Ansätze aus diesem Set, nicht selten in der Kombination aller genannten. Herausgearbeitet werden soll in diesem Rahmen ebenfalls die Gewichtung der Ansätze in einzelnen Dokumenten, die von verschiedenen Akteursgruppen in den Nachhaltigkeitsdiskurs eingebracht wurden.

Die Modernitätstheorien, in denen hier nach Hinweisen für die Anschlußfähigkeit dieser unterschiedlichen Nachhaltigkeitsansätze gesucht werden soll, lassen sich in folgende Ansätze einteilen:

- Theorie einfacher, strukturfunktionalistischer Modernisierung (Parsons, Münch, Zapf u.a.)
- Theorie reflexiver Modernisierung (Beck, Giddens u.a.)
- Regulationstheorie (Lipietz, Hirsch u.a.)
- Theorie des kommunikativen Handelns (Habermas u.a.)

Die Theorie einfacher Modernisierung geht von der Existenz einer universalen evolutionären Entwicklung aus, deren Vorreiter die westlichen Industrienationen sind. Als auf Dauer unhintergehbare Basisinstitutionen moderner Gesellschaften werden etwa Konkurrenzdemokratie, Konkurrenzwirtschaft, Wohlfahrtsstaat und Massenkonsum genannt. Diese und andere Entwicklungen werden aus ihrer Funktionalität für die Gesamtstruktur heraus begründet. Dieser Ansatz geht von einer Gestaltbarkeit der Moderne aus und spricht ihr damit eine prinzipielle Lösungskapazität auch für das Nachhaltigkeitsproblem zu.

Die Theorie reflexiver Modernisierung beruht auf einem zweigeteilten Modell der Herausbildung der Moderne. Während der erste Teil mit der Etablierung geschichteter Industriegesellschaften abgeschlossen ist, vollzieht sich in der zweiten, reflexiven Phase die vollständige Realisation der in der ersten Phase noch nicht oder nur unvollständig eingelösten Verheißungen der Moderne - etwa die Emanzipation aus historisch vorgegebenen soziokulturellen, geschlechtsspezifischen und ökonomischen Lebenszusammenhängen. Die Megatrends dieser reflexiven Modernisierung sind Globalisierung und Individualisierung. Weiteres Kennzeichen ist die Emergenz der Nebenfolgen der ersten Moderne und damit auch des Nachhaltigkeitsproblems. Einerseits begründet dieser Ansatz geringere Steuerungskapazität bzw. deren Sichtbarwerden, andererseits charakterisiert er die zweite Moderne als Phase vollendeter Emanzipation, die die Möglichkeit der Selbstbeschränkung einschließt und somit etwa auch die Nachhaltigkeitskrise überwinden kann.

Die Theorie kommunikativen Handelns verortet eine sprachlich-diskursiv basierte permanente Rationalitätssteigerung in der Moderne, deren Basis - eine zumindest rudimentär intakte Lebenswelt - jedoch angesichts drohender Kolonialisierungstendenzen durch die ausdifferenzierten Systeme Wirtschaft und Staat prekär ist. Die Handlungskompetenz für sämtliche regelungsbedürftige Materie und damit auch des Nachhaltigkeitsproblems wird hier im Spannungsfeld systemischer Eigenlogiken und rationaler Abwägung konzipiert.

Die ökonomiezentrierte, aber nicht ökonomistische Regulationstheorie charakterisiert die Gesellschaft als eine kapitalistische, deren historische Formation neben dem Akkumulationsregime durch ein soziales Paradigma und eine bestimmte Regulationsweise bestimmt ist. Mit letzterer sind die institutionellen Formen sowie explizite und implizite Normen gemeint, die die Kompatibilität von Verhaltensweisen innerhalb eines die Kapitalrentabilität garantierenden Akkumulationsregimes sichern. Nach diesem Ansatz kristallisiert sich seit den siebziger Jahren die neue Regulationsweise des Postfordismus heraus. Auslöser des Wandels ist eine ökonomische, politische und ideologische Krise des auf tayloristischer Arbeitsorganisation, grenzenlosem Fortschrittsglauben, keynesianischer Steuerung und sozialstaatlichem Kompromiß basierenden Fordismus. Intendierte Schritte in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung müssen nach diesem Ansatz innerhalb der nicht-linear konzipierten kapitalistischen Moderne untergeordneter Natur bleiben.

Die vier Theorieansätze decken so – auf den ersten Blick – ein Spektrum unterschiedlichen Optimismus' bezüglich der Kapazitäten moderner Gesellschaften, das umfassende Gestaltungsproblem einer nachhaltigen Entwicklung in den Griff zu bekommen, ab.

Eine solche Theorieauswahl ist natürlich immer unvollständig. Die komplette Vielfalt von Erklärungsansätzen kann nicht berücksichtigt werden, hier soll kein Lexikon der soziologischen Theorien erstellt werden. Was rechtfertigt die vorgenommene Auswahl?

Erstens sind nur Theorien enthalten, die die Entwicklungen der aktuellen modernen Gesellschaft beschreiben oder zumindest mit im Blick haben. Diese Anforderung können

die großen Theorien zu Zeiten früherer Phasen moderner Gesellschaften, etwa die originäre marxistische Analyse der bürgerlichen Gesellschaft oder die Webersche Rationalisierungsdiagnose natürlich nicht erfüllen. Dennoch fließen die grundlegenden Interpretationen derartiger basaler gesellschaftstheoretischer Richtungen natürlich in die hier zu Rate gezogenen Theorien ein. Die vorgestellten Ansätze beginnen ja nicht bei Null.

Zweitens sind nur Theorien mit gesamtgesellschaftlichem Erklärungsansatz berücksichtigt. Gerade die Erklärungen für die Verflechtungen einzelner Modernitätsentwicklungen sollen herausgearbeitet werden, um die Chance für einen Blick über Partikularitäten hinaus zu wahren. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Moderneerklärung ein vollständig originäres kategoriales Grundgerüst aufweist, ob sie mehr empirisch-induktiv oder axiomatisch-deduktiv arbeitet, auf welchen Abstraktionsebenen der Ansatz rangiert. Entscheidend ist eine originäre Erklärung grundlegender Entwicklungen der Moderne. Sie kann vom eher zeitdiagnostischen Ansatz der reflexiven Modernisierung ebenso geleistet werden wie von der abstrakten Theorie des kommunikativen Handelns. Eine entsprechende Wertung, eine Plausibilitätseinschätzung soll dem Leser überlassen bleiben. Hier geht es nicht um einen Entscheid für den besten theoretischen oder methodischen Ansatz, sondern um die Herstellung eines Überblicks über die Begründungsgänge verschiedener theoretischer Ansätze, um die Anschlussfähigkeit von Nachhaltigkeitsansätzen etwas besser beurteilen zu können.

Drittens hat die vorgenommene Auswahl den Anspruch, verschiedene mögliche Sichtweisen gesellschaftlicher Entwicklung zu beherbergen. Enthalten sein sollen Diagnosen harmonischer und krisentheoretischer, linearer und gebrochener, handlungsorientierter und systemtheoretischer sowie ökonomiezentrierter und multikausaler Entwicklung.

Bei diesem Anspruch taucht natürlich die Frage auf, warum die Theorie autopoietischer Systeme sowie postmoderne Ansätze nicht mit von der Partie sind. Auch letztere beschreiben ja die Gesellschaften, deren Dynamiken und Strukturen hier von Interesse sind. Die semantische Differenz der Vorsilbe sollte für ihre Berücksichtigung kein Hindernis sein. Die Frage nach den Anschlussfähigkeiten bei diesen höchst einflussreichen theoretischen Konzepten steht einerseits anscheinend schon fest: Nachhaltigkeit bzw. einzelne Nachhaltigkeitsansätze als normative Postulate lassen sich nicht sinnvoll anstreben, da sie allerhöchstens partiell wahrgenommen werden können, und gesamtgesellschaftliche Integration, welcher Natur auch immer, damit ein witzloser Anspruch ist (vgl. dazu explizit etwa: LUHMANN 86). Der systemtheoretische Ansatz begründet dies mit der fortschreitenden Arbeitsteilung aufgrund der evolutionstheoretischen Notwendigkeit der Steigerung des Komplexitätsniveaus von gesellschaftlichen (und anderen) Systemen. Durch die so als Haupttrend der Moderne begründete Zunahme funktionaler Differenzierung entstehen autopoietische, also aus sich selbst heraus sich reproduzierende Subsysteme - etwa in Politik, Ökonomie, Recht, Wissenschaft - mit jeweils eigenen Steuerungslogiken, die gesamtgesellschaftliche Integration unmöglich machen.

Aus zwei Gründen erscheint eine Untersuchung postmoderner, konstruktivistischer und autopoietisch-systemtheoretischer Modernekonzeptionen dennoch als lohnendes Unterfangen. Zum einen kann der erste Blick täuschen. Zum anderen ist es ja durchaus möglich, dass zwar der integrative Anspruch als solcher auf keine Resonanz trifft, dennoch einzelne Nachhaltigkeitsansätze aus Sicht dieser Moderneerklärungen sich als mehr oder weniger anschlussfähig erweisen.

Es wird hier aber aus forschungspragmatischen Gründen auf eine Einbeziehung dieser Moderneerklärungen verzichtet: Die Untersuchung wäre zu umfangreich geworden. So

konzentriert sich diese Abhandlung auf grundlegende Theorieansätze, die der modernen Gesellschaft die relativ weitgehendsten Gestaltungsoptionen zuschreiben.

Trotz der schlaglichtartig gezeigten Unterschiedlichkeit der angeführten Konzeptionen der Moderne gehen alle von - teilweise identischen - ubiquitären und unilinearen Trends aus, die eine je nach Theorie mehr oder weniger eigendynamische Qualität für die Strukturierung der Moderne aufweisen. In den Theorien werden unter anderem folgende Entwicklungen begründet:

- Repräsentative Konkurrenzdemokratie, Massenkonsum/ Wohlfahrtsstaat
- Funktionale Differenzierung
- Soziale Mobilität, Individualisierung
- Verwissenschaftlichung, Rationalitätssteigerung
- Ökonomische Konkurrenzsteigerung

Dem ersten Anschein nach sind dies Entwicklungen, die den oben angeführten Nachhaltigkeitsansätzen mit Ausnahme des technischen Ansatzes eher zuwiderlaufen. Damit ist die Hauptthese dieser Arbeit benannt:

Moderne Gesellschaften prägende Entwicklungen sind eher hinderlich bei der Verwirklichung von nicht-technischen Nachhaltigkeitsansätzen.

Diese These ist zunächst trivial bzw. nicht überraschend. Wenn es anders wäre, würde die bisherige Entwicklung wahrscheinlich nicht nicht-nachhaltig verlaufen sein und eine Änderung der Entwicklungsrichtung gar nicht nötig. Oder die anvisierten Änderungen wären schnell erfolgreich zu implementieren. So gesehen kann die These auf einer oberflächlichen Ebene leicht bestätigt werden. In dieser Arbeit geht es jedoch um mehr als die leicht zu beantwortende Frage nach der direkten Anschlußfähigkeit, die augenscheinlich nicht gegeben ist.

1.3 Fruchtbarkeiten von Gesellschaftstheorien

Nützliche Metaerklärungen

Mit der Bezugnahme auf Theorien der Entwicklung moderner Gesellschaften ist die Offenlegung der in ihnen vermuteten Begründungen für die zu erwartenden Barrieren oder Chancen bei der Verwirklichung der empirisch konstatierten Nachhaltigkeitsansätze beabsichtigt. Der Rückgriff auf Gesellschaftstheorien wird nicht deshalb vorgenommen, weil in ihnen so viele direkte Aussagen zu Nachhaltigkeitsansätzen erwartet werden, sondern weil sie Erklärungen für Gesellschaftsentwicklungen sind, aus denen Anhaltspunkte für tieferliegende strukturelle Hemmnisse moderner Gesellschaften bei der Verwirklichung der einzelnen Nachhaltigkeitsansätze entnommen sowie Verflechtungen und - wenn auch nur partiell - Kausalitäten herausdestilliert werden können. Für eine rekonstruktive Analyse von Interdependenzen eignen sich Metatheorien mit ihrem Anspruch gesamtgesellschaftlicher Erklärungen möglicherweise eher als Theorien, die auf einzelne mit Nachhaltigkeitsansätzen verbundene Topoi direkt Bezug nehmen, etwa Theorien der Gemeinschaft, der Bedürfnisentwicklung, der Gleichheit, der Politik, der rationalen Wahl, der Interaktion, der ökonomischen Entwicklung etc. Sie laufen Gefahr,

sich zu sehr auf singuläre Phänomene zu konzentrieren, die mit ihnen verflochtenen gesellschaftlichen Entwicklungen lediglich als Umwelt wahrzunehmen und damit in ihren Erklärungen unvollständig zu bleiben.

Die Fruchtbarmachung von Makroperspektiven der Entwicklungslogik moderner Gesellschaften sind *ein* Zugang zur Erklärung von Barrieren und Chancen von Nachhaltigkeitsansätzen, dem mit dieser Untersuchung wieder ein größerer Rang zugewiesen werden soll. Dieses Vorgehen ist sicherlich etwas unorthodox in einer Phase des Abgesangs auf „Großtheorien“ und „große Erzählungen“, der Partikularisierung soziologischer Theorie. Der Nachhaltigkeitsdiskurs mit seinem umfassenden Veränderungsanspruch provoziert jedoch aus gutem Grund gerade zu solch einer Analyse.

Nützliche Perspektivenpluralität

„Die Identifikation sozialer Verhältnisse ist immer ein bißchen Willkür“ schrieb Alain Lipietz. Er konzidiert die Perspektivabhängigkeit von Diagnosen, ohne gleich in konstruktivistische Agonie bezüglich der Möglichkeit von Erkenntnis gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verfallen. Diese Haltung begründet die Methodik dieser Untersuchung. Die Frage nach den theoretischen Gründen für die Anschlussfähigkeit von einzelnen Nachhaltigkeitsansätzen soll der eklektizistischen Willkür etwas entzogen werden. Deshalb werden verschiedene theoretische Blickwinkel eingenommen. Die Kritik des Konstruktivismus wird damit aufgegriffen, ohne konstruktivistisch zu werden. Das Ziel der Perspektivenübernahme ist eine größere Sicherheit der Erkenntnis. Wenn ein Gegenstand von mehreren Seiten betrachtet wird, sind Fehldiagnosen unwahrscheinlicher als bei eindimensionalem Blick. Natürlich sind sie auch dann nicht ausgeschlossen. Erkenntnis muss prinzipiell - relativ - provinziell bleiben, auch wenn sie ihrem Objekt näher kommt.

Mit diesem Vorgehen ist die Gefahr eines uneinheitlichen Resultates verbunden. Möglicherweise müssen die Chancen für die Nachhaltigkeitsansätze so unterschiedlich beurteilt werden, dass diese Untersuchung keine allgemeine Gültigkeit beanspruchende Diagnose aufweisen wird, von übereinstimmenden Herleitungen ganz zu schweigen. Wäre eine dergestaltige Klarheit in der Aussage beabsichtigt, hätte sich die Untersuchung ihren *einen* theoretischen Ansatz herausgreifen und mit diesem ihre Argumentation aufbauen müssen, ein durchaus legitimes wissenschaftliches Verfahren. Der wissenschaftliche Diskurs lebt vom Bezug von Positionen, in deren Zuge eine bestimmte Wirklichkeitsdeutung begründet wird und damit ein klarer Ansatz zur Diskussion steht. Dieser kann und soll dann Bemühungen um Widerlegung erfahren. Auf dieser Spirale von Positionierung und folgendem Widerspruch schreitet Erkenntnis voran.

Sollten sich nach dieser Untersuchung hingegen diagnostische Konsense herausstellen, haben sie durch die implizite Diskursivität, die durch die Perspektivenübernahme innerhalb dieser Untersuchung vollzogen wird, eine relativ starke Legitimation. Im Fall des Dissenses ist immerhin der Stand der gesellschaftstheoretischen Diskussion in Bezug auf die Frage der Anschlußfähigkeit der empirischen Nachhaltigkeitsvorstellungen referiert. In jedem Fall wird eine Rundschau über *Begründungslinien* verschiedener theoretischer Ansätze gegeben. Allein sie geben unabhängig vom zusammenfassenden Schlusssatz („Nachhaltigkeitsansatz X ist anschlussfähig/ nicht anschlussfähig“) Hinweise auf Interdependenzen, auf mögliche Kopplungen von Entwicklungen, deren Kenntnis wichtigen Input für die Diskussion von Schwierigkeiten bei der Realisation von Nachhaltigkeitspolitiken darstellt. Nicht nur auf das Resultat kommt es hier also an, sondern auf seine Begründungen aus unterschiedlichen theoretischen Perspektiven. Dies ist umso wichtiger, als mit der Koexistenz von Partner- und Gegentrends für die einzelnen

Nachhaltigkeitsansätze zu rechnen ist und so unabhängig von möglichem Theoriedissens keine eindeutigen Schlusssätze erwartet werden können.

Nützlicher Input für die Praxis

Die praktische Relevanz dieses Unterfangens besteht darin, den Beginn einer soziologisch inspirierten und informierten Politikberatung für Nachhaltigkeitsakteure zu versuchen. Der mainstream der politikwissenschaftlich orientierten Beratung für Nachhaltigkeitsakteure focussiert seinen Blick auf Akteurskonstellationen und Kommunikationsproblematiken. Daraus folgt ein häufig relativ naiver Optimismus hinsichtlich der Realisierung von win-win-Lösungen für beliebige Probleme. Systematisch tieferliegende gesellschaftliche Ursachen des Scheiterns von Nachhaltigkeitspolitiken kommen so weniger in den Blick.³ Die Kehrseite dieser zu großen Euphorie ist eine zu aporetische Haltung gegenüber dem Nachhaltigkeitsproblem der modernen Gesellschaft. Sie versteht etwa eine rationalistische Natursicht oder die Steigerung von Arbeitsproduktivität als generell nicht-nachhaltigen Makel der Moderne und sieht innerhalb der modernen Gesellschaft keine Option auf Entwicklungen in Richtung Nachhaltigkeit.

Beiden Diskursen, dem des pessimistischen Modernekritikers sowie dem des optimistischen „Nachhaltigkeitspraktikers“, sollen hiermit gesellschaftstheoretisch fundierte Analysen zumindest einmal gegenübergestellt werden. Damit wird auf einen Mangel reagiert. „Ohne Soziologie bleibt die ökologische Frage gesellschaftsblind“ – formuliert Ulrich Beck richtigerweise (BECK 91: 48). Angesicht der Grundsätzlichkeit der im Nachhaltigkeitsdiskurs aufgeworfenen Fragen ist es eigentlich verwunderlich, dass nicht schon mehr Bezugnahmen auf übergreifende Theorien der Gesellschaftsentwicklung stattgefunden haben. In der sozialwissenschaftlichen Nachhaltigkeitsforschung finden sich wenig soziologische Reflexionen von gesellschaftlichen Metastrukturen. Mit der Mikrosoziologie, der Politikwissenschaft und der Ökonomie dominieren dort Forschungen über Teilausschnitte gesellschaftlicher Dynamiken.

Welche Ergebnisse kann dieser Ansatz einer Anwendung von Gesellschaftstheorien auf das Gesellschaftsproblem Nachhaltigkeit leisten? Wer hier am Ende Handlungsanleitungen erwartet, muss enttäuscht werden. Allerhöchstens erste Differenzierungen der Anschlussfähigkeiten der hier unterschiedenen grundlegenden Nachhaltigkeitsansätze können bei dieser Praxisanwendung von Gesellschaftstheorien am Ende stehen. Möglicherweise kann diese Differenzierung im Konsens der Theorien vorgenommen und damit relativ stark legitimiert werden.

Die relativ abstrakte Unterteilung der hier grundlegend unterschiedenen empirischen Nachhaltigkeitsansätze nach mehr Suffizienz, Kommanarität, Egalität, Partizipation,

³ Eine Kritik am verengenden Blick auf kommunikative und administrative Hemmnisse von politikwissenschaftlichen Konzepten wie etwa der Theorie der ökologischen Modernisierung von Martin Jänicke u.a. leistet Maarten Hajer: „Problematisch ist, daß die Theorie der ökologischen Modernisierung die Mechanismen, die die ökologischen Probleme gerade produzieren, auf meist administrativ-politische Strukturmerkmale [...] reduziert. Die Theorie der ökologischen Modernisierung läßt die systematischen Merkmale des Kapitalismus, die Diskontinuität, Verschwendung und Beschleunigung vorantreiben und Absprache und Koordination fast unmöglich machen, außer Betracht“ (HAJER 95: 792). Brand weist ebenfalls auf die Unzulänglichkeit der Focussierung auf Kommunikationsschwächen hin: „Manches spricht dafür, daß wir nicht nur vor einem Kommunikationsproblem stehen. Ein Teil der Schwierigkeiten, der Nachhaltigkeit Resonanz zu verschaffen, liegt im Charakter des Konzeptes selbst“ (BRAND 99: 19).

Konsensualität und Regionalisierung⁴ kann aus methodischen Gründen nicht unterschritten werden. Ohne eine abstrahierende Einteilung derartig grundlegender Nachhaltigkeitskategorien kann die Frage nach der Vereinbarkeit empirischer Nachhaltigkeitspolitiken mit Modernitätstrends nicht gewinnbringend beantwortet werden. Die Herauslösung der basalen Nachhaltigkeitskategorien aus partikularen, spezifischen Verknüpfungen konkreter Nachhaltigkeitspolitik ist eine notwendige Komplexitätsreduktion, um die Frage überhaupt bearbeitbar zu machen. Aus methodischen Gründen können also die hier erwartbaren relativ abstrakten Aussagen auf der Ebene der hier unterschiedenen Nachhaltigkeitsansätze nicht konkreter sein. Das hingegen ist keineswegs wenig. Probleme konkreter Nachhaltigkeitspolitiken können besser verstanden werden, wenn die Anschlussfähigkeiten ihrer analytischen Bestandteile etwas klarer sind. Die Schwierigkeiten sind – so die hier vertretene Auffassung – nicht so konkretistisch kontextabhängig wie vielfach angenommen⁵, dass allgemeine Aussagen nutzlos wären. Im Gegenteil: Unter der topographischen Oberfläche des Scheiterns und der Probleme vieler Nachhaltigkeitspolitiken wirken allgemeine Ursachegeflechte, die nur mit der Entwicklungsdynamik moderner Gesellschaft erklärbar sind.

Zweitens wird durch die Berücksichtigung verschiedener Erklärungsansätze ein Überblick über den Stand der soziologischen Debatte gegeben. Der wesentliche Nutzen dieses cross overs besteht dabei in der Darstellung der theoriespezifischen Sichtweise der Interdependenzen zwischen Modernetrends und einzelnen Nachhaltigkeitsansätzen. Von Interesse ist also weniger die Antwort auf das „Ob?“, die in meisten Fällen ohnehin ambivalent ausfallen wird, sondern die Schilderung des „Warum?“.

Damit ist der Umfang der beiden wesentlichen für die Nachhaltigkeitspraxis relevanten Ergebnisse benannt. Es wird also eine Hierarchie der Anschlußfähigkeit aufgestellt werden und eine Übersicht über deren Begründungen. Weitere Wertungen, Klärungen und Schlussfolgerungen bleiben sowohl dem Akteur als auch dem wissenschaftlichen Beobachter überlassen und wären ein schönes – mittelbares – Ergebnis dieser Untersuchung.

Über die empirische Evidenz dieser theoretisch hergeleiteten Barrieren oder Chancen wird hier nichts ausgesagt. Möglicherweise begründen verschiedene Theorien eine hohe Unwahrscheinlichkeit etwa für die Wiederbelebung oder Fortexistenz kommunitärer Lebensformen, obwohl derartige Zusammenhänge vielleicht nach Ansicht von anderen Beobachtern in modernen Gesellschaften zunehmen. Die empirische Plausibilisierung der hier theoretisch abgeleiteten Aussagen über die Anschlussfähigkeit ist eine wichtige, aber andere Aufgabe.

Auch darf keine Klärung der Möglichkeit nachhaltiger Entwicklung erwartet werden. In dieser Untersuchung werden die Erfolgchancen empirischer Nachhaltigkeitsstrategien vor dem Hintergrund theoretischer Moderneerklärungen herausgearbeitet. Eine Würdigung der Zweckmäßigkeit dieser Nachhaltigkeitsstrategien für das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung – also das Gedankenexperiment der Folgen einer problemlosen Etablierung der empirischen Nachhaltigkeitsansätze für das Ziel der Nachhaltigkeit – kann durch das

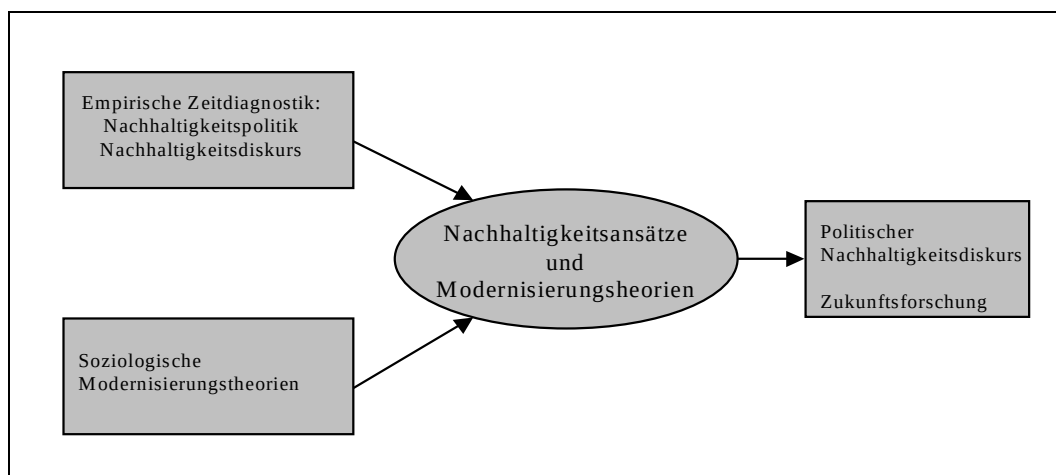
⁴ Die Ansätze der Kommunikation und der Entschleunigung (s.o) werden am Ende dieser Untersuchung nicht mehr als eigenständige Kategorien diskutiert werden. Die beiden Topoi werden jedoch inhaltlich im Rahmen der Problematisierung von Partizipation bzw. Regionalisierung berücksichtigt.

⁵ Diese Orientierung führt dann zu der Auffassung, Nachhaltigkeitspolitik könne unter anderem deswegen wesentlich nur lokal gemacht werden, weil ansonsten die Kontexte unberücksichtigt wären. Im Extremfall muss sich demnach jedes Dorf und jeder Betrieb eigene Nachhaltigkeitsindikatoren herausuchen. Eine gute Kritik dieser übersteigerten Kirchturmsorientierung leistet Josef Huber (HUBER 96).

hier vorgestellte Untersuchungsdesign nicht erfolgen. Denn die Realisationschancen der Nachhaltigkeitsvorstellungen werden hier nicht mittels einer die klassischen Grenzen soziologischer Theoriebildung transzendierenden Integration stofflich-physikalischer und sozialer Erscheinungen begutachtet.⁶ Nachhaltigkeitsansätze als gesellschaftliche Wunschvorstellungen werden vielmehr vor dem Hintergrund von reinen Gesellschaftstheorien verhandelt. Diese Wunschvorstellungen könnten dabei auch völlig anders motiviert sein als wie im vorliegenden Fall aus der ökologischen Krise - die Untersuchung wäre die gleiche. Die stofflichen facts der ökologischen Krise spielen daher hier keine direkte Rolle. Sie gehen zwar mittelbar ein in die Genese der zu beobachtenden normativen Gesellschaftsvorstellungen. Diese hätten aber auch prinzipiell durch andere Problematiken - etwa durch Krisendiagnosen von sozialer Ungleichheit oder vom Gemeinschaftsverlust - generiert gewesen sein können. Die Untersuchung und ihre Ergebnisse wären identisch gewesen. In diesem Sinne verbleibt das vorliegende Projekt im engeren Bereich der klassischen, rein soziologischen Gesellschaftsanalyse, nach der mit Durkheim Soziales nur durch Soziales zu erklären ist.

Ebenso wenig soll mit der Kontrastierung der empirisch-normativen Nachhaltigkeitsvorstellungen mit soziologischen Gesellschaftstheorien eine normative Empfehlung für die handelnden Akteure gegeben werden. Der hier vorgenommene Versuch eines Beginns soziologisch inspirierter und informierter Beratung von nachhaltigkeitspolitischen Akteuren will Hinweise geben auf mögliche Schwierigkeiten und mögliche Chancen bei der Verwirklichung verschiedener gesellschaftlicher Wunschvorstellungen. Welche Vorhaben trotz zu erwartender Schwierigkeiten weiter verfolgt werden oder nicht und welche Ziele andersherum trotz hoher Anschlußchancen fallengelassen oder aber weiterverfolgt werden, müssen die Akteure bzw. der demokratische Souverän selber entscheiden. Für diese Entscheidungen soll hier lediglich eine verbesserte Wissensbasis gegeben werden. Nicht mehr - aber auch nicht weniger.

Diese Erweiterung der Wissensbasis über die Anschlussfähigkeit von Nachhaltigkeitswünschen kann auch als Zukunftsforschung betrachtet werden. Letztlich wird die Plausibilität von möglichen Zukünften geprüft. Auf Basis einer soziologisch begründeten Prognose gesellschaftlicher Trends werden Szenarien der Realisation bestimmter Nachhaltigkeitsvorstellungen als unterschiedlich wahrscheinlich begründet.



Übersicht 1.1: Quellen, Fragestellung und Nutzen dieser Untersuchung

⁶ Einen Versuch einer derartigen Integration stellen die Ansätze zur Theorie und Empirie gesellschaftlicher Naturverhältnisse dar (etwa: JAHN 90, WEHLING 98).

1.4 Fahrplan: Einzelne Züge und Anschlüsse

Die Untersuchung beginnt im folgenden *zweiten Kapitel* mit der Sichtung empirischer Nachhaltigkeitsvorstellungen. Die analytischen Kategorien, also die einzelnen Nachhaltigkeitsansätze werden über die Auswertung von mehr oder weniger umfassenden Nachhaltigkeitskonzepten gewonnen, die von verschiedenen politischen und wissenschaftlichen Autorengruppen im vergangenen Jahrzehnt als Konkretisierungs- und Operationalisierungsversuche der weltweiten Leitidee Nachhaltigkeit zur Diskussion gestellt wurden. Diese Konzepte stehen in interdependentem, engem Zusammenhang mit empirischen Nachhaltigkeitspolitiken. Deren Zielstellungen, Anregungen und Erfahrungen sind einerseits in die Konzepte eingegangen, andererseits orientieren sich politische Akteure an den Konzepten. Die ausführliche Besichtigung der Nachhaltigkeitskonzepte verschafft so einen guten Überblick über Nachhaltigkeitsdiskurs- und Nachhaltigkeitspolitiken.

Genauer ausgewertet werden

- Studien von Umweltverbänden bzw. regierungsunabhängigen Institutionen: „Zukunftsfähiges Deutschland“ (Wuppertal-Institut, i.A.von BUND/Misereor); „Sustainable Netherlands“ (Milieu-defensie)
- Studien von oder für staatliche Institutionen: „Nachhaltiges Deutschland“ (Umweltbundesamt); Jahresgutachten 94 u. 96 (Rat von Sachverständigen für Umweltfragen)
- Dokumente von nach gesellschaftlichem Proporz besetzten Gremien: „Konzept Nachhaltigkeit“ (Enquete-Kommission des Bundestages); „Sustainable America“ (The Presidents Council on Sustainable Development).

Neben der analytischen Trennung der Ansätze wird deren Gewichtung in den einzelnen Konzepten deutlich gemacht werden. Die Analyse ist im wesentlichen auf den deutschsprachigen Raum beschränkt. Aufgrund des Charakters von Deutschland als typischem Industrieland kommen hier jedoch alle wesentlichen Strömungen im Nachhaltigkeitsdiskurs und in der Nachhaltigkeitspolitik zum Vorschein.

Das zweite Kapitel schließt ab mit einem kurzen Blick auf die bisherigen wissenschaftlichen Reflexionen der Umsetzungsschwierigkeiten der herausdestillierten analytischen Nachhaltigkeitsansätze. Berücksichtigt wird in diesem Zusammenhang die Literatur, die sich explizit auf die Nachhaltigkeitsproblematik, also auf die Realisationschancen von Anstrengungen für eine nachhaltige Entwicklung, bezieht. Damit wird quasi der Stand der Forschung bezüglich der spezifischen Fragestellung dieser Arbeit, dem Verhältnis zwischen Nachhaltigkeitsansätzen und theoretisch begründeten hemmenden oder fördernden Modernitätsentwicklungen, dokumentiert. Davon zu unterscheiden ist die Analyse von Hemmnissen und Chancen, die sich in der nicht explizit auf die Nachhaltigkeitsproblematik rekurrierenden Literatur - den Gesellschaftstheorien zum Beispiel - findet. Die Extraktion der dort enthaltenen Gründe für Anschlußchancen von Nachhaltigkeitsansätzen ist der Kern dieser Untersuchung und folgt in den nächsten Abschnitten.

Im *dritten bis sechsten Kapitel* werden dann die jeweiligen Gesellschaftstheorien auf ihre Begründungen für die Realisationschancen der Nachhaltigkeitsansätze hin untersucht. In den seltensten Fällen werden dies explizite Äußerungen zu den Nachhaltigkeitswünschen sein. Die meisten Ausführungen sind daher auf die Extraktion impliziter Gehalte, das heißt auf Interpretationen expliziter Darlegungen in den Theorien, angewiesen. Die jeweils

leitende Fragestellung ist: Welche Gründe liefern die theoretischen Moderneerklärungen für die Wahrscheinlichkeit der Genese, Existenz oder Konservierung derjenigen Gesellschaftsstrukturen und -prozesse, die in den Nachhaltigkeitsansätzen gewünscht werden? Andersherum lautet die Frage, welche Begründungen für die Härte von gegenläufigen, den Nachhaltigkeitswünschen widersprechenden Entwicklungen explizit und implizit gegeben werden. Dabei werden in den wenigsten Fällen eindeutige Kausalitäten begründet werden können. Vielmehr geht es um die Rekonstruktion interdependenter Entwicklungen.

Dabei wird versucht, diejenigen Trends der Entwicklung moderner Gesellschaften zur Beurteilung der Anschlussfähigkeit heranzuziehen, die sich jeweils aus dem Kern des spezifischen Erklärungsansatzes ableiten – freilich ebenfalls eine Interpretation. Dieser Kern besteht nach dem Ansatz unilinear strukturfunktionalistischer Modernisierung in der gegenseitigen Durchdringung von Funktionssystemen. Der zentrale Punkt in der Diagnose reflexiver Modernisierung ist die Konfrontation der zweiten Modernephase mit den Folgen der industriegesellschaftlichen ersten Moderne. Die Theorie kommunikativen Handelns leitet Modernetrends aus der rationalisierenden Triebkraft sprachlicher Verständigungsdynamik ab. Das explanatorische Prinzip des Regulationsansatzes rekurriert auf die Herstellung von Kompatibilität zwischen Akkumulationsregime, Regulationsweise und sozialem Paradigma in der postfordistischen Phase der kapitalistischen Vergesellschaftung.

Die sich aus den spezifischen Theoriesichten ergebenden Chancen für die einzelnen Nachhaltigkeitsansätze werden sukzessive thematisiert und in Thesenform jeweils an den Anfang der Ausführungen gestellt.⁷ Es wird für jeden Nachhaltigkeitsansatz zunächst eine theoriespezifische Aussage vorangestellt, für deren Begründung eine isolierte, theoriespezifische Antwort herausgearbeitet wird. Die Interdependenz der Chancen der einzelnen Nachhaltigkeitsansätze – alles hängt ja gerade beim Nachhaltigkeitsanspruch mit allem zusammen – fällt dabei keineswegs unter den Tisch. Sie wird implizit thematisiert. Wenn die Chancen für einen bestimmten Ansatz dargestellt werden, so werden *alle* Trends, die der betreffende Theorieansatz begründen kann, auf seine Wirkung auf diesen Ansatz hin untersucht. Dieselben Trends können also mehrmals – wirken. Sie fungieren dann als Kupplung zweier oder mehrerer Nachhaltigkeitsansätze. Die Schaltstellung dieser Kupplung kann dabei höchst verschieden sein. Ein Trend kann Ansätze in unterschiedlichem Grad parallel ermöglichen, beidseitig verhindern, gegenseitig ausschließen. Natürlich werden weiterhin die Interdependenzen der einzelnen Trends dargestellt, gerade darin besteht ja die Fruchtbarkeit der Metatheorien. So wird das Netz der gesellschaftlichen Trends mit dem Netz der Nachhaltigkeitsansätze abgeglichen, auch wenn – aus Gründen der Übersichtlichkeit der Darstellung die Nachhaltigkeitsansätze einzeln thematisiert werden.

Diese Untersuchung wird für jeden hier unterschiedenen Theorieansatz getrennt durchgeführt. So können die theoriespezifischen Verflechtungen der Modernetrends zusammenhängend dargestellt werden. Die Kapitel drei bis sechs lassen sich also auch als Einzelaufsätze mit dem Titel: „Die Anschlussfähigkeit empirischer Nachhaltigkeitsansätze im Lichte der Theorie X“ lesen.

Eine Gegenüberstellung der theoriespezifischen Aussagen leistet das Fazit im *siebten Abschnitt*. Es werden wesentliche Modernitätstrends herausgearbeitet, die jeweils

⁷ Diese Thesen werden am Anfang der Abschnitte – schreibtechnisch etwas unorthodox – graphisch abgesetzt immer im wesentlichen ansatzlos präsentiert. Damit verbunden ist die Hoffnung, für eine bessere Orientierung bei diesem Parforceritt sorgen zu können.

bestimmte Nachhaltigkeitsansätze behindern oder fördern. Von wenigen Ausnahmen abgesehen lassen sich theorieübergreifend diese Gegenspieler und Partner begründen, wenn auch die Härte dieser Trends unterschiedlich konzipiert wird und natürlich die Erklärungen unterschiedlich ausfallen. In loser, hier keinem Nachhaltigkeitsansatz zugeordneter Aufreihung sind dies die Gegenspieler-Trends der Individualisierung, einer eingeschränkten Universalisierung von Normen, der multiplen Spaltungen, des Massenkonsums und des Wirtschaftswachstums, der ökonomischen Globalisierung, der systemischen Steuerung über Medien und der Expertenstrukturen. Als Partner hingegen eignen sich die Trends der posttraditionalen Gemeinschaftsbildung und der Diskursivität. Im Fazit werden diese Trends einzelnen Nachhaltigkeitsansätzen zugeordnet. Dabei wird zum einen ihre von den Theorieansätzen behauptete Härte kategorisiert, zum anderen werden die wesentlichen Begründungslinien kurz nachskizziert.

Damit kann die Hauptthese dieser Untersuchung, wonach nicht-technische Nachhaltigkeitsansätze eher mit Hindernissen zu rechnen haben, begründet bestätigt werden. Alle nicht-technischen Nachhaltigkeitsansätze haben mit Gegentrends zu rechnen, während sich nur für Kommunitarität und Partizipativität mit allen Theorien komplementär Partnerentwicklungen begründen lassen. Für Schritte in Richtung Egalität und Suffizienz kann dies noch eingeschränkt begründet werden. Die Bestrebungen nach Konsensualität und Regionalisierung hingegen finden in der Entwicklung der modernen Gesellschaft keine Partner. Es läßt sich also eine Hierarchie der Anschlussfähigkeit der Nachhaltigkeitsansätze begründen.

Im Anschluss werden dann schemenhaft die Chancen der technischen Nachhaltigkeitsansätze, also der Effizienz- und Konsistenzstrategien, ebenfalls nach Maßgabe der hier zu Rate gezogenen Gesellschaftstheorien angerissen. Für sie lassen sich theorieübergreifend bessere Chancen begründen, obgleich auch sie neben dem Partner Konkurrenz mit dem gegenläufigen Trend der Richtungslosigkeit von Innovativität zu rechnen haben.

Abschließend wird im *achten Kapitel* zunächst nochmals auf die epistemologischen Grenzen dieser Untersuchung hingewiesen: Die schlechten Chancen für die empirischen nicht-technischen Nachhaltigkeitsansätze sind nicht automatisch gleichbedeutend mit schlechten Chancen für das Ansinnen einer nachhaltigen Entwicklung überhaupt. Zum einen können auch mehrere theoretische Blickwinkel identische blinde Flecken haben. Zum anderen ist damit nichts gesagt über die Funktionalität dieser Ansätze für das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung. Dafür wäre eine sozial-ökologische Perspektive einzunehmen – eine andere Aufgabe. Damit ist eine offene Frage angesprochen. Eine weitere ist die empirische Plausibilisierung der hier theoretisch begründeten Hierarchie.

Ein Forschungsfeld ganz anderen Charakters ergibt sich als Nebenfolge dieser Untersuchung. Der relative theoretische Konsens bei der Einschätzung der Wahrscheinlichkeit der Partner und Gegenspieler, bei der Hierarchie der Anschlussfähigkeiten, weist auf Synthesemöglichkeiten auch bei den theoretischen Begründungen hin. Diese werden für die herausgearbeiteten Gegenspieler und Partner angedeutet. Möglicherweise führt die Evaluation der gesellschaftstheoretischen Bedingungen für den Anschluss von Nachhaltigkeitsansätzen zu Schritten in Richtung einer Theorie moderner Gesellschaften, bei der kapitalistische Regulation, reflexive Vollendung, verzahnte Funktionssysteme und gefährdeter Diskurs als Seiten *einer* modernen Medaille begriffen werden können.

2 Empirische Nachhaltigkeitsansätze

Ziel dieses Abschnittes ist die Herausarbeitung verschiedener Typen von empirisch vorzufindenden Nachhaltigkeitsansätzen. Damit sind nicht verschiedene konkurrierende oder kompatible geschlossene Konzepte verschiedenster Akteure aus Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft oder intermediären Institutionen gemeint, sondern basale Kategorien von Änderungsstrategien in Richtung auf mehr Nachhaltigkeit, die analytisch unterschieden werden können. Die Unterscheidungen leisten das elementare Erfordernis einer Komplexitätsreduzierung der aufgrund des richtigerweise integrativen Anspruchs des Nachhaltigkeitsziels bisweilen ungeheueren Unübersichtlichkeit der Debatte und der praktischen Nachhaltigkeitspolitik.

Nach einem kurzen geschichtlichen Abriss der Genese des Nachhaltigkeitsbegriffes und der Diffusion des Nachhaltigkeitsdiskurses (2.1) und einer Vorstellung von Nachhaltigkeitskonzepten (Studien) aus unterschiedlichen Richtungen (2.2) werden die einzelnen Nachhaltigkeitsansätze des analytischen Rasters dieser Arbeit vorgestellt (2.3). Daran anschließend kann eine grobe Gewichtung der einzelnen Ansätze in den jeweiligen Konzepten vorgenommen werden (2.4). Zum Abschluss wird kurz vorgestellt, welche Problematisierungen der Anschlussfähigkeit dieser Ansätze an die Entwicklungsdynamik moderner Gesellschaften in Reflexionen des Nachhaltigkeitsanspruchs zu finden sind und/oder welche Hinweise auf notwendige Thematisierungen gegeben werden (2.5).

2.1 „Nachhaltige Entwicklung“: Diffusion des Leitbilds ¹

Eine semantische Erfolgsgeschichte

Das Leitbild „Nachhaltige Entwicklung“ hat einen unaufhaltsamen Aufstieg hinter sich. „Nachhaltige Entwicklung“ ist die überwiegende deutsche Übersetzung von „Sustainable Development“. Daneben gibt es eine Reihe anderer Übersetzungen wie etwa „dauerhafte“, „langfristig durchhaltbare“, „aufrechterhaltbare“, „zukunftsichere“, „zukunftsfähige“, „nachhaltig zukunftsverträgliche“, „dauernd erhaltbare“, „dauerhaft umweltgerechte“, „zukünftig existenzfähige“ Entwicklung, die jedoch inhaltlich der vorwiegend gebrauchten Begrifflichkeit „nachhaltige Entwicklung“ sehr ähnlich sind. Die Bezeichnung „nachhaltig“ kommt ursprünglich aus der Forstwirtschaft und hat dort die Bedeutung einer wirtschaftlich langfristigen Nutzung des Waldes im Sinne eines dauernden Holzertrags. Der Begriff „Sustainable Development“ bzw. „nachhaltige Entwicklung“ taucht erstmals in der 1980 veröffentlichten World Conservation Strategy (WCS) der IUCN² auf, die globale Umweltzerstörungen einerseits und grundlegende Entwicklungsprobleme andererseits thematisiert. Vorher hatte schon 1972 die UN-Conference on Human Environment erstmals auf internationaler Ebene Umwelt- und Entwicklungsfragen gemeinsam gestellt.

¹ Die nachstehenden Ausführungen zum Begriff und zur Diffusion des Leitbilds sind im wesentlichen bereits publiziert worden in: SCHACHTSCHNEIDER 1999

² IUCN=International Union for the Conservation of Nature

Ein weiterer Vorläufer war das Konzept des „Ecodevelopment“ der UNEP³ im Jahre 1973, welches Entwicklung als „Nutzung aller regionalspezifischen Potentiale bei Erhaltung der ökologischen Systeme und Befriedigung der Grundbedürfnisse aller Menschen“ (zit. nach: KREIBICH 1996: 22) verstand. Auf einer Tagung von UNEP und UNCTAD⁴ in Cocoyok 1974 kam der umweltschädigende Konsum im Norden mit ins Visier: In der Schlußerklärung werden neben dem „Fehlzustand“ der Unterentwicklung auch „zu sehr auf Konsum ausgerichtete Arten von Entwicklung“ (zit. nach HARBOTH 91: 30) angesprochen, die die äußeren Grenzen der Natur schädigten. Das Forschungsprogramm der Dag-Hammerskjöld-Stiftung Mitte der 70er Jahre vertiefte diesen Aspekt und stellte die Frage nach der Kompatibilität von der Erfüllung der Grundbedürfnisse der Menschen und der Tragfähigkeit der Ökosysteme. Der 1975 von der Stiftung vorgelegte Bericht mit dem Titel „What now - Another Development?“ hob insbesondere die sozialen Ungleichgewichte als Ursache von Umweltzerstörungen hervor. Während diese Ansätze eher im Schatten der Weltpolitik verblieben, fand der 1987 veröffentlichte sogenannte Brundtland-Bericht⁵ der „Weltkommission für Umwelt und Entwicklung“ (WCED) größere Beachtung. In ihm heißt es: „Nachhaltige Entwicklung ist Entwicklung, die den Bedürfnissen heutiger Generationen Rechnung trägt, ohne die Möglichkeiten zukünftiger Generationen, ihren eigenen Bedürfnissen Rechnung zu tragen, zu behindern“ (HAUFF 1987: 47). Nachhaltige Entwicklung zielte dort auf die Integration der Bereiche Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft ab. Sie sei ein „Prozeß ständigen Wandels, dessen Ziel darin besteht, die Ausbeutung der Ressourcen, den Investitionsfluß, die Ausrichtung der technologischen Entwicklung und die institutionellen Veränderungen mit künftigen und gegenwärtigen Bedürfnissen in Einklang zu bringen“ (ebd.: 10). Spätestens die Konferenz über Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCED) im Jahre 1992 in Rio de Janeiro etablierte dann endgültig „nachhaltige Entwicklung“ bzw. „Nachhaltigkeit“ zum allgemein anerkannten Ziel: 150 Regierungen verpflichteten sich gegenüber dem Leitbild.

Basale Regeln der Naturnutzung

Nachhaltige Entwicklung ist jedoch zunächst ein formaler Konzeptrahmen und damit relativ substanzlos. Ein weitgehender Konsens besteht jedoch über das *formale* Ziel inter- und intragenerativer Gerechtigkeit. Um dieses Ziel überhaupt erreichen zu *können*, werden folgende Grundregeln der Naturnutzung übereinstimmend für notwendig gehalten:

- Die Rate der Schadstoffemissionen darf die Kapazität der Schadstoffabsorption der Umwelt nicht übersteigen.
- Die Nutzungsrate erschöpflicher Ressourcen darf die Rate des Aufbaus sich regenerierender Ressourcen nicht überschreiten.
- Die Nutzungsrate sich erneuernder Ressourcen darf deren Regenerationsrate nicht übersteigen.
- Das Zeitmaß anthropogener Eingriffe muß in ausgewogenem Verhältnis zu der Zeit stehen, die die Umwelt zur selbst stabilisierenden Reaktion benötigt.

³ UNEP= United Nations Environmental Program

⁴ UNCTAD=United Nations Conference on Trade and Development

⁵ Die von der UN eingesetzte „Weltkommission für Umwelt und Entwicklung“ legte 1987 unter der Federführung der norwegischen Ministerpräsidentin Brundtland einen Report mit der Überschrift: „Our common future“ vor, der in der Folge als Brundtland-Bericht bezeichnet wurde.

Deutlich wird, daß es sich um Kriterien der Naturbehandlung handelt, die für ökologische Stabilität sorgen sollen. Dadurch soll dauerhafte Naturnutzung und damit intergenerative Gerechtigkeit *möglich* werden. Über die Ausformung des intergenerativen, vor allem aber des intragenerativen Gerechtigkeitsanspruchs, des „gesellschaftlich Wünschbaren“, ist damit noch nichts gesagt. Allenfalls der Vorrang absoluter Armutsbekämpfung ist konsensfähig. Damit ist die Gemeinsamkeit der Vorstellungen über nachhaltige Entwicklung erschöpft. Dies liegt an der Existenz einer enormen Bandbreite normativer Vorstellungen vom richtigen Zusammenleben der Menschen. Dies betrifft ebenfalls die Art und Weise der Naturnutzung, hinter der in gleicher Weise ein normatives Konstrukt steht. Mit den oben angeführten Regeln der Naturnutzung ist lediglich der Rahmen für Nachhaltigkeit abgesteckt, innerhalb dessen jedoch verschiedenste Formen des gesellschaftlichen Naturverhältnisses möglich sind. Daß es auf einer derartig unbestimmten Basis keine konsensuale Operationalisierung des Konzepts geben kann, sollte sich eigentlich von selbst verstehen, obwohl es immer wieder beklagt wird.

Diffusion durch vertikale und horizontale Ebenen

Das Formalziel Nachhaltigkeit diffundierte im letzten Jahrzehnt in alle territorialen Ebenen und gesellschaftliche Sektoren.

Die Veröffentlichungen auf globaler politischer Ebene, zum Beispiel die „Agenda 21“ oder die Klimakonvention von Rio, zeichnen sich vor allem dadurch aus, daß sie grundlegende Probleme benennen. Die daran anschließenden Strategieelemente und Handlungsorientierungen sind aufgrund des politischen Kompromißcharakters dieser Ansätze in der Regel sehr allgemein gehalten oder in sich wenig konsistent, wo sie über Allgemeinplätze hinausgehen. Eine Diskussion von Widersprüchen und Konfliktlinien, womöglich eine begründete Entscheidung für einen bestimmten Weg ist in diesen Dokumenten selten zu finden. So stehen etwa in der „Agenda 21“ Erwartungen an weltweites Wirtschaftswachstum und die Einsicht in die Notwendigkeit von Konsumreduktionen, Forderungen nach Liberalisierung des Weltmarkts und dem Schutz kultureller Traditionen, die anvisierte Stärkung der Rolle der Privatwirtschaft und eine Aufwertung der Gewerkschaften, die Propagierung der entscheidenden Rolle der Kommunen und die Feststellung von der vorrangigen Verantwortlichkeit der Regierungen in unproblematisierter Form unschuldig nebeneinander. Die ans Naive grenzende Annahme von der Möglichkeit einer konfliktlosen Integration konkurrierender Ansprüche zeigt sich ebenfalls in der Forderung an die Kommunen, bis Ende 1996 (sic!) „einen Konsens hinsichtlich einer kommunalen Agenda 21 für die Gemeinschaft“ zu erzielen (BMU o.J.: 231). Von einer durchdachten Nachhaltigkeitskonzeption kann bei diesen Dokumenten nicht gesprochen werden. Beginnend mit der Konferenz von Rio 1992, auf der sich die Unterzeichnerstaaten zur nationalen Umsetzung des Nachhaltigkeitsanspruchs verpflichteten, entsteht eine wachsende Zahl von Nachhaltigkeitskonzepten auf der Ebene einer Nation, die sowohl von Regierungen als auch von zivilgesellschaftlichen Institutionen, etwa von Umweltverbänden, initiiert werden. Sie loten eine bestimmte Nachhaltigkeitsstrategie für den nationalen Rahmen aus. Diese berücksichtigen in der Regel die globale Verflechtung, ihre Szenarien und Handlungsorientierungen sind jedoch auf den Horizont eines Landes bezogen. Auf der regionalen und lokalen Ebene wird vor allem an der Umsetzung der Aufforderung von Rio, Initiativen für eine lokale Agenda 21 zu starten, gearbeitet. Der lokalen Ebene war dort eine besondere Bedeutung zuerkannt worden, da die Probleme vor Ort am ehesten spürbar, zu begreifen und beeinflussbar seien. Aus den lokalen Nachhaltigkeitsdiskursen kommen vor allem sektoral-additive Anregungen für eine Erweiterung kommunaler Politik, weniger abgeschlossene querschnittsübergreifende Nachhaltigkeitskonzepte.

In fast allen gesellschaftlichen Bereichen wie Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Bildung, Wirtschaft ist eine Thematisierung von Nachhaltigkeit zumindest auf den oberen Ebenen zu verzeichnen. Es ist ein regelrechtes *agenda mainstreaming* zu beobachten: Der Nachhaltigkeitsanspruch tritt entsprechend seinem Anspruch aus der Enge des Fachressorts Umweltpolitik heraus und wird allerorten propagiert, als Querschnittsaufgabe verstanden und teilweise entsprechend institutionalisiert. Die Befassung mit dem Thema geschieht auf den diversen fachlichen Ebenen in der Regel nicht durch Ausarbeitung eines Gesamtkonzepts, sondern durch Ausfüllung des eigenen Sektors. So gibt es beispielsweise Konzepte für nachhaltigen Tourismus ebenso wie Ansätze nachhaltiger Schulbildung. Auf die Problematik der möglichen Inkonsistenz additiver Sektoralkonzepte soll hier nicht weiter eingegangen werden. Deutlich werden soll lediglich die Diffusion des Diskurses um Nachhaltigkeit. Dazu gehört ebenso die Beteiligung sämtlicher gesellschaftlicher Akteure und Interessengruppen an der Debatte, häufig jedoch beschränkt auf die jeweiligen oberen Vertretungsebenen, vielleicht mit Ausnahmen bei einigen Umweltorganisationen oder anderen sozialen Bewegungen. Die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen wie zum Beispiel Unternehmerverbände, Gewerkschaften, Kirchen oder Umweltverbände stellen Nachhaltigkeitsaspekte und -auslegungen aus ihren Blickwinkeln der Öffentlichkeit vor.

2.2 Nachhaltigkeitskonzepte

Mit Nachhaltigkeitskonzepten sind aggregierte Nachhaltigkeitsvorstellungen gemeint, im Unterschied zu Ausführungen darüber, auf welche Weise einzelne Sektoren nachhaltig gestaltet werden könnten, wie etwa nachhaltige Energieversorgung oder Verkehr. Nachhaltigkeitskonzepte sollten sämtliche Bereiche menschlicher Entwicklung integrieren und damit so etwas wie ein Strukturmodell einer nachhaltigen Gesellschaft aufzeigen. Das könnte prinzipiell auch ein Modell regionaler Nachhaltigkeit leisten, sofern es tatsächlich alle Bereiche abdeckt. Der territoriale Bezug wird in den nachfolgend kurz vorgestellten Konzepten jedoch für den Rahmen eines Nationalstaates unter Berücksichtigung globaler Verschränkungen gesetzt.

Weiterhin sind mit Nachhaltigkeitskonzepten nur explizite Nachhaltigkeitskonzepte gemeint. Auch allgemeine normative Leitbilder wie etwa liberalistische, sozialistische, kommunitäre oder konservative Konzepte von Gesellschaft erheben einen Anspruch auf die Nachhaltigkeit ihres Ansatzes und müßten entsprechend als Nachhaltigkeitskonzepte gewertet werden. In dieser Untersuchung sollen jedoch nur Konzepte mit einem expliziten und dominierenden Bezug zur Nachhaltigkeitsdebatte untersucht werden. Zur Qualifikation als Nachhaltigkeitskonzept in diesem Sinne würde es also nicht reichen, wenn etwa ein kommunitäres Konzept auch einen Hinweis auf die Nachhaltigkeit seiner Vorschläge enthält.

Im folgenden werden jeweils zwei Konzepte aus drei unterschiedlichen Orten der politischen Landschaft kurz dargestellt. Zum einen sind dies mit den Studien „Sustainable Netherlands“ und „Zukunftsfähiges Deutschland“ Konzepte der Kritiker der jetzigen nicht-nachhaltigen Entwicklung aus den Reihen oder im Auftrag umwelt- und entwicklungspolitischer sozialer Bewegungen. Weiterhin werden mit den Berichten des Sachverständigenrates für Umweltfragen und des Umweltbundesamt zwei Gutachten von Expertengruppen, die im Auftrag des Staates arbeiten, vorgestellt. Die dritte Kategorie wird gebildet durch Berichte von repräsentativ zusammengesetzten konsensorientierten Konsultationsgremien, der Enquete-Kommission des deutschen Bundestages sowie dem amerikanischen Rat des Präsidenten für zukunftsfähige Entwicklung. In diesen Gruppen

von Konzepten spiegeln sich alle Ansätze für mehr Nachhaltigkeit, die von den verschiedenen Akteuren der politischen Nachhaltigkeitspraxis favorisiert werden, seien es Aktivisten für eine lokale Agenda, Aktivitäten administrativer Gliederungen oder Interventionen von Wirtschafts- oder Umweltverbänden. Die Konzepte werden im folgenden in chronologischer Reihenfolge kurz beschrieben, um im Anschluß daran verschiedene analytische Nachhaltigkeitsansätze zu unterscheiden.

„Sustainable Netherlands“ (Milieudefensie)

Ein früher Ansatz ist die von der holländischen Umweltschutzorganisation „Milieudefensie“ erstellte Studie „*Sustainable Netherlands*“ (ISOE/ MILIEUDEFEENSIE 1994). Die Untersuchung besteht aus einer im wesentlichen naturwissenschaftlich-technischen Beschreibung eines Nachhaltigkeitsszenarios für die Niederlande im Jahre 2010, die auf einer kantianischen Ethik eines gleichen Umweltraums für jeden Menschen basiert. Der Umweltraum ist gekennzeichnet durch die Menge der Naturnutzungen, die möglich sind, ohne eine dauerhafte Verschlechterung des Umweltzustands zu verursachen. Ausgehend von den Prämissen globaler Verteilungsgerechtigkeit, kontinentaler Selbstversorgung und der Begrenzung des globalen Umweltraums wird berechnet, auf welches Niveau der Konsum eines durchschnittlichen Niederländers reduziert werden müßte. Trotz teilweiser drastischer Einschnitte in einzelnen Sektoren wie etwa Energieverbrauch, Mobilität oder Fleischkonsum kommen die Autoren zu dem Ergebnis, daß im Gesamtergebnis eine nachhaltige Lebensweise ohne „unannehmbare Einschränkungen“ möglich ist. Eine „Veränderung der menschlichen Kultur“ sei hingegen nötig, da Strategien der Effizienzsteigerung und des Strukturwandels der Produktion alleine nicht ausreichend sind. Als gesellschaftliche Implikationen der angemahnten Veränderung der Konsummuster werden zwar Probleme wie zum Beispiel die Einkommensverteilung, die Schwierigkeit einer Restriktion des globalen Handels oder die Bedürfnisausweitung durch Individualisierung angesprochen, ohne daß in ihnen jedoch grundsätzliche Barrieren gesehen werden.

„Zukunftsfähiges Deutschland“ (Wuppertal-Institut)

Die vom Umweltverband BUND und dem kirchlichem Hilfswerk Misereor beim Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie in Auftrag gegebene Studie „*Zukunftsfähiges Deutschland*“ (BUND/ MISEREOR 1996) knüpft an „Sustainable Netherlands“ an. Wie in der niederländischen Studie gehen die Autoren von der Notwendigkeit einer weltweiten Umverteilung von Naturverbrauch innerhalb eines begrenzten Umweltraums aus. Nur innerhalb dieser Grenzen des Wachstums dürfe sich der Mensch frei entfalten. Die Notwendigkeit einer Reduzierung des Ressourcenverbrauchs an Energie, Wasser, Boden, Material um 80-90% in den Industrieländern wird abgeleitet, auf eine exakte Quantifizierung des Pro-Kopf-Umweltraums jedoch im Unterschied zu „Sustainable Netherlands“ verzichtet. Schwerpunkt der Studie hingegen ist die Vorstellung eines neues Wohlstandsmodells, das in erster Linie durch einen Wertewandel erreicht werden soll. Dazu gehören Leitbilder wie Entschleunigung, Lebensqualität durch Suffizienz und eine Neuproportionierung von Erwerbs- und Eigenarbeit. Damit verbunden ist ein neues Wirtschaftsmodell, welches eine Reduktion von Stoffströmen bewirken soll. Es enthält die Elemente zyklische Produktionsprozesse, „grüner Markt“, Regionalisierung, Sättigung, Tertiärisierung und Dekonzentration. Dem globalen Gerechtigkeitspostulat versuchen die Autoren zu entsprechen, indem sie neben einer Entschuldung des Südens eine zwar nicht vollständige, jedoch weitgehende Entglobalisierung der Wirtschaft vorschlagen: Rückgang des Welthandels, Stärkung südlicher Lokalaufonomie, Konzentration des (verbleibenden) Exports auf ökoefiziente Produkte. Treffend charakterisiert Heins, daß „letzlich der Aufbau einer solidarischen immateriell orientierten

Gesellschaft innerhalb des Kapitalismus“ angestrebt werde. Möglich gemacht werden soll der Wandel durch die “individuelle Einsicht in den Wert der Freiheit von materiellen Gütern“ (HEINS 1996: 46). Hinzuzufügen ist, daß dies nach Ansicht der Verfasser der Studie nur auf der Grundlage einer *gesamtgesellschaftlichen* Einsicht geschehen kann, denn die politische Sphäre soll durch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen die individuelle Suffizienz stützen. Das neue Wohlstands- und Produktionsmodell soll sich im Konsens aller gesellschaftlichen Gruppen sowie durch viel Partizipation durchsetzen. Die Autoren adeln ihr Nachhaltigkeitsmodell mit der Zuschreibung synchroner Lösungskapazität für soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit oder der Krise der sozialen Sicherung, gleichsam als willkommener Nebeneffekt.

Umweltgutachten 94 und 96 (Rat von Sachverständigen für Umweltfragen)

Der *Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (SRU)* wird vom Bundesministerium für Umwelt berufen und hat die Aufgabe, die Umweltsituation in der Bundesrepublik zu analysieren. Seine Gutachten aus den Jahren 1994 (SRU 1994) und 1996 (SRU 1996) setzen sich mit dem Leitbild Nachhaltigkeit, in seiner Terminologie bezeichnet als „dauerhaft umweltgerechte Entwicklung“, auseinander. Schwerpunkte der Ausführungen sind neben Analysen und Empfehlungen für alle Felder der Umweltpolitik eine Reflexion über grundlegende nachhaltigkeitsrelevante Topoi wie etwa Umweltethik oder das Verhältnis zwischen gesellschaftlicher Normung und Ökologie. Aus einer ethisch-philosophischen Sicht des Menschen als zur Verantwortung fähigen und darin seine Bestimmung findenden Individuums destilliert der Rat drei anthropogene Verantwortungsebenen. Aus der Verantwortung für die natürliche Umwelt, die soziale Mitwelt und für sich selbst ergeben sich drei Kriterien nachhaltiger Entwicklung: Umweltverträglichkeit, Sozialverträglichkeit Individualverträglichkeit. Auffallend ist, daß im Zieldreieck der Nachhaltigkeit hier anstatt der häufig genannten Ökonomieverträglichkeit Individualverträglichkeit aufgeführt und die Ökonomie anscheinend nur als Werkzeug betrachtet wird. Zur Erreichung dieser Ziele müsse der Staat die Freiheit des Einzelnen gegebenenfalls einschränken können. Zur Kompensation dieser Einschränkung solle jedoch möglichst viel Verantwortung auf den Einzelnen übertragen werden. Dazu macht der Rat detaillierte Vorschläge, etwa die vermehrte Anwendung ökonomischer Instrumente zu Lasten des Ordnungsrechts oder eine stärkere Partizipation gesellschaftlicher Gruppen am politischen Prozeß. Insbesondere die Umweltverbände hätten eine besondere Verantwortung und seien besonders in die Entscheidungsfindung zu integrieren.

Menschliche Entfaltung ziehe immer Naturnutzung nach sich, die aber nur im Rahmen der Tragekapazität möglich sei. Daraus resultierende Wachstumsgrenzen seien nicht statisch, sondern müßten als Fließgleichgewicht aufgefaßt werden. Ein zentrales Anliegen des Rates in diesem Zusammenhang ist der Vorschlag für einen Modus der Festlegung von Umweltqualitätszielen, der das Procedere der Entscheidungsfindung über die gewünschte Umweltqualität im Zusammenwirken von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit regelt. Die Empfehlungen des Rates haben das Ziel, Umweltpolitik auf allen Ebenen zu integrieren und zu institutionalisieren. Der Schritt zur Nachhaltigkeit soll jedoch ohne einen Bruch des herrschenden Wachstums-, Wohlstands- oder Verteilungsmodells möglich sein.

„Nachhaltiges Deutschland“ (Umweltbundesamt)

Das Umweltbundesamt knüpft in seiner 1997 fertiggestellten Konzeption „Nachhaltiges Deutschland“ (UBA 97) an die substantiellen Reduktionsziele für die nördlichen

Industriegesellschaften des Wuppertal-Instituts an. Auch die mit der ökologischen Brisanz legitimierte Kritik asymmetrischer globaler Reichumsverteilung ist dort zu finden, die - im Unterschied zum Wuppertal-Institut - auch intranational als Umsetzungshindernis für mehr Nachhaltigkeit gewertet wird. Die Integrationsaufgabe Nachhaltigkeit erfordert naturwissenschaftlich abgeleitete ökologische Leitplanken, auch wenn diese teilweise von gesellschaftlichen Wertsetzungen abhängen. Auf diesen Grundannahmen aufbauend legen die Autoren zwei idealtypische Szenarien als Alternativen zum Weiter-So dar: Zum einen skizzieren sie ein „Effizienz“-Szenario, daß die Reichweite heute anwendungsreifer technischer Veränderungen absteckt, ohne die Notwendigkeit und auch die additive Wirkung einer Änderung „gesellschaftlicher Rahmenbedingungen“ zu berücksichtigen. Dies geschieht im Szenario „Struktur- und Bewußtseinswandel“, welches zusätzlich von einer Änderung der ökonomischen und rechtlichen Rahmenbedingungen sowie der gesellschaftlichen Wertvorstellungen ausgeht. Dabei sollen ordnungsrechtliche und ökonomische Instrumente die Einführung umweltverträglicher Techniken stützen und erzwingen. Eine durch informationelle und partizipatorische Instrumente erzeugte Nachhaltigkeitsethik führt einerseits zur Akzeptanz dieses Rahmens durch Kooperation und politische Legitimation, verstärkt andererseits durch suffizienzorientierte Lebensstile die Einsparpotentiale rein technischer Substitutionen. Analog zur Argumentation des Wuppertal-Instituts wird den Skeptikern einer derartigen Änderung die Kompatibilität wenn nicht sogar die Notwendigkeit dieser Entwicklungsrichtung zur Erreichung von Zielen wie internationale Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsbeschaffung und individuellem Glück begründet.

Enquete-Kommissionen

Die vom 12. Deutschen Bundestag einberufene *Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt - Bewertungskriterien und Perspektiven für umweltverträgliche Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft“* (ENQUETE 1994) entwickelt im wesentlichen Bewertungskriterien für umweltverträgliche Stoffkreisläufe und Öko-Bilanzen und betrachtet exemplarisch Perspektiven eines alternativen Stoffstrommanagements in ausgewählten Umweltbelastungsfeldern, Bedürfnisbereichen und Produktionssektoren. Daneben versucht die Kommission aus Parlamentariern und Experten, die als eine Art runder Tisch von Parlament und Gesellschaft nach Parteien- und Interessenproporz zusammengesetzt ist, eine Operationalisierung des Leitbilds Nachhaltigkeit zu leisten. Dazu werden ökologische, wirtschaftliche und soziale Oberziele aufgestellt. Wo diese über Allgemeinplätze wie Sicherung von Funktionsfähigkeiten von Ökosphäre, Ökonomie oder „Gesellschaft“ hinausgehen, ist bei den Postulaten des ökonomischen und sozialen Bereichs eine Orientierung auf die Ansprüche sozialer Marktwirtschaft, die sich in Forderungen nach Persönlichkeitsentfaltung, sozialer Stabilität und Wettbewerb ausdrückt, vorzufinden. Die Kommission geht von der Notwendigkeit einer Prioritätensetzung, einer Vermittlung von ökonomischen, sozialen und ökologischen Kriterien aus. Die Aufstellung der Kriterien könne dabei nicht naturwissenschaftlich bestimmt werden. Die Gesellschaft müsse in einem „notfalls auch konflikterfüllten Verfahren“ Konsens über die jeweils anzustrebende Umweltqualität suchen. An verschiedenen Stellen wird vor Brüchen in der sozialen und ökonomischen Entwicklung gewarnt. Mit ihren Vorschlägen für ein auf sozialen, ökologischen und ökonomischen Kriterien basierendes Stoffstrommanagement versucht das Gremium, Nachhaltigkeit als mögliche Entwicklung ohne größere Änderung der gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen der modernen Industriegesellschaft zu begründen.

In der folgenden Legislaturperiode wurde eine weitere Enquete-Kommission mit dem Namen: *„Schutz des Menschen und der Umwelt - Ziele und Rahmenbedingungen einer*

nachhaltig zukunftsfähigen Entwicklung“ vom Bundestag eingesetzt (ENQUETE 98). Neben der Bekräftigung ökologischer Grundregeln des Umgangs mit natürlichen Ressourcen werden erstmalig „vorläufige“ ökonomische und soziale Regeln aufgestellt. Die ökonomischen Regeln ergeben sich aus dem Oberziel der Sicherung ökonomischer Fähigkeit zur Erzeugung eines „hohen Versorgungsniveaus“ und laufen auf eine staatlich gerahmte Marktwirtschaft heraus, die allein mit der nötigen Effizienz private und öffentliche Bedürfnisse befriedigen könne. Die sozialen Regeln leiten aus dem Oberziel des Erhalts der sozialen Integration der Gesellschaft die Notwendigkeit von individueller Leistungsbereitschaft, Solidarität und Wachstum des Verteilungsspielraums ab, die sich in den Essentials Menschenwürde, individuelle Entfaltungsmöglichkeit, solidarisches Versicherungsprinzip, Leistungsprinzip und Wirtschaftswachstum spiegelt. Die von der Enquete formulierten sozialen und ökonomischen Oberziele verkörpern damit exakt das bisherige westliche Gesellschaftsmodell mit den Dimensionen demokratischer Rechtsstaat, Freiheit, Wohlstand und soziale Marktwirtschaft. Auf diesem Fundament wird dann zusätzlich „ökologische Verantwortung“ als zusätzlicher Bestandteil „solidarischer“ Gesellschaft eingefordert.

Die Enquete beschränkt sich mit dem Hinweis auf die Unmöglichkeit eines universellen Konzepts auf ein nationales Entwicklungskonzept, das die globalen Verflechtungen weitgehend ausblendet. Damit wird der in der Konferenz von Rio und in den Ansätzen der meisten Nichtregierungsorganisationen integrierte entwicklungspolitische Anspruch des Nachhaltigkeitspostulats nicht erfüllt. Fragen der globalen Asymmetrie etwa werden nicht behandelt.

Die Autoren⁶ wenden sich gegen den Entwurf eines substantiierten Konzepts. Vielmehr betrachten sie das Ziel der Nachhaltigkeit mit seinem Anspruch einer Integration ökologischer, sozialer und ökonomischer Regeln respektive Oberziele als eine regulative Idee, die die Richtung von Such- und Erfahrungsprozessen anzeigt. Die Kommission macht dementsprechend prozedurale Vorschläge für Zielfindungsprozesse der Abstimmung von Umwelthandlungszielen mit sozialen und ökonomischen basics. Als Voraussetzung für die Entstehung und den Erfolg von Suchprozessen gilt der Enquete horizontale und vertikale Partizipation sowie eine allgemeine Innovationsfähigkeit, zu deren Ertüchtigung sie institutionelle Reformen und Qualifizierungsoffensiven einfordern.

„Sustainable America“ (The Presidents Council on Sustainable Development)

Der Bericht „Sustainable America“ des *President Council on Sustainable Development* (HEINS 96) stellt keine quantifizierten Ziele für die Reduktion von Umweltbeeinträchtigungen auf, sondern listet Strategien für den Weg zu mehr Nachhaltigkeit auf. Mit der Zersiedelung, dem Verkehr oder etwa der Umweltbeeinträchtigung durch Landwirtschaft und Fischerei wird lediglich angedeutet, was als Umweltproblem diagnostiziert und verändert werden soll. Ähnlich wie die bundesdeutsche Enquete-Kommission orientiert der Rat dabei auf eine Weiterführung des westlichen Wirtschafts- und Sozialmodells ohne seine Negativfolgen. Die Ansprüche an Ökonomie, Soziales und Ökologie werden als Forderung nach Wirtschaftswachstum für mehr Wohlstand, Chancengleichheit und Umweltschutz interpretiert. Steigen sollen Arbeitsplätze, Gewinne, Gehälter, Effizienz, Bildung, um Armut und

⁶ Mit „die Enquete“ oder „die Autoren“ ist das mit überwiegender Mehrheit getragene Konzept gemeint. Zwei von ca. 20 Kommissionsmitgliedern trugen das Konzept im Ganzen nicht mit und gaben entsprechende Minderheitenvoten ab.

Umweltverschmutzung durch Wachstum und Innovation zu reduzieren. Der Schwerpunkt der vorgeschlagenen Instrumente liegt auf freiwilliger Veränderung hin zu mehr Umweltschutz über Konsens, Partizipation, Stärkung von Gemeinschaften. Daneben werden ökonomische Steuerungsinstrumente eingefordert, die auf eine Internalisierung bisher externer Kosten der Umweltnutzung hinauslaufen.

2.3 Nachhaltigkeitsansätze: Analytische Kategorien

In den hier schlaglichtartig vorgestellten Konzepten sind alle wesentlichen empirisch vorzufindenden Nachhaltigkeitsansätze enthalten, in welchem Rahmen und von welchen Akteursgruppen auch immer sie gefordert werden. Das heißt, Nachhaltigkeitsvorstellungen der „gesellschaftlichen Gruppen“ wie etwa Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden, sozialen Bewegungen oder Kirchen enthalten Ansätze aus dem Pool dieser Konzepte. Gleiches trifft auf die auf spezifische Räume bezogenen Aktivitäten staatlicher Körperschaften sowie zivilgesellschaftlicher Zusammenschlüsse von der Kommune über regionale Konsultationsbezüge bis hin zur Länder- und Bundesebene zu. Mit Nachhaltigkeitsansätzen sind dabei Strategien für mehr Nachhaltigkeit gemeint, die Ziel und Mittel zugleich sind. Unterschieden werden ein technischer, ein sozialer, ein politisch-integrativer und ein raum-und zeitstruktureller Ansatz. Diese analytischen Kategorien beschreiben einerseits anzustrebende Zustände einer nachhaltigen Zivilisation, andererseits sind diese hier unterschiedenen Nachhaltigkeitsansätze in den Konzepten auch als Instrument zur Durchsetzung der jeweils anderen Nachhaltigkeitsansätze gedacht oder zumindest denkbar. Auch mit Hilfe des politischen Ansatzes etwa soll der technische Ansatz nach mehr Effizienz unterstützt werden, auch durch technische Ansätze sollen Raumstrukturen regionalisiert werden, auch durch Regionalisierung sollen soziale Ansätze nach mehr Kommunarität gestützt werden. Die Kette ließe sich fortsetzen. Eine Differenzierung der vorzufindenden strategischen Vorstellungen nach Zielen und Mitteln ist nicht eindeutig zu leisten, da viele vorgeschlagene Mittel neben ihrer Funktionalität zur Erreichung eines Nachhaltigkeitsziels normative Qualitäten aufweisen. Dies gilt mindestens für alle nicht-technischen Ansätze, also die sozialen, politischen sowie raum-und zeitstrukturellen. Doch auch in technische Ansätze fließen in vielen Fällen normative Vorstellungen ein, die das Mittel zum Ziel aufwerten.

Unter Nachhaltigkeitsansätzen werden hier explizite Veränderungsstrategien gefaßt. Implizit und explizit existieren in den Konzepten natürlich auch Nachhaltigkeitsvorstellungen von der Notwendigkeit des Erhalts des Status Quo bestimmter Strukturen. Wenn also beispielsweise Suffizienz als ein Bestandteil des sozialen Nachhaltigkeitsansatzes vorgestellt wird, so gibt es auch den entgegengesetzten sozialen Nachhaltigkeitsansatz der Nicht-Suffizienz, des Weiter-So, der individuellen Konsumorientierung. Hier vorgestellt und weiter untersucht werden jedoch nur die veränderungsträchtigen Nachhaltigkeitsansätze. Konservierende Ansätze sind zwar in den verschiedensten Konzepten erhalten. Ihre Realisationschancen brauchen vor dem Hintergrund der Fragestellung dieser Arbeit jedoch nicht extra geprüft werden. Erstens sind sie faktisch bereits in modernen Gesellschaften realisiert. Zweitens werden die Begründungen für die Wahrscheinlichkeit ihrer Genese im Zuge der Argumentation für Barrieren und Hemmnisse für Änderungen angeführt. Die Frage nach den Realisationschancen dieser Null-Versionen, dieser jeweils entgegengesetzten Ansätze ist auf diese Weise also implizit immer mit beantwortet.

Nachhaltigkeitsansätze werden hier als analytische Kategorie gefaßt. Die analytische Isolierung einzelner Ansätze ist der notwendigen Komplexitätsreduktion für die Diskussion der Realisierungschancen anhand theoretischer Moderneerklärungen geschuldet. Damit sollen die Interdependenzmuster dieser Kategorien, die in unterschiedlicher Weise in den einzelnen Konzepten zum Ausdruck kommen, keineswegs ignoriert werden. Diese in der Praxis bestehende Kopplung entwertet ebenfalls nicht eine isolierte Prüfung der Anschlussfähigkeiten. In einem aggregierten Cluster „versteckte“ einzelne Widerhaken werden im Netz gesellschaftlicher Strukturen ebenso hängen bleiben wie Einzelstücke, sofern sie nicht durchpassen. Engpässe oder Barrieren für einzelne Bestandteile werden sich auch im Kontext eines Gesamtkonzeptes bemerkbar machen.

In welchem Maße die spezifischen Interdependenzen der Konzepte die für (methodisch) kontextfreie Einzelbestandteile abgeleiteten hemmenden oder fördernden Wirkungsmechanismen wieder *relativieren* werde (in welcher Weise also ein Widerhaken durch seine Verbindung mit anderen Widerhaken so gedreht wird, das er erst dann oder dann erst nicht mehr durchs Sieb passt), kann bei dieser Vorgehensweise zunächst nicht direkt abgeleitet werden. Die in den folgenden Kapiteln abgeleiteten Begründungen für die Hindernisse oder Chancen einzelner Ansätze berücksichtigen jedoch die Wechselwirkungen mit anderen Nachhaltigkeitsansätzen. So werden zum Beispiel gegenseitige Ausschlüsse oder Voraussetzungen beachtet. Aus solchen allgemeinen Aussagen über die Chancen von Nachhaltigkeitsansätzen unter Berücksichtigung der möglichen Wirkung parallel verfolgter Nachhaltigkeitsansätze können dann für jedes beliebige aggregierte Praxiskonzept Rückschlüsse gezogen werden. So läßt sich nach Maßgabe mehrerer Gesellschaftstheorien etwa Kommunität und Egalität nicht gleichzeitig steigern, oder erfordert Suffizienz Schritte in Richtung Egalität.

Die bisher in der Literatur vorgeschlagenen Kategorisierungen von Nachhaltigkeitsansätzen beziehen sich im wesentlichen auf die Charakterisierung geschlossener Ansätze, also gesamter Konzepte. So unterscheidet Karl-Werner Brand die Pole anthropozentrisches und biozentrisches Naturverständnis sowie Korrektur und Fortführung des industriellen Zivilisationsmodells (BRAND 97). Letztere Dichotomie habe ich aufgegriffen mit der Unterteilung von Nachhaltigkeitskonzepten in Strategien unilinear und gebrochener Modernisierung (SCHACHTSCHNEIDER 99). Wolfgang Sachs macht neben der Astronautenperspektive eine Heimatperspektive und eine Wettbewerbsperspektive aus (SACHS 97). Bas Arts differenziert die Art der Vermittlung der Teilziele nach dem Grad der Integration (ARTS 94). Weiterhin kann die Gestaltbarkeit der ökologischen Vorgabe betrachtet werden. Die hier vorgenommenen analytischen Kategorien teilen sich nicht auf in verschiedene Konzepte, sondern sind Teile aller Konzepte mit unterschiedlichen Gewichtungen und unterschiedlichen Ausdifferenzierungen. Die Gewichte der einzelnen Ansätze in den oben vorgestellten Konzepten werden im Anschluß an die Darlegung der analytischen Nachhaltigkeitsansätze präsentiert werden.

Technische Ansätze

Unter den technischen Ansatz fallen alle Strategien, den gleichen konsumtiven Nutzen mit anderen Produktionsverfahren und Produktionsressourcen zu erfüllen. Der technische Ansatz teilt sich auf in die Effizienz- und die Konsistenzstrategie. Die technische Effizienzstrategie versucht, den input zu minimieren und den output durch technische Verbesserungen zu maximieren, ohne dabei die grundlegende Herstellungstechnik zu verändern. Effizienzsteigerungen sind Wirkungsgradverbesserungen bestehender Produktlinien. Ein Beispiele dafür ist das 3-Literauto mit dem gleichen Nutzerqualitäten wie ein 6-Liter-Auto. Reine Effizienzstrategien sind aufgrund ihrer Kopplung an ein

bestimmtes technisches Verfahren in ihrer Einsparwirkung prinzipiell begrenzt. Sie verbrauchen weniger, können aber aufgrund der Grenzen der zugrundeliegenden physikalischen Energiewandlungsprozesse bestimmte Ressourcenbelastungen nicht unterschreiten. Der Wirkungsgrad des einem Dieselmotor zugrundeliegenden thermodynamischen Seiliger-Prozesses etwa kann schon theoretisch nicht über 70% gesteigert werden – die praktischen erreichbaren Werte liegen weit darunter. Auch bei Effektivierung wird der Dieselantrieb also immer fossile Brennstoffe verbrauchen und in CO₂-Emissionen umwandeln. Während die Effizienzstrategie Umweltbelastungen mindert und damit allerhöchstens Zeitgewinne realisieren kann, hat die Konsistenzstrategie zum Ziel, anthropogene Kreisläufe dauerhaft in biogene Kreisläufe einzufügen, also nichtnatürliche Emissionen in die Senken der Natur idealerweise auf Null zu bringen. Dazu gehören zum Beispiel Techniken der Nutzung regenerativer Energien oder perfekte Kreislaufprozesse. Eine Konsistenzstrategie ist die Einführung eines Wasserstoffmotors statt des Drei-Literautos, der - eingebunden in eine globale solargestützte Wasserstoffwirtschaft - keine CO₂-Emissionen mehr produziert. Im - rein theoretischen - technischen Idealfall würden dann die Stoffkreisläufe zur Erzeugung der gleichen individuellen Mobilität keine biologischen Stoffkreisläufe belasten. Daß auch derartige Stoffzirkulationen aufgrund des zweiten Hauptsatzes der Thermodynamik unweigerlich Entropiesteigerungen, d.h. stoffliche Dissoziierungsprozesse induzieren, die einer ewigen Konsistenz zuwiderlaufen, soll hier nicht näher problematisiert werden.

Die hier im technischen Ansatz zusammengefaßten Strategien der Effizienz und der Konsistenz werden in der Literatur oft zusammen mit Suffizienz als die drei wesentlichen Nachhaltigkeitstrategien gefaßt. Joseph Huber rechtfertigt dabei die Unterscheidung mit dem eher konservativen Charakter von Effizienzstrategien, die bestehende Verwaltungs-, Wirtschafts- und Technikstrukturen unangetastet lasse, während erst Konsistenzstrategien die „Naturentfremdung der industrietraditionalen Stoffströme mit den Mitteln der modernen Wissenschaft, Wirtschaft und Technik“ überwinde (HUBER 96: 240). Unabhängig von den unterschiedlich hohen Barrieren zur Einführung von Effizienz- und Konsistenzstrategien sind beide jedoch Strategien der Änderung von technischen Verfahren der Befriedigung von Bedürfnissen nach dem Konsum bestimmter Produkte. Dieser Wunsch wird nicht in Frage gestellt, sei es in Form der Aufforderung zum Verzicht oder einem geänderten Nutzungsmodus, etwa einem Verzicht auf individuelles Eigentum bei Modellen der gemeinsamen Nutzung. Der hier analytisch unterschiedene technische Ansatz ist begrenzt auf die Randbedingung einer verhaltensneutralen identischen Nutzung. Erfordert die Ausschöpfung des maximalen Nutzens einer technischen Variation etwa ein anderes Nutzerverhalten, zum Beispiel zeitaufwendige Bedienungsaktionen bei neuen Regelungen, so wäre es kein rein technischer Ansatz mehr.⁷ Zumindest ein Stückchen Suffizienz würde in diesem Fall erwartet - die Akzeptanz der damit verbundenen Reduktion der freien Zeit ist Voraussetzung. Genauso kann die Nutzung einer neuen Technik aufgrund der Kosten ihrer Anschaffung mit Suffizienz auf anderen Konsumfeldern verbunden sein. Weiterhin kann die Einführung neuer Techniken - etwa eine gemeinschaftliche Heizanlage mit Blockheizkraftwerk in einem Wohngebiet - mit der Einführung kommunitärer Elemente in Form gemeinschaftlicher Versammlungen, um die Betriebsweise abzusprechen, verbunden sein. Hier ist ebenfalls bereits der rein technische Ansatz überschritten. Er hat in dem Beispiel seine analytische Grenze dort, wo die Bewohner ihre Raumbeheizung bei gleichem Verhalten und Bemühungen genauso

⁷ Viele technischen Innovationen erfordern Verhaltensänderungen, um erfolgreich zu sein. Vgl. dazu etwa die empirische Untersuchung von Gestring et al. über Projekte ökologischen Bauens und Wohnens. (GESTRING et al. 97)

weiterkonsumieren können wie Strategien, die auf der Kombination von neuer Technik mit nicht-technischen Ansätzen wie Suffizienz oder Kommunarität basieren, überschreiten den hier analytisch beschriebenen technischen Ansatz, obgleich sie ihn einschließen.

Soziale Ansätze

Als soziale Ansätze werden alle Nachhaltigkeitsforderungen bezeichnet, die auf einer Änderung des Sozialverhaltens basieren. Damit ist das gelebte Verhältnis des Einzelnen zu seinen Mitmenschen gemeint. Zu unterscheiden sind im Kontext von Nachhaltigkeitsstrategien drei Typen.

Erstens fällt darunter die Forderung nach einem genügsameren Lebensstil. Mit Genügsamkeit ist ein umfassender Rückgang konsumtiver Bedürfnisse gemeint, der neben verringertem materiellen Konsum auch die Abnahme von Dienstleistungen umfasst. Mehr Suffizienz ist ein sozialer Ansatz, auch wenn es um das individuelle Verhalten geht. Die Motivation für individuelle Genügsamkeit soll sich ja aus der Einsicht in die globalen Notwendigkeiten einer Reduktion von Naturverbrauch jenseits technischer Einsparpotentiale speisen. Dieses Moment bleibt auch dann bestehen, wenn in einigen Konzepten suffiziente Lebensstile mit besserer Lebensqualität geadelt werden und mit dem Appell an den aufgeklärten Eigennutz die rein soziale Motivation getrübt wird.

Zweitens sind Ansätze nach mehr Gemeinschaftlichkeit zu nennen, zum Beispiel die gemeinsame Nutzung von Gütern als Alternative zum ressourcenintensiveren Privatbesitz. Ein Beispiel ist das Car Sharing oder die Bildung von Fahrgemeinschaften. Sozial ist dieser Ansatz aufgrund der expliziten und impliziten Forderung nach einem geänderten Verhältnis im Zusammenleben. Die Forderung nach mehr Gemeinschaftlichkeit bei der Nutzung von Gütern kann sich dabei von flüchtigsten Formen bis hin zu dauerhaften Zusammenschlüssen erstrecken. Eine flüchtige Form ist die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs, eine dauerhafte Form die Beteiligung an einem Projekt autofreien Wohnens, wo eine Umweltbelastung durch Verkehr durch die Entwicklung eines sinnstiftenden soziokulturellen Nahraumes verringert werden soll. Mit der Dauerhaftigkeit der gemeinschaftlichen Nutzungen steigt in der Regel auch deren sinnstiftender Charakter. Entsprechend wird die Forderung nach mehr Kommunarität bzw. mehr Gemeinschaftlichkeit nicht nur mit ihrer Einsparwirkung ökologisch funktional, sondern auch über ihren Nutzen für die Entwicklung sozialer Bindungen gesellschaftlich normativ begründet.

Als dritter sozialer Ansatz ist die Forderung nach mehr Egalität zu nennen. Prototypisch ist hier die Forderung nach dem geradezu ursozialistischen und kantianischen Prinzip einer Gleichverteilung knapper globaler Ressourcen. Dies kann dann in die Forderung, die tägliche Fahrleistung auf zehn Kilometer zu beschränken oder nur alle zehn Jahre eine Flugreise zu unternehmen, münden. Legitimiert wäre sie durch den Nachweis, dass eine stärkere Inanspruchnahme nicht universalisierbar ist, ohne katastrophale Auswirkungen zu provozieren. Jedem Erdbewohner sollen nach diesem Ansatz gleiche Rechte bei der Nutzung des „globalen Umweltraums“ eingeräumt werden. Gesetzt wird damit auf einen hohen Grad von Solidarität im globalen Rahmen.

Die drei Typen des sozialen Ansatzes decken so drei unterschiedlich notwendige Bezüge geänderten sozialen Verhaltens vom Individuum bis zur Weltgesellschaft ab. Mehr Suffizienz wird verwirklicht durch ein geändertes eigenes Verhalten, mehr Kommunarität soll entstehen durch verändertes Verhalten in der Interaktion mit bekannten anderen, mehr Egalität erfordert einen weltweit geänderten sozialen Bezug zum unbekannten Anderen. Alle drei Typen erfordern eine individuelle Verhaltensänderung als Ausdruck eines geänderten sozialen Verhältnisses. Dies gilt ebenso, wenn etwa egalitäre Verteilungen von

Umweltgütern (welt)staatlich organisiert werden würden. Auch die erfolgreiche politische Durchsetzung eines derartigen anderen sozialen Rahmens basiert letztendlich auf einer von den Individuen getragenen Veränderung des Sozialverhaltens, gegen welches eine solche solidarische Politik nicht dauerhaft durchgeführt werden könnte

Politische Ansätze

Politische Ansätze gehen von der Notwendigkeit einer Veränderung der politischen Struktur aus. Sie sind insofern auch in einem allgemeinen Sinne soziale Ansätze. Die hier verwendete analytische Kategorie der sozialen Ansätze bleibt jedoch reserviert für die Fragen nach der Substanz sozialer Beziehungen, nach dem Was? Politische Ansätze hingegen kümmern sich um das Verfahren, um das Wie? der Herausbildung und Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen.

Der empirisch dominierende Nachhaltigkeitsansatz zur Herausbildung von politischen Entscheidungen fordert mehr Partizipation, Kommunikation und mehr Konsensualität. Er ist somit ein politisch-integrativer Ansatz. Mehr Partizipation meint mehr direkte Beteiligungsformen der Bürger an politischen Entscheidungen wie etwa runde Tische, Beteiligung bei Planungs- und Konsultationsprozessen, Konfliktregelung durch Mediation. Auf unser Beispiel der Mobilität bezogen wäre dies etwa ein Beteiligungsverfahren bei der Planung einer Straße. Prototypisch sind auch die oft basisdemokratisch konzipierten Prozesse zur lokalen Agenda. Weiterhin enthalten sind Forderungen nach Elementen direkter Demokratie wie Volksentscheide und imperative Mandatierung. Die partizipativen Vorschläge werden funktional und normativ begründet. Die Bürger wüssten erstens besser Bescheid über Probleme und deren Lösungen als repräsentative Vertretungen, zweitens gilt die direkte Politikbeteiligung als Medizin gegen Politikverdrossenheit und als Zeichen hoher Identifikation mit dem Gemeinwesen, drittens sei Partizipation ein Gebot der Selbstbestimmung. Weiterhin garantiere Partizipation eine erfolgreiche Implementierung oder erhöhe zumindest deren Chancen.

Neben dieser basisdemokratischen Hauptrichtung weist das Ansinnen nach mehr Partizipativität auch eine korporatistische Variante auf, die auf den höheren Ebenen Partizipation ermöglichen soll. Die einzelnen Bürger werden dabei ersetzt durch ihre gruppen- und standesspezifischen Vertretungen. Die korporatistische Partizipation fordert die Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen an der Entscheidung politischer Fragen über Vertreter, denen eine direkte Vertretung der Interessen ihrer Klientel zugeschrieben wird. Ein Beispiel dafür wäre etwa ein Konsultationsprozess für einen Verkehrsentwicklungsplan, wo die Senioren über den Seniorenverband, die Kaufleute über die Industrie- und Handelskammer und die Fahrradfahrer über den Fahrradclub vertreten sind.

Mit der Forderung nach Partizipation verbunden ist meistens der Anspruch auf Konsensualität, die ebenfalls funktional und normativ begründet wird. Konsensualität erhöht die Implementationschancen, während politischer Streit als kontraproduktiv für die immens große Aufgabe der Rettung der Welt angesehen wird, die ein gemeinsames Ziehen an einem Strang und eine geteilte Langfristorientierung jenseits von Wahlperioden erfordere. Weiterhin führt das normative Ziel der Selbstbestimmung zur Forderung nach Konsens. Er garantiert idealerweise die Berücksichtigung aller Meinungen, da niemand überstimmt werden kann. Aber auch der Wunsch nach Harmonie zwischen Mensch, Gesellschaft und Natur, die dem Streben nach Nachhaltigkeit auch zumindest partiell

zugrunde liegt, wird auf die Sphäre des Politischen übertragen und entfaltet dort sein normatives Potential.⁸

Als dritte Komponente des politischen Ansatzes ist die Forderung nach Verbesserung der Kommunikation zu nennen. Mehr Kommunikation oder in anderer Terminologie: Vernetzung wird in vielen Konzepten als Heilmittel für mehr Nachhaltigkeit gepriesen. Kommunikation erhöhe zum einen die Partizipation auf den verschiedensten Ebenen, ermögliche zum anderen innovationsgenerierende Verbindungen. Der politische Ansatz mit seiner Strategie zur Herausbildung kollektiv verbindlicher Entscheidungen durch Partizipation, Konsensualität und Kommunikation ist damit am Aufklärungsideal eines basisdemokratischen öffentlichen permanenten Versammlungsdiskurses orientiert, der allein die Durchsetzung der Vernunft garantiere.

Raum- und zeitstruktureller Ansatz

Der raum- und zeitstrukturelle Nachhaltigkeitsansatz ist ebenso wie der soziale und der politische Ansatz ein im weitesten Sinne sozialer Ansatz, da die Raum- und Zeitstruktur der Weltgesellschaft die Ausbildung sozialer Beziehungen sowohl beeinflusst als auch von ihnen gemacht ist. Der Raum- und zeitstrukturelle Ansatz zielt auf gesellschaftliche Raum- und Zeitbeziehungen als den Rahmen, in dem die sozialen und politischen Ansätze eingebettet sind. Die im Nachhaltigkeitsdiskurs dominanten raum- und zeitstrukturellen Ansätze sind die Forderungen nach Regionalisierung und Entschleunigung.

Die Strategie der Regionalisierung ist hauptsächlich auf ökonomische Kreisläufe bezogen. Produktionsabläufe sollen entgegen der Tendenz der sich globalisierenden Arbeitsteilung zumindest partiell wieder räumlich verengt werden. Die anzustrebende bzw. tolerierte Grenze für die Stoff- und Handelsströme kann dabei prinzipiell auf der Ebene eines Kontinents, einer Nation, einer Region, einer Kommune oder noch kleinräumiger gesetzt sein. Die regionalisierenden Strategien umfassen Forderungen wie etwa die Verwendung von im eigenen Land geschlagenen Hölzern, die Verlagerung des Konsums auf regional erzeugte Lebensmittel, die Kommunalisierung der Energieversorgung oder die hofinterne Schließung agrartechnischer Nährstoffkreisläufe. Obwohl die Strategie auf die unterschiedlichsten Territorien bezogen ist, besteht das Idealbild in einer sich möglichst selbstversorgenden Region, etwa in der Größe eines Regierungsbezirkes oder eines Bundeslandes. Für diese Strategie werden wiederum funktionale und normative Begründungen angeführt. Regionalisierung ist zum einen funktionelles Erfordernis zur Reduzierung von Umweltbeeinträchtigungen, die durch Verringerung von Stoffströmen und den damit verbundenen Transportleistungen erreicht werden soll. Überall wo es „möglich“ ist, sollen regionale Produktions- und Konsumalternativen bevorzugt werden. Die Regionalisierung wird jedoch jenseits einer kompletten Autarkie immer nur bis zu einer gewissen Grenze, das heißt immer komplementär zur Ausweitung der Weltmarkteinbindung gedacht. Wo diese Grenzen verlaufen und wie sie begründet werden, soll hier nicht weiter vertieft werden. Neben den aus Umweltschutzerfordernissen abgeleiteten Begründungen werden auch standortbezogene mikroökonomisch-funktionale Argumente wie etwa Schutz und Förderung intraregionaler Wertschöpfung herausgestellt, realisiert über die Ausweitung des regionalen Arbeitsvolumens. Diese funktionalen

⁸ Auf diese ideologische Kongruenz von harmonischen Orientierungen im Rahmen der politischen bzw. sozialen Ökologie und der Gesamtökologie des Gesellschafts-Natur-Zusammenhangs weist auch Alain Lipietz hin: „Richtig verstanden sind „soziale Ökologie“ und „tiefe Ökologie“ nur zwei Varianten einer wirklich „radikalen Ökologie“, die sich gerade dadurch auszeichnet, „an die Wurzel zu gehen“, dass sie die mangelhafte Organisation der Gesellschaft kritisiert, die hinter den Beeinträchtigungen der Umwelt und der Umweltkrisen liegt.“ (LIPIETZ 00: 18)

Begründungen werden gelegentlich auch normativ gestützt durch eine Ethik des Lokal- und Regionalpatriotismus bzw. der Lokal- und Regionalidentität.

Mit dem Ansinnen einer Regionalisierung verbunden ist häufig eine Entschleunigungsstrategie. Die Globalisierung der Arbeitsteilung wird erst möglich durch eine Emanzipation von Beschränkungen von Raum und Zeit. Warenströme müssen räumliche Distanzen schnell überwinden können, um regionale Alternativen zu übertreffen. Räumliche Entgrenzung benötigt Beschleunigung. Die Verfügung über den Raum erfordert die Verfügung über die Zeit. Insofern erhoffen sich Ansätze einer Entschleunigung wie etwa Tempolimits oder eine „Veränderung des Entfernungsverhaltens“, einen regionalisierenden Beitrag. Das Rezept Entschleunigung ist nicht immer direkt auf physikalische Geschwindigkeit bezogen. Als allgemeines Lebensstilelement soll es Ausdruck von Suffizienz sein, etwa als Kontrapunkt gegen immer hochfrequenteren Modewechsel und Produktzyklen. Entschleunigung in einem allgemeinen Sinn ist zudem eine direkte Antwort auf den Imperativ der Konsistenz anthropogener und biogener Geschwindigkeiten, der oft als vierte ökologische Regel des anthropogenen Umgangs mit der Natur angeführt wird: Das Zeitmaß anthropogener Eingriffe darf die zeitliche Anpassungsfähigkeit der Biosphäre nicht überschreiten. Änderungen müssen sich so langsam vollziehen, dass die natürliche Umwelt ausreichend Zeit hat, diese Veränderungen in ihr Ökosystem einzuarbeiten und so katastrophische Kollisionen zu vermeiden. Entschleunigung erhält neben den angedeuteten funktionellen Nützlichkeiten in einigen Konzepten auch einen normativen Gehalt, indem ein langsames, genüssliches Leben als positive Alternative zur Hektik der gegenwärtigen Lebensstile herausgestellt wird.

Andere Kategorien

Unter die vier analytischen Kategorien technische, soziale, politische sowie raum- und zeitstrukturelle Nachhaltigkeitsansätze lassen sich alle empirisch zu beobachtenden Strategieelemente - seien sie in Konzepten dokumentiert oder in der Nachhaltigkeitspraxis von Akteuren angewandt - einordnen. Im folgenden sollen die Beziehungen der gewählten Kategorien zu einigen Ansätzen, die hier nicht als eigenständige Kategorien auftauchen, kurz dargestellt werden.

Eine mögliche Kategorie „innovativ“ wird wegen ihrer Substanzlosigkeit nicht gesondert eingeführt, auch wenn sie in vielen Konzepten einen eigenständigen oder sogar exponierten Platz erhält. Innovation bedeutet durchgesetzte Veränderung und ist damit selbstverständliches Ziel von Nachhaltigkeitsansätzen, die ja auf die Veränderungsnotwendigkeit einer nicht-nachhaltigen Entwicklung reagieren. Von Interesse ist die Richtung der vorgeschlagenen Veränderungen, die mit den hier benutzten analytischen Oberkategorien auf einer ersten Ebene differenziert werden. Die mögliche Kategorie „pädagogisch“ erhält ebenfalls keinen eigenständigen Platz. Pädagogische Ansätze haben zum einen die Vermittlung und Werbung für die hier unterschiedenen Nachhaltigkeitsansätze technischer, sozialer, politischer oder raum- und zeitbegrenzender Natur zum Ziel und können dann als reine Mittel für deren Realisation unter diese subsumiert werden. Dies gilt etwa für Kampagnen für ÖPNV-Nutzung oder für Genügsamkeit im „Entfernungsverhalten“. Zum anderen haben - vor allem neuere - pädagogische Ansätze eine eher substanzlose prozedurale Ausrichtung in Richtung der Schaffung von Reflexions- und Kommunikationsfähigkeiten in Bezug auf das Nachhaltigkeitsproblem. Diese pädagogische Richtung ist dann unter den politischen Ansatz mit seinem Schwerpunkt Kommunikation einzuordnen.

Neben dem pädagogischen Ansatz in seiner appellativ-belehrenden Variante gibt es eine Reihe weiterer rein instrumenteller Ansätze. Ökonomische Ansätze, etwa Strategien zur Lenkung von Wirtschaftstätigkeit hin zu höherer Umweltverträglichkeit durch Internalisierung externer Kosten mit Instrumenten wie Ökosteuern oder Systemen handelbarer Verbrauchsrechte, sind Instrumente zur Erreichung technischer oder raumstruktureller Ziele. Dieselbe Funktion - wenn auch andere normative Implikationen - haben ordnungsrechtliche Mittel in Form von staatlichen Geboten und Verboten. Die Durchsetzung der ökonomischen und ordnungsrechtlichen Instrumente als Mittel der Lenkung ökonomischer Aktivität ist zudem gekoppelt an die Anschlussfähigkeiten der sozialen Ansätze der Suffizienz und der Egalität. Dies gilt zumindest dann, wenn diese Einschränkungen des Ressourcenverbrauchs nicht allein durch technische Neuerungen kompensiert werden können. Eine derart „erzwungene Suffizienz“ etwa wird nur bei egalitärerer Verteilung überhaupt eine Akzeptanzchance haben.

Nicht berücksichtigt sind ebenfalls feministische Ansätze. Sie sprechen Frauen aufgrund ihres biologischen oder sozialen Geschlechts (gender) besondere Betroffenheit und Problemlösungskompetenz in Nachhaltigkeitsfragen zu. Die von den weiblichen Akteuren nach dieser Lesart privilegiert durchzusetzenden Inhalte lassen sich jedoch ebenfalls in die analytischen Kategorien einsortieren. Frauen haben etwa mehr Gemeinschaftsbezüge und tragen so zum sozialen Ansatz bei, sind kooperativer und treiben partizipative Konsensualität voran und sind aufgrund ihrer Naturnähe stärker mit ihrer Region verankert.

Innerhalb der jeweiligen Kategorien sind auch Ansätze enthalten, die in Zielkonflikt geraten können, wie weiter unten sichtbar werden wird. So kann zum Beispiel die kommunitäre Solidarität mit dem Bekannten als eine Ausformung des sozialen Ansatzes mit einem anderen Bestandteil des sozialen Ansatzes, der Forderung nach globaler Egalität als Solidarität mit dem Unbekannten, aufgrund des möglicherweise begrenzten Solidaritätspotentials kollidieren. Mehr Partizipation als politische Strategie verhindert vielleicht Konsens, da sie die Reflexivität und damit möglicherweise die Pluralität von Auffassungen erhöht. Derartige Konflikte sollen an dieser Stelle nur exemplarisch angedeutet werden. Im weiteren Verlauf dieser Untersuchung werden theoretische Begründungen für wahrscheinliche Konflikte herausgearbeitet.

Auch die hier nicht berücksichtigten Kritiken, die sich explizit gegen einen Nachhaltigkeitsdiskurs aussprechen, da er die kapitalistische Moderne stützend reformiere, weisen implizit ebenfalls Vorstellungen von Nachhaltigkeit auf, die in den beschriebenen Konzepten auftauchen. So orientieren etwa Autoren aus dem Umfeld des BUKO⁹ auf eine Regionalisierung als einzigen Ausweg aus globaler Ausbeutung (EBLINGHAUS/STICKLER 96; SPEHR 96).

Alle nicht-technischen Strategien, also die sozialen, die politischen und die raum- und zeitstrukturellen Ansätze werden - wie gezeigt - funktional und normativ begründet. Jeder Ansatz taugt damit als Mittel und Ziel zugleich. Die zur Erreichung von mehr Nachhaltigkeit für notwendig gehaltenen Maßnahmen und Schritte sind so immer gleichzeitig Elemente gelungener Gesellschaft. Somit wird kein mühseliger, sondern ein schöner Weg zur Nachhaltigkeit gezeichnet. Selbst für den technischen Ansatz lässt sich dies - wenn auch eingeschränkt - feststellen. Auch den Strategien Effizienz und Konsistenz werden gelegentlich normative Gehalte, etwa durch die positive Wertung der Übernahme entsprechender normativ positiv bewerteter biogener Prinzipien gegeben. Angepriesen werden etwa die Eleganz ressourceneffizienter tierischer oder pflanzlicher Bewegungs-

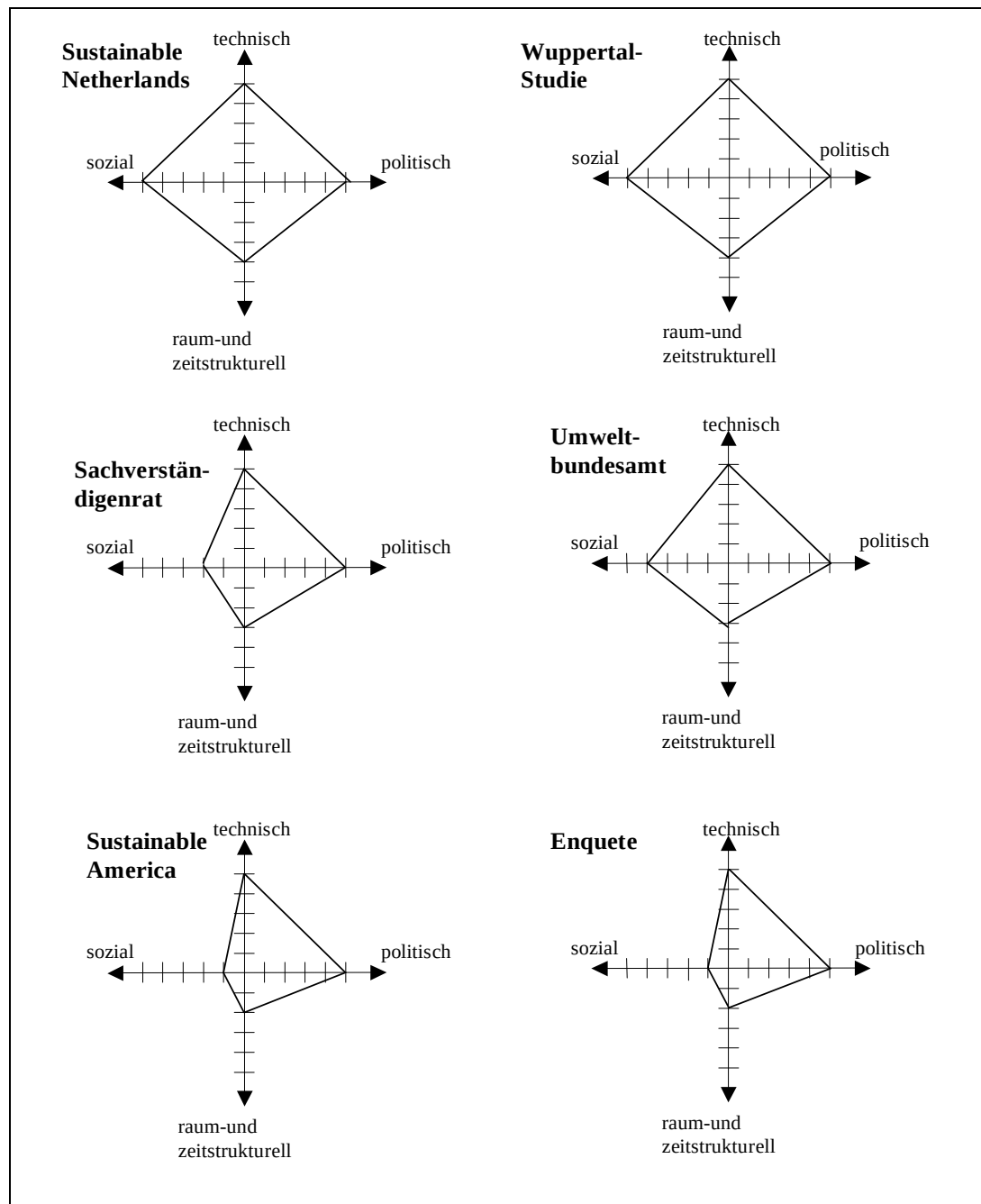
⁹ BUKO: Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

und Wachstumsvorgänge und die Harmonie von allseits konsistenten biologischen Stoffwechselprozessen.

2.4 Gewichtungen

Alle vier unterschiedenen Ansätze stehen im Kontrast zum jetzigen Entwicklungsstand moderner Gesellschaften. Die angewandte Technik ist in der Regel nicht effizient, sie geht verschwenderisch mit Ressourcen um. Sie ist nicht konsistent mit biogenen Kreisläufen, denn sie überfordert die evolutive Anpassungsfähigkeit durch die zu schnelle Belastung natürlicher Senken. Das Konsumverhalten ist in der Regel nicht genügsam, sondern egoistisch. Kommunitäre Orientierungen sind die Ausnahmen im Trend der Individualisierung, und die Lebensverhältnisse werden immer ungleicher. Die politische Struktur ist durch eine Dominanz repräsentativer Formen anstatt durch ubiquitäre Partizipation gekennzeichnet. Nach wie vor gibt es tiefe politische und ideologische Differenzen anstatt Konsensualität, auch wenn einige gegenläufige Entwicklungen zu beobachten sind. Statt ubiquitärer gleichberechtigter Kommunikationschancen gibt es Hierarchien des Zugangs zu Informationen und strategische Kommunikation. Die Globalisierung schreitet voran und lässt Versuchen einer Beschränkung von Raum und Zeit allenfalls additiv-marginalen Raum.

Für jeden analytisch unterschiedenen Ansatz lässt sich ein Kontinuum an Realisationsgrad denken, welches sich von den Polen Weiter-So bis totale Änderung erstreckt. Im folgenden werden die Positionierungen der einzelnen vorgestellten Konzepte auf diesem Kontinuum durch Positionierung auf Skalen von eins bis fünf visualisiert werden. Die Größe der Fläche symbolisiert so das Volumen der Änderungen, die Form des Vierecks die Stärke der einzelnen Nachhaltigkeitsansätze. Dabei kann es sich nur um grobe Einstufungen handeln. Insbesondere die interne Differenzierung in den aggregierten Ansätzen kann hier nicht abgebildet werden. Weiterhin können die in den jeweiligen Konzepten unterschiedlich konzipierten Verflechtungen zwischen den einzelnen Ansätzen hier nicht zum Vorschein kommen.



Übersicht 2.1: Gewichtungen der Nachhaltigkeitsansätze in den Konzepten

Alle Konzepte setzen auf starke technische Veränderungen. Zumindest im langfristigen Ziel einer natürlichen Kreisläufe nicht überfordernden anthropogenen Technosphäre mittels der Strategien Effizienz und Konsistenz gibt es hier keine prinzipiellen Unterschiede. Je nach Einfluss bestimmter Interessengruppen wie etwa der Wirtschaft, der Gewerkschaften oder der Umweltverbände bestehen Unterschiede in der eingeforderten Geschwindigkeit technischer Änderungen aufgrund von Rücksichtnahmen auf Nutznießer bestehender technischer Produktionslinien. Dies soll hier jedoch im Rahmen der Gewichtungen der prinzipiellen Ausrichtungen nicht weiter von Interesse sein.

Eine ähnlich hohe Zustimmung zeigt sich zum politisch-integrativen Ansatz. Alle Konzepte halten Partizipation und Konsensualität für unabdingbar. Leichte Abstriche

macht allein die Enquete-Kommission, die trotz vieler Vorschläge in Richtung Kooperation und Partizipation vor deren Überbewertung warnt:

„Häufig wird jedoch der Eindruck vermittelt, daß durch die Schaffung einer Vielzahl von Beteiligungs- und Konfliktlösungsformen außerhalb von Parlament und Regierung der Prozess der nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung ungleich leichter in Gang gesetzt und gehalten werden kann als es das repräsentative demokratische System zu leisten vermag“ (ENQUETE 98: 390).

Der Bericht der Enquete-Kommission ist damit auch das einzige Konzept, in dem das unklare Verhältnis der vorgeschlagenen politisch-partizipativen Integration zum repräsentativ-parlamentarischen System zumindest ansatzweise angesprochen wird.

Im Unterschied zum technischen und politischen Ansatz differieren die übrigen Nachhaltigkeitsansätze stärker zwischen den Konzepten. Bei den sozialen Ansätzen nach mehr Suffizienz, Gemeinschaftlichkeit und Egalität ist ein Gefälle von den Veränderungen einfordernden Konzepten der Umwelt- und Entwicklungsverbände („Sustainable Netherlands“ und „Zukunftsfähiges Deutschland“) bis zum impliziten Weiter-So von repräsentativ und damit heterogen zusammengesetzten Gremien wie der Bundestags-Enquete und dem amerikanischen Rat für zukunftsfähige Entwicklung („Konzept Nachhaltigkeit“ und „Sustainable America“) festzustellen. Letztere können aufgrund ihres Konsensanspruches gerade bei sozialen Fragen nur höchst unwahrscheinlich zu Veränderungsempfehlungen gelangen. Dazwischen liegen die Konzepte der Experten des Umweltbundesamtes und des Rats von Sachverständigen für Umweltfragen („Nachhaltiges Deutschland“, „Jahresgutachten 94 bzw. 96“), die sowohl die Veränderungsnotwendigkeit des sozialen Verhaltens als auch deren normativ abgeleitete Grenzen reflektieren und so für eine abgeschwächte Veränderung votieren. Dabei liegt das Umweltbundesamt näher an den Konzepten der Umweltverbände, während der Sachverständigenrat nur sehr vorsichtig die Relevanz veränderten Sozialverhaltens problematisiert und sich so in diesen Fragen in der Nähe der Repräsentativgremien platziert. So konstatiert das Umweltbundesamt etwa das Umsetzungshindernis global und intranational asymmetrischer Reichumsverteilung, während der Sachverständigenrat Verteilungsfragen im Norden für im wesentlichen gelöst hält und Armut im Süden eher durch nachholendes Aufholen als durch nördliches Abgeben bekämpfen will. Auch Suffizienz und Gemeinschaftlichkeit fordert er in seinem Szenario „Struktur- und Bewußtseinswandel“ stärker ein als der Sachverständigenrat, der jenseits substantieller Genügsamkeitsforderungen lediglich die Herausbildung eines allgemeinen individuellen Nachhaltigkeitsethos propagiert, welches dann etwa Suffizienz *in Abwägung* zu anderen Ansprüchen enthält.

Bei den raum- und zeitstrukturellen Ansätzen fehlen zwar die Extreme, doch auch hier gibt es deutliche Unterschiede. Die Konzepte der Umweltverbände setzen am stärksten auf Regionalisierung und Entschleunigung. Dennoch werden sie nie absolut gedacht, sondern parallel zur weiterbestehenden Weltmarkteinbindung. Exportiert werden soll etwa ökologischer high-tech und Wissen, während Nahrungsmittel, Baustoffe und Energie möglichst nahräumlich erzeugt werden sollen. Die Kriterien für die Grenzziehungen zwischen Lokal- und Globalempfehlungen bleiben jedoch unklar: „Zuerst werden die lokalen und regionalen Möglichkeiten ausgeschöpft und die primären Bedürfnisse abgedeckt, erst dann werden Ressourcen und Produkte exportiert oder importiert“ (BUND/MISEREOR 96: 259). Das Umweltbundesamt plädiert ebenso für eine möglichst starke ökonomische Regionalorientierung, bewertet hingegen Entschleunigung ethisch nicht so euphorisch. Auf der anderen Seite stehen die Konzepte der Repräsentativorgane Bundestagsenquete und The Presidents Council of Sustainable Development, die sich zwar für eine Aufwertung lokaler Zusammenhänge aussprechen, jedoch die Ökonomie nicht durch Setzen von Raumwiderständen wie etwa Ökosteuern in Richtung Regionalisierung lenken wollen. Etwas widersprüchlich bleibt der Sachverständigenrat, der zwar einerseits

transporterschwerende Ökosteuern fordert, andererseits sich nicht explizit zum Ziel einer Regionalisierung ökonomischer Kreisläufe bekennt.¹⁰

Mit dieser Kurzeinschätzung der Gewichtungen der verschiedenen analytischen Bestandteile von Nachhaltigkeitsansätzen lassen sich die Konzepte auf einer Skala der Veränderung einordnen. Die meisten Brüche mit der bisherigen Entwicklung fordern die Konzepte der Umweltverbände, während die repräsentativ zusammengesetzten Gremien den niedrigsten Veränderungsbedarf sehen, da sie bei sozialen Strukturen, der inkrementellen Vermittlung unterschiedlicher Interessen sowie bei der Globalisierung keine Veränderungen wollen. Eine Zwischenposition nehmen die Konzepte der Sachverständigen ein. Diese Verteilung erscheint kongruent mit der Positionierung der Konzeptautoren im politischen Raum. Veränderung wird von kritisierenden Initiativen gefordert, konsensorientierte repräsentative Gremien halten am Status Quo fest, und Experten formulieren vorsichtig Veränderungsvorschläge, die ihre Auftraggeber nicht überfordern und nicht das Risiko ablehnender Reaktionen in sich bergen.

2.5 Moderne Gesellschaft und Nachhaltigkeitsansätze: Problematisierungen

Nach dieser Einteilung von Nachhaltigkeitsansätzen und der Darstellung ihrer Gewichte in verschiedenen Konzepten soll kurz angerissen werden, inwieweit die Kompatibilität dieser Ziele mit Entwicklungstrends moderner Gesellschaften bisher thematisiert worden ist. Dabei beschränke ich mich – analog zur gesamten Untersuchung – auf die nicht-technischen Nachhaltigkeitsansätze. Dazu werden jeweils zuerst die Problematisierungen, die in den hier vorgestellten Konzepten selber zu finden sind, angeführt. Dabei ist nicht eine genauere Abbildung der Binnendifferenzierung der Konzepte, sondern eine lose Sammlung von Thematisierungen intendiert. Zweitens werden Hinweise aus Reflexionen dieser Konzepte bzw. der hier unterschiedenen Nachhaltigkeitsansätze vorgestellt, die auf die Problematik der Verträglichkeit der Ansätze mit Entwicklungstrends moderner Gesellschaften hindeuten. Im Anschluss an die Übersicht über die Problematisierungen der einzelnen Ansätze werden exemplarisch einige Einschätzungen über die Realisationschancen des Gesamtanspruches auf Nachhaltigkeit in der modernen Gesellschaft referiert.

Politische Ansätze

Der politische Ansatz mit seinen integrativen Elementen Partizipation, Vernetzung und Konsens ist Bestandteil aller Konzepte. Als Widerstände werden dort zum einen Kurzzeitorientierungen, zum anderen ökonomische und ideologische Differenzen thematisiert. In der Reflexion dieses Nachhaltigkeitsansatzes finden sich optimistische und pessimistische Aussagen über die Anschlussfähigkeit des partizipativ-konsensualen Ansatzes an moderne, plurale Gesellschaften. Einerseits werden deren vielfältige Gegensätze als dauerhaft konsensverhindernd betrachtet. Andererseits wird partizipative Einbindung als Vehikel zur Überwindung von Differenzen für machbar und notwendig

¹⁰ vgl. Schachtschneider, Ulrich: Zukunftsfähige Gesellschaften. Gesellschaftsbilder von Nachhaltigkeitskonzepten im Vergleich (SCHACHTSCHNEIDER 99).

gehalten. Aber auch auf die mögliche funktionale Berechtigung repräsentativ-hierarchischer Politik wird hingewiesen.

In verschiedenen Nachhaltigkeitskonzepten wird die Kurzzeitorientierung in der Politik angesprochen. In der Wuppertal-Studie etwa wird sie als die „schwerwiegendste“ funktionelle Schwäche westlicher Demokratie (BUND/ MISEREOR 96) bezeichnet. Unangenehme Folgen dieser Kurzzeitorientierung sind Populismus und Entsachlichung. Der Sachverständigenrat weist ebenfalls darauf hin, daß die „pluralistisch demokratische Legitimation durch Wahlen kurzfristige Interessen“ begünstigt (SRU 94). Mit der Kurzzeitorientierung ist eine „Nebenfolge“ politischer Konkurrenzdemokratie angesprochen. Machtdynamiken scheinen in ihr einen höheren Rang einzunehmen als gestalterisch-normative Ziele.

Aber auch diese werden als basales Problem markiert, da sie nicht einheitlich sind. Der Sachverständigenrat konstatiert etwa eine Dominanz von „Partikularinteressen“ im öffentlichen Raum, die „zurückzudrängen“ seien (SRU 94: 49). Neben diesen eher aus der Konkurrenz - im weitesten Sinne - betriebswirtschaftlicher Interessen resultierenden Kollisionen wird auch auf grundlegende ideologische Differenzen hingewiesen. Es drohten „politisch-gesellschaftliche Überzeugungskonflikte“ in bezug auf den Modus der Umweltnutzung. Beim Umweltbundesamt findet sich ein Hinweis auf „Expertenstreit“ als Hemmnis umweltorientierten Verhaltens (UBA 97: 240). Angesprochen ist damit die Pluralität von Interessen, Überzeugungen und Wahrnehmungen in modernen Gesellschaften als Nahrung für die Aufrechterhaltung oder Steigerung politischer Konkurrenz. Diese Pluralität wird teilweise auch als Barriere für den partizipativ-konsensualen Ansatz gewertet. Der Sachverständigenrat etwa sieht die Handlungsfähigkeit moderner Gesellschaften bei Beibehaltung großer Meinungsvielfalt nur durch das Regelwerk des demokratischen Verfassungsstaates mit zeitlich befristeten „verbindlichen Mehrheitsentscheidungen“ gewährleistet (SRU 94: 61). Die Enquete-Kommission betont noch stärker die normative Notwendigkeit repräsentativer Politikformen. Parlamentarismus ist dort explizit Element der sozialen Nachhaltigkeitsdimension (ENQUETE 98). Diese normativ-funktionalen Begründungen für repräsentative Politikformen hält die Autoren jedoch nicht davon ab, gleichzeitig den Nachhaltigkeitsansatz gesteigerter konsensualer Partizipation zu einem wesentlichen Bestandteil ihrer Konzepte zu machen. Nur ansatzweise (etwa bei der Enquete, s.o.) wird die Konkurrenz des politisch-integrativen Nachhaltigkeitsansatzes zu repräsentativer Konkurrenzdemokratie als einem Entwicklungstrend moderner Gesellschaften problematisiert.

Partizipativer Konsens als Illusion und als erreichbare Notwendigkeit

Aus den Diagnosen der Pluralität moderner Gesellschaft und ihrer Interessengegensätze erwachsen zwei gegenläufige Einschätzungen der Chancen auf Konsens jenseits eines additiven Charakters. Zum einen wird er für naiv gehalten, zum anderen als partizipativ erreichbare Notwendigkeit markiert.

Die Vision einer Konsensgesellschaft, wie sie vor allem in der Wuppertal-Studie erhoben wird, markiert Gerhard Voss als illusionär. Die Suche nach Kooperationsformen dürfe nicht verwechselt werden mit den „unrealistischen Hoffnungen auf eine Konsensgesellschaft“, auch eine nachhaltige Entwicklung erfordere die Austragung von „Konflikte(n) zwischen gesellschaftlichen Gruppen nach den demokratischen Spielregeln“ (VOSS 97: 45). Die Annahme einer zu starken Harmonie zwischen eigenen Leitbildern und anderen gesellschaftlichen Interessen bei der Wuppertal-Studie kritisieren ebenfalls Gerhard Pfister und Ortwin Renn (PFISTER/RENN 97, vgl. auch: SCHACHTSCHNEIDER 99). Allerdings wird von Pfister ein Konsens grundsätzlich für

möglich gehalten, wenn das Konzept offener angelegt wird: „Möchte man jedoch ein Nachhaltigkeitskonzept entwickeln, das unterschiedliche Ziele und Interessen miteinander verknüpft, erweist sich die Studie des Wuppertal-Instituts als zu eng. Einseitigkeit fördert die Konflikte jedoch eher, als dass sie einen Konsens ermöglicht“ (PFISTER 98: 30).

Divergierende Interessen in modernen pluralen Gesellschaften sprechen demnach dann nicht gegen die Konsensoption, wenn der Konsultationsprozeß offen genug angelegt ist. Nur wenn zivilgesellschaftliche, partizipative Verfahren administrative Steuerungsversuche ablösen, könne Konsens erreicht werden, kann Unregierbarkeit vermieden werden (HUBER 93). Huber sieht einen derartigen Übergang von einem „institutionell-etatistischen zu einem funktional-zivilgesellschaftlichen“ Politikverständnis, das alle gesellschaftlichen Akteure einbezieht, in modernen Gesellschaften bereits in Gang gesetzt: „Funktionaler Politikbegriff und bürgerschaftliches Demokratieverständnis sind keine voluntaristische Erfindung, kein rein normatives Szenario, sondern Beschreibung einer systemisch-evolutionären Realität (HUBER 97: 153).¹¹

Mit dieser Beschreibung der pazifizierenden Konsensfunktion kompatibel ist die Kritik von Nachhaltigkeitsanstrengungen als einer Herrschaftsreform, als Reaktion auf eine Krise globaler Ausbeutung von Mensch und Natur durch privilegierte Gruppen hauptsächlich des Nordens, die an ökologische Grenzen stößt. Nachhaltigkeitskonzepte haben demnach das Potential eines herrschaftsmodernisierenden Konsenses, weil sie unterschiedliche Interessen einbinden können (SPEHR 96, EBLINGHAUS/STICKLER 96). Genau diese Möglichkeit eines interessenübergreifenden Nachhaltigkeitskonsenses betont - freilich nicht aus herrschaftskritischer Perspektive - Reinhard Ueberhorst mit seiner Forderung, „Kooperationsinteressen“ aktiv zu „entwickeln“ (UEBERHORST 97).

Dem gegenüber verweisen andere Autoren auf die prinzipielle Unterschiedlichkeit von Interessen als Barriere für einen Konsens. Brand benennt ökonomische Interessengegensätze, kulturell basierte Auseinandersetzungen sowie die unterschiedlichen Handlungsrationitäten von Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und von Akteuren als Konfliktebenen (BRAND 97). Wolf Rosenbaum sieht noch weit drastischer grundlegende Interessenkollisionen vor allem zwischen Wachstums- und Konsumansprüchen aufholender Industrialisierer der „Dritten Welt“ und dem Nachhaltigkeitsziel einer Minderung von Umweltbelastungen, die einen „unblutigen Weg in eine neue Epoche der Zivilisation“ nicht zulassen (ROSENBAUM 95). Einen betriebsökonomisch begründeten Widerspruch zu Nachhaltigkeitspostulaten konstatiert auch Jens Dangschat: „Je stärker eine Stadt sich in einen Standortwettbewerb um „Schlüsselproduktionen“ und oder zentrale Dienstleistungen begibt, desto eher verstoßen die Strategien gegen die Ziele der Nachhaltigkeit. (...) Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung muss sich also in einem Kontext behaupten, der für seine Zielstellung kontraproduktiv ist“ (DANGSCHAT 97:184).

Partizipative versus repräsentative Politikform

Neben Interessendifferenzen wird die Notwendigkeit einer besonderen Stellung des Staates gegen den Erfolg des Nachhaltigkeitsansatzes einer umfassenden partizipativ-konsensualen

¹¹ Unter einem „funktionalen“ Politikbegriff versteht Huber die Beschränkung des Staates auf die Sicherung der Gewährleistung von Funktionen, nicht deren eigenständige Ausübung. Staatsfunktionen können so von zivilgesellschaftlichen oder ökonomischen Akteuren übernommen werden, so lange die Funktionsfähigkeit darunter nicht leidet.

politischen Integration angeführt. Peter Knoepfel schreibt dem verhandelnden Staat - im Unterschied zum politikwissenschaftlichen mainstream - nur geringe Lösungskompetenz zu und konstatiert eine „Konsensfalle“: „Der verhandelnde Staat verliert notwendige Autonomie zur Lösung gigantischer Probleme im „Gestrüpp dezentraler, branchenspezifischer und anderer korporatistischer Abmachungen“ (KNOEPFEL 97). Der verhandelnde Staat sei längst Realität, ein Umkehrprozess in Richtung eines hierarchischeren Staates aufgrund des sich abzeichnenden Problemdrucks aber zu erwarten. Knoepfel thematisiert so die Konkurrenzsituation des partizipativ-konsensualen Nachhaltigkeitsansatzes mit repräsentativ-demokratischen Politikverfahren, denen er höhere Lösungskapazitäten auch oder gerade angesichts der Nachhaltigkeitskrise der modernen Gesellschaften zuspricht. Ähnlich argumentiert auch Klaus Michael Meyer-Abich, der vor einer zu starken Orientierung auf Dezentralität und Konsensualität warnt, da damit eine Zurückdrängung öffentlicher Interessen, etwa bei der Einschränkung von Kapitalmobilität, verbunden sei (MEYER-ABICH 97).

Karl-Werner Brand warnt vor einer Überbewertung des prozeduralen, also des partizipativ-konsensualen Ansatzes. Er spricht von einer „Beteiligungs-falle“. Sie bestehe im elitären Zugang zu den Partizipationsprozessen sowie der Möglichkeit der Defocussierung der Prozesse von „zentralen Problemkontexten“ (BRAND 2000, kritisch zur Überbetonung von Kommunikation als Problemlöser auch: HAJER/ KELLER/ POFERL 1999).

Soziale Ansätze

Die sozialen Ansätze nach mehr Suffizienz, Gemeinschaftlichkeit und Egalität werden im wesentlichen von den Konzepten „Sustainable Netherlands“ (Milieudefensie), „Zukunftsfähiges Deutschland (Wuppertal-Studie) und – etwas abgeschwächt - „Nachhaltiges Deutschland“ (Umweltbundesamt) propagiert. Welche Barrieren werden dort selbst angesprochen und welche zeichnen sich in der bisherigen Auseinandersetzung mit solchen sozialen Nachhaltigkeitsforderungen ab?

Suffizienz

Die Wuppertal-Studie etwa skizziert die Ambivalenz postmaterialistischer Lebensstilorientierungen, die keine eindeutige Beschränkungstendenz beinhalte. Die expressiven Bedürfnisse nähmen zu, so dass sich der Kreislauf aus Diversität der Milieus und Diversität von Waren erhalte: „Je mehr sich die Stilunterschiede in der Gesellschaft ausfächern, desto vielgliedriger wird die Warenwelt, und vor allem umgekehrt: Je unterschiedsbesessener die Waren daherkommen, desto mehr vervielfachen sich die Milieus und Identitäten.“ (BUND/ MISEREOR 96: 210) Kultureller Pluralismus wird in allen Konzepten ebenso wie Individualisierung als unumgängliche Tendenz moderner Gesellschaften gesehen, die dem Suffizienzziel zumindest größere Schwierigkeiten macht. Unthematisiert bleiben die Widerstände, die sich aus der „Nebenfolge“ einer Durchsetzung von Suffizienzorientierungen, der Einschränkung oder einem Stopp von Wirtschaftswachstum als einem bisher basalen Mechanismus der Lösung von Verteilungskonflikten in der Moderne ergeben. Die Wuppertal-Studie spricht zwar diese Konsequenz eines Wachstumsstopps aus, sieht aber keine grundlegenden Kollisionen mit der Struktur moderner Gesellschaften. Dies ist unter anderem Gegenstand der Kritik von Elmar Altvater. Er verweist auf Marx, der schon in seiner Kritik an Mill die Unmöglichkeit einer stationären Wirtschaft ohne Änderung der kapitalistischen Akkumulationsverhältnisse begründet habe (ALTVATER 96: 90). Die anderen Konzepte

sind da vorsichtiger und „marxistischer“: Sie stellen die Suffizienzforderung nur additiv und stark eingeschränkt, da sie gegen das als im Kapitalismus unangreifbar eingeschätzte Wachstumsziel nichts sagen wollen. Lediglich das Umweltbundesamt versucht Suffizienz und weiteres Wachstum zu integrieren und spricht die Problematik der Kopplung von Wirtschaftswachstum und Genügsamkeit gar nicht erst an.

Die Kollision von Suffizienzorientierungen mit der pazifizierenden Funktion der Kapitalakkumulation sieht unter anderen Gerhard de Haan. Der Verteilungsspielraum sinkt, wenn nicht genügend Kapital akkumuliert wird (de HAAN 97). Eine weitere Triebkraft für Massenkonsum als gegenläufigen Modernetrend wird in der Dynamik emanzipativer Bedürfnisse ausgemacht: „Massenkonsum ist zunächst einmal Demokratisierung des Konsums“ (ROSENBAUM 95: 787). Auf die emanzipative Teilhabefunktion von Individualisierung und massenweisen Konsumoptionen im Konflikt mit ökologischen Anforderungen haben verschiedene Autoren hingewiesen (etwa WARSEWA 97; GESTRING et al. 94, 97 für den Bereich Wohnen, CANZLER 97; CANZLER/ KNIE 00; HEINE/MAUTZ 00 für den Bereich Mobilität). Einen „konservativen“ und damit gegen basale Entwicklungen moderner Gesellschaften gerichteten Charakter schreibt Huber der Suffizienzforderung zu, weil sie mit einer vormodernen Lebensweise verbunden sei: „Nicht nur weniger von allem, sondern auch vieles anders – entschleunigt, kleinräumig, kleinskalig, entdifferenziert, produktivitätsniedrig, formen-, energie- und materialarm und vieles in geldloser, kommunitär beschränkter Eigenarbeit statt im Rahmen fungibler professioneller Erwerbsproduktion“ (HUBER 96: 235). Im Zitat werden alle Einwände konzentriert zusammengefasst: Suffizienz konfliktiert mit individualisierender Entbettung aus vorgegebenen Raum- und Zeitbezügen, mit der emanzipativen Befreiung aus mühseliger Reproduktion und Produktion sowie mit distinktiven Konsumansprüchen.

Egalität

Eine gleichmäßigere Verteilung von Umweltnutzung scheint bei den dafür werbenden Konzepten „Sustainable Netherlands“ (Milieudefensie), „Zukunftsfähiges Deutschland“ (Wuppertal-Studie) oder abgeschwächt auch bei „Nachhaltiges Deutschland“ (Umweltbundesamt) kein grundsätzliches Problem darzustellen. Damit handeln sich die Autoren erwartungsgemäß den Vorwurf der Blindheit gegenüber den unegalitären Resultaten und weiter zu erwartenden Dynamiken von Marktvergesellschaftung ein (etwa: ALTVATER 96). Diese Einsicht teilen – wenn auch aus entgegengesetzter normativer Perspektive – Pfister/Renn. Sie halten das egalitäre Konzept für nicht durchsetzbar und - dazu passend - auch für ethisch problematisch. Die wertpluralistische moderne Gesellschaft sei durch eine Kombination unterschiedlicher Gerechtigkeitsvorstellungen geprägt, von denen Verteilungsgerechtigkeit nur eine sei (PFISTER/RENN 97). Zudem führen sie die klassische wirtschaftsliberale Rechtfertigung für die Beibehaltung gesellschaftlicher Ungleichverteilung (und des Privateigentums) an: Bei Gleichverteilung würde das Verantwortungsbewusstsein für den pfleglichen Umgang mit Umweltgütern sinken. Wohlstandsasymmetrien sind demnach nützlich für eine nachhaltige Entwicklung: Sie sichern einen effizienten Umgang mit (Umwelt)-Gütern. Ähnlich thematisiert Richard Münch die Beeinträchtigung der Konkurrenzwirtschaft in der Moderne durch erwartbar stärker egalitäre Güterverteilungen, die durch das Nachhaltigkeitsproblem als Knappheitsproblem gerechtfertigt und erwartbar sind. Der Praxis der pazifizierenden Zugewinnngemeinschaft werde mit dem Umweltproblem ein Ende setzt. Eine „egalitäre Lösung“ passe aber nicht in das „vorhandenen Gesellschaftssystem“, da es „das Leistungsprinzip außer Kraft setzen und den Markt aushebeln“ würde (MÜNCH 96: 124).

Eine allzu große Ungleichverteilung wird auch jenseits (explizit) kapitalismuskritischer Analysen vielerorts als zu lösendes Nachhaltigkeitsproblem benannt. Der ökologische Reduktionsimperativ verschärfe die soziale Frage (etwa KREIBICH 96, JÄNICKE 93). Über die Barrieren dieses egalitären Postulats in der modernen Gesellschaft finden sich dann meistens weniger Ausführungen, so dass es meist bei unproblematisierten Desideraten bleibt. Einige Autoren scheinen jedoch Nachhaltigkeitskonzepten explizit auch die Kraft zur Änderung kapitalistischer Reichumsverteilung zuzutrauen. Jobst Conrad etwa sieht bei aller Schwierigkeit keine prinzipielle Barriere: „Eine andere Frage ist die nach der gesellschaftlichen und politischen Durchsetzbarkeit solcher Veränderungen der Güterproduktion und -verteilung zugunsten der Grundbedürfnisse der Armen. Hier läßt sich eindeutig deren weitgehende Blockierung aufgrund vorherrschender (wirtschaftlicher) Strukturdynamiken und Machtverhältnisse festhalten, aber auch die prinzipielle Veränderbarkeit eben dieser sozialen Restriktionen. Um genau diese geht es gerade im Prozeß der Umsetzung von dauerhafter Entwicklung“ (CONRAD 93: 120).

Im Unterschied zu den mehr Suffizienz, mehr Kommunarität und mehr Egalität fordernden Nachhaltigkeitskonzepten, die mit möglichen Umsetzungsschwierigkeiten wie gezeigt relativ großzügig umgehen, internalisiert ein anderer Teil der Konzepte („Konzept N“ der Enquete-Kommission, „Sustainable America“ und etwas abgeschwächt die Gutachten des Rats von Sachverständigen für Umweltfragen) die zu erwartenden Barrieren in der modernen Gesellschaft und stellt entsprechende Forderungen nach Umverteilung oder Suffizienz nur additiv-marginal oder gar nicht. So fordert etwa die Enquete-Kommission unspezifiziert „soziale Gerechtigkeit“, und „Wohlstand“ auf der Basis von „Freiheit“ und „sozialer Marktwirtschaft“ als Elemente sozialer Nachhaltigkeit. Somit kann den Autoren dieser Konzepte nicht eine mangelnde Problematisierung der Anschlussfähigkeit ihrer sozialen Nachhaltigkeitsansätze vorgeworfen werden. Die angeführten Termini und die Nicht-Problematisierung von Verteilungsasymmetrien verdeutlichen den relativ glatten Anschluss an bisherige Entwicklungen moderner Gesellschaften.

Während es so eine einige primäre oder sekundäre Auseinandersetzungen mit dem sozialen Ansätze nach mehr Suffizienz und mehr Egalität gibt, ist die Forderung nach mehr Gemeinschaftlichkeit demgegenüber weniger explizit in der Auseinandersetzung mit Nachhaltigkeitsansprüchen problematisiert worden. Der kommunitäre Nachhaltigkeitsansatz ist jedoch implizit thematisiert im Rahmen der Auseinandersetzung mit Suffizienz. Suffizienz hat ebenso wie Kommunarität mit Gegenwind durch Individualisierung und Entbettung zu rechnen. So benennt Huber im Rahmen seiner Kritik an den Suffizienzvorstellungen der Wuppertal-Studie die Forderung nach einer Aufwertung kommunitärer Arbeits- und Lebensformen, wie sie dort etwa mit der Propagierung von gemeinschaftlichen Güternutzungen oder nachbarschaftlicher Eigenarbeit erhoben wird, als gegen grundlegende Moderneentwicklungen gerichtet (HUBER 96, s.o.).

Raum- und zeitstruktureller Ansatz

Regionalisierung und Entschleunigung wird in unterschiedlichem Maße in den Konzepten eingefordert. Dies kann zum einen – oft nicht explizierten - kognitiven Differenzen bezüglich der Härte des überall als entgegenlaufend konstatierten Globalisierungstrends geschuldet sein, dessen wahrgenommenes Widerstandspotential damit quasi internalisiert wäre. Weiterhin sind aber auch normative Unterschiede bei der Einschätzung der Wünschbarkeit von Regionalisierung und Verlangsamung festzustellen. Eine derartige Umkehr wird etwa in der Wuppertal-Studie ethisch geadelt, während andere Konzepte sich nicht so klar positionieren und Änderungen im Lebensstil eher additiv konzipieren, um den Individuen normativ größere Möglichkeitsräume zugestehen zu können.

Altvater bescheinigt den Autoren der Wuppertal-Studie, dass die Leitbilder des „small und beautiful“ mit Wettbewerbsimperativen kollidieren, da mit Produktivitätseinbußen zu rechnen ist (ALTVATER 96). Huber benennt ebenfalls Effizienzreduzierungen als Negativfolge einer Regionalisierung und weist im Sinne der klassisch wirtschaftsliberal-produktivistischen Argumentation auf die Konsequenz geringerer Verteilungsspielräume hin (HUBER 96). Pfister/Renn kritisieren zusätzlich die in der Studie angenommene Harmonie zwischen Regionalisierung und einer Ausweitung des Produktionsvolumens, der dort (wie andernorts) normativ als wünschbar bewerteten Schaffung zusätzlicher Arbeit. Die Beschränkung des Marktes auf Regionalwirtschaft bremse Wirtschaftstätigkeit insgesamt. Außerdem deeffektiviere sie Produktionsverfahren aufgrund der Protektion regionaler Anbieter (PFISTER/RENN 97).

Auf eine allgemeineren Ebene weist Conrad die kontingenzerhöhenden Trennungen von Raum und Zeit als allgemeine Triebkraft der Moderne aus (CONRAD 97). Der Ansatz nachhaltiger Entwicklung versuche das Projekt der Moderne kontrollierter weiterzuführen, wogegen grundsätzlich zumindest keine theoretischen Gründe sprächen, wenngleich die Realisation der erforderlichen sozialen und technischen Innovationen historisch offen sei (ebd.: 69). Diese müssten demnach aber jenseits einer partiellen Wiedereinbettung von Raum und Zeit angesiedelt sein. Der raum- und zeitstrukturelle Nachhaltigkeitsansatz steht nach dieser Diagnose im diametralen Gegensatz zum Modernemotor Entbettung.

Nachhaltigkeit als allgemeine Moderneoption?

Nach diesem Durchflug durch Problematisierungen der spezifischen Anschlussfähigkeit der einzelnen hier unterschiedenen Nachhaltigkeitsansätze sollen kurz einige Einschätzungen der allgemeinen Kompatibilität derartig strukturierter Nachhaltigkeitsansprüche mit moderner Gesellschaft vorgestellt werden.

Keine grundlegenden Differenzen des Nachhaltigkeitsanspruchs zu Modernedynamiken konstatiert eine Umweltpolitik-Wissenschaft, wie sie exemplarisch von Martin Jänicke vertreten wird: Ökologische und politische Modernisierung begreift er als sich wechselseitig stützende Vorgänge. Allein moderne Industrieländer haben potentiell die für diesen Prozess erforderlichen Modernisierungskapazitäten. Dazu zählen Wirtschaftsleistung, Innovations-, Konsens- und Strategiefähigkeit (JÄNICKE 93). Wenn für ein *capacity building* dieser und anderer Kompetenzen gesorgt ist, stehen aus dieser Sicht einer nachhaltigen Entwicklung keine grundlegenden Hemmnisse entgegen. Maarten A. Hajer kritisiert an diesem Ansatz die Reduktion der krisenverursachenden Probleme auf administrativ-politische Strukturmerkmale. Die Theorie der ökologischen Modernisierung lasse die „systemischen Merkmale des Kapitalismus, die Diskontinuität, Verschwendung und Beschleunigung vorantreiben und Absprache und Koordination fast unmöglich machen, außer Betracht“ (HAJER 1995: 792).

Martina Schäfer und Susanne Schön thematisieren die Verknüpfung von Nachhaltigkeitsansprüchen mit der Alltagswelt moderner Gesellschaften (SCHÄFER/SCHÖN 00). Sie möchten damit den Blick auch auf die Implikationen mit eher allgemeinen Modernedynamiken lenken. Dabei halten sie – so ihre zunächst nur rudimentär begründete These¹² – zentrale Modernephänomen für soweit kompatibel mit

¹² Die AutorInnen fordern konsequenterweise, Theorien der Moderne für die Diskussion solcher Fragen nach Anschlussfähigkeit fruchtbar zu machen. Ich hoffe, diese Untersuchung kann dazu einen Beitrag leisten.

Nachhaltigkeitsdimensionen, dass sie als „Weiterentwicklung“ ersterer „interpretierbar sind“. Differenzierung, Individualisierung, Domestizierung und Rationalisierung als wesentliche Entwicklungslinien der Moderne werden demnach durch Nachhaltigkeitsansätze sinnvoll modernisiert, so etwa Individualisierung durch eine Grundsicherung oder Rationalisierung durch Diskursorientierung, also durch einen egalitären und einen partizipativen Ansatz (ebd.: 236).

Nicht so optimistisch ist da Conrad, auch wenn er nachhaltige Entwicklung und Moderne für prinzipiell vereinbar hält (CONRAD 93, s.o.). Als schwerwiegende Gegentendenz macht er unter anderem schwindende „lebensweltliche soziokulturelle Verankerung“, also den Entbettungsprozess aus, die dem Engagement für die Nachwelt als wesentliche Nachhaltigkeitsanforderung den Boden entziehe. Sustainable Development schätzt er so zwar nicht als ausgeschlossen, aber „eher“ als unwahrscheinlich ein (ebd. : 132).

Die in dieser Untersuchung unterschiedenen sozialen, politischen und raum- bzw. zeitstrukturellen Nachhaltigkeitsansätze werden am deutlichsten in der Wuppertal-Studie vertreten. Daher treten dort am ehesten mögliche Kollisionen mit *bisher* unilinearen Entwicklungsrichtungen der Moderne zu tage: Die Steigerung von politischer und ökonomischer Konkurrenz, Wachstum, Pluralität, Individualisierung und Globalisierung wirkt gegen alle hier unterschiedenen Nachhaltigkeitsansätze (vgl. SCHACHTSCHNEIDER 99).

Der deutliche Änderungsappeal der Wuppertal-Studie induziert ebenfalls Kritik an der fehlenden Problematisierung kapitalistischer Strukturen und Dynamiken (etwa ALTVATER 96; EBLINGHAUS/ STICKLER 96; SCHACHTSCHNEIDER 99; SPEHR 96). Daraus wird jedoch nicht immer der Schluss gezogen, daß solche Nachhaltigkeitskonzepte mit kapitalistischen Dynamiken kollidieren. So wird gerade deren Funktionalität und damit hohe Kompatibilität für eine modernisierte, kapitalistische Vergesellschaftung betont (EBLINGHAUS/ STICKLER 96; GÖRG 96; SPEHR 96). Christopf Görg etwa betrachtet Leitbild und Politik einer nachhaltigen Entwicklung als Katalysator für einen postfordistischen Kapitalismus und hält eine „vorübergehende Stabilisierung gesellschaftlicher Entwicklung mit dem Konzept der Sustainability“ für „erreichbar“ (GÖRG 96). Unabhängig von der hier nicht weiter relevanten Frage, ob diese und ähnliche Einschätzungen der systemstabilisierenden Nützlichkeit (etwa bei EBLINGHAUS/ STICKLER oder SPEHR) auch Nachhaltigkeitsansätze wie etwa den egalitären Ansatz einschließen, verweisen diese Autoren auf die Notwendigkeit, genauer nach dem Kontext der Nachhaltigkeitsstrategien in der sich herausbildenden neuen Phase kapitalistischer Moderne zu fragen.

Diese hier nur unvollständig ausgebreiteten Hinweise auf ungeklärte Anschlüsse einzelner Nachhaltigkeitsansätze sowie des Gesamtanspruchs an die moderne Gesellschaft, an die kapitalistische Gesellschaft, zeigen die Notwendigkeit einer Beschäftigung mit deren Entwicklungsdynamiken. Dazu werden in den nächsten Kapiteln Erklärungen aus unterschiedlichen theoretischen Perspektiven referiert und in einen Kontext mit den hier unterschiedenen sozialen, politischen und raum- bzw. zeitstrukturellen Nachhaltigkeitsansätzen gestellt.

3 Unilinear strukturfunktionalistische Modernisierung

Nach der im letzten Kapitel vorgenommenen Sichtung der empirischen Nachhaltigkeitsansätze und Hinweisen auf bisherige Problematisierungen beginnt mit diesem Abschnitt die Extraktion und Interpretation von Aussagen von Theorien der Entwicklung moderner Gesellschaften zu Chancen und Hemmnissen dieser Nachhaltigkeitsstrategien. Den Anfang macht der Ansatz der unilinearen strukturfunktionalistischen Modernisierung. Die Entwicklung von Gesellschaften wird nach dieser Theorie mit Hilfe der Erklärung der ihrer Struktur geschuldeten Funktionen abgeleitet. Die Differenzierung von Funktionen ist dabei notwendige Bedingung zur Höherentwicklung. Alle Gesellschaften steuern demnach – auf welchen Umwegen auch immer – auf ein bestimmtes Grundmuster hin. Auf diesem Weg werden bestimmte Trends, bestimmte evolutionäre Universalien (PARSONS), auf lange Sicht gesehen stetig entwickelt: Gesellschaften modernisieren sich unilinear.

Das System moderner Gesellschaften bei Parsons

Theoretische Basis dieses Ansatzes ist die strukturfunktionalistische nicht-autopoietische Systemtheorie, wie sie hauptsächlich von Talcott Parsons entwickelt wurde. In seinem Ansatz einer Symbiose von System- und Handlungstheorie begreift Parsons Gesellschaft als ein „integratives Subsystem eines allgemeinen Handlungssystems“ (PARSONS 72(71):20). Parsons verwendet den Systembegriff im Unterschied zu seinen frühen Ansätzen in einem biokybernetischen Sinn. Danach müssen Systeme ihren Bestand unter Bedingungen einer variablen und überkomplexen Umwelt sichern. Im Verhältnis zu seinen Umwelten weist das System Gesellschaft ein „Höchstmaß“ an „Selbstgenügsamkeit“ auf. Damit ist eine Autonomie gemeint, eine stabile Kontroll- und Beeinflussungsfähigkeit im Austausch mit der physischen und intrapersonalen Umwelt und zu anderen Systemen. Austauschprozesse zwischen System und Umwelten werden durch gegenseitige Durchdringung, durch Interpenetrationszonen mit Zugehörigkeit zu System und Umwelt ermöglicht.

Die Gesellschaft ist analytisch in vier primäre Subsysteme zu teilen, die sich aus der gesellschaftlichen Gemeinschaft primitiver Gesellschaften ausdifferenzieren müssen, um nicht im Stillstand zu verharren. Die den Systemen zugeordneten Entwicklungsprozesse und ihre Funktionen zeigt die folgende Übersicht:

Subsysteme	Aspekte des Entwicklungsprozesses	Hauptfunktionen
Wirtschaft	Standardhebung durch Anpassung	Anpassung <i>adaption (A)</i>
Politisches Gemeinwesen	Differenzierung	Zielverwirklichung <i>goal-attainment (G)</i>
Gesellschaftliche Gemeinschaft	Einbeziehung	Integration <i>(integration) (I)</i>
Normenerhaltung	Wertverallgemeinerung	Normenerhaltung <i>(latent pattern maintenance) (L)</i>

Übersicht 3.1: Entwicklungsprozesse und Funktionen der Gesellschaft nach Parsons (ebd.)

Dieses Schema des Gesellschaftssystems hat als *AGIL*-Schema größeren Bekanntheitsgrad erreicht.

- Mit der *Standardhebung durch Anpassung* wird das „Spektrum von Hilfsmitteln“ vergrößert, welches „sozialen Einheiten“ zur Verfügung steht.
- Mit *Differenzierung* ist eine Spezifikation nach funktionalen Kriterien gemeint, eine „Teilung einer Einheit oder Struktur in einem sozialen System in zwei oder mehr Einheiten oder Strukturen, die sich in ihren Merkmalen und ihrer funktionalen Bedeutung für das System voneinander unterscheiden“ (S. 40). In Zusammenhang mit dem politischen System versteht Parsons Differenzierung als dessen Loslösung von der gesellschaftlichen Gemeinschaft.
- Standardanhebung und Differenzierung bewirken Integrationsprobleme, die durch *Einbeziehung* „neuer Einheiten, Strukturen und Mechanismen innerhalb des normativen Rahmens der gesellschaftlichen Gemeinschaft“ gelöst werden.
- Mit steigender Komplexität „sozial strukturierter Situationen“ muss eine *Wertverallgemeinerung* den Grad der Allgemeinheit von Werten erhöhen, um auf die große Vielfalt der Situationen reagieren zu können.

Die Integration dergestalt ausdifferenzierter Gesellschaft geschieht durch gegenseitige Durchdringung. Die Austauschmittel dafür sind Macht, Einfluss, Geld und Wertverpflichtung. Diese verallgemeinerten Medien wirken sowohl zwischen als auch innerhalb der gesellschaftlichen Subsysteme.

Die Parsonssche Analyse ist getragen von einem Modell einer harmonischen Gesellschaftsentwicklung. Er teilt nicht die Webersche Apologetik vom Sinn- und Freiheitsverlust durch Rationalisierung. Während Weber etwa Erscheinungen wie Massenkommunikation und Universalisierung des Rechts als Indizien pathologischer Entwicklung betrachtet, erkennt Parsons darin angemessene Zeichen der Komplexität von Solidarität.¹ Krisenerscheinungen werden auf systemische Ungleichgewichte reduziert, denen in Analogie zur Ökonomie nach dem Muster von Inflation und Deflation von Kommunikationsmedien intersystemische Austauschstörungen zu Grunde liegen. Diese möglichen Störungen lassen sich ins Gleichgewicht bringen, eine prinzipielle Eigendynamik zur Pathologie ist der Entwicklung nicht eingeschrieben.

¹ vgl. HABERMAS 88(81) Bd. II: 433

Voluntaristische Perfektionierung von Interpenetration bei Münch

Der Parsonssche Ansatz wurde von Richard Münch voluntaristisch weiterentwickelt. Münch möchte mit seiner Analyse der Struktur der Moderne einerseits die modernen, d.h. die fortgeschrittenen Industriegesellschaften als eine an der Interpenetration ausdifferenzierter Subsysteme orientierte Entwicklung erklären. Dabei knüpft er an die systemtheoretischen Analysen von Parsons an. Ganz im Sinne einer unilinearen Modernisierungstheorie werden empirische Abweichungen zwar diagnostiziert, jedoch nicht als Beleg für eine universale Richtungsänderung interpretiert. Vielmehr werden sie als Umweg oder Unvollkommenheit betrachtet. Andererseits - und damit unterscheidet er sich von Parsons - betrachtet er die zukünftige Entwicklung als offen im Sinne eines Popperschen Verständnis von der prinzipiellen Unvorhersagbarkeit gesellschaftlicher Zukünfte und hebt die Weiterentwicklung bzw. Perfektionierung der Interpenetration ausdifferenzierter Funktionssysteme zur normativen Notwendigkeit. So betrachtet er seinen Ansatz als „Verknüpfung von Freiheit, Rationalität, sozialer Ordnung und aktiver Weltgestaltung in einer voluntaristischen Ordnung“ (MÜNCH 84, S.27).² Folglich leistet er eine handlungstheoretische Analyse moderner Institutionen, die jedoch den Anspruch auf eine Integration von Handlungs- und Systemtheorie zur Grundlage hat.

Die Ausbildung der Interpenetration ist abhängig von historisch kontingenten Bedingungen, etwa Interessenkonstellationen oder partikularen Traditionen. In jeder Gesellschaft ist daher eine unterschiedliche Ausprägung vorzufinden, es gibt Lücken der Interpenetration sowie Dominanzen, Konflikte, Separationen und Versöhnungen zwischen Subsystemen. Moderne Gesellschaften sind jedoch mit der Interpenetration am weitesten fortgeschritten, da das moderne Wertmuster mit den Komponenten Rationalität, Solidarität, aktive Wertgestaltung und Freiheit einen Druck in Richtung Interpenetration und der Herausbildung eines „immer feinmaschigeren Netzes gesellschaftlicher Institutionen“ (1984: 69) ausübt.

Während Luhmann mit seiner autopoietischen Wende die Parsonssche Systemtheorie noch weiter von handlungstheoretischen Elementen entfernt, gibt Münch mit seinem Ansatz der kulturellen Fundamentierung von Entwicklung und Integration gesellschaftlicher Subsysteme der Theorie Parsons' eine voluntaristisch-handlungstheoretische Wendung.

„Theorie der Modernisierung“ als Ausdruck des Strukturfunktionalismus

Ausdruck und Ausfluss dieser theoretischen basics ist die soziologische „Theorie der Modernisierung“ oder auch „Modernisierungstheorie“. Sie will die Entwicklung der westlichen Industriemoderne (empirisch-induktiv) erklären und als universell voraussagen. Reinhard Bendix definiert die Perspektive wie folgt:

„Modernisierung ist [...] ein bestimmter Typ sozialen Wandels, der im 18. Jahrhundert eingesetzt hat..., der seinen Ursprung hat in der englischen industriellen Revolution [...] und in der politischen Französischen

² Die Rückführung des Ausmaßes der Interpenetration in modernen Gesellschaften auf ein derartiges kulturelles Wertmuster bei Münch bezeichnet Habermas als „Rekantianisierung“ der Parsonsschen Systemtheorie. Bei Münch sei Interpenetration ein Äquivalent für Webers Begriff der Rationalisierung. Münch verbinde die spezielle Richtung des okzidentalen Rationalisierungsprozesses, die durch das Bestreben nach aktiver Weltbeherrschung zu charakterisieren ist, mit den Eigengesetzlichkeiten sozialer Sphären. Interpenetration wird unter dem Aspekt der Verwirklichung individualistisch-universalistischer und rationalistisch-aktivistischer Werte speziell des Okzidents voluntaristisch gedeutet: Münch begreife „die bei Parsons systemtheoretisch gefaßten Zustände eines differenzierten Gleichgewichts unter dem Aspekt der Wertverwirklichung als gelungene Interpenetration...“ (HABERMAS 1988(81) Bd. II: 443).

Revolution; er besteht im wirtschaftlichen und politischen Vorangang einiger Pioniergesellschaften und den darauf folgenden Wandlungsprozessen der Nachzügler“ (BENDIX 1971, S. 506).

Als universelle Prozesse der Moderne und damit als Gegenstände der Modernisierungstheorie werden genannt:

Entwicklungsdimension	Resultierende Prozesse
kulturelle Entwicklung	Universalisierung Rationalisierung Säkularisierung
politische Entwicklung	Staaten- und Nationenbildung Demokratisierung Wohlfahrtsstaatliche Umverteilung
wirtschaftliche Entwicklung	Industrialisierung Wirtschaftswachstum Tertiarisierung Massenkonsum
Soziale Entwicklung	Urbanisierung Bildungsentwicklung soziale Mobilität soziale Arbeitsteilung
psychische Mobilisierung	Leistungsmotivation Individualisierung

Übersicht 3.2: Entwicklungsdimensionen der Modernisierung. Eigene Zusammenstellung in Anlehnung an: ZAPF 94: 18

Die aufgeführten Hauptentwicklungsrichtungen moderner Gesellschaften bedingen sich nach der Modernisierungstheorie gegenseitig (vgl. BERGER 95: 500). Diese Annahme ist bei sämtlichen dieser Theorierichtung zuzurechnenden Autoren und Forschungsansätzen zu finden, auch wenn die spezifischen Ansätze jeweils nur Teile der Gesamtentwicklungen in Verbindung bringen. So werden zum Beispiel Zusammenhänge zwischen Wirtschaftsentwicklung und Demokratisierung (LIPSET 81³, CLAESSENS 92), zwischen der Entwicklung von Kommunikationssystemen und Urbanität (LERNER 71 (58)), zwischen Individualisierung und Wohlfahrtsstaat (ZAPF 94) oder zwischen sozialer Mobilisierung und ökonomischer Entwicklung (DEUTSCH 71(61)) beleuchtet. Diese Annahme der Interdependenz ist ein Ausdruck der strukturfunktionalistischen Grundeinschätzung des Ansatzes. Jeder einzelne Prozess hat eine Funktion für andere Prozesse.

Von Autoren dieser Theorierichtung gegebene Definitionen von Modernisierung bedienen sich, wenn auch nicht ausschließlich, aus diesem Set von Prozessen. Daniel Lerner betrachtet etwa als universelle Komponenten moderner Gesellschaften Urbanisierung, Bildungsentwicklung, ökonomische und politische Beteiligung (LERNER 71(58)). Später bezeichnet er als die wichtigsten Merkmale von Modernität Wachstum, Demokratie, Säkularisierung sowie soziale, physische und psychische Mobilität:

³ nach einem Hinweis in: BERGER 1996

“Zu den wichtigsten Merkmalen (und operationalisierbaren Indikatoren) der Modernität gehören (1) in der Wirtschaft ein erhebliches Maß eines sich selbst tragenden Wachstums - mindestens ein Wachstum, das groß genug ist, sowohl die Produktion wie den Konsum regelmäßig zu überhöhen; (2) im politischen Bereich die öffentliche Beteiligung oder wenigstens eine demokratische Vertretung bei der Definition und Wahl zwischen politischen Alternativen; (3) in der Kultur die Diffusion säkularer, rationaler Normen [...]; (4) in der Gesellschaft die Steigerung der Mobilität - persönliche Freiheit der geographischen, sozialen und psychischen Beweglichkeit; (5) schließlich eine entsprechende Veränderung der Modalpersönlichkeit [...] eine Persönlichkeitsveränderung, die eine Steigerung der eigenen Leistungsfähigkeit und der zwischenmenschlichen Kooperationsfähigkeit beinhaltet...; Leistungsbedürfnis' [...]; Außenorientierung' [...] ‚Empathie' “ (LERNER 68, zitiert nach ZAPF 1975: 217).

Den festen Rahmen der Moderne, *innerhalb* dessen um Gestaltung gekämpft werde, bilden nach Zapf die „Basisinstitutionen“ Konkurrenzdemokratie, Marktwirtschaft, Wohlfahrtsstaat und Massenkonsum (ZAPF 96: 67).

Parsons sieht die Grundlage der Struktur moderner Gesellschaften in den vier Komplexen bürokratische Organisation, Geld- und Marktsysteme, universales Recht und demokratische Assoziation (PARSONS 71 (64): 72). Diese entscheidenden Merkmale moderner Gesellschaften stellt er in eine Reihe evolutionärer Universalien gesellschaftlicher Entwicklung überhaupt. Um sie kommt keine gesellschaftliche Entwicklung auf Dauer herum, wenn sie nicht im Stillstand verharren will (S. 71). Basale Universalien sind Religion, sprachliche Kommunikation, verwandtschaftsbasierte soziale Organisation und Technologie. Sie waren für die frühesten menschlichen Entwicklungsphasen notwendig und bilden ein „Minimum, um eine Gesellschaft als wirklich menschlich zu bezeichnen“ (S. 58). Beim Ausbruch aus der primitiven Stufe sind zwei weitere Universalien, die soziale Schichtung sowie die kulturell legitimierte Differenzierung gesellschaftlicher Funktionen zu verzeichnen.

Endogener sozialer Wandel ohne Ziel

Die Theorie der Modernisierung versteht sich auch als Summe von makrosoziologischen Theorien sozialen Wandels. Unter „Theorien sozialen Wandels“ werden dabei nicht Theorien im methodologisch strengen deduktiven Sinn, sondern eine Kombination aus Theorien, Modellen, Metatheorien und komparativen Analysen (ZAPF 71) verstanden. Sie versuchen, Wandel und Entwicklungsrichtung „als Folge endogener Wandlungskräfte und exogener Störungen“ (S.12) zu erklären. Theorien sozialen Wandels mit makrosoziologischer Perspektive haben einen Focus auf „Stabilitätsbedingungen, Wandlungspotentiale und Entwicklungsrichtung von Gesellschaften, gesamtgesellschaftlichen Einheiten und supra-nationalen bzw. internationalen Einheiten“ (ZAPF 71: 18).

Sie stellen sich damit gegen marxistische Erklärungen, die soziale Einheiten lediglich als „Momente des alles umgreifenden historischen Entwicklungsprozesses“, von „finalen Entwicklungsgesetzen“ der Dialektik materieller Produktionsweisen begriffen. Ihnen wird „Historizismus“ (POPPER) vergehalten. Ebenso richtet sich der Ansatz mit seiner Betonung endogener Entwicklungsdynamiken gegen die Dependenztheorie, die die vor allem südliche Unterentwicklung aus der Abhängigkeit der südlichen Peripherie vom nördlichen Zentrum heraus erklärt.

Chancen für Nachhaltigkeitsansätze

Die Anschlussfähigkeiten der verschiedenen nicht-technischen Nachhaltigkeitsansätze sind nach dem Ansatz einer unilinearen strukturfunktionalistischen Modernisierung gering, wie in den folgenden Kapiteln erläutert wird. Der politische Ansatz mit seinem partizipativ-

konsensualem Ziel lässt sich jenseits eines additiven Charakters nicht anschließen. Dies zeigt sich zum einen in der von der Modernisierungstheorie konstatierten evolutionären Universalie repräsentative Konkurrenzdemokratie. Gestützt werden kann diese Beobachtung durch die Theorie der strukturfunktionalistischen Interpenetration. Zwischen politischem und ökonomischen System, verstanden als Sphäre systematisch unterschiedlicher Interessen in der modernen Gesellschaft, muss sich der politische Markt als Verbindungszone herausbilden, der den Leistungsaustausch der beiden Funktionssysteme gewährleistet. Die Funktionalität eines politischen Marktes erfordert freie Repräsentation sowie Entscheidungen nach der Mehrheitsregel, also das Gegenteil von partizipativem Konsens (3.1). Neben dieser Kollision mit der integrativen Notwendigkeit der gegenseitigen Durchdringung von Funktionssystemen steht zum anderen unbegrenzte Partizipation im Zielkonflikt mit effizienzsteigernden Stratifikationen, ohne die Gesellschaften über bestimmte Entwicklungsstufen nicht hinauskommen. Die maximale Leistungsfähigkeit des politischen Systems ergibt sich bei einem optimalen Verhältnis von Dezentralität und Zentralität, nicht bei einem Maximum an partizipativer Dezentralität (3.2).

Den sozialen Nachhaltigkeitsansätzen wird nach dieser Gesellschaftstheorie allerhöchstens wenig mehr Erfolg beschieden sein. Die Herausbildung generalisierter Kommunikationsmedien als eine Basis der Herausbildung von Systemen und Interpenetration ist mit dem Verlust gemeinschaftlicher Lebensformen verbunden. *Kommunitäre* Bestrebungen gefährden vor diesem Hintergrund die erreichte Ausprägung von Differenzierung und Interpenetration in der Moderne (3.3). Zudem gerät kommunitäre, partikuläre Gruppensolidarität in Zielkonflikt mit gesamtgesellschaftlicher Solidarität, die im Subsystem der „gesellschaftlichen Gemeinschaft“ erzeugt wird. Durch Interpenetration mit dem politischen System übernimmt politische Macht die Generierung der Egalitätsressource Solidarität. Egalität in einem gewissen Umfang ist daher schon eher möglich (3.4). Massenkonsum wird nach der unilinearen Modernisierungstheorie als eine Basisinstitution der Moderne geführt. Deren Herausbildung lässt sich nach dem Ansatz voluntaristischer Interpenetration als zwingende Realisation des Werts der Universalisierung von Normen, der eine Demokratisierung des Konsums erzeugt, begreifen. Gestützt wird dieser letztendlich kulturell basierte Trend durch Eigendynamiken ökonomischer und politischer Konkurrenz (3.5).

Die Chancen für den raumstrukturellen Ansatz stehen ebenso schlecht. Eine Regionalisierung ökonomischer Kreisläufe hat mit ähnlichen Gegenstrukturen zu kämpfen wie kommunitär-partikuläre Bestrebungen. Entbettung, Marktausdehnung und soziale Mobilität werden gefördert durch die Genese universalistischer ökonomischer und politischer Normen und lassen eine Restrukturierung des Raumes in Richtung ökonomischer *Reregionalisierung* unwahrscheinlich werden (3.6).

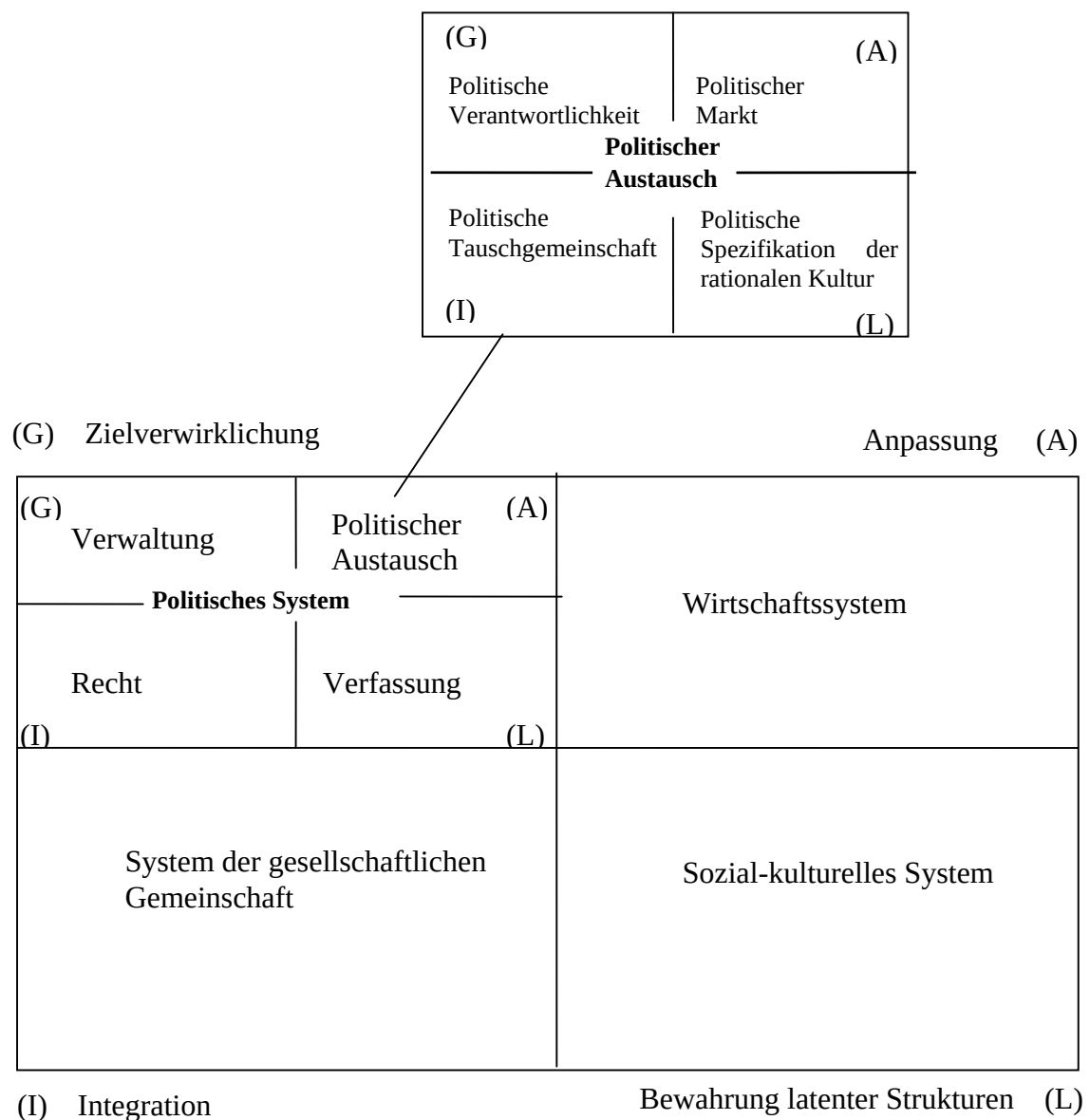
3.1 Repräsentation und Mehrheitsregel als Notwendigkeit eines politischen Marktes

These: Die Funktionalität eines politischen Marktes als Verbindungszone zwischen politischem und ökonomischem System erfordert freie Repräsentation sowie Entscheidungen nach der Mehrheitsregel

Der Begriff des politischen Marktes, so wie er von Münch und anderen Autoren geprägt wurde, ist der Ökonomie entlehnt. So wie auf dem ökonomischen Markt Angebote um Nachfrager konkurrieren, wetteifern auf dem politischen Markt Träger politischer Alternativen um Zustimmung bei den Wählern. Auf diesem Markt findet ein Prozess politischen Austausches, d.h. ein Tausch von Wahlstimmen bzw. politischer Unterstützung gegen politische Entscheidungen statt. Eine Funktionsbedingung für diesen politischen Markt ist die freie Konkurrenz um Wählerstimmen. Sie erfordert eine Institutionalisierung von Prinzipien der freien Repräsentation und der Mehrheitsentscheidung.

Politischer Markt als Notwendigkeit der Interpenetration

Wie wird die Notwendigkeit eines derart gestalteten politischen Marktes begründet? Nach der Theorie der Interpenetration (MÜNCH 84), die jede strukturelle Einheit der Moderne generell nach dem AGIL-Schema funktional differenziert, teilt sich das politische System in die vier Subsysteme Verwaltung (G=goal attainment), Recht (I=integration), Verfassung (L=latent pattern maintenance) und politischer Austausch (A=adaption). Sie bilden das ubiquitäre Muster moderner westlicher Demokratie und sind je nach empirischer Herausbildung mehr oder weniger interpenetrierend. Mit steigender Verflechtung von Systemen bilden sich Subsysteme, sogenannte Interpenetrationszonen, heraus. Der politische Austausch zwischen Wählern und Interessenten auf der einen und Parteien und Regierungen auf der anderen Seite konstituiert dabei die Interpenetrationszone zwischen dem politischen System und dem („im weitesten Sinne“) ökonomischen System. Durch Wahlen, Parlament und Interessenvertretung wird dabei ein politischer Markt gebildet. Er stellt im Rahmen der weiteren Ausdifferenzierung die Interpenetrationszone nächst höherer Ordnung zwischen politischem Austausch und ökonomischem System dar. Die Funktion des politischen Subsystems politischer Austausch mit seiner Interpenetrationszone politischer Markt ist die Öffnung und Anpassung (A) der politischen Entscheidung für wechselnde Interessen- und Machtkonstellationen. Die Einbettung des politischen Austausches und des politischen Marktes in das politische System und das Gesellschaftssystem wird deutlich durch die Übersicht 3.3:



Übersicht 3.3: Politischer Markt und politischer Austausch im gesellschaftlichen System.
Eigene Zusammenstellung nach Ausführungen von Münch (MÜNCH 84)

Münch sieht den politischen Austausch als Erfordernis einer offenen Demokratie an. Die dafür angemessene Struktur sei ein „freier Austausch von politischer Macht und politischen Entscheidungen auf einem politischen Markt“ (MÜNCH 84: 480). Er betont besonders den Zusammenhang mit der Erweiterung von Spielräumen in der modernen Gesellschaft. Politischer Austausch ist ein Erfordernis der kollektiven Entscheidungsfindung unter Bedingungen komplexer gleichberechtigter Alternativen:

„Der politische Austausch ist in Verbindung mit der Differenzierung von Gesetzgebung und Rechtsprechung das Verfahren, das in der Gesetzgebung ein hohes Niveau der Komplexität des Handelns zu bewahren hilft. Nur durch solche Mechanismen der Komplexitäts- und Kontingenzbewahrung ist es bei erweitertem Gleichheits- und Freiheitsspielraum noch möglich, das spezifisch politische Problem zu lösen: aus einer hohen Komplexität gleichberechtigter Alternativen eine Entscheidung als kollektiv verbindlich zu selektieren.“ (MÜNCH 85: 499)

Das Erfordernis einer offenen Demokratie bei gleichzeitiger Steigerung von Interessenkomplexität ergibt sich aus der Verknüpfung von Markt- und Entscheidungsstruktur, die für die Integration des Gesellschaftssystems bei Erhalt des Komplexitätsniveaus notwendig ist.

Mehrheitsregel

Nach Münch ist die Mehrheitsregel eine der Voraussetzungen für den politischen Austausch in postkommunitären gesellschaftlichen Zusammenhängen:

„Der politische Austausch durch die Institutionalisierung von Wahlrecht, freier Repräsentation und Mehrheitsentscheid sowie dessen Abstützung durch [...] sind notwendige Ergänzungen zur Institutionalisierung des Machtcodes, je weniger der Spielraum gleichberechtigter Ansprüche und individueller Freiheit durch die Selbstverständlichkeiten der Gemeinschaft begrenzt wird.“ (MÜNCH 84: 499).

Warum Austauschprozesse ohne Mehrheitsregel ihrer Grundlage beraubt werden, wird von Münch in diesem Zusammenhang nicht näher ausgeführt. Evident ist jedoch, daß ohne das System des Mehrheitsentscheids der politische Austausch weniger attraktiv wäre, da eine Seite keinen Nutzen aus dem Tausch ziehen könnte. Wählerstimmen wären dem Ziel der Durchsetzung der eigenen politischen Vorstellungen in einem konsensorientierten politischen System weit weniger dienlich, wenn sie auch nicht völlig wertlos wären. Konsensorientierte Verhandlungsprozesse fällen idealerweise Entscheidungen diskursiv. Argumente zählen dort mehr als das Volumen der politischen Unterstützung. In der Praxis wird jedoch die Durchsetzungskraft eines politischen Akteurs im konsensorientierten Verfahren auch von seinem politischen „Gewicht“ abhängen, welches sich nach Wählerstimmen bzw. politischer Unterstützung bemißt. Unterm Strich bleibt jedoch eine Prekarisierung der Stimmabgabe: Eine Sicherheit für die Durchsetzung der eigenen Vorstellungen bei entsprechenden Mehrheiten wie sie idealerweise in Entscheidungsverfahren nach der Mehrheitsregel existiert, ist in Konsensverfahren nicht mehr gegeben. Die Existenz eines politischen Austausches, das heißt der Tausch von politischer Macht gegen politische Entscheidungen ist wenig kompatibel mit konsensorientierten Verfahren.

Konsensualität als Schädiger des politischen Marktes

Der politische Austausch ist nach Münch ein Zeichen gelungener Interpenetration. Im Sinne seiner propagierten deskriptiven und normativen Anwendung seiner Theorie der Moderne ist die Herausbildung eines politischen Austausches mit einem politischen Markt als Subsystem erstens empirischer Befund der westlichen Moderne und zweitens normative Zielvorstellung dort, wo die interpenetrierende Ausdifferenzierung bisher ungleichgewichtet oder noch gar nicht stattgefunden hat. Der politische Austausch als Interpenetrationszone zwischen ökonomischem und politischem System ist dabei funktional auf die Mehrheitsregel angewiesen. Ohne sie würden sich, wie oben gezeigt, die beiden Systeme Ökonomie (bzw. Interessen) und Politik weniger durchdringen können. Ein Grund für die Herausbildung der Mehrheitsregel liegt damit in der modernitätsinhärenten Tendenz zur Perfektion der Interpenetration.

Des weiteren ist die Schaffung von Konsensen als integrative Leistung nach der allgemeinen Theorie der Interpenetration eine Leistung des Subsystems der gesellschaftlichen Gemeinschaft und nicht des Subsystems der Politik. Dessen Funktion besteht in der Spezifikation des sozialen Handlungsspielraums durch kollektive Entscheidungen. Die Interpenetration zwischen politischem System und gesellschaftlicher Gemeinschaft basiert zwar auf dem Austausch von Ansprüchen, Entscheidungen,

Unterstützungen und Verantwortlichkeiten, die als Tausch jeweils Konsens voraussetzen. Diese sind jedoch partikularer Natur. Ein umfassender gesellschaftlicher Konsens bildet sich hingegen durch integrative Leistungen im System der gesellschaftlichen Gemeinschaft selber und nicht im politischen System.

Auch andere Vertreter der Modernisierungstheorie qualifizieren politische Konkurrenz als Universalie der westlichen Modernisierung. Zapf spricht von den Basisinstitutionen „Konkurrenzdemokratie, Marktwirtschaft, Wohlfahrtsstaat und Massenkonsum“ (ZAPF 96: 67). Einer der Theoretiker des politischen Liberalismus, Ralf Dahrendorf, betont ebenfalls die Unvermeidlichkeit divergierender Interessen und Meinungen in einer modernen liberalen Demokratie. Ihr Ausdruck seien die Institutionen der parlamentarischen Demokratie. Liberale Demokratie könne nur im Verband einer Gesellschaft funktionieren, deren „Institutionen in ihrer inneren Ordnung durchweg durch die Anerkennung und rationale Kanalisierung von Konflikten gekennzeichnet sind“. (DAHRENDORF 65: 161). Auch er spricht von einem „Markt der Politik“ (S. 71) als Teilnahmechance, als Möglichkeit, die eigenen Interessen durchzusetzen.

Natürlich kann dem entgegengehalten werden, politische Konkurrenz bzw. „Konkurrenzdemokratie“ schließe nicht die Möglichkeit konsensueller Entscheidungsfindung aus. Dieser Einwand ist zunächst berechtigt - es werden sich Beispiele finden lassen. Gerade in der aktuellen bundesdeutschen Politik ist eine Suche nach Konsensen zwischen den aufgrund ihrer zahlenmäßigen Stärke oder ihrer ökonomischen Macht wesentlichen gesellschaftlichen Gruppen in Fragen wie der Energieversorgung, der Beschäftigungspolitik oder der Haushaltskonsolidierung festzustellen, ohne daß von einer fehlenden politischen Konkurrenz gesprochen werden kann. Das entscheidende ist jedoch, daß mit zunehmender gelingender politischen Konsensualität eine Abnahme der politischen Konkurrenz verbunden sein wird, die - nach Münch, Dahrendorf und anderen - die Funktionalität des politischen Systems untergräbt.

Der politische Konsens baut im Unterschied zur Systematik des Mehrheitsentscheides darauf auf, daß die (ehemals) konkurrierenden politischen Gruppierungen die konsensuale Entscheidung inhaltlich und nicht nur prozedural akzeptieren. Diese inhaltliche Akzeptanz muß der eigenen Klientel aus mehreren Gründen aktiv vermittelt werden. Zum einen ist dies ein Erfordernis der Sicherung der Zustimmung der eigenen Anhängerschaft und damit letztendlich der Sicherung des eigenen Proporztes am politischen Machtgefüge. Zum anderen ist die Akzeptanzwerbung notwendig zur Sicherung und Umsetzung des Konsenses selber. Der Charme konsensorientierter Verfahren besteht gerade in der zu erwartenden Abnahme potentieller Widerstände von unterlegenen Akteuren während der Implementation der getroffenen Entscheidung. Politische Konsensverfahren haben demnach eine Abnahme politischer Konkurrenz als programmatisch gewollte Konsequenz zur Folge. Dies untergräbt den politischen Markt und schädigt damit eine Funktion der Moderne.

Freie Repräsentation

Nach Münch ist die freie, das heißt von imperativer Mandatierung durch eine feste soziale Gruppe unabhängige Repräsentation neben dem Wahlrecht und dem Mehrheitsentscheid Voraussetzung für das Funktionieren des politischen Austausches auf dem politischen Markt (MÜNCH 84: 499). Die für die Erhaltung von Konkurrenz auf dem politischen Markt notwendige freie Stimmenwerbung „erfordert die Institutionalisierung der freien Repräsentation, wie sie sich in den modernen Parlamenten herausgebildet hat“ (S. 486). Diese freie Repräsentation steht im Gegensatz zu unflexiblen Konzepten „ständischer Interessenvertretungen“ zu denen Münch auch Modelle von Rätedemokratie zählt: „Eine

Räteverfassung würde zur Erstarrung einer Politik der zunftmäßigen inneren und äußeren Schließung ökonomischer Chancen führen. Die Folge wäre ein neuer, auf Stagnation eingerichteter Ständestaat“ (S. 500). Damit argumentiert Münch gegen politische Partizipation als dominantes Politikprinzip. Ein Teil der partizipativen Konzepte wie etwa die runden Tische mit einem nach unveränderlichem Proporz festgelegten Schlüssel von Vertretern „gesellschaftlicher Gruppen“ haben zumindestens eine starke Affinität zu rätendemokratischen und ständischen Politikkonzepten. Die Zusammensetzung von Entscheidungsgremien geschieht in diesen im Nachhaltigkeitsdiskurs favorisierten Politikmodellen nicht nach Anteilen von verschiedenen Werten und Konzepten in einer frei entscheidenden Wählerschaft, sondern unter der Annahme einer Vertretung von verschiedenen Interessen in der Gesellschaft allein kraft Repräsentation über einen Vertreter ihrer Statusgruppe. Allen Umweltschützern, allen Arbeitnehmern, allen Unternehmern, allen Beamten oder etwa allen Jugendlichen werden demnach jeweils gleiche Interessen zugeschrieben, die durch ihren Repräsentanten korrekt vertreten werden. Eine „freie Werbung um Bundesgenossen und freiwillige Anhänger“ ist nicht möglich, was nach Münch in den „Immobilismus kurzfristiger, zunftartiger, ständisch-organischer Interessenabgrenzung“ (S. 501) führt.

Dahrendorf spricht in diesem Zusammenhang von „Versäulung“ als Folge statischer Proportionen in politischen Entscheidungsgremien. Er konstatiert eine Begrenzung der Bürgerrechte durch zugeschriebene soziale Rollen. Er fragt:

„Was geschieht, wenn Menschen ihre politischen Entscheidungen nicht aufgrund ihrer Interessen und eines rationalen Abwägens der Vor- und Nachteile verschiedener politischer Angebote treffen, sondern sich von Erwartungen lenken lassen, in deren Verstrickung sie ungewollt geraten sind und aus der sich nicht aus eigener Kraft befreien können?“ (DAHRENDORF 65: 125).

Als ebenso hinderlich für politische Konkurrenz bezeichnet Münch ein imperatives Mandat. Eine Einwerbung von Stimmen für konkurrierende politische Konzepte jenseits der Grenzen kleiner homogener Gruppen wäre bei dauerhafter Bindung an Instruktionen der Wählerschaft nicht möglich. Auch das Erfordernis der Schaffung von Verantwortlichkeit eines (Berufs)-Politikers wäre nicht erfüllt. Der hohe Entscheidungsbedarf und die große Selektivität von Entscheidungen in „modernen Massenstaaten“ verlange die Institutionalisierung von Verantwortlichkeiten für die Selektion von Entscheidungen, die nach Max Weber am besten durch Berufspolitiker gewährleistet werde. Erst die Institutionalisierung dieser Verantwortlichkeit ermögliche den Prozess des politischen Austausches, der Übertragung von politischer Macht gegen politische Unterstützung.

In dieser Logik liegt auch die Ablehnung direkter Demokratieformen wie etwa Volksabstimmungen mit ihrer simplen Ja-Nein-Logik, die modernen Gesellschaften nach Münch nicht angemessen sind, da sie der durch ideologische, konfessionelle, regionale und ökonomische Pluralität begründeten Notwendigkeit von kompromissförmigen Gesetzen nicht Rechnung trägt.

Notwendige Genese von Dissensen in der Moderne

Nach dieser allgemein abgeleiteten Notwendigkeit eines konkurrenzförmigen politischen Marktes können systematische Quellen des Dissenses und der Interessenpluralität in der Moderne, die sich nach diesem Ansatz ergeben, benannt und am Nachhaltigkeitsproblem konkretisiert werden.

These: Dauerhafte Dissense entstehen auf Grund der Diskursivität sowie einer Eigendynamik von Ansprüchen in der Moderne.

Die Unwahrscheinlichkeit definitorischen Konsenses

Ein politischer Konsens setzt einen definitorischen Konsens in der Deutung der Situation voraus. Die Schwierigkeiten zur Erreichung einer gemeinsamen Deutung der Situation können auch durch einen Rückgriff auf die Wissenschaft nicht beseitigt werden. Münch sieht eine grundlegende Restriktion zur Erlangung wissenschaftlichen Konsenses in der Methodik der Wissenschaft selber, die auf dem Weg der Dissenserzeugung voranschreitet (MÜNCH 96:142).

Die Logik des kontinuierlichen Dissenses bei der Wissenserzeugung führt zur Kritik der rationalitätssteigernden Funktion von Konsensen, wie sie etwa Habermas in seiner Diskurstheorie vertritt. Im Gegensatz zu Habermas unterscheidet Münch konsensbildende und rationale Diskurse. Der konsensbildende Diskurs zielt ausdrücklich auf eine Begrenzung rationaler Diskurse ab. Der Konsens ist „eine Form der Beendigung des Diskurses“ (MÜNCH 84: 111). Zustande kommen kann er nur, wenn es erstens eine Beschränkung des inputs von Informationen gibt, zweitens eine Übereinkunft bezüglich der Beendigung von Interpretationen allgemeiner Prinzipien. Im Gegensatz dazu entsteht die universell gültige Erzeugung von Wissen nicht aus dergestalt konditionierter Konsenserzeugung, sondern aus dem „Scheitern ständiger Versuche der Dissenserzeugung“, die „die intersubjektive Geltung von Wissen vielmehr fortwährend in Frage stellen“. Rationale Diskurse enden nicht im Konsens, ihre Methode ist die Approximation an universelle Gültigkeit, ohne „jemals einen zeitlich fixierbaren Konsens“ hervorzubringen. Konsensbildende Diskurse zielen auf die Beseitigung von Kommunikationsstörungen, während die Aufgabe rationaler Diskurse die Problematisierung des bisher Nicht-Problematisierten sei und damit Störungen der Kommunikation geradezu erzeuge. Habermas überschätze so die Rationalität von Konsensbildung.

Interessenpluralität durch Universalisierung von Ansprüchen

Der Einigungsbedarf, der in der Politik ungleich größer ist als etwa im ökonomischen System, erfordert nach Münch zwingend nicht-konsensuale Verfahren, etwa der Mehrheitsregel im demokratischen System. Dies gilt um so eher, je breiter sich die Interessen spreizen und je knapper die Zeit für auflösende Diskurse bemessen ist:

„Je weiter dabei die Interessen auseinanderliegen und je weniger Zeit für das Ausräumen von Interessengegensätzen zur Verfügung steht, umso mehr muß auf Entscheidungsregeln gesetzt werden, die nicht den vollkommenen Konsens voraussetzen. Der Mehrheitsentscheid in demokratischen Systemen ist eine solche Entscheidungsregel“ (Münch 96: 119).

Welche Gründe für eine „nachhaltige“, das heißt dauerhaft nicht aufzulösende Interessenpluralität in modernen Gesellschaften werden von ihm angeführt? Zeitdiagnostisch konstatiert er eine zu erwartende Zunahme von Konflikten, da „einer wachsenden Zahl von Menschen in einem dichter werdenden Geflecht immer mehr Handlungsmöglichkeiten offen stehen“ (MÜNCH 96: 121). Das Dilemma basiert auf der wachsenden Inanspruchnahme von Rechten und einer Anhebung der ökonomischen Möglichkeiten für breitere Massen auf der einen und den sich deutlicher konturierenden Grenzen des Wachstums auf der anderen Seite. „Die Expansion des Marktes steigert nicht nur den Nutzen aller, sondern auch die externen Effekte und damit den Bedarf an

kollektiver Streitschlichtung.“ Die durch die globalen Grenzen des Wachstums und die steigenden Ansprüche generierte Enge begründet neue Verteilungsprobleme (vgl. Kap. 3.4). Vor diesem Hintergrund ist Münch skeptisch bezüglich der konsensualen Lösungskapazitäten: „Die Nutzungskonflikte werden kaum einvernehmlich gelöst werden können, weil zu viele Beteiligte zu viele gute Gründe auf ihrer Seite haben“ (MÜNCH 96: 121). Die prinzipiell mögliche Suffizienzlösung analysiert er als unwahrscheinlich, da ein Kult materiellen Fortschrittes vorherrsche (vgl. Kap 3.5).

Weiterhin würden die Konsenschancen mit der Vergrößerung der Problemebene schwinden. Eine ländliche Gemeinde mag noch relativ leicht ihr lokales Gemeinschaftsproblem, etwa das klassische Überweidungsdilemma, gemeinsam definieren und akzeptable Lösungen finden. Für die globale Ebene vervielfachen sich Interessen und Komplexität trotz Repräsentation und bewirken so eine Steigerung der Unüberschaubarkeit. Das Hauptproblem für die Erlangung globaler Vereinbarkeiten liegt jedoch in der Logik nicht-integrierbarer Ansprüche (s.o.) in den nationalen Demokratien. Die „Schwäche“ der einzelnen multilateralen Verhandlungspartner zu Hause, ihre dortige Angreifbarkeit und Abwählbarkeit, lassen sie in internationalen Verhandlungen sehr vorsichtig operieren (MÜNCH 96:142).

Die theoretische Erklärung für die Systematik von Konflikten erschließt sich für Münch aus der Funktionslogik des demokratischen Entscheidungsverfahrens:

„Es muss Entscheidungen bei maximaler Öffnung der Interessenartikulation herbeiführen. Dabei bleiben genug berechnete Interessen auf der Strecke, die in der Folge Anlass zu neuen Konflikten geben“ (MÜNCH 96: 134).

Die Öffnung zur Interessenartikulation, die letztlich die Permanenz der Konflikte generiert, zeugt von der Einbindung des politischen Systems in das ökonomische System, das heißt von erfolgreicher Interpenetration. Diese hat, wie oben gezeigt, bei Münch sowohl deskriptive als auch normative Gehalte. Das heißt, in der Moderne entwickelt sich wahrscheinlich eine, wenn auch empirisch variierende, derartige Interpenetration heraus und dies ist auch wünschenswert für die Integration der Gesellschaft auf der Grundlage ihrer okzidentalen kulturellen Normen. Wo dies unvollständig geschieht, sind entsprechende Anstrengungen zu unternehmen.

3.2 Stratifikation als Imperativ der Effizienz

These: Partizipation steht im Zielkonflikt mit Stratifikation als funktionale Notwendigkeit für die Effizienz kollektiver Entscheidungsprozesse

Stratifikation

Modelle partizipativer Demokratie tragen den Impetus der Aufhebung politischer Statusunterschiede in sich. Bei der direkten Beteiligung sind idealerweise alle gleich. Dies gilt für Rechte und Pflichten, also für die Entscheidungsmacht und für die Verantwortlichkeit bezüglich der Umsetzung und der Folgen der Entscheidung gleichermaßen. Gegen eine durchgängige Einführung oder Beibehaltung solcher basisdemokratisch-egalitärer Modelle politischer Entscheidungsfindung lassen sich mit Parsons zwei funktionale Notwendigkeiten anführen, die eine Institutionalisierung von politischer Stratifikation, das heißt von höherrangigen Statuspositionen im Rahmen der

Ausdifferenzierung des politischen Systems von der gesellschaftlichen Gemeinschaft begründen. Zum einen begründet eine Verantwortung für koordiniertes kollektives Handeln „Institutionen der Führung und Autorität“ (PARSONS 75 (66): 27). Zweitens müssen die Individuen, denen eine größere Kompetenz an Wissen oder Fertigkeiten zugeschrieben wird, einen größeren Einfluss bei kollektiven Überlegungen erhalten. Diese Legitimation einer politischen Funktion basiert auf dem Prozess sozialer Schichtung, einer evolutionären Universalie, die Gesellschaften aus ihrer „primitiven Phase“ ausbrechen lässt. Die Schichtung und deren Legitimation ist für Parsons ein funktionelles Erfordernis auf dem Weg zu höherer Effizienz kollektiver Entscheidungsprozesse. Sie ist

„eine wesentliche Voraussetzung zur Steigerung der politischen Effektivität, denn wie gesagt gibt sie den Führungsgruppen die für die risikoreichen kollektiven Führungsaufgaben erforderliche Sicherheit...Die Initiatoren großer sozialer Neuerungen brauchen insbesondere deshalb, weil sie gewöhnlich bereits privilegiert sind, für ihre Unternehmungen wie für ihre Positionen eine Legitimierung [...] Deshalb ist die entscheidende Aufgabe der Kultur die Legitimierung von Ungleichheit, [...]“ (PARSONS 69 (64): 62).

Ohne eine Legitimation politischer Statuspositionen würde es demnach zu einer Innovationsschwäche kommen, die Gesellschaften hätten sich nach Parsons nicht wesentlich weiterentwickelt.

Zielkonflikt Partizipation - Effizienz

Die Notwendigkeit von mehr direkter Demokratie und mehr politischer Partizipation wird im Nachhaltigkeitsdiskurs begründet mit der Zuschreibung einer Doppelfunktion der gesteigerten Problemrezeption durch Basisnähe und einer höheren Problemlösungskapazität durch Beteiligung. Münch stellt in Anlehnung an David Easton die Möglichkeit der Gleichzeitigkeit dieser beiden Qualitäten in Frage. Vielmehr behindern sie sich gegenseitig. Ein hoher Zentralisierungsgrad verstärkt die Entscheidungsfähigkeit, vermindert jedoch die Aufnahmekapazität, bei mehr Dezentralität ist es umgekehrt.

Aufnahmekapazität und Entscheidungsfähigkeit haben Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit politischer Systeme. Diese wird systemtheoretisch betrachtet. Um sich in ihrer Umwelt zu erhalten, müssen politische Systeme Forderungen und Unterstützung (inputs) derart zu Entscheidungen und Handlungen (outputs) verarbeiten, daß die Bereitschaft zur politischen Unterstützung als weiterer input erhöht wird (vgl. MÜNCH 96: 14). Die Leistungsfähigkeit politischer Systeme steigt mit der Menge der auf diese Weise zu positiven Rückkopplungen, also zu weiterer Unterstützung verwerteten Forderungen. Bei steigender Dezentralität kommen mehr Forderungen in das politische System hinein, die „Aufnahmekapazität steigt“. Damit ist prinzipiell die Chance für eine Erhöhung der politischen Leistungsfähigkeit gegeben, sofern die Forderungen in entsprechende outputs umgesetzt werden können. Nach Easton bzw. Münch ist mit der Dezentralisierung jedoch gleichzeitig eine verringerte Entscheidungskapazität verbunden. Das bedeutet, dass mit der wachsenden Anzahl von Forderungen nicht mehr ein adäquates Wachstum der Entscheidungen einhergehen kann. Dies würde zur Verringerung der Leistungsfähigkeit des politischen Systems führen. Es gibt somit nach diesem Ansatz ein Optimum an Leistungsfähigkeit des politischen Systems bei einem bestimmten Grad von Zentralität bzw. Dezentralität. Das heißt, Dezentralität und damit auch politische Partizipation im oben definierten Sinn ist vom politischen System aus Gründen der Selbsterhaltung nicht beliebig steigerbar.

Auch Parsons sieht den oben beschriebenen Konflikt zwischen Partizipation und Effizienz. Nach ihm sind die repräsentativen Institutionen zwingend, da es unmöglich ist, alle Bürger in gleicher Weise zu beteiligen. Die politische Gleichheit wird durch die Auswahl der Regierung mittels eines Wahlsystems gewährleistet (PARSONS 72 (71): 106). Parsons

konstatiert als „allgemeines Dilemma demokratischer Vereinigungen“ einen Konflikt zwischen Leistungsfähigkeit und der Partizipativität demokratischer Institutionen. Eine Zentralisierung erhöht die „kollektive Leistungsfähigkeit“, eine Dezentralisierung ermöglicht mehr repräsentative Vertretung, Meinungsartikulation und Interessenvertretung (S. 131).

Vor dem Hintergrund der These einer aus dem Streben nach Selbsterhaltung gegenüber der Umwelt erwachsenden Notwendigkeit einer Balance von inputs und outputs des politischen Systems ist die Skepsis von Münch gegenüber der Problemlösungskapazität der im Nachhaltigkeitsdiskurs vielfach gestellten Forderung nach mehr Bürgernähe verständlich. Zeitdiagnostisch sieht er das basale Dilemma der Politik darin, dass von der Politik eine Steigerung von Leistungen und eine Expansion von Rechten erwartet wird, jedoch angesichts der Grenzen des Wachstums das Gegenteil von ihr geleistet werden müsste. Daraus resultieren Versprechungen, die zwangsläufig enttäuscht werden müssen und den Vertrauensverlust vorantreiben. Das heißt, der mögliche output des politischen Systems kann bei solch überbordendem input nicht zu einer Akzeptanzsteigerung des politischen Systems, zu einer Stabilisierung gegenüber seiner Umwelt führen. Vor dem Hintergrund dieses theoretisch fundierten Dilemmas ist die Schlussfolgerung Münchs verständlich, dass das Problem auch nicht durch mehr Bürgernähe, also mehr Partizipativität aufgelöst werden kann, die oft als Therapie gegen zunehmende Politikverdrossenheit empfohlen wird. Diese führe sogar der Tendenz nach zu einer weiteren „Verstrickung der Politik in die Unehrlichkeit“ (MÜNCH 96: 134), da die im Rahmen der politischen Konkurrenz geforderte demonstrativ-mediale Nähe immer mehr uneinlösbare Versprechen provoziere.

3.3 Kommunarität im Widerspruch zu generalisierter Kommunikation

Eine Ausprägung des sozialen Nachhaltigkeitsansatzes besteht in der normativ und funktional begründeten Forderung nach einer Aufwertung gemeinschaftlicher Bezüge, nach mehr Kommunarität. Nach dem Ansatz strukturfunktionalistischer Modernisierung wird die Einbindung in partikulare Gemeinschaften jedoch im Zuge der Herausbildung funktional begründeter Differenzierungsprozesse im wesentlichen abgelöst. Die für diese evolutionäre Höherentwicklung notwendige Herausbildung generalisierter Kommunikationsmedien erodiert die Bindungskraft von Gemeinschaftsbezügen. Zweitens befindet sich partikulare Einbindung im Zielkonflikt mit ökonomischer Effizienz.

Generalisierte Medien als Erfordernis der internen und externen Kommunikation von Handlungssystemen

These: Die Herausbildung generalisierter Kommunikationsmedien als eine Basis der Herausbildung von Systemen und ihrer Interpenetration ist mit dem Verlust gemeinschaftlicher Lebensformen verbunden. Kommunitäre Bestrebungen gefährden vor diesem Hintergrund die erreichte Ausprägung von Differenzierung und Interpenetration in der Moderne.

Eine Dominanz partikularer Bindungen verträgt sich nicht mit der Notwendigkeit der Herausbildung generalisierter Kommunikationsmedien. Diese ermöglichen einerseits die Kommunikation innerhalb der Systeme, andererseits leisten sie den für die systemische Integration der Gesellschaft erforderlichen Leistungsaustausch zwischen den gesellschaftlichen Teilsystemen. Geld, politische Macht, Einfluss und Wertbindungen können aufgrund ihrer Universalität, ihrer „Unabhängigkeit von partikularen Bindungen“ als Transportmittel fungieren. Sie ermöglichen eine „zeitlich, sachlich und sozial

Das soziale System				
Primäres Subsystem	Steuerungsmedium		Funktion	
			konkret	allgemein
Ökonomisches System	Geld	A	Allokation von Ressourcen und Präferenzen	Anpassung
Politisches System	Macht	G	kollektive Entscheidungsbildung	Zielverwirklichung
Gemeinschaftssystem	Einfluss/ Bindung	I	Solidaritätserhaltung	Integration
Sozial-kulturelles System	Argument/ Wertbindung	L	sozial verbindliche Symbolkonstruktion	Bewahrung latenter Strukturen

Übersicht 3.4: Das soziale System bei Münch. Eigene Zusammenstellung in Anlehnung an Münch (MÜNCH 84)

weiterreichende ökonomische, politische, solidarische und kulturelle Kommunikation“ (MÜNCH 96: 75). Die Zuordnung der Steuerungsmedien zu den vier primären Subsystemen eines sozialen Systems bzw. der Gesellschaft zeigt die Übersicht 3.4.

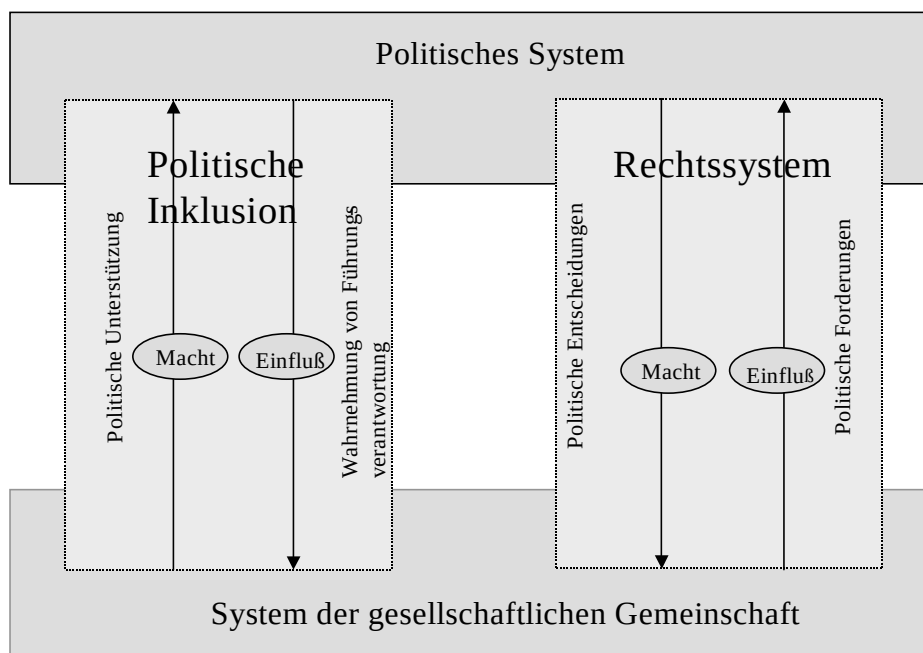
Alle Subsysteme sind funktional spezialisierte Systeme. Zur Erfüllung ihrer Aufgabe sind neben subsystemeigenen Strukturen jedoch Leistungen anderer Subsysteme in Form von Faktoren und Produkten erforderlich, die Subsysteme sind nicht „selbstgenügsam“. Wie können sich die Systeme angesichts unterschiedlicher Kommunikationsmedien austauschen?

Der Leistungsaustausch kann formal als ein Austausch von Produkten und von Faktoren unterschieden werden. Faktoren werden nach der Logik des absendenden Systems hergestellt und mittels dessen Mediums an das adressierte System geschickt, wo sie zu Produkten dieses Zielsystems verarbeitet werden. Produkte werden ebenfalls nach der Logik des Sendersystems hergestellt, jedoch von den Zielsystemen nach deren eigener Logik konsumiert, d.h. durch ihr eigenes Steuerungsmedium abgerufen. Der Faktor- und Produktaustausch erfordert die Herausbildung von vermittelnden Subsystemen in den Interpenetrationszonen bzw. von Vermittlungssystemen. Diese interne Interpenetration zwischen sämtlichen Subsystemen ist zur Wahrung der Einheit notwendig.

Am Beispiel der Interpenetration zwischen politischem System und dem Gemeinschaftssystem soll dies verdeutlicht werden. Aus im Gemeinschaftssystem als berechtigt akzeptierten Interessenansprüchen entsteht ein durch dessen Medium Einfluß an das politische System herangetragen Faktor, der dort in politischen Entscheidungen transformiert wird. Umgekehrt entsteht im politischen System der Faktor politische Entscheidungen, der durch das Medium politische Macht auf das Gemeinschaftssystem wirkt, indem er dessen rechtlichen Rahmen bildet. Der Faktoraustausch wird durch die Medien des Absendersystems gesteuert.

Der hingegen durch die Medien der Zielsysteme gesteuerte Austausch von Produkten besteht einerseits aus politischer Unterstützung als Produkt aus dem System der gesellschaftlichen Gemeinschaft, die als politische Macht im politischen System die Entscheidungsfindung beeinflusst. Im Gegenzug erhält das Gemeinschaftssystem vom politischen System das Produkt Wahrnehmung politischer Führungsverantwortung, das im Zielsystem solidarischen Gemeinschaftshandelns verbraucht wird. Das Steuerungsmedium dafür ist Einfluß (Bindung, *commitment*).

Die Vermittlung der aufgeführten Leistungen, der Faktoren- und Produktaustausch zwischen politischem System und dem Gemeinschaftssystem findet in den beiden Vermittlungssystemen bzw. den beiden Interpenetrationszonen der Systeme füreinander statt. Der Austausch der Faktoren politische Entscheidungen gegen Interessenansprüche findet statt im Rechtssystem als dem Subsystem des politischen Systems, welches dem Gemeinschaftssystem am nächsten zugewandt ist. Der Austausch der Produkte politische Unterstützung und politische Führungsverantwortung geschieht im System der politischen Inklusion als dem Subsystem der gesellschaftlichen Gemeinschaft, welches dem politischen System am nächsten ist. Die Übersicht 3.5 verdeutlicht den Produkten- und Faktoraustausch zwischen politischem System und dem System der gesellschaftlichen Gemeinschaft.

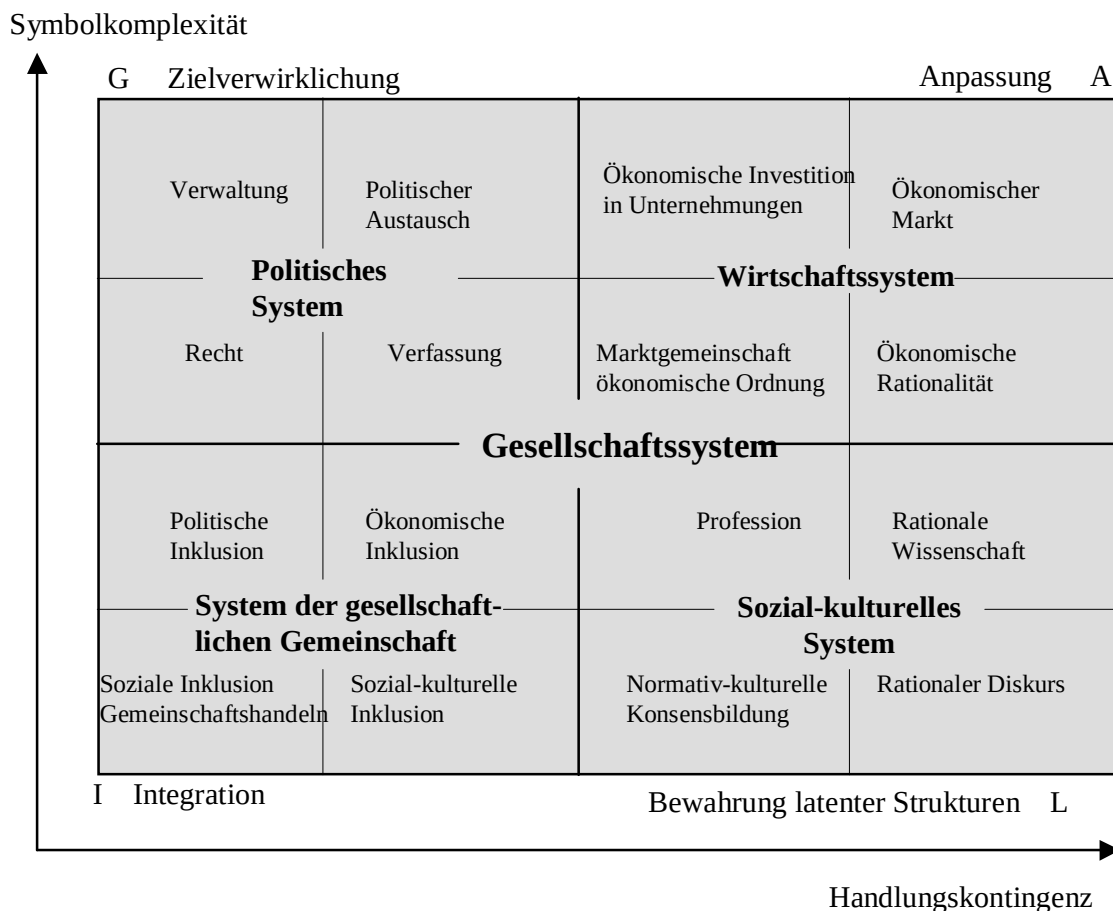


Übersicht 3.5: Produkten- und Faktoraustausch zwischen politischem System und System der gesellschaftlichen Gemeinschaft. Eigene Zusammenstellung nach Ausführung von Münch (MÜNCH 84:63)

Auch das politische System und das Rechtssystem lassen sich wiederum weiter differenzieren. Münchs immer wiederkehrende ubiquitäre Kategorisierung sämtlicher sozialer Phänomene basiert auf einer Einteilung letzterer in ein Koordinatensystem mit den beiden Achsen Symbolkomplexität und Handlungskontingenz. Ereignisse können einerseits von totaler Unvorhersagbarkeit (Kontingenz) bis zu vollkommener Vorhersagbarkeit variieren. Die Struktur der Gründe, der „Antezedenzen“, aufgrund derer bestimmte Voraussagen getroffen werden können, lassen sich auf einem Kontinuum der Komplexität positionieren. Sie reichen von höchster Komplexität, d.h. einer großen Anzahl bei vielen Interdependenzen, bis zur größtmöglichen Einfachheit, d.h. einer einzelnen Ursache. Die Rechtfertigung für die Hinlänglichkeit dieser analytischen Konstruktion mit den zwei Grunddimensionen Handlungskontingenz und Symbolkomplexität zur Beschreibung sozialen Handelns liegt nach Münch in der Möglichkeit ihrer unendlichen Wiederholung zur Beschreibung unendlich vieler Formen des Handelns (MÜNCH 96: 227). Der Vorteil im Vergleich zu anderen analytischen Konstrukten in den Sozialwissenschaften bestehe in der Vermeidung sowohl eines Reduktionismus, wie er etwa bei ökonomischen, machttheoretischen oder kommunikationstheoretischen Ansätzen vorzufinden ist, als auch einer Beliebigkeit von ungeordneten Begriffssammlungen.

Die Differenzierung des Handelns entlang der Achsen Handlungskontingenz und Symbolkomplexität begründet auf jeder Ebene jeweils vier analytisch zu unterscheidende

Handlungssysteme. Die zweite Differenzierungsebene der Gesellschaft mit den Interpenetrationszonen, die für die Integration der ersten Differenzierungsstufe sorgen, zeigt die Übersicht 3.6:



Übersicht 3.6: Das Gesellschaftssystem mit zwei Differenzierungsebenen nach der Theorie der Interpenetration. Eigene Zusammenstellung auf Basis der Ausführungen in: MÜNCH 1984

Immer sorgt eine Interpenetration durch die Kommunikationsmedien für die Integration der ausdifferenzierten spezialisierten Subsysteme. Im Kontrast dazu stehen die partikularen, kommunitären Zusammenhängen zuzuordnenden „einfachen Gegenstücke“ in Gestalt von „konkreten Anreizen, Gewalt, solidarischer Zusammengehörigkeit und gemeinsamer Lebenswelt“. Die modernen Kommunikationsmedien konnten sich also nur durch die Überwindung der Dominanz kommunitärer Lebenszusammenhänge entwickeln. „Solidarische Zusammengehörigkeit“ wird etwa generalisiert durch das zur Interpenetration befähigte Kommunikationsmedium Einfluß, die „geteilte Lebenswelt“ abgelöst durch universalistisch orientierte Argumentationen und Wertbindungen. Eine Aufwertung gemeinschaftlicher Bezüge zuungunsten des Einflusses dieser Medien bedeutet eine zumindest partielle Behinderung der internen Systemfunktionalität sowie ihrer Interpenetration.

Gemeinschaftseinbindung im Zielkonflikt mit ökonomischer Anpassung

Kommunitäre bzw. partikulare gemeinschaftlich orientierte Lebensformen beherbergen neben diesen Unverträglichkeiten mit den Funktionserfordernissen einer ausdifferenzierten Gesellschaft Widerstandspotentiale gegen ökonomische Produktivitätssteigerungen. Sie erfordern die Entwicklung einer Geld- und Marktorganisation. Erst die Durchsetzung dieser evolutionären Universalie (PARSONS) ermöglicht eine Steigerung ökonomischer Effizienz.

These: Partikulare Bindungen behindern den Prozess der ökonomischen Standardhebung durch verbesserte Anpassungsfähigkeit.

Parsons leitet die Notwendigkeit einer Entwertung lokaler Gemeinschaftsstrukturen aus durch gesellschaftliche Differenzierungsprozesse induzierten Anpassungsimperativen ab. Die entwicklungsgeschichtlich universal festzustellende Herauslösung der Produktion aus der kommunitären Einheit Wohnort etwa stabilisiert sich, weil die sich neu herausdifferenzierende Substruktur industrielle bzw. manufaktuelle Produktion eine verbesserte Anpassungsfähigkeit zur Erfüllung ihrer Funktion - in diesem Fall die Organisation der Produktion - im Vergleich zur vorausgegangenen Struktur aufweist. Nach Parsons ist die Standardhebung durch Anpassung ein universaler Entwicklungsprozess von Gesellschaften. Dies impliziert die Befreiung aus vorgegebenen partikularen Strukturen:

„Die Steigerung der Anpassung erfordert, daß spezialisierte funktionale Fähigkeiten von der Zugehörigkeit zu diffuseren strukturellen Einheiten befreit werden müssen“ (PARSONS 75(66): 40).

Die „spezialisierten funktionalen Fähigkeiten“, etwa der im mittelalterlichen *Ganzen Haus* getätigten Eigenarbeit werden überführt in das industrielle Fabrikssystem und damit aus „diffuseren strukturellen Einheiten“, das heißt aus ihrer Gebundenheit zu einer Gemeinschaft, die nicht ausschließlich auf Produktion spezialisiert ist, herausgelöst. Durch die dergestalt evolutionär zwingende Herauslösung der Produktion aus dem Funktionskanon gemeinschaftlicher Lebenszusammenhänge werden kommunitäre Strukturen abgewertet. In demselben Zusammenhang steht die Entwicklung einer Geld- und Marktorganisation, die für Parsons den Rang einer evolutionären Universalie hat. Sie befreit

„die Ressourcen von askriptiven Bindungen, etwa der Verpflichtung, verwandtschaftliche Ansprüche zu bevorzugen, politischen Gruppen gegenüber in ganz spezifischer Weise loyal zu sein, oder die Einzelheiten des Alltagslebens den spezifischen Ansprüchen religiöser Sekten zu unterwerfen“ (PARSONS 71(64): 65).

Ähnlich wie Parsons erklärt auch Shmuel N. Eisenstadt die Herausbildung und die entgemeinschaftende Wirkung von Differenzierung und Spezialisierung aus dem Effizienzgewinn für die entsprechende Funktion:

„Diese differenzierten Normen und Organisationsformen entsprechen den Aufgaben des betreffenden Bereichs und den Orientierungen der in ihm handelnden Personen und Gruppen gewöhnlich besser als die nichtspezialisierten Strukturen und Prinzipien; sie erleichtern die Realisierung seiner Potentiale, zum Beispiel technologische Neuerungen, kulturelle und religiöse Kreativität, [...], oder die Entwicklung einer komplexeren Persönlichkeitsstruktur. Verschiedene Ebenen und Stufen der Differenzierung zeigen an, wie weit wichtige soziale und kulturelle Verhaltensweisen und bestimmte notwendige Ressourcen (zum Beispiel Arbeitskraft, ökonomische Ressourcen, Loyalitäten) aus verwandtschaftlichen, regionalen oder anderen traditionellen Bindungen herausgelöst und befreit worden sind“ (EISENSTADT 71 (64)).

Vollständige, das heißt alle Lebensbereiche umfassende Kommunität befindet sich so im Zielkonflikt mit ökonomischer Produktivitätssteigerung und marktförmiger

Vergesellschaftung. Eine Aufwertung kommunitärer Bezüge bedeutet nach dieser Logik zumindest eine partielle Rücknahme ökonomischer Effizienz.

3.4 Egalität als gesamtgesellschaftliche Option

Egalitäre Vorstellungen, wie sie etwa in der Forderung nach global paritätischer Nutzung von natürlichen Ressourcen zum Ausdruck kommen, können nur auf der Basis von Solidarität überhaupt nur die Chance einer Verwirklichung erhalten. Ohne eine solidarische Basis wäre Egalität nicht durchsetzbar, wären moralische Ressourcen nicht ausreichend regenerierbar. Bei der Suche nach den Chancen für egalitäre Forderungen nach dem strukturfunktionalistischen Ansatz ergeben sich zwei Fragen. Zuerst ist der gesellschaftliche Ort dieser solidarischen Basis in der Moderne von Interesse. Im Anschluss ist zu klären, welche Implikationen für egalitäre Optionen sich daraus ergeben.

These: Egalität ist möglich, weil gesamtgesellschaftliche Solidarität im Subsystem „gesellschaftliche Gemeinschaft“ mit Unterstützung politischer Macht erzeugt wird. Partikulare Gruppensolidarität gerät dazu in Zielkonflikt.

Genese von Solidarität in der gesamtgesellschaftlichen Gemeinschaft

Nach Münch wird ein „erheblicher“ Teil der Solidarität in modernen Gesellschaften „nicht solidarisch, sondern politisch generiert“. Dies geschieht in Form von „staatlich organisierten Zwangsversicherungen“ und durch staatliche Sozialleistungen. Der Staat erzwingt diese Form von Solidarität mit Hilfe politischer Macht. Daneben generiert sich Solidarität aus kommunitären Zusammenhängen, barmherzigen Motiven und aufgeklärt eigennützigen ökonomischen Handlungen in Form von Teilhabe an genossenschaftlichen Risikoabsicherungen:

„Ein Teil der Solidarität kann gewiss spontan von Familien, Nachbarschaften, Betriebsgemeinschaften und Vereinen erbracht werden, ein weiterer Teil durch die unternehmerische Initiative von Wohlfahrtsverbänden, die viel kleine Beiträge sammeln, um sie in Hilfsprogramme eines Umfangs umzumünzen, den die einzelnen Bürger nie erreichen könnten. Auch Versicherungen auf Gegenseitigkeit nutzen die Bündelung von Einzelbeiträgen durch unternehmerische Initiative“ (MÜNCH 96: 69).

Münch sieht in der staatlichen Generierung von Solidarität einen Fortschritt:

„Die gesellschaftliche Solidarität würde ohne diese staatliche Lenkung auf dem *niedrigen* Niveau von kleinen Gemeinschaften, spontanen Zusammenschlüssen, privaten Versicherungen und kleinen Wohlfahrtsverbänden stehen bleiben“ (Hervorhebung: U.S.).

Die Notwendigkeit des Rückgriffs auf politische Macht zur Organisation solidarischer Hilfe ist für Münch ein Hinweis auf die notwendige und empirisch zu konstatierende Interpenetration der gesellschaftlichen Funktionssysteme, in diesem Fall der Zufuhr der Ressource politische Macht zur Produktion von gesellschaftlicher Solidarität im System der gesellschaftlichen Gemeinschaft. Letzteres könne Solidarität nicht ausreichend selbst erzeugen. Münch betrachtet staatliche und kommunitäre Wege der Erzeugung von Solidarität nicht nur als sich ergänzend, sondern auch als konkurrierend:

„In modernen Demokratien können durch politische Macht in Gestalt der Mehrheit von Wahlstimmen beliebige Entscheidungen kollektiv verbindlich gesetzt und durchgeführt werden, unabhängig davon, wer gerade die Mehrheit hat und wer in welcher Form von den Entscheidungen betroffen ist. In modernen Bürgergemeinschaften kann mit Hilfe von Einfluss, geschaffen durch soziales Ansehen, jeder beliebige Bürger zur Unterstützung einer beliebigen Sache und zur Kooperation bewegt werden. Das geschieht um so

eher, je mehr partikulare Gruppensolidaritäten in den Hintergrund getreten sind und der Solidarität einer Gemeinschaft individueller Bürger Platz gemacht haben“ (S.76).

Demnach handelt es sich um ein Nullsummenspiel. Je weniger kommunitäre Ressourcen („partikulare Gruppensolidaritäten“) wirksam sind, desto mehr staatliche Solidarität kann generiert werden. Mehr Egalität als mögliche Folge staatlichgestützter Solidarität und Kommunarität stehen so im Zielkonflikt. Die Ursache für diese Konkurrenz liegt in einer Disharmonie von partikularem Bezug und universalistischem Engagement für Unbekannte. Letzteres dominiert in der Modernen aufgrund von Wertgeneralisierung: „Durch die Begründung mit *allgemeinen* Werten kann die Zustimmung zu beliebigen Vorschlägen bei beliebigen Personen erreicht werden“ (Hervorhebung: U.S.). Den Wandel des gesellschaftlichen Ortes der Solidaritätsquellen und damit der motivationalen Basis von Solidarität führt auch Parsons an:

„Einerseits sind viele ältere Werte wie erbliches Privileg, Volkszugehörigkeit und Klasse relativ überholt. Andererseits gibt es ungelöste Fragen bei der Integration der normativen Struktur der Gemeinschaft, die in großen Zügen schon ziemlich vollständig ist, mit der Motivationsgrundlage der Solidarität, welche viel problematischer bleibt. Die neue gesellschaftliche Gemeinschaft, die als integrative Institution begriffen wird, muß auf einer Ebene funktionieren, welche sich von den uns durch intellektuelle Traditionen vertrauten unterscheidet; sie muß die Gewalt über politische Macht und Reichtum sowie die sie erzeugenden Faktoren hinter sich lassen und zu Wertverpflichtungen und Einflußmechanismen vorstoßen“ (PARSONS 72(71): 155).

Demnach hat sich (vor 30 Jahren) eine neue Basis für Solidarität jenseits vormoderner gemeinschaftlicher Strukturen *noch nicht* etabliert, der Prozess des Einflusses universeller Werte ist aber zu erwarten.

Solidarität als wertbasierte Option

Die Voraussetzungen für Egalität sind also durch die dergestaltete gesamtgesellschaftliche Generierung von Solidarität bei gelungener gegenseitigen Durchdringung der Systeme in der Modernen prinzipiell gegeben. Münch geht davon aus, dass das moderne Wertmuster mit den Elementen Rationalität, Solidarität, aktive Wertgestaltung und Freiheit Druck ausübt in Richtung einer Perfektion der Interpenetration. Diese von Habermas als Rekantianisierung parsonianischer Systemtheorie bezeichnete Rückführung des Ausmaßes der Interpenetration auf ein kulturelles Wertmuster schreibt den aktuellen fortgeschrittensten Industriegesellschaften damit zwar die gelungenste Interpenetration zu, lässt die zukünftige Entwicklung hingegen prinzipiell offen. Die Entwicklung der Werte kann im Rahmen einer voluntaristischen Theorie prinzipiell nicht prognostiziert werden. So kann bezüglich der Chancen für Solidarität lediglich gefolgert werden, dass unter der Voraussetzung des Erhalts solidarischer Werte sich auch das System der gesellschaftlichen Gemeinschaft mit seiner Funktion der Solidaritätserhaltung entwickelt. Jenseits dieser prognostisch wertlosen Aussage ist jedoch festzuhalten, dass Münch der aktuellen Modernen das beschriebene Wertmuster mit der darin enthaltenen Komponente Solidarität zuschreibt. Aktuell, das heißt in der gegenwärtigen Moderne herrschen also gute Voraussetzungen für die gesamtgesellschaftliche Generierung von Solidarität, wenn diese auch ihre Grenzen im Konflikt mit funktionalen Erfordernissen von Produktivitätserhalt und -steigerung hat. Für eine Änderung des aktuellen Trends mit Solidarität als einem modernen Wert gibt Münch keine Hinweise, obgleich er diese immer prinzipiell für möglich hält.

Wohlfahrtsstaat als Universalie

Entsprechend dieser theoretischen Erklärung gesamtgesellschaftliche Solidarität als Ausdruck gelungener Interpenetration und damit als universaler Trend der Moderne sieht Zapf den Sozialstaat, eine Form gesamtgesellschaftlicher Solidarität, als interdependent mit Modernisierung. Für ihn ist die „Wohlfahrtsgesellschaft“ mit ihrem Instrument Sozialpolitik ein funktionales Erfordernis der Integration moderner Gesellschaften: „Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat sind zugleich Ergebnis und fortwährende Bedingung der Modernisierung. Sie schaffen zentrale Institutionen der sozialen Integration und der Systemintegration“ (ZAPF 94: 59). Zapf belegt dies durch empirische Analysen der Sozialpolitik und der Wohlfahrtsentwicklung in Deutschland, die allerdings mit den späten 80er Jahren enden. Übereinstimmend mit seiner Zuschreibung der Wohlfahrtsgesellschaft zu den Basisinstitutionen der Moderne erfolgt seine optimistische Zukunftsprognose, dass „der Abbau des Sozialstaats kein Thema ist“ (S. 60). Die aktuelle Krise mit den Notwendigkeiten eines neuen Generationen-, Geschlechter- und Bürgervertrags angesichts demographischen Wandels, veränderter Erwerbsneigungen und neuer Lebensstile sowie Wertewandels werde lediglich zu einem Umbau auf gegebenem hohem Niveau führen⁴. Zapf benennt zwei Antriebe und damit Sicherheiten für die „universelle Evolution des Wohlfahrtsstaates“. Zum einen sind dies die Forderungen, die sich aus der durch die „Industrialisierung verursachten Auflösung traditionaler Sicherungssysteme“ ergeben⁵, zum anderen die Kapazitäten der „sich etablierenden Nationalstaaten“. Die Logik besagt: Wenn Forderungen auf Möglichkeiten treffen, werden sie erfüllt werden. Wenn Druck sich ausdehnen kann, wird er es tun. Dass vor diesem Hintergrund der derzeitige Abbau des Sozialstaats gut erklärbar ist, da mit fortschreitender Globalisierung und dem daraus folgenden Bedeutungsverlust der Nationalstaaten eine der beiden Antriebskräfte *in seiner bisherigen* Form (der Kapazität des Nationalstaats) an Wirkung verliert, soll hier nicht weiter thematisiert werden. Hier geht es um die prinzipiellen Gründe, die für die Evolution des Sozialstaates bzw. gesamtgesellschaftlicher Solidarität angeführt werden. Diese wären nach der Logik von Zapf auch angesichts des Globalisierungsprozesses gegeben. Im Weltmaßstab existieren die beiden Antriebskräfte weiterhin, es gibt auf lange Sicht hin Forderungen und Kapazitäten.⁶ Noch nicht herausgebildet hat sich allerdings eine Globalisierung der Demokratie bzw. eine Demokratisierung des Globus. Von Stein Rokkan wird die Demokratieentwicklung als Ursache für die Herausbildung des Wohlfahrtsstaates genannt. Die politische Massenbeteiligung produziere einen Umverteilungsdruck (ROKKAN 1970⁷). Diese Erklärung gibt einen Hinweis auf die Ursache der bisher

⁴ Diese Prognose hat sich offenbar als falsch erwiesen. Die Auffassung, dass Gerechtigkeit nur noch als Chancengleichheit und nicht mehr als Verteilungsgerechtigkeit gedacht werden sollte, scheint zumindest mittelfristig hegemonial zu sein. Der Abbau des Sozialstaates wird bei mehr als 90% der politischen Klasse in den Industrieländern als notwendig angesehen, wenn auch die Begründungen und Etikettierungen (etwa bei der Sozialdemokratie: Dritter Weg) für diesen Kurs variieren. Die Unterschiede in den sozialpolitischen Konzepten innerhalb dieses hegemonialen Blocks sind gradueller und nicht prinzipieller Natur. Diese politische Hegemonie kann jedoch nur Bestand haben, solange der ökonomischen Globalisierung keine politische Globalisierung folgt. Bei globaler politischer Integration können sozialstaatliche Forderungen nicht länger mit Verweis auf extern generierte Wettbewerbsimperative delegitimiert werden.

⁵ Vgl. auch: H. DEUTSCH 71 (61): Soziale Mobilisierung und politische Entwicklung

⁶ Die Wohlstandskapazitäten werden jedoch erst nach der Herausbildung einer sozialen Weltinnenpolitik, die aktuell von den politisch hegemonialen Kräften nicht gewollt wird, von den Fordernden auch abrufbar sein.

⁷ Quelle nach: ZAPF 1994: 55

fehlende Evolution eines globalen Sozialstaates bzw. globaler Umverteilung. Mit den (noch) nicht vorhandenen demokratischen Verhältnissen auf Weltebene fehlt die Voraussetzung für die Herausbildung eines globalen Sozialstaates, während sich die nationalstaatlichen Umverteilungsprogramme durch den globalen ökonomischen Druck und eine politische Klasse mitsamt ihrer Wählerschaft, die dieser Hegemonie der Ökonomie keine normativen Alternativen entgegensetzen wollen, ihrem Ende zuneigen. Die Chance eines solchen politischen Gegenentwurfs ist nach Münch entsprechend seiner voluntaristisch orientierten Theorie jedoch auch auf nationaler Ebene durchaus gegeben, wenn sich ein entsprechendes Wertmuster herausbildet (MÜNCH 96: 149, vgl. auch Kap. 3.5)

Grenzen der Egalität

Mit diesen empirisch fundierten Erklärungen für die Genese und die Chancen von Solidarität in der Moderne ist eine prinzipielle Voraussetzung für mehr Egalität begründet. Deren mögliche Ausprägung, deren Grenze kann aus diesen Erklärungen hingegen nicht abgeleitet werden. Mehr Egalität steht jedoch im Zielkonflikt mit ökonomischer Effizienz. Dies zeigt sich gerade anhand der Nachhaltigkeitsproblematik, die Verteilungsprobleme verschärft.

Münch konstatiert in seiner zeitdiagnostischen Analyse die Rückkehr der Verteilungskonflikte durch die erkennbaren Grenzen des Naturverbrauchs. Aus der daraus resultierenden Unmöglichkeit immerwährenden ökonomischen Wachstums ergibt sich der unangenehme Zwang zur Beendigung der Praxis der Pazifizierung von Verteilungskonflikten, der Domestizierung des Klassenkonfliktes durch die ständige Zugewinnsgesellschaft:

„Das Ende der alten nationalen Klassengesellschaft bringt uns nicht das Ende der Verteilungskonflikte. Sie lassen sich nicht mehr nach dem alten Muster der allgemeinen Anhebung des Lebensstandards ohne grundlegende Umverteilung lösen. Das knappe Gut „Umwelt“ ist nämlich nicht beliebig vermehrbar, sondern bleibt ein für allemal begrenzt“ (MÜNCH 96: 124).

Die entscheidende Frage sei die nach der Regulation der notwendigen Zugangsbeschränkungen. Möglich sei eine „Rückkehr zur Klassengesellschaft“ durch den preisregulierten Zugang zu Umweltnutzungen, eine egalitäre Gesellschaft durch die paritätische Verteilung von Berechtigungsscheinen für die Nutzung von Umwelt oder eine Neuauflage der „Versöhnung“ von Leistungs- und Sozialprinzip. Münch sieht in diesem Zusammenhang den klassischen Zielkonflikt von Egalität und individuellem Leistungsanreiz. Eine egalitäre Lösung passe nicht in das vorhandene Gesellschaftssystem, da es dem Leistungsprinzip zuwiderlaufe und den Markt untergrabe. Damit verweist er auf die bekannte Existenz einer Grenze der Generierung von gesamtgesellschaftlicher Solidarität in der Moderne. Überschreitet sie in ihren egalitären Wirkungen einen bestimmten Grad der Nivellierung materieller Ungleichheit, so sinkt die Motivation zur Eigenleistung. Dies ist nicht zuletzt durch die ungleich geringere ökonomische Effizienz in den materiell stark egalitär strukturierten Gesellschaften zu Zeiten der Sozialismusversuche in den osteuropäischen Ländern auch empirisch hinreichend belegt. Die Bestimmung des genaueren Verlaufs dieser Grenze hingegen ist ebenso kontrovers wie die normative Frage nach der Akzeptanz von Einbußen an Leistungsanreizen zugunsten von mehr Solidarität. Unabhängig davon ist festzuhalten, dass ökonomische Leistungssteigerung im Widerspruch sowohl zur Steigerung der partikularen Solidaritätsressource Kommunität als auch zur Zunahme universal-gesamtgesellschaftlicher Solidaritätspotentiale steht.

3.5 Massenkonsum als strukturell geförderter kultureller Ausdruck

Die Möglichkeit einer dominanten Entwicklung der Bedürfnisse hin zu mehr Suffizienz, d. h. einer genügsamen Lebensweise ist nach dem Ansatz einer unilinearen strukturfunktionalistischen Modernisierung unwahrscheinlich. Für Zapf etwa bildet Massenkonsum zusammen mit dem Wohlfahrtsstaat die evolutionäre Universalie Wohlfahrtsgesellschaft. Auch Wirtschaftswachstum, das er als ein Strukturmerkmal der die Moderne kennzeichnenden interdependenten Strukturveränderungen (ZAPF 94: 18) zählt, lässt sich nicht mit massenhafter Suffizienzorientierung verbinden.

Münch führt als letztendliche Ursache für den Trend des Massenkonsums entsprechend seiner voluntaristischen Theorieorientierung einen kulturell generierten „Kult materiellen Fortschritts“ an. Durchsetzen kann er sich in Verbindung mit Universalisierungsprozessen, die die Demokratisierung des Konsums, die Inanspruchnahme des Rechts auf nachholenden Konsum erst ermöglichen. Letzteres wird systematisch durch politische und ökonomische Konkurrenz gefördert. Hier finden sich bei Münch die zwei Komponenten der Begründung von Zapf für die notwendige Herausbildung des Wohlfahrtsstaates wieder: Wenn Ansprüche (Kult des Massenkonsums) auf Möglichkeiten treffen (politische und ökonomische Konsumförderung), werden diese eingelöst. Druck entspannt sich, sobald es möglich ist. Bei aller Wahrscheinlichkeit einer kontinuierlichen Fortsetzung der Konsumorientierung lässt der voluntaristische Ansatz hingegen prinzipiellen Raum für einen Paradigmenwechsel, ohne in Zielkonflikt mit der strukturfunktionalistischen Ausdifferenzierung moderner Gesellschaften zu geraten.

These: Eine massenhafte Konsumorientierung kann sich durchsetzen aufgrund einer Universalisierung von Rechten sowie politischen und ökonomischen Konkurrenzen.

Kulturell basierter Konsumismus

Münch weist der kulturellen Orientierung auf materiellen Fortschritt den ersten Rang in der Liste der „internen“, d.h. intranationalen Restriktionen für Umweltpolitik zu. Der „religiöse Kult“ verhindere die Akzeptanz einer weitergehenden Umweltpolitik, die mit Einbußen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit verbunden wäre und Konsumreduktionen zur Folge hätte. Münch konstatiert einen starken Einfluss der Priester der neuen Religion:

„Es ist ein religiöser Kult, der in den Konsumtempeln der modernen Erlebnisgesellschaft (Schulze 92) tagtäglich aufs Neue zelebriert wird und in der Bundesrepublik vom ökonomischen Sachverständigenrat „Fünf Weisen“, dem Kardinalsgremium der Fortschrittikirche, überwacht wird. Die Wirtschaftsexperten weisen die Gläubigen in den richtigen Umgang mit Arbeit, Geld und Freizeit ein. Das massenhafte Angebot an Ratgebern für die Konsumenten stellt das moderne Pendant zu den religiösen Kompendien der Puritaner dar. Auf dem Wege vom puritanischen Sparzwang zum modernen Konsumzwang haben wir nicht die Religion verloren (Weber 1920/1972: 202-206), sondern eine alte durch eine neue ersetzt. Diese neue Religion wurzelt nicht weniger in einem tiefen Glauben an den Fortschritt und wird nicht weniger durch Experten als Priester, durch Universitäten, Forschungseinrichtungen und Schulen als religiöse Gemeinschaften und durch Konsumtempel als Kultstätten getragen als die alten Religionen“ (MÜNCH 96: 152).

Mit dieser Schilderung wertet Münch den kulturellen Überbau als prägende Instanz individueller Orientierungen. Zapf verweist auf die Verkettung von Massenwohlstand und Individualisierungsentwicklung und konzipiert die Genese von Lebensstilen damit weniger hierarchisch. Deren Pluralisierung sei erst möglich auf der Basis von Massenwohlstand

(ZAPF 94: 95). Gleichzeitig bewirke diese Pluralisierung wieder neue „Nachfrageschübe und Konsumformen“. Er konstatiert hier also letztlich einen eigendynamischen sozialen Prozeß (MAYNTZ 88) mit den Stationen Massenkonsum, Individualisierung, Bedürfnisgenese, mehr Massenkonsum. Allerdings steht eine Pluralisierung der Stile keineswegs in prinzipiellem Widerspruch zu deren kulturell-konsumistischer Kolonisierung. Vielmehr greift distinktive Stilisierung und deren ökonomisch motivierte Förderung durch plurale Stilangebote der diversen Konsumpriester sehr gut ineinander.

Politische und ökonomische Förderung von Ansprüchen

Die Realisierung der - wie auch immer induzierten - individuellen Präferenzen auf Steigerung materiellen Konsums wird möglich durch die Tendenz der Universalisierung von Werten und Rechten. Das Dilemma besteht nach Münch in der Unterstützung der wachsenden Ansprüche durch eine Politik, die auf die „Steigerung von Leistungen und die Expansion von Rechten ausgerichtet ist, aber jetzt offensichtlich das Gegenteil tun müsste“. Der Grund dafür, dass die Politik nicht zur Suffizienz aufruft, liegt in einer Verschärfung der politischen Konkurrenz:

„Je mehr sich die Politik aufgrund des verschärften Wettbewerbs, der verringerten Stammwählerschaft von Parteien und des rational kalkulierenden Wahlverhaltens um die Bürger bemühen muß, und das ist in der Tat heute mehr der Fall als gestern, um so mehr muß sie den Eindruck erwecken, alles zu können, obwohl es immer schwieriger wird, dieses Versprechen in die Tat umzusetzen“ (MÜNCH 96: 134).

Dieses Problem lasse sich nicht durch mehr Bürgernähe lösen. Eine zum Wählerstimmengewinn instrumentalisierte Bürgernähe trage vielmehr zur Verstärkung der Effekte, der „Verstrickung der Politik in die Unehrlichkeit“, bei. Münch erklärt das Dilemma mit Hilfe der Funktion des Subsystems Politik in seiner Verkettung mit dem Subsystem Ökonomie. Die Politik muss eine Entscheidungsfindung leisten bei gleichzeitiger Offenheit für Ansprüche.

„Die letzte Ursache, aufgrund derer sich die moderne Politik in der Suche nach Konfliktlösungen durch Konfliktsteigerung paralyisiert, liegt in der Logik des demokratischen Entscheidungsverfahrens selbst. Es muß Entscheidungen bei maximaler Öffnung der Interessenartikulation herbeiführen. Dabei bleiben genug Interessen auf der Strecke, die in der Folge Anlaß zu neuen Konflikten geben“ (ebd.)⁸

Diese aus dem normativ gewollten sowie sich zwangsläufig herausbildenden Einfluss von Interessen resultierende Barriere lässt demnach einer Politik der Genügsamkeit keine Chance gegenüber der weiteren Förderung von Wachstum.

Münch identifiziert neben dieser Eigenlogik politischer Konkurrenz die globale ökonomische Konkurrenz als Motor für eine Politik der Förderung des Massenkonsums. Die Stärkung der globalen Wettbewerbsposition für die eigenen Unternehmen erfordere die Schaffung eines Binnenmarktes, der unter anderem die Voraussetzungen für den notwendigen massenhaften Absatz kapitalintensiver Produkte schaffe (S.144). Der heimische Konsum fungiert demnach als *eine* Voraussetzung globaler Konkurrenzfähigkeit. Münch formuliert einen reziproken Zusammenhang zwischen Wettbewerbs- und Umweltpolitik. Die Politik „kann Umweltpolitik nur in dem Maße betreiben, in dem sie die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie nicht gefährdet“.

Darin sieht er jedoch nicht einen Determinismus zugunsten dieser herrschenden Politik. Entsprechend seines voluntaristischen Paradigmas könnte - bei geänderter soziokultureller

⁸ Dass trotz dieses Dilemmas auch Münch zum offenen Entscheidungsverfahren moderner Politik keine Alternative sieht, soll hier, wo es um die Ursachen der modernen Entwicklung zum Massenkonsum geht, nur am Rande bemerkt werden.

Norm - die Politik Abstriche am ökonomisch erzielbaren Maximum, also an der Wettbewerbsfähigkeit zugunsten einer „weitergehenden Umweltpolitik“ (s.o.) zulassen. Eine dergestaltige „Kritik der ökonomischen Vernunft“ (GORZ) könnte also nach Münch die angeführten Restriktionen links liegen lassen und zu einem politischen Paradigmenwechsel in Form der politischen Unterstützung suffizienter Lebensstile führen.

3.6 Entbettung statt Regionalisierung

In vielen Nachhaltigkeitsvorstellungen stehen Zukünfte eines Umbaus der Raumstruktur in Richtung einer Renaissance der Regionalwirtschaft, hoch im Kurs. Damit ist nicht die Bündelung regionaler ökonomischer Potenz mit dem Ziel der Erlangung besserer Konkurrenzpositionen auf dem Weltmarkt gemeint, auch wenn es zu dieser Zielstellung partielle Interessenübereinstimmungen gibt. Der Wunsch nach ökonomischer Regionalisierung im hier verwendeten Sinn ist motiviert durch das naturwissenschaftlich abgeleitete Ziel einer Verkleinerung der Stoffkreisläufe, die vor allem für eine Verringerung von transportinduziertem Ressourcenverbrauch für notwendig gehalten werden. Dies bedeutet - und hier liegt der Dissens zum rein ökonomisch motivierten Konzept der Bündelung regionaler Wirtschaftskraft - eine Rücknahme weltmarktlicher Integration. Damit steht diese Wunschvorstellung in fundamentalem Gegensatz zum herrschenden Trend ökonomischer Globalisierung.

Nach der Theorie unilinearer strukturfunktionalistischer Modernisierung ist ökonomische Entgrenzung eine Folge der evolutionär universalen Herausbildung einer Geld- und Marktorganisation. Ökonomische Entgrenzung wird einerseits als Basis der Überwindung des Partikularismus betrachtet. Andererseits hat die Ablösung partikular orientierter kommunitärer Gemeinschaften ihrerseits ökonomische Universalisierung erst möglich gemacht. Daher sind die oben angeführten Begründungen für die Widrigkeit der Existenz von Kommunität in der Modernen (vgl. Kap. 3.3) gleichzeitig Begründungen für die Unwahrscheinlichkeit des Überlebens ökonomischer Begrenzung.

Ablösung örtlicher Gemeinschaftsstrukturen und ökonomische Entgrenzung

These: Entbettung, Marktausdehnung und soziale Mobilität werden gefördert durch die Genese universalistischer ökonomischer und politischer Normen und lassen eine Restrukturierung des Raumes in Richtung ökonomischer Reregionalisierung unwahrscheinlich werden.

Die Prozesse der Überwindung primär gemeinschaftlicher Lebenswelten und der räumlichen ökonomischen Entgrenzung verlaufen auf der Erscheinungsebene parallel. Die Frage nach der wesentlichen Triebkraft für diesen phänomenal synchronen Prozess lässt sich durch empirische Beschreibungen nicht beantworten. Bei den hier diskutierten Theoretikern strukturfunktionalistischer Modernisierung lassen sich unterschiedliche Akzente bei den Kausalitäten in den Erklärungsansätzen finden. Während Parsons die treibende Kraft eher in der durch Anpassungsimperative motivierten Entwicklung der Arbeitsteilung und des Marktsystems sieht, spricht Münch der Ausdehnung der Marktstruktur nicht die entscheidende Rolle zu.

In Übereinstimmung mit seiner voluntaristischen Theorieorientierung liegt der maßgebliche Antrieb für Münch in der Überwindung des kulturellen Partikularismus, in

der Entwicklung universalistischer Orientierungen. Erst die „Überwindung sippenförmiger, kastenförmiger, patriarchalischer und ständischer Partikularismen durch den Durchbruch zu neuen universalistischen Ordnungen, auf deren Basis alle anderen Aspekte der Modernität überhaupt erst aufblühen und überleben konnten“ (MÜNCH 84: 268), sei der entscheidende Unterschied zu anderen Kulturen bei der Herausbildung des okzidentalen Moderne: „Es ist nicht so sehr die Ausdehnung des Marktverkehrs und der Erwerbswirtschaft und [...], die den Okzident kennzeichnen, sondern die Ausbildung universalistischer ökonomischer und politischer Ordnungen, und nicht nur dies allein, sondern auch die Universalisierung der kulturellen und moralischen Ordnung“. Demnach entwickelt sich der Prozeß der ökonomischen Entgrenzung als Folge einer voluntaristischen Überwindung örtlich begrenzter kommunitärer Lebenszusammenhänge. So konstatiert er ein Auseinanderfallen von ethischer Gemeinschaft und Marktgemeinschaft als Folge der Entwicklung des Tauschverkehrs. An diesem Punkt besteht dann Stagnationsgefahr aufgrund der ungebremsten Eigengesetzlichkeiten des freien Tauschverkehrs. Nur eine „Universalisierung der ethischen Lebensgemeinschaft“ kann dann die selbstzerstörerischen Folgen ungebremsten Eigennutzes und Gewaltanwendung im ökonomischen Handeln so begrenzen, daß der marktförmige Tausch sich stabilisieren und ausdehnen kann. Münch sieht diesen Prozess als Bestandteil der historisch beobachtbaren Entwicklung hin zu stärkerer Interpenetration zwischen den gesellschaftlichen Systemen der Ökonomie und der gesellschaftlichen Gemeinschaft:

„Eine ganz besondere Bedeutung für eine stärkere gegenseitige Durchdringung von Marktordnung und ethischer Lebensordnung hatte im Okzident das Entstehen eines allgemeinen Bürgerstandes mit einem gemeinsamen Recht, eigener Gerichtsbarkeit und politischer Autonomie in der mittelalterlichen Stadt. Mitglied in der Stadtgemeinde wurde man durch freiwilligen Eintritt, nicht durch soziale Herkunft. Das gemeinsame Recht galt für alle Bürger in gleicher Weise. Eine weitere Verknüpfung mit dem ethischen Universalismus erhielt die Marktordnung durch den universalistischen Charakter der christlichen Vergemeinschaftung und schließlich durch die ökonomische Ethik des asketischen Protestantismus. In England hat diese Entwicklung ein über die ökonomische Ethik hinausgehendes nationales Ausmaß erreicht und wurde vor allem durch das Common Law, die Annäherung von Aristokratie und Bürgertum und den Konstitutionalismus getragen“ (MÜNCH 84: 271f).

Für die Frage nach dem Verhältnis von Gemeinschaft und ökonomischer Expansion ist festzuhalten, daß nach Münch die anfängliche Entwicklung der Erweiterung der Tauschgemeinschaft, der räumlichen Marktausdehnung zwar unabhängig vom Prozeß der Überwindung partikularer Gemeinschaften begründet ist, letzterer die räumliche Entgrenzung der Ökonomie jedoch erst entscheidend stabilisiert.

Auch Parsons betont die Abhängigkeit der ökonomischen Entwicklung von der Herausbildung der gesellschaftlichen Gemeinschaft. Die über die Bundesverfassung garantierte Bewegungsfreiheit der Produktionsfaktoren in den Vereinigten Staaten etwa habe „die starke Entwicklung der Arbeitsteilung und eines umfangreichen Marktsystems begünstigt“ (PARSONS 72(71): 117). Die Zurückdrängung partikularer Lebenszusammenhänge betrachtet er dann allerdings auch als Folge: „Örtlich orientierte und traditionsgebundene Wirtschaftsaktivitäten und die zugewiesenen Gemeinschaftsstrukturen, in die sie eingebettet waren, sind so [durch Arbeitsteilung und Marktsystem; U.S.] untergraben worden“. Letztlich verläuft der Prozess spiralförmig: Die Genese einer die Freiheit der Produktionsfaktoren garantierenden Verfassung selber ist erst auf der Basis einer Überwindung von örtlichen Gemeinschaften und der Herausbildung einer gesellschaftlichen Gemeinschaft möglich. Diese treibt die Ausweitung der ökonomischen Sphäre voran, was wiederum die Entwertung von örtlichen Gemeinschaften beschleunigt. Ob hier Henne oder Ei zuerst auftauchten, kann bei Parsons nicht herausgelesen werden. In jedem Fall räumt er der Ausdehnung der Marktstruktur als Ursache für die Entwicklung zur Modernen mehr Gewicht ein als Münch - ganz im Sinne

seines theoretischen Modells der Notwendigkeit von Anpassungssteigerungen. Die Steigerung der Arbeitsteilung, die Überführung von Eigenarbeit in das industrielle Fabrikssystem stabilisiert sich, weil diese Art der Organisation der Produktion anpassungsfähiger ist zur Erfüllung seiner Funktion, der Produktion (vgl. Kap 3.3).

Parsons beschreibt ebenso wie Münch die örtliche Wirtschaft als Charakteristikum der Frühmoderne. Zu den „zugewiesenen Institutionen der frühen modernen Gesellschaft“ zählt er die „Monarchie [...] den Adel; die Staatskirche; die örtlich beschränkte Wirtschaft mit geringer Arbeitsteilung; und eine ethnisch definierte gesellschaftliche Gemeinschaft oder ‘Nation’“ (S. 111).

Reduktion der Raumwiderstände durch technischen Fortschritt

Neben dem Prozess der Vergesellschaftung von Gemeinschaften wird die technische Produktivkraftentwicklung als Triebkraft ökonomischer Entgrenzung angeführt.

Auf den technischen Fortschritt als eine Ursache für die Entwicklung des Marktes verweist unter anderem Claessens. In seiner Analyse des Zusammenhangs von kapitalistischem Marktsystem und bürgerlichen Freiheitsrechten „Kapitalismus und demokratische Kultur“ sieht er zwar den entscheidenden Grund für die Herausbildung des kapitalistischen Marktsystems mit seinen grenzüberschreitenden Wirkungen in den ungleich größeren Möglichkeiten der Selbstverwirklichung, die das neue System den bürgerlichen Schichten bot: „Die wichtigste Antriebskraft zum ‘Ingangsetzen der Geschichte’ war die ausführlich dargestellte ‘Emanzipation’ des Stadtbürgertums aus den Fesseln der Vergangenheit“ (CLAESSENS 92: 135). Die Entwicklung des Stadtbürgertums wiederum basierte auf der ökonomischen Verflechtung mit anderen Städten und mit dem Land, die entscheidend von der technischen Entwicklung, der Entwicklung der „Produktivkräfte“, abhing. Claessens betont neben der rasanten Entwicklung von Produktionsmaschinen die Bedeutung der Transporttechnik für die Steigerung ökonomischer Entgrenzung:

„Die Städte untereinander hatten ein Netzwerk von Beziehungen entwickelt, das immer stärker durchpulst wurde. Da es sich bei diesen ‘Beziehungen’ fast immer um zu transportierende Güter und Menschen handelte, war die Dichte der Beziehungen abhängig von der Leistungsfähigkeit des Transportsystems“ (S. 126).

Eine Regionalisierung der Wirtschaft versucht genau diese durch die technische Entwicklung ermöglichte Verringerung von Raumwiderständen wieder - zumindest relativ - zurückzunehmen. Sie würde damit eine der entscheidenden Grundlagen der so beschriebenen Genese kapitalistischer Marktwirtschaft und der damit untrennbar verbundenen *Genese* bürgerlicher Demokratie zumindest partiell untergraben. Ob diese Feststellung, die sich auf den Prozess der *Herausbildung* bezieht, auch Hinweise auf die Möglichkeit der dauerhaften Fortexistenz von Kapitalismus und bürgerlichen Freiheitsrechten bei Reduktion des „Pulses“ ökonomischer Beziehungen geben kann, kann auf Basis dieser rekonstruktiven, nicht kausalen Analyse, jedoch nicht abgeleitet werden.

4 Reflexive Modernisierung

Nachdem im letzten Kapitel mit der strukturfunktionalistischen Erklärung eine Theorie einer einfachen, das heißt ungebrochenen strukturfunktionalistischen Modernisierung behandelt wurde, wird nun ein Ansatz einer gebrochenen Entwicklung der Modernen näher beleuchtet. Die Diagnose eines Bruches, einer Änderung der Wegrichtung in der Modernitätsentwicklung kann prinzipiell vielfältiger Natur sein. In der soziologischen Theoriedebatte haben Einschätzungen, die von einem Bruch hin zu einer „reflexiven Modernisierung“ ausgehen, im letzten Jahrzehnt größere Resonanz hinterlassen. Die Annahme einer reflexiv gebrochenen, „zweiten Moderne“ konkurriert mit der theoriegeschichtlich älteren Erklärung einer einfachen, unilinearen Modernisierung, wenn auch in vielerlei Hinsicht Übereinstimmung zwischen den beiden Theorierichtungen zu konstatieren ist. Die folgende Extraktion und Interpretation reflexiv-modernisierungstheoretischer Annahmen basiert im wesentlichen auf den Ausführungen von Ulrich Beck und Anthony Giddens, die den Begriff der reflexiven Moderne entscheidend geprägt haben.

Reflexivität

Nach Beck ist der Begriff der Reflexivität im Rahmen der Theorie der reflexiven Moderne im Sinne von Selbstbezüglichkeit oder auch Selbstkonfrontation zu verstehen. Reflexivität meint in diesem Kontext aber nicht Selbstbeobachtung. Als Selbstbeobachtung kann die selbstbezügliche Entwicklung deswegen nicht begriffen werden, weil es sich um einen weitgehend unbewußten Prozeß der Selbstkonfrontation der Moderne mit ihren eigenen Ansprüchen handelt (BECK 96). Die in diesem Sinne reflexive Phase läutet eine „zweite Moderne“ ein. Die erste oder auch „halbierte“ Moderne ist demnach durch lineare Modernisierung mit Entwicklungen wie etwa Industrialisierung, Technikoptimismus, Rationalitätssteigerung, Wahrheitsmonopol der Wissenschaft, Wohlfahrtsstaat oder parlamentarischer Mehrheitsdemokratie gekennzeichnet. Bis hierhin ist die Diagnose weitgehend synchron mit dem Ansatz einfacher unilinearer Modernisierung. Auf der Basis des Erfolgs dieser Entwicklungen werden diese selbst nun in der reflexiven Phase quasi durch die Hintertür mit der Emergenz endogener Nebenfolgen in Frage gestellt. Der Erfolg der naturbeherrschenden Technik etwa bringt die Nebenfolge ökologische Gefährdung hervor, die in der ersten Moderne erfolgreiche Rationalisierung der Tradition bewirkt mit der Infragestellung von Zweckrationalität oder Wissenschaftsautorität eine Rationalisierung der Rationalisierung.

Die Konzeption von Reflexivität als sich unbewusst vollziehende Selbstkonfrontation der Moderne bedeutet indes nicht die Abwesenheit bewusster Reflexivität. Ein gesellschaftlicher Reflexionsprozess kann gerade durch den unbewusst sich vollziehenden, automatisch laufenden Prozesses des Auftauchens der Nebenfolgen induziert werden.¹

¹ Bernhard Gill weist auf die Unterscheidung bei Beck zwischen *Reflexivität* als Selbstkonfrontation und gesellschaftlicher *Reflexion* als Bewusstmachung dieser Reflexivität und der durch sie entstehenden Konflikte hin. Beck konzipiere Reflexivität als notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung für Reflexion. (GILL 99: 183)

Giddens, der wie Beck die Moderne mit der begrifflichen Unterscheidung in „Frühmoderne“ und „Hochmoderne“ bzw. „Moderne“ in zwei Hälften teilt, spricht ebenfalls von Reflexivität als Kennzeichen der Hochmoderne bzw. der Moderne. Er gebraucht die Bezeichnung im Unterschied zu Beck allerdings im Sinne einer bewussten Selbstbezüglichkeit, die auf Selbstbeobachtung fußt:

„Die Reflexivität des Lebens in der modernen Gesellschaft besteht darin, daß soziale Praktiken ständig im Hinblick auf einlaufende Informationen über ebendiese Praktiken überprüft und verbessert werden, so daß ihr Charakter grundlegend verändert wird“ (GIDDENS 95(90): 54).

Zwar gebe es in allen Kulturen Veränderungen der Lebensweise, doch erst in der Modernen werde die Revision derart radikalisiert, dass sie alle Bereiche des Lebens erfasse. Charakteristikum der Moderne sei nicht nur das verstärkte Streben nach immer Neuem, sondern eine überall hinreichende Reflexivität, die Moderne werde sozusagen „soziologisch“. Diese Radikalisierung der Reflexion trennt die Moderne von ihrer frühen Phase, in der noch das Zusammenwirken von Tradition und Moderne entscheidend war. In diesem Sinne bescheinigt Giddens der Frühmodernen traditionellen Charakter. Die frühmodernen Zivilisationen, d.h. die vorkapitalistischen (Hoch)-Kulturen der Neuzeit waren gekennzeichnet durch staatliche Überwachung, autoritäre Wissenschaft, Geschlechtsspezifität und traditionsbasierte Identitätsreproduktion (GIDDENS 96(94)). Den Anfang vom Ende dieser Frühmoderne datiert Giddens auf die Entwicklung des Kapitalismus. Mit dessen Globalisierung ist die traditionale Phase der Moderne vollends abgeschlossen und die reflexive Phase etabliert. Die Globalisierung kann die traditionellen Handlungszusammenhänge ablösen aufgrund der Zerstörung lokaler Traditionen durch abstrakte Systeme.

Während so der Begriff der Reflexivität von Beck anders als von Giddens gebraucht wird, stimmen sie überein in der Diagnose der Zweiteilung der Modernen, die auf einer Radikalisierung basiert.² Als deren Folge bzw. deren wesentliche Elemente werden von beiden Autoren ähnliche Erscheinungen angeführt, auch wenn die Bezeichnungen mitunter differieren:

- Während Beck von Individualisierung spricht, betont Giddens das *disembedding* als eine Hauptursache für die volle Durchsetzung der Moderne.
- Beide führen die Globalisierung als Megatrend an, welcher bei Giddens als Prozess der Trennung von Raum und Zeit auch den zentralen theoretischen Platz einnimmt.
- Die Janusköpfigkeit der Moderne, die sich etwa in der gleichzeitigen Steigerung von Sicherheit und Unsicherheit manifestiert, beschreibt Beck mit der Rede von den Nebenfolgen, Giddens konstatiert „Ambivalenz“.
- Nicht zuletzt vereint beide ihre voluntaristische Diagnose der Herausbildung neuer Handlungsmöglichkeiten in der Moderne. Beck sieht das Zeitalter des Politischen angebrochen (BECK 93), für Giddens bildet sich mit der posttraditionalen Gesellschaft ein „neues Universum sozialen Handelns“ heraus (GIDDENS 96(94)).

Individualisierung und raum-zeitliche Entbettung werden zwar ebenso in Theorien einfacher Modernisierung als universelle Entwicklungsprozesse konzipiert. Die Theorie reflexiver Moderne betrachtet diese Trends aber als besonderes Ergebnis der Reflexivität, als wesentlichen Charakter erst der zweiten Moderne. Mit dieser die subjektiven Freiheiten

² In den folgenden Ausführungen wird der Begriff der Reflexivität immer im Sinne von Beck als unbewusster Vorgang der Selbstkonfrontation gebraucht. Bewusste Vorgänge werden als Reflexion bezeichnet.

und Handlungsmöglichkeiten betonenden Focussierung auf Individualisierung wird die funktionalistische Orientierung von Theorien harmonischer unilinearer Modernisierung kritisiert.

Gegen Krisentheorien wie etwa marxistische Ansätze wendet die Theorie reflexiver Modernisierung ein, dass die aktuellen Probleme aus dem Erfolg der Moderne und nicht aus ihren Krisen resultieren. Von postmodernen Ansätzen unterscheidet sie sich durch ihre Analyse einer sich gerade erst voll herausbildenden Moderne. Erst diese Vollendung bringe die Möglichkeiten des Handelns und des Politischen als Realisation eines Kernstücks bisher uneingelöster Verheißungen der Moderne zur Geltung. So sei etwa der Bruch mit einfacher Aufklärungsphilosophie im Zuge der „Radikalisierung der Revision“ oder der „Reflexion der Reflexion“ kein Zeichen der Postmoderne, sondern der Erfüllung der Moderne.

Die Anschlussfähigkeiten der einzelnen nicht-technischen Nachhaltigkeitsansätze sind vor dem Hintergrund der zentralen Annahmen des Theorieansatzes differenziert zu beurteilen. Politische *Partizipation* wird erschwert durch eine Abnahme lokaler Souveränität, die durch Prozesse der Entbettung, der Globalisierung und der Emergenz abstrakter Systeme begründet sind. Die Entbettungsprozesse sorgen für eine Diversifizierung von Lebenswelten und lassen damit ebenfalls die Chancen auf politische *Konsensualität* sinken (4.1). Gleichzeitig zeitigt der räumliche und soziale Entbettungsprozeß als Nebenfolge eine Radikalisierung der Reflexion, die als Basis einer partiellen Wiederaneignung abstrakter Systeme partizipationsfördernd ist. Sind daher die Chancen auf Partizipation zumindest ambivalent einzuschätzen, schwinden die Chancen auf Konsens durch die erhöhte bewusste Reflexion jedoch vollends (4.2). Die sozialen Ansätze sind bedingt anschlussfähig. Als Gegenspieler stellen sich jeweils Entbettungsprozesse heraus. Sie untergraben nicht nur direkt gemeinschaftliche Bezüge. Ebenso wirkt Individualisierung via Verschärfung sozialer Ungleichheit gegen Egalität, erschwert Globalisierung via Kolonisierung der Bedürfnisgenese Suffizienz. Die bewusste Reflexion sorgt hingegen jeweils für das Offenhalten gegenteiliger Optionen. Sie ist Basis für Empathie als Ressource solidarischen Handelns, zeitigt posttraditional legitimierte Gemeinschaftsbildungen und kann die Herrschaft konsumistischer Eigendynamiken offen legen und abbremmen (4.3). Keine Chancen hat der raum- und zeitstrukturelle Nachhaltigkeitsansatz einer ökonomischen Regionalisierung angesichts des die reflexive Moderne konstituierenden Prozesses der Entbettung (4.4).

4.1 Entbettung versus Partizipation

These: Prozesse der Entbettung, der Globalisierung und der Emergenz abstrakter Systeme schränken lokale Souveränität als gewichtigen Faktor politischer Partizipation ein.

Entbettung als Charakteristikum der reflexiven Moderne

Die Entwicklungen der Individualisierung und Globalisierung wertet Beck als „Nebenfolgen“, als sich in der reflexiven Moderne latent vollziehende Konsequenzen erfolgreicher erster Moderne. Die erfolgreiche Grundsteinlegung durch die erste Moderne besteht etwa in der Industrialisierung und der dadurch erreichten Wohlstandsentwicklung. Sie ermöglicht bzw. beschleunigt den Prozess der Entbettung, der Herauslösung aus vorgegebenen Sozialformen, der als Individualisierung beschrieben wird.

Individualisierung ist nicht gleichzusetzen mit Vereinzelung. Individualisierung meint einen Wandel sozialer Einbindung: Die Herauslösung aus traditionellen und die Reintegration in neue Vergesellschaftungsformen, die durch Medien wie Markt, Geld, Recht, Mobilität oder Bildung (BECK 86: 210) vollzogen wird. Durch die Wirksamkeit dieser Medien, mit deren Herausbildung auch eine Ursache des Wandels benannt ist, werden die Menschen aus alten sozialen, ökonomischen und kulturellen Bindungen, aus Schichten, Klassen, Familien, Dorfgemeinschaften befreit.

Die Reintegration vollzieht sich ohne eine Einbettung in eine neue soziale Bezugseinheit. Vielmehr geraten die Individuen durch die Individualisierungsmedien in eine Institutionenabhängigkeit. Die Abhängigkeit von der traditionellen Versorgungsstruktur transformiert sich in eine Abhängigkeit etwa von Regelungen im Bildungssystem, im System sozialer Sicherheit und im Berufssystem. Beck bezeichnet diesen Prozeß als „Standardisierung von Existenzformen“ und spricht von einer „institutionenabhängigen Kontrollstruktur von Individuallagen“ (BECK 86: 213). Individualisierung gehe demnach einher mit einer Vereinzelung *und* Standardisierung von Existenzformen.

Giddens beschreibt den gleichen Vorgang mit *disembedding* und *reembedding*. Die Entbettung sowie die Institutionenabhängigkeit bei der Wiedereinbettung wird geleistet durch die Emergenz „abstrakter Systeme“. Damit sind einerseits *symbolische Zeichen* wie die Austauschmedien Geld oder Legitimität gemeint, andererseits technische Leistungsfähigkeit oder professionelle Sachkenntnisse liefernde *Expertensysteme* wie etwa die normierte Berechnung der Standsicherheit von Bauwerken oder die Medizin. Die gesichtsunabhängig wirkenden symbolischen Zeichen und Expertensysteme fungieren als Entbettungsmechanismen, weil sie eine Raum-Zeit-unabhängige Umstrukturierung leisten. Sie dienen dazu, „soziale Beziehungen von den unmittelbaren Gegebenheiten ihres Kontextes zu lösen“. Sie „unterstellen und begünstigen die Trennung von Raum und Zeit als Bedingung der von ihnen geförderten raumzeitlichen Abstandsvergrößerung“ (GIDDENS 95(90): 42). Die „Trennung von Raum und Zeit“, also die Entlokalisierung bzw. die Globalisierung ist demnach Ursache und Folge von *disembedding* und *reembedding*. Dieser Zirkel zwischen Globalisierung und Individualisierung bzw. diese Beschreibung eines eigendynamischen sozialen Prozesses mit den Stationen geographische und soziale Mobilität findet sich auch bei Beck.

Die auf Entbettung folgende Globalisierung ist so mehr als die imperiale Ausdehnung eines eher zufällig sich durchsetzenden Westens, sondern ergibt sich aus dem inneren Wesen, als „Konsequenz der Moderne“ (GIDDENS 90(95)) und Charakteristikum ihrer reflexiven Phase.

Begrenzte Partizipation

Mit der Globalisierung und der Herausbildung abstrakter Expertensysteme ist politische Partizipation, die von einer direkten Gestaltungsmöglichkeit überschaubarer Zusammenhänge lebt, erheblich eingeschränkt. Die Möglichkeiten unmittelbarer Partizipation sinken, da durch die „Intensivierung weltweiter sozialer Beziehungen“ Vorgänge in entfernten Orten entscheidenden Einfluß aufeinander gewinnen, die lokale Autonomie ist globalem Druck ausgesetzt. Giddens konstatiert dementsprechend, dass die für den Raum „konstitutiven Strukturen“ nicht mehr lokal organisiert werden (GIDDENS 95(90):137). Fraglich ist, welche Reichweite eine so ermöglichte Raum-Zeit-unabhängige Umstrukturierung sozialer Interaktion Formen direkter politischer Partizipation jenseits repräsentativer Strukturen lässt.

Giddens betont zwar, Politik sei lokal und global möglich. Den Expertensystemen wird durch Wiederaneignung von Wissen ein Teil ihrer in der Moderne gewonnenen Macht

wieder abgetrotzt (vgl. 4.2). An welchen Konfliktlinien hingegen die partizipativen Sektoren lokale Politik und beteiligungsmotivierte Wiederaneignung von Expertenwissen in den Radius der Einflussphären globaler Macht- und Wissensstrukturen stoßen, vermag Giddens nicht zu sagen. Festzuhalten bleibt, das mit dem von Giddens als elementar begründeten Prozeß der Herausbildung abstrakter Systeme globaler Reichweite einer direkten Partizipation Grenzen gezogen sind.

4.2 Partizipation und Reflexion als Dissensmaschine

Mit dem Entbettungsvorgang und der Herausbildung von unpersönlichen Expertensystemen schwinden einerseits die Partizipationsmöglichkeiten. Die Reflexivität der „zweiten“ Moderne, die Selbstkonfrontation mit den Folgen dieser Entwicklung, sorgt andererseits jedoch auch für eine gegenläufige Tendenz der bewussten Wiederaneignung.

These: Der räumliche und soziale Entbettungsprozess zeitigt als Nebenfolge eine Radikalisierung der Reflexion, die als Basis einer partiellen Wiederaneignung abstrakter Systeme partizipationsfördernd ist. Dies erhöht jedoch die Wahrscheinlichkeit von Dissensen.

Die Wiederaneignungstendenz leitet sich für Beck aus dem Zerfall alter Selbstverständlichkeiten der Industriemoderne ab, durch die das Handeln der Individuen „ins Zentrum“ (BECK 93) rückt. Die reflexive Moderne ist im Unterschied zur ersten industriegesellschaftlichen Moderne eine „politische Moderne“. Der politische Charakter ergibt sich aus der Entwicklung zur ubiquitären Infragestellung, zur Kultur des systematischen Zweifels, zur *bewußten* Reflexion.³ Sie sorgt für die Unwahrscheinlichkeit konsensualer Ergebnisse dieser Partizipationstendenz.

4.2.1 Partizipative Reflexion als Bestandteil reflexiver Moderne

Partizipation durch Subpolitik

Die Wiederentdeckung des Politischen äußert sich zum einen in der Entwicklung von Subpolitik. Damit ist Gesellschaftsgestaltung von „unten“ gemeint, im Unterschied zur Politik in staatlichen Institutionen. Für den Einfluß von Subpolitik führt Beck empirische zivilgesellschaftliche Prozesse an wie Wirken und Wirkung von sozialen Bewegungen, aber auch etwa nonkonforme Richtersprüche mit prägender, manchmal „explosiver“ Wirkung auf staatliche, große Politik. Subpolitik wird möglich durch eine partizipative Wende, durch eine „Entmonopolisierung des Sachverstands“, eine „Informalisierung der Zuständigkeit“, eine „Öffnung der Entscheidungsstruktur“, die „Herstellung partieller Öffentlichkeiten“ sowie „Selbstgesetzgebung und Selbstverpflichtung“ (BECK 93: 190).

Auch Makrostrukturen werden im Zuge der Reflexion unsicher und „zum Gegenstand sozialer Aushandlungs- und Veränderungsprozesse“. Die Gestaltungskraft reicht bis zur Architektur von sozialen Systemen: „Während einfache Modernisierung funktionale

³ Nach der Diktion von Beck nicht zu verwechseln mit Reflexivität als unbewusstem Prozess (s.o.).

Differenzierung post hoc und 'naturwüchsig' denkt, denkt reflexive Modernisierung funktionale Differenzierung im Sinne eines inhaltlichen 'Schneidungsprozesses', in dem die Grenzen zwischen Teilsystemen auch anders gezogen oder überlappend, verzahnt, kooperativ angelegt werden können" (S. 189). Die unterstellte Subjektunabhängigkeit sozialer Systeme sei abhängig vom Subjekt, basiere auf dem „Einverständnis der Individuen in diese Verselbständigung“ (BECK 91). Mit der reflexiven Phase gehe eine Renaissance des Politischen einher, „Politik bestimmt - eröffnet, ermächtigt - Politik“ (BECK 93). Die reflexive Demokratie sei durch eine umfassende „Demokratisierung der Demokratie“ (BECK 96) gekennzeichnet, die die bisher demokratiefreien Zonen, etwa in Familie und Wirtschaft, in Frage stelle.

Analog zur Beckschen Analyse der Wiederaneignung von Politik durch Subpolitik sowie von Wissenschaft durch Alternativexperten sieht Giddens ebenfalls eine Wiederaneignung von Expertenwissen, etwa durch Engagement in sozialen Bewegungen oder als aufgeklärter Klient (GIDDENS 95(90):180). Er begreift diese Tendenz komplementär zur Modernetendenz der Herausbildung entpersönlichter, abstrakter Systeme. Bei Giddens existiert das gleiche Nebeneinander von zentralisierter Struktur der ersten Moderne und partizipativer Gegenteilstendenz, wie es Beck etwa auf dem Feld der politischen Entscheidungsfindung mit der Koexistenz von staatlichen Politikinstitutionen und Subpolitik beschreibt.

Giddens führt als Ursache für die partizipative Wiederaneignungsbewegung analog zu Beck eine ubiquitäre Reflexivität der sich vollendenden Moderne an. Das ambivalente Nebeneinander von erster und zweiter Moderne bzw. unvollendeter und vollendeter Moderne führt er - und hier akzentuiert er anders als Beck eine tiefere Ursache - auf eine „Dialektik von Raum und Zeit“ zurück. Verantwortlich für die Widersprüchlichkeit sei die raumzeitliche Anlage von Institutionen. Damit meint er die spezifische Kopplung von Nähe und Ferne, Entbettung und Rückbettung, wie sie sich im Rahmen der Globalisierung aktuell darstelle und dialektisch fortentwickle.

Reflexion als Neuerfindung des Politischen

Die alten staatlich-politischen Institutionen der ersten Moderne wie Parlament, Parteien und intermediäre Interessenvertretungen wie Gewerkschaften oder Industrieverbände können dieser Entwicklung nicht mehr gerecht werden. Aus deren Krise dürfe aber nach Beck nicht auf eine allgemeine Krise des Politischen geschlossen werden. Wie in früheren Umbruchphasen auch muss und kann das Politische jedoch umgestaltet werden:

„Politik, politische Institutionen sind niemals irgendwo abgelesen, abgelauscht, aus unwandelbaren Naturgesetzen abgeleitet, sondern immer erfunden worden. Politik und Kunst, aber auch Technik tragen diese Siegel der Selbstschöpfung. Die Geschichte des Politischen ist in diesem Sinne eine Geschichte der Erfindung des Politischen - von der griechischen Demokratie und Staatskunst, über die Machtlehre Machiavellis, die Staatstheorien eines Hobbes und Max Weber, bis hin zur Provokation der Frauenbewegung 'das Private ist das Politische' und der ökologischen Leer- und Lernformel vom 'ökologischen Umbau der Industriegesellschaft'“ (BECK 93: 19).

Beck begreift die Steigerung der Optionen des Individuums, die Demokratisierung und die Renaissance des Handelns als Kernelement reflexiver Modernisierung, wenn auch das Ergebnis dieser offenen Gesellschaft, die Art und die Tatsache der Inanspruchnahme der Möglichkeiten nicht prognostiziert werden könne:

„Im Zuge reflexiver Modernisierung verlieren die Institutionen der Industriegesellschaft ihre historischen Grundlagen, werden widersprüchlich, konfliktuell, individuumabhängig, erweisen sich als zustimmungsbedürftig, auslegungsbedürftig, offen für interne Koalitionen und soziale Bewegungen. [...] Aber all das bleibt politisch mehrdeutig. Dient nicht etwa nur dem ökologischen Gegenhandeln, sondern auch

dem Handeln dagegen. Was daraus entsteht, was daraus gemacht wird, bleibt offen, muß offen bleiben, wenn die Theorie nicht in Widerspruch zu sich selbst geraten will“ (BECK 91:50).

Der voluntaristische Charakter der reflexiven Moderne bzw. der „posttraditionalen Gesellschaft“ findet sich ebenso bei Giddens, der von einem „neuen Universum sozialen Handelns“ ausgeht. Politische Partizipation bzw. „neue Formen demokratischer Beteiligung“ erwartet Giddens allerdings erst in einer späteren Phase, die er mit einem Begriff der Postmoderne belegt, deren Gehalt sich jedoch stark vom hegemonialen Sprachgebrauch abhebt. Entgegen den herkömmlichen „Aporien der Ideologie der Postmoderne“ (GIDDENS 96(94)) begreift Giddens Postmoderne als anschlussfähige, konkrete Utopie mit den Elementen eines ökonomischen „Nachknappheitssystems“, „Entmilitarisierung“ und „Humanisierung der Technik“ und eben „vielschichtiger demokratischer Beteiligung“ (GIDDENS 95(90): 202). Die Emergenz „vielschichtigerer oder „neuer“ Formen demokratischer Beteiligung begründet er aus der Entsouveränisierung des Nationalstaates durch die Globalisierung heraus:

„Da sich die Stellung der Nationalstaaten im Rahmen der globalen Ordnung ändert, während sich auf der Ebene darunter neue Formen lokaler Organisation und auf der Ebene darüber andersartige Formen internationaler Organisation ausbreiten, kann man vernünftigerweise damit rechnen, daß neue Formen demokratischer Beteiligung nach und nach immer zahlreicher zum Vorschein kommen. Diese können in der Gestalt auftreten, daß Forderungen nach demokratischer Mitbestimmung am Arbeitsplatz, in lokalen Verbänden, in Medienorganisationen und in verschiedenen transnationalen Gruppierungen gestellt werden.“

Wenn von der „Vernunft“ als Garant der Entwicklung hier einmal abgesehen wird, führt Giddens die Globalisierung via Entmachtung der Nationalstaaten als Ursache der partizipativen Tendenz an.

Grenzen der Partizipation als Grenzen der politischen Steuerung

Angeichts dieser „Demokratisierung der Demokratie“ sieht Beck die Partizipationschancen wachsen, wenn er auch vor der Illusion eines allzugroßen Einflusses der Akteure von unten, einer Genesis omnipotenter Basisdemokratie warnt:

„Im Zuge der Subpolitisierung wachsen die Mitsprache- und Mitgestaltungschancen bislang überhaupt nicht am inhaltlichen Technisierungs- und Industrialisierungsprozeß beteiligter Gruppen: Bürger, Öffentlichkeit, soziale Bewegungen, Expertengruppen, Berufstätige vor Ort, sogar die Möglichkeiten zivilcouragierter einzelner, in Nervenzentren der Entwicklung „Berge zu versetzen. [...] Subpolitisierung heißt dann also: Abnahme zentralistischer Steuerungshebelpolitik, Versanden bisher reibungsloser Abläufe in der Widerständigkeit kontroverser Vorhaben, [...]. Das vollzieht sich nicht nur in der Konfrontation von Institutionen und Bürgergruppen, sondern auch im Gegeneinander von nationaler und kommunaler Politik, von grünmotivierter Verwaltung und altem Industriemanagement etc. Am Ende setzt sich niemand durch, die Gegenmacht ebensowenig wie die Macht, wobei diese Begriffe tatsächlich so relativ werden, wie sie gedacht werden müssen.“ (BECK 93: 168).

Politische Steuerung in der reflexiven Moderne wird nicht nur auf Grund der Pattsituationen zwischen partizipativen Ansprüchen und institutionalisierter Politik immer schwieriger. Der Kontrollverlust drückt sich ebenso durch die Störung bisher eindeutiger Institutionenaufgaben durch das stark steigende Gewicht unberechenbarer Subjektivität aus:

„Die Aufgaben der Institutionen werden mehrdeutig, zwielichtig, nicht selten durch die Gegenaufgabe angereichert, wodurch Profil und Gefüge nicht nur verschwimmen, sondern auch handlungs- und individuumabhängig werden“ (BECK 91:49).

Die Aushöhlung der Institutionen ist dem basalen Trend der Individualisierung geschuldet. Er verändert die politischen Institutionen in Richtung Widersprüchlichkeit:

„Diese Art von Individualisierung bleibt nicht privat, sie wird in einem bestimmten Sinne politisch: Die individualisierten Individuen, die Bastler ihrer selbst und ihrer Welt, sind nicht mehr die ‘Rollenträger’ der

einfachen Industriegesellschaft, die der Funktionalismus unterstellt. Vielmehr ist es umgekehrt so: Die Institutionen werden in ihrer Programmatik, in ihren Grundlagen unwirklich, widerspruchsvoll und daher individuumabhängig [...]. Auf der einen Seite entsteht eine Aktionsleere der politischen Institutionen, auf der anderen Seite eine institutionenlose Renaissance des Politischen: Die Individuen kehren in die Gesellschaft zurück (BECK 93: 154).

Der Prozeß des wachsenden Einflusses von Subjektivität verläuft nicht intendiert, sondern als latente Nebenfolge der ersten Moderne:

„Strukturen zerstören Strukturen und räumen so Subjektivität und Handlungen Entfaltungsmöglichkeiten ein [...]. Hinter dem Rücken der Menschen, also ganz unabhängig davon, ob diese dies sehen, wollen oder nicht, öffnet sich das entscheidungsverschlossene Zentrum der industriellen Modernisierung in die Entscheidung, Auseinandersetzung, Kritik hinein. Das kann Blockade heißen, Untergang. Und: die Erfindung des Politischen“ (S. 63).

Neben dieser *konkreten* Nebenfolge unberechenbaren Subjekteinflusses ist die Herrschaft unbeabsichtigter Nebenfolgen, das allgemeine Zeichen der reflexiven Moderne, per se schon Ausweis der Unmöglichkeit politischer Planung und Steuerung:

„Reflexive Modernisierung soll heißen: eine Veränderung der Industriegesellschaft, die sich im Zuge normaler, verselbständigter Modernisierungen ungeplant und schleichend vollzieht [...]“ (BECK 93:67).

Die sich unbemerkt vollziehende Zerstörung der alten Institutionen hat demnach janusköpfigen Charakter: Einerseits wird politische Planung blockiert durch die subjektivitätsbasierte Macht des Zweifels der Individuen. Andererseits wird erst durch die Auseinandersetzung, also die *bewußte* Reflexion schöpferische Gestaltung und damit subjektbasierte planende Politik möglich, „wird das Politische erfunden“, „kehren die Individuen in die Gesellschaft zurück“.

Mit der Proklamation der Möglichkeit von Partizipation sieht Beck deren Grenzen also in der Wirkung des eigenen Geburtshelfers, der reduzierten staatlichen Steuerungsfähigkeit. Eine weitere Grenze der Mitwirkung ist mit dem Hinweis auf nicht konsensual aufzulösende Konflikte - von Beck werden hier beispielhaft divergierende Interessen von konkurrierenden Wirtschaftsregionen oder industriepolitische Grundauffassungen angeführt - angedeutet, die die Durchsetzungsmöglichkeiten partizipierender Akteure gegenüber organisierten Interessen verschiedenster Natur generell prekär gestalten. Die Diskursivität der reflexiven Moderne bürge für dauerhafte Pattkonstellationen:

„Reflexive Modernisierung wird auf diese Weise zur diskursiven Modernisierung [...]. Die Politisierung, die ökologische und technische Gefahren in die Industrie hineinträgt, hat zwei Seiten: Zum einen wird industriell-betriebliches Handeln öffentlichkeitsabhängig und diskursiv, zum anderen wachsen die Einflußchancen externer Gruppen, damit aber auch der Verwaltung und die der parlamentarisch-staatlichen Politik.“ (BECK 93:200)

Beck konstatiert eine zunehmende Akzeptanz dieser Uneindeutigkeit, die das vorherrschende Bewußtsein von der sicheren Problemlösung in der ersten Modernephase ablöst. Erst in der reflexiven Phase

„brechen die alten Dämme der Ordnung, und die irreduzierbaren Ambivalenzen der Risikozivilisation treten offen hervor. So gibt es immer weniger soziale Milieus (und Rollenmuster), die bindende Ordnungen stiften und Sicherheitsfiktionen abstützen. Mit dieser Krise der industriegesellschaftlichen Selbstsicherheit tun sich Handlungsmöglichkeiten und -zwänge auf, zwischen denen es permanent und ohne Anspruch auf definitive Lösungen zu entscheiden gilt - eine Anforderung, durch die Leben und Handeln in Ungewißheit zu einer Art Basiserfahrung wird.“ (BECK 93:53)

Diese Akzeptanz von Ambivalenz sei ein Wesenszug der „reflexiven Modernisierer“, während die „linearen“ Modernisierer weiterhin mit reiner Ordnungspolitik die eindimensionale Lesart okzidentaler Rationalisierung verfolgen würden. Die Basis dieser normativen Anerkennung von Uneindeutigkeit ist wesentlich der

Individualisierungsprozeß. Er beschert den Individuen biographisch die Erfahrung multipler Optionen, die Uneindeutigkeiten als Normalzustand erscheinen läßt.

4.2.2 Reflexivität und Reflexion als Dissensmaschine

Einerseits hält Beck die schöpferische Gestaltung „neuer Formen der Konsensbildung“ zwischen Industrie, Politik, Wissenschaft und Bevölkerung für möglich“. Verhandlungsforen mit diesen Qualitäten seien zwar keine Konsensgaranten, da sie keine Konflikte eliminieren könnten. Ihre Leistung bestehe jedoch in der Erhöhung der Symmetrie der Zuweisung „unvermeidbarer Opfer“ sowie der „Einübung von Ambivalenzen“.

Die vermehrte Partizipativität in der reflexiven Moderne wird jedoch wesentlich keine konsensuale sein. Die Radikalisierung der Reflexion bürgt eher für Dissens als Konsens. Der Prozess der individualisierenden Entbettung führt zur Abnahme des Gewichts übereinstimmender und damit konsenserleichternder Lebenswelten. Beck führt eine Reihe von zu erwartenden Konflikten in der reflexiven Phase der Moderne an. Zu ihnen gehören sowohl eher ideologisch-ethische Auseinandersetzungen wie der „Kampf der zwei Modernen“ oder die „Diskurse der Risiko-Moderne“ um die Polaritäten Sicher-Unsicher, Politisch-Unpolitisch und Innen-Außen als auch eher hardware-motivierte Interessenkonflikte um Ressourcen, da die ökologische Frage die soziale Frage verschärfe und neue Konflikte im Rahmen des ökonomischen Strukturwandels induziere. Auch die auf den ersten Blick einigende und damit konfliktberuhigende Wirkung der drohenden äußeren Gefahr der ökologischen Katastrophe werde keine pazifizierende Wirkung entfalten, da in der reflexiven Phase der Moderne die Rezeption dieser Gefahr zu divergierenden Antworten, zu Kämpfen zwischen Gegenmoderne und Moderne führe.

Definitivischer Dissens

Sowohl Beck als auch Giddens gehen von einem überragenden Einfluss der „Macht des Zweifels“ in der reflexiven Moderne aus. Giddens denkt reflexive Moderne direkt im Sinne einer Radikalisierung der Reflexion, des Zweifels. Aber auch Beck, der Reflexivität als unbewussten Vorgang konzipiert, bescheinigt der reflexiven Moderne eine Kultur des Zweifels: „Das politische Programm der radikalisierten Moderne ist der Skeptizismus!“ (BECK 93). Die Folge der systematischen Reflexion und der Anhäufung von Wissen, der Gewißheitsansprüche der ersten Moderne, ist scheinbar paradoxerweise jedoch nicht eine Zunahme von Gewißheit:

„Auf diese Weise geht ein Ideal zu Bruch: Experten können - so wird allgemein vermutet - Meinungsverschiedenheiten mit den Mitteln ihrer Methodik und ihrer wissenschaftlich-technischen Normen lösen. Wenn man nur lange genug forscht, schweigen die Gegenargumente, herrschen Eindeutigkeit und Einigkeit. Das genaue Gegenteil könnte eintreten: Forschung, die weiter-, diffiziler fragt, alle Einwände aufgreift, sich zu eigen macht, diese Art reflexiver Forschung löst ihre Eindeutigkeits- und Monopolansprüche auf und erhöht beides zugleich: Begründungsabhängigkeit und Unsicherheit aller Argumente.“ (BECK 93: 244)

Dementsprechend prognostiziert Beck ganz im Widerspruch zur Technokratiethese (SCHELSKY 61) oder dem Horrorszenario einer technischen Totalität (MARCUSE 64) die Genese von Glaubenskriegen über technische Alternativen der Naturgestaltung, die „nicht mehr - wie ihre religiösen Vorfahren im ausgehenden Mittelalter - staatlich neutralisiert“ werden können.

Die Expertenspaltung leitet Beck einmal allgemein aus dem Übergang von einfacher zu reflexiver Verwissenschaftlichung ab, also als direkte Folge der Radikalisierung der Reflexion in der reflexiven Moderne. Für Beck gehört Konsens zur linearen Wissenstheorie der ersten Moderne, die sich von der nicht-linearen Wissenstheorie der reflexiven Moderne unterscheidet:

„[...] dort geschlossene, hier offene, dort konsensuelle, hier dissensuelle Akteursnetze, Fragestellungen, Methoden, leitende Hypothesen, Szenarien, Risiko-, Gefahren-Einschätzungen und - Bewertungen“ (BECK 96b: 307).

Des weiteren wertet er das Auftauchen von bestimmten *inhaltlichen* Fragestellungen, namentlich der ökologischen Gefährdung oder der feministischen Kritik als Geburtshelfer für die Expertenspaltung.

Während Beck eher die Emergenz der Nebenfolgen für die Entwicklung zur Reflexivität verantwortlich zeichnet, verweist Giddens auf die Universalität bzw. die Globalisierung der westlichen Moderne. Sie zwingt diese Moderne, zu „sich selbst zu kommen“: „Ihre Regeln und sozialen Formen bilden nicht länger die ungeprüft übernommenen Grundlagen der westlichen Hegemonie über andere Kulturen, sondern sind der Kritik ausgesetzt“ (GIDDENS 96(94): 114).

Konfliktlinien

Nachdem so die sich aus der reflexiven Struktur als solcher sich ergebenden Gründe für die Wahrscheinlichkeit definitorischen Dissenses benannt sind, sollen nun die zu erwartenden Konfliktgegenstände dargelegt werden. Diese sieht Beck eher in der soft- als in der hardware. Zwar spricht er gelegentlich von einer Verschärfung der sozialen Frage, die sich aus der Individualisierung oder aufgrund der ökologischen Problematik der Grenzen des Wachstums begründet. Auch erwartet er Auseinandersetzungen anlässlich des ökologischen Strukturwandels.

Der Focus seiner Analyse liegt aber in den ideologischen Differenzen, den „Diskursen der Risiko-Moderne“. Deren „Konfliktkoordinaten“ ortet er in den drei Dichotomien sicher-unsicher, innen-außen, politisch-unpolitisch, die den Rechts-Links-Gegensatz der einfachen Moderne ablösen. Es gehe um die drei „Gretchenfragen“: „Wie hältst du es erstens mit der Ungewißheit, zweitens den Fremden, drittens der Gestaltbarkeit von Gesellschaft?“ (BECK 93:231). Die Entwicklung unterschiedlicher kulturell leitender Sicherheitsvorstellungen ergibt sich aus der sozialen Konstruktion von Gefahren und Risiken, aus denen sich unterschiedliche Sicherheitsnormen ableiten. Kulturelle Wertvorstellungen leiteten die Definitionen darüber, „welche Unsicherheiten und Lebensbedrohungen als normal und ignorabel“ gelten und welche unakzeptabel seien. Auseinandersetzungen um innen-außen entstehen als Reflex auf die Entgrenzung von Gefahren. Diffuse, also weniger eingrenzbbare Bedrohungen wie fundamentalistische Strömungen, kriegerische Auseinandersetzungen in der Nachbarschaft oder prekärer werdende Atomwaffenkontrolle löse in den „Sicherheitsoasen des Westens einen Schrei nach Grenzen und Mauern aus“ (BECK 93:88). Die Kontroverse um die Pole politisch-unpolitisch speist sich aus unterschiedlichen Auffassungen über die Möglichkeiten der Politik. Hier werden nach Beck die Fatalisten aller Couleur, die sich auch in den Hauptströmungen der Soziologie mit ihrer Focussierung auf die Zwänge von Kapital, System oder Technik spiegelten, in Widerspruch geraten zu den Ansprüchen auf Veränderungen. Die beschriebenen Dichotomien interpretiert Beck als ideologischen Kampf zweier Modernen. Zur einfachen, ersten, industriegesellschaftlichen Moderne gehören die Auffassungen einer herstellbaren Sicherheit, die Erwartung einer erfolgreichen Verteidigung von Grenzen und die Aporien hinsichtlich der Möglichkeiten politischer

Gestaltung. Die reflexive, zweite Moderne beherbergt dagegen die Anerkennung der Unsicherheit, die Akzeptanz der Grenzenlosigkeit und die Nutzung von Handlungsmöglichkeiten.

Die Unmöglichkeit partizipativer Konsensualität jenseits kleiner Kollektive als Folge der Unsicherheit betont auch Bernhard Gill. Bezogen auf die Behandlung von Umweltproblematiken unterscheidet er drei Stufen der Entwicklung der reflexiven Moderne. In der ersten werden nähräumliche Schädigungen sichtbar und berücksichtigt, in der zweiten definierte Fernfolgen und in der zeitgenössischen, dritten Phase vollzieht sich eine Thematisierung des Problems der Ungewissheit (GILL 99). Die Probleme des Umgangs mit unsicherem Wissen wären nach Gill prinzipiell durch Verfahrenskonsense zu lösen. Deren „deliberative Qualität“ im Hinblick auf Herrschaftsfreiheit und Sachangemessenheit sinke aber mit der Teilnehmerzahl. In der dritten, durch die Reflexion der Unsicherheit gekennzeichneten Phase reflexiver Moderne verhindern vielmehr „kulturell und vom sozio-ökonomischen Entwicklungsstand abhängige Divergenzen der Risikobewertung“ sowie die „Disparitäten wahrgenommener Interessen“ globale Konsense. Eine Ausnahme sei das Montreal-Protokoll zum FCKW-Ausstieg. Hier waren technische Alternativen ökonomisch machbar und Interessen konnten „homogenisiert“ werden. So konnte „verbleibende Ungewissheit durch politische Entschließung in praktische Gewissheit überführt werden“ (GILL 99: 193). Diese Konstellation besteht allerdings nur selten. Gut wahrzunehmen ist dies bei den Verhandlungen über die CO₂-Reduktion. Hier dominierten partikulare Interessen trotz einer Weltöffentlichkeit als „moralischem Forum“. Diese partizipativen Konsens verunmöglichenden Bedingungen sind der Normalfall der vollendeten reflexiven Moderne mit seinem Dissens bei der Bewertung von Risiken.

Scheinbarer Konsens durch äußere Bedrohung

Auch der Problemdruck der ökologischen Krise beschert nach Beck keinen Konsens. Die Wahrnehmung dieser äußeren Gefährdung berge zwar ein Einigungspotential in sich. In der ersten Moderne taugten Verteidigungskonsense und Feindbilder als Konsensressource in der Demokratie: „Feindbilder stellen sozusagen alternative Energiequellen für den mit der Entfaltung der Demokratie verbrauchten Rohstoff Konsens dar“ (BECK 93:133). Das Analogon zum Feindbild der ersten Moderne bestehe in der reflexiven Phase in der ökologischen Moral:

„Verteidigungskonsens und ökologische Moral treten mit ähnlicher Inbrunst der Rettung vor den nun anonymisierten, universalisierten, versachlichten Feinden - sprich: Feindstoffen – auf [...]. Die ökologische Frage wäre, wenn sie an die Regierung käme, wenn dieser Vergleich gestattet ist, dagegen eine Art Dauerkriegsfall [...]. Der ökologischen Moral könnte gelingen, was das Christentum immer anstrebte und verfehlt hat: alle Feinde und Konkurrenzreligionen, die miteinander um Einflußsphären ringen, zu schlucken, zu bekehren [...]“ (BECK 93:147)

Beck wertet die Macht der ökologischen Moral jedoch weniger als Chance, sondern eher als Gefahr der Gegenmoderne, die auf den Widerstand der reflexiven Moderne treffen wird:

„Aus diesem Moralmaterial können höchst gegensätzliche Wirklichkeiten, Gesellschaftsstrukturen geschmiedet werden - demokratische und diktatorische, um nur die Extreme zu nennen. Gerade deswegen ist die Frage nach der ökologischen Demokratie, die das gegenmoderne, diktatorische Potential zähmt, mit der Freiheit und dem Zweifel der Moderne versöhnt, verbindet, so elementar wichtig und dringlich“ (BECK 93:148).

So trägt auch die scheinbar konsensstiftende ökologische Moral in der reflexiven Moderne den Keim des Dissenses, nämlich des Konflikts um nichts geringeres als Gesellschaftsstrukturen in sich.

4.3 Soziale Ansätze zwischen Entbettung und Reflexion

4.3.1 Begrenzt wachsende Ungleichheit statt Egalität

In der reflexiven Moderne lässt sich Egalität allerhöchstens auf einem geringen Niveau realisieren. Gegen egalitäre Entwicklungen spricht eine Steigerung sozialer Ungleichheit durch die basale Tendenz der Individualisierung. Diese darf jedoch eine gewisse Marke nicht unterschreiten, um ihr eigenes Fundament nicht auszuhöhlen. Dafür sorgt auch eine der verstärkten Reflexion geschuldete gesteigerte Empathie, die von Giddens als Partner für solidarische Entwicklungen ausgemacht wird. Sein Vertrauen auf die Wirkmächtigkeit dieser potentiellen Egalitätsressource scheint allzu groß jedoch nicht zu sein – hält er doch Umverteilung erst in einem „Nachknappheitssystem“ für möglich.

These: Individualisierung verschärft soziale Ungleichheit bis zu einer Untergrenze.

Die Auflösung von gesellschaftlichen Großgruppen im Zuge der Individualisierung führt Beck als Grund für eine stärkere Ungleichheit an: „Die sozialen Klassen lösen sich auf, und dadurch verschärfen sich die sozialen Ungleichheiten. Armut vereinzelt“ (BECK 93: 59). Beck prophezeit zudem noch eine weitere Runde der Steigerung von Ungleichheit durch die ökologische Frage (BECK 93: 31). Beck belegt dies empirisch mit dem Auseinanderklaffen der Schere der Einkommensverteilung (BECK 91: 42) bei gleichzeitiger Individualisierungstendenz. Die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates ist andererseits für ihn notwendige Basis für den Prozess der Individualisierung. Lebensumstände jenseits proletarischer Enge und die sozialen Sicherheiten eines Wohlfahrtsstaates ermöglichen eine Herauslösung aus vorgegebenen Sozialformen und damit Individualisierung. Dass nach diesen Annahmen der Beck'schen Diagnose eine durch Individualisierung verschärfte soziale Ungleichheit eo ipso ihr eigenes Fundament aushöhlt und der Prozeß der Individualisierung so irgendwann an sein endogenes Ende kommen müßte, soll hier nicht weiter thematisiert werden. Festzuhalten ist hier lediglich, dass sich mit der Individualisierung mehr soziale Ungleichheit etabliert, diese sich jedoch nicht beliebig stark entwickeln kann. Notwendig bleibt in jedem Fall ein Minimum an sozialer Sicherung. Diese Untergrenze lässt sich mit Giddens nicht nur funktional, sondern auch als Folge der *bewussten* Reflexion begründen:

These: Gesteigerte Empathiefähigkeit auf der Basis bewusster Reflexion sorgt für eine Grenze der Armutsakzeptanz. Eine egalitäre Entwicklung läßt sich daraus jedoch nicht ableiten.

Giddens begreift die durch den Entbettungsprozeß induzierte gesteigerte Aufmerksamkeit gegenüber anderen als mögliche Basis neuer bewußt gewählter sozialer Verbundenheit:

„Es ist ein Fehler, Narzißmus oder auch nur den Individualismus als den Kern der posttraditionalen Ordnung zu betrachten - jedenfalls im Hinblick auf ihre zukünftigen Möglichkeiten. In den zwischenmenschlichen Beziehungen ist die Öffnung gegenüber den anderen die Bedingung für soziale Solidarität; auf einer allgemeineren Ebene gehört die ausgestreckte 'Hand der Freundschaft' zu den ethischen Erfordernissen dessen, was - wie am Anfang dieses Beitrages skizziert wurde - in einem globalen kosmopolitischen Zusammenhang auf der Tagesordnung steht“ (GIDDENS 96(94):193).

Der gesellschaftliche Prozeß der Individualisierung führt demnach nicht zu Individualismus, zu einem narzißtischen Egoismus, sondern erhöht die Empathiefähigkeit. Allerdings scheint Giddens die Reichweite dieser Empathie nicht allzu hoch anzusetzen, solange es größere Verteilungsprobleme gibt. Eine „globale Umverteilung des Wohlstands“ ist für ihn lediglich denkbar als Element eines postmodernen „Nachknappheitssystems“ (GIDDENS 95(90): 205). Unter Knappheitsbedingungen hingegen kann es nach Giddens keine Egalität geben, da eine Kontrolle des ungerechten Marktmechanismus effizienzreduzierend und autoritativ wirken würde:

„Wollte man schlicht behaupten, kapitalistische Märkte müßten zur Beseitigung ihrer erratischen Eigenschaften 'reguliert' werden, würden wir dadurch in ein Dilemma geraten. Die Unterwerfung der Märkte unter die Kontrollgewalt einer alles umfassenden Handlungsinstanz ist der wirtschaftlichen Leistung abträglich und führt zu politischem Autoritarismus. Läßt man dagegen den Märkten ihre Freiheit, mehr oder weniger ohne alle Beschränkungen zu verfahren, so bewirkt das gewaltige Ungleichheiten zwischen den Lebenschancen verschiedener Gruppen und Regionen. Das Nachknappheitssystem leitet uns jedoch über dieses Dilemma hinaus. Denn wenn die wichtigsten Lebensgüter nicht mehr knapp sind, können die Marktkriterien nicht mehr als Mittel zur Stützung weitverbreiteten Mangels, sondern nur noch als Signalisierungsinstrumente fungieren.“ (GIDDENS 95(90): 204)

Aus dem Dilemma zwischen Effizienz und Solidarität hilft demnach nur die paradiesische Überflußgesellschaft, in der die „wichtigsten Lebensgüter“ quasi als sozialstaatlicher Sockel jedem zur Verfügung stehen. Erst dort kann der Markt seine schädigende (Neben-) Wirkung nicht mehr entfalten und das mühselige - und nach Giddens in diesem Kontext anscheinend aussichtslose - Unterfangen der Generierung von Solidarität trotz deeffektivierender Wirkung ist nicht nötig. Der Nachhaltigkeitsproblem und der daraus abgeleitete egalitäre Imperativ basieren aber gerade auf der Knappheit natürlicher Ressourcen und damit der Unmöglichkeit einer Überflusgesellschaft. Der von Giddens konstatierte empathische Impuls, der durch die bewusste Reflexion entsteht, taugt vor diesem Hintergrund also allenfalls zur Sicherung eines Minimums an Gleichheit, etwa auf der Ebene der Bekämpfung absoluter Armut. Für weitergehende Umverteilung als Antwort auf das Nachhaltigkeitsproblem als Knappheitsdilemma ist nach Giddens kein Spielraum, weil ein zu starker Eingriff in den Marktmechanismus normativ nicht wünschenswert und auch nicht durchsetzbar wäre.

4.3.2 Prekarisierte Kommunarität in der Moderne

Die mit der Entbettung verbundenen Megatrends Individualisierung und Globalisierung führen in der reflexiven Moderne zu Entgemeinschaftung. Die Wirkungen gegen Kommunarität bestehen in Herauslösung aus vorgegebenen Sozialformen, in der Emanzipation von Raum und Zeit sowie der Entpersönlichung von sozialer Interaktion, einer „Transformation der Intimität“ (GIDDENS). Dies bedeutend aber nicht das Ende jeglicher gemeinschaftlicher Zusammenhänge. In der vollendeten Moderne sind zum einen weiter traditionelle Zusammenhalte vorhanden, die aber immer stärker globalsozialisiert werden. Dazu treten durch bewusste Reflexion legitimierte, prekäre Neubildungen von Gemeinschaften (BECK).

These: Der Prozeß der sozialen Entbettung bzw. der Individualisierung unterbricht die Reproduktion askriptiver gemeinschaftlicher Sozialformen. In der reflexiven Moderne weiter bestehende gemeinschaftliche Bezüge sind diskursiver legitimiert und/oder globaler sozialisiert.

Individualisierung und Globalisierung als Entgemeinschaftung

Die Bezeichnung Individualisierung selbst verkörpert schon die gemeinschaftsaufhebende Tendenz. Beck betont zwar eine durch Medien wie Markt, Recht, Mobilität oder Bildung vollzogene Herauslösung aus vorgegebenen Sozialformen *und* eine anschließende Reintegration in eine neue Vergesellschaftungsform. Kennzeichen dieser Reintegration ist jedoch die Abwesenheit einer neuen sozialen Bezugseinheit zugunsten einer verstärkten Institutionenabhängigkeit. Die aus ihren vormaligen Bezügen herausgelösten Individuen sind in der vollendeten Moderne abhängig von Regelungen etwa im System sozialer Sicherheit oder im Bildungssystem, aber nicht mehr von einer bestimmten Gemeinschaft. Diese Institutionenabhängigkeit der Wiedereinbettung verdeutlicht Giddens mit seiner Diagnose der Emergenz „abstrakter“, entpersönlichter Expertensysteme. Sie können gesichtsabhängige Interaktion ablösen und damit eine von Raum und Zeit unabhängige Umstrukturierung leisten. Damit wird eine Ausdehnung sozialer Bezüge möglich, die sich bis in die globale Dimension hinein entwickelt.

Globalisierung als Emanzipation von Raum- und Zeitgebundenheit sozialer Bezüge sowie Individualisierung fußen auf Entbettung und werden andererseits durch sie ermöglicht. Der Prozeß kann eben nach den Diagnosen von Beck und Giddens auch umgekehrt gedacht werden. Entbettung wird dann durch Globalisierung und Individualisierung möglich. Eine Kausalität kann hier aus den eher empirisch argumentierenden theoretischen Ansätzen einer reflexiven Moderne heraus nicht benannt werden. Es bleibt die Interdependenz der Vorgänge, bei der die Zuschreibung von Randbedingungen und Ursachen, von Wirkung und Ursache stets rochieren kann. Giddens schreibt zwar der revolutionierenden Wirkung der Kommunikationsmedien als „wesentlichem Element der reflexiven Moderne“ eine zentrale Rolle im Globalisierungsprozeß zu, doch auch diese Ausdehnung der Kommunikation kann Entbettung bewirken oder aber erfordern.

Gemeinschaften in der Moderne

Der Niedergang askriptiver Strukturen ist jedoch nicht gleichbedeutend mit dem völligen Verschwinden von Gemeinschaften in der reflexiven Moderne. Zum einen gibt es im Rahmen des von Beck konzidierten Fortbestands der einfachen Moderne innerhalb der reflexiven Moderne auch weiterhin den Rekurs auf traditionell legitimierte Gemeinschaftlichkeit, gerade auch als Ausdruck einer Gegenbewegung. Diese „Anti-Moderne“ sei jedoch langfristig nicht in die reflexive Moderne integrierbar. Auf lange Sicht sei kein „jodelndes high tech“ möglich (s.o.). Anders verhält es sich mit diskursiv legitimierten Gemeinschaften:

„Dies bedeutet nicht das Ende jeder Gemeinsamkeit, wie die Kulturkritik seit einem Jahrhundert lamentiert, aber das Ende jeder vorgegebenen, abrufbaren, berechenbaren Gemeinsamkeit und den Beginn einer anderen Art von Gemeinsamkeit, die nicht mehr von oben herab regiert und nach dem funktionalistischen Trichtermodell der Sozialisation in die Menschen hineingerieselt werden kann, sondern von unten herauf abgewartet, gewonnen, erstritten, erfunden, ausgehandelt werden muß. (BECK 91:46)

Durch den von Beck beschriebenen Wechsel des Generierungsmodus von Gemeinschaften werden diese auch prekärer.

Eine zweite Form von Gemeinschaften in der Moderne beschreibt Giddens. Die veränderte Weiterexistenz von Gemeinschaften ist bei ihm weniger durch subjektbasierte Reflexion als durch eine Zunahme des Gewichts von externen Einflüssen charakterisiert. Die „Auflösung herkömmlicher örtlicher Gemeinschaften“ sei nicht gleichzusetzen mit dem „Verschwinden lokaler Lebenszusammenhänge“ (GIDDENS 96(94): 184). Vielmehr werde der Ort durch globale Einflüsse derart umgestaltet, dass die lokalen Sitten neue Bedeutungen annähmen. Sie werden dadurch entweder zu „bloßen Gewohnheiten“ oder zu Relikten. Die nicht durch gemeinschaftsinterne Traditionen sich reproduzierenden reinen Gewohnheiten geraten in der Moderne in Abhängigkeit von Informationen, die abstrakten Systemen entnommen werden:

„Viele persönliche Gewohnheiten werden zu kollektiven, weil sie durch die Warengesellschaft oder durch verallgemeinerbare Einflüsse institutioneller Reflexivität geprägt sind“ (S.185)⁴.

Lokale Gemeinschaften geraten demnach unter die Ägide globaler Sozialisation, ihre normativen Ressourcen werden exogen generiert.

4.3.3 Suffizienz zwischen kolonisierten Bedürfnissen und Reflexion

Aus den Ansätzen reflexiver Modernisierung lässt sich keine Dominanz von Chancen oder Hemmnissen für die Durchsetzung eines genügsamen Lebensstils herauslesen.

Einerseits weisen Beck als auch Giddens auf die kolonisierende Wirkung von Individualisierung und Entbettung mit der Folge externer ständiger Neuformung von Gewohnheiten und Moden hin, die eine subjektbasierte Entwicklung zur Zurückhaltung entgegen dem herrschenden Trend eher unwahrscheinlich macht. Diese Sicht lässt einen Richtungswechsel zu mehr Genügsamkeit nur über eine extern generierte Änderung des hegemonialen Lebensstils denkbar werden.

Gegen derartige Modelle trichterförmiger Formung von Lebensstilen steht andererseits die Rede von der Macht der Kultur des Zweifels. Die reflexive Moderne ist als Phase der Koexistenz von neuer Selbstbegrenzungslogik und alter funktioneller Differenzierungslogik der ersten Moderne konzipiert (BECK 93). Zu den Elementen bewußter, gegen selbstreferentielle Logiken steuernder Selbstbegrenzung gehören die Diagnosen der ökologischen Moralentwicklung bei Beck und die Einschätzung von der Anschlußfähigkeit einer Begrenzung des Wirtschaftswachstums bei Giddens.

Beide Einflüsse, Kolonisierung und gesteigerte Reflexion sind aber indifferent gegenüber dem Ziel der Suffizienz. Reflexion richtet sich nicht zwingend gegen Konsum-“Zwänge“ der ersten Moderne. Die Kolonisierung kann nicht nur schnelle Modewechsel, sondern auch moralische Suffizienzimperative bedeuten.

Kolonisation der Bedürfnisse durch Globalisierung

These: Die externe Formung von Bedürfnissen entsteht durch Entbettungsprozesse. Sie bedeutet zeitdiagnostisch schnelle Stilwechsel, kann aber prinzipiell auch zur Festigung von Suffizienzethiken fungieren.

⁴ Giddens verwendet hier den Begriff der Reflexivität im Sinne von bewusster Reflexion (vgl. oben).

Als eher hinderlich für das Ziel der Suffizienz sind mit Beck und Giddens die Dominanz kolonisierender globaler Informationsflüsse zu betrachten, die mit dem Prozeß der Entbettung den Einfluß örtlicher Kulturen ablösen. Beck schreibt:

„An die Stelle traditionaler Bindungen und Sozialformen (soziale Klasse, Kleinfamilie) treten sekundäre Instanzen und Institutionen, die den Lebenslauf des einzelnen prägen und ihn gegenläufig zu der individuellen Verfügung, die sich als Bewußtseinsform durchsetzt, zum Spielball von Moden, Verhältnissen, Konjunkturen und Märkten machen“ (BECK 86: 211).

Beck beschreibt die Einfügung der Individuen in kontrafaktisch zum subjektiven Bewußtsein der individuellen Verfügungsgewalt entstehende Strukturen, zu denen mit den „Moden“ auch die Vorgabe des Lebensstils gehört. Wenn dies richtig ist, liegt es am Charakter der Moden, ob sich ein suffizienter Lebensstil durchsetzt. Sind diese konsumbasiert, was den gegenwärtigen Profit- und Teilhabeinteressen einer gesellschaftlichen Mehrheit am nützlichsten ist und das aus diesem Grund gewünschte Wirtschaftswachstum fördert, hat die Dominanz externer Sozialisation in der Individualisierung suffizienzhemmende Wirkung. Kann die ökologische Moral kulturell dominieren und zudem betriebswirtschaftliche Interessen - von Unternehmern, Arbeitsplatzbesitzern oder sonstigen Teilhabeinteressenten - auf der Werteskala in die zweite Reihe schieben, kann dieselbe Dominanz kolonisierender kultureller Einflüsse suffizienzfördernd sein. Giddens geht ebenfalls von einem örtliche Prägungen ablösenden neuem Mechanismus kultureller Beeinflussung aus:

„Und das Vordringen institutioneller Reflexivität bedeutet, daß die Theorien, Forschungsergebnisse und Ideen der Experten in gefilterter Form kontinuierlich das Laienpublikum erreichen [...]. Gewohnheiten und Erwartungen werden mehr oder weniger automatisch unter dem Einfluß dieses Informationsflusses immer wieder neu geformt“ GIDDENS 96(94):168).

Giddens geht offenbar ebenso wie Beck von einer „mehr oder weniger“ starken Prägung des Lebensstils, von „Gewohnheiten und Erwartungen“ durch gesellschaftlich generierte „Informationsflüsse“ aus.

Reflexion als Macht des Zweifels

These: Reflexivität wirkt gegen Eigendynamiken des Wachstums und läßt Raum für suffiziente Selbstbegrenzung als Akt der Reflexion.

Ein Ausdruck der beschriebenen gesellschaftlichen Generierung von Lebensstilen ist die Politisierung des Privaten in der reflexiven Moderne.

„Genau die Entscheidungsbereiche, die im Modell des Industriekapitalismus im Windschatten des politischen liegen - Privatheit, Wirtschaft, Wissenschaft, Kommunen, Alltag usw. - , geraten in der reflexiven Moderne in die Stürme der politischen Auseinandersetzungen [...]. Politik bestimmt - eröffnet, ermächtigt - Politik. Diese Möglichkeiten einer Politik der Politik, einer Erfindung des politischen nach seinem 'bewiesenem' Ende gilt es aufzudecken und auszuleuchten“ (BECK 93:157).

Neben den privaten Konsumgewohnheiten zählt Beck auch die Wirtschaft zu den zukünftigen Feldern des neu zu entdeckenden Politischen. Damit geraten Konsum und Produktion des Konsums in das Feld öffentlicher Auseinandersetzung, was die Chance für eine politisch gewollte Selbstbegrenzung beider Sphären eröffnet. Ein nachhaltiger, suffizienter Lebensstil und eine entsprechend begrenzte Wirtschaftsentwicklung sind demnach Ergebnis erfolgreicher Politik. Beck diagnostiziert dazu auch eine aktuelle Entsprechung in der öffentlichen Sphäre: Die ökologische Frage als „phantastisches Moralmilieu“ verdeutlicht die Politisierung des Privaten und läßt öffentlichen Druck auf ökologisch korrektes Verhalten erwarten, zu dem auch die private Suffizienz gehört.

Giddens sieht ebenfalls die Möglichkeiten einer Begrenzung des Wirtschaftswachstums, allerdings eher auf der allgemeinen Ebene der Wirtschaftsentwicklung im Rahmen eines „Nachknappheitssystems“, bei dem die „wichtigsten Lebensgüter“ ausreichend verfügbar sind. Abgesehen von der auch von Giddens konzidierten Relativität derartiger Definitionen hält er damit Suffizienz jenseits der Erreichung eines bestimmten Grundniveaus der Bedürfnisbefriedigung für anschlussfähig. Fraglich bleibt dann jedoch die Berechtigung, von Suffizienz zu sprechen, wenn sie sich nur auf die Abwesenheit von - wiederum relativem - Luxus bezieht.

4.4 Entgrenzungen statt Regionalisierung

Im folgenden sollen die Ursachen der räumlichen Ausdehnung von ökonomischen Beziehungen angeführt werden, die die Theorieansätze reflexiver Modernisierung einbringen. Damit sind die im Nachhaltigkeitsdiskurs geforderten partiellen ökonomischen Begrenzungen auf die Region oder den Ort als chancenlos markiert. Beck und Giddens beschreiben ökonomische Globalisierung als Folge und Ursache von Entbettung. Beck akzentuiert als letztendliche Ursache für den interdependenten Prozeß den allgemeinen „Motor“ der reflexiven Moderne, die Nebenfolge.

These: Globalisierung als eine Nebenfolge in der reflexiven Moderne widerspricht ökonomischer Reregionalisierung.

Beck zählt die Globalisierung, zu der zu einem gewichtigen Teil auch die ökonomische Globalisierung gehört, neben der Zunahme von Risiken, Ambivalenz und Individualisierung zu den Nebenfolgen einer erfolgreichen Zielerreichung der ersten Moderne (BECK 93: 71). Welches erreichte Ziel der ersten Moderne für die Nebenfolge Globalisierung verantwortlich ist, kann aus der Beckschen Diagnose nicht abgeleitet werden. Vielmehr muß davon ausgegangen werden, daß sämtliche oder zumindest eine Reihe in der ersten Moderne erreichte Ziele wie etwa die Rationalitätssteigerung, die Industrialisierung, und der Wohlfahrtsstaat in ihrer summarischen Wirkung verantwortlich für die oben angeführten Nebenfolgen sind.

Giddens hingegen führt „kulturelle“ Globalisierung als treibende Kraft für andere Dimensionen der Globalisierung an, zu denen er neben dem System der Nationalstaaten und der militärischen Weltordnung die internationale Arbeitsteilung und die kapitalistische Weltwirtschaft als Elemente ökonomischer Globalisierung zählt. Die Vorreiterrolle kommunikativer Globalisierung würdigt er als Kernmechanismus reflexiver Moderne:

„Mechanisierte Kommunikationstechniken haben schon seit der Einführung mechanischer Druckverfahren in Europa alle Aspekte der Globalisierung dramatisch beeinflusst. Sie bilden ein wesentliches Element der Reflexivität der Moderne und der Diskontinuitäten, die zu einer scharfen Trennung des Modernen vom Traditionalen geführt haben“ (GIDDENS 95(90): 100).

Kultureller Globalisierung, also etwa der weltweiten Verbreitung von Nachrichten, kommt so eine Schlüsselrolle zu für „alle Aspekte der Globalisierung“. Diese weltweite Kommunikation fördert auch den Prozeß der Entbettung, der Individualisierung, der nach Giddens wiederum weitere Globalisierung nach sich zieht. Wie weiter oben bereits ausgeführt, kann der Beginn des Zirkels jedoch im Rahmen einer nicht kausalen Analyse nicht gekennzeichnet werden.

Mit Sicherheit besteht eine gegenseitige Abhängigkeit von Entbettung bzw. Individualisierung, Globalisierung und technischer Entwicklung. Ein Zurückdrehen der ökonomischen Entbettungstendenz, eine ökonomische Reregionalisierung hätte demnach eine Deindividualisierung zur Folge. Ohne entsprechende räumliche Expansion würde das Entbettungsmedium Geld weniger wirksam werden können und den Prozeß der Individualisierung zumindest bremsen. Ob andere Entbettungsmedien wie etwa Recht oder Bildung die individualisierende Wirkung von Geld und räumlicher Mobilität in einem – nach dem Ansatz reflexiver Modernisierung allerdings unwahrscheinlichen - Szenario verstärkter Globalisierungshindernisse kompensieren könnten, kann nur Gegenstand von Spekulationen bleiben.

5 Theorie kommunikativen Handelns

Theorieansätze, die gesellschaftliche Entwicklung als Ergebnis diskursiv-kommunikativen Handelns begreifen, stehen dem ersten Anschein nach einem der Nachhaltigkeitsansätze, dem politisch-integrativen mit seinen Forderungen nach mehr Partizipation, Kommunikation und Konsensualität sehr nahe. Mit ihrer Erklärung sozialer Integration über kommunikatives Handeln und der Diagnose der Rationalitätssteigerung via diskursiver Verfahren bietet sich insbesondere die Gesellschaftstheorie von Jürgen Habermas als Basis der normativ und funktionell begründeten Wünsche nach einer dergestalteten politischen Integration an und wird gelegentlich von deren Protagonisten auch explizit ins Feld geführt. Die folgende Diskussion fokussiert sich daher auf die nach dieser Theorie abzuleitenden Chancen und Barrieren für den politisch-integrativen Nachhaltigkeitsansatz. Nach einer ausführlicheren Diskussion des Habermasschen Theorieansatzes werden einige an ihn anschließende diskurstheoretische Thesen anderer Autoren vorgestellt, die die trotz selber eingeräumter Diskursbeschränkungen insgesamt optimistische Ausrichtung der Habermasschen Diskurstheorie relativieren.

Nach der Habermas'schen Theorie kommunikativen Handelns ist die Frage nach der Chance des politisch-integrativen Nachhaltigkeitsansatzes mit einem „Ja-Aber“ zu beantworten. Der Optimismus, durch Kommunikation, Partizipation und Konsensualität der Lösung des Nachhaltigkeitsproblems näher kommen zu können und dafür Anschlüsse in der Moderne zu besitzen, basiert auf der Analyse der „kommunikativen Verflüssigung“ der Moderne mit dem Ergebnis einer Steigerung des gesellschaftlichen Vernunftpotentials. Basis ist eine Rationalisierung der Lebenswelt, der kommunikativ und verständigungsorientiert strukturierten Ressource für die soziale Integration der Gesellschaft (5.1). Die Gründe für das „Aber“ liegen zum einen in der von Habermas selbst explizierten Annahme einer durch systemische Imperative gestörten kommunikativen Reproduktion der Gesellschaft, der „Kolonisierung der Lebenswelt“ (5.2). Doch auch ohne eine externe Störung hat es die diskursiv strukturierte Lebenswelt mit Beschränkungen zu tun, die die Wahrscheinlichkeit konsensualer Ergebnisse unter Beteiligung aller gering werden lassen. Sie liegen zum einen in der Unerreichbarkeit der von Habermas hergeleiteten Erfolgsbedingungen verständigungsorientierter Diskurse mit der Folge ihrer Institutionalisierung, die mit einer Entfernung vom aufklärerischen Ideal eines basisdemokratischen permanenten öffentlichen Versammlungsdiskurses verbunden ist (5.3). Zum anderen existiert eine Beschränkung der inhaltlichen Reichweite möglicher Konsense. Die zu erwartende mangelnde Substantialität der Ergebnisse verständigungsorientierter Kommunikation geht auf die modernitätstypische Tendenz der Abstraktion und Universalisierung von Normen, der Beschränkung auf verfahrenstechnische Verabredungen zurück. Diese Tendenz zur Prozeduralisierung wird ebenfalls von Habermas selbst kommunikationstheoretisch hergeleitet (5.4). Weitere Beschränkungen des diskursiven Ideals und damit der Chancen für den politisch-integrativen

Nachhaltigkeitsansatz ergeben sich aus der kommunikationstheoretischen Analyse von mehr oder weniger systematischen Exklusionen. Sie können zum einen aus der internen Logik der Kommunikation, die immer auch gleichzeitig die Nicht-Kommunikation verdrängter Inhalte bedeutet, entstehen (5.5). Eine weitere Einschränkung nimmt die Analyse einer nur periodisch, also nicht kontinuierlich kommunikativ verflüssigten Moderne an. Danach bricht die bestimmte Kommunikationen ausschließende herrschende Deutungskonfiguration nur in relativ kurzen Phasen zu einer uneingeschränkt offenen diskursiven Phase auf. Diese von Kurt Imhof und Gaetano Romano verfochtene These ist im Ansatz auch bei Habermas zu finden (5.6).

Die Chancen für soziale Ansätze können nur aus der Diskussion des politisch-integrativen Ansatzes abgeleitet werden, da die Theorie keine direkten Ausführungen zur Problematik enthält. Die Folgerungen für die Forderungen nach mehr Egalität, Kommunarität und mehr Suffizienz werden daher eher randständig im Lichte der ausführlicheren diskurstheoretischen Problematisierung dargelegt (5.7).

5.1 Partizipation als Voraussetzung und Konsens als Ergebnis diskursiver Verständigung

These: Das in der Sprache angelegte Prinzip der diskursiven Verständigung als rationalitätssteigerndes soziales Integrationsprinzip der Moderne impliziert die Realisation normativer Konsensualität durch partizipationsbasierte Verfahren.

Strategisches und kommunikatives Handeln

Das Prinzip der diskursiven Verständigung ist nach der Theorie des kommunikativen Handelns von Habermas das basale Prinzip der Handlungskordinierung und der *sozialen* Integration der Gesellschaft (HABERMAS 1994: 43). Dies gilt auch angesichts der parallelen Existenz *systemisch* integrierter Bereiche der Gesellschaft, in denen die generalisierten Kommunikationsmedien Geld und Macht Sprache als Medium ersetzt haben und die Aufgabe der Handlungskordinierung leisten. Diese nach Habermas funktional notwendige Ablösung der Sprache als Verständigungsmedium und ihr Ersatz durch nicht-verständigungsorientierte Medien wie Geld und Macht ist jedoch letztlich ebenfalls diskursiv über die Setzung von Rechtsnormen legitimiert, was die These vom Primat verständigungsorientierten kommunikativen Handelns begründet.¹ Habermas unterscheidet als zwei Typen sozialen Handelns strategisches und kommunikatives Handeln. „Im kommunikativen Handeln führen die Interaktionsteilnehmer ihre Handlungspläne unter der Bedingung eines kommunikativ erzielten Einverständnisses aus, während die koordinierten Handlungen selbst den Charakter von Zwecktätigkeiten behalten“ (1984: 602). Das strategische Handeln dagegen ist nicht verständigungs-, sondern erfolgsorientiert. Mit ihm werden Handlungsziele zu erreichen versucht, in dem mit „Waffen oder Gütern, Drohungen oder Lockungen“ auf die Entscheidungssituation des Gegenübers Einfluß genommen wird. Im strategischen Handeln werden auch

¹ Die Rückwirkung der sich verselbständigen Bereiche nicht-verständigungsorientierten Handelns auf das kommunikative Handeln, die „Kolonisierung der Lebenswelt“, wird an dieser Stelle nicht thematisiert. Diese These von Habermas wird unter 5.2 dargestellt.

Kommunikationen eingesetzt, jedoch als konsequenzorientiertes Mittel. Wenn auch aus der Perspektive der Handelnden sich - „wie intuitiv auch immer“ - die Alternative zwischen beiden Orientierungen stelle, so steht die Frage nach der Ursache des Primats kommunikativen Handelns. Sie liegt in der Tatsache, dass die symbolische Reproduktion der Lebenswelt als der unabdingbaren Stütze sozialer Integration nur kommunikativ erfolgen kann.

Rationalisierung der Lebenswelt

Das kommunikative Handeln basiert auf Sprechhandlungen mit kritisierbaren Geltungsansprüchen, in denen eine konsensuelle Situationsdeutung angestrebt wird. Eine Situation ist ein Ausschnitt aus einer Lebenswelt, dem *während dieser Kommunikationssituation* unhinterfragten normativen Hintergrundkonsens der Kommunikationsteilnehmer. Sie besteht aus dem jeweiligen Reservoir an Selbstverständlichkeiten, dem „kulturell überlieferten und sprachlich organisierten Vorrat an Deutungsmustern“ (1988 (81), Bd.II: 189). Nach Habermas ist die Lebenswelt in die drei strukturellen Komponenten Kultur, Gesellschaft und Person unterteilt. Die spezifischen Leistungen dieser Lebensweltkomponenten bestehen in der kulturellen Reproduktion durch Kontinuierung gültigen Wissens, der sozialen Integration mittels Stabilisierung von Gruppensolidarität sowie in der Sozialisation durch die Heranbildung zurechnungsfähiger Akteure. Die Reproduktion dieser symbolischen Strukturen erfordert kommunikatives Handeln: „Unter dem funktionalen Aspekt der Verständigung dient kommunikatives Handeln der Tradition und der Erneuerung kulturellen Wissens; unter dem Aspekt der Handlungskoordination dient es der sozialen Integration und der Herstellung von Solidarität; unter dem Aspekt der Sozialisation schließlich dient kommunikatives Handeln der Ausbildung personaler Identitäten“ (S. 208). Der Charakter dieser Reproduktion der Lebenswelt verändert sich nun im Laufe der Herausbildung moderner Gesellschaften in Richtung einer „Versprachlichung des Sakralen“.

Mit der Zurückdrängung sakraler Autorität etabliert sich ein universeller Diskurs, durch den die Lebenswelt einer Idealisierung unterzogen wird. Die Reproduktion der Lebenswelt wird nicht mehr nur durch das Medium verständigungsorientierten Handelns „hindurchgeleitet“, sondern den „Interpretationsleistungen der Akteure selber aufgebürdet“, sie vollzieht sich, von unhinterfragten normativen Kontexten weitgehend entbunden, durch eine auf rational motivierten Stellungnahmen basierende Verständigung. Habermas begreift diese Umstellung der reproduktiven Verständigungsleistungen auf diskursive Nachprüfung als Rationalisierung der Lebenswelt. Die Ursache dieser Rationalisierung verortet er in den evolutionären Trends der Entkopplungen der drei strukturellen Komponenten der Lebenswelt:

„Im Verhältnis von Kultur und Gesellschaft zeigt sich die strukturelle Differenzierung an einer zunehmenden Entkopplung des Institutionensystems von den Weltbildern; im Verhältnis von Persönlichkeit und Gesellschaft an der Erweiterung des Kontingenzspielraumes für die Herstellung interpersonalen Beziehungen; und im Verhältnis Kultur und Persönlichkeit zeigt sie sich daran, dass die Erneuerung von Traditionen immer stärker von der Kritikbereitschaft und Innovationsfähigkeit der Individuen abhängig wird“ (S.219).

Als Endpunkte dieser Prozesse markiert er für die Kultur die „Dauerrevision verflüssigter, reflexiv gewordener Traditionen“, für die Gesellschaft einen Zustand der „Abhängigkeit legitimer Ordnungen von formalen Verfahren der Normsetzung und Normbegründung“ sowie für die Persönlichkeit die „kontinuierlich selbstgesteuerte Stabilisierung einer hochabstrakten Ich-Identität“. Basis dieser evolutionären Trends ist eine „kommunikative

Alltagspraxis“, die statt auf sakraler Autorität auf kooperativen Deutungsprozessen gründet.

Die Lebenswelt hat so in der Moderne einen doppelten Charakter. Sie ist einerseits notwendiger und unhinterfragter Hintergrund für das Gelingen alltagsweltlicher Kommunikation. Andererseits wird sie durch kommunikatives Handeln reproduziert. Dies impliziert das Diskursprinzip. Im Konfliktfall löst sich der Hintergrundkonsens zumindest partiell auf und die bisher unproblematisierten Geltungsansprüche müssen diskursiv eingelöst werden, das heißt mit Gründen belegt werden. Die ungestörte Kommunikation, die auf der Anerkennung der Wahrheit von Aussagen, der Richtigkeit von Normen und der Wahrhaftigkeit der beteiligten Subjekte gründet, kann nur durch Diskurs wiederhergestellt werden. Habermas unterscheidet analog zu den drei ausdifferenzierten Lebensweltkomponenten Kultur, Gesellschaft und Persönlichkeit die drei möglichen Weltbezüge zu einer objektiven, einer sozialen und einer subjektiven Welt. Dementsprechend können Geltungsansprüche jeweils unter Gesichtspunkten der Wahrheit, der Richtigkeit und der Wahrhaftigkeit angefochten werden. Diskurse sind „Veranstaltungen mit dem Ziel, kognitive Äußerungen zu begründen“ (1984: 114), sie beginnen jenseits des Ausgleichs von reinen Informationsdefiziten.

Die kommunikationsbasierte Rationalität des Diskurses liegt in der Begründungsnotwendigkeit von Aussagen. Im Diskurs gilt einzig der „zwanglose Zwang des besseren Arguments“ (S. 119). In seiner idealen Ausprägung ist im Diskurs die Forderung nach Partizipation vollständig realisiert, da dort für die Teilnahme keine Beschränkungen wirksam werden. Zu den Voraussetzungen eines idealen Diskurses gehört die Chancengleichheit aller, das Wort zu ergreifen. Dadurch wird sowohl der Norm des souveränen emanzipierten Individuums, der an der Gestaltung seiner Lebensumstände mitwirken kann, Genüge getan als auch die Funktion der Rationalitätssteigerung durch Perspektivenübernahme erfüllt. Auf dieser gleichzeitigen Einlösung von normativer Wünschbarkeit und funktionaler Notwendigkeit gründet auch die Forderung im Rahmen des politisch-integrativen Nachhaltigkeitsansatzes nach mehr Partizipation.

Kontrafaktische Unterstellung idealen Diskurses

Als Bedingungen für einen idealen Diskurs unterscheidet Habermas zwischen personalen Mindestanforderungen an die argumentierenden Subjekte und den strukturellen Bedingungen der Sprechsituation. Grundsätzlich ist jeder aufgrund seiner Disposition als sprach- und handlungsfähiges Subjekt diskursfähig, sofern bestimmte kommunikative Kompetenzen gegeben sind. Dazu gehört die Zurechnungsfähigkeit, die Verständigungsbereitschaft, der Glaube an die Wahrhaftigkeit einer eigenen Äußerung, die Widerspruchsfreiheit einer Argumentation sowie die Bereitschaft zur Akzeptanz der Universalität rein behaupteter Werte und Normen. Leitbild der strukturellen Notwendigkeiten für einen idealen Diskurs (vgl. S.120f) ist, dass alle Betroffenen ihre Einstellungen, Wünsche und Bedürfnisse einbringen und jede andere Behauptung kritisieren können müssen. Dazu ist erstens die chancengleiche Möglichkeit zur Ausübung von Sprechakten notwendig. Zweitens ist eine Symmetrie von Berechtigungen und Verpflichtungen geboten. Die Chancen, zu befehlen, sich zu widersetzen, Versprechen zu geben, Rechenschaft zu verlangen usw. dürfen nicht ungleich verteilt sein. Drittens darf kein Handlungszwang, also etwa Entscheidungs- oder Zeitdruck, den Diskurs stören.

Diese Bedingungen eines idealen Diskurses fungieren als kontrafaktische Unterstellungen in realen Argumentationen und werden so paradoxerweise trotz gegenläufiger Realität

wirksam. In jedem Diskurs, also der Suche nach Konsens über die Geltung eines Sachverhalts, einer Norm oder einer Expression sind die Teilnehmer „genötigt, wechselseitig eine ideale Sprechsituation zu unterstellen“. Nur so können sich die Teilnehmer die Gewähr über die Unterscheidung zwischen einem trügerischem und einem realen Konsens ermöglichen:

„Es ist offensichtlich, dass diese oder eine ähnliche Antizipation *nötig* ist, um der Konsequenz zu entgehen, die diskursive Einlösung eines Geltungsanspruchs von einem kontingenterweise erzielten Konsens abhängig zu machen [...]. Wenn ein wahrer von einem falschen Konsens nur durch eine Bezugnahme auf eine ideale Sprechsituation unterschieden werden kann, d.h. durch Rekurs auf eine Übereinstimmung, die kontrafaktisch so gedacht wird, als wäre sie unter idealen Bedingungen zustande gekommen, - dann muss es sich bei dieser Idealisierung um einen Vorgriff handeln, den wir jedes Mal, wenn wir eine Argumentation aufnehmen *wollen*, vornehmen *müssen*, und den wir mit Hilfe der Konstruktionsmittel, über die jeder Sprecher kraft kommunikativer Kompetenz verfügt, auch vornehmen *können*.“ (S.119)

Partizipation und Konsens als Telos der Sprache

Das Ziel der intersubjektiven Verständigung, also die Suche nach Konsens über die Geltung eines Sachverhalts, einer Norm oder einer Expression ist nach Habermas in der Fähigkeit zur sprachlichen Kommunikation als Gattungsspezifikum angelegt. Er argumentiert damit jedoch nicht geschichtsphilosophisch für eine zwingende Entwicklung der Gesellschaft in Richtung einer Realisation von kommunikativer Verständigung mittels vollendeter idealer Diskurse. Ebenso wenig weist er der voluntaristischen Kraft von Wünschen nach rationaler Übereinkunft die Verantwortung für die Entwicklung zur Verständigungsorientierung zu. Auch wenn es also nicht zwangsläufig zur Etablierung idealer Diskurse kommt, wirken diese dennoch: Einmal als folgenreiche kontrafaktische Unterstellungen und zweitens als Folie für die Analyse von Unzulänglichkeiten realer Diskurse, die praktische Annäherungsprozesse induzieren kann.

Der Wunsch nach mehr Partizipation kann also vor dem Hintergrund des idealen Diskurses als entwicklungsleitender Folie als *grundsätzlich* trendkonform beurteilt werden, da eine der paradigmatischen Bedingungen ja explizit die gleichberechtigte Teilnahme aller vorsieht. Auch wenn die Praxis gesellschaftlicher Konfliktbearbeitung aufgrund diverser Restriktionen ² nach Habermas auf Institutionalisierungen und Professionalisierungen angewiesen ist, die die massenhafte direkte Beteiligung an Diskursen verhindern, so muss Partizipation aufgrund der Notwendigkeit der kontrafaktischen Unterstellung idealer Diskursbedingungen als eine unhintergehbare Norm für die Ausgestaltung von Verfahren, die der Verständigung dienen sollen, wirken. Die Legitimation dieser den direkten Diskurs ersetzenden Verfahren erfordert eine Konstruktion nach dem Diskursprinzip der idealen Sprechsituation. Partizipation kann so eher mittelbar als regulative Idee (BONACKER 97) und nicht direkt realisiert werden. Diese in der zwangsläufigen Mittelbarkeit liegende Einschränkung kann allerdings auch im Ergebnis als Realisationshemmnis betrachtet werden.³

Konsens kann nach dieser Theorie kommunikativen Handelns überall dort erreicht werden, wo verständigungsorientiertes Handeln vorzufinden ist. „Gemäß dem Diskursprinzip dürfen genau die Normen Geltung beanspruchen, die die Zustimmung aller potentiell Betroffenen finden könnten, sofern diese überhaupt an rationalen Diskursen teilnehmen“ (HABERMAS 94: 161). Dies gilt auch angesichts der Unerreichbarkeit eines idealen

² vgl. Kap 5.3 - 5.6

³ vgl. Kap 5.3

Diskurses. Anders als bei der Forderung nach Partizipation schrumpft Konsens in realen Diskursen nicht zu einer regulativen Idee. Er wird real, also in untrügerischer Form erreicht allein durch die bei Verständigungsorientierung zwingende Unterstellung idealer Diskursbedingungen trotz ihrer Kontrafaktizität. Die Beschränkungen ergeben sich vielmehr durch die begrenzte Ausdehnung der Verständigungsorientierung. Interessen- und Machtkonflikte können nicht diskursiv gelöst werden, hier sind allenfalls Kompromisse erreichbar, die nicht mit auf Verständigung gründendem Konsens zu verwechseln sind. Bei immer Verständigung erfordernden Normfragen hingegen, die die soziale Integration der Gesellschaft sichern, lässt sich Konsens als eine übereinstimmende Bewertung von Geltungsansprüchen prinzipiell durch reale Diskurse herstellen. Dies gilt trotz und wegen der Rationalisierung der Lebenswelt. Durch die ubiquitäre Problematisierung steigt einerseits das Dissensrisiko, andererseits führt die Rationalisierung der Lebenswelt zur intersubjektiven Konfliktbewältigung, „kommt die kommunikative Rationalität als Konsenssuche zum Ausdruck“ (BONACKER 97). Die Verständigungs- oder Konsensorientierung ist in den Voraussetzungen für einen idealen Diskurs angelegt, die eine Perspektivenübernahme implizieren. Diese garantiert *eine* moralische Welt auch angesichts des modernen Wertepluralismus:

“Dass die moralische Welt 'für alle dieselbe ist', verdankt sich nicht der Koordination der verschiedenen Beobachterperspektiven durch den gleichgerichteten Weltbezug [...]; vielmehr müssen die Beteiligten in der sozialen Dimension durch gegenseitige Perspektivenübernahme eine inklusive Wir-Perspektive erst zustandebringen [...] nur die Urteile und Normen sind gültig, die unter dem inklusiven Gesichtspunkt der gleichmäßigen Berücksichtigung der einschlägigen Ansprüche aller Personen von jedem Betroffenen aus guten Gründen akzeptiert werden könnten“ (HABERMAS 99: 300).

Diese durch die Intersubjektivität der Konfliktbearbeitung entstehende *eine* moralische Welt ist gleichbedeutend mit einer Konsensgarantie, wenn diese auch nur eine begrenzte inhaltliche Tiefe aufweist. Die Verständigungsorientierung der Teilnehmer eines Diskurses und die damit verbundene Unterstellung der Perspektivenübernahme führt nicht zwangsläufig zu einer Einigung bei allen normativen Konflikten. Eine diskursinhärente Tendenz der Beschränkung möglicher Einigungen auf Verfahrensfragen, einer Prozeduralisierung von Normen in der Moderne, begrenzt die Reichweite möglicher Konsense über Fragen nachhaltiger Entwicklung.⁴

5.2 Verständigungsstörung durch Kolonisierung der Lebenswelt

These: Durch die Kolonisierung der Lebenswelt wird der Gegenstand möglicher politischer Integration durch Partizipation und Konsensualität grundlegend eingeschränkt.

Auskopplung von Systemen als Rationalisierungsfolge

Mit seiner These der Kolonisierung der Lebenswelt meint Habermas das Eindringen systemischer Imperative in lebensweltliche Reproduktionsprozesse. Gesellschaft ist nicht nur sozial integriert über sprachliche Verständigung in der Lebenswelt, sondern auch systemisch integriert über die nicht-verständigungsorientierten Medien Macht und Geld,

⁴ vgl. Kap 5.4

mit denen die Systeme Wirtschaft und Staat gesteuert werden. Wie kam es im Zuge der Rationalisierung der Lebenswelt, der verständigungsorientierten „Versprachlichung des Sakralen“ überhaupt zu einer Entkopplung dieser Systeme von der Lebenswelt, auf dessen Basis sich die kolonisierende Rückwirkung entwickeln konnte?

Im Zuge der evolutionären Entwicklung von Stammesgesellschaften über traditionale, rein staatlich organisierte Gesellschaften hin zu modernen Gesellschaften mit einem ausdifferenzierten Wirtschaftssystem treten neue systemische Mechanismen und Komplexitätsniveaus auf, die die Lebenswelt immer mehr zu einem Subsystem neben anderen herabsetzen (HABERMAS 1988(81) Bd.II: 232 ff.). In Stammesgesellschaften ist die Lebenswelt koextensiv mit einem wenig differenzierten Gesellschaftssystem, systemische Zusammenhänge sind eng mit Mechanismen sozialer Integration verwoben. Familiäre Gesellschafts- und mythische Bewusstseinsstrukturen sorgen für eine kollektiv geteilte homogene Lebenswelt. Beginnende Arbeitsteilungen und Warentäusche sind noch eingebettet in normativ integrierte Kontexte von Verwandtschaftsbeziehungen. Ebenso basiert Stratifikation, die Herausbildung von Führungspositionen und Organisationsmacht, noch auf Formen generalisierten Ansehens. Alle gesellschaftlichen Differenzierungen werden in den Horizont der Lebenswelt sozial integriert. Auf der nächsten Stufe der traditionellen, „staatlich organisierten“ Gesellschaften bildet sich politische Gewalt, deren Autorität sich nicht mehr aus verwandtschaftsbasiertem Prestige, sondern aus der richterlichen Sanktionsoption speist. Das Amt des Herrschers wird als persönliches Eigenrecht akzeptiert. Die staatliche Organisation strukturiert die Gesellschaft im Ganzen, politische Herrschaft und wirtschaftliche Aktivität muss daher noch an den gewachsenen Lebenswelten mit ihren kulturellen Überlieferungen anknüpfen. In diesem Stadium entstehen zwar schon Gütermärkte, die über das Geldmedium gesteuert werden. Einen strukturbildenden Effekt erzeugt das Medium Geld jedoch erst mit der Ausgliederung der Ökonomie aus der staatlichen Ordnung, wie es in der kapitalistischen Wirtschaft geschieht. Sie ermöglicht „normfreie Sozialität“. Der kapitalistische Betrieb ist unabhängig von Wertorientierungen und Mitgliedschaftsbedingungen und kann sich von der lebensweltlichen Normung „befreien“. Die Ausdifferenzierung des Teilsystems Wirtschaft erzwingt ihrerseits eine Reorganisation des Staates. Der Staatsapparat wird über das Steueraufkommen der Beschäftigten rückgekoppelt mit der Produktion, er wird vom mediengesteuerten Subsystem Wirtschaft abhängig. Diese Reorganisation zwingt ihn zur Angleichung politischer Macht an die Struktur eines Steuerungsmediums: Macht wird an Geld assimiliert. Damit sind auf der vorläufig letzten Stufe der modernen Gesellschaft die zwei Subsysteme Wirtschaft und Verwaltung von der lebensweltlichen rein kommunikativen Steuerung über Sprache abgekoppelt. Sie steuern sich über die Medien Geld und Macht, die nicht verständigungsorientiertes, sondern strategisches Handeln erfordern.

Die in den skizzierten einzelnen Schritten ermöglichten Komplexitätssteigerungen der Gesellschaft basieren auf strukturellen Differenzierungen der Lebenswelt, die wiederum der Dynamik kommunikativer Rationalisierung gehorcht. Alle neuen Mechanismen der Systemdifferenzierung, die evolutionären Neuerungen der Stratifikation, der staatlichen Organisation und der Steuerungsmedien, müssen in der Lebenswelt institutionell verankert sein. Der Übergang von egalitären zu hierarchisierten Stammesgesellschaften durch Stratifikation erfolgt über die lebensweltliche Legitimierung des Instituts des Status. Der Wechsel zur staatlich organisierten, politisch stratifizierten Klassengesellschaft erfordert die Etablierung von Amtsautorität. Die Herausbildung der Steuerungsmedien Macht und Geld in der ökonomisch konstituierten Klassengesellschaft, im modernen Kapitalismus, wird möglich über die Institutionalisierung des bürgerlichen Privatrechts. Die Entwicklung der Basisinstitutionen hin zu Status, Amtsautorität und Privatrecht gründet auf der Tendenz

der Universalisierung von Recht und Moral. Diese Wertgeneralisierung, die Entwicklung der Wertorientierungen in Richtung Verallgemeinerung und Formalisierung ist gleichbedeutend mit einer Rationalisierung der Lebenswelt (S. 269). Mit der Wertgeneralisierung löst sich das kommunikative Handeln von konkreten und tradierten Verhaltensmustern. Die Aufgabe sozialer Integration kann dann nicht mehr über eine religiös verankerte Übereinkunft, sondern nur noch über sprachliche Konsensbildungsprozesse geleistet werden.

Mit ihrer Herausbildung erfolgt aber zugleich die Trennung von erfolgs- und verständigungsorientiertem Handeln. Die Umstellung der Handlungskoordination auf sprachliche Verständigung erhöht derart den Kommunikationsaufwand und das Dissensrisiko, dass mit der Etablierung sprachlicher Verständigungsorientierung zugleich ihre Relativierung einsetzt. Sie besteht in der entlastenden Abkoppelung erfolgsorientierten Handelns. Letzteres benötigt Kommunikationsmedien wie Macht und Geld, die die sprachliche Verständigung ersetzen und die mit der staatlichen Verwaltung und der kapitalistischen Marktwirtschaft Subsysteme zweckrationalen Handelns bilden, die aus dem Kontext der Lebenswelt heraustreten.

System und Lebenswelt

Trotz der Abspaltung der Subsysteme Wirtschaft und Verwaltung sorgt die Lebenswelt für die Integration des Ganzen. Dies setzt voraus, dass die systemischen Mechanismen in der Lebenswelt verankert sein müssen. Die entsprachlichten Kommunikationsmedien Geld und Macht werden über das Recht institutionalisiert und damit – zumindest im demokratischen Verfassungsstaat – legitimiert. Das Recht ist dann Ausdruck lebensweltlicher Verständigung und fungiert als Bindeglied zwischen System und Lebenswelt. Strategische Handlungskontexte sind so über lebensweltliche Verständigungsprozesse anerkannt.

Diese Auskopplung der Subsysteme strategischen Handelns von der Lebenswelt ist nach Habermas funktional und normativ gerechtfertigt. Sie ist notwendig, weil erstens die durch Rationalisierung komplexer gewordene Verständigungsaufgabe nicht mehr rein sprachlich geleistet werden kann und einer Entlastung bedarf und zweitens die materielle Reproduktion der Lebenswelt sowohl kommunikative als auch strategische Handlungen erfordert (1984: 602). Sie ist legitim, weil diese Auskopplung der Systeme aus der Lebenswelt letztendlich diskursiv gerechtfertigt ist – beispielsweise durch die Massenloyalität zum Verfassungskonsens.

Welche Beziehungen existieren zwischen Systemen und Lebenswelt? Habermas unterscheidet zwei institutionelle Ordnungen der Lebenswelt. Die Privatsphäre besteht aus dem institutionellen Kern der von der Produktion entlasteten und auf Sozialisationsaufgaben reduzierten Kleinfamilie. Die Öffentlichkeit dagegen mit ihren Kommunikationsnetzen sichert die Teilnahme aller an der kulturellen Reproduktion und der politisch-sozialen Integration. Diese komplementären Sphären der Lebenswelt stehen jeweils in Austauschbeziehungen mit dem jeweils angrenzenden System. Die Privatsphäre ist mit dem Wirtschaftssystem verkettet durch den Austausch von Arbeitskraft gegen Arbeitseinkommen und Gütern gegen Nachfrage, also durch die Rollen des Beschäftigten und des Konsumenten. Die Öffentlichkeit steht in Verbindung mit dem Verwaltungssystem durch den Austausch von Steuern gegen Organisationsleistungen sowie von Massenloyalität gegen politische Entscheidungen, also durch die Rollen des Klienten und des Staatsbürgers.

Habermas unterscheidet zwei Kategorien von Austauschbeziehungen: Organisationsabhängige und nicht-organisationsabhängige Rollen. Die Rollen des Beschäftigten und des Klienten sind organisationsabhängig und erfordern eine Loslösung

aus lebensweltlichen Kontexten. Die Rollen der zweiten Kategorie, des Konsumenten und des Staatsbürgers, werden nicht wie die der organisationsabhängigen Beschäftigten und Klienten erst durch rechtliche Zustimmung erzeugt. Sie ergeben sich aus vorgängigen lebensweltlichen Bildungsprozessen in Privatsphäre und Öffentlichkeit: „Die kulturellen Nachfrage- und Legitimationsmuster“ sind „lebensweltlichen Kontexten verhaftet und stehen den Zugriffen von Wirtschaft oder Politik nicht in gleicher Weise offen wie die abstrakteren Größen Arbeitskraft oder Steuern“ (1988(81) Bd.II: 475). Der Austausch zwischen Lebenswelt und System erfordert in diesem Fall, dass die Produkte der Lebenswelt mediengerecht so umgeformt werden, dass sie von dem entsprechenden Subsystem als Faktoreingaben verarbeitet werden können. Die Gebrauchswertorientierung des Konsumenten also muss in geldwerte Nachfrageorientierung, die öffentlich artikulierte Meinung des Staatsbürgers in „machtwerte“ Massenloyalität transformiert werden. Bis hierhin handelt es sich nach Habermas um unproblematische Beziehungen zwischen Lebenswelt und System.

Problematisch wird die Auskopplung, wenn Systemzwänge in die soziale Integration hineingreifen und die Lebenswelt „mediatisieren“. Das ist dann der Fall, wenn Formen ökonomischer oder administrativer Rationalität in lebensweltliche Handlungsbereiche der kulturellen Reproduktion, der sozialen Integration und der Sozialisation eindringen, die auf Verständigungsorientierung angewiesen sind. Die Zurückdrängung verständigungsorientierter symbolischer Reproduktion wird von Habermas als Kolonisierung der Lebenswelt bezeichnet.

Kolonisierung

Die Kolonisierung der Lebenswelt beginnt dort, wo aufgrund von Eigendynamiken der Systeme Wirtschaft und Verwaltung diese versuchen, den Ressourceninput aus der Lebenswelt zu manipulieren: „Monetarisierung und Bürokratisierung scheinen die Grenzen der Normalität zu überschreiten, sobald sie die eigensinnig strukturierten Zufuhren aus der Lebenswelt instrumentalisieren“ (S.477). Die Monetarisierung der Alltagspraxis beschreibt Habermas so:

„In dem Maße, wie das ökonomische System die Lebensform der privaten Haushalte und die Lebensführung von Konsumenten und Beschäftigten seinen Imperativen unterwirft, gewinnen Konsumismus und Besitzindividualismus, Leistungs- und Wettbewerbsmotive prägende Kraft. Die kommunikative Alltagspraxis wird zugunsten eines spezialistisch-utilitaristischen Lebensstils einseitig rationalisiert“ (S. 480).

So wie die Lebenswelt durch das Medium Geld entstellt wird, so vollzieht sich analog die Infizierung der kommunikativ strukturierten Öffentlichkeit mit dem Medium Macht:

“Die bürokratische Vermachtung und Austrocknung spontaner Meinungs- und Willensbildungsprozesse erweitert einerseits den Spielraum für eine planmäßige Mobilisierung von Massenloyalität und erleichtert andererseits die Abkopplung der politischen Entscheidungen von Legitimitätszufuhren aus identitätsbildenden, konkreten Lebenszusammenhängen.“

Soweit zur Beschreibung der Phänomene der „Verdinglichung“ der kommunikativen Alltagspraxis.

Fragmentierung

Diese kolonisierende Verdinglichung kann nicht durch Aufklärung überwunden werden. Die in der Folge der Emanzipationsbewegung der französischen Revolution auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft entstandenen Ideologien mit beispielweise sozialistischen, radikaldemokratischen, syndikalistischen oder konservativen

Orientierungen, die die im kapitalistischen Rationalisierungsmuster entstehenden Defizite der Lebenswelt auf je spezifische Weise thematisiert haben, konnten noch eine Gesamtdeutung aus der Lebensweltperspektive anbieten. Mit der ehemaligen Sicherheiten ablösenden Kommunikationsstruktur der vollendeten Moderne wird dergestalt Ideologiebildung unmöglich, obwohl die Kolonisierungstendenz, die Konkurrenz zwischen Sozial- und Systemintegration eigentlich transparent sein müsste. Eine gemeinsame Diagnose mit dem Anspruch einer umfassenden Erklärungskraft wird normativ nicht zugelassen: „An die Stelle der positiv zu erfüllenden Aufgabe, einen bestimmten Interpretationsbedarf ideologisch zu decken, tritt die negative Forderung, Interpretationsleistungen auf dem Integrationsniveau von Ideologien gar nicht erst aufkommen zu lassen“ (S. 521). Habermas attestiert der Moderne so eine Tendenz der „Fragmentierung des Alltagsbewusstseins“. Diesem kann erst seine „synthetische Kraft“ genommen werden durch die Ausdifferenzierung von Expertenkulturen in Wissenschaft, Moral und Kunst, die die Bearbeitung von spezifischen Fragen nach Wahrheit, Richtigkeit und Wahrhaftigkeit übernehmen und damit der Alltagskommunikation entziehen. Das Alltagsbewusstsein ist so gebunden an einen anachronistischen Traditionalismus oder verdammt zur Zersplitterung.

Zur Überwindung einer derartigen Zersplitterung prinzipiell geeignet sind die Massenmedien, die das Potential hegemonialer Deutungen aufweisen (vgl. IMHOF/ROMANO 1996). Habermas unterscheidet zwei Typen von der sprachliche Kommunikation entlastenden Medien. Die systemisch integrierenden Steuerungsmedien ersetzen Verständigung, während generalisierte Formen der Kommunikation, zu denen die Massenmedien gehören, sie bloß „kondensieren“. Diese generalisierende Form von Kommunikation bleibt an den lebensweltlichen Hintergrund gebunden. Habermas attestiert den Medienöffentlichkeiten jedoch einen ambivalenten Charakter: Sie „hierarchisieren und einschränken den Horizont möglicher Kommunikationen zugleich“ (HABERMAS 1988(81) Bd.II.: 573). Während Habermas so die parallele Steigerung von Diskursivität und Verdinglichung für möglich hält, diagnostizieren Imhof/Romano die Dominanz massenmedial vermittelter Verdinglichungsprozesse in der Moderne.⁵

Grenzen der Partizipation

Vor dem Hintergrund dieser von Habermas kommunikationstheoretisch begründeten Entwicklung in Richtung einer Kolonisierung der Lebenswelt erscheint der politisch-integrative Nachhaltigkeitsansatz nach mehr Kommunikation, Partizipation und Konsens als direkter Wunsch nach Zurückdrängung dieser Kolonisierung, nach einer Wiedereinsetzung der prägenden Kraft ungestörter Verständigung, als Gegenangriff der bedrängten Lebenswelt. Das Partizipationsideal, die Beteiligung möglichst aller an Entscheidungsprozessen soll garantieren, dass Systemimperative, also Macht- oder Wirtschaftsinteressen nicht mehr über die Köpfe der Betroffenen hinweg wirksam werden können. Insbesondere die Kombination von Partizipation mit dem Konsensprinzip soll für die Verankerung dieser lebensweltlichen Schranke bürgen. Es soll bis zur vollendeten lebensweltlichen Verständigung diskutiert werden. In wieweit behindern die von Habermas selbst angeführten Ursachen für den Kolonisierungsprozess Schritte in diese Richtung?

Die Chancen für eine politisch-integrative Nachhaltigkeitsstrategie, die quasi schon vor dem Kolonisierungsprozess ansetzt und die ausdifferenzierten mediengesteuerten Subsysteme in den lebensweltlich-diskursiven Kontext zurückholen möchte, indem alle Fragen inklusive wirtschafts- und machtrelevanter Topoi in solchen partizipativen

⁵ vgl. Kap 5.6

Prozessen problematisiert werden, sind begrenzt. Eine Auskopplung der Systeme überhaupt ist nicht zu verhindern, stellen diese doch eine unabdingbare Entlastung vom komplexer gewordenen Verständigungsbedarf in posttraditionalen Kontexten dar. Sie sind gerade wegen des erhöhten Dissensrisikos entstanden, können folglich nicht durch konsensorientierten universal zuständigen Diskurs ersetzt werden. Zudem würde sich bei einer hypothetischen Neuauflage eines – vertragstheoretisch konstruierten - urdemokratischen Basisdiskurses wiederum eine normativ-rechtliche Fundierung dieser entlastenden Systeme ergeben. Habermas begründet die Herausbildung der diese Systeme legitimierenden Rechtsinstitute als zwangsläufiges Ergebnis eines Prozesses der Wertgeneralisierung, eines Ausdrucks der diskursiven Rationalisierung der Lebenswelt.

Rahmensetzung möglich

Spielraum bestünde allerhöchstens in der lebensweltlich-diskursiven Veränderung der Rahmenbedingungen der ausgekoppelten Systeme. Vorstellbar ist nach Habermas eine derartige Abhängigkeit der Subsysteme von der Lebenswelt:

„Man könnte sich beides vorstellen: die Institutionen, die Steuerungsmechanismen wie Geld oder Macht in der Lebenswelt verankern, kanalisieren entweder die Einflussnahme der Lebenswelt auf die formal organisierten Handlungsbereiche oder umgekehrt die Einflussnahme des Systems auf kommunikativ strukturierte Handlungszusammenhänge. Im einen Fall fungieren sie als der institutionelle Rahmen, der die Systemerhaltung den normativen Restriktionen der Lebenswelt unterwirft, im anderen Fall als Basis, die die Lebenswelt den systemischen Zwängen der materiellen Reproduktion unterordnet [...]“ (S.276).

Aus der Tatsache der Abkopplung erfolgt nach Habermas noch keine Abhängigkeit in einer zwingenden Richtung, die jetzt sich herausbildende Kolonisierungsrichtung der systemischen Formung der Lebenswelt muss nicht für alle Zeiten gelten.

Ein Beispiel aus unserer Fragestellung wäre die Durchsetzung eines diskursiv ermittelten Niveaus der Besteuerung von Naturverbrauch (Ökosteuer) mittels partizipativer Konsensrunden. Am Prinzip der Akzeptanz der Auskopplung eines mediengesteuerten ökonomischen Systems änderte dies nichts, der normative Primat der Lebenswelt wäre jedoch durch die Rahmensetzung zumindest in diesem Punkt gewährleistet. Gegen diesen normativen Primat spricht auch nicht die Diagnose sich dauerhaft regenerierender Konflikte aufgrund einer antagonistischen Gesellschaftsstruktur: „Zwischen Kapitalismus und Demokratie besteht ein unauflösliches Spannungsverhältnis; mit beiden konkurrieren nämlich zwei entgegengesetzte Prinzipien der gesellschaftlichen Integration um den Vorrang“ (S. 507). Diese Spannung zwischen den Integrationsmodi ist zwar Quelle ewiger Konflikte, erlaubt jedoch prinzipiell genauso gut zumindest temporäre Lösungen mit Frontverläufen, die auch die Beeinflussung strategischer Handlungsbereiche ermöglichen.

Grenzen des Konsens

Dies setzt aber eine hegemoniale, nach dem politisch-integrativen Nachhaltigkeitsansatz idealiter konsensuelle Deutung der Situation voraus. Nach Habermas kann noch ein Konsens im Diskurs der ausdifferenzierten Expertenkulturen entstehen, das Alltagsbewußtsein ist jedoch durch Fragmentierung von der Möglichkeit einer gemeinsamen Bewusstseinslage ausgeschlossen. Gerade aber dieses Alltagsbewusstsein soll nach dem politisch-integrativen Nachhaltigkeitsansatz in die konsensorientierte Entscheidungsprozedur integriert werden, sollen doch nicht nur Experten den Diskurs führen, sondern alle Betroffenen einbezogen werden.

Noch hinderlicher als diese sich allein aus der Rationalisierung der Lebenswelt ergebenden Schwierigkeiten sind jene, die mit der Kolonisierung der Lebenswelt entstehen. Fraglich

ist, ob in den anvisierten partizipativen Konsensrunden verständigungsorientiert gehandelt werden kann. Angesichts einer Instrumentalisierung der Lebenswelt, die strategische Interessen nach Vermehrung oder Erhalt von Macht und Geld latent in diskursive Prozesse hineinbringt, wird ein „untrügerischer“ Konsens unmöglich. Die in systemischen Kontexten übliche Form der Konfliktlösung, die Kompromissbildung als Folge strategischer Verhandlungsführung, droht infolge des Überlappens strategischer Interessen auf verständigungsorientierte Verfahren zum maximal Erreichbaren zu werden. Kompromisse basieren nicht auf der Übereinstimmung bei strittigen Fragen der Geltung von Wahrheits- oder Richtigkeitsansprüchen, sondern auf dem Ausgleich unterschiedlicher Interessen und der Herstellung von ökonomischen oder machttechnischen Gleichgewichten. Die Teilnehmer an partizipativen Verfahren können nicht aus ihrer Rolle als Akteure strategischer Handlungskontexte für die Dauer der gemeinsamen Sitzungen aussteigen. Ein Vertreter der Industrie etwa wird – ob er dies persönlich schick findet oder nicht – einer möglicherweise diskursiv nicht zu widerlegenden Besteuerung von Naturverbrauch nicht zustimmen. Er wird dies jedoch nicht mit Verweis auf seinen strategischen Handlungskontext tun, sondern seine Interessen nach niedrigen Produktionskosten und Standortvorteilen als objektive Notwendigkeit darstellen – sie quasi verdinglichen. Derselbe Sachzwang nach billigen Rohstoffen kann von einem Arbeitnehmervertreter, der Pendlerinteressen nach kostengünstigem Individualverkehr zwischen Wohnung und Arbeitsstätte vertritt, konstruiert werden. Das gleiche gilt natürlich für entgegengesetzte Interessen. Der Vertreter eines Anbieters auf dem Nahverkehrsmarkt würde sich auch nicht rein verständigungsorientiert in das Verfahren einbringen können. In allen Fällen dringen durch systemische Imperative induzierte Interessen nach Wirtschaftswachstum oder Arbeitsplatzterhalt reifiziert in den Diskurs ein und überformen ihn.⁶ Das inhaltliche Spektrum möglicher untrügerisch konsensueller Lösungen ist somit stark eingeschränkt.⁷

Nur über Problemstellungen, die sich neutral zu Wirtschafts- und Machtinteressen verhalten, kann demnach ein wirklicher Konsens jenseits eines Kompromisses erreicht werden. Dies dürften die wenigsten sein. Am ehesten sind vielleicht die rein technischen Nachhaltigkeitsstrategien in diesem Sinne neutral, sofern die Probleme durch die Substitution technischer Verfahren ohne große Strukturänderungen bei Marktanteilen von Produzenten gelöst werden können.

Natürlich können auch Kompromiss und Konsens zusammenfallen. Das Ergebnis eines aus strategischen Orientierungen entstandenen Kompromisses wäre dann identisch mit dem hypothetischen Ergebnis eines rein verständigungsorientiert generierten Konsenses. In unserem Beispiel des Diskurses um eine Besteuerung von Naturverbrauch wäre das vielleicht die allseitige Zustimmung zu einer Strategie der Selbstverpflichtung der Wirtschaft zur Reduktion von Naturverbrauch anstelle der Installation ökonomischer Steuerungsinstrumente. Dies würde den strategischen Interessen der Wirtschaftsvertreter

⁶ Stefan Kesting bezeichnet strategisches Handeln, Lobbying und rhetorische Figuren als „sprachvermitteltes Machthandeln“, das neben kommunikativem Handeln in partizipativ-diskursiven Verfahren zu erwarten ist. (KESTING 1999)

⁷ Nach Hans-Joachim Giegel ergibt die Trennung von System und Lebenswelt ein generelles Konfliktpotential, das sich aus dem lebensweltlichen Misstrauen gegen systemische Problemlösungen überhaupt speist: „Der Widerstand richtet sich gegen systemische Operationen, nicht weil sie einzelne aus der Lebenswelt heraus erhobene Ansprüche verletzen, sondern sie die Autonomie der Lebenswelt als solche bedrohen.“ (GIEGEL 98: 14). Dies gilt unabhängig von einem entsprechendem Bewusstsein der Akteure: „Vielfach werden sie in ein Konfliktgeschehen hineingezogen, ohne schon über ein die Konfliktfront angemessen bezeichnendes Deutungsschema zu verfügen.“

entsprechen und gleichzeitig der für diesen Fall angenommenen konsensuellen Deutung, dass die Betriebe nicht belastet werden dürfen.

Relative Kolonisierung

Davon abziehen sind jedoch die Fälle, in denen die Teilnehmer strategische Handlungsorientierungen lediglich als ihre eigenen Situationsdeutungen identifizieren würden aufgrund einer Verdinglichung systemisch generierter Vorgänge. Eine Quelle für eine verständigungskonträre Reifizierung, die nicht auf einem latent wirksamen strategischem Interesse beruht, das direkt durch einen Teilnehmer eines partizipativen Verfahrens eingebracht wird, stellt die hegemoniale Dominanz, die Herrschaft bestimmter vor allem über die Massenmedien transportierter unhinterfragter Deutungen dar. Sie können sich nicht qua Überzeugungskraft ihrer Argumente erhalten, sondern nur aufgrund der fehlenden öffentlichen Wirksamkeit der Forderung nach diskursiver Rechtfertigung. Im Beispiel wäre das die unhinterfragte Bejahung der Notwendigkeit ubiquitärer Entlastung von Unternehmen. Dergestalt Medienmacht hat ebenfalls mit dem Eindringen strategischer Handlungsorientierungen, etwa der Werbewirtschaft oder administrativer Informationspolitik, in die nach dem Aufklärungsideal angestrebte rein diskursiv strukturierte Sphäre der öffentlichen Auseinandersetzung zu tun.⁸ Habermas sieht diese Gefahr der Hierarchisierung des Diskurses durch Medienmacht, bescheinigt denselben Massenmedien jedoch prinzipiell eine Eigendynamik zur Erfüllung der aufklärerischen Funktion der Thematisierung bisher unterdrückter Inhalte:

„Die Ausschöpfung dieses autoritären Potentials bleibt stets prekär, weil in den Kommunikationsstrukturen selber das Gegengewicht eines emanzipatorischen Potentials eingebaut ist. Die Massenmedien können Verständigungsprozesse gleichzeitig aufstufen, raffen, verdichten, aber die Interaktionen nur in erster Instanz von den Ja/Nein-Stellungnahmen zu kritisierbaren Geltungsansprüchen entlasten; auch die abstrahierten und gebündelten Kommunikationen können nicht zuverlässig gegen die Widerspruchsmöglichkeiten zurechnungsfähiger Akteure abgeschirmt werden“ (HABERMAS 1988 Bd.II: 573).

Medial generalisierte Kommunikation kann demnach aufgrund des eigenen Anspruchs auf Verständigung nicht dauerhaft strategischen Imperativen unterworfen bleiben. Die Bedingungen für einen idealen Diskurs wirken kontrafaktisch und ermöglichen auch im Kontext massenmedialer Kommunikation das Zurückdrängen von Systemimperativen zugunsten einer Verständigung.

Nach Habermas ist also die Möglichkeit eines untrügerischen Konsensus weniger durch massenmediale Diskursrahmung als durch das Eindringen strategischer Handlungsimperative in lebensweltliche Deutungsprozesse gefährdet. Der gesellschaftliche Sektor oder das inhaltliche Spektrum, in dem überhaupt ein Konsens aller Beteiligten erreichbar ist, ist durch diese Kolonisierung zumindest beschnitten. Prinzipiell unmöglich ist auch bei erfolgreicher lebensweltlicher Gegenwehr eine verständigungsorientierte Lösung von Problemen, deren kommunikative Bearbeitung in die Subsysteme Wirtschaft und staatliche Verwaltung diskursiv gerechtfertigt ausgelagert ist. Hier sind – in den Grenzen erfolgreichen Widerstands gegen Kolonisierungstendenzen – lediglich Rahmungen denkbar.⁹ Die Erfolgchancen solcher Zurückdrängung systemischer Zwänge

⁸ vgl dazu ausführlich die Kritik von Imhof/Romano (Kap. 5.6)

⁹ Nach einer Kritik von Peter Wehling reduziert Habermas mögliche lebensweltliche Gegenwehr gegen Systemimperative auf den Schutz vor einem Zustand „pathologischer“ (Habermas) Dysfunktionalitäten

sind für Habermas nicht festgelegt: Für ihn ist es zumindest eine offene empirische Frage, „wann das Wachstum des monetär-bürokratischen Komplexes Handlungsbereiche berührt, die nicht ohne pathologische Nebenwirkungen auf systemintegrative Mechanismen umgestellt werden können“ (S. 548). Ob diese lebensweltlichen Initiativen angesichts einer Fragmentierung des Bewusstseins in der rationalisierten Lebenswelt, einer Abnahme geteilter Ideologien, jedoch konsensuell hergestellt werden können, ist unwahrscheinlich.

5.3 Deliberative Politik als Teilung des Diskurses versus direkte und korporatistische Partizipation

Nachdem mit der Kolonisierung der Lebenswelt die erste Einschränkung für die Möglichkeit universellen verständigungsorientierten Handelns benannt ist, handelt es sich bei der im folgenden vorgestellten zweiten Einschränkung um Hindernisse innerhalb der Sphäre kommunikativen Handelns, die sich nach dem kommunikationstheoretischen Ansatz von Habermas aus der prinzipiellen Unerreichbarkeit des idealen Diskurses ergibt. Im politisch-integrativen Nachhaltigkeitsansatz lassen sich die zwei parallelen Ziele einer urdemokratischen direkten Beteiligung aller auf der einen Seite sowie einer korporatistischen mittelbaren Partizipation über Gruppenzugehörigkeiten auf der anderen Seite unterscheiden. Entsprechend wird zuerst die für eine deliberative Politik notwendige Zweiteilung des Diskurses in eine informelle Sphäre der Öffentlichkeit und einen Bereich formal geregelter Entscheidungsprozeduren nachgezeichnet, um damit Realisationschancen und Reichweite des Anspruchs direkter Partizipation als gering zu markieren (5.3.1). Im Anschluß wird der ersatzweise oder additiv zum totalen Diskurs anvisierte korporatistische Nachhaltigkeitsansatz als Gewichtsverschiebung zugunsten systemischer Macht vorgestellt, die aber eher anschlussfähig ist. Sie läuft jedoch einer auf der diskursiven Öffentlichkeit gründenden deliberativen Politik entgegen, da sie mit den individuellen Abwehr- und Teilhaberechten kollidiert (5.3.2).

bei den lebensweltlichen Basisaufgaben der kulturellen Reproduktion, der sozialen Integration und der Sozialisation: „Die Perspektive einer weitergehenden Demokratisierung von Staat und Ökonomie wird damit offenbar fallengelassen [...]. Die transformierte kritische Gesellschaftstheorie zielt kaum mehr auf die Beschränkung politischer Herrschaft, ökonomischer Ausbeutung und ökologischer Zerstörung, sondern lediglich auf die Bewahrung eines angeblich unverzichtbaren Kernbestands verständigungsorientierten Handelns im ‚Herzen‘ der Lebenswelt. Die Richtung des ökonomischen und technischen Fortschritts, die Formen und Ziele der Ausübung politischer Macht, werden den angeblich selbstregulativen Mechanismen normfrei ausdifferenzierter und rational agierender Subsysteme überlassen.“ (WEHLING 1992: 364)

Daran ist richtig, dass Habermas sicher nichts gegen die generelle Herausbildung der Steuerungsmedien Geld und Macht und die damit verbundenen Selbstregulierungen einzuwenden hat. Dies ist aber nicht gleichbedeutend mit einer Akzeptanz beliebiger Ausbeutung von Menschen dieser oder späterer Generationen (also die Vernichtung natürlicher Ressourcen). Diese Eigendynamiken können nach dem Habermasschen Theorieansatz durchaus als zu bekämpfende Kolonisierung der Lebenswelt gedeutet werden, da sie etwa - in einem weiteren Sinn - die soziale Integration gefährden. Habermas lässt allerdings auch Spielraum für eine Interpretation seiner Theorie als Akzeptanz der beschriebenen Negativfolgen der Ausdifferenzierung der Subsysteme.

5.3.1 Formale Prozeduren und informelle Öffentlichkeit

These: Die Unerreichbarkeit eines idealen Diskurses führt notwendig zu dessen Zweiteilung in formelle Verhandlungsstrukturen und eine informelle Öffentlichkeit.

Teilung des Diskurses

Nach der Habermasschen Diskurstheorie benötigt deliberative Politik, das heißt der Prozess einer durch gemeinsame Beratung entstehenden kollektiven Verbindlichkeit, sowohl formalisierte institutionalisierte Beratungsprozeduren als auch die öffentliche Sphäre informeller Meinungsbildung. Deliberative Politik wird demnach nicht allein durch Annäherung an das republikanische Ideal einer sich selbst organisierenden zivilen Bürgerschaft realisiert. Abhängig ist sie vielmehr ebenfalls von der „Institutionalisierung entsprechender Verfahren und Kommunikationsvoraussetzungen, sowie vom Zusammenspiel der institutionalisierten Beratungen mit informell gebildeten öffentlichen Meinungen“ (1994: 362). Zu unterscheiden sind zwei Typen von Verständigungsprozessen. Demokratische Verfahren sind regulierte Prozesse mit dem operativen Ziel der Entscheidungsfindung zwischen konkurrierenden Lösungen. Die „anarchistischen“ Meinungsbildungsprozesse der Öffentlichkeit hingegen sind informell, zeitlich und räumlich unbegrenzt und dienen eher der Entdeckung und Sensibilisierung als der abschließenden Lösung von Problemlagen. Die Idee der kommunikativen Selbstbestimmung verkörpert sich im *Zusammenspiel* der formalen und informellen Komponenten: „Eine wenn auch anonym gewordene Volkssouveränität zieht sich in die demokratischen Verfahren und in die rechtliche Implementierung ihrer anspruchsvollen Kommunikationsvoraussetzungen nur zurück, um sich als kommunikativ erzeugte Macht zur Geltung zu bringen“ (S.365). Die formalisierten, rechtlich abgesicherten Verfahren sind demnach notwendig, um den verständigungsorientiert generierten kollektiven Willen durchzusetzen, die „kommunikative Macht“ auszuüben. Die institutionalisierten Verfahren sind jedoch nicht nur als formaler Vollstrecker extern generierten politischen Willens zu verstehen: „Genau genommen entspringt diese [die kommunikative Macht, U.S.] den Interaktionen zwischen rechtsstaatlich institutionalisierter Willensbildung und kulturell mobilisierten Öffentlichkeiten, die ihrerseits in den Assoziationen einer von Staat und Ökonomie gleich weit entfernten Zivilgesellschaft eine Basis finden.“

Kommunikation zwischen Öffentlichkeit und institutionellem Kern

Wie sehen diese Interaktionen zwischen Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit auf der einen und formalisierten Entscheidungsprozeduren auf der anderen Seite aus? Habermas geht in Anlehnung an Bernhard Peters (PETERS 93) vom einem Schleusenmodell aus (HABERMAS 94: 429f): Bindende Entscheidungen müssen durch die Kanäle eines Kernbereichs hindurchgeschleust werden, während die Legitimität dieser Politiken auf Willensbildungsprozessen in der Peripherie basiert. Der Kern besteht aus den institutionalisierten Komplexen von Verwaltung, Regierung, Gerichtswesen sowie der demokratischen Meinungs- und Willensbildung mit den parlamentarischen Körperschaften, Wahlen und der Parteienkonkurrenz. Dieses Zentrum ist in sich polyarchisch strukturiert. Zu diesem Zentrum gehört eine innere Peripherie, die an dessen Rand angesiedelt ist. Sie umfasst Institutionen mit Selbstverwaltungsrechten oder übertragenen Kontroll- und Hoheitsfunktionen wie etwa Versicherungssysteme, Kammern, Wohlfahrtsverbände oder

Standesvertretungen. Die äußere Peripherie hingegen weist diese direkten oder abgeschwächten exekutiven, judikativen oder legislativen Funktionen des Zentrums nicht auf. Sie besteht zum einen aus intermediären Organisationen wie Spitzenverbänden und Interessengruppen, die unterstützend und regelnd bei der Implementation von im Kern generierten Politiken wirken. Sie werden als Abnehmer vorgestellt. Den wesentlichen peripheren Kontext bilden jedoch Gruppen, Assoziationen und Verbände, die über die öffentliche Meinungsbildung Interessen, Bedürfnisse und Problemwahrnehmungen in das Zentrum hineintragen und versuchen, so auf dessen Entscheidungen Einfluß zu nehmen. Sie werden als Zulieferer gedacht.

Nach diesem Modell ist die Richtung der Prozesse nicht festgelegt: „Veränderungen können ebenso vom Zentrum wie von der Peripherie ausgehen“ (PETERS 93: 340f). Dies steht nach Habermas jedoch im Widerspruch zur Idee der Demokratie, die einen dominanten Einfluß politischer Willensbildungsprozesse für die politische Entwicklung fordert. Daraus folgert Habermas, dass die politisch entscheidenden Kommunikationsflüsse von der Peripherie ausgehen und sich dann durch die Schleusen demokratischer Prozeduren im Kern zwingen, im parlamentarischen Komplex weiter verarbeitet werden müssen. Andernfalls drohe eine Verselbständigung von Macht des administrativen Komplexes oder sozialer Macht der intermediären Strukturen gegenüber der auf diskursiver Öffentlichkeit beruhenden kommunikativen Macht des parlamentarischen Komplexes. Abweichend von diesem demokratischen Ideal eines unilinearen Kommunikationsstromes von der Peripherie zum Kern konstatiert Habermas in der Praxis in Gegenrichtung fließende oder zirkuläre Kommunikationen, die einer unvermeidlichen Komplexitätsreduktion dienen. Zu diesen notwendigen Routinen gehören etwa Gerichtsurteile, die Vorbereitung von Gesetzen durch Verwaltungen, die parlamentarische Verabschiedung von Gesetzen und Haushalten oder Wahlkämpfe von Parteizentralen.

Entscheidend ist nun, ob diese etablierten Routinen ausreichend offen bleiben für Problematisierungen aus der Peripherie. Dies hängt letztlich von der Integrität der Lebenswelt ab, aus der sich zivilgesellschaftliche Kapazitäten speisen:

„Diese starken Erwartungen wird die Peripherie nur in dem Maße erfüllen können, wie die Netzwerke der nicht-institutionalisierten öffentlichen Kommunikation mehr oder weniger *spontane* Meinungsbildungsprozesse ermöglichen. Resonanzfähige und autonome Öffentlichkeiten sind wiederum angewiesen auf eine soziale Verankerung in zivilgesellschaftlichen Assoziationen und auf eine Einbettung in liberale Muster der politischen Kultur und Sozialisation, mit einem Wort: auf das Entgegenkommen einer rationalisierten Lebenswelt“ (HABERMAS 94: 434).

Trägheit des Diskurses

Der wesentliche Grund für die beschriebene Zweiteilung des Diskurses in Kern und Peripherie, in formale Verfahren und informelle Öffentlichkeit und damit auch für die Grenzen des Nachhaltigkeitsanspruches auf unmittelbare Partizipation liegt in der Komplexität moderner Gesellschaften. Die formalen Verfahren der Politik und deren Steuerung über das Recht sind notwendig aufgrund der Überlastung direkterer gesellschaftlicher Integrationsmechanismen:

„Denn das Recht ist das Medium, über das sich die aus einfachen Interaktionen und naturwüchsigen Solidarverhältnissen bekannten Strukturen gegenseitiger Anerkennung in abstrakter, aber bindender Form auf die komplexen und zunehmend anonymen Handlungsbereiche einer funktional differenzierten Gesellschaft übertragen lassen“ (S. 387).

Diese notwendige Formalisierung beziehungsweise die Unerreichbarkeit eines permanenten globalen basisdemokratischen Versammlungsdiskurses spiegelt sich im

utopischen Charakter des idealen Diskurses, der Unmöglichkeit „reiner kommunikativer Vergesellschaftung“. Folgende Typen von Hindernissen werden von Habermas angeführt:

- Mediale Verzerrung:
instrumentelle und zufällige Selektivität der Kommunikationsmedien
- Ungleiche Fähigkeiten:
asymmetrische Aufmerksamkeiten und Kompetenzen
- Kognitive Grenzen:
Begrenzte kognitive Verarbeitungskapazitäten einfacher, horizontal vernetzter Kommunikationen
- Motivationale Unsicherheit:
Verständigungsstörungen durch strategisches Handeln oder Selbsttäuschungen der Beteiligten
- Handlungsdruck
Zwang zur räumlichen, zeitlichen und sachlichen Begrenzung des Diskurses

Diese Abweichungen vom idealen Diskurs sind „unvermeidliche Trägheitsmomente“, auch wenn ihre Ausprägung empirisch variiert.¹⁰

Repräsentative Institutionen als gegensteuernde Komplexität

Das Modell reiner kommunikativer Vergesellschaftung rechnet jedoch mit einer Gesellschaft ohne Recht und Politik. Aufgrund der beschriebenen zwingenden Abweichungen ist diskursive Vergesellschaftung nur über rechtlich gesteuerte Verfahren durchsetzbar. Das Recht muss in seiner reflexiven Anwendung den „diskursiven Modus gewährleisten, wonach sich Erzeugung und Anwendung von Rechtsprogrammen unter Bedingungen der Argumentation vollziehen sollen. Das bedeutet die Institutionalisierung rechtlicher Verfahren, die eine annähernde Erfüllung der anspruchsvollen Kommunikationsvoraussetzungen für faire Verhandlungen und zwanglose Argumentationen sichern“ (HABERMAS 90(62): 41¹¹). Das Recht soll die Inklusion aller Betroffenen, die Gleichverteilung der Teilnahmechancen am politischen Prozess, die Öffentlichkeit, gleiches Stimmrecht, gleiches Recht zur Themenwahl und symmetrische Informationsoptionen in den Verfahren möglichst vollständig verwirklichen und so den normativen, verständigungsorientierten Gehalt demokratischer Verfahren gegen hierarchische, selektive Kommunikation realisieren. Damit wirkt es gegen die Trägheitsmomente der ungleichen Fähigkeiten und der medialen Verzerrung. Aber auch die ebenfalls den ideellen Diskurs behindernden Trägheitsmomente der kognitiven Unbestimmtheit, der motivationalen Unsicherheit sowie des Handlungsdrucks sind im Recht „inkorporiert“. In diesem Sinne bewertet er etwa die Mehrheitsregel als Methode, Diskursivität bei Handlungsdruck zu optimieren. Daraus ergibt sich die Forderung, durch institutionelles Arrangement wie etwa Begründungszwänge, Regeln der Beweislastverteilung, wiederholte Lesungen bei Gesetzesvorlagen usw. ständig eine Beziehung zur Norm der Argumentation aufrecht zu erhalten (S.42).

¹⁰ Deswegen wendet sich Habermas selbst explizit gegen eine Lesart des idealen Diskurses als anzustrebende Zielmarke, die zumindest annähernd verwirklicht werden kann (vgl. HABERMAS 94: 392).

¹¹ Im Vorwort zur Neuauflage des 1962 erschienenen Werks: „Zum Strukturwandel der Öffentlichkeit“.

Habermas leitet aus der Notwendigkeit der mit Hilfe des Rechts vorzunehmenden Reduktion der unvermeidlichen Komplexität des idealen Diskurses die Unmöglichkeit universeller direkter Partizipation bzw. die Notwendigkeit eines repräsentativen parlamentarischen Systems ab:

„Unter diesem Gesichtspunkt lassen sich aber die Grundrechte und die Prinzipien des Rechtsstaates als ebenso viele Schritte zur Reduktion jener unvermeidlichen Komplexität verstehen, die im Gegenlicht des Modells reiner kommunikativer Vergesellschaftung erkennbar wird. Für die verfassungsrechtliche Konkretisierung dieser Grundsätze und für die Institutionalisierung der Verfahren deliberativer Politik (mit Mehrheitsregel, Repräsentationsorganen, der Übertragung von Entscheidungskompetenzen, der Verschränkung von Kontrollbefugnissen usw.) gilt das erst recht“ (94: 397).

Eine direkte Partizipation kann die erhoffte diskursive Rationalitätssteigerung nicht erbringen – allein die Kombination aus formalen Verfahren einerseits und freiem Raisonement andererseits dient der Annäherung an das diskursive Ideal:

„Die diskurstheoretisch begründete Erwartung vernünftiger Ergebnisse gründet sich vielmehr auf das Zusammenspiel der institutionell verfassten politischen Willensbildung mit den spontanen, nicht-vermachten Kommunikationsströmen einer nicht auf Beschlussfassung, sondern auf Entdeckung und Problemlösung programmierten, in diesem Sinne nicht-organisierten Öffentlichkeit. Wenn die Idee der Volkssouveränität auf hochkomplexe Gesellschaften noch realistisch Anwendung finden soll, muss sie von der konkretistischen Deutung einer Verkörperung in physisch anwesenden partizipierenden und mitbestimmenden Gliedern eines Kollektivs abgelöst werden“ (90: 43).

Die Institutionen des Rechtsstaates haben dabei den Sinn einer „gegensteuernden Komplexität“. Eine Chance auf Kompensation der Beschränkungen kommunikativer, kognitiver und motivationaler Art, denen eine deliberative Politik, das heißt die Umsetzung von kommunikativer in administrative Macht unterliegt, bietet sich nur durch die normative Gegensteuerung rechtsstaatlicher Institutionen (94: 398). Eine offene Frage ist es jedoch, ob die „soziale Faktizität“ der Trägheitsmomente einen Kristallisationskern für verselbständigte Machtkomplexe bildet, auch wenn diese in den formellen Organisationsstrukturen berücksichtigt sind mit dem Ziel ihrer Neutralisierung. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem unauffälligen Eindringen von administrativer und sozialer Macht aus den Systemen Staat und Wirtschaft in die rechtsstaatlich regulierten Machtkreisläufe – einer Kolonisierung der Lebenswelt.¹²

5.3.2 Korporatistische Partizipation als untaugliche Therapie

These: Die ersatzweise angestrebte und realisierte korporatistische Partizipation bildet sich vor dem Hintergrund eines Zuwachses an Steuerungsaufgaben heraus. Sie steht jedoch im Konflikt mit der Entwicklung von Rechten und damit mit deliberativer Politik, die allein das kognitive Potential zur erfolgreichen Integration aufweist.

Parallel zur Zielstellung direkter Bürgerbeteiligung, wie sie etwa in Konzeptionen zur lokalen Agenda zum Ausdruck kommt, ist die Orientierung auf korporatistische Prozesse der Einbeziehung aller „gesellschaftlichen Gruppen“ in Verhandlungssysteme wie runde Tische, Konsensgespräche, „Nachhaltigkeitsräte“ etc. Bestandteil des politisch-integrativen Nachhaltigkeitsansatzes. Aufgrund der evidenten Unmöglichkeit eines globalen universellen Versammlungsdiskurses, einer reinen kommunikativen Vergesellschaftung,

¹² ebd., vgl. auch Kap 5.2

wird korporatistische Partizipation teils ersetzend, teils ergänzend proklamiert. Diese Verfahren sollen hier insoweit behandelt werden, wie sie die bestehenden rechtsstaatlich legitimierten politischen Verfahren und Machtkreisläufe mit den Komponenten Öffentlichkeit und parlamentarische Entscheidung unterminieren bzw. ablösen. Nicht gemeint hingegen sind partizipatorische Formen der Beteiligung, die eine „implementierende Verwaltung an die Diskurse ihrer als Staatsbürger ernstgenommenen Klienten anbindet“ (S. 428), wie sie etwa bei Raumordnungsverfahren oder bei der kooperativen Umsetzung von ordnungsrechtlichen Umweltvorschriften im Bereich der Wirtschaft bekannt sind.

Korporatismus als Steuerungsnotwendigkeit in der Risikogesellschaft

Die Ursache für die zunehmende Installation korporatistischer Verhandlungssysteme liegt nach Habermas in einem Zuwachs an Steuerungsaufgaben des Staates in der „Risikogesellschaft“. Die Aufgaben des Staates erweiterten sich im historischen Verlauf in grober Näherung von der Ordnungswahrung auf die gerechte Verteilung von sozialen Entschädigungen. Heute kommt in einer dritten Phase zusätzlich die Bewältigung kollektiver Gefährdungslagen hinzu. Schon in der zweiten Phase, bei der Herausbildung des Sozialstaates, entstehen Probleme der Rechtssicherheit und der Gesetzesbindung. Eine eindeutige Programmierung der Verwaltung war nur in der ersten Phase der Beschränkung auf Aufgaben der Ordnungswahrung möglich. Sie musste lediglich in den Fällen eingreifen, wo die rechtsstaatlich zu garantierende Ordnung gestört wurde. Ihre Praxis kann als „reaktiv, bipolar und punktuell“ charakterisiert werden. Mit der sozialstaatlichen Gesetzgebung sollten die Verwaltungen zusätzlich Aufgaben der Gestaltung und der politischen Steuerung umsetzen. Dafür ist eine planende und vorsorgende Praxis notwendig, die zudem die Beziehungen der Bürger untereinander berührt. Durch eine Erweiterung der Rechtsformen um Maßnahmegesetze, experimentell temporäre Gesetze oder prognoseunsichere Lenkungsgesetze sowie durch Eindringen von unbestimmten Rechtsbegriffen erhöht sich die Komplexität, Situationsabhängigkeit und Ungewissheit der Verwaltungspraxis, so dass sie nicht komplett planbar und damit auch im voraus normativ nicht eindeutig bestimmbar ist. Dies hat Konsequenzen für die Gewaltenteilung. Habermas konstatiert ein „verfassungsrechtliches Regelungsdefizit“ der steuernden Verwaltung durch die Materialisierung des Rechts mit der Folge von Tendenzen zur Selbstprogrammierung der Verwaltung aufgrund nachlassender Bindungswirkung des parlamentarischen Gesetzes (S.519f). Diese durch die Materialisierung des Rechts in der Periode der Etablierung des Sozialstaats auftretenden Probleme werden durch das Auftreten kollektiver Gefährdungslagen, also des Problems der Nachhaltigkeit, verstärkt: „Allgemein stellen die Gefahren der Risikogesellschaft an die analytische und prognostische Fähigkeit von Experten ebenso wie an die Verarbeitungskapazität, Handlungsbereitschaft und Reaktionsgeschwindigkeit der risikovorbeugenden Verwaltungen so hohe Anforderungen, dass sich die im Sozialstaat bestehenden Probleme der Gesetzesbindung und der Rechtssicherheit dramatisch zuspitzen“ (S.522). Zum einen ist die Anbindung der vorsorgenden, aufgrund der vor allem durch die Ausweitung des Zeithorizonts gesteigerten Komplexität zwangsläufig inkrementalistischen Handlungsprogramme an parlamentarische, diskursiv gerechtfertigte Normsetzung noch schwieriger, zum anderen versagen die Steuerungsmittel. Die Komplexitätssteigerung durch die Präventionsaufgabe Nachhaltigkeit führt so neben einer Verselbständigung administrativer Macht zu einer „Verstrickung“ des Staates in „Verhandlungen mit gesellschaftlichen Funktionssystemen, großen Organisationen, Verbänden usw., die sich einer imperativen Steuerung (über Gebühren, Sanktionen, oder finanzielle Anreize) weitgehend entziehen und nur noch persuasiven Mitteln der Kommunikation zugänglich sind“ (S.523).

Korporatismus versus diskursive Rechte

Mit einer weiteren Realisierung des korporatistischen Nachhaltigkeitsansatzes ist nach dieser Analyse der Entwicklung der Staatsaufgaben also zunächst zu rechnen. In Konflikt geraten wird sie jedoch mit dem der Moderne immanenten Anspruch einer Etablierung von Rechten, der aus dem in „symmetrischen Anerkennungsverhältnissen kommunikativ strukturierter Lebensformen fundiertem“ Diskursprinzip resultiert. Gefährdet ist die „private und öffentliche Autonomie vergesellschafteter Individuen“, die durch private Freiheits- und staatsbürgerliche Teilhaberechte institutionalisiert wird. Eine Errungenschaft der Moderne ist die Etablierung dieser Rechte völlig unabhängig von partikularen Gruppenzugehörigkeiten.¹³ Die Verbindung von Diskursprinzip und Rechtsförmigkeit erfordert Grundrechte der maximal möglichen gleichen subjektiven Handlungsfreiheit, der Rechtsweggarantien sowie Rechte auf chancengleiche Teilhabe am politischen Prozess. Weiterhin ergeben sich Ansprüche auf Lebensbedingungen in sozialer und ökologischer Hinsicht, die eine Wahrnehmung der erstgenannten Rechte erst für alle ermöglichen (S.155ff).

Mit der durch korporatistische Arrangements zunehmenden Verschiebung von Handlungen von Individuen auf gesellschaftliche Funktionssysteme und große Organisationen wird die Sicherung von „schutzwürdigen Kollektivgütern der Risikogesellschaft“ durch subjektive Rechte schwieriger werden. Der individuelle Rechtsanspruch etwa auf die nicht gesundheitsgefährdende Nutzung kollektiver Umweltmedien (zB nicht durch Autoabgase verunreinigte Luft) konkurriert demnach mit Systemimperativen und wird Schaden erleiden. Ebenso eingeschränkt werden die staatsbürgerlichen Rechte. Mit der faktischen oder formalen Ausweitung der legitimen Verfassungssubjekte auf Organisationen, korporative Akteure und Funktionssysteme ist eine Aushöhlung der Legitimationsbasis des Rechts auf öffentliche Autonomie verbunden: „Je mehr sich die öffentliche Verwaltung in ‚soziale‘ Diskurse neuer Art verstricken lässt, um so weniger kann sie der demokratisch-rechtsstaatlichen Form des offiziellen Machtkreislaufes genügen“ (S.423). An die Stelle deliberativer Politik tritt dann der Hegelsche Ständestaat. Die Kollision mit den Rechten der Subjekte wird Habermas zufolge auch die Kapazitäten zur Erkenntnis gesellschaftlicher Problemlagen einschränken und so kontraproduktiv für das Ziel der gesellschaftlichen Integration wirken, da sie verletzte Interessen und bedrohte Identitäten systematisch ausblenden. Das normative Defizit äußert sich in einem funktionellen Unvermögen: „Parastaatliche Verhandlungssysteme ohne effektive Anbindung an den parlamentarischen Komplex und die Öffentlichkeit rufen Legitimationsprobleme hervor und sind, wegen ihrer Spezialisierung auf Fragen der funktionalen Koordination, dem anfallenden Problemdruck auch kognitiv nicht gewachsen.“ Habermas setzt demgegenüber auf eine Ermächtigung der diskursiven Öffentlichkeit: „Unter beiden Gesichtspunkten [funktionalen und legitimatorischen, U.S.] empfiehlt es sich, dass die erweiterte Wissensbasis einer steuernden Verwaltung durch deliberative Politik, nämlich durch den öffentlich organisierten Meinungsstreit zwischen Experten und Gegenexperten geprägt und von der öffentlichen Meinung kontrolliert wird.“

Die korporatistischen Verhandlungssysteme stimulieren nach Habermas durch den Zwang zur gegenseitigen Abstimmung der Funktionssysteme deren Komplexitätswachstum (S.420). Diese *weiter* wachsende Komplexität der im korporatistischen Paradigma mitbestimmungsberechtigten Systeme steht anders als bei vergangenen Komplexitätssteigerungen nun im Widerspruch, in keiner „prästabilisierten Harmonie“ zur Verwirklichung von Grundrechten. Während in der Vergangenheit mit der

¹³ vgl. auch Münch in: MÜNCH 95:19

komplexitätssteigernden Ausdifferenzierung der Systeme der kapitalistischen Wirtschaft und der staatlichen Administration eine gleichzeitige Steigerung von individuellen Rechten der Staats- und Wirtschaftsbürger einhergehend, kann für eine weitere Komplexitätssteigerung keine Konvergenz mit dem Ziel der Realisierung gleicher Rechte angenommen werden: „Deshalb nimmt die Idee des Rechtsstaates Schaden, wenn die gesellschaftlichen Funktionssysteme verfassungsrechtlich aus ihrer instrumentellen Rolle entlassen werden und zum ‚Selbstzweck‘ avancieren. Dann müssen ‚Autonomie und Differenziertheit‘ der Bürger mit derjenigen der Systeme sogar innerhalb des ‚offiziellen‘ Machtkreislaufes um Rechtsschutz konkurrieren“ (S.425). Habermas zufolge wird die demokratische Rechtsstaatlichkeit nur erhalten, wenn der Staat gegenüber korporierten Verhandlungspartnern seine „asymmetrische“ Position behauptet, zu der er aufgrund des in der Legislative kondensierten Willens der Bürger legitimiert ist. Eine Rolle als Supervisor reicht dafür nicht.

Nicht-Öffentlichkeit als Türöffner

Die derart nach der Theorie kommunikativen Handelns mit den Imperativen einer diskursiven Öffentlichkeit konfligierenden korporatistischen Verhandlungssysteme sind allerdings zu unterscheiden von nicht-öffentlichen Kommunikationsarrangements ohne Entscheidungsmacht, in denen widerstreitende Akteure ohne den Druck öffentlichen Schauspiels festgefahrenen öffentlichen Kommunikationsprozessen eine Chance auf Bewegung verschaffen können. Richard Münch begründet die Notwendigkeit solcher nicht-öffentlicher Prozesse aus der Kommunikationsdynamik der Öffentlichkeit selber. Der in der öffentlichen Sphäre durch Tendenzen der Inflation von massenmedialen Kommunikationsereignissen sich verschärfende Profilierungsdruck verhindert Verständigungsprozesse. Deshalb bedarf es Sphären mit „gemildertem Darstellungszwang“. Öffentliche Kommunikation als Anstrengung zur Verständigung ist demnach prinzipiell in seinen Erfolgsaussichten begrenzt und kann erst durch die Hilfe nicht-öffentlicher Kommunikation gelingen. Öffentliche Kommunikation braucht einen

„breitgefächerten und tiefgestaffelten Unterbau der nichtöffentlichen Kommunikation, in der die Kontrahenten der öffentlichen Kommunikation unmittelbar in das Gespräch miteinander kommen können. Dazu bedarf es der Einrichtung einer Vielzahl von Kommissionen, Beiräten und Vereinen, in denen die Mitglieder der verschiedensten Organisationen und Funktionsbereiche der Gesellschaft – Religion, Literatur, Medien, Kunst, Wissenschaft, Wirtschaft, Verbände und Politik – zusammentreffen und miteinander ins Gespräch mit gemildertem Darstellungszwang gelangen, in dem nicht ständig die öffentliche Wirkung des gesprochenen Wortes kalkuliert werden muss“ (MÜNCH 95: 105).

Münch betrachtet nicht-öffentliche Kommunikation so als „unerlässliches Korrektiv“ gegen inflationäre Tendenzen der öffentlichen Kommunikation. Von der gerade auch im Nachhaltigkeitsdiskurs als kommunikativ-partizipatorischer Fortschritt mit Konsenschance eingeforderten Praxis, bisher aneinander vorbei kommunizierende Gruppierungen in nicht-öffentlichen Foren ins Gespräch zu bringen und damit als Katalysator für öffentliche Kommunikation zu fungieren, ist es jedoch nicht weit zur Installation von entscheidungsbefugten korporativen Verhandlungssystemen, die die individuellen Beteiligungsrechte unterlaufen und diskursreduzierend wirken.

5.4 Normabstraktion als Diskursfolge

These: Die diskursimmanente Tendenz zur Universalisierung von Normen begrenzt die Chancen für eine konsensuale Anerkennung ethisch substantieller Nachhaltigkeitsvorstellungen.

Ein weiteres Hindernis für den politisch-integrativen Nachhaltigkeitsansatz besteht in der Tendenz zur Desubstantialisierung von Normen. Ethische Vorstellungen von einer bestimmten Form guten Lebens werden immer weniger in rechtlich gesicherten und damit verbindlichen Normen Niederschlag finden. Die Gründe für die dieser Entwicklung zugrunde liegende Universalisierung von Moral lassen sich aus den Argumentationsregeln des Diskurses selber, letztlich aus dem der Sprache immanenten Ziel der Verständigung herleiten. Vor diesem Hintergrund ist fraglich, ob viele der im Nachhaltigkeitsdiskurs zu beobachtenden eher substantielle Ethiken einfordernden Zielstellungen über den Diskurs zu Verbindlichkeiten aufsteigen können. Präferenzen etwa nach bestimmten Formen und Grenzen der Naturnutzung, kulturspezifische Bewertungen von Risiken, dezidierte Vorstellungen vom guten Leben oder des korrekten Umgangs mit nicht-menschlichen Wesen haben dann keine Chancen auf eine Verbindlichkeit, die jedoch gerade im Namen der Nachhaltigkeit beansprucht wird und über ein Konzept der politischen Integration über Partizipation, Kommunikation und Konsensualität durchgesetzt werden soll.

Normabstraktion durch Diskurs

Warum ist die Tendenz zur Abstraktion von Normen diskursimmanent? Das Diskursprinzip besagt, dass Normen dann Geltung beanspruchen dürfen, wenn sie die Zustimmung aller potentiell Betroffenen finden könnten. In einer posttraditionalen Gesellschaft wird das bisherige kollektive Gute problematisiert mit der Folge der Pluralisierung von Weltanschauungen und Ethiken. Wertkonflikte können im Gegensatz zu Interessenkonflikten weder kompromissförmig noch konsensual beigelegt werden. Über fundamentale Wertstandards kann „vernünftigerweise Dissens“ (HABERMAS 1998: 32) bestehen. Dies führt zur Universalisierung, zur Desubstantialisierung von Normen: Damit

„nötigt der Pluralismus der Lebensformen und Lebensentwürfe zur Einigung auf abstraktere und allgemeinere Normen, die nicht schon von Haus aus auf spezielle Fälle zugeschnitten sind. Voraussetzungsgemäß [nach dem Diskursprinzip, U.S.] können diese aber nur insoweit Legitimität beanspruchen, wie sie das erweiterte Spektrum und die größere Variation von Lebensumständen und Optionen im gleichmäßigen Interesse aller Betroffenen regeln“ (S.33).

Die Idee der Gerechtigkeit wird damit immer abstrakter, sie wandelt sich vom gerechtfertigten Inhalt zur allein rechtfertigungsfähigen Verfahrensform: „Die Legitimitätserwartung – dass allein Normen, die 'für alle gleichermaßen gut sind', Anerkennung verdienen – lässt sich nun nur noch mithilfe eines Prozesses erfüllen, der unter Bedingungen der Inklusion aller potentiell Betroffenen Unparteilichkeit im Sinne der gleichmäßigen Berücksichtigung aller berührten Interessen sicherstellt.“¹⁴ Die Koinzidenz von Wertepluralität und einem auf vollständige Geltung zielendem diskursivem Normverständnis führt zur Akzeptanz der Parallelität sich ausschließender

¹⁴ Die Entwicklung hin zur Prozeduralisierung von Entscheidungsverfahren als der Entwicklungslogik moderner Gesellschaften angemessene Demokratieausprägung beschreibt ausführlich Ingeborg Maus (MAUS 94).

Wertvorstellungen. Die *ubiquitäre* Durchsetzung *partikularer* Verständnisse von nachhaltiger Naturnutzung durch den Menschen, etwa die Betonung der relativen Unberührtheit zusammenhängender Naturräume für Erholungsfunktionen oder die Prioritätensetzung auf naturnahes Wohnen in denselben Naturräumen, die Ablehnung des Überschreitens bestimmter Schwellen des Natureingriffs durch Gentechnik oder die Akzeptanz der Ausbeutung auch der kleinsten Baueinheiten der Natur zu Zwecken der Steigerung menschlicher Wohlfahrt, kollidiert so mit dem Diskursprinzip, welches die auf Koexistenz zielende Berücksichtigung konträrer, nicht konsensuell auflösbarer Wertvorstellungen einfordert. Wertkonflikte sind demnach „nicht rational lösbar, sondern nur rational-diskursiv erörterbar“ (BONACKER 97: 54). Der Zwang zur Tolerierung des Dissenses und damit zur Akzeptanz differierender Nachhaltigkeitsethiken ist mit dem reinen Diskursprinzip, welches auf kompletten Konsens abzielt, verbunden. Konsens kann es nur geben um den Preis der Abstraktion von Regeln.

Diskursivität begrenzt Konsens

Dies gilt um so mehr, als Diskursivität und Konsensualität nicht gleichzeitig beliebig steigerbar sind. Klaus Eder weist auf das doppelte Ergebnis diskursiver Prozesse hin:

„Die zentrale Rolle von Kommunikation hat zwei widersprüchliche Konsequenzen. Die erste ist die Betonung von Konsensus, die Beobachtung der Herstellung geteilter [...] Interpretationen der Welt [...]. Die zweite betrifft die Betonung von Unterschieden durch den Rekurs auf partikuläre Sprachspiele. Kommunikation führt zur Trennung von Akteuren, zu Strategien, das eigene Sprachspiel zur Differenzkonstruktion zu benutzen und einen „cultural bias“ zu betonen“ BRAND, EDER, POFERL 97: 55).

Im Diskurs werden Unterschiede zwangsläufig herausgefiltert, wenn nicht sogar erst neu konstruiert. Die für das Konsensziel mögliche Kontraproduktivität gesteigerter Kommunikation arbeitet auch Münch heraus:

„Die Kommunikationszwänge können Kommunikationsschübe erzeugen, denen keine Verständigung auf gleichem Niveau folgt. Statt Konsens entsteht mehr Dissens. Die Darstellungszwänge trennen die Sprache von der Realität, weil Idealisierung, Dramatisierung und expressive Kohärenz zu überzeichneten Darstellungen führen“ (MÜNCH 95: 127).

Auch jenseits derartiger durch strategische Motive ausgelöster, eher borniert artifizieller Trennungen schreibt Münch Kommunikation keineswegs automatische Konsenserzeugung zu:

„Außerdem kann durch das offene Wort auch verletzt und Streit entfacht werden (...) Kommunikation ist an sich immer Widerspruch, der einen vorhandenen Konsens gerade durchbrechen kann, ohne an dessen Stelle notwendigerweise einen neuen Konsens zu setzen“ (S.80).

Die im Diskurs selber produzierten Argumentations- und Machtstrategien verstärken demnach die Dynamik in Richtung einer Reduktion möglicher Konsense auf Verfahrensfragen, die in einer posttraditionalen Gesellschaft ohnehin angelegt ist.

Konsens versus ethische Substantialität

Die Durchsetzung ethischer Präferenzen erfordert hingegen die Anwendung der Mehrheitsregel. Diese ist – wie oben gezeigt – ohnehin der Notwendigkeit einer Komplexitätsreduktion des idealen Diskurses geschuldet. Wer jedoch die Anwendung der Mehrheitsregel im institutionalisierten Diskurs des parlamentarischen Komplexes möglichst gering halten möchte, kann nicht gleichzeitig auf die Durchsetzung substantieller Nachhaltigkeitsethiken setzen. Für korporatistische Kontexte gilt dies erst recht, leben diese Verhandlungssysteme doch geradezu von der zumindest stark

eingeschränkten Anwendung der Mehrheitsregel und einer Legitimation über das Konsensprinzip.

Der diskurstheoretisch abgeleitete Primat der staatlichen neutralen Orientierung auf korrekte Prozeduren verhindert nicht jede ethische Normsetzung, sie begrenzt jedoch deren Wirkmächtigkeit. Habermas spricht von einer „ethischen Imprägnierung“ des Rechtsstaates. Die Verwirklichung von Rechten sei in

„Kontexte eingelassen, die als einen wichtigen Bestandteil der Politik eben auch Selbstverständigungsdiskurse erfordern – Diskussionen über eine gemeinsame Konzeption des Guten und die gewünschte, als authentisch anerkannte Lebensform. Das sind Auseinandersetzungen, in denen sich die Beteiligten z.B. darüber klar werden, wie sie sich als Bürger einer bestimmten Republik, als Bewohner einer bestimmten Region, als Erben einer bestimmten Kultur verstehen wollen, welche Traditionen sie fortsetzen oder abbrechen, wie sie mit ihrem historischen Schicksal, wie sie miteinander und mit der Natur umgehen wollen usw.“ (HABERMAS 97: 254).

Der Trend und die Norm der Ausweitung der Rechte¹⁵ kollidiere nicht mit dem Anspruch, eine diskursiv problematisierte Konzeption des Guten zur Geltung zu bringen. Eine derartige ethische Imprägnierung, eine gemeinsame politische Kultur darf den Anspruch minoritärer Ethiken auf reziproke Anerkennung allerdings nicht verletzen.

„Die Neutralität des Rechts gegenüber ethischen Differenzierungen im Innern erklärt sich schon daraus, dass in komplexen Gesellschaften die Gesamtheit der Bürger nicht mehr durch einen substantiellen Wertekonsens zusammengehalten werden kann, sondern nur noch durch einen Konsens über das Verfahren legitimer Rechtsetzung und Machtausübung“ (97: 263).

Demnach darf es etwa eine staatliche Förderung bestimmter ethischer Konzeptionen, etwa der Familie, der kulturellen Traditionen des Schauspiels oder des gentechnikfreien Gemüseanbaus geben, soweit diese „ethische Imprägnierung“ im öffentlichen und formalen Diskurs diskursiv gerechtfertigt worden ist. Eine rechtliche Diskriminierung von entgegengesetzten Ethiken hingegen, also die Bestrafung von nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften, die Diskriminierung von Off-Theatergruppen oder das Verbot von genmanipulierter Lebensmittelproduktion jenseits der Verletzung kollektiv gerechtfertigter Sicherheitsstandards würde mit der diskurstheoretisch zwingend sich herausbildenden ethischen Neutralität des Rechts in Widerspruch geraten. Nachhaltigkeitsforderungen mit ethischem Charakter lassen sich nach dieser Lesart wohl fördern, nicht jedoch allgemein verbindlich machen. In einer Verabsolutierung des eigenen Anspruchs liegt aber gerade häufig die Substanz der erhobenen Forderungen. Gentechnikgegner etwa werden nirgendwo auf der Welt einen derartigen Naturgebrauch, Streiter für mehr Suffizienz keine Oasen der Verschwendung akzeptieren.¹⁶

¹⁵ vgl. Kap. 5.3

¹⁶ Hans-Joachim Giegel beschreibt solche ethischen Konflikte als eine Ausprägung unausweichlicher Auseinandersetzungen: „Gruppen, die eine ökologische Lebensweise und einen grundlegenden ökologischen Umbau einfordern, werden in einen Fundamentalkonflikt mit denjenigen geraten, die glauben, die bisher praktizierte industriefundierte Existenzweise weiterführen zu können“ (GIEGEL 98: 13). Als Ursache führt er Exklusionen benötigende Identitätsbildungsprozesse in „lebensweltlichen Kontexten“, also innerhalb der nach Habermas verständigungsorientierten Sphäre des lebensweltlichen Diskurses, an.

5.5 Exklusionen

Neben den bisher diskutierten Einschränkungen in Gestalt einer Kolonisierung durch Systemimperative, einer Institutionalisierung in formalen Verfahren sowie einer Drift zur Prozeduralisierung von Normen, denen das Leitbild eines alle Belange des Zusammenlebens permanent beratenden Versammlungsdiskurses ausgesetzt ist, ist mit der systematischen Generierung thematischer Exklusionen zu rechnen. Sie finden auf zwei Ebenen statt. Erstens werden durch die Etablierung der Diskursnorm selber Ansprüche und Lebensäußerungen, die dieser Norm des Zwangs zur Begründung nicht folgen können oder wollen, in einen Bereich systematischer Nicht-Wahrnehmung außerhalb der kommunikativ vergesellschafteten Gesellschaft gedrängt (5.5.1). Zweitens gibt es einen systematischen Ausschluss von Themen aus der Kommunikation der prinzipiell Diskursbereiten- und kompetenten, sind Verdinglichungen zu konstatieren (5.5.2). Die Ursachen dafür liegen in der Vermachtung der Öffentlichkeit, in deren Degeneration zur „Veröffentlichkeit“ (Imhof/Romano), die zur Abspaltung peripherer Öffentlichkeiten führt (5.5.3). Der herrschende Diskurs, die Verdichtung zu einem Sinnzirkel ist jedoch nicht dauerhaft stabil, er kann durch die zivilgesellschaftliche Intervention (Habermas) oder die via kognitiver Dissonanz induzierte Erosion von Deutungskonfigurationen zugunsten der Entfaltung einer kommunikativen Eigendynamik durchbrochen werden. Die Logik der Abfolge solcher diskursiven und weniger diskursiven Phasen der Gesellschaftsentwicklung wird im nächsten Abschnitt referiert, während es hier zunächst um die kommunikationstheoretisch fundierte Darlegung von Typen von möglichen Exklusionen sowie den Gründen und Gegengründen für deren Wirkmächtigkeit geht.

5.5.1 Ausschlüsse aus dem Diskurs

These: Die Diskursnorm selber erhebt Ansprüche, die zum Ausschluss von Menschen aus einer kommunikativen Ordnung, die entweder nicht diskurskompetent sind oder nicht-diskursive Ethiken vertreten.

In Anlehnung an Jean-François Lyotard weist Thorsten Bonacker auf die Kontingenz von Kommunikationssträngen hin. Mit jeder Kommunikation ist gleichzeitig eine Nicht-Kommunikation verbunden. Diskurse sind kontingente „Verkettungen“ von Sätzen. Damit sind gleichzeitig andere mögliche Verkettungen, Bezugnahmen, nicht zur Ausführung gelangt: „Die Verkettung von Sätzen durch Sprachspiele vollzieht sich in der Kontingenz von Ausschluss und Anschluss“ (BONACKER 97: 119). Diese zwangsweise selektive Kommunikation schafft demnach gesellschaftliche Realität, in der mit dem Konflikt und dem Konsens die zwei möglichen Ergebnisse kommunikativer Bezugnahme gegeben sind:

„Sowohl Konsense als auch Konflikte stellen Möglichkeiten der Verkettung bereit, indem sie Selektionen von Kommunikationen stabilisieren und innerhalb der Sprachspiele die Kontingenz der Verknüpfung einschränken, das heißt Anschlussfähigkeit für weitere Kommunikation und gleichzeitig Ausschluss anderer Kommunikation produzieren. Konsens und Konflikt sind dementsprechend zwei Seiten einer Medaille, die ich als kommunikative Ordnung bezeichnen möchte“ (S.121).

Jenseits dieser Welt der Anschlussfähigkeiten liegt nach Bonacker nicht eine eigene, gegenkulturelle Welt anderer Kommunikation. Deren Widerspruch wäre ein kommunikativer Akt und damit anschlussfähig. Vielmehr entsteht durch

„unausgesprochene Kommunikationsverbote“ eine „Negativität der Ordnung“, die als Dunkelheit vorgestellt werden kann, als die „Umgebung des Gesagten“. Bonacker macht als Ursache dieser Exklusionen jedoch nicht machtbasierte thematische Ausschlüsse, die strategische Festsetzung negativer Tagesordnungen fest, sondern die Bedingung erfolgreicher Diskurse selber: Die Fähigkeit rationalen Argumentierens als einzige Zugangsbeschränkung schließt diejenigen aus, die diese Anforderung willentlich oder unwillentlich nicht erbringen können: „Die Negativität der kommunikativen Ordnung besteht demnach aus den normativen Anforderungen an ein Subjekt. Wer nicht den Status eines Subjektes und eines kommunikativ Kompetenten genießt, wer also nicht rational argumentieren kann oder will, bleibt vor der Tür des Diskurses“ (S.133). Ausgeschlossen durch die „Alleinherrschaft des argumentativen Sprachspiels“ sind diejenigen, die nicht den „Anforderungen der modernen Subjektivität“ entsprechen. Dazu zählt Bonacker Menschen, die sich nicht kontrollieren können oder wollen. Die diskursive Öffentlichkeit schließt diejenigen aus, die nicht der Norm eines rationalen, Körper und Gefühle beherrschenden Subjekts entsprechen. Zu den Ausgeschlossenen gehören jedoch ebenfalls Menschen mit geringeren Qualifikationen. Münch macht darauf aufmerksam, dass aus der Steigerung des Gewichts direkter Partizipationsrechte besser Qualifizierte größeren Nutzen ziehen können:

„Wo alle das Recht zur Teilnahme haben, können diejenigen, die nicht teilnehmen, nicht erwarten, dass die Teilnehmenden ihre Interessen mitvertreten. So schafft die moralisch wohlbegründete Erweiterung der Beteiligungsrechte an Entscheidungsverfahren neue, verschärfte Ungleichheiten zwischen Eingeschlossenen und Ausgeschlossenen“ (MÜNCH 95: 219).

Weiterhin fallen traditionale sowie teilweise auch kommunitär-partikulare Lebensformen durch die diskursimmanente Tendenz der prozeduralistischen Abstrahierung von konkreten Lebensformen aus dem Geltungsbereich des Rechtfertigungsfähigen heraus. Deren Einwände gegen die „Abstraktheit und Inauthentizität der geltenden kommunikativen Ordnung“ (Bonacker) müssen unerhört bleiben. Demnach können im Nachhaltigkeitsdiskurs alle diejenigen Gruppen und Individuen faktisch nicht teilhaben, die ihre partikulare Ethik nicht dem Imperativ des Nachweises der Allgemeinverträglichkeit ihrer Lebensspezifik unterordnen möchten, die eine Begründungspflicht nicht anerkennen. Dies kann für die Opel-Gang, die sich immer an der Tankstelle trifft und über automobilkultische Handlungen integriert ist, ebenso zutreffen wie für die religiös-kommunitäre Gemeinschaft, die sich gegen die Beeinflussung über Bildschirme aller Art zur Wehr setzt und sich infolgedessen einer hier einmal angenommenen ressourcenvermindernden Substitution von Personentransport durch Informationstechnik widersetzt. Sie wollen sich nicht dem Verfahren rationaler Begründung ihrer Prinzipien aussetzen, da ihre partikulare Ethik in jedem Fall höheres Gewicht hat als die unkontrollierbaren Resultate von rationalen Diskursen einer „kommunikativen Ordnung“. Gruppen hingegen, die genauso ihren partikularen Interessen nachgehen, jedoch auf Nachfrage oder im Voraus bereit sind, die Verträglichkeit ihres Handelns mit Nachhaltigkeitsprinzipien darzulegen, sind damit nicht gemeint. Wenn also ein Innenstadt-Geschäftsmann mehr Parkplätze fordert, und das Argument der Klimagefährdung von den Individualverkehr fördernden Maßnahmen mit Standort- und Wohlstandsimperativen kontert, dann drückt er prinzipiell seine Bereitschaft zur Teilnahme am Diskurs aus, auch wenn eine derartige Antwort ohne weitere Rechtfertigung im Diskurs wahrscheinlich nicht überzeugen kann. Hierfür ist er vielmehr gezwungen, auf den integrativen Anspruch des Nachhaltigkeitsimperativs Bezug zu nehmen.

5.5.2 Diskursimmanente Ausschlüsse

These: Durch Medienmacht und Systemimperative kommt es zu Funktionsstörungen der Öffentlichkeit durch Verdinglichungen.

Neben sich aus dem Diskursprinzip selber ergebenden Ausschlüssen nicht diskursorientierter Lebensäußerungen bewirkt die Selektivität kommunikativer Anschlüsse Ausschlüsse von prinzipiell diskurskompatiblen Kommunikationen. Sie finden trotz ihrer Diskursfähigkeit nicht Eingang in den Diskurs aufgrund von thematischen Ausschlüssen. Das Nicht-Thematisierte wird als sachliche Notwendigkeit dem Diskurs entzogen und so gegen Rechtfertigungsansprüche immunisiert. Diese schon bei Marx in der Analyse des ideologischen Überbaus auftretende, später von Lukacs weiter entwickelte Theorie der Verdinglichung offener sozialer Verhältnisse diagnostiziert systematische blinde Flecken in hegemonialen Deutungskonfigurationen. Warum können diese unhinterfragten Hintergrundannahmen, diese Verdinglichungen diskursive Verfahren überleben?

Zunächst konzipiert Habermas selber den Diskurs jenseits systemischer Mechanismen. Die diskurs- und demokratiebegrenzende Beschränkung auf Fragen der lebensweltlichen Reproduktion kritisiert Peter Wehling wie folgt: „Die Richtung des ökonomischen und technischen Fortschritts, die Formen und Ziele der Ausübung der politischen Macht, werden den angeblich selbstregulativen Mechanismen normfrei ausdifferenzierter und rational agierender Subsysteme überlassen“ (WEHLING 92: 364). Habermas legitimiere die „Verkürzung des normativen Gehaltes“ der Demokratie durch die These von der Immunität notwendig ausdifferenzierter Subsysteme gegen Steuerungsversuche. Die erste thematische Exklusion besteht also in der generellen Akzeptanz der Wirkmächtigkeit der Steuerungsmedien Geld und Macht, der Nicht-Diskursivität der Sphären von Wirtschaft und Politik. Wie oben gezeigt, lässt sich aus dieser Modernediagnose von Habermas jedoch nicht die zwangsläufige diskursive Ausblendung von Fragen der richtigen Rahmensetzung für diese Sphären ableiten, wenngleich durch die Kolonisierung der Lebenswelt die Gefahr der Zurückdrängung des Diskurses über solche Fragen zugunsten des Eindringens unhinterfragter systemischer Imperative gegeben ist. Habermas betrachtet die Verhinderung einer Kolonisierung der Lebenswelt aber als historisch offen.

Lebenswelt als Grenze der Vermachtung

Auch innerhalb des nicht systemisch kolonisierten Diskurses lassen sich systematische Selektivitäten ausmachen. Habermas begründet zwar auf der einen Seite die zwingende Offenheit der Öffentlichkeit mit der Eigendynamik des Systems der Rechte als Ausdruck des Diskursprinzips. Grenzen innerhalb der allgemeinen, durch ihren Bezug zum politischen System definierten Öffentlichkeit bleiben prinzipiell durchlässig. Die in liberale Öffentlichkeiten „eingebauten Rechte auf uneingeschränkte Inklusion und Gleichheit“ verhindern Ausschlussmechanismen des „Foucaultschen Typs“ (also machtbasierter Unterdrückung störender Auffassungen) und begründen ein Potential der „Selbsttransformation“ (HABERMAS 90:20¹⁷). Schon die universalistischen Diskurse der bürgerlichen Öffentlichkeit konnten sich im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts gegen eine Kritik von innen nicht mehr immunisieren. An diese Diskurse haben beispielsweise Arbeiterbewegung und Feminismus anschließen können, um die Strukturen zu zerbrechen,

¹⁷ Im Vorwort zur Neuauflage

die sie zunächst als „das Andere“ einer bürgerlichen Öffentlichkeit konstituiert hatten“ (HABERMAS 94: 452). Demnach verbleibt die Fähigkeit und der Willen zur rationalen Argumentation als einzige Zugangsberechtigung zum Diskurs.

Habermas sieht dabei durchaus die Entstehung von Medienmacht aufgrund der Kapitalisierung von Massenmedien und des Einflusses strategischer Öffentlichkeitsarbeit von selektiv zugänglichen Werbeagenturen und professionellen Informationsproduzenten, die Akteure „außerhalb gesellschaftlicher Organisationen und Verbände“ nur geringe Chancen auf Medieneinfluss lassen. Der Öffentlichkeit bescheinigt er eine Beherrschung durch Massenmedien, große Agenturen, Institutionen der Markt- und Meinungsforschung, sie ist „überzogen“ mit der Öffentlichkeitsarbeit, Propaganda und Werbung der politischen Parteien und Verbände.¹⁸ Deren kommunikative Macht engt den Spielraum unorganisierter Akteure ein. Dagegen führt Habermas zwar den standesethischen Ehrenkodex der journalistischen Profession sowie die medienrechtliche Organisation des Pressewesens an, die sich am Leitbild des Anwalts eines aufgeklärten Publikums orientieren, schätzt aber die Chancen einer zivilgesellschaftlichen Beeinflussung des politischen Systems eher „zurückhaltend“ ein. Diese Skepsis gilt jedoch nicht für alle Zeiten, sondern nur für eine „Öffentlichkeit im Ruhezustand“: Die „Gesetzmäßigkeit, nach der sich eine funktionsfähige Öffentlichkeit formiert, bleibt für die konstituierte Öffentlichkeit latent – und tritt nur in Augenblicken der Mobilisierung einer Öffentlichkeit wieder in Kraft“ (HABERMAS 94: 441). Die Öffentlichkeit kann nämlich nicht beliebig manipuliert werden. Die Umsetzung kommunikativer Vorteile in politische Macht ist letztendlich an die Erfahrungen des Publikums gekoppelt, birgt das Risiko von Widerspruch aufgrund kognitiver Dissonanzen: „In der Stimmenvielfalt dieses Publikums ertönt das Echo von lebensgeschichtlichen Erfahrungen, die gesellschaftsweit durch die externalisierten Kosten (und internen Störungen) der funktional spezifizierten Handlungssysteme verursacht werden“ (ebd.). Die Diagnose einer immer wieder erst neu sich entfaltenden Öffentlichkeit führt zu der These des diskontinuierlichen Diskurses, einer nur zeitweise verflüssigten Moderne, die im nächsten Abschnitt (5.6) behandelt wird.

5.5.3 Teilung der Öffentlichkeit

These: Die Exklusion von Themen führt zur Teilung der Öffentlichkeit in einen herrschenden Sinnzirkel und Peripherien, die den Integrationsanspruch des partizipativ-integrativen Nachhaltigkeitsansatzes untergraben.

Degeneration durch Interessen

Deutlicher als Habermas mit seiner relativiert kritischen Sicht von Vermachtungsprozessen in der Öffentlichkeit diagnostizieren Kurt Imhof und Gaetano Romano der Öffentlichkeit eine Dysfunktionalität hinsichtlich ihres eigenen Aufklärungsideals. Die Degeneration der Öffentlichkeit zur „Veröffentlichung“ ist für sie „das demokratietheoretische Problem der

¹⁸ Zu einer noch schärferen Exklusionsdiagnose gelangt Münch. Er konstatiert eine kommunikative Eigendynamik in Richtung Professionalisierung, die der Zunahme von Kommunikation und damit der Entwertung („Inflation“) von einzelnen Kommunikationen im prinzipiell begrenzten Markt der Aufmerksamkeit geschuldet ist: „Daraus folgt, dass die Erzielung von öffentlicher Aufmerksamkeit immer mehr Aufwand an Personal und Kapital zur Darstellung der eigenen Anliegen erfordert. Wer diesen Aufwand nicht betreiben kann, scheidet aus dem Kommunikationsmarkt aus“ (MÜNCH 95: 124).

Moderne“ (IMHOF/ROMANO 96: 207). Aufgrund des asymmetrischen Zugangs zu Kommunikationszentren sind konsensuale Deutungen nicht das Produkt eines Einigungsprozesses, sondern „Folge medial eingelöster Definitionsmacht über die Realität“.

Imhof/Romano machen neben Kommerzialisierung, Monopolisierung und Boulevardisierung der Massenmedien das Eindringen von widerstreitenden *Interessen* in die reine Diskursarena für deren Niedergang verantwortlich. Die „Dementierung der Öffentlichkeit als Sphäre herrschaftsemanzipierten Raisonnements“ vollzog sich historisch durch das schnelle Eindringen ökonomischer und politischer Imperative nach einer ersten Phase reinerer aufklärerischer Praxis:

“Unter dem Druck konfliktueller, nun ökonomisch-politischer Machtansprüche konnte die Öffentlichkeit die Bedingung ihrer Vernünftigkeit, die Freiheit von privaten Interessen, nicht erfüllen. Die Organisation klassen- und schichtspezifischer Interessengegensätze in Parteien, der Bedarf nach Legitimierung der bestehenden ökonomischen und politischen Herrschaft und der Bedarf nach Entlarvung existierender Ungleichheit mitsamt ihrer materiellen und ideellen Not verwandelten die politischen Briefe, Pamphlete und Postillen jener literarisch-politischen Agora-Öffentlichkeit der Aufklärung in Partei- und Verbandszeitungen, die nicht nur das Staatsbürgerpublikum mit ihren Positionen zu überzeugen hatten, sondern zuweilen weit mehr noch Sorge dafür tragen mussten, dass die in Parteien organisierte Klientel ideologisch integriert blieb. Die Öffentlichkeit wurde zur Arena des Klassen-, Kultur- und Nationalitätenkampfes“ (S.205).

Das Eindringen von Interessen wird hier für die Störung des Diskurses haftbar gemacht, während bei Habermas gerade die Substanz des Diskurses in der Prüfung der Gründe für vorgebrachte Interessen, für Geltung einfordernde Ansprüche besteht. Die Eigendynamik des Diskurses, die kontrafaktisch wirkenden Bedingungen idealer Diskurse bewirken dann eine durch Perspektivenübernahme gesicherte unparteiische Behandlung der vorgebrachten Interessen. Diesen neutralen Abwägungsprozeß trauen Imhof/Romano der Öffentlichkeit aufgrund ihrer instrumentellen Eignung als Transmissionsriemen politischer Macht und ökonomischer Profitinteressen nicht zu, letztlich bestreiten sie den von Habermas behaupteten Mechanismus der in der Verständigungsorientierung der Sprache angelegten Kontrafaktizität. Nach Imhof/Romano greifen Diskursteilnehmer in einer unvollkommenen Öffentlichkeit nicht implizit auf ideale Diskursbedingungen vor, sondern versuchen, mit ihren Beiträgen die Öffentlichkeit strategisch zu bearbeiten.

Öffentlichkeit als Teil des Sinnzirkels

So konstatieren die Autoren eine Entwicklung der Öffentlichkeit von einer „Arena“ konfligierender Ideologien hin zum wesentlichen Bestandteil eines herrschenden „Sinnzirkels“. Der Sinnzirkel ist ein „sozialer Raum der Intersubjektivierung“, der durch die Kommunikationszentren moderner Gesellschaften konstituiert ist. Zu unterscheiden sind mit den Organen von Regierungen, Parteien und Verbänden „politische“, mit privatwirtschaftlichen Marketingabteilungen „ökonomisch-kommerzielle“ und mit den öffentlich-rechtlichen und private Medienunternehmen „mediale“ Kommunikationszentren, die die Öffentlichkeit „generieren“ und bearbeiten. Der Sinnzirkel mit seinen Kommunikationszentren als Konsensmaschine sorgt für Legitimität und Integration. Dissens ist im Rahmen des Sinnzirkels zwar ebenfalls üblich, jedoch vor der Kulisse einer identischen hegemonialen Deutungskonfiguration, die dann verhandlungsförmig erreichbaren Konsens ermöglicht. Dieser Sinnzirkel kann somit als die integrierende Habermas'sche Lebenswelt geteilter Hintergrundannahmen vorgestellt werden, die Ressourcen zur Situationsbewältigung liefert. Bürgerbeteiligung ist für die ideologische und interaktorische Integration in den Sinnzirkel einer geteilten Lebenswelt notwendig:

„Durch Partizipation an den kommunikativen Prozessen im Sinnzirkel werden die Lebenswelten auf eine Weise formiert, dass die Akteure wie selbstverständlich davon ausgehen, dass die jeweiligen Interaktionspartner im Horizont des gleichen Weltverständnisses die Dinge beurteilen, Angehörige eines sozialen Umfeldes sind, das sich vom bekannten nicht prinzipiell unterscheidet, sowie internalisierte Umgangsformen und sozialisiertes Wissen einsetzen, die die jeweiligen Situationsbewältigungen ermöglichen“ (S.222).

Was bei Habermas als intakte Lebenswelt *Voraussetzung* für eine funktionierende Öffentlichkeit ist, stellt sich hier als gegen abweichende Deutungen geschlossener Sinnzirkel, als *Bestandteil degenerierter Öffentlichkeit* dar.

Nach dieser Analyse eines Sinnzirkels kann politische Integration durch die im Nachhaltigkeitsdiskurs erhobene Forderung nach Partizipation und Konsens zwar weitgehend erreicht werden. Die Basis eines regredienten Diskursmodus, eines Ausschlusses von Themen, lässt diese Integration jedoch defizient, wenn nicht brüchig werden. Das Ausblenden von grundlegenden Fragestellungen mit dem Ziel einer Modernisierung von Herrschaft wird dem Nachhaltigkeitsdiskurs etwa von Helga Eblinghaus und Armin Stickler attestiert. Sie analysieren die Ausblendung von Fragen kapitalistischer Herrschaft und weltweiter Ausbeutung bei gleichzeitiger Fokussierung auf technische Lösungen als Verfahren zur ideologischen Stabilisierung nördlicher Hegemonie in Reaktion auf das Auftauchen von Umweltgefährdungen und Verwertungskrisen: „Sustainable Development zeichnet sich [...] durch eine weitestgehende Nichtthematisierung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen aus. Die historischen Ursachen von Ökologie- und Verteilungsproblemen werden bestenfalls oberflächlich thematisiert und nehmen eher den Rang rhetorischer Schnörkel ein“ (EBLINGHAUS, SICKLER 96: 12). Der Nachhaltigkeitsdiskurs „setzt einerseits wie selbstverständlich das herrschende warenproduzierende System und seine weltwirtschaftliche Organisation als Bezugsrahmen voraus, andererseits wird ständig von diesen Sachzwängen abgehoben und durch die Nichtbenennung ein – vorsichtig ausgedrückt – „verzerrter“ Forderungskatalog entwickelt“ (S.153). Die dergestalt undeklarierte Festsetzung positiver und „negativer“ Tagesordnungen der Nachhaltigkeitskommunikation wird als eine machtmotivierte kommunikative Ordnung begriffen, die *deswegen* andere prinzipiell mögliche Kommunikationsstränge ausschließt. Daher ist es nach Auffassung der Autoren nutzlos, sich für eine Inklusion der verdrängten Topoi zu engagieren, um den Diskurs aus seinem defizienten Zustand herauszuheben:

“Es macht keinen Sinn, etwa aus einer ‚kritischen‘ Perspektive die Gerechtigkeitsforderung des Konzeptes als Banner vor sich herzutragen und das Konzept „von links“ zu besetzen. Eine solche Position ist dort schlicht fehl am Platz. Es geht im Konzept Sustainable Development substantiell nicht um Gerechtigkeit. Eine solche Vorgehensweise unterschätzt die Diskurshaftigkeit des Konzepts, insbesondere die Mechanismen, Inhalte ein- oder auszuschließen. Bei den ‚blinden Flecken‘ der Macht- und Herrschaftsförmigkeit handelt es sich nicht um zufällige Weglassungen, sondern um eine Grundstruktur des Konzeptes“ (S.162).

Eine ähnlich Exklusionsdiagnose, wenn auch mit etwas anderem Akzent stellt Maarten A. Hajer in seiner Auseinandersetzung mit dem Ansatz der ökologischen Modernisierung, wie er einflussreich von Martin Jänicke¹⁹ und anderen vertreten wird: „Problematisch ist, dass die Theorie der ökologischen Modernisierung die Mechanismen, die die ökologischen Probleme gerade produzieren, auf meist administrativ-politische Strukturmerkmale (der postulierten ‚institutionellen Sklerose‘) reduziert. Die Theorie der ökologischen Modernisierung lässt die systemischen Merkmale des Kapitalismus, die Diskontinuität, Verschwendung und Beschleunigung vorantreiben und Absprache und Koordination fast

¹⁹ vgl. etwa den typischen Beitrag in: JÄNICKE 93

unmöglich machen, außer Betracht“ (HAJER 95: 792). Hajer benennt drei „story lines“ als einflussreiche „narrative Konstrukte“. Die erste besteht in der Behauptung eines ökologisch-ökonomischen Doppelnutzens, wonach durch ökologische Innovation Wettbewerbs- und Konkurrenzvorteile geschaffen werden. Der zweite Erzählstrang hebt ökologische Modernisierung als erfolgversprechende Therapie gegen die diagnostizierte institutionelle Sklerose, verkrustete Verhältnisse in Politik und Administration hervor. Die dritte Geschichte besteht in der Rede von ökologischer Modernisierung als Option der Kontinuität, als Fortsetzung der modernen Gesellschaft auf neuer Stufe. Der dergestaltete Ansatz ökologischer Modernisierung konstituiert durch diese Deutungslinien die Nicht-Behandlung von Produktionsweise und Wirtschaftssystem.

Klaus Eder spricht in seiner theoretischen Erklärung für die Kommunikation ökologischer Themen von *frames*, die der „erfahrbaren Welt eine sinnhafte, kollektiv geteilte und verstandene Rahmung geben“ (BRAND/EDER/POFERL 97: 27). Sie wirken als kulturelle Restriktionen bei der kommunikativen Reproduktion von Umweltthemen. Zu unterscheiden sind drei Wirkungsebenen von Rahmungen. Zum einen existieren elementare Weltbilder der den Diskurs beherrschenden Akteure, die deren anfängliche Konstruktion des Problemfelds eingrenzen. Zweitens stellt die Konstruktion des Problemfeldes selber einen Prozess der Ordnung dieser vorgängigen Rahmungen dar. Auf einer dritten Analyseebene kann ein dominierender Rahmen des Diskurses, ein *master frame* ausgemacht werden, der die „kollektive Geltung von Akteursrahmungen und *story lines* bestimmt“ (S.57). Nach dieser Analyse hat erst der sich bildende *master frame* exklusiven Charakter, während die anfänglichen Rahmungen verschiedener Akteure plural strukturiert sind und unterschiedlichste Weltbilder in den Diskurs einbringen. Am Beispiel der „diskursiven Praktiken“ des Chemiekonzerns Hoechst anlässlich der Störfallserie im Jahr 1993 etwa zeigen Brand/Eder/Poferl, wie der Diskurs sich so entwickelte, daß grundsätzliche Fragen des Ausstiegs aus der Chlorchemie oder der Zulässigkeit von Chemieproduktion in Ballungsgebieten an den Rand gedrängt wurden und der Fokus sich auf Fragen der Optimierung des lokalen Sicherheitsmanagements einengte. Die Exklusion der generellen Fragen schreiben die Autoren *hierbei* dem aufgegangenen Kalkül der Industrievertreter zu. Generell kann jedoch die Entwicklung zu einem dergestalt exkludierenden Diskursrahmen hin nicht intentional von auch noch so mächtigen Kommunikationsakteuren betrieben werden, da mit der Eigenlogik soziokultureller und politischer Prozesse im Diskurs zu rechnen ist: „Dominante Rahmungen sind nicht notwendigerweise die Rahmungen, die dominante Akteure durchsetzen. Sie sind oft Rahmungen, die sich gegen die Akteure durchsetzen und die mit der Geschichte und der politischen Kultur einer Gesellschaft zu tun haben“ (ebd.).

Die beispielhaft angeführten Exklusionsdiagnosen des Nachhaltigkeitsdiskurses²⁰ zeigen, wie sich dort ein Sinnzirkel, eine Rahmung der Kommunikation konstituieren kann – mit welcher Intentionalität auch immer. Andere Exklusionen sind ebenfalls festzustellen oder denkbar – eine ausführliche Analyse hierüber wie auch eine empirische Fundierung der exemplarisch vorgestellten Exklusionsdiagnosen kann und soll hier nicht geleistet werden. Die angeführten Beispiele dienen der Illustration der kommunikationstheoretisch begründeten These der thematischen Exklusion. Die demnach zwingende Einschränkung der Tagesordnung hat Folgen für die im Nachhaltigkeitsdiskurs erhobene Zielstellung, mit der partizipativ erreichten, konsensuellen Deutung des normativ Richtigen auf der Basis

²⁰ Eblinghaus/ Stickler arbeiten mit einem Foucaultschen Diskursbegriff, für sie ist die Defizienz des Diskurses seine Vollkommenheit. Diese begriffliche Differenz soll hier nicht weiter interessieren. Wichtig ist die Diagnose der systematischen Exklusion im Nachhaltigkeitsdiskurs, die einen Sinnzirkel konstituiert.

des kognitiv Wahren politisch integrativ zu wirken. Dieses Ziel wird durch die Schaffung einer hegemonialen Deutungskonfiguration zwar weitgehend, aber eben nicht vollständig erreicht. Wird der konsensorientierte politisch-integrative Nachhaltigkeitsansatz wirklich ernstgenommen, wird er durch die diskursiven Exklusionen konterkariert. Erstens widerspricht eine Exklusion – dies ist trivial - natürlich vollständiger Partizipation. Zweitens führt die Ignoranz von Ursachen zur Defizienz von Lösungsansätzen, die aufgrund der Virulenz unthematisierter Probleme nicht dauerhaft tragen können. Das Ziel der Festlegung des normativ Richtigen kann sozusagen nicht erreicht werden, da das kognitiv Wahre nicht festgestellt wird, der Blick aufgrund der Exklusionen provinziell bleiben muss. Drittens wird mit der Schaffung hegemonialer Deutungen nie vollständig politisch integriert. Der Ausschluss geht einher mit der Aufspaltung des Diskurses, es bilden sich parallele Öffentlichkeiten.

Teilung der Öffentlichkeit

Der Sinnzirkel bildet indes nach Imhof/Romano nur einen, wenn auch den wesentlichen Bestandteil der Öffentlichkeit. Neben dem Sinnzirkel als der Sphäre der hegemonialen Deutungskonfiguration gibt es davon abgetrennte autonome Öffentlichkeiten sowie teilautonome Öffentlichkeiten, die mehr oder weniger eigene Kommunikationsstrukturen aufweisen, also ein eigenes Diskursuniversum beherbergen. Autonome Öffentlichkeiten sind definiert als politisch, kulturell und religiös orientierte soziale Räume, „marginalisierte politische Gruppierungen, klassenorientierte Parteien, Avantgarde- und Intellektuellenzirkel sowie subkulturelle Milieus“, die sich dem Anpassungsdruck des hegemonialen Zirkels entziehen können und eigene Weltinterpretationen stabilisieren. Die Diagnose lautet hier also Teilung der Öffentlichkeit in Mainstream und diverse Marginalisierte. Neben den vollständig abgetrennten Diskursen autonomer Öffentlichkeiten gibt es teilautonome Öffentlichkeiten mit spezifischen Rationalitäten und eigenständigen Kommunikationsformen, spezialisierten Institutionen und Expertenkulturen. Zu diesen „Spezialöffentlichkeiten“ zählen die Autoren die Wissenschaft, die Religion und die Kunstkritik, die mit ihren Fokussierungen auf kognitive, moralische und ästhetisch-expressive Kommunikation ein zumindest partiell segregiertes Diskursuniversum konstituieren. Diese Teilung der Öffentlichkeit und die damit verbundene Begrenzung des Diskurses durch die Abspaltung eigenständig diskursfähiger Sphären hat jedoch nur in sogenannten „strukturzentrierten Perioden“ gesellschaftlicher Entwicklung Bestand. Zwischen diesen langen stabilen Phasen befinden sich kurze „kontingenzerweiternde Krisenphasen“, in denen die Grenzen zwischen den getrennten Deutungsuniversen durchlässiger werden, also Öffentlichkeit im Sinne des Diskursideals sich kurzfristig konstituiert. Diese „Diskontinuität der Moderne“ (Imhof/Romano) und damit des Diskurses wird im nächsten Abschnitt thematisiert.

5.6 Der Diskurs als Ausnahmesituation

These: Eine offene Diskurssituation und damit eine Realisation des politisch-integrativen Nachhaltigkeitsansatzes mit seinem Anspruch auf Partizipation bleibt die Ausnahme zwischen Phasen begrenzt diskursiver, verdinglichender Deutungsstrukturen. Nur eine – unwahrscheinliche - massenhaft wahrgenommene anomische lebensweltliche Krisensituation ermöglicht einen substantiellen Nachhaltigkeitsdiskurs jenseits peripherer Öffentlichkeiten.

Der Sinnzirkel als Regression des Diskurses hat nicht kontinuierlich die gleiche Stärke. Imhof/Romano beschreiben die Moderne als ständigen Wechsel zwischen langen, geschlossenen strukturzentrierten Phasen mit hegemonialen Deutungskonfigurationen und kürzeren, offeneren Krisenphasen mit höherer Diskursivität. Auf eine Diskontinuität der Qualität der Öffentlichkeit verweist schon Habermas. Er unterscheidet eine dysfunktionale, mehr oder weniger vermachtete, latente Öffentlichkeit in Wartestellung von einer mobilisierten, funktionstüchtigen Öffentlichkeit:

„Allerdings bezieht sich diese Einschätzung [der vermachteten Öffentlichkeit, U.S.] nur auf eine Öffentlichkeit im Ruhezustand. In Augenblicken der Mobilisierung beginnen die Strukturen, auf die sich die Autorität eines stellungnehmenden Publikums eigentlich stützt, zu vibrieren. Dann verändern sich die Kräfteverhältnisse zwischen Zivilgesellschaft und politischem System“ (HABERMAS 94: 458).

Diskursreduzierte Stabilitätsphase

Wie sind die offensichtlich übereinstimmend diagnostizierten beiden oszillierenden Zustände der gering-diskursiven Stabilität und der diskursiven Krise charakterisiert? Imhof/Romano beschreiben die stabile Phase als eine strukturzentrierte Phase des Nebeneinander von Sinnzirkel, autonomen und semiautonomen Öffentlichkeiten. Der Sinnzirkel wird durch die Bearbeitung der öffentlichen Meinung über die Kommunikationszentren (s.o.) generiert. Die so herrschende Ideologie hat Funktionen für die materiale Gesellschaftsstruktur. Die für die Herstellung von Anschlussfähigkeit von Handlungen notwendige intersubjektivierung vollzieht sich über die Diffusion von „Deutungskonfigurationen“, die Handlungsspielräume bestimmen, Ideologien ermächtigen: Die Machtdifferentiale der Gesellschaft müssen „wesentlich als unterschiedliche Definitionsmacht“ verstanden werden. Die Deutungskonfigurationen oder auch „kollektiven Erwartungsstrukturen“ reduzieren Komplexität und weisen mit ihrer Sicherung der Fähigkeit zur „Orientierung, Kommunikation und Handlung“ eine Steuerungsfunktion auf. Charakteristikum dieser strukturzentrierten Phase ist eine Polarisierung zwischen Sinnzirkel und autonomen Öffentlichkeiten. Deren für ihre eigenständige Binnenintegration notwendigen abweichenden Deutungsmuster können die Grenzen zum herrschenden Sinnzirkel nicht durchbrechen, es existieren segregierte Öffentlichkeiten.

Diskursive Krise

Die Stabilität der strukturzentrierten Phase wird über Enttäuschungen, ausgelöst durch „nicht intendierte Effekte“, unterminiert. Die mit der Deutungskonfiguration kompatibel definierten Lebensstile sind auf „interne Konsistenz“ angewiesen. „Nebenfolgen“, „Spannungen“ und „Ungleichgewichte“ stören diese Konsistenz und begründen „anomieträchtige soziale Lagen“. Nun treten strukturschützende Enttäuschungserklärungen auf den Plan, die mit punktualisierenden, individualisierenden oder fremdenfeindlichen Semantiken die Enttäuschungen zu lindern versuchen. Der Prozess der „Erosion der Lebenswelten“ kann dadurch jedoch nicht dauerhaft eingedämmt werden, die Enttäuschungserklärungen entwerten sich. Durch die Erklärungen selber ist eine Eigendynamik in Gang gesetzt, die die bisher verdinglichten Zustände diskursiviert. Vor allem Erklärungen des Zufalls und der Punktualität lassen sich nicht mehr halten. Die öffentliche Thematisierung entlarvt Enttäuschungen als verallgemeinerbares Phänomen und entwertet damit die mildernden Erklärungen. Die Schwächung von Erwartungsstrukturen manifestiert sich zudem häufig in einer ökonomischen Krise, die die Spirale der Erwartungsenttäuschung weiter dreht. Mit der Diffusion des Krisendiskurses ist die Krise etabliert. Die Krise öffnet den Diskurs, ehemals marginalisierte Deutungen aus

autonomen Öffentlichkeiten können diffundieren. Die nun ungeteilte Öffentlichkeit mit einem Wettbewerb von Ideologien nähert sich in der Krise dem aufklärerischen Ideal, die Kommunikation entfaltet eine kontingente Eigendynamik. Mit dem ungehinderteren Zugang zu Kommunikationsmedien rückt das diskursive Ideal näher. Diese kurze Phase symmetrischer, verflüssigter Kommunikation bei ungesicherten Lebenssituationen verfestigt sich wieder über eine Kommunikationsverdichtung, eine Zuspitzung des Konflikts. Daraus schält sich eine neue Deutungskonfiguration, die in passenden Institutionen stabilisiert wird:

„Nach mühevollen, konflikthaften Restabilisierungsprozessen wird die Beendigung einer nicht über physische Gewalt stillgestellten sozialen Krise durch die Diffusion eines neuen gesellschaftlichen Selbstverständnisses in Form konsensfähiger Leitbilder markiert, die in ihrer wirklichkeitssetzenden Kraft Unsicherheit reduzieren und einen Regelkonsens erlauben, der jene konfliktentsorgenden Institutionen ermöglicht, in denen die Machtallokation stattfindet, d.h. Interessenkonflikte rationalisiert und institutionalisiert werden können“ (IMHOF/ROMANO 96: 291).

Für Imhof/Romano ist in dieser verflüssigten Phase alles möglich:

„Im Medium eines solchen Grundeinverständnisses, in dem neu interpretierte kulturelle Traditionen wieder ungeschieden als Lebensbestandteile erfahren und soziale Institutionen selbstverständliche Akzeptanz genießen können, ist die prinzipiell unbegrenzte Vielfalt menschlicher Interaktion zu einem Ensemble sozialer Institutionen – zu einer Gesellschaftsstruktur – geronnen, die die Subjekte in Raum und Zeit verortet. Es entsteht mithin ein neues Gesellschaftsmodell als Ausschnitt aus dem Universum möglicher Modelle, in dem sich der Entwicklungsprozess auf Zeit zentriert.“

Diese Oszillation von verdinglichender Strukturstabilität und kommunikativer Krise, von „Aufbau und Zerfall handlungsleitender Deutungskonfigurationen“ veranlasst die Autoren zur Diagnose einer „Diskontinuität der Moderne“, deren Ausdruck und Ursache in einer Diskontinuität des Diskurses liegt. Habermas konzipiert ebenfalls einen Wechsel zwischen verschiedenen Qualitäten des Diskurses. Auch er führt Erwartungsenttäuschungen aufgrund von dissonanten Erfahrungen als Sicherung und Triebkraft gegen die Vermachtung der Öffentlichkeit an. Diese kann nicht beliebig modelliert werden, da die Stimme der „potentiell Betroffenen“ unterdrückter gesellschaftlicher Problemlagen nicht beherrschbar ist:

„In der Stimmenvielfalt dieses Publikums ertönt das Echo von lebensgeschichtlichen Erfahrungen, die gesellschaftsweit durch die externalisierten Kosten (und internen Störungen) der funktional spezifizierten Handlungssysteme verursacht werden [...]. Belastungen dieser Art kumulieren sich in der Lebenswelt“ (HABERMAS 94: 441)²¹.

Die Betroffenheit sichert die Funktionalität der politischen Öffentlichkeit, die sich nur *eigenständig* immer wieder neu bilden kann:

„Bevor sie von strategisch handelnden Akteuren eingenommen wird, muss sich die Öffentlichkeit, zusammen mit ihrem Publikum, als eigenständige Struktur herausgebildet haben und aus sich selbst reproduzieren. Diese Gesetzmäßigkeit, nach der sich eine funktionsfähige Öffentlichkeit formiert, bleibt für die konstituierte Öffentlichkeit latent – und tritt nur in Augenblicken der Mobilisierung einer Öffentlichkeit wieder in Kraft.“

Der auf eine funktionierende Öffentlichkeit angewiesene Diskurs ist also im Normalzustand in Wartestellung und entfaltet sich nur in den „Augenblicken“ von

²¹ Zur Unmöglichkeit beliebiger Manipulation, also der Notwendigkeit der Koinzidenz von diskursiver symbolischer Reproduktion und realer lebensweltlicher Erfahrung für die Wirksamkeit von Diskursen vgl. auch: BRAND/EDER/POFERL 97: 37ff. Die Autoren betonen zwar die Passivität des Publikums im Unterschied zu den Diskurs führenden Akteuren aus Wirtschaft, Politik und Verbänden. Das Machtpotential des Publikums besteht jedoch in dessen Option auf eine Bewertung der angebotenen Deutungen. Kulturelle Traditionen und individuelle Einstellungen wirken als Ressourcen, die von Kommunikationsakteuren genutzt werden.

Mobilisierungsphasen. Die Einflussmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Akteure wachsen in einer „wahrgenommenen Krisensituation“ exponentiell:

„Trotz geringer organisatorischer Komplexität, schwacher Handlungsfähigkeit und struktureller Benachteiligung erhalten sie nämlich, für die kritischen Augenblicke einer beschleunigten Geschichte, die Chance, die Richtung der konventionell eingespielten Kommunikationskreisläufe in der Öffentlichkeit und im politischen System umzukehren und damit den Problemlösungsmodus des ganzen Systems zu verändern“ (HABERMAS 94: 441).

Keine Krise durch zu wenig Nachhaltigkeit

Was bedeutet diese Analyse der punktuellen Diskurschance für den Nachhaltigkeitsdiskurs, für sein Postulat nach politischer Integration via partizipativer Konsenszielung? Soll der Diskurs nicht im Netz der herrschenden Deutungskonfiguration hängen bleiben, sind lebensweltliche kognitive Dissonanzen notwendig. Gerade diese werden bei der Nachhaltigkeitsproblematik mit seinem Problem der Differenz von langfristigen Gefahren und aktuell spürbaren Auswirkungen keine große Ausbreitung finden. Die von Imhof/Romano „geforderte“ anomieträchtige Situation als Bedingung für die Krisenauslösung kommt erst dann, wenn es zu spät ist. Auch die etwas weniger drastisch konzipierten Erfahrungen „externalisierter Kosten“ und „interner Störungen“ bei Habermas dürften bei vielen Topoi ökologischer Gefahren die kritische Masse von betroffenem Publikum nicht zustande bringen. Zweitens lässt die Komplexität des Nachhaltigkeitsdiskurses, der eben nicht nur ein monokausal strukturierter Gefährdungsdiskurs ist, die Reproduktion einer funktionsfähigen Öffentlichkeit auf dem Weg der persönlichen Betroffenheit unwahrscheinlich werden. Drittens bedeutet die Diagnose der regredienten Diskursivität bzw. der Stabilität herrschender Deutungskonfigurationen in Zeiten der Nicht-Krise – und damit ist die aufgrund fehlender lebensweltlicher Enttäuschungen nicht oder nicht drastisch genug *wahrgenommene* Krise gemeint – die Wirkungslosigkeit des begonnenen Nachhaltigkeitsdiskurses. Diese Wirkungslosigkeit wird auf zwei Wegen „erreicht“: Entweder der Diskurs verbleibt innerhalb der hegemonialen Deutungen – dann ist er unnötig und kann bestenfalls seinem formuliertem Anspruch einer umfassenden Krisenlösung und entwicklungsgeschichtlichen Wende nicht genügen. Im schlechteren Fall trägt er zur Modernisierung von Herrschaft und Stabilisierung von Blindheit bei, wie Eblinghaus/Stickler dies begründen. Oder er ist auf Grund seines Angriffs auf den Sinnzirkel zur marginalen Existenz in einer segregierten autonomen Öffentlichkeit verdammt.

Partizipation als Strukturstabilisierung

Nach der Theorie des diskontinuierlichen Diskurses ist eine breite lebensweltliche Enttäuschung zur Mobilisierung hegemoniesprengender Bewusstseinssprünge der einzige Mechanismus, zum funktionierenden Diskurs zu gelangen und den Zustand der Verdinglichung zu überwinden. Als Beispiel für eine hegemoniale Deutungskonfiguration führen Imhof/Romano das Nachkriegsmodell der sozialen Marktwirtschaft mit den Elementen Sozialpartnerschaft, Wachstum und einer Chancengleichheit, die Ungleichheit und Partizipation legitimiert, an. Lebensweltliche Enttäuschungen mit der „Chance“ zur Entwicklung zu anomieträchtigen Krisenlagen wird es dort nur geben, wenn die Versprechungen dieser Konfiguration nicht erfüllt werden, etwa wenn individuelle Aufstiegsmöglichkeiten nicht zur Verfügung stehen oder sinkendes Wirtschaftsvolumen die Verteilungsspielräume einschränken würde. Erwartungsenttäuschungen, Krisenerfahrungen, die direkt auf zu wenig Nachhaltigkeit unserer Lebensweise bezogen werden, stellen sich bei dieser Deutungskonfiguration hingegen nur bei Minderheiten ein, deren Kommunikationen den herrschenden Sinnzirkel nur um den Preis einer Entschärfung

der Diagnose erreichen können. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn zwar auf globale Probleme aufmerksam gemacht wird, aber eine Lösung jenseits einer Abkehr von Konsumgewohnheiten und Wachstumsorientierung, jenseits einer ernsthaften Thematisierung von Verteilungsproblemen in Aussicht gestellt wird.²² Das politisch-integrative Nachhaltigkeitsziel, über Partizipation einen Problemlösungskonsens zu erreichen, kann demnach nur erreicht werden, wenn die Lösungsvorschläge innerhalb der herrschenden Deutungskonfiguration verbleiben. Partizipation innerhalb des Sinnzirkels ist jedoch für das Ziel eines Wechsels zum offenen Diskurs kontraproduktiv, da sie Lebenswelten aneinander anschließt²³ und somit über die Stabilisierung der Gesellschaftsstruktur die strukturzentrierte Phase des retardierten Diskurses verlängert. Ob der Wechsel von nicht-nachhaltiger Entwicklung zu nachhaltiger Entwicklung ohne den Weg über eine Krise, also innerhalb ein und derselben strukturzentrierten Phase mit verbleibender Deutungskonfiguration möglich ist, ist angesichts der zu beobachtenden Stabilität nicht-nachhaltiger Entwicklung moderner Gesellschaften, angesichts bisher allenfalls marginaler im Rahmen des Sinnzirkels realisierter Fortschritte mehr als fraglich.

5.7 Soziale Ansätze

Die Theorie kommunikativen Handelns bietet für die Abschätzung der Erfolgsaussichten von sozialen Ansätzen wenig unmittelbare Erklärungspotentiale. Aus den hier diskutierten Theoremen über die Dynamik der diskursiven Kommunikation müssen Einschätzungen für die Chancen von mehr Suffizienz, Kommunarität oder Egalität daher abgeleitet werden. Sie stehen nicht günstig, auch wenn die Hürden nicht unüberwindbar sind.

Chancen werden begründet durch die Implikationen des Diskursprinzips selber. Egalitäre Konsequenzen etwa sind in der unvermeidlichen Wirkung der Zugangsvoraussetzungen idealer Diskurse angelegt, Orientierungen nach posttraditioneller Kommunarität oder auch nach Suffizienz können als Ergebnis diskursiver Problematisierung des Lebensstils, als Realisation privater Autonomie entstehen. Alle sozialen Ansätze sind jedoch dem Dilemma der Gefahr einer Kolonisierung der Lebenswelt ausgesetzt. Ansprüche nach Suffizienz und Egalität sind zudem nicht im herrschenden Sinnzirkel verankert und können nur durch Krisenerfahrungen diskursiviert werden, die sich aber nicht als Folge des Nachhaltigkeitsproblems etablieren werden. Alle drei Typen des sozialen Ansatzes laufen als spezifische Wertausprägungen weiterhin Gefahr, angesichts der diskursimmanenten Tendenz der Normabstraktion partikular zu bleiben und so nicht die für eine nachhaltige Entwicklung als notwendig geforderte universale Ausbreitung zu erreichen.

5.7.1 Egalität

These: Die möglichen egalitären Implikationen sprachlicher Verständigung werden behindert durch Ausdifferenzierung von Subsystemen, Kolonisierung, Exklusionen sowie Tendenzen der Wertabstraktion.

²² Hier soll nicht behauptet werden, dass es diese Lösung nicht geben kann, auch wenn der Autor sie für unwahrscheinlich hält. Dies ist jedoch nicht Gegenstand dieser Untersuchung. Hier soll lediglich mit einem Beispiel belegt werden, welche Deutungen in welcher Situation den Sinnzirkel erreichen können.

²³ Vgl. Kap. 5.5

Egalitäre Implikationen

Eine der Bedingungen diskursiver Verständigung, die kontrafaktisch unterstellt werden müssen, besteht in der gleichmäßigen Beteiligung aller. Die egalitäre Implikation liegt darin, dass aktuell oder potentiell Benachteiligte einem Arrangement der asymmetrischen Verteilung nicht zustimmen werden. Der Diskurs wird demnach solange weitergeführt, bis keiner mehr benachteiligt ist. Das kommunikative Verfahren der Konfliktlösung generiert dabei die für egalitäre Lösungen notwendige Ressource der Solidarität *unter Fremden*. Das diskursive Verfahren selber sorgt für eine Perspektivenübernahme, die als Basis für eine posttraditionale, Gemeinschaften transzendierende Solidarität benötigt wird. Dieser verfahrensinduzierte latente egalitäre Trend stößt an zwei Typen von Grenzen. Zu trennen sind Hemmnisse innerhalb vollkommener Diskurse von Beschränkungen, die aus Störungen des Diskurses resultieren.

Hemmnisse trotz Diskurs

Zu den erstgenannten Ursachen zählt zum einen die Unsicherheit einer egalitären Norm trotz symmetrischer Diskursteilhabe. Nach der Diskurstheorie kann lediglich als sicher angenommen werden, dass die materiellen Voraussetzungen zur Diskursteilnahme selber, zur Realisation öffentlicher Autonomie eingefordert werden. Absolute Armut und elementare Lebensgefahr, Hunger und Obdachlosigkeit etwa, werden demnach nicht dauerhaft akzeptabel sein können. Dies entspricht in etwa dem Konsensradius der Vorstellungen über soziale Nachhaltigkeit, der über die Akzeptanz des Vorrangs von Armutsbekämpfung nicht hinausreicht. Für die Durchsetzung von Verteilungsansprüchen jenseits einer wie auch immer zu definierenden Armutsgrenze können in den Diskursbedingungen selber keine zwingenden Gründe gefunden werden. Eine Akzeptanz verschiedenster Reichtumsgefälle, etwa zugunsten einer Gleichbewertung verschiedener „Sphären der Gerechtigkeit“ (vgl. WALZER 96) erscheint ebenso möglich wie das Beharren auf der Nicht-Substituierbarkeit materieller Güter durch andere Lebensqualitäten.

Zweitens wirkt die diskursimmanente Dynamik in Richtung einer normativen Abstraktion von Werten. Egalitäre Bestrebungen stellen *eine* mögliche Ausformung partikularer Wertvorstellungen dar - wenngleich diese einen universellen Anspruch erheben. Konträre Verteilungsparadigmen wie Chancengleichheit, Leistungsgerechtigkeit, Besitzstandsgerechtigkeit mit stärkerer Akzeptanz materieller Ungleichheit werden Bauteile anderer Wertgerüste sein. Die aktuellen antiegalitären Trends in den westlichen Gesellschaften spielen dabei für diese Prognose keine Rolle. Entscheidend ist die begründete Erwartung eines sich angesichts eines prinzipiell bestehenden breiten Wertangebots in einer sinnsuchenden Moderne immer wieder ausdifferenzierenden Wertespektrums. Dieses Spektrum wird sich auch im idealen Diskurs nicht auf egalitäre Gerechtigkeitsvorstellungen engführen lassen. Vielmehr ist mit Regelungen bezüglich des Umgangs und der Vermittlung konkurrierender Verteilungsnormen zu rechnen, mit einer Abstraktion konkreter Wertvorstellungen im Verfahrenskonsens.

Hemmnisse durch defizienten Diskurs

Neben diesen antiegalitären Momenten im funktionierenden, annähernd idealen Diskurs existieren durch die Defizienz des Diskurses verursachte Hemmnisse. Sie liegen einerseits in dem Dilemma der Kolonisierung der Lebenswelt, andererseits in Exklusionen.

Nach der Theorie der Rationalisierung der Lebenswelt kann eine Steigerung der Rationalität nur durch Ausdifferenzierung der normfreien Sphären der staatlichen

Administration und der Wirtschaft aus der diskursiven lebensweltlichen Reproduktion vollzogen werden. Fragen ökonomischer Steuerung haben demnach im Diskurs nichts verloren – eine Demokratisierung ökonomischer Vorgänge ist demnach ein unmögliches Unterfangen, da deren diskursive Bearbeitung unterkomplex bleiben müsste. Daraus darf jedoch nicht die Unmöglichkeit von diskursiv legitimierten Rahmensetzungen abgeleitet werden (s.o.). Die von Habermas begründete notwendige Ausdifferenzierung eines durch das sozialfreie Medium Geld gesteuerten Subsystems Wirtschaft verbietet nicht die diskursive Festsetzung der Grenzen der Wirkmächtigkeit des antidiskursiven Steuerungsmediums. So kollidiert die Festsetzung von sozialen Standards, von Mindestlöhnen, Schutzrechten oder etwa einer Politik der Verminderung der Einkommensspreizung nicht prinzipiell mit der Anforderung der Schaffung einer geldmediumgesteuerten Ökonomie. Natürlich sind soziale Standards und ökonomische Effektivität nicht beliebig parallel steigerbar. Die Festlegung von deren Verhältnis durch die Rahmensetzung einer ausdifferenzierten Wirtschaftssphäre aber ist auch angesichts der Habermasschen Abgrenzung diskursiver Zuständigkeit eine im lebensweltlichen Diskurs zu klärende Frage. In der Ausdifferenzierung des Subsystems Ökonomie liegt demnach kein prinzipielles Hemmnis für eine diskursiv fundierte Bewegung hin zu mehr Egalität.

Problematisch wird es nach dem Habermasschen Ansatz erst durch kolonisierende „Übergriffe“ systemischer Imperative in die Lebenswelt. Das ist etwa der Fall, wenn es zu einer Monetarisierung lebensweltlicher Werte kommt, wenn „Konsumismus und Besitzindividualismus, Leistungs- und Wettbewerbsmotive“²⁴ die alltägliche Lebensführung prägen. Unterstützend wirkt hier die Tendenz zur Verrechtlichung von sozialen Beziehungen, die verständigungsorientierte Bindungen durch formale rechtsförmige Beziehungen ersetzt (vgl. HABERMAS 88(81) Bd. II). Habermas arbeitet heraus, dass dann die Sozialintegration als Kernfunktion der Lebenswelt gefährdet ist. Für die hier aufgeworfene Frage nach der Möglichkeit egalitärer Entwicklungen in der Moderne bedeutet dieses Eindringen betriebswirtschaftlichen und formalrechtlichen Denkens in bisher sozial integrierte Beziehungen eine Verhinderung von Prozessen der Generierung von Werten der Solidarität. Ohne eine Verankerung im Wertegerüst haben egalitäre Bestrebungen keine Chance. Ökonomische Motive liefern trotz gegenteiliger Analysen und Hoffnungen der marxistischen Kritik der bürgerlichen Gesellschaft keine *ausreichende* Basis für egalitäre Bewegungen. Zu vielfältig sind die Möglichkeiten außersolidarischer Positionsgewinne für den Einzelnen, zu hoch die Hürden durch das Kollektivgutdilemma. Galt dies schon in der polarisierten Klassengesellschaft während der Industrialisierungsphase, um so eher trifft es auf den individualisierten modernen Kapitalismus zu. Jenseits ökonomischer Motive für Solidarität verbleibt die Option auf diskursiv-normativ generierte persönliche und kollektive Bewegungen in Richtung größerer Brüderlichkeit. Diese Richtung *möglicher* lebensweltlicher Verständigung wird durch Kolonisierungstendenzen, deren Abwehr angesichts einer Fragmentierung des Bewusstseins nach der Analyse von Habermas eher unwahrscheinlich erscheint, genauso prekär wie andere Ausprägungen von Verständigungsergebnissen.

Eine weitere Barriere für die diskursgestützte Generierung egalitärer Werte liegt in dessen systematischen Exklusionen. Zu unterscheiden sind personale und thematische Exklusionen.

Der Diskursmodus selber erfordert diskursiv-partizipatorische Kompetenzen, erhebt die eigenständige Artikulation von Interessen zur Norm. Diese Anforderungen können von denjenigen, die sich selber helfen können, eher erfüllt werden als von Hilfebedürftigen.

²⁴ vgl. Kap.5.2

Mehr oder weniger ausgeschlossen sind dann Stimmen, die aus Eigeninteresse Solidarität einfordern müssten. Eine Schieflage bei der diskursiven Repräsentation von Werten zuungunsten eines Engagements für mehr Egalität ist damit jedoch nicht zwingend verbunden. Die Generierung solidarischer Werte ist unabhängig von ökonomischen Interessenlagen. Gravierender ist der thematische Ausschluss durch die Trägheit von Sinnzirkeln, dem Zusammenspiel herrschender Deutungskonfigurationen mit lebensweltlichen Erfahrungen.²⁵ Basale Veränderungen des Wertgerüsts, wie sie ein diskursiver Impetus nach mehr Egalität darstellen würde, sind während der langen strukturzentrierten Phase vermachteter und defizienter Kommunikation nicht zu erwarten. Allenfalls in den kurzen, aber diskursiven Krisenphasen *kann* demnach ein derartiger Richtungswechsel diskursiv und in der Folge auch materiell vollzogen werden. Eine solche Krise wird aber – wie oben gezeigt – nur im unwahrscheinlichen Fall durch die Nachhaltigkeitsproblematik und in ihrem Gefolge erhobenen Forderungen – etwa nach mehr Egalität – ausgelöst werden.

5.7.2 Kommunarität

These: Trotz kommunikativer Verflüssigung ist die Bildung posttraditionaler Gemeinschaftsbezüge möglich, soweit systemische Kolonisierungstendenzen deren verständigungsorientierte Ressourcen nicht aufzehren.

Die Möglichkeit kommunitärer Orientierungen und Praxis erscheint aus der Sicht der Theorie kommunikativen Handelns in zweifacher Hinsicht als unwahrscheinlich. Zum einen bedeutet die Rationalisierung der Lebenswelt, die „kommunikative Verflüssigung“ der Moderne gerade die Ablösung traditioneller askriptiver Gemeinschaftsbezüge. Dies spricht jedoch erst einmal nicht gegen die Bildung posttraditional begründeter, reflexiv generierter Gemeinschaftsbezüge, die im Nachhaltigkeitsdiskurs anvisiert werden. Diese freiwilligen, diskurskompatiblen Gemeinschaftsbezüge geraten jedoch von zwei Seiten aus unter Druck. Zum einen müssen sie prekär bleiben. Dies ist ihrem posttraditionalen Charakter geschuldet. Insbesondere die Tendenz zur Universalisierung von Normen reduziert verlässliche Normen auf partikuläre Übereinkünfte abstrahierende Sicherheiten. Die fehlende Bestandsgarantie spricht jedoch nicht gegen die Option auf die Bildung freiwilliger Gemeinschaften in der Moderne. Gravierender ist – analog zu den Chancen auf mehr Egalität – der Prozess der Kolonisierung der Lebenswelt, der die für den sozialintegrativen Akt der Gemeinschaftsbildung notwendigen Ressourcen zerstört. Auch hier wird der Verständigungsgrundlage potentieller Gemeinschaftsbildner durch das Eindringen von strategischen Orientierungen nach Macht- und Geldmaximierung in deren Alltag nicht genügend Substanz für Gemeinschaftshandlungen jenseits ökonomischer Nutzen- und Machtkalküle bleiben, auch wenn es nach der Theorie kommunikativen Handelns – wie oben gezeigt – keine Gesetzmäßigkeit der Perpetuierung des Vorgangs der systemischen Kolonisierung von Verständigungsorientierung gibt.

²⁵ vgl. Kap.5.6

5.7.3 Suffizienz

These: Individuelle oder kollektive Suffizienz als Ausdruck diskursiver Abwägung wird durch Kolonisierungstendenzen sowie die Trägheit des Sinnzirkels erschwert.

Die Akzeptabilität eines suffizienten Lebensstils in einer – zumindest temporär - diskursiv verflüssigten Moderne kann einerseits als Frage der Möglichkeit der Einwilligung in egalitäre Übereinkünfte gestellt werden. Die Chancen für eine so entstehende kollektive Suffizienz, einen über den egalitären Diskurs gerechtfertigten Verzicht auf Konsummöglichkeiten, sind bereits oben als Frage der Chance auf Egalität diskutiert worden. Hindernisse bestehen in Kolonisierungsgefahren, Exklusionsmechanismen sowie der diskursimmanenten Tendenz zur Abstraktion von Werten.

Davon unterschieden werden müssen die Chancen für Suffizienz als einem individuell gewählten, vom mainstream abweichenden Lebensstil. Die mögliche Ausprägung eines nicht-egalitär motivierten Wertgerüsts der Suffizienz wird ebenso durch die Kolonisierungstendenz der Monetarisierung lebensweltlicher Ressourcen behindert. Diese bewirkt „Konsumismus und Besitzindividualismus“ in der Lebensführung der „Konsumenten und Beschäftigten“ (HABERMAS 88(81) Bd. II: 480 ²⁶). Die mögliche Ausprägung von individuellen Werten jenseits materiellen Konsums und persönlichen Besitzes ist demnach abhängig von den Chancen der Abwehr gegen Kolonisierungstendenzen, die oben bereits diskutiert worden sind. Soweit zu Hemmnissen außerhalb der diskursiven Eigendynamik.

Eine innerhalb der diskursiven Sphäre liegende Hürde besteht neben der oben bereits diskutierten Schwierigkeit der Universalisierung substantieller Ethiken, wie sie die Suffizienzorientierung darstellt, in der Problematik der Trägheit des kommunikativ stabilisierten herrschenden Sinnzirkels. Ohne die Elemente der bestehenden Deutungskonfiguration hier entfalten zu wollen, liegt die Evidenz von Nicht-Suffizienz auf der Hand. Wirtschaftswachstum mit seinem Komplement materielle Wohlstandssteigerung gehöret mit Sicherheit zum herrschenden Sinnzirkel. Andere Wertgerüste sind in periphere, segregierte Öffentlichkeiten abgedrängt. Nach der These des diskontinuierlichen Diskurses ²⁷ kann diese Trennung des peripheren Suffizienz-Diskurses vom Wachstumsdiskurs im herrschenden Sinnzirkel nur über dissonante lebensweltliche Erfahrungen aufbrechen. Diese Krise wird aber – wie oben gezeigt - nicht durch die abstrakte Problematik der Nachhaltigkeit ausgelöst werden.

²⁶ vgl. auch Kap. 5.2

²⁷ vgl. Kap. 5.6

6 Regulationstheorie

Der regulationstheoretische Ansatz erklärt gesellschaftliche Entwicklungen als Regulation kapitalistischer Verhältnisse. Mit dem basalen Bezug auf die moderne Gesellschaft als eine kapitalistische Formation ist dieser Ansatz als ökonomiezentriert zu bezeichnen. Das bedeutet keineswegs, dass alle gesellschaftlichen Entwicklungen aus der Ökonomie abzuleiten sind. Der spezifische Ansatz der Regulationstheorie besteht im Gegenteil in der Annahme einer Interdependenz eigenständiger Artikulationen der Sphären von Ideologie, Politik und Ökonomie, die eine spezifische kapitalistische Formation, eine historische Regulationsweise beschreiben. Der Regulationsansatz unterscheidet verschiedene Phasen der Entwicklung der modernen – bis auf weiteres kapitalistischen – Gesellschaft, die grundlegend durch ein bestimmtes Akkumulationsregime, eine spezifische Regulationsweise des letzteren sowie ein soziales Paradigma bzw. einen hegemonialen Block charakterisiert sind.

Die Theorie der Regulation greift damit die Marxsche Analyse der kapitalistischen Gesellschaft auf, ohne in ökonomistische Erklärungsmuster zu verfallen, zu denen Marx trotz seines in dieser Hinsicht insgesamt ambivalenten Theoriegebäudes deutlich einlädt und die in der marxistischen Rezeptionsgeschichte dominant werden konnten. Mit seiner zentralen Frage nach der Möglichkeit gesellschaftlicher Stabilität angesichts der systematischen Krisenhaftigkeit von Akkumulationsdynamiken greift der regulationstheoretische Ansatz somit das Marxsche Programm einer Kritik der politischen Ökonomie neu auf. Die Möglichkeit von Gesellschaft angesichts ökonomischen Privatismus' in der kapitalistischen Gesellschaft ist die zentrale Frage einer kritischen politischen Ökonomie, deren Beantwortung von der Regulationstheorie mit der Absicht einer Weiterentwicklung des Marxschen Ansatzes neu beansprucht, ja angesichts der mehr oder weniger ökonomistischen Antworten Marxens geradezu erst verschärft gestellt wird. Der Anspruch der Regulationstheorie besteht damit in nichts geringerem, als soziale Praxis und kapitalistische Strukturen integral zu begreifen (HÜBNER/MAHNKOPF 88) und stellt somit auch den Versuch einer Vermittlung von Struktur- und Handlungstheorie, Mikro- und Makrosoziologie dar.

Entstanden ist der Ansatz in den siebziger Jahren in Auseinandersetzung mit dem strukturalen Marxismus Althusser's. Dieser hatte im Bemühen einer Überwindung des ökonomischen Reduktionismus Marxens Gesellschaft als Netz sich selbst reproduzierender sozialer Verhältnisse konzipiert. Die kapitalistische Produktionsweise leitete er nicht wie Marx allein aus der Entwicklung der Produktivkräfte (als Verhältnisse der Menschen zur Natur) ab, die bestimmte Produktionsverhältnisse (als Verhältnisse zwischen Menschen gegenüber der Natur) hervorbringen, die wiederum ideologisch überbaut werden. Ökonomie, Politik und Ideologie „artikulieren“ sich vielmehr autonom zu einer spezifischen kapitalistischen Produktionsweise hin. Die Kritik der Regulationisten gilt nun der Annahme der widerspruchsfreien Reproduktion der Subjekte entsprechend dieser Struktur, die bei Althusser zur ontologischen Konstante wird. Seine „Hypostasierung von Reproduktion als widerspruchsfreie Entität“ (LIPIETZ 92a(88)) kann zudem den Wechsel von Formationen nicht erklären, historische Produktionsweisen letztendlich nur als Zufall begreifen.

Dagegen setzt der Regulationsansatz mit der Annahme einer Artikulation von Akkumulationsregime und Regulationsweise die subjektive Brechung objektiver Strukturen auf die Agenda der Gesellschaftsanalyse. Das Akkumulationsregime als „Produktion und Allokation materieller Werte im Kontext des Kapitalverwertungsprozesses“ (HIRSCH 94) sichert die Kontinuität der Kompatibilität von Profitrealisation und materieller Reproduktion in einer kapitalistischen Gesellschaft. Lipietz definiert ein Akkumulationsregime als

„Modus systematischer Verteilung und Reallokation des gesellschaftlichen Produktes, der über einen längeren Zeitraum hinweg eine bestimmte Entsprechung zwischen zwei Transformationen herstellt: einerseits der Transformation von Produktionsverhältnissen (Volumen des eingesetzten Kapitals, Aufteilung zwischen den Branchen und Produktionsnormen) und andererseits der Transformation von Verhältnissen der tatsächlichen Konsumtion (Konsumtionsnormen der Lohnabhängigen und anderer sozialer Klassen, Kollektivausgaben etc).“ (LIPIETZ 98a(85):161)

Verschiedene Akkumulationsregime weisen unterschiedliche Technologien, Typen der Arbeitsorganisation, verschiedene Grade der kapitalistischen „Landnahme“ und ökonomischer Verflechtungen auf. Als Grundtypen kategorisiert Lipietz extensive Akkumulation, intensive Akkumulation ohne Massenkonsum und intensive Akkumulation mit Massenkonsum (ebd.).

Jedes Akkumulationsregime ist eingebunden in den institutionell normativen Komplex einer Regulationsweise, d.h. „die Institutionalisierung sozialer Kräfteverhältnisse und ihre Zusammenbindung durch Hegemonie und Zwang“ (HIRSCH, ebd.). Lipietz definiert die Regulationsweise als

„Gesamtheit der institutionellen Formen, der Netze, der expliziten oder impliziten Normen, die die Kompatibilität von *Verhaltensweisen* im Rahmen eines Akkumulationsregimes in Übereinstimmung mit den jeweiligen sozialen Verhältnissen und durch die Widersprüche und den konfliktuellen Charakter der Beziehungen zwischen den Akteuren und den gesellschaftlichen Gruppen hindurch gewährleisten“ (LIPIETZ 98a (85):163, Hervorhebung :U.S.)

Akkumulationsregime und die die Verhaltensweisen der Subjekte an dieses anschließende Regulationsweise lassen sich nicht aufeinander reduzieren, sondern stehen in einem nicht kausal zu determinierenden Artikulationsverhältnis zueinander. Voraussetzung für die „(relative) Stabilität einer Formation ist die Kompatibilität von Akkumulationsregime und Regulationsweise, ihre gelingende Artikulation, die sich immer nur als Ergebnis sozialer Kämpfe herstellen kann“ (HIRSCH, ebd.). Diese theoretische Integration von Subjekt, Reproduktion und Transformation kapitalistischer Strukturen erlaubt dem Regulationsansatz die Konzeption einer zwar offenen, aber nicht kontingenten Abfolge von kapitalistischen Formationen, einer Historie spezifischer Kombinationen von Akkumulationsregimen und Regulationsweisen. Daher können aus der Regulationstheorie keine unilinearen, in die Zukunft verlängerbaren Trends moderner Gesellschaften abgeleitet werden. Allenfalls die retrospektive Analyse bestimmter hinter dem Rücken der Akteure sich vollziehender Trends sind mit diesem Ansatz kompatibel und werden – in unterschiedlicher Art und Weise – von einigen Autoren dieser Theorierichtung begründet.

Eine von regulationstheoretisch argumentierenden Autoren übereinstimmend vorgenommene historische Konkretisierung dieser abstrakten regulationstheoretischen Annahmen besteht in der Analyse der Formation des Fordismus, welche sich etwa seit Ende des zweiten Weltkrieges innerhalb der wirtschaftlich führenden Nationen durchgesetzt sowie weltweite Attraktivität und Dominanz entwickelt hat. Diese bis etwa Anfang der 70er Jahre reichende Phase ist gekennzeichnet durch ein Akkumulationsregime der tayloristischen Massenproduktion, eines durch Gewinnaufteilung ermöglichten Massenkonsums sowie einer relativen Binnenorientierung nationaler Wirtschaftsräume. Diese spezifische Kohärenz von Produktion und Konsum wurde gestützt durch eine

Regulation über den keynesianischen Wohlfahrtsstaat und ein soziales Paradigma des sozialen, technischen und staatlich-institutionellen Fortschritts. Die fordistische Formation weist notwendigerweise, das heißt aus dem Charakter des Akkumulationsregimes und der Regulationsweise heraus begründbare Varianten innerhalb des (nordwestlichen) Zentrums sowie ein globales Gefälle auf.

Andere, also präfordistische Formationen werden hingegen in der Regulationstheorie eher randständig und keineswegs übereinstimmend behandelt. Konsens ist jedoch – und dies ist für die Frage dieser Untersuchung von Belang – die Analyse der Ablösung des Fordismus. Die neue Formation wird allerdings nur recht schemenhaft sichtbar – idiomatisch verdeutlicht im Begriff des Postfordismus. Nichtsdestotrotz werden Bezeichnungen sowohl für die neue Regulationsweise als auch den neuen Typ des Akkumulationsregimes in die Debatte geworfen. Diese Ansätze etwa des „nationalen Wettbewerbsstaats“ (HIRSCH) oder des „Akkumulationsregimes des Vermögensbesitzes“ (AGLIETTA) werden im Laufe der Erörterung der Chancen für die Nachhaltigkeitsansätze vorgestellt werden. Für die Frage nach den Anschlußfähigkeiten normativer Nachhaltigkeitsvorstellungen werden jedoch vor allem die angeführten Ursachen des Bruchs mit der vergangenen Formation herausgearbeitet – geben sie doch die Hinweise auf die regulationstheoretische Analyse von möglichen und unmöglichen Entwicklungsrichtungen in der postfordistischen Konstellation. Bei aller Kontingenz von Akkumulationsregime und Regulationsweise, die die Spielräume historischer Entwicklung begründet, kann eine neue Formation aus regulationstheoretischer Sicht nicht *ex nihilo*, sondern nur dialektisch aus den Widersprüchen der alten erklärt werden. Neben dieser Bezugnahme auf Erklärungsmuster der Herausbildung der *konkreten* Formation des Postfordismus werden im folgenden Einschätzungen der Anschlußfähigkeit der Nachhaltigkeitsansätze begründet werden, die sich aus den *allgemeinen* regulationstheoretischen Annahmen legitimieren.

Insgesamt ergibt sich ein ambivalentes Bild, wenn auch für die meisten der unterschiedenen Ansätze politischer, sozialer, raumstruktureller und technischer Natur mit der Regulationstheorie nur eher geringe Chancen reklamiert werden können.

Der politische Ansatz mit der Forderung nach mehr Einfluss durch Partizipation ist einerseits allgemein eingeschränkt durch die im zentralen Begriff der Regulation sich manifestierende Begrenzung von Intentionalität. Die Regulationstheorie ist keine Regulierungstheorie: Die Ergebnisse von sozialen Auseinandersetzungen sind nicht Resultat intentionalen Handelns von Akteuren oder Akteursgruppen, sondern „historische Fundsachen“ auf der Basis eines komplexen Verhältnisses von kapitalistischer Struktur, Handeln und Institutionenbildung. Es besteht also kein Grund für die Annahme eines automatisch wachsenden *Einflusses* partizipierender Akteure, auch wenn die postfordistische Regulationsweise durch einen starken Zuwachs an Partizipativität charakterisiert ist. (6.1) Diese von allen Regulationstheoretikern begründete Entwicklung wird unterschiedlich konzipiert. Während Alain Lipietz und Michel Aglietta von der „Pariser Schule“ Chancen für die Durchsetzung eines hochpartizipativen demokratieerweiternden „alternativen Paradigmas“ gegenüber dem Counterpart des „liberalen Produktivismus“ proklamieren, betonen andere die Grenzen des Kapitalismus. Diese wirken zum einen als Gegensatz zwischen Demokratie und kapitalistischen Akkumulationsimperativen, zum anderen sind sie für den Charakter des kapitalistischen Nationalstaates verantwortlich. Mit der Herausbildung postfordistischer Regulation mittels des „nationalen Wettbewerbsstaats“ (HIRSCH), des „*schumpeterian workfare state*“ (JESSOP) oder korporatistischer Entpolitisierung (DEPPE) laufen die zu erwartenden Prozesse der formalen Institutionalisierung von Partizipation ins Leere (6.2).

Ebensowenig wie mehr wirksame Partizipativität lässt sich ein eindeutiger Zuwachs an Konsensualität herleiten. Dagegen spricht das theoretische Konzept der Herausbildung

neuer Formationen durch Kämpfe. Gerade eine Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit ist von so großer Reichweite, dass sie unter der Größenordnung eines konfliktreichen Formationswechsels mit Sicherheit nicht zu erreichen ist. Nach erfolgter Transformation wird die durch Kämpfe neu etablierte Paarung von Akkumulationsregime und Regulationsweise zwar zum institutionalisierten Kompromiss. Dies ist jedoch nicht identisch mit der Abwesenheit von – institutionalisierten – Kämpfen. Eine Steigerung von Konsensualität beschränkt sich dann in der formalen Akzeptanz dieser Institutionen, sie gilt nicht bezüglich der Substanzen der Auseinandersetzungen (6.3). Neben dieser in der Summe konsensskeptischen Ableitung aus der allgemeinen Regulationstheorie gibt es eine widersprüchliche Diagnose des Postfordismus. Einerseits ist mit einer Zunahme von Konkurrenz, Spaltung, Ausgrenzung und Fragmentierung zu rechnen, welche Konsenschancen kleiner werden lässt. Andererseits implizieren die – ob mit oder ohne Einfluss – „partizipativen Revolutionen“ (HIRSCH/ROTH¹) in Wirtschaft und Gesellschaft sowie eine – wenn auch partielle - Regionalisierung einen Zuwachs an Konsensualität (6.4).

Für den sozialen Ansatz ergibt sich ebenso ein geteiltes Bild, allerdings verlaufen die Grenzen eher zwischen als innerhalb der einzelnen Ausformungen des Ansatzes. Die Chancen für den egalitären Ansatz stehen angesichts des Niedergangs fordistischer Umverteilungspraxis sowie des sozialen Paradigmas des Wohlfahrtsstaates eindeutig schlecht, wenn auch in der postfordistischen Formation Grenzen der sozialen Spaltung zu beachten sind, die sich aus dem Imperativ der Stabilität eines Akkumulationsregimes bzw. dem prinzipiellen Problem der Profitrealisation ergeben (6.5). So sehr die Aussicht auf mehr Egalität sinkt, so steigen die Chancen für mehr Kommunarität. Der soziale Kitt der Gesellschaft wechselt quasi seinen Bindungsmechanismus – an die Stelle von Solidarität mit dem Unbekannten tritt die Solidarität mit dem Bekannten. Mehr Kommunarität in Wirtschaft und Gesellschaft ist als Bestandteil eines neuen sozialen Paradigmas sowie als funktionaler Imperativ elementarer Bestandteil der postfordistischen Kohärenzkontur von Akkumulationsregime und Regulationsweise. Die normativ-funktionelle Harmonie gilt dabei für alle von verschiedenen Regulationstheoretikern begründeten aussichtsreichen Varianten. Mehr Kommunarität ist mit den beiden bei Lipietz konkurrierenden Paradigmen des „liberalen Produktivismus“ und der „Alternative“ (LIPIETZ) integral verbunden, aber auch der den liberalen Produktivismus ermöglichende „nationale Wettbewerbsstaat“ bei Joachim Hirsch befindet sich in funktionaler Harmonie mit mehr Gemeinschaftlichkeit in Betrieb und Kommune (6.6). Die Chancen auf mehr Suffizienz hingegen sind aus regulationstheoretischer Sicht gering. Aufgrund der Notwendigkeit der Profitrealisation ist ein Konsumverzicht generell nicht förderlich für die Stabilität eines jeglichen Akkumulationsregimes. Weiterhin lässt sich in den postfordistischen Umrissen eine neue Segregation der konsumtiven Werte in einen Sektor hochqualitativer spezialisierter - auch „ökologisch korrekter“ - Nachfrage und einen Bereich der Konsumtion billiger Massengüter erkennen. Das im Fordismus sozialisierte rebellische Kind Konsumkritik wandelt sich im Erwachsenenalter zur Segregationsakzeptanz und etabliert nicht eine neue Verzichtskultur (6.7).

Der Vorstellung der Möglichkeit einer Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen muss aus regulationstheoretischer Sicht klar widersprochen werden, besteht ein wesentliches Element postfordistischer Formation in der ökonomischen Globalisierung. Unabhängig davon sind in den Konturen der neuen Regulationsweise Tendenzen einer politischen und ökonomischen Bedeutungssteigerung dezentralen Zusammenrückens zum Zwecke der Steigerung der Konkurrenzfähigkeit auf dem globalen Markt auszumachen. Diese

¹ Hirsch/Roth greifen den Begriff von Max Kaase auf (HIRSCH/ROTH 86: 168).

regionale Regulation ist jedoch nicht autonom zu Regulationen auf übergeordneten territorialen Ebenen (6.8).

Die Erfolgchancen des technischen Ansatzes sind unklar. Einerseits ist aufgrund erhöhter Konkurrenz mit einer allgemeinen Beschleunigung technologischer Innovationen zu rechnen. Andererseits ist die Richtung der technologischen Entwicklung unvorhersehbar. Die neue Regulationsweise ist durch eine Zurückdrängung des fordistischen entwicklungsorientierten Staates charakterisiert. Die Durchsetzung einer Steuerung – etwa mit Mitteln einer Verschmutzungssteuer – der technischen Entwicklung in Richtung Effizienz und Konsistenz wären aufgrund der Umverteilungswirkung Grenzen gesetzt. Aber schon die dafür in jedem Fall nötige Etablierung eines entsprechenden technologischen Paradigmas ist mit einem Verlust an Konsens über technischen Fortschritt konfrontiert (6.9).

Eine Durchsetzung der meisten Nachhaltigkeitsansätze ist also nach den Erkenntnissen der Regulationstheorie eher nicht zu erwarten. Generell ist jedoch an die von dem Ansatz begründete Offenheit der Geschichte zu erinnern, die Auswege in alle Richtungen prinzipiell zulässt. Auf diese Varianten, die prinzipiell auch nach der Regulationstheorie als einer Theorie spezieller kapitalistischer Formationen bis zur allgemeinen Überwindung kapitalistischer Akkumulationsimperative reichen können, wird dementsprechend von vielen Autoren hingewiesen. An Beschreibungen von Alternativen, wie sie etwa in den Skizzen von einem neuen kollektiven Gesellschaftsvertrag (DEPPE 97), einer ökologisch vernünftigen „großen Transformation des 21. Jahrhunderts“ (LIPIETZ 00), einem neuen Konzept sozialen Fortschritts (AGLIETTA 00), einer radikaldemokratisch-partizipatorischen Überwindung der „Besonderung“ des Staates in der kapitalistischen Gesellschaft (HIRSCH 94,98 u.a.O.), einer Überwindung der ökonomischen Dominanz in der Regulation durch die Abwehr des schumpeterianischen Leistungsstaates (JESSOP 92) oder einer Eigendynamik demokratisch-partizipatorischer Ansprüche in Richtung mehr Egalität (MAHNKOPF 88) zum Ausdruck kommen, fehlt es nicht. Alle bewegen sich jedoch lediglich auf dem dünnen Eis der von der Regulationstheorie – im Rahmen des Imperativs der Kohärenz von Akkumulationsregime und Regulationsweise – begründeten Voluntarität gesellschaftlicher Verhältnisse.² Für die hier vorgenommene Fragestellung muss auf diese prinzipiellen Optionen zwar hingewiesen werden, von größerem Interesse sind jedoch die Begründungen – und die daraus in späteren Arbeitsschritten jenseits dieser Untersuchung zu ziehenden wissenschaftlichen und politischen Schlussfolgerungen – für die regulationstheoretisch abgeleiteten *wahrscheinlichen* Entwicklungen.

6.1 Grenzen wirksamer Partizipativität durch Regulation

Die Frage nach den Chancen für mehr Partizipation als Teil des politischen Nachhaltigkeitsansatzes ist zu differenzieren. Sie teilt sich in die Analyse der Möglichkeit der formalen Partizipation einerseits und der erfolgreichen Partizipation im Sinne einer Steigerung intentionalen Einflusses von individuell oder kollektiv Handelnden andererseits. Die letzte Frage steht in diesem Abschnitt im Vordergrund. Sie wird mit Gründen aus der allgemeinen Theorie der Regulation heraus tendenziell negativ beschieden. Innerhalb dieses Rahmens ist in der postfordistischen Konstellation mit einer

² Eine Ausnahme bildet hier Hirsch, dessen Vorschläge für einen Ausweg den Rahmen kapitalistischer Vergesellschaftung verlassen sollen und dementsprechend auf Kompatibilitäten mit einem Akkumulationsregime nicht Rücksicht zu nehmen brauchen.

Zunahme formaler Partizipativität zu rechnen, deren Ursachen in einem zweiten Schritt (Kap.6.2) beschrieben werden. Die in der Regulationstheorie unterschiedlich bewerteten Auswirkungen dieser Steigerung formaler Partizipativität auf den Anstieg intentionalen Einflusses werden dagegen im folgenden Kapitel dargelegt.

These: Die allgemeine Analyse der Regulation als Resultat eines komplexen Wechselverhältnisses zwischen spezifischer kapitalistischer Struktur und subjektivem Handeln impliziert eine prinzipielle Grenze der Steigerung von Intentionalität und damit von erfolgreicher Partizipation.

Die Regulationsweise sichert nach der oben angeführten Definition von Lipietz die Kompatibilität von „Verhaltensweisen im Rahmen eines Akkumulationsregimes“. Diese Regulation, dieser Anschluss individuellen Handelns innerhalb der Grenzen eines Akkumulationsregimes geschieht durch die „Gesamtheit der institutionellen Formen, der Netze, der expliziten und impliziten Normen“. Zum Verständnis der Analyse der Regulation ist zunächst der Charakter eines Akkumulationsregimes aufzuhellen.

Die Regulationstheorie als Theorie von Gesellschaften, in denen eine „kapitalistische Produktionsweise herrscht“³, geht von der allgemeinen Wirksamkeit eines Akkumulationsimperativs aus, der sich aus den Reproduktionsbedingungen des Kapitals ableitet. Ein Akkumulationsregime ist nun eine „Variation“ dieser Reproduktionsbedingungen des Kapitals, charakterisiert durch eine spezifische „Form der Nutzung und Reproduktion der Arbeitskraft“ (GÖRG 94: 99). Diese spezifische Form von Arbeitskraftnutzung und Wiederherstellung, von Warenproduktion und Nachfrage, von Absatz und Konsum harmonisiert sich im Prozess der kapitalistischen Reproduktion nicht alleine, sondern bedarf eines Akkumulationsregimes, welches eine bestimmte Relation zwischen Produktions- und Konsumtionsnormen sichert. Andernfalls kann es keine stabilen kapitalistischen Verhältnisse geben, es kommt zu Problemen der Profitrealisation, etwa in Form von Über- oder Unterproduktionskrisen mit zu hoher oder zu niedriger Ausbeutung (LIPIETZ 98(88)). Diese und andere Erklärungen möglicher *rein ökonomischer* kapitalistischer Krisendynamiken werden hier jedoch nicht weiter behandelt. Deutlich gemacht werden soll lediglich die Notwendigkeit eines Akkumulationsregimes, welches dieses für kapitalistische Formationen zentrale Anschlussproblem löst. Die vom Akkumulationsregime zu diesem Zweck gesicherten Relationen zwischen „Transformationen von Produktionsverhältnissen“ und „Transformationen von Verhältnissen der tatsächlichen Konsumtion“ stellen einerseits einen Modus der „Verteilung und Reallokation des gesellschaftlichen Produkts“ dar, wie es Lipietz in seinem oben angeführten Zitat zusammenfasst. Die zweite Funktion dieser Sicherstellung der Kontinuität der Relationen von Produktion und Reproduktion besteht in der Entschärfung permanent drohender Akkumulationskrisen, wie es etwa Robert Boyer herausstellt. Ein Akkumulationsregime ist

„das Ensemble der Regelmäßigkeiten, die ein allgemeines und relativ kohärentes Fortschreiten der Kapitalakkumulation sichern, das heißt die Resorption oder Verschiebung der Verzerrungen und Ungleichgewichte erlauben, die der Prozess selbst hervorringt“ (BOYER 86, zitiert nach: SABLÓWSKI 94).

Die Existenz eines – wie auch immer ausgeprägten – Akkumulationsregimes als ein „Modus“ der Verteilung bzw. „ein Ensemble der Regelmäßigkeiten“ zur Absorption ökonomischer Ungleichgewichte stellt damit eine „soziale Form“ (LIPIETZ) im Kapitalismus, einen in dieser Gesellschaftsformation immer nötigen Mechanismus zur

³ KREBS/SABLÓWSKI (92) in Anlehnung an Boyer.

Sicherung von bestimmten *ökonomischen* Verhältnissen, dar. Als kategorisierende Ausprägungen von Akkumulationsregimen führt Lipietz extensive Akkumulation (einfache, gleichmäßige Ausweitung von Produktion), intensive Akkumulation ohne Massenkonsum (Ansteigen der Produktion von Produktionsmitteln) sowie intensive Akkumulation mit Massenkonsum an (LIPIETZ 98a(85)). Diese Grundtypen sind dann im Rahmen der Analyse konkreter Akkumulationsregimes zu verfeinern.

Ein Akkumulationsregime als ein Modus zur Sicherung der Reproduktion der Kapitalverwertung ist allein nicht stabil. Nach der Regulationstheorie bedarf es dazu *ökonomischer und außerökonomischer* Praktiken und Institutionen, die die Wellen ökonomischer Expansion und Kontraktion „vermitteln“ (JESSOP 92). Diese Funktion der Eindämmung „innerer Spannungen, Konflikte und Widersprüche“ kapitalistischer Reproduktion (ebd.) erfüllt die Regulationsweise, sie ist der „Ausdruck einer Vermittlung der „funktionalen Bedingungen der Kapitalakkumulation mit den Ansprüchen, den Bedürfnissen und den historisch gegebenen Institutionen“ (GÖRG 94). Zu diesem Zweck sichert die Regulationsweise die Anschlussfähigkeit von „Verhaltensweisen im Rahmen eines Akkumulationsregimes“ (LIPIETZ, s.o.). Die Regulationsweise ist so zwar funktional für die Stabilität eines Akkumulationsregimes, sie lässt sich nach diesem Ansatz jedoch nicht aus diesem *ableiten*. Die nicht-ökonomische Regulationsweise ist nicht der Überbau zur ökonomischen Basis des Akkumulationsregimes. Hierin liegt der fundamentale Unterschied und die Revision des Regulationsansatzes im Verhältnis zu einer ökonomistisch-marxistischen Lesart einer Determination des politischen und ideologischen Überbaus durch eine ökonomische Basis. Akkumulationsregime und Regulationsweise stehen in einem Artikulationsverhältnis zueinander, sie lassen sich also nicht aufeinander reduzieren und beeinflussen sich gegenseitig. Eine Kompatibilität, eine gelungene Vermittlung kapitalistisch-ökonomischer und außerökonomischer Ansprüche, ergibt sich bei diesen Freiheitsgraden folglich keineswegs zwangsweise. Sie stellt sich jedoch – durch welche widersprüchliche Prozesse auch immer – als historische „Fundsache“ (LIPIETZ) bis dato immer wieder ein und bürgt so regelmäßig für neue stabile Phasen kapitalistischer Entwicklung. Gelingt der Prozess der Kompatibilisierung von Akkumulationsregime und Regulationsweise dauerhaft nicht, so kann kein Akkumulationsregime stabilisiert werden und die kapitalistische Gesellschaftsformation selber kommt in eine essentielle Krise.

Mit den analytischen Kategorien der eine kontinuierliche Kapitalverwertung auf eine bestimmte Weise sichernden Akkumulationsregimes und der diese Verhältnisse normativ und institutionell stützenden Regulationsweise ist also keine Vorentscheidung über eine eindeutige Polarität der beiden Kategorien bezüglich der Voluntarität von Handlungen gefallen.⁴ Das Akkumulationsregime ist nicht etwa Bestandteil einer rein akteursunabhängigen Struktur, die in dieser Hinsicht mit der rein akteursstrukturierten Regulationsweise kontrastiert. Die Definition von der Regulationsweise als Anschluss von Handlungen „im Rahmen“ eines Akkumulationsregimes legt ein derartiges Verständnis eines Akkumulationsregimes als *unveränderlichem* Rahmen beim ersten Blick durchaus nahe. Eine solche Interpretation ist aufgrund des artikulatorischen Verhältnisses von Akkumulationsregime und Regulationsweise jedoch nicht richtig: Die Regulationsweise schließt zwar Verhalten „im Rahmen“ eines Akkumulationsregimes an, letztere ist jedoch in eine Regulationsweise „eingebettet“ (HIRSCH 94: 196).

⁴ Von einigen Autoren wird jedoch ein – wenn auch nicht polares – Voluntaritätsgefälle zwischen den beiden Kategorien begründet, das sich aus dem jedem kapitalistischen Akkumulationsprozess inhärenten höheren Irrationalitätsgehalt herleitet (vgl. GÖRG unten).

Die Wirksamkeit von Partizipativität als Ausdruck erfolgreichen Handelns tritt in jeder Gesellschaft an eine Grenze, die durch die Existenz von sozialen Strukturen gebildet wird. Die Regulationstheorie formuliert eine kapitalismustheoretische und insofern spezifische Lösung des allgemeinen sozialwissenschaftlichen Problems des Verhältnisses von Struktur und Handlung, von Mikro- und Makrosoziologie. Um die strukturellen Grenzen intentionalen Handelns im Regulationsansatz genauer zu bestimmen, ist auf zwei Ebenen nach der dort entwickelten Konzeption der Dualität von Struktur und Handlung zu fragen: Auf der Ebene der Regulationsweise selber sowie auf der Ebene des Verhältnisses zwischen Regulationsweise und Akkumulationsregime.

Struktur und Handlung in der Regulationsweise

Lipietz versteht unter der Regulationsweise sämtliche institutionellen Formen sowie offene und latente Normen, die das Verhalten von Akteuren im Rahmen eines Akkumulationsregimes aneinander anschließen.⁵ Als dafür im Kapitalismus mindestens zu regulierende Gegenstände führt Lipietz an:

- Die Regulation des Lohnverhältnisses (Festlegung der zeitlichen Normen, der Intensität der Arbeit, des Werts der Arbeitskraft, Bestimmung der Konsumtionsnorm der Arbeiter, Reproduktion der Hierarchie der Qualifikationen, Segmentierung des Arbeitsmarktes, Aufteilung zwischen direkten und indirekten Löhnen etc).
- Die Reproduktion und Verwaltung des Geldes, seiner Emission, seiner Zirkulation, der Formen, in denen es für produktive Zwecke eingesetzt wird etc.
- Die Normen und die (impliziten und kodifizierten) Modi der Einheit und der Konkurrenz zwischen den verschiedenen Fraktionen des Kapitals, zwischen diesen und anderen Produktionsformen.

(LIPIETZ 98a (85):163)

Die Aufzählung macht deutlich, dass die Regulationsweise als eine Regulation ökonomischer Topoi, eben des spezifischen Akkumulationstyps zu verstehen ist. Sie nimmt die Rolle der *invisible hand* des Adam Smith (LIPIETZ) ein, die divergierende Interessen aneinander anschließt und ohne die es keine stabile kapitalistische Entwicklung gibt. Die Regulationsweise ist jedoch nicht der analytische Gegenpol zur „*invisible hand*“. Dazu müsste sie einen eindeutig intentionalen Charakter aufweisen, der jedoch nach dem Regulationsansatz nicht gegeben ist. In der Ausgangsdefinition von Lipietz (s.o.) wird die Kompatibilisierung von Verhalten sowohl „in Übereinstimmung mit den jeweiligen sozialen Verhältnissen“ als auch „durch die Widersprüche und den konfliktuellen Charakter der Beziehungen zwischen den Akteuren“ hindurch konzipiert. Bezüglich des Verhältnisses von Struktur und Handlung kommt hierbei zum Ausdruck, dass sich die Regulation gleichzeitig als Reproduktion der Struktur und als Resultat – möglicherweise konfliktueller – Subjektivitäten vollzieht. Die Widersprüchlichkeit der Verhältnisse ist demnach kein außergewöhnlicher Zustand, sondern *krishafte Normalität*, die durch spezifische institutionelle Arrangements einer *Regulation* unterzogen wird.

Wie vollzieht sich diese Regulation von Widersprüchen? In den Institutionen, impliziten und expliziten Normen, die eine Regulationsweise bilden, sind die sich aus den divergierenden Interessen der Akteure speisenden sozialen Kämpfe sowohl pazifizierend eingeschrieben als auch für die Zukunft geregelt, also in ihrer Struktur vorgeformt. Zum

⁵ Diese Definition (s.o.) gilt streng gelesen nur für die Phasen stabiler Formationen. In Krisenphasen hingegen passen Regulationsweise und Akkumulationsregime nicht zueinander, werden Verhaltensweisen also, wie Lipietz selber hervorhebt, nicht mehr im Rahmen des bestehenden Akkumulationsregimes gewährleistet (vgl. etwa LIPIETZ 92a).

Beispiel ist die der fordistischen Regulationsweise zuzurechnende Institution eines staatlich gestützten kollektiven Flächentarifvertrags, der einigermaßen gleiche Verhältnisse für bestimmte Gruppen von Lohnabhängigen garantiert, zum einen Ergebnis vergangener Klassenkämpfe und zum anderen eine mit Spielregeln versehene Arena der Austragung laufender ökonomischer Konflikte.

Die Grenzen der erfolgreichen Partizipation verlaufen also zum einen an deren jeweiligen charakteristischen Institutionen und Normen innerhalb einer Regulationsweise, die eine *relativ* handlungsbegrenzende Struktur darstellen, auch wenn sich deren Genese durch größere Handlungsfreiheit vollzogen hat. Natürlich sind die Institutionen einer Regulationsweise keine undurchlässigen Grenzen. Statt der Reproduktion ist eine Transformation der Regulationsweise möglich. Lipietz betrachtet die Reproduktion einer sozialen Struktur als eine von Akteuren vorgenommene „Konzeptualisierung der beobachteten Kompatibilität individueller Entwicklungslinien“ (LIPIETZ 98(88)). Akteure haben jedoch die Fähigkeit bzw. sogar die „Neigung“, von den Reproduktionsimperativen abzuweichen. Dies ist aus der Spezifik einer Regulationsweise als immer auch gleichzeitige Nicht-Behandlung bestimmter Widersprüche verursacht und bis zu einer bestimmten Schwelle für die Fortexistenz derselben unbedrohlich, kann sich jedoch zu einer großen Krise akkumulieren. Dazu reichen selbst kleinste Freiheitsgrade, die Abweichungen von routinisiertem Verhalten ermöglichen. Lipietz schreibt:

„Bei genauer Betrachtung gibt es keinen Widerspruch zwischen Struktur und Handlungen. Er liegt innerhalb der Handlung selbst, zwischen ihrem routinisierten, verdinglichten, reproduktiven Aspekt [...] und ihrem potentiell divergenten, erneuernden, autonomen, schöpferischen, vielleicht revolutionären oder zumindest eigenständigen Aspekt. [...]. Vielleicht haben Menschen nur das Recht auf ein „Klinamen“, auf fünf (oder weniger!) Prozent Freiheit gegenüber fünfundneunzig Prozent Notwendigkeit. Doch sind es diese fünf Prozent, die nach neuen sozialen Formen rufen und sie erzeugen.“ (LIPIETZ 98(88): 113)⁶

Das Ergebnis der so begründeten prinzipiellen Optionen auf Reproduktion oder Transformation, eine auf Widersprüchen *und* Übereinstimmung basierende Regulation hat jedoch nur begrenzt intentionalen Charakter. Lipietz begreift Regulationsweisen als historische „Fundsache“, als sich mehr oder weniger zufällig einstellendes Ergebnis von sozialen Kämpfen, die mit einem Akkumulationstyp harmonieren. Der in dieser Hinsicht akteursferne Charakter des Ansatzes ist folgerichtig auch in dem Begriff der „Regulation“ enthalten, der in Abgrenzung von dem mehr Intentionalität ausdrückenden Terminus der Regulierung gewählt wurde.⁷ Festzuhalten bleibt also, dass die Wirksamkeit von Partizipation - selbst bei einer (hier rein analytisch-theoretisch) von Akkumulationszwängen isolierten Betrachtung von Regulationsweisen - sowohl bei Reproduktions - als auch Transformationsprozessen als eingeschränkt betrachtet werden muss.

⁶ Diese Auflösung des Widerspruchs zwischen Struktur und Handlung in einer Konzeption der Strukturierung, in dem Institutionen mit ihrer orientierenden Funktion Handeln erst ermöglichen, jedoch nicht erzwingen, vertritt auch Giddens in seinem Theorieansatz der raum-zeitlichen Strukturierung (GIDDENS 95(88)). Die *longue duree* von Institutionen begründet dabei selektive Wahrscheinlichkeiten struktureller Folgen von Handlungen. Es gibt keine strukturelle Determination, bestimmte Handlungen haben jedoch wahrscheinlich keine strukturelle Auswirkungen. (Zur Problematisierung des Verhältnisses von Institutionen und Regulation auf Basis dieses Giddenschen Ansatzes vgl. auch GÖRG 94).

⁷ Hans-Peter Krebs und Thomas Sablowski ist der Begriff der Regulation allerdings wiederum zu systemtheoretisch konnotiert. Sie schlagen daher für die notwendige begriffliche Kondensation der Verbindung von Struktur- und Handlungseinfluss den Begriff der „Regularisierung“ vor. (KREBS/SABLOWSKI 92)

Struktur und Handlung im Verhältnis zur sozialen Form des Akkumulationsregimes

Zu der Analyse einer gravierenderen Einschränkung intentionalen Handelns und damit der Möglichkeit erfolgreicher Partizipation gelangen wir bei der Betrachtung des Verhältnisses der Regulationsweise zum Akkumulationsregime. Die Einschränkung kommt schon in der Definition der Regulationsweise als Kompatibilisierung von Verhalten *im Rahmen* eines Akkumulationsregimes zum Ausdruck. Die Notwendigkeit der Rücksichtnahme auf Akkumulationsnotwendigkeiten überhaupt begrenzt die Ausprägungen möglicher Regulation.

Soweit zu den basics des Regulationsansatzes. Zu einer schärferen Restriktionsanalyse führt die Auffassung vom Kapitalismus als Formation prinzipiell irrationaler, verdinglichender Vergesellschaftung. Dann wirkt zusätzlich ein Rationalitätsgefälle zwischen Akkumulationsregime und Regulationsweise, auf das Christoph Görg hinweist. Danach beeinflussen zwar die oben am Beispiel der Generierung der Institutionen der Regulationsweise beschriebenen „allgemeinen Strukturierungsprinzipien sozialen Handelns“ prinzipiell ebenso die „verselbständigten Verlaufsformen der Kapitalreproduktion“. Bei letzterem komme aber „die partielle Negation dieser Strukturierungsqualitäten, die spezifische soziale Form kapitalistischer Vergesellschaftung, zum Ausdruck“ (GÖRG 94: 98). Die „soziale Form“ einer Gesellschaftsformation ist als ihr essentieller Charakter Strukturierungsprozessen entzogen und sorgt für eine Reproduktion hinter dem Rücken bzw. vor dem ungenügenden Erkenntnisapparat der Akteure. Ihren allgemeinen sowie ihren spezifischen Charakter im Kapitalismus beschreibt Hirsch:

„Soziale Formen sind die verdinglichten und fetischisierten, nur durch theoretische Kritik zu entschlüsselnden Gestalten, die das wechselseitige Verhältnis der gesellschaftlichen Individuen in einer gegenüber ihrem Willen und Handeln verselbständigten Weise annimmt und die ihre unmittelbaren Wahrnehmungen und Verhaltensorientierungen prägen: Ware, Geld, Kapital, Recht, Staat. Indem sie das Handeln von Individuen und Klassen in einer von diesen nicht unmittelbar durchschaubaren Weise anleiten, schaffen sie die Möglichkeit, grundlegende gesellschaftliche Antagonismen „prozessierbar“ zu machen, d.h. sie gewährleisten, dass sich die Gesellschaft trotz und wegen ihrer Widersprüche erhält und reproduziert, ohne diese damit allerdings aufzuheben [...]. Das bedeutet, dass „Kapitalismus“ eine Gesellschaftsformation bezeichnet, in der die Individuen wechselseitige Verhältnisse eingehen, die sie weder frei wählen noch durch ihr unmittelbares individuelles Handeln beherrschen können. Unter der strukturellen Bestimmung wechselseitiger Konkurrenz und des antagonistischen Kampfes um das Surplusprodukt ist Gesellschaftlichkeit nicht direkt, kollektiv und bewusst herstellbar. Diese äußert sich vielmehr in fetischisierten, verdinglichten, den Individuen als Objektzusammenhänge entgegentretenden *sozialen* Formen.“ (HIRSCH 92: 205)

Die Ausprägungen des Akkumulationsregimes sind demnach durch die Macht der sozialen Formen des Kapitalismus zwar nicht jeglicher strukturierender Handlung entzogen, jedoch durch deren „partielle Negation“ via Verdinglichung eingeschränkt. Eine derartige Einschränkung des Universums möglicher Akkumulationsregimes hat Folgen auch für die Voluntarität von dem Kompatibilitätsimperativ unterliegenden Regulationsmodi.

Zusammengefasst kann also gesagt werden, dass Partizipativität nach dem allgemeinen Regulationsansatz als nicht ökonomistische Theorie kapitalistischer Verhältnisse seine Grenzen erstens in den allgemeinen Restriktionen durch die Strukturierungsfunktion sozialen Handelns im Rahmen der Genese der Regulationsweise wie auch des Akkumulationsregimes findet. Zweitens bewegt sich die Regulationsweise generell im Käfig von durch die soziale Form kapitalistischer Vergesellschaftung begründeten Verdinglichungsprozessen.

6.2 Grenzen postfordistischer Partizipativität

6.2.1 Gesteigerte formale Partizipation im Postfordismus

Nach der Analyse der allgemeinen Grenzen von Partizipation durch die Interdependenzen im Prozess jeder Regulation soll nun die Steigerung von formaler Partizipation als Merkmal aktueller postfordistischer Konturen dargestellt werden, wie sie von Regulationstheoretikern übereinstimmend begründet wird.

These: Die postfordistische Entwicklung ist durch eine Steigerung formaler Partizipation gekennzeichnet.

Fordismus als hierarchischer Organizismus

Die wesentliche Bezugnahme des Regulationsansatzes ist das Entwicklungsmodell des Fordismus (s.o.). Dieses nach 1945 sich durchsetzende Modell ist gekennzeichnet durch ein Akkumulationsregime des parallelen Wachstums von Produktivität und Massenkonsum. Ermöglicht wurde dieses durch eine Regulationsweise kollektiver Tarifverträge und des keynesianischen Wohlfahrtsstaates. Das „technologische Paradigma“ dieses fordistischen Entwicklungsmodells ist die tayloristische Arbeitsorganisation. Namensgeber des Entwicklungsmodells ist die in den ersten drei Jahrzehnten dieses Jahrhunderts bei Henry Ford in den Vereinigten Staaten prototypisch sich entwickelnde Form der Automobilproduktion und die soziale Integration von deren Produzenten. Dazu gehört einerseits die tayloristische Zergliederung von Fabrikationsschritten, deren Anwendung im großen Stil in der Automobilfabrikation Furore machte und eine revolutionäre Verbilligung der Produktion von Automobilen bedeutete, die bis dahin exklusiv teure Luxusgüter waren. Der Pionier Ford perfektionierte nicht nur das industrielle Paradigma des Taylorismus, sondern praktizierte und propagierte die Prinzipien einer gleichzeitigen Steigerung von Produktion und Massenkonsum durch relativ hohe Löhne und verlässliche Arbeitsbedingungen seiner Beschäftigten. Diese win-win-Strategie der Kompatibilisierung der Massenproduktion von Automobilen mit deren Massenabsatz an die *eigenen* Produzenten nahm damit das spätere gesamtgesellschaftliche Akkumulationsregime mikrokosmisch vorweg.

Die Spezifik der fordistischen Verkettung von Akkumulationsregime und Regulation ist die Antwort auf die große Krise der vorangegangenen kapitalistischen Formation, die Lipietz etwa von 1920 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges datiert und als ausschließliche Regulationskrise beschreibt (vgl. LIPIETZ 98b(85)). Nach dem Ersten Weltkrieg kam es durch die Ausbreitung tayloristischer Arbeitsorganisation zu einer Phase intensiver Akkumulation, d.h. einer Erhöhung der Produktivität durch Rationalisierung. Durch die Fortexistenz der überkommenen „konkurrentiellen“ Regulation der vorhergehenden Phase konnte der Konsum der Lohnabhängigen nicht gleichzeitig wachsen, nicht in das Akkumulationsregime „eingebaut“ werden. Von den zwei kapitalismusimmanenten Angeboten für eine „alternative“ Regulierung, dem Faschismus und dem New Deal bzw. dem Fordismus, setzte sich letztere Regulierungsweise dann spätestens nach 1945 durch (ebd., vgl. auch HIRSCH/ROTH 86). Bei diesen nur schlaglichtartigen Hinweisen auf regulationstheoretische Interpretationen der Geschichte

des Kapitalismus soll es hier bleiben. Verdeutlicht werden sollte lediglich der historische Hintergrund der großen Bedeutung gesellschaftlicher Integration in der fordistischen Formation.

Diesem Rang sozialer Integration wird die Charakterisierung des Fordismus als „hierarchischer Organismus“ (LIPIETZ) gerecht. Unter Organismus versteht Lipietz dabei die „Fähigkeit der Gesellschaft, sich als lebendiges Ganzes vorzustellen“ (LIPIETZ 91), was die Vermeidung von Exklusionen impliziert: Niemand soll von der Verteilung der Früchte ausgeschlossen werden. Das Komplement dieser Berücksichtigung im Fordismus liegt im hierarchischen Charakter der Organisation der Gesellschaft. Die „weniger qualifizierten Produzenten“ und die Staatsbürger werden von Entscheidungen bezüglich der Organisation des Produktionsprozesses bzw. der Regelung der öffentlichen Angelegenheiten ferngehalten. Die tayloristische Arbeitsorganisation ist charakterisiert durch eine strikte Trennung von Ausführung und Konzeption. Die Wahrnehmung sozialer und politischer Interessen vollzieht sich über Mitgliedschaften in Großorganisationen wie Parteien oder Gewerkschaften, die als Stellvertreter Kompromisse und Vorteile für ihre Klienten aushandeln. Getragen wurde diese Kombination aus materieller Beteiligung und politischer Repräsentation durch ein „soziales Paradigma“ des technischen, sozialen und staatlichen Fortschritts. Technischer Fortschritt wurde verstanden „als durch Kopfarbeit uneingeschränkt vorangetriebener Fortschritt der Technologie“, sozialer Fortschritt als „Kaufkraftzuwachs bei Gewährleistung der Vollbeschäftigung“ und der Fortschritt des Staates als „Garant des Allgemeininteresses gegen die ‚Übergriffe‘ individueller Interessen“ (LIPIETZ 91). Unter einem sozialen Paradigma wird nach dem Regulationsansatz so etwas wie ideologische Hegemonie verstanden. Lipietz definiert ein soziales Paradigma als

„bestimmte Strukturierungsweise von Identitäten und Interessen, die innerhalb des Universums der Diskurse und politischen Repräsentationen legitim vertretbar sind“ (ebd. 91:679).

Ein soziales Paradigma ist ebenso wie das Akkumulationsregime und die Regulationsweise Ergebnis einer konfliktuellen Entwicklung und eine historische „Fundsache“. Die angeführte Fortschrittstrias ist nach Lipietz das soziale Paradigma des „organizistischen“ Fordismus.

„Partizipatorische Revolution“ als ein Ausdruck der Krise

Das fordistische Entwicklungsmodell mitsamt seinem sozialen Paradigma ist etwa seit Beginn der 70er Jahre in eine Krise geraten. Ein Ausdruck dieser Krise ist die „partizipatorische Revolution“ (HIRSCH/ROTH 86: 168⁸) auf politischer und arbeitsorganisatorischer Ebene, die durch ein entsprechendes partizipatives Paradigma gedeckt und gespiegelt ist. Auf der Ebene der Arbeitsorganisation ist das tayloristische Leitbild durch die zwei partiell konkurrierenden, aber auch kompatiblen Prinzipien der Flexibilität und der „auszuhandelnden Einbindung“ (LIPIETZ 98(93)) verdrängt worden. Die Einbindung umfasst Dimensionen der Qualifikation, der Gruppenarbeit sowie der Mitsprache bei Festlegung und Kontrolle von Aufgaben. Der Aushandlungsprozess dieser Einbindung vollzieht sich immer stärker jenseits aggregierter sozialer Ebenen der Gesamtgesellschaft oder von Branchen, sondern zunehmend auf individueller oder partikular korporativer Ebene etwa von Arbeitsgruppen oder Betriebsteilen. Partizipation erhöht sich hier also einmal als verstärkte Einbindung in Planungsprozesse und zum

⁸ Hirsch/Roth benutzen diesen von M. Kaase entlehnten Begriff im Sinne des Anstiegs von Partizipation als formales Verfahren. Damit ist nicht eine substantielle Steigerung von Einflussmöglichkeiten verbunden.

anderen als Steigerung des Einflusses auf Aushandlungsprozeduren. Komplement und ideologische Zugmaschinen für diese Veränderungen in der Kultur industrieller Beziehungen sind die pioniermäßig praktizierten radikaleren Partizipationen in den selbstverwalteten Alternativbetrieben (HIRSCH/ROTH 86). Zurückgedrängt werden die fordistischen Selbstverständlichkeiten der Weisungsgebundenheit und der repräsentativen Interessenvertretung. Das von Lipietz für die Produktionssphäre angeführte partizipative Prinzip der „auszuhandelnden Einbindung“ wird in den Analysen der postfordistischen Konturen auch auf der politischen Ebene beschrieben. Entsprechend dem partizipativen Imperativ der direkten Beteiligung manifestiert sich der Trend vor allem auf lokaler Ebene, wo die Integration nicht-professioneller politischer Akteure etwa mittels runder Tische, Mediationsverfahren, Beteiligung an Verwaltungsvollzügen oder urdemokratisch konzipierten Prozessen der lokalen Agenda praktiziert wird (vgl. z.B. ROTH 98, MAYER 96). Analog zur Aufwertung niedriger aggregierter Einheiten in der betrieblichen „Politik“ wird eine generelle Aufwertung lokaler und regionaler Staaten im postfordistischen Politikgefüge verzeichnet. Die Abkehr von der Dominanz keynesianisch zentralstaatlicher Intervention im Fordismus bedeutet neben der Abgabe politischer Gestaltungskapazität an die globale Ebene auch eine Übertragung der „Sicherung der gesellschaftlichen Reproduktion auf die regionale und lokale Ebene“ (MAYER 96:23). Entsprechend dieses Siegeszuges partizipativer Arrangements in der Arbeitsorganisation und der Politik als Elemente einer postfordistischen Regulationsweise ist ubiquitäre Partizipation Element eines neues soziales Paradigmas. Basisdemokratie und Selbstorganisation ersetzen die Akzeptanz anonymer und administrativer sozialer Wohlfahrt (vgl. u.a. LIPIETZ 91). Geburtshelfer dieser postfordistischen „Projektion von lebensweltlichen Sinn- und Rollenerwartungen auf die zweckrational organisierten „Subsysteme“ der Wirtschaft und des Sozialstaats“ (MAHNKOPF 88:123⁹) sind die neuen sozialen Bewegungen (ebd., vgl. a. HIRSCH/ROTH 86, ROTH 98, LIPIETZ 91).

Krise fordistischer Vergesellschaftung über Großorganisationen

Welche Topoi und welche Dynamiken der fordistischen Krise lassen sich aus Sicht der Regulationstheorie für diese materielle und paradigmatische Zunahme von Partizipation verantwortlich machen? Zu unterscheiden sind in *diesem* Zusammenhang mit den ökonomischen Grenzen tayloristischer Arbeitsorganisation eine Krise des Akkumulationsregimes sowie mit den sozialen Grenzen der Akzeptanz des keynesianischen Wohlfahrtsstaates und der Fortschrittstrias (s.o.) eine Krise des sich in der fordistischen Regulationsweise kondensierenden sozialen Paradigmas.

Das fordistische Akkumulationsregime geriet unter anderem in eine Krise, da es keine Produktivitäts- und Profitsteigerungen mehr mit Hilfe einer Ausweitung tayloristischer Massenproduktion vollziehen konnte. Erstens erschöpften sich die in der Arbeitsorganisation selber liegenden Rationalisierungspotentiale. Vor allem neue Technologien und Just-in-time-Management erforderten eine „Einbindung der geistigen Fähigkeiten der unmittelbaren Produzenten und deren freiwillige Kooperation mit dem Management und den Ingenieuren“ (LIPIETZ 93, vgl. auch 91). Hirsch/Roth führen zudem die zunehmende Anfälligkeit tayloristischer Arbeitsorganisation für Akte der stillen Sabotage, für effizienzmindernden „Absentismus“ als Reflex auf monotone und persönlichkeitsreduzierende Arbeitsalltage an (HIRSCH/ROTH 86)¹⁰. Als entscheidend bezeichnen sie jedoch die Unmöglichkeit der unbegrenzten Fortführung der „Struktur der

⁹ Mahnkopf greift damit einen Gedanken von H. Kitschelt (85) auf.

¹⁰ Mahnkopf hält die Absentismus-These jedoch für empirisch nicht ausreichend belegt (MAHNKOPF 88).

Mehrwertproduktion“, die durch die zunehmenden Verwertungsprobleme einer taylorisierten Massenproduktion „auf der Basis einer Ausdehnung des „inneren Markts“ und der schrankenlosen Ausbeutung von Naturressourcen“ (ebd., vgl. auch HIRSCH 93) charakterisiert waren. Dieses Argument zielt auf den regulationstheoretisch abstrahierenden Kern der Analyse einer Destabilisierung eines Akkumulationsregimes, der ökonomisch nicht mehr zu gewährleistenden Kohärenz von Produktions- und Konsumtionsnormen.

Die Durchsetzung des zentralstaatlich organisierten keynesianischen Wohlfahrtsstaates als die Regulationsweise des Fordismus setzte zum einen eine *innere* soziale Dynamik in Gang, die als *ein* Ergebnis Partizipationspostulate hervorbrachte. Zum anderen geriet die Funktion und damit die Legitimation des Zentralstaates sowie anderer anonym-repräsentativer Großorganisationen von „*außen*“ durch ökonomische Entwicklungen unter Druck, die die endogene Drift in Richtung Selbstorganisation und Partizipation potenzierte. Auf der Basis der Fordismusanalyse von Hirsch/Roth kann die Genese des Wunsches nach mehr Partizipation auf drei Pfaden konzipiert werden. Erstens erlaubt der durchgesetzte Wohlfahrtsstaat über Entbettungsmechanismen eine Individualisierung, die eine Abkehr von homogenisierender Massenrepräsentation induziert. Zweitens ermöglicht erst der erhöhte Wohlstand einen Wertewandel, der Ansprüche nach Partizipation und Selbstverwaltung auf die Tagesordnung setzt.¹¹ Drittens ist die fordistische Formation parallel zum Trend der Individualisierung durch die Normierung von Lebensverhältnissen via bürokratischem Sozialstaat und zentralisierten Großorganisationen charakterisiert. Diese auch von Hirsch/Roth in Anlehnung an Habermas (s.o.) als „Kolonisierung der Lebenswelt“ bezeichnete „Verdrängung milieubestimmter, subsistenzwirtschaftlicher, selbstorganisierter und lokaler Formen individueller und kollektiver Sicherung durch zentrale Großorganisationen“ (ebd.: 67) induzierte die „alternative“ Kritik am „entmündigenden“ und „bürokratischen“ Sozialstaat, dem ein Modell von Basisdemokratie, Selbstorganisation und Partizipation entgegengesetzt wurde.

Krise fordistischer Akkumulation

Diesem – zumindest nach der regulationistischen analytischen Trennung von ökonomischem „Akkumulationsregime“, politischer „Regulationsweise“ und ideologischem „sozialem Paradigma“ – rein außerökonomischen, sozialparadigmatischen Scheitern fordistischer Vergesellschaftung über Großorganisationen entsprach deren durch die Krise des Akkumulationsregimes verursachter Funktionsverlust, dessen Elemente hier nur kurz benannt werden sollen, ohne die Feinmechanik der Krisenmechanismen im einzelnen hier zu zerlegen. Nach dem regulationstheoretischen Ansatz ließ die Krise des fordistischen Akkumulationsregimes die ehemals stabilisierende Regulationsweise zur krisenverschärfenden Belastung werden. Nach Hirsch/Roth wurde der durch die Unmöglichkeit der ewigen Steigerung der Binnennachfrage, die Erschöpfung tayloristischer Rationalisierungspotentiale, den durch den ökonomischen Abstieg der Hegemonialmacht der Vereinigten Staaten ausgelösten Zusammenbruch global-fordistischer finanztechnischer Regulation sowie die technologischen Optionen verschärften Konkurrenz mit einer Liberalisierung des Welthandels als *politisch gewollter* Krisenausweg begegnet (vgl. HIRSCH/ROTH 86, ähnlich LIPIETZ 98a(85)). Die von den

¹¹ Hirsch/Roth gehen allerdings nicht von einem Automatismus postmaterialistischer Wertorientierung bei wachsendem materiellem Wohlstand aus. Sie fordern eine Relativierung der Behauptung einer quasi gesetzmäßigen Durchsetzung von emanzipatorischen, selbstverwirklichenden Haltung und betonen den ambivalenten Charakter postfordistischer Subjektstrukturen, die gleichzeitig kulturell-konsumtiver Fremdbestimmung unterworfen sind (HIRSCH/ROTH 86: 61 ff)

nationalen Politiken dadurch erhoffte oder lediglich propagierte Stabilisierung der nationalen Akkumulationsregime schlug in ihr Gegenteil um, die ökonomische Globalisierung wirkte via outsourcing von Massenproduktionen auf die Metropolen zurück und verschärfte die Krise nationalstaatlich-fordistischer Regulation, die paradigmatisch an der Krise der Staatsfinanzen zu erkennen ist. Die als Reaktion auf ausbleibendes Wirtschaftswachstum erhöhte Anwendung des fordistischen Instruments keynesianischer Subventionspolitik ruderte die Staatsfinanzen noch tiefer in den Verschuldungssumpf – die alte Regulationsweise passte einfach nicht mehr zum sich neu herausbildenden Akkumulationsregime. Neben dieser – über welche einzelnen ökonomischen Ereignisabfolgen und Interdependenzformen auch immer sich konkret vollziehenden - globalen Erschöpfung fordistischer Akkumulation führen die Autoren die strukturelle Überschuldung des Staates auf internen Kostendruck aufgrund der politischen Eigendynamik von Verteilungskämpfen zurück (ebd.). Der dergestaltete interne und externe ökonomische Druck auf den fordistischen Sozialstaat und die ihm funktional zugehörigen und von ihm protegierten, die kollektive Verteilung regelnden Institutionen wie Gewerkschaften, Sozialversicherungen etc. ließ demnach diese einen Funktionsverlust erleiden, der die nicht-ökonomische soziale Kritik der Entfremdung und Anonymität durch Massenorganisationen um den Vorwurf der Ineffizienz anreicherte.

Die Tendenz zu mehr Partizipation in den Sphären der Produktion und der Politik, die sich so aus der Krise des Fordismus begründen lässt, ist innerhalb der Differenzierungen des regulationstheoretischen Ansatzes Konsens. Unterschiedlich konzipiert werden die Grenzen der Wirksamkeit dieser – zunächst formalen – Partizipation, die sich aus einer unterschiedlichen Analyse der Umrisse der postfordistischen Kapitalismusformation ableiten.

6.2.2 Grenzen postfordistischer Partizipativität

These: Die postfordistische Partizipativität hat ihre Grenzen im politisch gewollten Souveränitätsverlust einer deregulierenden Regulationsweise.

Während Lipietz und Aglietta von mindestens gleichen Chancen für das umfassende Partizipativität beinhaltende postfordistische Projekt der „Alternative“ gegenüber der paradigmatischen Konkurrenz des „liberalen Produktivismus“ ausgehen, markieren Autoren wie Joachim Hirsch, Bob Jessop, Birgit Mahnkopf oder auch Frank Deppe und Hans-Jürgen Bieling jeweils unterschiedlich akzentuiert die in der postfordistischen Regulationsweise verbleibenden Leerräume substantieller Partizipativität, so dass die auch von ihnen konzedierte Steigerung formaler Beteiligung nicht als demokratischer Fortschritt qualifiziert werden kann. Auf dieser Basis wird sich abschließend zeigen, dass die konkurrierenden Paradigmen sich in wesentlichen Teilen verzahnen und damit auch die optimistischen Pariser Skizzen entgegen dem ersten Anschein weitgehend kompatibel mit der pessimistischen Leerstellendiagnose sind.

Relative Partizipationsoptionen im nicht-hierarchischen Organizismus

Nach Lipietz konkurrieren zwei neue Paradigmen um eine neue Regulationsweise. Der „liberale Produktivismus“ bzw. „Modernismus“ orientiert sich am Primat einer Regulation durch ökonomische Konkurrenz, die durch die Produktivitätssteigerung legitimiert wird, und lässt dafür eine Fragmentierung der Gesellschaft zu. Die aus der Krise des Fordismus

erwachsene Renaissance der Eigeninitiative und die Delegitimation von Solidarität administrativen Typs bilden in Kombination mit der Akzeptanz von sowohl betriebsökonomisch als auch aus der Notwendigkeit eines makroökonomischen Konkurrenzprinzips heraus legitimer Gefälle ein Modell der „dezentralisierten Hierarchie“, welches auf den fordistischen Organizismus, der Gesellschaft als Ganzes begreift, verzichtet. (vgl. LIPIETZ 91, 98a(85), 00).

Das Paradigma der „Alternative“ hingegen soll die Kritik am „hierarchischen Organizismus“ in eine andere Richtung führen. Neben den Topoi der Autonomie und der Solidarität *zwischen Individuen und Gruppen*, wird dem Prinzip der Ökologie als dem „Prinzip der Beziehungen zwischen der Gesellschaft, dem Produkt ihrer Tätigkeit und ihrer Umwelt“ (LIPIETZ 91) elementarer Rang gegeben. Dieses Gesellschaftsprojekt, als dessen Ausdruck und Motor die neuen sozialen Bewegungen identifiziert werden, bezeichnet Lipietz als „nicht hierarchischen Organizismus“. Die von Lipietz ausgemachten Pole der um Hegemonie ringenden Fordismuserben setzen demnach ihre Kritik am jeweils anderen Ende des hierarchischen Organizismus an: Den liberale Produktivismus stört der Bezug aufs Ganze, während die „Alternative“ daran festhält, das Mittel für diesen Zweck – Hierarchien – jedoch für funktional ungeeignet und normativ ablehnenswert hält. Aus hierarchischem Organizismus soll also entweder nicht-organizistische Hierarchie oder nicht-hierarchischer Organizismus werden. Die Abwesenheit von Hierarchien ist gleichbedeutend mit gesteigerter Partizipation. Mit enthierarchisierender Partizipation sowohl in der Produktionssphäre als „Kontrolle der Produzenten über ihre Tätigkeit“ als auch in den „sozialen Beziehungen außerhalb der Lohnarbeit“ (ebd.) wird umfassende Basisdemokratie angestrebt, die nicht vor der Ökonomie halt macht. Die nach diesem Konzept notwendige, aber nicht ganz unproblematische Synthese von Eigeninitiative und Solidarität kann nur durch die Aufwertung lokaler und regionaler Bezüge gelingen:

„Sich ein neues Bündnis von Eigeninitiative und Solidarität vorzustellen, darin liegt die Schwierigkeit. Darin scheint sogar ein Widerspruch zu liegen. Es setzt das Gegenüber, den Kontakt, das Aushandeln an der Basis voraus. Kurz, es privilegiert das Lokale als den Ort demokratischer Regulation in der ersten Bedeutung: einerseits die unmittelbare Auseinandersetzung um die Ressourcen, um das praktische Wissen, um den Geist der Initiative und andererseits eine Bestandsaufnahme der nicht befriedigten Bedürfnisse, der notwendigen Kompromisse.“ (LIPIETZ 91: 691)

Lipietz verabsolutiert jedoch nicht diese Regionalisierung der demokratischen Basis von Regulation.¹² Er weist auf die Notwendigkeit überregionaler Solidarität hin, die auch die – somit funktional legitimierte – Grenzen von Partizipativität markiert:

„Ohne diese überregionalen Instanzen, die die Spielregeln fixieren, laufen die Regionen, die „Länder“ leicht Gefahr, in einen Zustand der „freien Konkurrenz“ zurückzufallen, bei dem diejenigen, die am schlechtesten dran sind, das Nachsehen haben. Keine lokale Entwicklung ohne nationale und internationale Solidarität. Es ist vernünftig, davon auszugehen, dass die Regulation der Spielregeln und der Finanzausgleich zwischen den Regionen in der Kompetenz der repräsentativen Demokratie (auf Grundlage von Wahlen) bleiben wird, wobei diese wohl auf die europäische Ebene ausgeweitet sein dürfte, und dass die Einrichtung einer nicht-aggressiven Weltordnung eine Sache der Kräfteverhältnisse und der Diplomatie bleiben wird.“ (ebd.: 692)

Mit dieser – im Prinzip fordistischen Begründung – von funktional legitimierte Grenzen der Partizipativität weist Lipietz auf Komplikationen des „alternativen“ Paradigmas partizipativer Regulation mit dem eigenen Anspruch der – ökologisch reformierten – Organizität hin. Die Substanz der eingeräumten notwendigen Einschränkungen von Partizipation wird jedoch von Lipietz offensichtlich als eher gering betrachtet: Er spricht von einer „bestimmenden Rolle“ „direkter demokratischer Regulationsformen“ (ebd.: 693). Der Optimismus bezüglich eines Primats von Partizipation bezieht sich auch auf die

¹² vgl. auch die Diskussion zur Regionalisierung (Kap. 6.8)

Produktionssphäre, wo Lipietz der Partizipation sogar die Verdrängung des Marktmechanismus zutraut:

„An zwei Erfordernissen muss sich die Umstrukturierung des Produktionsapparates sich beständig orientieren: Zunächst an der Erhaltung und Bereicherung des praktischen Wissens. [...] Deshalb müssen die Lohnabhängigen in die Entscheidungen über die Umstrukturierungen einbezogen werden [...] Zweitens an der demokratischen Festlegung der zu befriedigenden gesellschaftlichen Bedürfnisse [...] Deshalb geht die Kontrolle über das „Was produzieren?“ nicht nur die momentan Beschäftigten, sondern die *ganze Gesellschaft* an. Es bedarf der Einrichtung neuer Formen demokratischer Planung, die dem Urteil des Marktes vorhergehen. Dies wird vermutlich auf der Ebene der regionalen Beschäftigungszentren vor sich gehen können“ (ebd.: 687, Hervorhebung U.S.)

Ist das erste Ziel einer Beteiligung direkt betroffener Lohnabhängiger an betrieblichen Umstrukturierungsprozessen noch klar dezentral-partizipativ erreichbar, so schimmert in den Formulierungen von Lipietz bei der Frage der Festlegung der Produktionsziele hier auch in der Sphäre der Ökonomie wieder der Gegensatz zwischen lokaler Partizipation und der Notwendigkeit der Regelung durch die „ganze Gesellschaft“ durch, ohne dass dies jedoch von Lipietz weiter thematisiert wird. Er geht auch hier offensichtlich davon aus, dass sich auf der lokalen Ebene Kohärenz zwischen den Zielen der Partizipation und dem „organizistischen“ Anspruch marktersetzender *Regulierung*¹³ gesellschaftlicher Produktion erreichen lässt. Andernorts antizipiert (und propagiert) Lipietz jedoch die Notwendigkeit *überregionaler*, Partizipation einschränkender Regulation des Weltmarktes, wenn er etwa Importbeschränkungen, Lohnnormen, ökonomische und ordnungspolitische Instrumente zur Senkung des Ressourcenverbrauchs oder gar ein globales Ressourcenmanagement (maximal 600 Kg CO₂ pro Kopf und Jahr...) nach dem egalitären Konzept des gleichen Umwelttraums für jeden Erdenbürger als Elemente der zu erwartenden „großen Transformation des 21. Jahrhundert“ konzipiert (LIPIETZ 00).

Trotz dieser, wenn auch nicht offen konzidierten, so doch faktischen Relativierungen bleibt festzuhalten, dass Lipietz, vor allem wegen des Bedeutungszuwachses lokaler Ebenen sowie der sozialparadigmatischen Kraft des antihierarchischen Projektes der Autonomiesteigerung, in allen gesellschaftlichen Sphären von einer großen Chance auch substantieller Partizipativität in der postfordistischen Regulationsweise ausgeht. Michel Aglietta begründet dazu passend im Rahmen seiner Diagnose des postfordistischen „Akkumulationsregime des Vermögensbesitzes“ den Mechanismus der Kontrolle institutioneller Geldanlage durch die Beschäftigten im Verein mit einer auf Basis des Prinzips der Transparenz gelingenden öffentlichen „sozialen Kontrolle“ von Unternehmenspolitiken als wesentliche Vermittlung von Rentabilitätsnormen mit gesellschaftlichen Zielen (AGLIETTA 00). Mit dem Aktienbesitz von Beschäftigten wird so ein partizipatorisches Element, die Beteiligung am Kapital und damit an der Steuerung der Ökonomie, Bestandteil der „wesentlichen Regulationsinstanz“ Unternehmenskontrolle.¹⁴ Allerdings ist bei Aglietta die Grenze der Steuerungsmächtigkeit und damit die Substanz derartiger Partizipation im Verhältnis zu repräsentativ-

¹³ Die vorgeschlagene demokratische Planung der Sujets der Produktion bedeutet als erfolgreicher Prozess der Steuerung keine *Regulation*, sondern eine intentionale *Regulierung*.

¹⁴ Die Belastbarkeit der Agliettaschen These der regulativen Wirkmächtigkeit von derartigen Strategien des Volksaktienbesitzes im Sinne einer Sozialisierung ökonomischer Normen soll hier im Rahmen der *Darstellung* regulationstheoretisch abgeleiteter Chancen für mehr Partizipation nicht weiter beurteilt werden, obschon sich natürlich zwei gravierende Einwände aufdrängen: Erstens stehen Gewinnmaximierungsinteressen einzelner Individuen oder Gruppen(-kapitalisten) im Widerspruch zu ihrem eigenen (einmal unterstellten) Interesse an der Verbesserung gesamtgesellschaftlicher Normen. Zum zweiten stellt sich die Frage nach der Marginalität der von Arbeitnehmern angesichts der Entlohnungsverhältnisse überhaupt erreichbaren Kapitalanteile und damit ihres Einflussvolumens.

gesamtgesellschaftlich vollzogenem Einfluss via Staatsapparat ähnlich verschwommen wie bei Lipietz. Auch Aglietta konzipiert parallel geradezu klassische Elemente fordristischer Regulation für die heraufziehende Ära des neuen Akkumulationsregimes:

„Denn von der guten Regulation der Teilung zwischen Löhnen und Profiten hängt die Dynamik der Nachfrage und der Rhythmus der Investitionen ab. Der Staat kann durch die Struktur der Besteuerung und die Umverteilung auf diesem doppelten Aspekt der Einkommensverteilung tätig werden.“ (AGLIETTA 00: 80)

Leerlaufen von Partizipativität im Wettbewerbskorporatismus

Im Kontrast zu den relativ optimistischen regulationstheoretischen Ableitungen aus Paris stehen eine Reihe Analysen, die das Leerlaufen formaler Partizipationssteigerung aufgrund einer allgemeinen Schwächung demokratischer Substanz in der postfordistischen Formation begründen. Damit wird bei allen Differenzen, die im wesentlichen in der Einschätzung postfordistischer Staatsfunktionen und -reichweiten liegen, mehr oder weniger die Tendenz des „liberalen Produktivismus“ als die dominante ausgemacht.

Gegen die Annahmen eines Absterbens des Nationalstaates im Zuge postfordistischer Globalisierung argumentiert vor allem Hirsch. Er konstatiert eine Entwicklung vom Wohlfahrt und Überwachung qua Massenintegration leistenden fordristischen „Sicherheitsstaat“ hin zur neuen Regulationsweise über den „nationalen Wettbewerbsstaat“. Dessen primäres Ziel ist die Sicherung von Kapitalverwertungsbedingungen. Dazu wird er wie ein hierarchisches Unternehmen gemanagt: Zur Erreichung des ökonomischen Ziels werden die einzelnen Betriebsteile als profit-center geführt, die Handlungsmaximen sind Reibungslosigkeit und Effizienz, es gibt Kern- und Randbelegschaften sowie eine funktional eingepasste Mitbestimmung (HIRSCH 98). Entgegen den Behauptungen von Neoliberalen einschließlich ihrer Kritiker sieht Hirsch kein Zurückdrängen des Staates, sondern eine Entwicklung zum autoritären Staat, der er regulationstheoretischen Sinn attestiert. Mit der Globalisierung wird die Festhaltefunktion des kapitalistischen Nationalstaates immer wichtiger:

„Daran wird deutlich, was die nationalstaatliche politische Organisation für das kapitalistische Klassenverhältnis grundsätzlich bedeutet: Sie hält die Bevölkerungen, aber nicht das Kapital innerhalb der nationalen Grenzen fest. Auf diese Weise schafft die spezifische Form des bürgerlichen Nationalstaates die strukturelle Möglichkeit, die Menschen und die sozialen Klassen politisch-ökonomisch zu spalten und gegeneinander auszuspielen. Der Staat als Mittel der Klassenherrschaft hat grundsätzlich diese Funktion. Sie wird indessen im Zuge der kapitalistischen Globalisierung immer bedeutungsvoller.“ (HIRSCH 98:32)

Ein Ausscheren aus dieser Funktionsbestimmung ist nicht möglich aufgrund der Kapitalabhängigkeit, die den Primat politischer Staatsziele auf die „selektive Mobilisierung der gesellschaftlichen Kräfte für den internationalen Wettbewerb und die Unterdrückung aller Interessen, die dem entgegenstehen“ (ebd.: 37), begründet. Die Akzeptanz regionaler und sozialer Stratifikation ist dann ebenso unabdingbar wie repressive und interventionistische Maßnahmen zur Sicherung wettbewerblicher Ausrichtung. Ein neuer Schub der Durchkapitalisierung erfordert demnach *auch* einen neuen Schub der Durchstaatlichung:

„Damit ist gemeint, dass es mit fortschreitender Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse immer notwendiger wird, die natürlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen der profitgesteuerten Privatproduktion – natürliche Ressourcen, willige und qualifizierte Arbeitskräfte, Wissen, infrastrukturelle Einrichtungen usw. – gesellschaftlich, was unter den herrschenden Bedingungen heißt: staatlich bereitzustellen und ihre in Form von ökonomischen Krisen, sozialer Desintegration, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Verschleiß, und Umweltzerstörung auftretenden negativen Folgen zu kompensieren. Dies begründet die in der historischen Entwicklung fast ungebrochene Zunahme des Staatsinterventionismus unbeschadet aller ideologischen Auseinandersetzungen und politischen Programmatiken.“ (HIRSCH 98: 83)

Hirsch macht damit eine *allgemeine* Tendenz der Entwicklung kapitalistischer Vergesellschaftung verantwortlich für die Ausweitung der Staatstätigkeit in der neuen Regulationsweise des nationalen Wettbewerbsstaats. Als davon *unberührt* hingegen konzipiert er eine Änderung der institutionellen Formen. Das Verhältnis von partizipativen zu repräsentativen Elementen, das bei Hirsch im übrigen nicht ganz klar ist¹⁵, ist vor diesem Hintergrund schlicht irrelevant. Aufgrund der Unterordnung unter wettbewerbliche Imperative kommt es zu einem „Leerlaufen“, zu einer „faktischen Entdemokratisierung“ jeglicher liberaldemokratischer Institutionen. Potentiell substantiell demokratische Parlamente und Parteienkonkurrenz werden auf zwei Wegen entwertet: Zum einen durch die Verlagerung von Entscheidungen aus demokratischen Willensbildungsprozessen in nicht demokratisch legitimierte korporative Strukturen, zum anderen durch ihre freiwillige Gleichschaltung, ihre Unterordnung unter die hegemoniale Ideologie globaler Sachzwänge (vgl. HIRSCH 98). Öffentlicher Streit um die beste Lösung der öffentlichen Angelegenheiten wird ersetzt durch einen wettbewerblich orientierten Korporatismus, der „staatliche Bürokratien, Unternehmen, Teile der Belegschaften und fallweise auch die Gewerkschaften in neuer Weise zusammenbindet. Er bezieht sich nicht mehr auf eine umfassende und sozial abgefederte Regulierung von Wirtschaft und Gesellschaft, sondern zielt auf die Stärkung der Konkurrenzposition multinationaler Unternehmungen durch Schaffung sektoraler wie regionaler produktiver Komplexe“ (HIRSCH 95, zit. nach DEPPE 97:54).

Die unter der Hegemonie neoliberaler Imperative sich einstellende Wirkungslosigkeit demokratischer Verfahren insgesamt gilt ebenso für die Alternative partizipativer Prozeduren, wie Birgit Mahnkopf und Elmar Altvater hervorheben:

„Substanzielle politische Freiheiten und prozedurale Partizipationsmöglichkeiten von Staatsbürgern ändern am Funktionsmodus der Märkte nicht viel, wenn der Staat, auf dessen Lenkung sich die ‚Regeln des demokratischen Spiels‘ beziehen, die souveräne Definitionsmacht von Politik verloren hat oder sich im politischen Handeln der ökonomischen Logik der Marktkonkurrenz bedient“ (ALTVATER/ MAHNKOPF 96, zit. n. DEPPE 97: 54).

Ein latentes Demokratisierungspotential von Partizipation *gegen* die neoliberale Hegemonie wird von Mahnkopf jedoch nicht ausgeschlossen, wie sie am Beispiel betrieblicher Partizipation illustriert:

„Jedenfalls sollte von einem Demokratisierungspotential der von A. Lipietz so emphatisch begrüßten „anti-tayloristischen Revolution“ nur dann gesprochen werden, wenn sich zeigen ließe, dass die Ausweitung von Partizipationsmöglichkeiten für strategisch wichtige Beschäftigungsgruppen – zumindest der Tendenz nach – auch den politikwirksamen Druck in Richtung einer Ausweitung von „economic democracy“, im Sinne eines Arrangements der gerechten Verteilung von Arbeit, Einkommen und gesellschaftlichem Reichtum (Macpherson 1987, S. 34ff) verstärken können. Ganz ausgeschlossen ist dies nicht. Gesteigerte Bildungskompetenz, erweiterte Autonomiespielräume, höhere Lohn- und Beschäftigungssicherheit für größere Beschäftigtengruppen könnten ja langfristig die Voraussetzungen dafür schaffen, dass ein eher moralisch als interessenpolitisch fundierter Druck auf „mehr Demokratie“ und „soziale Gerechtigkeit“ entsteht.“ (MAHNKOPF 88: 136)

Auch wenn sich die geschilderte Option einer durch Partizipation induzierten, auf einer Gewichtsverschiebung von Interessen zur Moral basierten Wende gegen die neoliberale Hegemonie nicht ansatzweise eingestellt hat, verweist diese Einräumung prinzipieller Offenheit demokratischer Prozesse auf die regulationistische Sicht des politischen Charakters der aktuell antidemokratisch sich auswirkenden *Genese* der Verdinglichung

¹⁵ So beschreibt er einerseits die aus der Fordismuskrise entstandene Bewegung hin zu dezentralem Korporatismus und mehr Basisdemokratie (HIRSCH/ROTH 86, s.o), andererseits spricht er von der Kontinuität der formalen Institutionen, des „liberaldemokratischen Repräsentativsystems“ im Übergang zum Postfordismus (HIRSCH 98: 28).

von Weltmarkt und Kapitalverwertung (vgl. HIRSCH 98, auch: DEPPE 97, BIELING 00).¹⁶

Die im Kapitalismus ohnehin nur unvollständig realisierten Voraussetzungen funktionierender „bürgerlicher“ Demokratie, nach Hirsch die „relative Homogenität“ der materiellen Lage und der Werte sowie ein bestimmtes Quantum an Handlungsspielraum für die Regierung, werden durch die politisch gewollte Entwicklung zum nationalen Wettbewerbsstaat vollständig außer Kraft gesetzt (HIRSCH 98). An nicht nur formal demokratischen Verhältnissen interessierte Politiker sägen demnach am eigenen Ast, indem sie mittels der Unterordnung unter globale Kapitalinteressen erstens die Fragmentierung der sie tragenden Gesellschaft fördern und zweitens ihren Handlungsspielraum gegen Null tendieren lassen.¹⁷

Entsprechend dem Grundverständnis des Regulationsansatzes beschreibt Hirsch den Vorgang der ökonomischen Globalisierung nicht als „objektiven Mechanismus“, sondern als „ökonomisch induzierte“, aber *politisch durchgesetzte* Lösung der fordistischen Akkumulationskrise. Die ökonomischen Ziele dieser Krisenlösung waren die Durchsetzung neuer Technologien durch Markterschließung, die Veränderung der Einkommensverteilung sowie die Kapitalverkehrsfreiheit. Die Unterminierung der Gestaltbarkeit, der Demokratieverlust sei dabei politisches Kalkül neoliberaler Regierungen gewesen (ebd.). Die sich so herausbildende deregulative Regulationsweise des nationalen Wettbewerbsstaats beschränkt das zugelassene Spektrum von Partizipativität auf Mitarbeit an diesem Wettbewerbsprojekt: Im unternehmerischen Staat gibt es Mitbestimmung genauso funktional eingepasst wie im Unternehmen (vgl. ebd.: 76).

Ähnlich wie Hirsch reklamiert Bob Jessop auch in der postfordistischen Regulation eine „Schlüsselrolle“ für den Nationalstaat. Jessops analytische Basis ist eine „integrale ökonomische Perspektive“, mit der er den gramscianischen Anspruch einer Erklärung der gesellschaftlichen Einbettung staatlicher Macht mit dem regulationistischen Ansatz einer gesellschaftlichen Einbettung der Akkumulation synthetisieren möchte (vgl. JESSOP 92). Die „erweiterte Reproduktion des Kapitalismus“ erfordert demnach generell den Staat als „integrales Element“. Dies wird er wesentlich durch eine ökonomische und eine soziale Intervention, durch Hilfestellung bei der Kapitalverwertung sowie durch die Sicherung der Reproduktion der Arbeitskraft. Der Begriff des „keynesianischen Wohlfahrtsstaats“ kennzeichnet diese Doppelleistung in der erweiterten Reproduktion des Fordismus. Als postfordistische Antwort auf deren Krise ortet Jessop den „schumpeterianischen Leistungsstaat“. Die beiden universellen Staatsaufgaben erfüllt er zum einen durch eine ökonomische Intervention auf der Angebotsseite mit der Förderung von „Produkt-, Prozess-, Organisations- und Marktinnovationen“. Die Intervention auf die soziale Reproduktion besteht in der Sicherung von Leistungsfähigkeit, in der „Orientierung der Sozialpolitik an den Erfordernissen flexibler Arbeitsmärkte und struktureller

¹⁶ Allerdings hält Hirsch wegen des Charakters des nationalen Wettbewerbsstaates, der nur ein Ausdruck der generellen, spezifisch kapitalistischen sozialen Form der „Besonderung“ des Staates von der Gesellschaft darstellt (vgl. HIRSCH 92, 94), Alternativen zur neoliberalen Hegemonie im Rahmen einer Bezugnahme auf den staatlichen Rahmen überhaupt für obsolet und setzt folglich auf basisdemokratische globale „Vernetzung“ jenseits jeglicher staatlicher Strukturen (vgl. HIRSCH 98, 93, 92, ESSER/GÖRG/HIRSCH 94). Die politisch-praktischen Realisationsschwierigkeiten sowie die prinzipiell beschränkten Möglichkeiten, auf diesem Wege Alternativen zum Primat globalisierter Kapitalverwertung durchzusetzen, sollen in diesem Rahmen jedoch nicht thematisiert werden.

¹⁷ Eine derart bewusst konzipierte Entwicklung hin zur Entpolitisierung des Politischen zugunsten einer Herrschaft der Ökonomie ist ein Hauptanklagepunkt in den Interventionen von Pierre Bourdieu (vgl. etwa BORDIEU 98).

Konkurrenzfähigkeit“ (ebd.: 252). Aus dem Paradigmenwechsel von Marktkorrektur zu Marktförderung (BIELING 00) ergibt sich eine Machtverschiebung zugunsten der Dominanz von Institutionen mit Wettbewerbsrelevanz, etwa den Zentralbanken (ebd.). Auch dies trägt zum Leerlaufen prozeduraler Partizipation bei.

Die Entwicklungen zum „Wettbewerbsstaat“ bzw. zum „schumpeterianischen Leistungsstaat“ werden nicht nur für die staatliche Ebene der Nation, sondern ebenso für die lokale und regionale Ebene konstatiert. So vermerkt Jessop etwa die „Transformation lokaler Regierungen von Wohlfahrtsfürsorgern hin zu Beschäftigungsagenturen“ (JESSOP 92: 256). Roth identifiziert die lokale Ebene sogar als Experimentierfeld postfordistischer Regulation. Entsprechend findet sich dort die funktionale Integration von Partizipation: Soziale Bewegungen werden integriert, *sofern* sie die „kompetitive Orientierung“ der kommunalen Administrationen unterstützen (ROTH 98). Die Verbetriebswirtschaftlichung von Räumen als dominante Veränderung in lokalen Staaten beschreiben ebenfalls Stefan Krätke (KRÄTKE 96) oder Margit Mayer (MAYER 96). In der „unternehmerischen Stadt“, die analog zum nationalen Wettbewerbsstaat bei Hirsch durch einen Anstieg und nicht durch den Rückgang wirtschaftspolitischer Intervention charakterisiert ist, ist demnach die partizipative Integration nicht-staatlicher Akteure über runde Tische o.ä. funktional motiviert mit dem Ziel der „Initiierung und Stimulierung privater Kapitalakkumulation“ und nicht zu verwechseln mit einer prinzipiellen Offenheit für demokratischen Einfluss (vgl. MAYER 96).

Nach diesen Analysen postfordistischer Regulation, die - bei aller unterschiedlicher Akzentuierung der Einschätzung der Entwicklung staatlicher Souveränität - auf der Analyse eines Widerspruchs zwischen Kapitalisierung und Demokratisierung als zwei „recht eigensinnigen Prinzipien gesellschaftlicher Entwicklung“ (MAHNKOPF 88) aufbauen, erstickt die politisch durchgesetzte neoliberale Hegemonie formal institutionalisierte partizipative Ansprüche. Das „Leerlaufen“ vollzieht sich dabei sowohl durch inhaltliche Ausgrenzung via negativer Tagesordnungen als auch durch institutionelle Ausgrenzung mittels einer Machtverlagerung hin zu korporativen Strukturen und Institutionen, die keinen demokratischen Legitimationsverfahren unterliegen. Der von Lipietz als Antipode zur „Alternative“ beschriebene „liberale Produktivismus“ kann sich so *mit* den „alternativen“ Topoi der Autonomie und der Partizipation durchsetzen, auch wenn das im Rahmen des „alternativen Paradigmas“ gesetzte Ziel eines organizistischen Bezugs auf gesamtgesellschaftliche Entwicklung dabei auf der Strecke bleibt.¹⁸

¹⁸ Dieses – wenn auch nicht intentionale - Zusammenspiel zwischen den von Lipietz unterschiedenen Paradigmen exemplifizieren auch Hirsch/Roth am Wandel der Arbeitsorganisation: „In scharfem Kontrast dazu [zur Renaissance keynesianischer Regulierungsformen, U.S.] stehen Vorstellungen von einer dezentralen, auf kleinbetriebliche Strukturen gestützten und in regionalen genossenschaftlichen Zusammenhängen regulierten Ökonomie, die kooperativ und partnerschaftlich, unter Verzicht auf die Herrschaft staatlicher, unternehmerischer und gewerkschaftlicher Großorganisationen technischen Fortschritt, befriedigende Arbeitsverhältnisse und soziale Wohlfahrt zugleich gewährleisten soll (Piore und Sabel 1985, 286 ff.). Eine sozusagen ‚ökolibérale‘ Idylle also, die sich um reale Krisenursachen und die gesellschaftlichen Konsequenzen neu sich durchsetzender Akkumulationsstrategien wenig schert und damit zwar kaum Realisierungschancen hat, aber – ebenso wie einige damit verwandte ‚dualwirtschaftliche‘ Konzepte /vgl. Huber 1983, 1984) – eine nicht zu unterschätzende Rolle bei der Durchsetzung neoliberaler ‚Umbau-‘ und Flexibilisierungsstrategien spielt.“ (HIRSCH/ROTH 86: 141)

Erklärbar wird damit auch die – so manchen Beobachter doch überraschende – Nähe grünen Regierungshandelns zu neoliberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik, ihre Rolle als „Prätorianergarde des Sozialabbaus“, wie es Micha Brumlik pointiert provokativ ausgedrückt hat.

6.3 Regulation als Resultat und Modus von Kämpfen um Konsens

Die regulationstheoretische Einschätzung der Chancen auf Konsensualität wird analog zur Frage der Partizipativität zuerst anhand der Rezeption allgemeiner, formationsunabhängiger Zusammenhänge dieses Theorieansatzes vorgenommen. Dabei werden die Konsenschancen sowohl in Transformations- als auch in Reproduktionsphasen beurteilt werden. Das aus der spezifisch regulationistischen Analyse des Postfordismus sich ergebende Bild hingegen wird im nächsten Abschnitt beleuchtet.

6.3.1 Konfliktuelle Herausbildung von Regulationsweisen

These: Die Herausbildung einer neuen Regulationsweise erfolgt durch politische und hegemoniale Kämpfe, nicht im Konsens.

Der Begriff der Regulation, der eben nicht dasselbe wie Regulierung bedeutet, verweist auf die nicht vorhandene Intentionalität spezifischer Regulationsweisen. Lipietz bezeichnet sie daher auch als historische „Fundsachen“ (s.o.). Die „institutionellen Formen“ und kulturellen Gewohnheiten einer Regulationsweise, die für Kohärenz mit einem Akkumulationsregime bürgen, sind das unvorhersehbare Resultat von Kämpfen:

„Die Erfindung und die Durchsetzung einer Regulationsweise, die es einem gegebenen Regime gestattet, sich zu reproduzieren, ist also nicht die Verwirklichung einer überhistorischen funktionalistischen Notwendigkeit (nach der Art: „Damit sich der Kapitalismus entwickelt, benötigt es eine solche Institution, weshalb es sie also gibt.“). Das Entwicklungsmodell ist, zusammen mit seinem Industrialisierungsmodell, seinem Akkumulationsregime und seiner Regulationsweise, das ungewollte Ergebnis von sozialen Kämpfen wie auch ideologischen Konflikten, in denen nicht nur soziale Klassen einander gegenüberstehen, sondern auch, mit Blick auf die wünschenswertesten Ziele für die Gesellschaft oder die vorteilhaftesten Kompromisse mit der übrigen Gesellschaft, unterschiedliche Meinungsrichtungen innerhalb jeder einzelnen.“ (LIPJETZ 92a: 194)

Materielle und ideologische Konflikte zwischen und innerhalb von Klassen lassen sich also nicht aus *allgemeinen* Entwicklungsgesetzen des Kapitalismus ableiten, sondern basieren auf – relativ – autonomer Artikulation mit offenem Ergebnis. Die Eingrenzung der Offenheit der Konfliktformation resultiert aus ihrer historischen Einbettung, sie ist entstanden aus den Widersprüchen der vorangehenden Regulationsweise. Der Ausgang der derart dialektisch erklärten Kämpfe konstituiert nicht nur eine spezifische Regulationsweise, sondern das gesamte Entwicklungsmodell einer Kapitalismusphase. Auch das Akkumulationsregime unterliegt damit dieser konfliktorischen Genese. Insofern ist die Lipietzsche Wortwahl eines „gegebenen“ Regimes, das sich dank der „Erfindung“ einer passenden Regulationsweise reproduzieren kann, hier irreführend. Die von Lipietz konzipierte Voluntarität auch des Akkumulationsregimes wird jedoch deutlich in seiner Beschreibung der Beziehungen zwischen den regulationstheoretischen analytischen Elementen eines jeden Entwicklungsmodells:

„Auf dieser Basis erscheint das Akkumulationsregime als das makroökonomische Resultat der Funktionsweise des Regulationsmodus auf der Grundlage eines Industrialisierungsmodells. Es ist nötig, auf der historischen Wandelbarkeit der Akkumulationsregime zu bestehen: Der Kapitalismus funktioniert nicht in jeder Epoche auf die gleiche Weise, der gesellschaftliche Überschuss wird nicht systematisch in immer gleichen Proportionen für Konsum oder Investition verwendet.“ (ebd.)

Den konfliktorischen Charakter der Etablierung einer neuen Regulationsweise wird ebenfalls deutlich, wenn wir uns die Beschreibungen des Staates von regulationstheoretisch orientierten Autoren vor Augen halten, die in diesem die wesentliche institutionelle Form des Kapitalismus ausmachen. Hirsch beschreibt den Staat als Ort der institutionellen Verdichtung von Kräfteverhältnissen, die in Kompromissen kodifiziert sind (HIRSCH 93). Jessop fordert ein Verständnis staatlicher Macht als eine formbestimmte, das heißt als ein allgemeines Merkmal des Kapitalismus zu begreifende, „Verdichtung von Kräftegleichgewichten im politischen Kampf“ (JESSOP 92). Diese Sicht des Regulationselements Staat als Kondensat von Konflikten impliziert einen nicht-konsensualen Modus von Veränderungen:

„Umstrukturierungen im institutionellen System werden durch soziale und politische Kämpfe vorangetrieben und erfolgen prinzipiell krisenhaft, d.h. auf weder konsensuale noch planmäßige Weise. (HIRSCH 94: 183)“

Konsens und Hegemonie werden funktional ex post

Den nicht intentionalen sowie unmöglich *a priori* funktionalen Charakter der konfliktuellen Etablierung neuer Regulationsmodi erklärt Hirsch aus der allgemeinen Struktur des Kapitalismus als Gesellschaft der Verfolgung von Privatinteressen:

„Das Handeln der beteiligten Akteure ist weder kausal noch funktional determiniert. Dies widerspräche der zugrundeliegenden Vergesellschaftungsform, die ja durch Privatproduktion, naturwüchsige Arbeitsteilung und Tausch bestimmt ist. Es unterliegt insofern einem strukturellen Zwang, als es die sozialen Formbestimmungen nicht unterminieren darf, ohne den Gesamtprozess der kapitalistischen Gesellschaft in Frage zu stellen.“ (ebd., vgl. auch Kap. 6.1)

Es kann demnach nicht von vorneherein klar sein, welches Ergebnis, welche Funktionalität sich durch soziale Kämpfe und deren Versteinierung in einer Regulationsweise einstellt. Die Beendigung und Institutionalisierung von Kämpfen in der längerfristig stabilen Phase einer spezifischen Regulationsweise bedeutet zwar im Ergebnis eine Steigerung von Konsensualität in Form der Akzeptanz eines die Regulationsweise tragenden sozialen Paradigmas. Der Prozess der Entstehung einer Regulationsweise sowie dessen Ergebnis, die Vermittlung von „Verhaltensweisen im Rahmen eines Akkumulationsregimes“ kann zwar *ex post* funktional für die Reproduktion kapitalistischer Vergesellschaftung sein, auch wenn diese Funktionalität nicht intendiert ist und daher auch nicht als erfolgreiche Implementation einer konsensualen Verabredung rekonstruiert werden kann. Ein Beispiel für einen solchen sich erst *ex post* herausbildenden Konsens ist etwa die Regulationsinstanz des Sozialstaats, der durch Kämpfe nicht-konsensual erreicht wurde, deren Existenz aber während der fordistischen Regulationsweise gesellschaftsweiter Konsens war und deren Funktionalität für das entsprechende Entwicklungsmodell mit seiner Etablierung evident wurde (vgl. GANSSMANN 88, SABLowski 94).

So wie die Regulationsweise als ein nicht intendiertes Resultat intentionaler Kämpfe konzipiert ist, wird die Herausbildung von Hegemonie, verstanden als „organische Ideologie“ gesellschaftsweiter Ordnungs- und Entwicklungsvorstellungen, als ein offenes und damit nicht intendierbares Ergebnis „sozialer, politischer und ideologischer Kämpfe“ (HIRSCH) verstanden. Notwendig wird Hegemonie durch die Widersprüchlichkeit einer Regulationsweise selber (s.u.). Hirsch schreibt:

„Für den Zusammenhalt und die Reproduktion der Gesellschaft bedarf es vor allem eines verallgemeinerbaren Konsenses hinsichtlich ihrer Ordnung und Entwicklung, der Herrschaft legitimiert und eine die Heterogenität der Apparate zusammenbindende ‚politische Führung‘ untermauert. Historische Formationen des Kapitalismus gründen daher auf ‚hegemonialen Projekten‘ (Jessop 1982: 243 ff.), die sie zu einem integralen ‚historischen Block‘ (Gramsci) zusammenfügen.“ (HIRSCH 92:225)

Die Etablierung eines mit der Regulationsweise in wechselseitiger Abhängigkeit stehenden „hegemonialen Projektes“ versteht Hirsch dabei als Prozess der „Kombination und Verdichtung durchaus widersprüchlicher Diskurse“. Dabei werden Strategien, also „Projekte“ zwar wirksam, die Heterogenität kapitalistischer Vergesellschaftung und damit die Unmöglichkeit eines einheitlichen „hegemonialen Subjekts“ schließt jedoch intentionale Hegemonie aus. Eine gelungene Hegemonie kann genausowenig auf ein Hegemonieprojekt reduziert werden wie ein Akkumulationsregime auf eine Akkumulationsstrategie (vgl. auch SABLÓWSKI 94). Da Krisen der Regulation immer auch Krisen der Hegemonie sind (HIRSCH, ebd.), ist in Phasen der Herausbildung einer neuen Regulationsweise mit einem Anstieg hegemonialer Auseinandersetzungen zu rechnen. In einer Transformationsphase, im Übergang zu einer neuen Regulationsweise sind die Chancen auf einen konsensualen Modus also am geringsten.

Die dergestalt nicht intentionalen, über widersprüchliche Projekte sich herausbildenden „historischen Fundsachen“ einer gelungenen Artikulation zwischen einer Regulationsweise und einem Akkumulationsregime können *nach* ihrer Entdeckung bewusst und konsensual konsolidiert werden. So wurde die fordistische Regulation durch „keynesianische Theoretiker“, „reformistische Gewerkschaften“ und durch „Regierungen, die den sozialen Konsens zu sichern versuchten“, stabilisiert (LIPIETZ 92: 53). Doch auch in stabilisierten Phasen etablierter Regulation, die auf den konsensualen Elementen gelungener Hegemonie und institutionalisierten Kompromissen basieren, werden die so regulierten Widersprüche kapitalistischer Vergesellschaftung nicht zur Abwesenheit von Konflikten führen. Die Hoffnung des politischen Nachhaltigkeitsansatzes auf die universelle Machbarkeit und Funktionalität konsensualer Lösungen müsste daher ebenso in einem durchgesetzten neuen Modell einer – wie auch immer konstituierten – „nachhaltigen Entwicklung“ zumindest relativiert werden.

6.3.2 Regulation als prekärer Konsens

In seiner allgemeinen Bestimmung konzipiert Lipietz die Regulationsweise als Mechanismus des Anschlusses von Verhaltensweisen an das Akkumulationsregime „in Übereinstimmung mit den jeweiligen sozialen Verhältnissen“ und „durch die Widersprüche und den konfliktuellen Charakter der Beziehungen zwischen den gesellschaftlichen Akteuren und den gesellschaftlichen Gruppen hindurch“. Damit sind Widerspruch *und* Kohärenz Kern der Regulation.¹⁹ Die spezifischen Anteile und Ausformungen der beiden konstituierenden widersprüchlichen Komponenten sollen hier nicht weiter thematisiert werden. Vielmehr interessieren uns hier zunächst die allgemeinen regulationstheoretischen Erklärungen für die beiden Bestandteile Konsens und Konflikt in einer Regulationsweise.

Konsens innerhalb einer Formation

These: Eine „gefundene“ Regulationsweise fußt auf einem hegemonialen Block und damit gesteigerter Konsensualität.

¹⁹ Die Gleichzeitigkeit von Widerspruch und Kohärenz als Regulationsbasis wirft die Frage nach deren Gewichtung auf – eine offene Frage der Regulationstheorie (vgl. HÜBNER/MAHNKOPF 88).

Der konsensuale Gehalt einer Regulation äußert sich zum einen in der Wirkung eines „hegemonialen Blocks“. In Anlehnung an Gramsci definiert Lipietz diesen als Koalition sozio-ökonomisch konstituierter gesellschaftlicher Gruppen, die ihr „Projekt“ als dasjenige der Gesamtgesellschaft legitimieren und dadurch realisieren können (vgl. LIPIETZ 98a(85)). Eine Regulationsweise benötigt einen hegemonialen Block genauso, wie sie mittelbar über die Sicherung eines Akkumulationsregimes deren Basis ist:

„Man kann sagen, dass in den (für den Theoretiker idealen) Perioden, in denen über längere Zeit zwischen den verschiedenen Instanzen eine Entsprechung besteht, das Akkumulationsregime die Grundlage der materiellen Existenz eines hegemonialen Blocks ist, der seinerseits eine Regulationsweise gewährleistet, die ihrerseits die Reproduktion des Akkumulationsregimes steuert.“ (LIPIETZ 98a(85): 163)

Ein hegemonialer Block stellt einen weitreichenden Konsens her. Er muss eine so große Ausdehnung haben, dass diejenigen, deren Interessen unberücksichtigt werden, „sehr minoritär“ sind (LIPIETZ 91). Der breite Konsens fußt auf der Berücksichtigung materieller, psychologischer und ideologischer Bedürfnisse:

„Nötig [für einen hegemonialen Block, U.S.] ist die Annahme eines Universums der Repräsentationen und der politischen Diskurse (Jenson 1986), in dem sich die Individuen und Gruppen wiedererkennen und in dem sie ihre Identität, ihre Interessen und Meinungsverschiedenheiten ausdrücken können.“ (LIPIETZ 91: 679)

Das angesprochene „Universum“ ist jedoch begrenzt, und zwar durch das „soziale Paradigma“ eines Entwicklungsmodells, welches *legitime* Interessen und Identitäten von unverstandenen trennt (vgl. Kap. 6.1).

Die Möglichkeit von Konsens- oder Hegemoniebildung trotz der einer kapitalistischen Gesellschaft generell eingeschriebenen Widersprüche der Konkurrenz und des Kampfes um das „Surplusprodukt“ (RITSERT) hebt Hirsch hervor. Er führt diesen auf den ersten Blick verwundernden Vorgang auf einen kapitalismushärenten Prozess der Individualisierung zurück. Dieser schaffe die „Möglichkeit einer quer zu den sozialen Antagonismen und Klassenstrukturen liegenden Spaltung und Verbindung von gesellschaftlichen Gegensätzen“. Die Regulationsweise reproduziert und ermöglicht einerseits die Individualisierung, hebt sie andererseits aber durch die Neuformierung von Interessenvertretungen, die etwa nach Geschlecht, Religion oder Marktstellung differenziert sind, wieder auf. Interessenbündel werden durch die Regulationsweise demnach quasi derart neu geschnürt, dass die Konkurrenz der Produzenten als basaler Widerspruch kapitalistischer Vergesellschaftung verschleiert bleibt: „Regulation bedeutet daher die Artikulation sozialer Antagonismen in einer Weise, die diese nicht unmittelbar als solche und nicht in ihrem Zusammenhang erscheinen lässt“ (HIRSCH 92: 221).

Voraussetzung für eine dergestaltete Reproduktion kapitalistischer Vergesellschaftung ist allerdings der Erhalt der „sozialen Formen“, in denen sich die kapitalistischen Widersprüche – im wesentlichen die Wertform der Waren und die politische Form der „Besonderung“ des Staates von der Gesellschaft - ausdrücken, im Prozess der Regulation. Diese verdinglichten, „nur durch theoretische Kritik zu entschlüsselnden“ Gestalten, die die Beziehungen der Individuen in der kapitalistischen Vergesellschaftung annehmen, ermöglichen es, „grundlegende gesellschaftliche Antagonismen prozessierbar“ zu machen (ebd.: 205). Gesellschaftlichkeit kann im Kapitalismus aufgrund der strukturellen Konkurrenz und des Kampfes um das Surplusprodukt nicht „direkt, kollektiv und bewusst“ hergestellt werden. Die Realisierung der Gesellschaftlichkeit der Arbeit im Kapitalismus bedarf daher der Wert- und Geldform. Ebenso wenig kann politische Gesellschaftlichkeit direkt hergestellt werden. Die kapitalistische Konkurrenz erfordert vielmehr eine politische Form des Staates, die durch eine Trennung von Politik und Ökonomie, von Staat und

Gesellschaft charakterisiert ist: Die „Besonderung“ des Staates von der Gesellschaft.²⁰ Diese sozialen Formen sind nach Hirsch also der tiefere Grund für die Möglichkeit einer hegemonialen Konsens benötigenden und reproduzierenden Regulation trotz grundlegender Widersprüche im Kapitalismus.

Das „soziale Paradigma“ bzw. das legitime „Universum der Repräsentationen und der Diskurse“ (LIPIETZ s.o.) einer Regulationsweise konstituiert sich so nach Hirsch durch einen Ausschluss der - bewussten oder unbewussten - Systemkritiker: Das „regulative System“ ist ein Bollwerk, eine „im Kern immer ‚korporative‘ Ausgrenzungsstruktur“ gegen „soziale Bewegungen, die mittels einer Artikulation und Bündelung sozialer Antagonismen den ‚Fetischcharakter‘ der kapitalistischen sozialen Formen durchbrechen könnten“ (HIRSCH 92: 222). Die konsensuale Regulation benötigt und reproduziert die Fetischisierung der kapitalistischen sozialen Formen. Alle damit nicht kollidierenden Interessen haben demnach Platz unter dem Dach eines hegemonialen Konsenses, den Hirsch grundsätzlich als kapitalistische Hegemonie mit der Aufgabe der Entschärfung von Antagonismen denkt:

„Hegemonie beinhaltet damit nicht nur Interessenkompromisse über gesellschaftliche Konfliktlinien hinweg, mit denen Ungleichheit und Unterdrückung stabilisiert und legitimiert, zugleich Interessen privilegiert und ausgegrenzt werden, sondern beruht auch auf spezifischen Kräfteverhältnissen innerhalb der sozialen Gruppen und Klassen. Diese finden in der institutionellen Konfiguration des regulativen Systems, den Formen der Interessenorganisation, der Konstellation der Staatsapparate, den korporativen Arrangements und den damit verbundenen ‚strukturellen Selektivitäten‘ ihren Ausdruck.“ (HIRSCH 92: 227)

Die Möglichkeit hegemonialen Konsenses bewegt sich innerhalb der durch die kapitalistische Vergesellschaftung vorgegebenen, verschleiernden sozialen Formen. Seine Variationen basieren auf historischen „Kräfteverhältnissen“ und stehen in gegenseitiger Abhängigkeit mit der Herausbildung von Regulationsweise und Akkumulationsregime.

Kämpfe innerhalb einer Formation

Nachdem mit der Hegemonie als Bedingung und Ergebnis einer Regulationsweise ein auf einem – wie auch immer zu bewertenden - Interessenausgleich fußender normativer Konsens mit einer relativ weiten Ausdehnung als notwendiger und damit zu erwartender Bestandteil jeglicher kapitalistischer Formation, also auch eines möglichen zukünftigen Modells „nachhaltiger Entwicklung“ markiert ist, sollen im folgenden die prinzipiell zu erwartenden Kämpfe innerhalb einer Formation dargestellt werden. Dabei sind zwei regulationstheoretische Erklärungsansätze zu unterscheiden. Zum einen ergeben sich Kämpfe um die Neuformierung von Institutionen, weil eine Permanenz kapitalistischer Krise – sowohl in der Regulation als auch in der Krise der Regulation - diagnostiziert wird (HIRSCH). Nach dieser Lesart ist auch jenseits institutioneller Umstrukturierungen

²⁰ Entsprechend dem Grundansatz der Regulationstheorie, der eine Erklärung des Artikulationsverhältnisses von Politik und Ökonomie fordert, fordert Hirsch je eigenständige Begründungen für die Wertform und die politische Form im Kapitalismus. Damit möchte er ein zentrales Marx'sches Defizit beheben, das zu ökonomischem Reduktionismus in der Marx-Rezeption zumindestens einlädt: „Historisch-materialistische Gesellschaftstheorie bleibt solange unvollständig, als diese Gesamtheit der sozialen Formen – die der gesellschaftlichen Arbeit und die des Gemeinwesens – nicht in ihrem Begründungszusammenhang, ihrem wechselseitigen Verhältnis und ihren Widersprüchen erklärt werden. Eben dies hat Marx selbst höchstens ansatzweise, aber keineswegs systematisch getan, und dies stellt ein entscheidendes Defizit in der Entwicklung der Marx'schen Theorie überhaupt dar. Nicht nur die Schwäche der Basis/Überbau-Metapher, sondern das weitgehende Fehlen einer Politik- und Demokratietheorie sowie die defizitäre Konzeptualisierung des Verhältnisses von ‚Struktur‘, ‚Gesetz‘, und ‚Handeln‘ haben in der bis heute unvollständig gebliebenen Entwicklung der Formanalyse eine wesentliche Ursache“ (HIRSCH 92:207).

aufgrund der notwendigen Heterogenität des Gesamtgefüges mit intra- und interinstitutionellen Konflikten zu rechnen. Dies gilt trotz und parallel zur Diagnose der Herausbildung von Hegemonie, die als ständig umkämpfte Integration von Widersprüchen verstanden wird (*These 1*).

Lipietz dagegen siedelt die *innerhalb* einer Regulationsweise auftretenden Kämpfe sehr viel weniger grundsätzlich an. Durch ihre positive Bezugnahme auf das soziale Paradigma stellen sie das Gefüge nicht in Frage, sondern tragen zu dessen Optimierung und damit zur höheren Konsensualität bei (*These 2*).

These 1: Aus der Widersprüchlichkeit der rahmensetzenden sozialen Formen kapitalistischer Vergesellschaftung und der Dynamik der Kapitalakkumulation ergibt sich die Notwendigkeit eines ständigen Umbaus von Institutionen. Dieser erzeugt Hegemonie immer wieder konfliktuell.

Eine Permanenz krisenhafter Umstrukturierungsprozesse, also ständige Kämpfe, die nicht nur regelgeleitet vollzogen werden innerhalb beständiger Institutionen, sondern Auseinandersetzungen um Restrukturierungen des institutionellen System selber begründet Hirsch mit der Akkumulationsdynamik des Kapitalismus:

„Der Akkumulationsprozess des Kapitals, der in die regulativen Formen und ihre institutionellen Konkretisierungen eingebettet ist, kann sich nur durch permanente institutionelle Krisen-, Konflikt- und Anpassungsprozesse hindurch erhalten. Zugleich entwickelt er eine Dynamik, die Produktions- und Konsumweisen, Technologien, soziale Strukturen und Klassenverhältnisse, kurz: die historisch konkrete Gestalt der grundlegenden Vergesellschaftungsprinzipien, fortwährend umwälzt. Dies muss notwendigerweise zu immer neuen institutionellen Krisen und Anpassungsprozessen führen. Umstrukturierungen im institutionellen System werden durch soziale und politische Kämpfe vorangetrieben und erfolgen prinzipiell krisenhaft, d.h. auf weder konsensuale noch planmäßige Weise.“ (HIRSCH 94:183)

Die nicht-konsensual zu managenden ständigen Brüche im Institutionengefüge führt Hirsch auf die Notwendigkeit des Erhalts der sozialen Formen im kapitalistischen Reproduktionsprozess zurück. Diese erhalten sich zwar einerseits über den Weg institutioneller Konflikte (s.o.), andererseits liegt in der Eigendynamik immer eine Gefahr für deren Erhalt. Die Ergebnisse demokratisch-institutionalisierter „Interessenvermittlungsprozesse“ sind prinzipiell unkontrollierbar und können zudem die Existenzberechtigung des bestehenden Institutionengefüges selber unterminieren. Die „fortwährende“ Umwälzung der „Art und Weise der Mehrwertproduktion, der Arbeitsteilung und der sozialen Strukturierung“ als Folge kapitalistischer Reproduktion bürgt für ständige Widersprüche und gibt dem institutionellen Design keine Bestandsgarantien, macht seine Funktionalität als Garant der sozialen Form prekär:

„Veränderungen in den Strukturen von Produktion und Reproduktion führen daher zwangsläufig zu krisenhaften Brüchen im institutionellen Gefüge, was heißt, dass dieses reorganisiert werden muss, wenn die grundlegenden sozialen Formbestimmungen und damit der gesellschaftliche Bestand überhaupt gewährleistet bleiben soll.“ (ebd.: 176)

Diese durch die kapitalistische Dynamik begründete Kontinuität von Umbruch, die strenggenommen die Unterscheidung zwischen Regulationsweise und Krise der Regulationsweise aufhebt, lässt einen institutionellen Konsens, die Bildung eines nicht nur temporären Charakters eines hegemonialen Blocks unmöglich erscheinen. Er kann nach dieser Analyse nur prekärer, ständig umkämpfter Natur sein. In Anlehnung an Gramscis Konzept einer auf Basis von Auseinandersetzungen reproduzierten gesellschaftlichen Integration über zivilgesellschaftlichen Konsens spricht dementsprechend Jessop von einem „kontinuierlichen Kampf“, um „Konsens zu erzeugen und ihn mit Zwang zu

verstärken“ (JESSOP 92, vgl. auch SABLÓWSKI 94). Erst die ständige nicht-konsensuale Herstellung von Konsens stabilisiert also die bürgerliche Gesellschaft.

Jenseits der geschilderten, durch die Akkumulationsdynamik begründeten Analyse der prinzipiellen Instabilität von Regulationsweisen und ihren Institutionengefügen geht Hirsch auch bei – wie kurz auch immer währenden – stationären Zuständen stabiler Regulation von einer konfliktuellen Gesamtkonfiguration von Institutionen aus, die sich ebenfalls aus der Widersprüchlichkeit der sozialen Formen ergibt. Da diese sich nur konfliktuell reproduzieren können, sind „komplexe intra- und interinstitutionelle Konflikte“ die Folge (vgl. HIRSCH 94).²¹

Die Basis der Analyse der Widersprüchlichkeit der sozialen Formen ist die Feststellung der notwendigen Problematik einer Vergesellschaftung der Arbeit und der Gemeinwohlvorstellungen von konkurrierenden Privatproduzenten. Diese Einsicht liegt ebenfalls zugrunde, wenn das Verhältnis von Marktlogik und Moral als eine allgemeine Spannung in kapitalistischen Gesellschaften markiert (vgl. u.a. MAHNKOPF 88, DEPPE 97) und damit als dauerhafte Quelle von Auseinandersetzungen, als Oberthema einer deshalb nicht konsensuellen Regulation identifiziert wird.

These 2: Kämpfe innerhalb des hegemonialen Paradigmas optimieren die einmal gefundene Regulationsweise .

Lipietz allerdings konstatiert keine prinzipiell notwendige, für ständige Konflikte sorgende Heterogenität und Prekarität von Institutionen einer Regulationsweise. Anders als Hirsch sieht er eine automatische Tendenz zur Stabilisation einer einmal „gefundenen“ Regulationsweise (s.o.), eine Festigung eines einmal erfolgreichen hegemonialen Blocks aus sich selbst, also dem eigenen Erfolg heraus. Innerhalb dieser Regulationsweise finden Kämpfe lediglich im konsensualen Rahmen des sozialen Paradigmas statt: Sie „richten sich gegen das als ‚Übergriff‘, ‚Regelwidrigkeit‘, oder sogar ‚Rückstand‘ Wahrgenommene, und sie zielen auf den Einsatz oder die Verbesserung der Regulationsmechanismen“ (LIPIETZ 91: 679). Diese Konflikte haben den Charakter von Optimierungsvorgängen, die die Akzeptanz einer Regulationsweise und damit die gesellschaftliche Konsensualität erhöhen.

6.4 Konfliktorische Desintegration und partizipativ-konsensuale Integration im Postfordismus

Nachdem im letzten Abschnitt die Chancen für mehr Konsensualität im Lichte der allgemeinen Zusammenhänge der Transformation und Reproduktion von Regulationsweisen diskutiert worden sind, sollen nun die konkreten postfordistischen Konturen auf diese Fragestellung hin untersucht werden. Dabei lässt sich keine einheitliche Antwort begründen. Die postfordistischen Desintegrationsprozesse lassen – bei aller hegemonialen Akzeptanz - eine Zunahme von Konflikten wahrscheinlich werden (*These*

²¹ Hirsch illustriert die induzierende Wirkung der Widersprüche der sozialen Formen des Kapitalismus etwa am Beispiel von dessen Staatsform: „Der in der politischen Form begründete Widerspruch von ‚Besonderung‘ und ‚Verbindung‘ von Staat und Gesellschaft erhält auf institutioneller Ebene die Gestalt permanenter Konflikte zwischen Parteimitgliedern und –führungen, Parlamenten und Regierungen, Verbänden und Staatsbürokratien.“ (HIRSCH 94: 175)

1). Dagegen steht die integrative, konsenssteigernde Wirkung der Entwicklung zu mehr Partizipation und mehr Regionalität (*These 2*).

These 1: Die Zunahme von Fragmentierung im Postfordismus ist trotz ihrer hegemonialen Akzeptanz ein Herd von Konflikten.

Die multiplen Fragmentierungs- und Spaltungsprozesse der postfordistischen Formation sollen hier nur kurz angedeutet werden. Eine differenziertere Beschreibung sowie eine Darstellung der regulationstheoretischen Ableitung werden im Abschnitt über die Chancen für mehr Egalität vorgenommen. Gewicht hingegen wird hier auf die Herausarbeitung der Folgen der angesprochenen Spaltungsprozesse auf die Generierung von Konfliktfeldern gelegt.

Der postfordistische Desintegrationsprozess vollzieht sich im wesentlichen auf drei Ebenen. Erstens gibt es eine Individualisierung sozialer Ungleichheit, zweitens eine Multiplizierung von Spaltungen und drittens die Herausbildung neuer Exklusionen. Das fordistische Paradigma des hierarchischen Organizismus geriet von ökonomischer, politischer und ideologischer Seite unter Druck. Der liberale Produktivismus (LIPIETZ) als vorläufig siegreiches neues Paradigma setzt politisch und ökonomisch auf die territoriale und strukturelle Ausweitung kapitalistischer Durchdringung, das heißt auf weitere innere und äußere Landnahmen: Die bisher marktfreien Schutzzonen, seien sie sozialstaatlicher Natur in den Metropolen oder durch eine bisherige territoriale Abkoppelung vom Weltmarkt in den Peripherien begründet, werden weltweit kleiner. Das ideologische Pendant dazu ist ein Wertewandel, der sich unter anderem im Verfall des Ideals sozialer Gleichheit (HIRSCH/ROTH 86) zeigt. Die dieses Paradigma ehemals tragenden Mittelschichten haben einen Orientierungswechsel durchlaufen (DEPPE 97). Die passende politische Regulationsweise wird als nationaler Wettbewerbsstaat (HIRSCH) oder als schumpeterianischer Leistungsstaat (JESSOP) beschrieben (s.o.).

Wie für alle Regulationsweisen ist auch für die so skizzierte postfordistische Formation bei aller Unfertigkeit ein relativer Konsens zu konstatieren. Durch deren desintegrativen Charakter ergibt sich jedoch eine Reihe von Konfliktherden, die nicht nur auf die Vorläufigkeit der oben beschriebenen Regulationsweise zurückzuführen ist. Die Konfliktprognosen regulationstheoretisch orientierter Autoren lassen sich wie folgt einteilen. Zuerst birgt die im Vergleich zum Fordismus größere Exklusivität des gesellschaftlichen Kompromisses selber Zündstoff. Konflikte um Ausgrenzung sind zu erwarten, wenn auch Fragmentierungsentwicklungen bremsend wirken werden. Die Spaltungen nehmen zweitens auch in der räumlichen Dimension zu. Eine Quelle von Auseinandersetzungen sind folglich territoriale Fragmentierungsprozesse. Neben diesen direkt aus der postfordistischen Zunahme von Spaltungen abzuleitenden Kämpfen sind drittens die Reflexionen dieser Spaltungen und Fragmentierungen eine Quelle von konkurrierenden Wertorientierungen, die sich nicht konsensual auflösen lassen werden. Der „liberale Produktivismus“ konkurriert mit einem „alternativen Paradigma“, das einen integrativen – und damit stärker konsensualen – Anspruch aufrechterhält. Dies macht sich zum einen in der Ausweitung lebensweltlicher Ansprüche auf systemische Lebensbereiche sichtbar, zum anderen im Bezug aufs gesellschaftliche Ganze, der letztendlich zum Anspruch auf Nachhaltigkeit führt (vgl. LIPIETZ 00)²². Eine ständige Spannung zwischen

²² In „Die große Transformation des 21. Jahrhunderts“ weitet Lipietz das Paradigma der „Alternative“ explizit aus zu einem Konzept einer „gezügelter“ kapitalistischen Produktivität im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung.

den paradigmatischen Polen des Organizismus und des Liberalismus kann zudem als grundsätzliche Eigenschaft in der Abfolge kapitalistischer Regulationsweisen betrachtet werden.

Die postfordistische Konfiguration ist durch eine Zunahme von Ausgrenzung charakterisiert. Hirsch spricht von einer Ablösung des fordistischen „Klassen-Deals“ durch eine Art „Gentryfication-Deal“. Bieling beschreibt den neuen Kompromiss, die neue Hegemonie als exklusiver und globaler: Das „neue Muster gesellschaftlicher Kooperation“ stütze sich weniger auf „Mechanismen des sozialen Ausgleichs“, sondern binde nur noch „privilegierte Teile der Lohnabhängigen und neue Selbständige („Yuppies“ und „Boutiquen-Bourgeoisie““ (HIRSCH) ein. Die andere Komponente des Wandels in der Hegemoniestruktur ist gekennzeichnet durch Netzwerke von global kommunizierenden Hochqualifizierten, die sich um eine „global managerial class“²³ „gruppieren“ (BIELING 00: 214). So kommt es zur „Absprengung“ von Modernisierungsverlierern im Prozess der Verengung der „sozialen Basis des hegemonialen Blocks“ (ebd.: 211). Lipietz prägte für diesen Prozess den Begriff der „Sanduhrsgesellschaft“: Viele, die sich im Fordismus zusammen mit der ganzen Gesellschaft im oberen Raum gesicherter Verhältnisse sicher wähnten, purzeln jetzt wieder herunter in Unsicherheit und Marginalität (vgl. LIPIETZ 00: 60). Aus dieser Entwicklung lässt sich eine Renaissance sozialer Kämpfe ableiten, die schärfer und fragmentierter zugleich werden und sich so von ihren präfordistischen Vorgängern abheben. Frank Deppe schreibt:

„Mit dem Zerfall bzw. der Erosion alter ‚Befestigungen‘ werden zugleich Voraussetzungen für neue Konfliktpotentiale geschaffen, die – ohne dass ihre Gestaltung und ihre Intensität im einzelnen zu prognostizieren wären – den Übergang ins neue Jahrhundert bestimmen werden. Aus der ungleichen Verteilung von Reichtum, Wissen, Ressourcen und schließlich auch von Macht (die Regeln zu bestimmen, nach denen die globalen Spiele, bei denen es Gewinner und Verlierer gibt, gespielt werden müssen) werden Konflikte und Kämpfe hervorgehen. Diese werden allerdings kaum dem Muster jener Verteilungskonflikte folgen, die in den Metropolen des Kapitals – nach den Erfahrungen von Kriegen, Krisen und Revolutionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts – durch den nationalen, keynesianischen Wohlfahrtsstaat ‚gebändigt‘ und institutionell zivilisiert wurden“ (DEPPE 97: 131).

Die Sichtung dieser klassischen Ursache für die Revitalisierung von sozialen Kämpfen – ungleiche Verteilungen von Ressourcen aller Art – verstellt nicht den Blick auf deren zu erwartende Fragmentierung. Bieling führt dafür drei Tendenzen an. Erstens behindern Prozesse der Exklusion und der Marginalisierung eine Klassenformierung im Sinne der Herausbildung einer politischen, sozialen und kulturellen Einheit von Lohnabhängigen. Weiterhin führen Differenzierungs- und Individualisierungsprozesse innerhalb der hegemonial Integrierten zur „Zergliederung des Gesamtarbeitskörpers“, zur Zersplitterung in ökonomischer, kultureller und institutioneller Hinsicht. Drittens sind mit dem Zerfall von Wertorientierungen Tendenzen der Anomie und der Desintegration auszumachen, die die Möglichkeit von Implosionsszenarien als „Alternative“ zu Konfliktaustragungen mehr in den Bereich des Möglichen rücken lassen (BIELING 00: 216f, zur Fragmentierung vgl. auch HIRSCH/ROTH 86). Die Fragmentierung von Kämpfen lässt sich ebenfalls aus der Entwicklung hin zu einer Konzentration von Macht ohne Zentralisierung ableiten: Durch die Flexibilisierung sozialer Beziehungen und deren Unterordnung unter betriebswirtschaftliche Imperative „konzentriert sich Macht, wird aber zugleich anonymer“. Gegenhegemoniale Politisierungsprozesse werden schwieriger, da ein gegnerisches Machtzentrum oft nicht mehr lokalisierbar ist (ebd.: 30²⁴).

²³ Bieling zitiert Cox (87)

²⁴ In Anlehnung an Richard Senett. Ist so Widerstand von unten nach oben, gegen die ökonomisch mächtigeren erschwert, wird die Beeinflussung in umgekehrter Richtung einfacher. Senett schreibt: „Eckpfeiler des modernen Managements ist der Glaube, lockere Netzwerke seien offener für

Die Fragmentierungstendenz drückt sich nicht nur in sozialer, sondern auch in räumlicher Differenzierung und Segregation aus. Territoriale Einheiten jeglicher Größe, also Gemeinden, Städte, Regionen, Staaten, Kontinente, konstituieren sich zu betriebswirtschaftlich konkurrierenden Entitäten. Die postfordistische Formation ist nicht nur durch den nationalen Wettbewerbsstaat (HIRSCH), sondern auch durch die lokale Wettbewerbsstadt und die regionale Wettbewerbskorporation charakterisiert (vgl. Kap. 6.2) ²⁵, deren kompetitive Beziehungen immer für Konflikte „gut sind“. Dabei konkurrieren nicht nur gleiche Regulationsweisen, sondern unterschiedliche „regionale Armaturen“ (LIPIETZ 98a(85)) mit einer spezifischen Regulation und einem „Akkumulationsteilregime“ (ebd.). Diese stehen zwar in gegenseitiger Abhängigkeit zu nationalen und globalen Formationen, also zu deren Regulationsweisen und Akkumulationsregimen, versuchen jedoch angesichts der postfordistischen Tendenz der Durchdringung kapitalistischer Konkurrenzprinzipien zunehmend ein eigenständiges institutionelles setting als Wettbewerbsvorteil ihrer Wirtschaftsregion auszuspielen.

Eine weitere Zone dauerhaften Nicht-Konsenses stellen Wertekonflikte dar. Das postfordistische Paradigma der Partizipation und die Tendenz der Dezentralisierung von Erwerbsarbeit sorgen für eine Ausweitung lebensweltlicher Ansprüche auf zweckrational organisierte Subsysteme der Wirtschaft und des Staates (vgl. Mahnkopf 88) und können mit deren Wettbewerbs- und Effizienzimperativen kollidieren.²⁶ Als das große Feld von letztendlich wertbasierten Auffassungen macht Deppe Auseinandersetzungen um die Rolle gesellschaftlicher Interventionen überhaupt, bei denen es nicht nur um sozialstaatliche Sicherungen geht, aus. Er konstatiert eine oszillatorische Bewegung zwischen der stärkeren Gewichtung kollektiver Regelungen und dem Liberalismus seit der Etablierung kapitalistischer Gesellschaften. Nach einer Phase der Durchsetzung kollektivorientierter Lösungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, mit den Varianten des Faschismus, des Sozialismus und später des Keynesianismus (also des Fordismus), ist das letzte Vierteljahrhundert durch deren Verdrängung und den Siegeszug des Liberalismus und des Individualismus gekennzeichnet. Im nächsten Jahrhundert werde nach dieser Logik das Pendel jedoch wieder in Richtung organisistischer Regulationsweisen ausschlagen:

„Wenn die Geschichte nicht zu ihrem Ende gekommen ist und wenn der Zyklus dieser Auseinandersetzungen, der seit der Verallgemeinerung der kapitalistischen Produktionsweise – in historisch je konkreten und verschiedenen Formen – wirkt, nicht außer Kraft gesetzt sein sollte, dann steht am Übergang ins neue Jahrhundert nicht allein die Reparatur der materiellen und moralischen Schäden auf der Tagesordnung, die durch die Wachstumszwänge der industriekapitalistischen Zivilisation, durch das System des Eigennutzes, der Konkurrenz und des verantwortungslosen Individualismus angerichtet wurden. Letztlich wird sich dabei wieder die Frage nach den gesellschaftlichen Strukturen und auch nach den politischen Institutionen stellen, unter denen die Assoziation der freien Individuen überhaupt möglich ist.“ (DEPPE 97:152)

Diese aus einer allgemeinen Pendelbewegung in der Regulation kapitalistischer Gesellschaften abgeleiteten, zu erwartenden ideologischen Kämpfe sind allerdings weniger

grundlegende Umstrukturierungen als die pyramidalen Hierarchien, welche die Ford-Ära bestimmten. Die Verbindung zwischen den Knotenpunkten ist loser; man kann einen Teil entfernen, ohne andere Teile zu zerstören, zumindest in der Theorie. Das System ist fragmentiert, hierin liegt die Gelegenheit zur Intervention. Gerade seine Inkohärenz lädt zu entschiedenem Handeln ein. (SENETT 98: 60)

²⁵ Bieling spricht von der „Ökonomisierung aller Lebensbereiche“, von „betrieblichen, regionalen, nationalen und auch transnationalen Produktivitätspakten“, von „Wettbewerbsgemeinschaften“ (BIELING 00: 225).

²⁶ Die partizipativen Ansprüche können bis zu einem gewissen Grad in kompetitive Orientierungen integriert werden (vgl. 6.2).

dem Charakter einer postfordistischen neuen Regulation als vielmehr Auseinandersetzungen *über* den Charakter einer neuen Regulationsweise zuzuschreiben.

These 2: Die Entwicklungen zu mehr Partizipation und mehr Regionalität sorgen für einen auf lokale Integration gestützten Konsens.

Die ubiquitären partizipatorischen Tendenzen in der Arbeitsorganisation sowie in der Organisation des Gemeinwesens sind oben als elementare Bestandteile der neuen Regulationsweise eingeführt worden (vgl. 6.2) und sollen hier nicht erneut dargelegt werden. Im Zusammenhang mit der Frage nach der Möglichkeit gesteigerter Konsensualität ist auf die lokal integrative und damit konsensstiftende Funktion von Partizipation allgemein hinzuweisen. Der direktdemokratische, gegenrepräsentative Anspruch von Partizipation konzentriert die Wirkmächtigkeit und damit oft auch die Ansprüche der Gestaltungsoptionen fordernden Akteure auf das überschaubare Umfeld, fördert also Lokalisierung und Regionalisierung. Gesamtgesellschaftliche Gestaltungsansprüche werden zugunsten lokaler Beteiligung – sei es in der betrieblichen Arbeitsgruppe, sei es im Planungsprozess des eigenen Dorfes oder Stadtteils – auf die hinteren Ränge verwiesen. Unter der Voraussetzung der Akzeptanz von betrieblichen oder lokalstaatlichen Standortimperativen lässt sich so in der Regel ein lokaler Konsens trotz differenter gesamtgesellschaftlicher Werte und Interessen erreichen. Dieser schliesst notwendig gerade auch ehemalige Protestkulturen ein. Nur so kann ein Konsens seine Funktionalität voll gewinnen und eine – lokal basierte - corporate identity kreieren.

6.5 Weniger Egalität durch Spaltungen und Selbstorganisation

Nach der Regulationstheorie ist mehr Egalität, im hier relevanten Kontext von Nachhaltigkeitsvorstellungen als Verteilungsgerechtigkeit gefasst, als Bestandteil einer Regulationsweise prinzipiell möglich – sofern sich ein kompatibles Akkumulationsregime und ein passendes soziales Paradigma „finden“ lassen. In welchen Grenzen diese Kompatibilität herstellbar ist, also inwieweit ein stabiles Akkumulationsregime mit egalitären Entwicklungen verträglich ist, wäre Gegenstand einer interessanten allgemeinen regulationstheoretischen Untersuchung. Mit der Beantwortung der Frage: „Wieviel Gleichheit verträgt der Kapitalismus?“ kann und soll hier aber nicht begonnen werden.

Vielmehr wird die Möglichkeit egalitärer Entwicklung anhand der regulationstheoretisch abgeleiteten historisch-konkreten Situation diskutiert. Die sich abzeichnende postfordistische Regulationsweise ist durch einen Abbau von Egalität wesentlich gekennzeichnet. Die - wie relativ auch immer zu bewertenden - egalitären Gehalte der untergehenden Formation des Fordismus werden dabei von zwei Seiten in die Zange genommen: Einmal durch den Prozess einer ausgeweiteten multiplen kapitalistischen Durchdringung der Gesellschaft, zum anderen durch Prozesse, die mit Selbstorganisation überschrieben werden können. Zum letzteren gehört die Tendenz der Individualisierung genauso wie Regionalisierungsprozesse, die gesamtgesellschaftlichen Ausgleich zurückdrängen (*These 1*). Nach dem Regulationsansatz sind dieser neuen, stärker antiegalitären Regulationsweise jedoch auch Grenzen gesetzt. Sie muss schliesslich mit einem Akkumulationsregime harmonieren. Für die Stabilität einer neuen Entwicklungsphase ist dafür ein Mindestmass an Verteilungsgerechtigkeit notwendig (*These 2*).

These 1: Die postfordistische Regulation bedeutet weniger Egalität aufgrund von Prozessen der multiplen Spaltung sowie der Aufwertung von Selbstorganisation.

Die vielfältigen gesellschaftlichen Spaltungsprozesse umfassen nach der regulationstheoretischen Analyse des Postfordismus unter anderem eine Individualisierung sozialer Ungleichheit, Differenzierungsprozesse im hegemonialen Block selber sowie Exklusionsvorgänge. Wie lassen sich diese Entwicklungen aus der Krise des Fordismus und damit ihre – vorläufige - Irreversibilität begründen?

Individualisierung sozialer Ungleichheit

Die egalitätsrelevanten kollektiven Regelungen des Fordismus umfassten wesentlich die Sphären der Arbeitsbeziehungen und der sozialen Sicherheit. Die Kollektivität dieser Regelung selber war ein egalitäres Moment – wenn auch als Bestandteil einer insgesamt nicht-egalitären Klassen- bzw. Schichtengesellschaft. Die kollektiven Regelungen gerieten sowohl von ökonomischer Seite als auch politisch und sozialparadigmatisch unter Druck (vgl. 6.2, sowie u.a. HIRSCH/ROTH 86, HIRSCH 98, LIPIETZ 91, AGLIETTA 00). Das Akkumulationsregime konnte mit der fordistischen Kollektivität keine Produktivitätsfortschritte und keine Gewinnsteigerungen mehr garantieren. Die politische Reaktion auf diese Krise der Akkumulation war die Unterordnung nationalstaatlicher Politik unter Standortimperative, wie sie paradigmatisch im nationalen Wettbewerbsstaat (HIRSCH) oder im *schumpetarian workfare state* (JESSOP) mit ihrem – wenn auch vorerst partiellem - Rückbau kollektiver Sicherungen und einer Orientierung auf private Leistungsfähigkeit zum Ausdruck kommt. Der sozialparadigmatische Druck hingegen entstand wesentlich aus der sozialstrukturellen Dynamik des *Erfolgs* fordistischen Massenkonsums und ökonomischer Prosperität. Letztere schaffte die materielle Basis für individualisierende Entbettungsprozesse aus proletarischer, familiärer und beruflicher Enge – aus askriptiven Sozialformen jeglicher Art (vgl. BECK, Kap. 3). Die vom Akkumulationsregime selber benötigte und systematisch geförderte hedonistische Konsumorientierung stabilisierte den Prozess der Individualisierung. Die Entwicklung verstärkte sich durch die Reflexion von Normierungstendenzen, die den Fordismus parallel und *im Widerspruch* zur Individualisierung ebenfalls auszeichneten (vgl. HIRSCH/ROTH 86). Die Individualisierung sozialer Ungleichheit ist also durch den ökonomischen, politischen und ideologischen Druck auf kollektive Regelungen des Fordismus begründet.

Politischer Rückzug aus Kollektivregelungen

Die (theoretisch) vollständige Individualisierung sozialer Ungleichheit kann auch als der extremste, am meisten disperse Zustand multipler Spaltungen betrachtet werden. Für die hier gestellte Frage nach Egalität, die auf Verteilungsgleichheit abhebt, ist vor allem der Charakter der ökonomischen Fragmentierung relevant. Neben einer wachsenden Differenzierung des integrierten Teils der Gesellschaft, des hegemonialen Blocks, markiert der Regulationsansatz übereinstimmend Exklusions- und Marginalisierungsprozesse als Resultat postfordistischer Regulation. Wie haben sie sich durchgesetzt? Der Wegfall oder die Aushöhlung fordistischer Regelungen wie etwa Flächentarifverträge oder standardisierter Risikovorsorgen wird zum einen als Element *politisch* durchgesetzter Globalisierung in Reaktion auf die Krise des Akkumulationsregimes erklärt:

„Wie schon erläutert, besteht ein wesentliches Ziel der Globalisierungsstrategie in der Zerstörung dieses sozialstaatlich-korporativen ‚fordistischen‘ Klassenkompromisses, und zwar deshalb, weil er zu einem entscheidenden Hindernis für die Profitabilität des Kapitals geworden war.“ (HIRSCH 98: 30)

Das wesentliche Mittel dieser Politik der bewussten ökonomischen Globalisierung, die Hirsch als bereitwillig bestiegenes Vehikel zur Schwächung von Gegenmacht interpretiert, ist Deregulierung:

„Instrument dieser Politik ist vor allem eine umfassende Liberalisierung nicht nur des Waren- und Dienstleistungs-, sondern insbesondere des Geld- und Kapitalverkehrs. D.h. die Staaten verzichten bewusst auf eine politische Kontrolle der internationalen Geld- und Kapitalbewegungen und sorgen damit für eine entscheidende Veränderung ihrer eigenen Strukturen und Funktionsbedingungen.“ (ebd.)

Der ökonomische Nutzen der via Globalisierung durchgesetzten ökonomischen Differenzierung liegt in der Senkung des Entlohnungsvolumens:

„Viel eher ist eine erhebliche Heterogenisierung der Gesellschaftsstruktur, der Arbeitsverhältnisse und der sozialen Lagen zu erwarten, die zu einer Auswucherung gesellschaftlicher Fragmentierungen führt. Der kapitalverwertungsrelevante Effekt einer erfolgreichen Spaltung und Hierarchisierung der Gesellschaft besteht darin, dass das materielle Reproduktionsniveau insgesamt und bei größer werdenden Ungleichheiten zurückgeht.“ (HIRSCH/ROTH 86: 136)

Diese hier als Politik im Dienste von Verwertungsimperativen konzipierte Erweiterung der Sphäre des Marktes betrachten Hirsch/Roth allerdings nicht nur als historisch singuläres Ereignis spezifischer postfordistischer Regulation, sondern als Schub im allgemeinen Trend der Durchkapitalisierung der Gesellschaft, dem durch alle Brüche und Krisen hindurch die kapitalistische Vergesellschaftung prägenden „roten Faden“ (ebd.: 105).²⁷

Die von Hirsch und anderen (vgl. LIPIETZ) hier als Reaktion auf eine Krise der fordistischen Akkumulation rekonstruierten politischen Vorgänge der Deregulierung und der Globalisierung dürfen nicht mit ökonomistischen Ableitungen verwechselt werden. Nach dem Regulationssansatz stehen die Sphären der Ökonomie, der Politik und der Ideologie in einem Artikulationsverhältnis zueinander - weisen also bei aller Interdependenz autonome Antriebe auf. Dementsprechend schreiben Roth/Hirsch:

„Ein Umbau des organisierten und ‚wohlfahrtsstaatlichen‘ Kapitalismus zu einem entgesellschaftlichen Gemenge konkurrierender Individuen und partikularer Interessengruppen folgt nicht einfach aus einer Veränderung der Produktionsbedingungen und Arbeitsverhältnisse, sondern hängt ab von politisch-ideologischen Auseinandersetzungen, die natürlich selbst wieder auf die Entwicklung der Ökonomie zurückwirken.“ (HIRSCH/ROTH 86: 138)

Neues soziales Paradigma der Selbstorganisation

Neben den angeführten ökonomischen und politischen Motiven können die Regulationsansätze auch die sozialparadigmatische Krise des Fordismus als Transporteur postfordistischer multipler Spaltungen anführen. Aus der an den Topoi der Entfremdung und der Totalität ansetzenden Kritik fordistischer Tendenzen der ökonomischen, sozialen und kulturellen Vereinheitlichung von Lebensverhältnissen innerhalb gesellschaftlicher Großgruppen oder Klassen entwickelte sich nicht ein durchgängiger atomistischer Individualismus, sondern komplementär zu letzterem ein „partikularer Korporatismus“. Gekennzeichnet durch die „Konkurrenz zersplitterter Individuen, partikularer

²⁷ Ob mit dieser Analyse einer hinter dem Rücken der Akteure verlaufenden Entwicklung kapitalistischer Gesellschaft auch ihre objektive Notwendigkeit implizit behauptet wird, bleibt bei Hirsch/Roth bzw. bei Hirsch (und anderen, etwa: BIELING 00, in Anlehnung an van der PIJL 98) allerdings etwas unklar. Vereinbar mit dem Grundansatz der Regulationstheorie wären aber zwei Lesarten: Zum einen kann sich der rote Faden aus der Rekonstruktion ex post ergeben. Zum anderen erlaubt der Regulationsansatz eine Einschränkung von Ablösungen von Akkumulationsregimes durch ausschließlich solche mit dem Charakter stärkerer kapitalistischer Durchdringung. Die dazu gefundenen bzw. zu findenden Regulationsweisen sowie die komplementären sozialen und technologischen Paradigmen können als von dieser Einschränkung unabhängige, nicht ableitbare Artikulationen konzipiert werden.

Statusgruppen, auseinanderdriftender Regionen und sich verselbständigender ‚Betriebsgemeinschaften‘“ (ebd.: 140) umfasst dieser räumliche, sozialkulturelle und ökonomische Dimensionen. Ideologische Nahrung erhält diese Aufwertung von Selbstorganisation durch die von neuen sozialen Bewegungen propagierten und praktizierten dezentralen und kleinbetrieblichen Strukturen (ebd.). Dies gilt trotz deren im Paradigma eines nicht-hierarchischen Organizismus (LIPIETZ, vgl. Kap. 6.2) zum Ausdruck kommenden gesamtgesellschaftlichen Bezugs. Hirsch/Roth arbeiten diese – unabhängig von möglicherweise anders gewichteten Intentionen der Akteure bestehende – Verträglichkeit des in der Kritik des Fordismus entstandenen sozialen Paradigmas nicht-hierarchischer, dezentraler Selbstorganisation mit den Konturen des postfordistischen Akkumulationsregimes und deren Regulationsweise, ihre wechselseitige Stützung auf ökonomischer und ideologischer Ebene, schon früh schön heraus:

„Parallel zur Spaltung der Lohnabhängigen bildet sich auf der Basis hoher Arbeitslosigkeit ein marginalisierter Produktions- und Dienstleistungssektor heraus. Dieser marginale (oder: euphemistischer formuliert: ‚informelle‘) Sektor mit seinen kleinen Produktions-, handwerks- und Einzelhandelsbetrieben sowie vielfältigen ‚alternativen‘ Dienstleistungsangeboten (Erziehungs-, Bildungs-, Beratungs-, Therapie- und Sozialdienste, Gaststätten, Musik- und Theatergruppen) füllt sozusagen die Lücken und Nischen, die der weltmarktabhängige Prozeß der Hyperindustrialisierung übrig läßt oder neu aufreißt [...] Dabei entstehen bemerkenswerte neue Berufe, z.B. der des ‚line standers‘ (Personen, die einen beim Schlang stehen vertreten), ‚bike messengers‘ (Fahrradboten), Hundeausführer und Wächter, auch Fahrrad-Rikschas kommen wieder in Mode, gar nicht zu sprechen von Astrologieläden und Handlesestudios. Dieser technisch rückständige, unter starkem Wettbewerb stehende, durch niedrige Einkommen, oft extreme Arbeitszeiten und soziale Unsicherheiten gekennzeichnete Bereich bildet die Kehrseite der hochtechnisierten Weltmarkt-Industrien und absorbiert einen Teil der dort freigesetzten Arbeitskräfte [...] Hier vor allem blüht ‚neue Selbständigkeit‘. Für viele gilt sie als Patentrezept der Lösung der ökonomischen Krise überhaupt, bringt sie doch Arbeitskraftflexibilität, Arbeitsintensivierung, Motivation, Leistung und eine ‚marktgerechte‘ Anpassung der Lohn- und Sozialkosten in einem. In der Tat scheinen die ‚alternativen‘ Betriebe eine Art Vorreiterrolle bei der postfordistischen Umstrukturierung der Arbeitsverhältnisse übernommen zu haben [...]. Den Propagandisten des gesellschaftlichen Umbaus schwebt ohnehin die Umwandlung möglichst vieler Arbeitsverträge in Liefer- und Werkverträge mit formell selbständigen, ‚freien‘ Unternehmern als Idealbild vor. (HIRSCH/ROTH 86:132)

Alle hier angesprochenen Prozesse zunehmender multipler antiegalitärer Spaltung gelten nicht nur für nationalstaatlich mehr oder weniger geschlossen gedachte gesellschaftliche Räume, sondern global. Die kontinuierlichen Differenzierungen zwischen Zentrum und Peripherien sowie Exklusionsprozesse multiplizieren sich auf vielen Raumebenen. So differenzieren sich etwa Regionen innerhalb von Kontinenten und Nationalstaaten, konkurrieren Nationalstaaten innerhalb von Kontinenten und des Weltmarktes, spiegelt sich die globale Spaltung von Zentrum und Peripherie innerhalb von global cities, rüsten sich Kontinente für Auseinandersetzungen im Rahmen der Triadisierung der Weltökonomie (vgl. u.a. HIRSCH 98, LIPIETZ 93).²⁸ Die stark globale Komponente des egalitären Nachhaltigkeitsansatzes, die Forderung nach einer weltweit angeglichenen Nutzung von Umweltgütern, hat also auf der Ebene der sich abzeichnenden globalen

²⁸ Lipietz etwa begründet die Differenzierung innerhalb der drei sich global formierenden ökonomischen Entitäten des amerikanischen, europäischen und fernöstlichen Wirtschaftsblocks mit der globalen Konkurrenz. Die jeweiligen Binnendifferenzierungen bzw. multiplen Spaltungen sind demnach charakterisiert in ein Zentrum mit den beiden postfordistischen Varianten des Kalmarismus (auszuhandelnde Einbindung bei rigiden Lohnverhältnissen) und des Toyotismus (gespaltener Arbeitsmarkt: Flexibilität neben Einbindung). Daneben weist jeder Block eine Peripherie mit einer Binnenhierarchie auf, die sich über die Stationen Fordismus, Neotaylorismus, peripherer Fordismus bis hin zum primitiven Taylorismus (also etwa verlängerte Werkbänke in Billigstlohnländern) erstreckt (LIPIETZ 93:123 ff). Die einzelnen Formationen sollen hier nicht näher erläutert werden. Sie illustrieren lediglich das Prinzip dieser regulationstheoretischen Konzeption einer notwendig multiplen Spaltung in unterschiedlichste Formationen der Arbeitsorganisation und der Lohnverhältnisse.

postfordistischen Entwicklungsformation ebenso wenig Realisationschancen wie innerhalb nationalstaatlicher Wirtschaftsräume. Diese im Verhältnis zur Vorgängerformation verschärft antiegalitäre Logik postfordistischer Regulationsweise kann jedoch – nach dem Regulationsansatz – nicht beliebig ausgeweitet werden, soll die Kontinuität der Akkumulationsregimes nicht gefährdet werden.

These 2: Die postfordistische Steigerung von Ungleichheit ist aufgrund von Akkumulationsimperativen nicht beliebig ausweitbar.

Wie oben bereits angemerkt, lässt der Regulationsansatz prinzipiell breiten Raum für mögliche Formationen passender Akkumulationsregimes und Regulationsweisen. Dementsprechend entwerfen verschiedene Autoren Szenarien einer neuen Entwicklungsformation mit mehr egalitären Entwicklungen. So enthält das Paradigma der „Alternative“, das nach Lipietz chancenreich mit dem des „liberalen Produktivismus“ konkurriert, etwa die egalitären Elemente eines Abbaus des „Umfangs der Lohnhierarchie“ oder der Aufteilung von Gewinnen (LIPIETZ 91). Ferner wird die Konkurrenz der Regionen als Gefahr gebrandmarkt und „nationale und internationale Solidarität“, ein „Finanzausgleich zwischen den Regionen in der Kompetenz der repräsentativen Demokratie“ (ebd.: 692) als notwendig begründet. Aglietta schlägt sogar eine Umkehrung des Modus der Festsetzung der Höhe der Staatsausgaben vor. Maßstab soll nicht mehr das Steueraufkommen, sondern die gesellschaftlichen Bedürfnisse sein (!)²⁹. Deppe skizziert die Möglichkeit eines neuen Gesellschaftsvertrages - entsprechend dem Regulationsansatz verstanden als Herstellung einer neuen „Kohärenz zwischen der Organisation des Arbeitsprozesses, dem Akkumulationsregime und der Regulationsweise“ (DEPPE 97: 73) - als „Antwort der Gesellschaft“ auf die „Entgrenzung der Marktprozesse“ (ebd.: 148). Ein Teil der anzustrebenden Vereinbarung besteht dementsprechend in staatlichen Sicherungen von sozialen Mindeststandards als Basis von Chancengleichheit. Mahnkopf hält die Ausweitung partizipatorischer Dynamik auf Fragen der Verteilung für prinzipiell offen (MAHNKOPF 88: 136, vgl. Kap. 6.2). Soweit zu den egalitätsoptimistischen Illustrationen prinzipieller Optionen. Der Freiheitsgrad von Formationen nach dem Regulationsansatz lässt derartige Entwicklungen zu mehr Egalität als mit dem Akkumulationsimperativ prinzipiell vereinbar erscheinen.

Funktionelle Wohlfahrt

Scheinen so die Möglichkeiten nach oben offen, kann nach dem Regulationsansatz die Existenz einer – wie auch immer zu quantifizierenden - Untergrenze begründet werden. Die obige These führt dementsprechend allgemeine Akkumulationsimperative als Bollwerk gegen zuviel Ungleichheit an. Daraus lässt sich eine funktionale Notwendigkeit des Sozialstaats für das Gelingen von Regulation überhaupt ableiten, wie es etwa Heiner Gansmann vornimmt:

„Der moderne Sozialstaat kann als eine Regulationsinstanz gesehen werden, die nicht nur mit Problemen und Konfliktpotentialen innerhalb der Wirtschaft, sondern mit dem Herstellen von Kompatibilität zwischen

²⁹ Aglietta schreibt im Zusammenhang mit seiner Werbung für ein garantiertes Mindesteinkommen und dessen Besteuerungssystem: „Der Umverteilungsmechanismus besteht darin, den Umfang eines Pauschaltransfers ohne Rücksicht auf die Einkommen zu bestimmen. In Wechselwirkung damit setzt man einen einheitlichen Steuersatz fest, der als Quellensteuer erhoben wird. Schließlich wird sie überlagert von einem progressiven Kurvenverlauf durch einen Zuschlag auf Spitzeneinkommen. Der durchschnittliche Steuersatz wird so berechnet, dass ein ausgeglichener Staatsaushalt erreicht wird.“ (AGLIETTA 00: 84).

unterschiedlichen Regeln und Prinzipien zu tun hat, die die unterschiedlichen Operationsmodi von Wirtschaft und Staat in den meisten modernen Gesellschaften mit kapitalistischer Produktionsweise beherrschen. Solche Kompatibilität ist nicht notwendigerweise das Ergebnis intendierter Konflikt- und Problemlösung [...]“ (GANßMANN 88: 87)

Er stützt seine Analyse der Funktionalität auf die bisherige Konstanz sozialstaatlicher Eigenschaften über „Verschiebungen in der Machtverteilung zwischen strukturell fixierten Komponenten sowohl des ökonomischen als auch des politischen Subsystems“ (ebd.) hinweg. Teil intentionaler Anstrengungen jedoch kann die Sicherung *einmal erkannter* Funktionen werden. Wie Lipietz (s.o.) dies für die Weiterführung und Optimierung entdeckter Regulationsweisen annimmt, konzipiert Ganßmann dann die kollektiv bewusste Sicherung der Sozialstaatsfunktion als „Fundsache“. So erklärt er das scheinbare Paradox der historischen Durchsetzungen des Sozialstaats durch Konservative wie etwa Bismarck oder Adenauer, nicht etwa durch linke Reformer.

Die Funktionalität und damit die Notwendigkeit eines Mindestmaßes sozialer Gleichheit hebt Aglietta auch für das sich nach seiner Analyse abzeichnende postfordistische „Akkumulationsregime des Vermögensbesitzes“ hervor:

„Dieses [das neue Akkumulationsregime, U.S.] übernimmt vom angelsächsischen Kapitalismus die Vorherrschaft der Konkurrenz, die Unternehmenskontrolle durch die institutionellen Anleger, das bestimmende Kriterium des Profits und die Kapitalisierung an der Börse [...] Aber die Logik des Marktkapitalismus, die selbst mit einer Wirtschaftspolitik verbunden ist, die auf die Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungsniveaus abzielt, stößt sich an der ungenügenden Regulation der sozialen Ungleichheiten“ (AGLIETTA 00: 66).

Die Grundsätze des Marktkapitalismus und der Solidarität müssen über eine Regulationsweise derart vermittelt sein, dass sie „in ihrer Gesamtfunktion die Kapitalakkumulation aufs neue auf eine solidarische Verteilung der Einkommen hin ausrichten“ (ebd.). Ohne dies wird sich kein dauerhaft haltbares Verhältnis zwischen Konsum und Produktion – die originäre Aufgabe eines Akkumulationsregimes - herstellen lassen:

„Denn von der guten Regulation der Teilung zwischen Löhnen und Profiten hängt die Dynamik der Nachfrage und der Rhythmus der Investitionen ab. Der Staat kann durch die Struktur der Besteuerung und die Umverteilung auf diesem doppelten Aspekt der Einkommensverteilung tätig werden.“ (ebd.: 80)

Auf das funktionale Erfordernis von sozialem Ausgleich, auf die mögliche Kontraproduktivität allzu arger Ausgrenzung weist implizit auch Roth hin, wenn er von den „sich anhäufenden sozialen Problemen (neben ökologischen)“ als den „größten Hürden auf dem Weg zu neuen politischen und sozialen Regulationsweisen, die ein flexibles Akkumulationsregime stabilisieren könnten“ (ROTH 98: 114), spricht.

Diese Ausführungen zeigen, dass ein fordistisches Prinzip, die Anerkennung relativ hoher Masseneinkommen für die Sicherung ausreichender Kapitalakkumulation, auch für postfordistische Akkumulationsregimes weiter gilt. Diese Anforderung nach zumindest partieller Egalität muss angesichts von ökonomischer Globalisierung früher oder später auch erdumspannend wirken. Diese prinzipielle Erkenntnis sagt indes noch nichts aus über die konkrete Ausformung, über die Mindesthöhen kaufkraft- und motivationssichernden Massenwohlstandes. Die Variationsbreite ist groß - das ist Kern des Regulationsansatzes. Daher ist eine egalitätsmindernde postfordistische Entwicklung durchaus mit Erfordernissen akkumulatorischer Dynamik vereinbar. Allerdings behauptet der Ansatz, wie gezeigt, auch eine Untergrenze. Sollte diese genauer bestimmt werden, muss die anfangs angesprochene Frage modifiziert werden. Zu klären ist nicht: „Wieviel Gleichheit verträgt der Kapitalismus?“, sondern: „Wieviel Gleichheit braucht der Kapitalismus?“

6.6 Mehr Kommunarität im Postfordismus

Kommunarität wird in dieser Untersuchung als mindestens partiell gewählte Gemeinschaftlichkeit in der Moderne gefasst. Deren Chancen lassen sich nicht aus allgemeinen Aussagen der Regulationstheorie ableiten. Formationen mit unterschiedlichsten Graden kommunitärer Vergesellschaftungselemente sind nach ihr prinzipiell möglich. Das Augenmerk wird daher hier ausschließlich auf die Prognosen und deren Begründungen für die postfordistische Formation zu legen sein. Trotz und *wegen* der Individualitätsentwicklung ist demnach eindeutig mit mehr Kommunarität zu rechnen. Beide aus der Krise des atomistisch-kollektivistischen Fordismus heraus entstandenen und - zumindest partiell - konkurrierenden neuen sozialen Paradigmen bedeuten ein Plus an Gemeinschaftsbezügen: Kommunarität ist elementarer Bestandteil der „Alternative“ sowie komplementärer Bestandteil des „liberalen Produktivismus“ bzw. des „nationalen Wettbewerbsstaats“.

These: Mehr Kommunarität ist zumindest implizit Bestandteil aller paradigmatischer Antworten auf die Krise des atomistisch-kollektivistischen Fordismus.

Im folgenden wird zunächst die postfordistische Antwort einer gesteigerten Kommunarität aus der sozialparadigmatischen, der akkumulatorischen und der politischen Krise des Fordismus erklärt. Dadurch kann im Anschluß daran verdeutlicht werden, dass Kommunarität als Komplement zur Individualisierungstendenz geradezu notwendig für die Stabilität einer neuen Formation ist. So wird noch mal sichtbar, warum das im Paradigma der „Alternative“ explizite Element der Kommunarität in funktioneller Harmonie mit dem individualistischen „liberalen Produktivismus“ steht.

Mehr Kommunarität als Sozialparadigma und neue Regulation

Das fordistische soziale Paradigma einer den sozialen Fortschritt sichernden primären Vergesellschaftung über zentrale Institutionen der Interessenvertretung und des Sozialstaats geriet von „innen“ durch die Dynamik von Individualisierungsprozessen und „außen“ durch ökonomischen Druck in die Krise (vgl. Kap. 6.2). Kritisiert wurde auf der einen Seite die atomistische Vereinzelung in einem System unpersönlicher, unbeeinflussbarer Großorganisationen, sei es in der Sphäre der politisch-repräsentativen Interessenvertretung oder der tayloristisch entmündigenden Arbeitsorganisation (ebd.). Auf der anderen Seite nagten multiple ökonomische Differenzierungsprozesse an der Akzeptanz kollektiver Regelungen (vgl. 6.5.). Der dergestaltete atomistische Kollektivismus wurde abgelöst durch das postfordistische Paradigma der Selbstorganisation, die individualistisch als auch kommunitär gedacht wird. Die kommunitären Konnotationen des neuen Leitbildes spiegeln sich in den Konturen der neuen Regulationsweise ebenso wie in denen des neuen Akkumulationsregimes.

Die Konturen der postfordistischen Regulationsweise sind gekennzeichnet durch eine Transformation der Solidaritätsform. Statt der Solidarität mit den Unbekannten im Rahmen von anonymen, gesamtgesellschaftlichen Regelungen tritt die selbstorganisierte Solidarität mit den Bekannten. Kommunitäre Bezüge zur Familie, zum Betriebsteil, zur Nachbarschaft, zum Berufsstand werden dabei aufgewertet. Die Solidarität wird

exklusiver.³⁰ Hirsch/Roth sprechen von der „Erosion der Institutionen, die bisher die Verbindung zwischen Individuum und Kollektiv hergestellt haben“ und der Herausbildung eines „Mikrokorporatismus“, geprägt durch die „Konkurrenz zersplitterter Individuen, partikularer Statusgruppen, auseinanderdriftender Regionen und sich verselbständigender Betriebsgemeinschaften“ (HIRSCH/ROTH 86: 140, vgl. Kap 6.5). Lipietz charakterisiert die Krise der Solidarität als Krise ihrer „anonymen, bürokratischen Form“ im Wohlfahrtsstaat und preist die „Transformation der Solidaritätsformen“ von „rein monetärer Umverteilung hin zur Subventionierung von Aktivitäten, die selbstorganisiert sind“ als Element des „alternativen Paradigmas“ (LIPIETZ 91: 682, 684). Die lokale Selbstorganisation des Sozialen konstatiert er aber auch als Bestandteil eines Umbaus der Hierarchie der Räume im „liberal-modernistischen“³¹ Paradigma (LIPIETZ 98a(85): 177), dort allerdings im Unterschied zur „Alternative“ ohne die komplementäre Forderung nach - wenn auch modifizierten - gesamtgesellschaftlichen Ausgleichsmechanismen vertreten.

Auf der Ebene der Arbeitsorganisation spiegeln sich diese kommunitären Elemente neuer Regulationskonturen. Auf die hierarchisch-tayloristische Arbeitsorganisation folgt neben der Flexibilisierung die Strategie der auszuhandelnden Einbindung, die sich vor allem auf der niedrig aggregierten Ebene von Arbeitsgruppen oder Betriebsteilen vollzieht (vgl. Kap. 6.2). Die auf diesem Weg sowie über ökonomische Fragmentierung geforderte und geförderte betriebliche *corporate identity*, zu denen auch die Unternehmenssteuerung über Aktienbesitz der unmittelbaren Produzenten gezählt werden muss, ist Bestandteil einer allgemeinen kommunitären Orientierung auf unmittelbare Gemeinschaften.³²

Diese Unmittelbarkeit von Kommunarität, ihre Orientierung auf die nähere soziale Umgebung, erklärt ihren engen Zusammenhang mit Partizipation. In der regulationstheoretischen Beschreibung postfordistischer Konturen sowie deren paradigmatischen Strömungen (etwa das der „Alternative“) tauchen Partizipation und mehr Gemeinschaftsbezug ja oft gemeinsam auf. Kommunarität ist zwar kein zwingendes Implikat partizipativer Orientierung, da Partizipation auch in temporären, flexiblen sozialen Zusammenhängen stattfindet. In dauerhafteren Konstellationen sind Partizipativität und Kommunarität jedoch zwei Seiten derselben Medaille. Die abgelöste soziale Währung ist die Egalität. Erst partizipative Kommunarität bzw. kommunitäre Partizipation ermöglicht die Abschaffung (eher) egalitärer Paradigmen und Praxen, sie sind der neue soziale Kitt in der postfordistischen kapitalistischen Gesellschaft.

Funktionelle Harmonie mit Individualisierung und Liberalismus

Dieser aus den regulationstheoretischen Beschreibungen zu gewinnende Zusammenhang erklärt die mögliche Parallelität von Individualisierung und einem Anstieg von Kommunarität. Individualisierende Tendenzen wie die Kommerzialisierung sozialer

³⁰ Analog zur Unterscheidung des „gewerkschaftlich-keynesianischen Konzepts inklusiver Prosperität“ vom „neoliberalen Konzept exklusiver Prosperität“, also des integrativen Fordismus und des desintegrativen Neoliberalismus, sprechen Kurz-Scherf/Zeuner von exklusiver und integrativer Solidarität, zwischen der sich die Gewerkschaften entscheiden müssen. (KURZ-SCHERF/ZEUNER 01: 155)

³¹ Lipietz bezeichnet das „liberal-modernistische“ Paradigma in seinen späteren Texten als „liberalen Produktivismus“ (s.o.).

³² Die kommunitäre Vermögensbeteiligung der Produzenten am eigenen Betrieb ist Bestandteil der Strategie von Aglietta zur Regulation des sich abzeichnenden „Akkumulationsregime des Vermögensbesitzes“. Daneben sollen gesamtgesellschaftliche Mechanismen der Kontrolle institutioneller Anlage treten (vgl. AGLIETTA 00). Ähnlich wie bei der Transformation der Solidarität in der von Lipietz unterstützten „Alternative“ besteht die Transformation der Unternehmenssteuerung hier bei Aglietta aus einer Mischung von dezentralem Korporatismus und überpartikularen Ausgleichsmechanismen.

Bindungen, wie sie etwa in der Person des Arbeitskraftunternehmers zum Ausdruck kommt (vgl. etwa HIRSCH, BIELING), oder Entwicklungen hin zum narzißtischen Selbstdarsteller (vgl. HIRSCH/ROTH 86) stehen zwar einerseits in Gegensatz zur gemeinschaftlichen Orientierung. Die Kritik am Fordismus war aber auch eine Kritik an deren atomistischer Vergesellschaftung, die keineswegs mit der postfordistischen Modifikation hin zu ökonomistischen und narzißtischen Formen zu stillen gewesen wäre. So leisteten vor allem die neuen sozialen Bewegungen Pionierarbeit für einen Vereinzelungs- und Normierungstendenzen überwindenden dezentral-partikularen Korporatismus (ebd., vgl. 6.2), wenn sie ihn auch stets mit einem organizistischen Bezug aufs Ganze kombinieren wollten und wollen (vgl. LIPIETZ 91, vgl. 6.2).

Die mögliche und für die Stabilität postfordistischer Vergesellschaftung auch notwendige Kombination von Individualisierung und Kommunitarität berechtigt zu der These der partiellen Harmonie der von Lipietz als konkurrierend konzipierten Paradigmen des individualistischen „liberalen Produktivismus“ und der eher kommunitär ausgerichteten „Alternative“ (vgl. 6.2). Das gilt trotz gleichzeitig möglicher Widersprüche, die sich aus dem organizistischen Ganzheitlichkeitsansprüchen der „Alternative“ ergeben. Die Komplementarität der Paradigmen spiegelt sich in den Begrifflichkeiten, mit denen die Reaktion neoliberaler Konzepte auf die Erosion sozialer Kohäsion von verschiedenen Autoren beschrieben wird. Bieling fasst zusammen:

„In den neueren Projekten, in denen sich fast durchweg das Bemühen um einen ‚dritten Weg‘ (Giddens 98) zwischen den traditionellen Formen einer staatsinterventionistischen Politik und einer marktradikalen Deregulierung spiegelt, geht es verstärkt um die Verknüpfung internationaler Wettbewerbsfähigkeit und sozialem Ausgleich. Je nach Schwerpunktsetzung wird dieser Wandel des ideologischen wie auch praktischen Dispositivs der neoliberalen Konzeption entweder als ‚nachhaltiger Neoliberalismus‘ (Esser/Hirsch 1998), als ‚embedded neo-liberalism‘ (Rhodes/Apeldoorn 1997), als ‚compensatory neo-liberalism‘ (Ryner 1997) oder auch als ‚communitarian neo-liberalism‘ (Bieling 1998b) bezeichnet“. (BIELING 00: 228).

In diesen von Bieling gesammelten Begriffen kommt die funktionale Harmonie der beiden Paradigmen gut zum Ausdruck. Die Verbindung von individualisierendem Neoliberalismus und sozialisierendem Kommunitarismus im „kommunitaristischen Neoliberalismus“ (BIELING) soll für Nachhaltigkeit, Einbettung und Kompensation desselben sorgen. Die funktionale Notwendigkeit der nur scheinbar paradoxen parallelen Förderung von Markt und Gemeinschaft konstatiert auch Roth in seiner Analyse der lokalen Ebene als Experimentier- und Pionierfeld postfordistischer Regulation:

„Flexiblere Produktionskonzepte bedürfen der sozialen und politischen institutionellen Einbettung, die vor allem auf lokaler Ebene zu leisten ist. Der Blick auf diesen institutionellen Bedarf kann auch zur Klärung einer Paradoxie beitragen, die in der aktuellen sozialwissenschaftlich inspirierten öffentlichen Debatte deutlich zu spüren ist: die Förderung von Marktmentalitäten einerseits und die Anrufung von Gemeinschaften andererseits. Die marktliberale Umwälzung der Arbeitsbeziehungen und Lebensverhältnisse und das wachsende Interesse an Kommunitarismus und Zivilgesellschaft sind keine schroff gegensätzlichen Alternativen, sondern sich ergänzende Strategien. Es geht bei den Debatten über den Dritten Sektor, über neue Ehrenamtlichkeit und bürgerschaftliches Engagement überwiegend nicht um eine nostalgische Anrufung lokaler Gemeinschaften, sondern darum, jenes „soziale Kapital“ zu sichern, das für die erfolgreiche Etablierung postfordistischer Produktions- und Konsumformen unverzichtbar ist. (ROTH 98: 110)

6.7 Suffizienz versus marktförmige Durchdringung

Suffizienz wird im Rahmen der in dieser Untersuchung vorgenommenen analytischen Zerlegung von Nachhaltigkeitsansätzen verstanden als Genügsamkeit, die sich nicht nur auf die Abwesenheit materialintensiven Konsums bezieht. Eine – einmal rein hypothetisch

angenommene – Verminderung des Ressourcenverbrauchs durch verstärkten Konsum von Dienstleistungen anstatt materialintensiver Produkte würde also nicht als Suffizienzentwicklung gewertet werden können.

Eine so verstandene Suffizienz als Rückgang von Konsumtionen jeglicher Natur ist sowohl nach allgemeinen Annahmen der Regulationstheorie als auch deren Konkretion im Übergang zum Postfordismus nicht zu erwarten. Für diese Annahme spricht die allgemeine Notwendigkeit der Erschließung neuer Sphären der Profitrealisation durch neue Akkumulationsregime (These 1). Damit übereinstimmend wird der postfordistischen Formation nicht etwa ein über postmaterialistischen Wertewandel induzierter Rückgang des Konsumvolumens attestiert, sondern eine Modifikation seiner Konsumstrukturen beschrieben. Parallel zum Massenkonsum etabliert sich eine Nachfrage nach qualitativ hochwertigeren Waren. (These 2) Die von einigen Autoren dazu konträr hochgehaltene Hoffnung auf Suffizienz als Resultat irreversibler Kritik fordistischer Konsumorientierung steht zu dieser Einschätzung ebenso im Widerspruch wie zur allgemein abgeleiteten Notwendigkeit eines Profit garantierenden Akkumulationsregimes.

These 1: Ein neues Akkumulationsregime ist unverträglich mit einer Änderung in Richtung mehr Suffizienz.

Zunächst ist nach Lipietz ein Akkumulationsregime selber durch eine Sicherung von Wachstum quasi definiert:

„Danach hat der Kapitalismus – immer wieder auf neue Schranken stoßend, die ihren Ursprung in den Widersprüchen der Akkumulation haben – in den begünstigten, jeweils durch große Krisen voneinander geschiedenen Epochen gleichzeitig Wachstumsschemata (Akkumulationsregime) und Formen der Kontrolle und der Steuerung gefunden, die die Einhaltung dieser Schemata (Regulationsweise) sicherten, [...]“ (LIPIETZ 98b (85): 26)³³

Nicht nur die Transformation zu einem neuen Akkumulationsregime, sondern auch seine Reproduktion zwischen den Krisen einer Formation darf demnach nicht wachstumshemmend, also suffizienzfördernd sein. Was für die Reproduktion eines Akkumulationsregimes gilt, muss erst recht bei seiner Transformation beachtet werden, ist diese doch durch seine - wie auch immer im einzelnen verursachte - ungenügende Reproduktion, ein nicht funktionierendes „Wachstumsschema“, motiviert.

Nach dem Regulationsansatz sind zwar prinzipiell beliebige Kombinationen von Akkumulationsregimes und Regulationsweisen möglich. Dies schliesse die erfolgreiche Regulation eines Akkumulationsregime mit einem signifikant niedrigeren Konsumtionsvolumen ein. Die Dialektik aufeinanderfolgender Kapitalismusformationen jedoch macht dieser Voluntarität einen Strich durch die Rechnung: Eine neue Formation entsteht aus der Krisenbewältigung der alten, die immer auch eine Krise der Profitrealisation ist. Eine Krisenlösung mit weniger Produktionsvolumen als in der Vorgängerformation, also negativem Wirtschaftswachstum ist daher nicht denkbar. Zwar kann nach dem Regulationsansatz auch die Regulationsweise der primäre Auslöser der Krise einer Formation sein – prinzipiell damit etwa auch die Reflexion der Nicht-Nachhaltigkeit einer bestehenden Regulationsweise. Alle Lösungsoptionen und damit

³³ Lipietz führt trotz der hier leider etwas verwirrenden Formulierung, die eine immer im Akkumulationsregime zu suchenden *primären* Krisenursache behauptet, auch die Regulationsweise als wesentliche Krisenursachen an. So charakterisiert er etwa die präfordistische Krise in den Jahren 1920-1945 wie folgt: „Diese ist fast ausschließlich eine Krise der gesamten Regulationsweise, die insofern konkurrenziell geblieben ist, als sie es nicht erlaubt, eine Norm für das Wachstum des Konsums der Lohnempfänger in das Akkumulationsregime einzubauen.“ (ebd.: 39)

mögliche Zukünfte sind jedoch eingeschränkt durch den Imperativ der Kompatibilität mit einem Akkumulationsregime. Eine Transformation des Akkumulationsregimes darf nicht durch einen Rückgang der Produktion gekennzeichnet sein.

Die bisherige historische Abfolge von Formationen kann dies belegen. Jede neue Formation bedeutet eine weitere Landnahme, einen weiteren Schritt zur Durchdringung der Gesellschaft mit kapitalistischer Produktion, die mit einer Zunahme von Konsum verbunden ist.³⁴ Lipietz sieht drei Krisen der bisherigen kapitalistischen Entwicklung (vgl. LIPIETZ 98b(85): 38ff):

- Die erste Krise entsteht durch das Ende einer Phase überwiegend extensiven Wachstums mit einer Konzentration auf die Herstellung von Produktionsmitteln, die in zyklische Krisen und wilde Preiskriege mündet (gegen Ende des 19. Jh.). Sie wird gelöst durch Kartellbildung, Imperialismus und „einer *Stabilisierung der Kaufkraft* der Arbeiter auf sehr niedrigem Niveau“. Die Produktion bleibt jedoch auf Produktionsmittel „zentriert“. Ein Übergang zur intensiven Akkumulation findet statt durch die Verallgemeinerung tayloristischer Produktionsmethoden.
- Die zweite Krise (Ende der 20er Jahre bis 1945) ist eine Krise der „konkurrentiell“ gebliebenen Regulation: Sie erlaubte nicht, die „Norm für das *Wachstum des Konsums der Lohnempfänger* in das Akkumulationsregime einzubauen“. Die Krisenlösung Fordismus war gekennzeichnet durch die Kombination von Massenproduktion und *Massenkonsum*.
- Die dritte, gegenwärtige Krise des Fordismus entsteht durch die Erschöpfung tayloristischer Produktivitätszuwächse. Die Lösung besteht neben anderem in einer veränderten, nicht einer rückläufigen Konsumstruktur (s.u.).

Ohne hier die einzelnen, durch unterschiedliche Inkohärenzen von Akkumulationsregime und Regulationsweise charakterisierten Krisenmechanismen näher ausleuchten zu können und zu wollen, verdeutlicht die Übersicht, dass historisch eine Krisenlösung nie durch einen Rückgang, sondern immer durch eine Ausweitung von Konsum gekennzeichnet gewesen ist.

Diese Tendenz spiegelt sich in der Analyse fortgesetzter „Landnahmen“. Hirsch/Roth charakterisieren so den vorfordistischen Kapitalismus durch eine noch vorhandene Toleranz vorkapitalistischer, nicht durchdrungener Reproduktionsbereiche mit vorwiegend agrarischen Sozialbeziehungen und Konsumgewohnheiten. Die Durchsetzung des Fordismus bedeutete eine „innere Landnahme“: Die Durchkapitalisierung des Reproduktionsbereiches vollzog sich über ein neues Konsummodell, das die „Arbeiterklasse zu Konsumenten industriell erzeugter Massenprodukte“ werden ließ und deren vormalige subsistenzuelle Fertigkeiten zurückdrängte. Die Sättigung dieses auf die Reproduktionssphäre erweiterten Konsums führen Hirsch/Roth dann als Moment der Verschärfung der Krise des Fordismus an und erwarten einen neuen Durchkapitalisierungsschub mit den Komponenten „Hyperindustrialisierung“ (HIRSCH/ROTH 86) und Tertiärisierung (vgl. u.a. HIRSCH 98). Die Wiederentdeckung von Eigenarbeit – zu verstehen als Verzicht auf höheren konsumtiven Nutzen durch Ablehnung produktivitätssteigernder Arbeitsteilung – wie sie von alternativen Strömungen gefordert und partiell praktiziert wird, belegt im Rahmen dieser Entwicklung allerhöchstens Nischen (vgl. ebd.), die die Entwicklung zur wachstumsfördernden Durchdringung nicht gefährden. Zu den Schüben innerer Landnahme gesellt sich mit der

³⁴ Zur Vereinbarkeit dieser objektivistisch anmutenden, aus ökonomischer Eigendynamik abgeleiteten Feststellung mit dem nicht-ökonomistischen Charakter des Regulationsansatzes siehe Kap. 6.5

verstärkten Globalisierung ein weiterer (und letzter) Schub äußerer Landnahme, der territorialen Ausdehnung kapitalistischer Verhältnisse. Äußere und innere Landnahmen erhöhen das konsumtive Niveau des Globus.

Die Kontinuität des konsumistischen Zirkels“ (HIRSCH), des „Produktivismus“ (LIPIETZ), besteht also auch im Postfordismus, auch wenn eine Veränderung der Konsumstrukturen zu verzeichnen ist.

These 2: Der Konsum im Postfordismus ist nicht rückläufig, sondern modifiziert sich entsprechend dessen Gesellschaftsstruktur in Richtung stärkerer Differenzierung und Segregation.

Entsprechend der allgemeinen Notwendigkeit eines kohärenten Verhältnisses zwischen Produktions- und Konsumtionsnormen im Rahmen eines Akkumulationsregimes ergibt sich auch für dessen postfordistische Kontur mit flexiblerer Fertigung und kürzeren Produktzyklen (vgl. etwa HIRSCH/ROTH 86, HIRSCH 93, AGLIETTA 00) eine Notwendigkeit zu einer Konsumsteigerung. Die fordistische Konsum-Standardisierung wird nicht etwa durch eine via postmaterialistischen Wertewandel induzierte Abnahme der Konsumtion abgelöst, sondern in eine differenziertere Struktur überführt:

„Trotzdem bleibt der Massenkonsum ein bestimmendes Merkmal des postfordistischen Kapitalismus. Die Konsummuster und damit auch die Lebensweisen werden aufgrund materieller Ungleichheiten und einer Verkaufsstrategie, die drohenden Marktsättigungen durch ein ‚individualisierende‘ Vervielfältigung des Warenangebotes begegnen will, zunehmend unterschiedlicher. Möglich wird diese Differenzierung durch die postfordistische Flexibilisierung der Massenproduktion, die die Unternehmen in die Lage versetzt, das Immergleiche in unzähligen Designvarianten anzubieten.“ (HIRSCH 98: 116)

Analog zur gesellschaftlichen Differenzierung und Polarisierung (vgl. Kap. 6.5) differenziert und polarisiert sich passend zu neuen flexiblen Produktionsstrukturen der Konsum, wie Hirsch/Roth schön illustrieren:

„Die ökonomischen Schwierigkeiten der traditionellen Warenhäuser als eine der typischsten fordistischen Institutionen, die zwischen Boutiquen und Discountmärkten zerrieben zu werden drohen, sind ein Indiz dafür. Zu begegnen ist diesem als ‚Marktsättigung‘ wahrgenommenen Dilemma nur mit einer verstärkten Differenzierung der sozialen Konsummuster. Die gesellschaftlichen Spaltungen müssen sich in neuen Warenangeboten und Konsummodellen spiegeln. Die neuen, flexiblen Produktionsstrukturen machen dies technisch durchaus möglich [...]. Diese Diversifizierung der Konsummuster erscheint erfolgversprechend, wenn es gelingt, sowohl dem ‚neuen Hedonismus‘, den Gesundheits-, Fitness- und Selbstdarstellungsbedürfnissen der besser Verdienenden zu entsprechen, ihnen den Schein konsumistischer Exklusivität und Individualität zu vermitteln und gleichzeitig banalisierte Massengüter mit standardisierter Technik noch billiger herzustellen. Fischstäbchenvertreibende Tiefkühlketten und Naturkostläden, Fast-Food- und Gourmet-Restaurant-Konzerne, Discountmärkte auf der grünen Wiese und boutiquenbestückte ‚Malls‘ in den Innenstädten können in einer sich pluralisierenden Konsumwelt durchaus einander ergänzen.“ (HIRSCH/ROTH 86:120)

Als Ursache für die Differenzierung und Polarisierung des Konsums machen die Autoren „gesellschaftliche Spaltungen“ aus (ebenso: Mahnkopf 88: 124).

Demgegenüber steht die suffizienzoptimistische Annahme einer „Ausweitung der nichtwarenförmigen Verhältnisse“, einem „Freizeitkonsum“ im Rahmen des „alternativen Paradigmas“ bei Lipietz (LIPIETZ 91: 688). Allerdings findet sich bei ihm keine Problematisierung der wachstumsmindernden Implikation im Falle der Durchsetzung dieses Paradigmas. Lipietz kann nicht sagen, welches Akkumulationsregime zu diesem Szenario überhaupt passen würde. Aglietta verbleibt da mit seinen Vorschlägen zur Regulation des sich abzeichnenden neuen „Akkumulationsregimes des Vermögensbesitzes“ etwas konsistenter im Rahmen des konsumistisch-produktivistischen

Zirkels: So preist er etwa die wachstumsfördernde Diversifikation von Konsum als Nutzen der Geschlechteremanzipation:

„Eine Gesellschaft, in der alle Frauen Zugang zur finanziellen Selbständigkeit erhalten, hätte als Verbrauchseinheit das Individuum und nicht mehr die Kernfamilie. Diese Gesellschaft würde die Emanzipation von persönlicher Unterordnung verwirklichen. Die Vielfalt des Konsums würde dadurch in hohem Maße gesteigert. Das wäre vor allem der Fall bei Dienstleistungen [...] Die Zunahme von Beschäftigungen wäre noch höher, weil die Dynamik der allgemeinen Nachfrage dauerhaft durch einen Wandel der Konsumweise getragen würde.“ (AGLIETTA 00: 137)

Die generellen Schwierigkeiten einer Integration von Suffizienz in eine neue kapitalistische Formation reflektiert – wenn auch mit anderer praktischer Konsequenz – auch Hirsch, wenn er sich eine „Revolutionierung der Lebensverhältnisse, der sozialen Beziehungen und Konsummuster“ nur als gegen die kapitalistische Hegemonie gerichtet vorstellen kann. Eine Veränderung der „herrschenden Alltagspraktiken“, der „Lebensweisen“, der „Konsummuster“, der „Geschlechterverhältnisse“ und der „Wertvorstellungen“ würde eine „antikapitalistische Revolution“ bedeuten, würde das „herrschende ökonomische und politische Räderwerk“, also das Akkumulationsregime und deren Regulationsweise, zum Einstürzen bringen können (HIRSCH 98: 148). Die Auffassung von Hirsch, dass eine aufgrund gesteigerter Totalität und Komplexität wachsende Empfindlichkeit des Systems eine derartige „erfolgreiche“ Provokation eines Zusammenbruchs möglich macht und (diese Empfindlichkeit) nicht etwa zu einer Steigerung der Systemkapazität zur integrativen Variation ursprünglich antikonsumistischer Bewegungen führt, wird hier nicht weiter problematisiert werden. Deutlich werden sollten die regulationstheoretischen Begründungen der Unmöglichkeit einer massenhaften Suffizienzkultur im Rahmen einer Dominanz kapitalistischer Vergesellschaftung.

6.8 Regionalisierung als Globalisierungselement

Die Frage nach der Möglichkeit einer Regionalisierung von Produktionskreisläufen soll hier im wesentlichen aus der Analyse der postfordistischen, durch verstärkte Globalisierung *und* Regionalisierung gekennzeichneten Formation beantwortet werden.

Die Schwierigkeiten einer dem Globalisierungstrend entgegengesetzten Regionalisierung können aber auch aus der allgemeinen Notwendigkeit stetiger Produktivitätssteigerungen, die sich aus dem Akkumulationsimperativ heraus ergeben, ersehen werden. Dieser Imperativ gibt quasi hinter dem Rücken der Akteure und der Regulationen die Richtung einer Steigerung von Arbeitsteilung vor. Genauso wie die überhistorische Tendenz der durchdringenden Landnahme Suffizienzentwicklungen verunmöglicht, verhindert die überhistorische Tendenz der zunehmenden Arbeitsteilung die Ausprägung von dessen Gegenteil: Regionalisierter Produktionskreisläufe. Diese ließen sich erstens nur um den Preis von mehr Suffizienz durchsetzen – verzichtet würde auf Produktivitätsmöglichkeiten. Zweitens würde damit die Frage nach einem passenden Akkumulationsregime aus zwei Gründen unbeantwortet bleiben müssen: Ein neues Akkumulationsregime kann nicht suffizienter sein als das vorhergehende (vgl. Kap. 6.7) und es kann auch nicht unproduktiver sein – beide Merkmale würden dessen Charakter als Wachstumsgaranten zuwiderlaufen. Dieser aus der Dynamik der Abfolge von Akkumulationsregimen resultierende negative Bescheid auf die Anfrage nach stofflicher Regionalisierung spiegelt sich in der postfordistischen Formation.

Diese ist zwar durch einen interdependenten Bedeutungszuwachs von globaler und regionaler Ebene charakterisiert – nur darf dies nicht mit einer Regionalisierung von Stoffkreisläufen verwechselt werden. Die Aufwertung regionaler Regulation ist gekennzeichnet durch eine Weltmarktorientierung von Regionen bei gleichzeitiger Regionalisierung der Reproduktion.

These: Postfordistische globalisierte Fragmentierung (oder fragmentierende Globalisierung) bedeutet eine politische und ökonomische Aufwertung von dezentralen Territorien zum Zwecke der Konkurrenzfähigkeit auf einem globalisierten Markt. Eine Regionalisierung von Produktionskreisläufen ist dabei marginal.

Nachdem zunächst die Gleichzeitigkeit von Globalisierung und Regionalisierung kurz nachgezeichnet wird, kann die Komplementarität zwischen fragmentierten Regionen und globaler Konkurrenz herausgestellt werden. Diese ist die Basis für betriebswirtschaftliche Orientierung von lokalen und regionalen Staaten. Somit wird verdeutlicht, dass diese kompetitive regionalkorporatistische Orientierung allerhöchstens randständig mit einer Regionalisierung von Stoffkreisläufen verbunden sein kann.

Phasen globaler Arbeitsteilung

Die Ausweitung ökonomischer Globalisierung als ökonomisch induzierter Prozess ist inzwischen zu einem Gemeinplatz geworden. Die Regulationstheorie konzipiert ökonomische Globalisierung als politische und ökonomische Antwort auf die Fordismuskrise (s.o.). Dabei ist globale Arbeitsteilung und Konkurrenz kein schlagartig auftretendes neues Phänomen. Ihre Form hat aber Auswirkungen auf ihre Durchschlagskraft, die zunimmt. Lipietz etwa unterscheidet drei Phasen globaler Arbeitsteilung und damit spezifischer Formen globaler Konkurrenz in der Geschichte des Kapitalismus (vgl. LIPIETZ 98(93): 135 ff).

Bis in die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts hinein basiert die „erste internationale Arbeitsteilung“ auf ortsspezifischer fachlicher Spezialisierung. *Unterschiedliche* Produkte können an unterschiedlichen Orten jeweils am effektivsten hergestellt werden (z.B. industrielle Fertigung in England, Rohstoff-Förderung in der Peripherie). Die zweite globale Arbeitsteilung ist durch die global arbeitsteilige Herstellung *eines* Produktes charakterisiert. Durch fordistische Standardisierung wurde die räumliche Zerlegung von Planung, qualifizierte Fertigung und unqualifizierte Fertigung machbar. Die globale Arbeitsteilung basierte auf dem örtlichen Vorteil des jeweils günstigsten Angebots für eine bestimmte Produktionsphase, natürlich unter Berücksichtigung von Randbedingungen wie Transportkosten und -möglichkeiten. In der postfordistischen dritten Phase internationaler Arbeitsteilung konkurrieren *ähnliche* Produkte, die auf verschiedene Art und Weise innerhalb der drei globalen ökonomisch-kontinentalen Blöcke (Amerika/Europa/Fernost) produziert werden. Diese sind durch unterschiedliche Ausgestaltungen von Arbeitsorganisationen von ihren Zentren bis hin zu ihren Peripherien gekennzeichnet. Die Wettbewerbsvorteile ergeben sich dabei aus der Anwendung unterschiedlicher Kombinationen von Arbeitsbeziehungen, wobei in den jeweiligen Zentren die postfordistischen Paradigmen der Flexibilisierung und der auszuhandelnden Einbindung zur Anwendung kommen und in den jeweiligen Peripherien verschiedene Formen des Fordismus bis hinunter zum „primitiven“, „blutigen“ Taylorismus (vgl. Kap. 6.5). Dabei konkurrieren die Blöcke untereinander auf einem globalen Endmarkt ebenso wie die verschiedenen Ebenen innerhalb der Blöcke mit ihren spezifischen Typen der

Arbeitsorganisationen um Anteile bei der Produktion eines Produktes im Rahmen der „Zusammenarbeit“ innerhalb eines globalen Blocks.

Diese von Lipietz beschriebene dritte globale Arbeitsteilung als Kombination aus Triadisierung und blockinterner Differenzierung führt zu globaler ökonomischer Integration *und* Fragmentierung.³⁵ Die verstärkte Orientierung auf eine so strukturierte, hier nur in Umrissen angedeutete globale Arbeitsteilung und Konkurrenz wird – entsprechend der regulationstheoretischen Grundannahme einer notwendigen Kohärenz von Akkumulationsregime und politisch-institutioneller Regulation – als auch politische Reaktion auf die Krise der fordistischen Formation erklärt (vgl. Kap. 6.2).

Bedeutungszuwachs regionaler Ebenen

Die wohlfahrtsstaatlich-keynesianischen, nationalstaatlich organisierten Regelungskompetenzen des Fordismus verflüssigten sich jedoch nicht nur in Richtung globaler Regulationsmechanismen, sondern belegen nach Ansicht vieler regulationistisch orientierter Autoren gleichzeitig subnationale Ebenen mit einem Bedeutungszuwachs. Lipietz charakterisiert nicht-nationale Ebenen allgemein, d.h. formationsübergreifend, als „regionale Armaturen“. Damit meint er einen „Raum für sich“, wo ein hegemonialer Block einen eigenen politischen Apparat hat und so die Regulation eines „Teils der sozio-ökonomischen Konflikte“ lokal oder regional erfolgen kann (LIPIETZ 98a(85): 165). So wie auf der regionalen Ebene nur eine Teilregulation stattfindet, ist dort auch ökonomisch nur ein Teilakkumulationsregime wirksam, und beide stehen in wechselseitiger Beziehung zur globalen Formation. Eine Aufwertung der regionalen Armatur erwartet Lipietz in jedem Fall. In bezug auf das bisher dominante postfordistische Paradigma des marktorientierten Liberalismus schreibt er:

„Da der Staat nicht mehr überall die gleichen Formen makroökonomischer Regulation durchsetzen kann und dies nicht einmal mehr wünschenswert wäre, geht es darum, die regionalen Armaturen mit ökonomisch und sozial stärkeren Regulationsinstrumenten auszustatten und dem Nationalstaat lediglich die Regelung der Außenbeziehungen zu belassen (Hilfen für Unternehmen und Branchen, Währungspolitik)“ (LIPIETZ 98a/85: 179).

Aber auch das „alternative“ Paradigma mit seinen partizipatorischen und ganzheitlichen Ansprüchen (vgl. Kap. 6.2) impliziert eine stärkere Regionalorientierung:

„Es ist klar, dass ein solches Modell, das eine Reterritorialisierung des Verhältnisses zwischen Qualifikation und Beschäftigung, zwischen gesellschaftlicher Produktion und gesellschaftlicher Nutzung impliziert, nichtmarktförmige, demokratische Regulationsformen erfordert, die sich so weit wie möglich an der Basis befinden, also regionale sind (ebd.: 182).

Bevor diese - nicht-marktzentrierte - Regionalorientierung auch des alternativen Paradigmas noch mal aufzugreifen sein wird, steht zunächst die Frage nach dem möglichen ökonomischen Radius regionaler Armaturen im postfordistischen ökonomischen globalen Geflecht. Nach Rainer Danielzyk (DANIELZYK 94) lassen sich parallel Tendenzen extra- und intraregionaler Entwicklungen festmachen:

Eine Zunahme überregionaler und globaler Arbeitsteilung ist zu verzeichnen durch

- funktionale Differenzierungen bei neueren, hochspezialisierten Dienstleistungen
- Auslagerungen von Produktionsstätten klassisch-fordistischer Industriezweige in Zonen mit niedrigerem Lohnniveau

³⁵ Vgl. auch die Ausführungen von Hirsch zur Triadisierung und zur Ausdifferenzierung der Peripherie in den Metropolen (HIRSCH 98)

- Dispersion von Produktionsstätten eines Unternehmens innerhalb von Zonen gleichen Lohnniveaus aufgrund flexibler Produktionstechnologien.

Damit in Zusammenhang stehen die intraregionalen Entwicklungen einer

- Agglomeration von Hochtechnologieunternehmen sowie einer
- Assoziationsbewegung zu regionalen „Produktionsbezirken“, Netzwerken aus einem Geflecht von Kooperation und Konkurrenz mit dem sozialen Kitt gemeinsamer Milieuverankerung und der Ausrichtung auf einen gemeinsamen Markt.

Nicht eindeutig zuzuordnen sind

- die Folgen der Unternehmensstrategie der „externen“ Flexibilisierung, der Auslagerung an Subunternehmen, die intra- und interregional erfolgt.

Lediglich die angeführten intraregionalen Entwicklungen bewegen sich so nach Danielzyk im Einflussradius regionaler Wirtschaftspolitik, also „regionaler Armaturen“ (LIPIETZ), ohne dass diesen Omnipotenz zugestanden werden könnte. Auch diese stärker endogen zu beeinflussenden Potentiale einer Region produzieren schließlich für einen globalen Endmarkt. Mit einer Regionalisierung von Stoffkreisläufen hat dies demnach wenig zu tun, auch wenn Nachbarn zur Stärkung ihrer Weltmarktposition verstärkt zusammenarbeiten.

Regionalisierung der Reproduktion als Fragmentierung

Regionalisierung als Formierung von Regionen angesichts verstärkten Wettbewerbs und zurückgedrehten überregionalen Ausgleichsprozessen ist vielmehr als Fragmentierung innerhalb des nationalen oder globalen Rahmens zu begreifen (vgl. u.a. HIRSCH 98, HIRSCH/ROTH 86, BIELING 00). Zu dieser Auffassung gelangen auch Autoren, die den Nationalstaat auch in der postfordistischen Konstellation als die wesentliche Regulationsebene ansehen (vgl. Kap. 6.2). Der „nationale Wettbewerbsstaat“ hat dann die Aufgabe, neben sozialen regionale Differenzierungen und Spaltungen zum Zwecke der Stärkung der Wettbewerbsposition zu unterstützen und möglichen sozialen Widerstand aufgrund daraus resultierenden Desintegrationsprozessen kontrollierbar zu halten (HIRSCH 98). Die Aufwertung der Region im Prozess der Globalisierung ist so als Bestandteil der antiegalitären postfordistischen Tendenz zu werten (vgl. Kap. 6.5). Wie oben gezeigt, sind mit der Fragmentierung notwendig Prozesse des partikularen Korporatismus verbunden (vgl. Kap. 6.6) – deren Ausdruck auch in der Formierung von Regionen zu sehen ist.

So wie die ökonomische Entität Region für das Akkumulationsregime an Bedeutung zunimmt, ändert sich die Regulationsweise in Richtung einer Zunahme regionaler Armaturen. Wenn auch die Regionalisierung der Ökonomie im Sinne der oben beschriebenen Aufwertung endogener Potentiale nur partiell zutrifft, so reicht dies als Motiv für eine „Renaissance der Regionen“ in der Politik (vgl. DANIELZYK, a.a.O.). Als zusätzliche Schubkräfte dieser Regionalisierung von Politik führt Danielzyk eine Aufwertung dezentraler Kontextsteuerung angesichts einer Überforderung des Staates³⁶, die Offenheit des bislang gering institutionalisierten politischen Raums einer Region sowie ökologisch motivierte Forderungen nach regionaler Kreislaufwirtschaft an.

Mayer spricht von der Übertragung von immer mehr „Funktionen zur Sicherung der gesellschaftlichen Reproduktion auf die lokale und regionale Ebene“ als Nachfolgemodell

³⁶ Dort wird der Rückzug des Staates in Anlehnung an die Systemtheorie als Überforderungsreaktion angesichts überkomplexer sozioökonomischen Strukturwandels charakterisiert. Nach dem Regulationsansatz wäre dieser Rückzug stattdessen als – wenn auch nicht intentionales – Ergebnis von sozioökonomischen Auseinandersetzungen und Kräfteverhältnissen zu werten (s.o.).

des umverteilenden fordistischen Staates. Dabei „findet eine fragmentierte und höchst ungleiche Versorgung mit Dienstleistungen statt, die gekoppelt an die jeweilige ökonomische „Leistung“ der Region und abhängig von den Fähigkeiten, politischen Prioritäten und der Mobilisierung der lokalen politischen Akteure ist“ (MAYER 96: 23). Der dergestalt postfordistische Bedeutungszuwachs der regionalen Ebene passt zum übergreifenden postfordistischen Paradigma der Selbstorganisation, welches sowohl im „liberalen Produktivismus“ als auch in der „Alternative“ (s.o., vgl. auch Kap 6.2) enthalten ist. Dies spiegelt sich gerade in einem breiten Konsens zur Regionalisierung der Reproduktion und einer Verbetriebswirtschaftlichung lokaler und regionaler Räume. Mayer schreibt:

„Das postfordistische Szenario, das sich innerhalb der skizzierten Kompatibilitätsgrenzen entfalten kann, wird von politisch ganz unterschiedlichen Strömungen avisiert. Ganz gleich, ob eher progressive oder mehr konservative Kräfte eine Stadtregierung beherrschen, in beiden Fällen gibt die Kommune heute einer ökonomischen Entwicklungspolitik den Vorrang, indem sie versucht, endogene Potentiale zu mobilisieren und drängt damit die ehemals zentralen Funktionen des Lokalstaats, die Bereitstellung kollektiver Konsumgüter und wohlfahrtsstaatlicher Leistung, in den Hintergrund.“ (MAYER 96:26)

Die Privatisierung von Leistungen auf der einen sowie die Initiierung und Stützung kommunitärer Selbsthilfe auf der anderen Seite passen zu dieser unternehmerischen Positionierung und sind – quasi als Ablehnung fordistischer Vergesellschaftung - ebenfalls breit akzeptiert:

„Den Konservativen scheint das Modell attraktiv, weil es Ehrenamtlichkeit und „workfare“ impliziert („der Staat schrumpft“); den Linken erscheint es attraktiv, weil es Menschen zur Selbstorganisation und Eigeninitiative befähigt; den Liberalen, weil lokale Nachbarschaftsaktion betont wird.“ (ebd.)³⁷

Die postfordistische Aufwertung von lokalen und regionalen Staaten kann so aufgrund der drei kohärenten Elemente einer Aufwertung regionaler Einflüsse auf das Akkumulationsregime, einer stärker regional geprägten Regulationsweise sowie eines diese Verhältnisse spiegelnden und tragenden sozialen Paradigmas der regionalen Selbstorganisation als stabiler Trend betrachtet werden.³⁸ Der Nachhaltigkeitsanspruch nach regionalisierten Stoffkreisläufen wird dadurch jedoch nicht eingelöst. Einer derartigen „ökoliberalen Idylle“ bleibt angesichts der Weltmarktorientierung Nischencharakter beschieden (HIRSCH/ROTH 86). Der Grund dafür liegt in der Einbindung in globale Arbeitsteilung. „Regionale Armaturen“ sind genauso wie „nationale Wettbewerbsstaaten“ ökonomisch in die Hierarchie des globalen Raumes eingegliedert. Das Schwergewicht der „Regelung des Sozialen“, der Reproduktion der Arbeitskraft, erfolgt jedoch im Unterschied zum Fordismus auf lokaler und regionaler Ebene. Hier schält sich – entsprechend den Vorstellungen sowohl des Paradigmas des „liberalen Produktivismus“ als auch desjenigen der „Alternative“ - eine Hierarchie subnationaler Ebenen heraus (s.o., vgl. LIPIETZ 98a(85)). Nur in dieser Hinsicht kann von einer Regionalisierung gesprochen werden, von einer Regionalisierung sozialer Reproduktion.

³⁷ Auch Lipietz sieht die Ambivalenz regionalistisch (abwehrender) Orientierungen: Bei ihnen kommt es zur „Vermischung“ „radikaler“ mit „konservativen“ und „reaktionären Bestrebungen“ (LIPIETZ 98a(85): 175).

³⁸ Zwar droht nach Mayer aufgrund der Dominanz der Marktorientierung intraregionale Destabilisierung durch Desintegration, der jedoch durch Druck „progressiver lokaler Handlungsträger“ auf Sponsoren zur Befriedigung „lokaler sozial- und umweltorientierter Bedürfnisse“ – entgegengewirkt werden kann. Diese „progressive“ lokalintegrationistische Orientierung verdeutlicht die erwartete Dominanz regionalorientierter Entwicklung: Wer vom Dorf aus erfolgreich operiert, soll auch für dieses Dorf gnädig spenden.

6.9 Richtungslose technologische Beschleunigung im Postfordismus

Die Chancen für die Durchsetzung des technischen Nachhaltigkeitsansatzes in der postfordistischen Konstellation mit seinen wesentlichen Strategien der Effizienz und der Konsistenz stellen sich ambivalent dar. Einerseits ist mit beschleunigten Innovationszyklen zu rechnen. Sie sind zu erwarten aufgrund verschärfter Konkurrenz im globalen Akkumulationsregime sowie einer diese Entwicklung fördernden Regulationsweise, wie sie paradigmatisch im *schumpetarian workfare state* zum Ausdruck kommt (These 1). Andererseits kann die Richtung der technologischen Entwicklung aufgrund der Zurückdrängung eines entwicklungsorientierten Staates immer weniger gesteuert werden (These 2). Das fordistische Fortschrittsparadigma wird nicht durch ein Nachfolgemodell ersetzt – vielmehr ist ein Konsensverlust in Fragen des technischen Fortschritts zu konstatieren. Nicht nur deswegen werden sich Versuche einer die technologische Entwicklung in einen Korridor der Effizienz und der Konsistenz zwingenden Rahmensteuerung – etwa in Form von Öko-Steuern – kaum durchsetzen lassen.

Postfordistische Innovationsdynamik

These 1: Aufgrund erhöhter Konkurrenz ist mit verkürzten technologischen Innovationszyklen zu rechnen, die technische Neuerungen schneller als im Fordismus hervorbringen werden.

Zum einen ergibt sich ein verschärfter Innovationsdruck aus der Tendenz der marktlichen Durchdringung des Globus. Je weniger geschützte Räume es gibt, desto mehr Anstrengungen werden die konkurrierenden Produzenten unternehmen, vorhandene Produkte effizienter herzustellen und neue Produkte zu kreieren. Die Möglichkeiten innerer und äußerer „Landnahme“, also der Durchdringung bisher marktfreier Lebensbereiche innerhalb kapitalistischer Ökonomien sowie die marktliche Kolonisierung bisher nicht-kapitalistisch strukturierter Ökonomien (vgl. Kap. 6.7) werden geringer werden. Dies ergibt sich aus der Begrenztheit des Globus und der Reproduktionssphäre. Einziger Ausweg sind dann Innovationen in Form neuer Produkte und in Form einer ökonomisch effizienteren Herstellung eingeführter Produkte: Die Innovationsraten müssen daher zunehmen, die Produktzyklen schneller werden, wie es sich in der postfordistischen Ökonomie entsprechend beobachten lässt. Diese Beschleunigungsnotwendigkeit ist einer der Gründe für die Ablösung tayloristisch-fordistischer Arbeitsorganisation durch flexiblere Massenfertigung (vgl. Kap. 6.2).

Diese letztlich dem Akkumulationsimperativ zuzuschreibende Entwicklung wird durch eine entsprechende Regulationsweise unterstützt, wie sie in den Paradigmen des „nationalen Wettbewerbsstaats“ oder des die Innovationsaufgabe explizit benennenden „*schumpetarian workfare state*“ deutlich wird. Die unternehmerischen regionalen Staaten (vgl. Kap. 6.8) zählen ebenso dazu. Alle diese staatlichen Ebenen stellen sich die unternehmerische Aufgabe, Innovationen zu initiieren. Dies geschieht durch eine Wirtschaftspolitik der Angebotsorientierung, die Installation und Förderung von Innovationszentren, Wissenschaftsparks und (kompetitiv nützlicher, U.S.) Ausbildung (vgl. JESSOP 92). An Innovationsdynamik mangelt es also nicht. Soll dieser Bewegung eine Richtung gegeben werden, etwa die gesteigerter Ressourceneffizienz und Konsistenz, bauen sich hingegen Hürden auf.

Krise des entwicklungsorientierten Staates

These 2: Die Richtung technischer Entwicklungen ist mit dem Zurückdrängen des fordistischen entwicklungsorientierten Staates nicht vorauszusehen.

Lipietz unterscheidet zwei ökonomische Rollen des Staates im Kapitalismus, den „eingegrenzten“ und den „entwicklungsorientierten“ Staat (vgl. i. f. LIPIETZ 92b). Der eingegrenzte Staat als das Ziel bürgerlicher Revolutionen beschränkt sich auf die Kernaufgaben der Bereitstellung von Infrastruktur, die Sicherung öffentlicher Ordnung und die Garantie einer stabilen Währung. Seine (erste) historische Ausprägung hatte er im Präfordismus, etwa während der britischen Hegemonie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die durch eine konkurrentielle Regulation charakterisiert war. Aus der Krise dieses Modells (vgl. Kap. 6.7) sprossen mehrere Gegenmodelle eines stärker eingreifenden *entwicklungsorientierten* Staates. Diese Entwicklungsorientierung drückt sich aus in bestimmten ökonomischen und sozialen Zielvorstellungen, die dann etwa zu Industriepolitik oder staatlich geförderten „sozialen Kompromissen“ führen. Im Nordwesten des Globus setzte sich schließlich das fordistisch-korporative Modell eines *eingegliederten* Staates gegen faschistische und populistische Varianten der Entwicklungsorientierung durch.

Die Krise des Fordismus charakterisiert Lipietz so auch als eine Krise des eingegliederten, entwicklungsorientierten Staates. Eine Rückkehr zur Hegemonie des eingegrenzten Staates steht auf der Tagesordnung (ebd.). Ein bürgerlich-liberaler Staat, der sich wieder auf seine vorfordistischen Kernfunktionen beschränkt und sich aus Entwicklungsorientierungen, seien sie sozialer oder technologiepolitischer Natur, zurückzieht, wird die Mittel, mit denen er die Richtung des technologischen Fortschritts beeinflussen könnte, eher verkleinern als ausnutzen. Dazu gehören auch marktbasierende Instrumente, wie etwa Ökosteuern.³⁹

Soziale Ungleichheit und Wertefragmentierung als Hindernis gerichteter Technologieentwicklung

Das größte Hindernis für derartige marktwirtschaftliche Steuerungen der Technologieentwicklung in Richtung geringeren Umweltverbrauchs liegt aber nicht in der Rückkehr des Paradigmas des eingegrenzten Staates, sondern in den antiegalitären Spaltungs- und Differenzierungsprozessen des Postfordismus. Jede Bepreisung des Naturverbrauchs hat nicht nur die Unterstützung ressourcensparender Technologien zur Folge, sondern erzwingt „Suffizienz“ bei den ärmeren Schichten. Die Demokratisierung des Massenkonsums lässt sich aber nicht durch eine nachträgliche Exklusivierung von Naturverbrauch via ökologischer Abgaben zurückdrehen. Die Verteuerung des Verbrauchs von Ressourcen zwecks dessen Einschränkung bedeutet immer eine Verschärfung sozialer Ungleichheit, die umso schwieriger zu legitimieren und zu kompensieren ist, je stärker

³⁹ Gemeint sind hier Steuern auf Ressourcennutzungen und Umweltverschmutzungen, die ihren Namen verdienen, also Schwankungen des Marktpreises in ihrer Höhe deutlich übertreffen und dann auch Einfluss haben können auf die technologische Ausrichtung in Richtung größerer Effizienz oder Konsistenz - also Abgaben jenseits symbolischer Befriedigungen von Wählerforderungen, wie sie gegenwärtig in vielen Staaten der EU zu beobachten sind.

diese auf anderen Feldern voranschreitet. Die postfordistische Formation ist aber gerade gekennzeichnet durch eine Steigerung ökonomischer Ungleichheit (vgl. Kap. 6.5).⁴⁰

Die Durchsetzung eines – wie auch immer zu verankernden – technologischen Entwicklungsmodells wird zudem erschwert durch fehlenden Konsens über technischen Fortschritt, wie er noch als ein Element multipler Fortschrittsakzeptanz im Fordismus galt (vgl. Kap. 6.2). In der postfordistischen Konstellation hingegen ist Technikentwicklung mehr von „moralischen Ansprüchen eingeschlossen“ (MAHNKOPF 88). Die Unterstützung von Technologien hängt dann ab von letztendlich wertbasierten Mischungen akzeptierter und nicht akzeptierter Eingriffe in die Umwelt. Ist die Forderung nach Effizienz, also der Effektivierung bestehender Produktionslinien, noch *relativ* konfliktarm mit anderen Umweltschutzimperativen, so wird vor allem die Substantiierung der Strategie der Konsistenz, die die Forderung nach *verträglicher* Einpassung anthropogener Produktionszyklen in natürliche Kreisläufe erhebt, nicht ohne Wertekonflikte vonstatten gehen. Ist eine globale, auf einem durch photovoltaische Flächen kontinentalen Ausmasses basierende Wasserstoffwirtschaft als großtechnisches System, welches emissionsfreie Antriebstechnik für PKWs ermöglicht, mit dem Imperativ des Erhalts zusammenhängender Naturflächen in den betroffenen Gebieten kompatibel? Kann die Installation massenhafter Windkraftanlagen zur Erzeugung von Strom für die elektrolytische Wasserstofferzeugung als konsistenter Eingriff qualifiziert werden, auch wenn vielleicht dadurch Zugvögel in ihren Rhythmen und Menschen in ihren ästhetischen und kontemplativen Bedürfnissen gestört werden? An derartigen hier lediglich exemplarisch aufgeworfenen Fragen wird deutlich, dass auch nur Annäherungen an absolute Konsistenz nicht zu haben sind und daher Wertpräferenzen den Ausschlag geben müssen. Vor diesem Hintergrund ist schon jenseits aller oben beschriebenen, gravierenden Umsetzungsschwierigkeiten die Etablierung eines bestimmten technologischen Entwicklungsmodells diesseits eher abstrakter technologischer Paradigmen der Effizienz und der Konsistenz erschwert, auch wenn die Möglichkeit der Durchsetzung konkreter technologischer Entwicklungsrichtungen, also konkreter Wertpräferenzen prinzipiell gegeben ist.

⁴⁰ Nicht überzeugend ist vor diesem Hintergrund die Aufforderung von Lipietz, gegenüber der Ungleichheitswirkung von Verschmutzungssteuern angesichts deren gesamtgesellschaftlichen Vorteils bitte doch erst mal ein Auge zuzudrücken: „Ganz allgemein können wir sagen, dass gerade weil Regulierungen und Verschmutzungen sozial neutral wirken, sie dadurch nur noch die ungleiche Verteilung der Einkommen weiter akzentuieren. Wir können und wir müssen uns über die gesellschaftliche Ungleichheit empören, aber es geht nicht an, dies ausgerechnet in den Augenblicken zu bemerken [sic! U.S.], wo es darum geht, zum Vorteil aller (und ganz besonders der ärmsten Schichten) die Umwelt zu verbessern!“ (LIPIETZ 00: 85). Zu Gute zu halten ist Lipietz allerdings, dass er die Steigerung sozialer Ungleichheit durch Verschmutzungssteuern überhaupt sieht – angesichts vieler deutschsprachiger Veröffentlichungen von Ökosteuer- „Experten“, in denen der strukturell angelegte selektive „Suffizienz“-Zwang kein Thema ist, sondern vielmehr davon ausgegangen wird, dass die Verschmutzungssteuer nur technische Neuerungen induziert (exemplarisch: KREBS/ REICHE/ ROCHOLL 98).

7 Mehr Gegenspieler als Partner: Begrenzte Anschlussfähigkeiten

In den vorhergehenden Kapiteln sind die einzelnen theoretischen Erklärungen in ihrem Erklärungszusammenhang nach ihren Implikationen für die Anschlussfähigkeit der analytisch unterschiedenen Nachhaltigkeitsansätze untersucht worden. Von Interesse ist nun ein Vergleich der theoriespezifischen Wertungen und Begründungen. Dafür werden die Nachhaltigkeitsansätze zum Ausgangspunkt genommen. Zu jedem der Ansätze werden diejenigen übergreifenden Entwicklungen moderner Gesellschaften, die als Gegenspieler und Partner qualifiziert werden können, herausgestellt. Die Wertung ihrer Härte durch die Theorieansätze wird dabei zum besseren Überblick visualisiert werden. Die dazu vorgenommene Skalierung der Härte von Trends nach Maßgabe der theoretischen Ansätze ist selbstverständlich als grober Anhaltspunkt, nicht als quantitative Bewertung einer Wahrscheinlichkeit oder ähnlichem zu verstehen. Unterschieden werden zum einen die polaren Wertungskategorien sicherer bzw. weitgehend sicherer Trend sowie nicht vorhandener bzw. marginal vorhandener Trend. Dazwischen liegt eine Kategorie der Unentschiedenheit. Zu ihr werden Prognosen offener Entwicklungen, partieller Realisationschancen und Trends mit ambivalenter Wirkung gezählt. Im Anschluss an diese visualisierten Übersichten werden jeweils die Hauptbegründungslinien für diese Wertung kurz dargestellt (7.1). Auf dieser Basis kann dann eine Hierarchie der Anschlussfähigkeiten erstellt werden. Alle nicht-technischen Nachhaltigkeitsansätze weisen theorieübergreifend Gegentrends auf. Nur Kommunarität und Partizipation werden weitgehend übereinstimmend auch Partnerrends zugestanden. Für Egalität und Suffizienz kann dies noch eingeschränkt behauptet werden, während für Konsensualität und Regionalisierung kein Partnertrend aus den hier zu Rate gezogenen Theorien der Entwicklung moderner Gesellschaften herausdestilliert werden kann. Die technischen Nachhaltigkeitsansätze scheinen demnach – so die anschließend ansatzweise begründete These - eher anschlussfähig zu sein als die nicht-technischen. Deren Partnertrend ökonomische Konkurrenzsteigerung ist theorieübergreifend zu erwarten, wenn auch dies keineswegs automatisch zur Realisation der technischen Ansätze der Effizienz und Konsistenz führt (7.2).

7.1 Gegenspieler und Partner empirischer Nachhaltigkeitsansätze

Im folgenden werden denjenigen Ansätzen, die in den vorangegangenen Kapiteln eine intensive Plausibilitätsüberprüfung nach Maßgabe der Theorien erfahren haben, Partner und Gegenspieler zugeordnet. Die Reihenfolge der Darstellung orientiert sich etwa an der Hierarchie der Chancen.

Nicht mehr extra bearbeitet ist der Nachhaltigkeitsansatz der Vernetzung oder der Kommunikation, der als Bestandteil des politischen Ansatzes anfangs mit aufgeführt wurde. Er ist im Zusammenhang mit der Diskussion der Chancen für Partizipation problematisiert worden, ist dort implizit enthalten. Partizipation setzt eine Steigerung von Vernetzung voraus.

Ebenso fehlt der anfangs als Nachhaltigkeitsansatz aufgeführte Topos der Entschleunigung, ein Bestandteil des raum- und zeitstrukturellen Ansatzes. Entschleunigung ist im Verlaufe der Auseinandersetzung mit den Theorien ebenfalls nicht mehr eigenständig thematisiert worden. Dies liegt an der engen Kopplung zum benachbarten Ansatz der Regionalisierung. Eine Einschränkung räumlicher Verfügbarkeit hat mit den gleichen gesellschaftlichen Widerständen zu rechnen wie eine Einschränkung zeitlicher Verfügbarkeit. Globalisierung etwa basiert auf Emanzipation von räumlichen und zeitlichen Begrenzungen.

7.1.1 Partizipation zwischen Expertenstrukturen, systemischen Medien und diskursiver Reflexion

Wenn im folgenden die theoretischen Chancen für politische Partizipation als basisdemokratisches Ideal ausgelotet werden, so steht ein im Nachhaltigkeitsdiskurs erhobener umfassender partizipativer Anspruch auf dem Prüfstand. Durch Partizipation sollen ja immerhin so grundlegende Dinge wie soziale, ökonomische und ökologisch dauerhafte Lösungen globaler Probleme gefunden und etabliert werden. Dabei kann es nicht nur um Bürgerbeteiligung als ergänzende Struktur gehen. Partizipative Verfahren als Additive repräsentativer Entscheidungsverfahren sind in modernen Gesellschaften bereits etabliert.¹ Von Interesse ist die Frage nach ihrer Reichweite. Es ist ferner davon auszugehen, dass Partizipation als direkte Politikbeteiligung in prinzipieller Konkurrenz zu repräsentativen Politikformen steht.

Eine allumfassende basisdemokratisch partizipative Politik stößt aus allen theoretischen Perspektiven an Grenzen. Sie ergeben sich vor allem aus den Trends der Entwicklung unpersönlicher globaler Expertenstrukturen sowie dem Einfluss systemischer Medien wie Macht und Geld. Gleichzeitig lässt sich jedoch mit der diskursiven Reflexion moderner Gesellschaften ein Partnertrend für Partizipation benennen. Aus allen hier zu Rate gezogenen theoretischen Blickwinkeln lassen sich Gründe für die Kontinuität dieses Trends extrahieren. Die mehr oder weniger stark abschlägigen Gesamtprognosen für den umfassenden Partizipationsanspruch sind daher zu relativieren.

Expertenstrukturen

Mit der Herausbildung unpersönlicher überlokaler Expertenstrukturen ist die Übertragung von Aufgaben an Spezialisten und damit ihre Herauslösung aus unmittelbar zu beeinflussenden Kontexten verbunden. Beispiele sind etwa das Gesundheitswesen oder das politisch-repräsentative System. Diese Systeme widersprechen dem Prinzip direkter, gleichberechtigter Beteiligung der Betroffenen. Welche Gründe werden für diesen Trend angeführt?

¹ Die Charakterisierung als additiv ist hier nicht als normative Wertung der bisher etablierten partizipativen Verfahren zu verstehen, sondern lediglich als Beschreibung von deren Reichweite.

Partizipation	Gegenspieler		Partner
Erklärung der Moderneentwicklung	Expertenstrukturen	Systemische Medien	Diskursive Reflexion
Strukturfunktionalistische einfache Modernisierung	■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■	■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■	■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■
Kommunikatives Handeln	■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■	■ ■ ■ ■	■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■
Regulation kapitalistischer Akkumulation	■ ■ ■ ■	■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■	■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■
Reflexive Modernisierung	■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■		■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■

2

Übersicht 7.1: Partizipation zwischen Expertenstrukturen, systemischen Medien und diskursiver Reflexion.

Nach dem strukturfunktionalistischen Ansatz ist die Bildung von spezialisierten Expertensystemen als Vorgang der funktionalen Differenzierung notwendig zur Effizienzsteigerung. Die maximale Leistungsfähigkeit solcher Systeme, etwa des politisch-repräsentativen Systems, wird nicht bei einem Maximum an Zentralität erreicht. Eine Beteiligung der Bürger ist zwar einerseits notwendig, um die Informationsbasis der Entscheidungsfindung zu qualifizieren. Andererseits behindert zuviel Partizipation die Effizienz von Entscheidungsprozessen. Das funktionale Optimum an Partizipation, zu dem die Systeme aus Gründen des Selbsterhalts tendieren müssen, liegt irgendwo dazwischen und bedeutet dosierte Partizipation.

Auch die Theorie kommunikativen Handelns begründet eine Expertenstruktur. Die moderne Gesellschaft tendiert zwar aufgrund des in der Sprache angelegten Prinzips verständigungsorientierter Kommunikation zu gleichberechtigtem Diskurs als einer hochpartizipativen Angelegenheit. Die Unerreichbarkeit eines idealen Diskurses führt jedoch notwendig zu dessen Zweiteilung in formelle, repräsentativere Verhandlungsstrukturen und eine informelle, partizipativere Öffentlichkeit.

Der Ansatz reflexiver Modernisierung konstatiert die Herausbildung abstrakter Expertensysteme als eine Folge von Entbettung und Globalisierung. Diese der „ersten“

² Skalierung:



sicherer Trend;
weitgehend sicherer Trend;
offener Trend, partieller Trend; ambivalenter Trend
vorfindbarer, aber unbedeutender Trend
nicht vorhandener Trend

Die Theorieansätze sind nach der Intensität ihrer sich insgesamt ergebenden Ablehnung der Anschlussfähigkeit des jeweiligen Nachhaltigkeitsansatzes geordnet.

Moderne zugerechneten Prozesse zeitigen jedoch als Nebenfolge eine Radikalisierung der Reflexion. Diese sorgt für gegenläufige Bewegungen partieller Wiederaneignungen abstrakter Systeme, etwa Initiativen aufgeklärter Patienten oder basisdemokratische Bewegungen. Beide Formen, die Delegation von Aufgaben an unpersönliche Systeme und die direkte Partizipation koexistieren jedoch in der reflexiven Moderne. Es gibt naturheilkundlich orientierte Selbsthilfegruppen und den Krankenhausapparat, es gibt Bürgerbeteiligung und die Entscheidung politischer Streitfragen über unpersönliche, repräsentative Strukturen. Die „Errungenschaften“ der „ersten“ Moderne befinden sich zwar teilweise im Konflikt mit den „reflexiven“ Zweifeln. Im Ergebnis kommt es jedoch nicht zu einem Abbau abstrakter Expertensysteme, sondern zu deren ambivalenten Nebeneinander mit partizipativer Wiederaneignung.

Der Regulationsansatz geht zwar von einer deutlichen Aufwertung direkter partizipativer Strukturen im Postfordismus aus. Zurückgedrängt wird die für die fordistische Phase typische Einbindung in unpersönliche Großorganisationen der politischen und ökonomischen Interessenvertretung. Diese „partizipative Revolution“ ist zu konstatieren unabhängig von der Reichweite möglicher Einflussnahme durch die Formen direkter Beteiligung. Dessen Wirkmächtigkeit wird hingegen eingeschränkt durch die Omnipotenz von Marktstrukturen und eine dies aufgreifende postfordistische Regulationsweise. Zudem ist auf den allgemeinen regulationistischen Charakter politischer Steuerung, auf die notwenige Emergenz nicht intendierten Regulationsweisen hinzuweisen, der Partizipation als Chance auf Einfluss relativiert.

Systemische Medien

Der zweite große gegen Partizipation wirkende Trend ist der Einfluss systemischer, also nicht verständigungsorientierter Steuerungsmedien, vor allem von Macht und Geld.

Nach dem strukturfunktionalistischen Ansatz ist ein politischer Markt als Vermittlungszone zwischen ökonomischem und politischen System nötig. Getauscht werden dort - im weitesten Sinne - ökonomische Bedürfnisse gegen Legitimierungen von Macht. Dieser politische Markt als notwendige Verbindung der ausdifferenzierten Subsysteme Politik und Ökonomie funktioniert über den Austausch der generalisierten Kommunikationsmedien Medien Macht und Geld. Wirksam werden können sie nur über die Institutionalisierung von Repräsentativität. Politische Experten bieten ihre Fähigkeiten dem Bürger als Kunden des politischen Marktes an. Sie erhalten Macht durch ihre Wahl und geben im Gegenzug politische Entscheidungen zurück, die geldwert sind, das heißt die im ökonomischen System in dessen Steuerungsmedium Geld transformiert werden. Nur bei politischem Expertentum und freier Repräsentativität kann sich ein solcher Austausch auf einem politischem Markt entwickeln. Jeder Bürger muss die Möglichkeit haben, unabhängig von seiner Gruppenzugehörigkeit frei einen beliebigen Interessenvertreter zu wählen, und eine freie Stimmenwerbung muss institutionalisiert sein. Diese Anforderungen begründen nach diesem Ansatz die Etablierung repräsentativer Demokratien in allen modernen Gesellschaften. Wer hieran rüttelt, handelt sich nach diesem Ansatz eine Störung der Steuerungsdienste generalisierter verallgemeinerter Kommunikationsmedien – in diesem Fall Geld und Macht – ein. Die durch diese Medien gesicherte Fähigkeit zur Bearbeitung der Komplexität moderner Gesellschaften setzt also der Partizipation Grenzen.

Nach dem kommunikationstheoretischen Ansatz ist direkte Partizipation ebenfalls durch die Wirkmächtigkeit der Steuerungsmedien Macht und Geld gefährdet. Der potentiell alle Beteiligten einbeziehende verständigungsorientierte Diskurs ist die Inkarnation des partizipativen Anspruchs. Gefährdet ist er, wenn die Medien strategischen Handelns Macht

und Geld über ihre Systeme der Politik und der Ökonomie hinaus wirken und die partizipative lebensweltlich-diskursive Verständigung überformen, sie kolonisieren. Dies ist etwa der Fall, wenn eine vermachtete Öffentlichkeit Asymmetrien im Diskurs schafft oder ökonomische Interessen mögliche Problemlösungen unberücksichtigt lassen. Die Behinderung von Partizipation durch eine Kolonisierung lebensweltlicher Verständigungsprozesse wird jedoch als historisch offen konzipiert.

Die Tendenz der kapitalistischen Überformung partizipativer Prozesse wird vom Regulationsansatz nicht nur als Möglichkeit, sondern als sicherer Trend begründet. Die neuen partizipativen Arrangements im Postfordismus laufen ins Leere angesichts einer Politik der Deregulierung und einer Ausweitung von Marktimperativen. Die postfordistische Regulationsweise ist also gekennzeichnet durch eine Unterordnung unter das Steuerungsmedium Geld.

Diskursive Reflexion

Nach der Beschreibung unterschiedlicher Erklärungen für die „Gegenspieler“ ist nach den Begründungen für den als Partner identifizierten Trend der diskursiven Reflexion zu fragen. Mit diskursiver Reflexion ist eine Kultur des Zweifels gemeint. Sie muss aufgrund ihres elementaren diskursiven Charakters jeden mit seinen Einwänden einbeziehen und impliziert damit Partizipativität. Welche Begründungen für den Einfluss diskursiver Reflexion lassen sich finden?

Diskursive Reflexion ist zum einen ein direkter Trend in dem Theorieansatz reflexiver Modernisierung. Sie wird als in der zweiten Modernephase notwendig auftretende Bewegung der Wiederaneignung von Kompetenzen und Gestaltungsoptionen begründet. Diskursive Reflexion ist mit analogem Begründungskontext ebenfalls Bestandteil des sozialen Paradigmas im Postfordismus. Sie löst die Orientierung auf das stellvertretende Einbringen der eigenen Interessen und Ansichten durch Großorganisationen in der fordistischen Regulationsweise ab. Wenn auch die Gestaltungskraft der autonomen Beteiligung durch den Charakter der postfordistischen Regulation systematisch begrenzt ist, so weist die tiefe Verankerung dieses sozialen Paradigmas eine Eigendynamik in Richtung Partizipation auf, die zumindest in Konkurrenz mit auftretenden Begrenzungen treten kann. Nach der Theorie kommunikativen Handelns ist diskursive Reflexion sogar der wesentliche Modernetrend, der sich letztendlich aus der Dynamik sprachlicher Verständigungsprozesse ergibt. Die strukturfunktionalistische Erklärung weist diskursive Reflexion als notwendigen Bestandteil eines ausdifferenzierten Funktionssystems aus. Rationaler Diskurs und normativ-kulturelle Konsensbildung sind Bestandteile des sozial-kulturellen Systems.

Alle Ansätze begründen so eine eigenständige Dynamik in Richtung eines partizipativen Diskurses. Dieser Trend steht jedoch im Widerspruch zu den oben angeführten gegenläufigen Entwicklungen. Aus den Blickrichtungen aller Theorieansätze ergibt sich daher ein jeweils insgesamt ambivalentes Bild, jedoch mit unterschiedlichen Gewichtungen. Die pessimistischste Prognose der Chancen auf die Etablierung von Partizipation in der modernen Gesellschaft lässt sich dabei aus dem strukturfunktionalistischen Ansatz ableiten. Nur dort werden beide Gegentrends als unabänderlich begründet.

7.1.2 Kommunarität zwischen Individualisierung, Universalisierung von Normen und posttraditionaler Gemeinschaftsbildung

Unter Kommunarität wird das freiwillige Eingehen gemeinschaftlicher Bindungen, also die posttraditionale Bildung von Gemeinschaften verstanden. Die Beantwortung der Frage nach dem Möglichkeitsraum von Gemeinschaftsbildungen und –bezügen in modernen Gesellschaften gibt Hinweise auf die Chancen für die im Nachhaltigkeitsdiskurs erhobenen Forderungen nach gemeinschaftlicher Nutzung von Gütern. Diese wird einerseits rein ökologisch funktional begründet mit der dadurch erreichbaren Einsparung natürlicher Ressourcen. Dies kann mit Formen flüchtigster Gemeinschaften wie etwa die gemeinsame Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs genauso erreicht werden wie mit der Bildung dauerhafterer und intensiverer Formen gemeinschaftlicher Nutzung wie etwa der Beteiligung an Wohnprojekten. Mit der Dauerhaftigkeit steigt in der Regel auch der Grad der über die rein ökologische Funktionalität hinausreichenden Sinnstiftung. Diese wird auch explizit gefordert: Mehr Gemeinschaftlichkeit spart Ressourcen und ist ein Teil besseren Lebens.

Die Chancen für diese nicht flüchtigen Formen sinnstiftender Gemeinschaftsbildungen in modernen Gesellschaften lassen sich aus den hier befragten Theorien nicht eindeutig ableiten. Die wesentlichen dort festgestellten hemmenden Entwicklungen sind der direkte Gegentrend der Individualisierung sowie die Universalisierung von Normen. Dagegen sind Entwicklungen wie die Steigerung der Optionen mit der eingeschlossenen Möglichkeit posttraditionaler Gemeinschaftsbildung sowie die ubiquitäre Aufwertung von Selbstorganisation in der modernen Gesellschaft als Partnertrend zu werten.

Alle Theorieansätze begründen den Gegentrend der Individualisierung. Die Unterschiede entstehen durch die spezifischen Bewertungen der komplementär zur Individualisierung konzipierten „Partner“ und „Gegenspieler“. Die Theorie des kommunikativen Handelns und der strukturfunktionalistische Ansatz der Interpenetration über Kommunikationsmedien besetzen mit ihren spezifischen Begründungen für die Gefährdung beziehungsweise die Dysfunktionalität posttraditionaler Gemeinschaftsbildungen den skeptischen Pol, wenn auch aus ihrer Sicht sich derartige Entwicklungen nicht ausschließen lassen. Der andere Pol ist besetzt durch den Regulationsansatz, der eine Tendenz zur Aufwertung von Gemeinschaften als Charakteristikum der postfordistischen Formation erkennt. In der Mitte anzusiedeln ist die Theorie reflexiver Modernisierung, die mit ihrer Betonung der Steigerung der Voluntarität moderner Gesellschaften diskursiv legitimierte Gemeinschaften zulässt. Diese Hierarchie basiert auf entsprechenden Gewichtungen des „Gegenspielers“ Universalisierung von Normen sowie des „Partners“ posttraditionale Gemeinschaftsbildung. Die Rangfolge verdeutlicht die Übersicht:

Kommunarität	Gegenspieler		Partner
Erklärung der Moderneentwicklung	Individualisierung	Universalisierung von Normen	Posttraditionale Gemeinschaftsbildung
Kommunikatives Handeln	■ ■ ■ ■ ■ ■ ■	■ ■ ■ ■ ■ ■ ■	■
Strukturfunktionalistische einfache Modernisierung	■ ■ ■ ■ ■ ■ ■	■ ■ ■ ■ ■ ■ ■	■
Reflexive Modernisierung	■ ■ ■ ■ ■ ■ ■	■ ■ ■	■ ■ ■
Regulation kapitalistischer Akkumulation	■ ■ ■ ■ ■ ■ ■	■	■ ■ ■ ■ ■ ■ ■

Übersicht 7.2: Kommunarität zwischen Individualisierung, Universalisierung von Normen und posttraditionaler Gemeinschaftsbildung.

Individualisierung

Welche Erklärungen bieten die Theorieansätze für die übereinstimmende Diagnose des Trends der Individualisierung?

Die strukturfunktionalistische Erklärung begründet die notwendige Herausbildung generalisierter Kommunikationsmedien als Basis für die Funktionalität von Systemen. Geld, Macht, Einfluss und Wertbindungen sorgen für die nötige Kommunikation innerhalb und zwischen Wirtschaft, Politik, gesellschaftlicher Gemeinschaft und sozial-kulturellem System. Ihre dafür notwendige Universalität, ihre Unabhängigkeit von partikularen Bindungen sind ein Sprengsatz für den Zusammenhalt partikularer Gemeinschaften und fördern den Individualisierungsprozeß. Diese Ablösung dauerhafterer gemeinschaftlicher Bindungen auf der Basis einer geteilten Lebenswelt durch universalistische Orientierungen wird in der Theorie des kommunikativen Handelns ebenso festgestellt. Die tiefere Ursache wird jedoch dort in der Modernetendenz einer rationalen Verflüssigung von Normen, die aus der Dynamik sprachlicher Verständigung resultiert, ausgemacht.

Die Theorie reflexiver Modernisierung und der Regulationsansatz betonen mehr die materielle Basis von Entbettungsprozessen. Erst der Massenwohlstand ermöglichte die Herauslösung aus askriptiven Sozialformen. Den Zusammenhang von Individualisierung und Massenwohlstand stellt allerdings ebenfalls die Theorie einfacher Modernisierung heraus. Beide Trends gehören zum Set der sich gegenseitig bedingenden und befruchtenden Entwicklungen der Moderne. Die Regulationstheorie begründet die im Fordismus angelegte und sich im Postfordismus stabilisierende Individualisierung sowohl mit dem sozialen Paradigma dieser neuen Entwicklungsformation als auch seiner materiellen Basis in dessen neuer Regulationsweise. Der durch das Akkumulationsregime des Fordismus bedingte Massenwohlstand schuf die Basis für Entbettungsprozesse. Allerdings konnten sie sich durch die dominierende Orientierung auf kollektive Einfügung in Großorganisationen noch nicht vollends in individualistische Orientierungen umsetzen.

Dies geschieht erst mit der Etablierung des postfordistischen sozialen Paradigmas der Selbstorganisation. Mit der Abkehr von kollektiven Regelungen auf der Ebene der Arbeitsorganisation, der sozialen Sicherung und der politischen Interessenvertretung etabliert sich auch eine Regulationsweise, die der Individualisierung sozusagen eine materielle Basis gibt. Dazu passend ist ein Akkumulationsregime, das eine Diversifizierung des Wohlstandsniveaus induziert, das über die multiplen Spaltungsprozesse ebenfalls Individualisierungsprozesse stützt.

Universalisierung von Normen

Während die Theorie einer unilinearen strukturfunktionalistischen Modernisierung und die des kommunikativen Handelns Individualisierung durch einen ubiquitären Trend der Universalisierung von Normen erklären, wird die Reichweite dieser Tendenz von den beiden anderen Ansätzen geringer angesetzt. Nach der Annahme reflexiver Modernisierung ist parallel die Bildung diskursiv legitimierter Gemeinschaften Kennzeichen der zweiten Phase der Moderne. Universalistische und partikulare Einbindungen sind gleichermaßen möglich, da die reflexive Moderne durch Ausweitung von Optionen charakterisiert ist. Der Regulationsansatz diagnostiziert eine noch stärkere Einschränkung der Dominanz universalistischer Normen. Im Postfordismus wandelt sich gesamtgesellschaftliche Solidarität zu selbstorganisierter. Durch die lokale Selbstorganisation des Sozialen gewinnen partikulare Bezüge zur Familie, zum Betrieb(steil), zur Nachbarschaft, zum Berufsstand an Bedeutung. Die durch die postfordistische Regulationsweise verstärkt notwendige Einbindung in gemeinschaftliche Bezüge auf unterschiedlichsten Ebenen ist nicht zu verwechseln mit der Wiederkehr umfassender askriptiver Gemeinschaftsbindungen. Die Bezüge gehen quer durch die Individuen, sind nicht allumfassend, wechseln im Lebenszyklus und sind - in welchen Grenzen auch immer - wählbar. Die Aufwertung von Gemeinschaftsbezügen im Postfordismus vollzieht sich komplementär zur Individualisierungstendenz. Mit dem Paradigma der Selbstorganisation wird die Tendenz der Universalisierung von Normen jedoch abgeschwächt.

Posttraditionale Gemeinschaften

Während sich so aus dem Regulationsansatz die Bildung posttraditionaler Gemeinschaften als Merkmal postfordistischer Regulation und Paradigmenbildung begründen läßt, ist sie aufgrund des hohen Freiheitsgrads des Handelns nach der Theorie reflexiver Moderne immerhin genauso wahrscheinlich wie unwahrscheinlich. Die anderen hier zu Rate gezogenen theoretischen Erklärungen der Moderneentwicklung hingegen führen explizit oder implizit zu Szenarien, in denen posttraditionale Gemeinschaften unwahrscheinlich, wenn auch nicht unmöglich sein werden.

Nach der Theorie kommunikativen Handelns sind sozialintegrative Akte von Gemeinschaftsbildung durch die Kolonisierung der lebensweltlichen Ressourcen gefährdet. Das Eindringen strategischer Orientierungen nach Macht- und Geldmaximierung stört Verständigungsprozesse, die für Produktion und Reproduktion geteilter Lebenswelten und damit auch für die Bildung posttraditionaler Gemeinschaften notwendig sind. Allerdings ist der Ausgang dieses Konfliktes zwischen Systemintegration über Steuerungsmedien und Sozialintegration über kommunikative Verständigung nach Habermas offen. Das heißt, auch angesichts der ständigen Gefahr einer Kolonisierung der Lebenswelt sind posttraditionale Gemeinschaftsbildungen als Resultat rationalen offenen Diskurses möglich. Komplementäre Gemeinschaftsbezüge ändern jedoch nichts an der Haupttendenz

der Universalisierung von Normen, die sich durch die Dynamik sprachlicher Verständigung fortsetzen wird.

Ein ähnlich kleiner Raum für posttraditionale Gemeinschaften bleibt nach der strukturfunktionalistischen Modernisierungstheorie. Die für die Integration notwendige Funktion der Solidaritätserhaltung in der modernen Gesellschaft wird nach diesem Ansatz über das System der „gesellschaftlichen Gemeinschaft“ gewährleistet. Mit Hilfe des systeminternen Kommunikationsmediums Einfluss sowie Ressourcen aus den anderen Systemen ist so die Generierung von Solidarität in der Moderne möglich. In ihrer unpersönlichen Form kann sie nur mit Hilfe von Macht aus dem politischen System, Argumenten aus dem sozial-kulturellen System und Geld aus dem ökonomischen System entstehen. Die Chancen für eine dergestalt gesamtgesellschaftliche Generierung von Solidarität stehen im Zielkonflikt mit der Reichweite partikularer Bindungen, die in Disharmonie mit universalistischem Engagement für Unbekannte steht. Dieses Nullsummenspiel von Solidaritätsressourcen liegt implizit übrigens auch dem Regulationsansatz zu Grunde, wenn er die postfordistische Regulationsweise unter anderem als Ablösung einheitlicher sozialer Sicherungen zugunsten lokal selbstorganisierter sozialer Zusammenhalte beschreibt. Der strukturfunktionalistische Ansatz begründet also die Wahrscheinlichkeit einer Zurückdrängung partikularer Bindungen mit ihrer Dysfunktionalität für die Solidaritätsgenese innerhalb des Systems der „gesellschaftlichen Gemeinschaft“.

Dennoch ist eine Entwicklung in Richtung eines derartig ausdifferenzierten sozialen Systems der Moderne nicht determiniert, zumindest nach dem voluntaristischen Ansatz einer letztendlich kulturell basierten Herausbildung sich gegenseitig durchdringender Systeme, wie er von Münch vertreten wird. Danach treibt das moderne Wertmuster mit den Komponenten Rationalität, Solidarität, aktive Wertgestaltung und Freiheit die Entwicklung in Richtung einer funktionalen Ausdifferenzierung von gesamtgesellschaftlichen Systemen und ihrer gegenseitigen Durchdringung, einer „Interpenetration“. Nur so können die basalen individualistisch-universalistischen und rationalistisch-aktivistischen Werte speziell des Okzidents realisiert werden. Eine abweichende Entwicklung, etwa mit einer stärkeren Gewichtung von posttraditionalen partikularen Bindungen und Gemeinschaftsbezügen erforderte demnach eine Änderung dieses basalen kulturellen Wertmusters. Dies ist angesichts der voluntaristischen, wertbasierten Fundierung der strukturfunktionalistischen Entwicklung der Moderne prinzipiell möglich. Anzeichen für die Abkehr von diesem Wertefundament sind jedoch nicht in Sicht – so dass eine Aufwertung partikularer Gemeinschaftsbezüge vorerst unwahrscheinlich bleibt.

7.1.3 Egalität zwischen Spaltungen und Wohlfahrtsstaat

Der egalitäre Ansatz fordert eine global gleichverteilte Nutzung von Umweltgütern. Basis für diese Forderung ist die Annahme begrenzter Ressourcen. Dies gilt auch bei Berücksichtigung erfolgreicher Strategien der Erhöhung der Effizienz oder Konsistenz technischer Verfahren zur Nutzung dieser Ressourcen. Folglich wird von einem global begrenzten Möglichkeitsraum der Nutzung von Umweltgütern ausgegangen. Eine – wie auch immer angenäherte – gleichverteilte Nutzung ist dann die einzige Lösung, ohne dauerhafte Ungerechtigkeiten festzuschreiben. Der kantische Imperativ ökologischer Ressourcennutzung lautet: Verbrauche nicht mehr Umwelt, als für jeden Erdenbürger möglich ist. Diese Forderung nach einem universalisierbaren Konsumniveau für jeden

bedeutet eine Entwicklung hin zu mehr materieller Gleichheit. Egalität ist in diesem Sinne zu verstehen.

In der Entwicklung der modernen Gesellschaften sind nach den Diagnosen der verschiedenen Theorieansätze überwiegend Gegentendenzen auszumachen. Spaltungen und Exklusionen entwickeln moderne Gesellschaften antiegalitär. Von einigen Ansätzen wird jedoch stärker der Partnertrend einer Kontinuität wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung begründet beschrieben oder er lässt sich aus ihnen ableiten. Dies ist ein Trend, der zumindest partiell in die Richtung egalitärer Entwicklungen geht und somit als Partner eingeschätzt werden muss. Über den Grad der Egalität ist damit jedoch nichts gesagt. Auch wohlfahrtsstaatliche Gesellschaften wie etwa die Entwicklungsformation des Fordismus können höchst ungleiche Verteilungen aufweisen. Ohne Wohlfahrtsstaat wären die Ungleichheiten jedoch höher – nur in diesem Sinne sind die Chancen für die Fortexistenz des Wohlfahrtsstaates indikativ für die Chancen auf egalitäre Entwicklungen.

Die Rangfolge bezüglich der Einschätzungen der Wahrscheinlichkeit für die „Gegenspieler“ Spaltungen bzw. Exklusionen und den „Partner“ Wohlfahrtsstaat verdeutlicht die Übersicht.

Egalität	Gegenspieler	Partner
Erklärung der Moderneentwicklung	Spaltungen/ Exklusionen	Wohlfahrtsstaat
Regulation kapitalistischer Akkumulation	■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■	■
Reflexive Modernisierung	■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■	■
Kommunikatives Handeln	■ ■ ■	■ ■ ■
Strukturfunktionalistische einfache Modernisierung	■	■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■

Übersicht 7.3: Egalität zwischen Spaltungen und Wohlfahrtsstaat

Welche Gründe für die unterschiedlichen Einschätzungen bezüglich der Spaltungen bzw. des Wohlfahrtsstaats führen die einzelnen Theorieansätze an?

Nach dem Ansatz der strukturfunktionalistischen einfachen Modernisierung wird Solidarität im System der gesellschaftlichen Gemeinschaft erzeugt. Dieser Modus der Solidaritätserzeugung kann als Bollwerk gegen Spaltungen begriffen werden, auch wenn damit kein spezieller Grad an Egalität präjudiziert ist. Zumindest werden nach diesem Theorieansatz Fragen der Verteilung und der Solidarität überhaupt im gesamtgesellschaftlichen Kontext thematisiert. Allein dies verhindert Fragmentierungen, ohne die Spaltungstendenzen schwer vorstellbar sind. Dementsprechend wird der Wohlfahrtsstaat als evolutionäre Universalie qualifiziert. Die Ursachen seiner dauerhaften Existenz in der Moderne bestehen zum einen im vorhandenen Resonanzboden für sozialstaatliche Forderungen: Sie werden im System der gesellschaftlichen Gemeinschaft gehört. Zum anderen können diese Forderungen aufgrund von ökonomischen Kapazitäten

bedient werden. Der Wohlfahrtsstaat ist zudem Bedingung für erfolgreiche Integration moderner Gesellschaften (vgl. ZAPF 94). Sie wird gewährleistet durch die gegenseitige Durchdringung der ausdifferenzierten Subsysteme. Nach dem Parsonsschen strukturfunktionalistischen Ansatz ist diese Integration durch eine Eigendynamik sich selbst stabilisierender Prozesse fundiert. Münch begründet diesen Drang zur Integration, der auch für die Konstanz des Wohlfahrtsstaates verantwortlich gemacht werden kann, dagegen voluntaristisch. Basis für eine ausgewogene Interpenetration der Subsysteme ist das okzidentale Wertmuster.

Nach der Theorie kommunikativen Handelns sind im Diskurs eigentlich egalitäre Implikationen angelegt. Eine Etablierung egalitärer Werte im Diskurs ist jedoch nicht zwingend. Dagegen sprechen die Aussichten auf dauerhafte Wertekonkurrenz sowie die Tendenz der Wertabstraktion. Letztere äußert sich in der Konzentration von Konsensen auf Verfahrensregeln zuungunsten substantieller Normen, wie sie etwa egalitäre Verteilungen darstellen.

Neben diesen geminderten Chancen auf die Durchsetzung egalitärer Werte im Diskurs wirken Störungen des Diskurses überhaupt. Dazu zählt die Kolonisierung lebensweltlich-diskursiver Verständigung durch das Eindringen von systemischen Medien wie Geld und Macht, die Verständigung behindern. Dieses Eindringen ist jedoch nicht automatisch in Gang gesetzt mit der Ausdifferenzierung der mediengesteuerten Sphären der Wirtschaft und der Politik. Die Mobilisierung lebensweltlicher Ressourcen zur Abwehr einer Grenzüberschreitung von Systemimperativen ist nach diesem Theorieansatz historisch offen. In der Ausdifferenzierung einer geldgesteuerten Ökonomie liegt also kein prinzipielles Hindernis für mehr Egalität. Eine weitere Störung diskursiver Verständigung besteht in der Trägheit von Sinnzirkeln, die für thematische Exklusion sorgen. Die Forderung globaler Gleichverteilung implizierte eine basale Änderung des herrschenden Wertgerüsts, die zumindest während strukturzentrierter Phasen mit konstanten Deutungskonfigurationen nicht zu erwarten ist. Erst in Krisenphasen verflüssigt sich der Diskurs, so dass derartige egalitäre Vorstellungen chancenreicher diskutiert werden können.

Noch weniger Chancen haben egalitäre Veränderungen nach dem Ansatz reflexiver Modernisierung. Soziale Ungleichheit wird in der reflexiven Moderne dadurch verschärft, dass sie individualisiert wird. Chancen auf die Durchsetzung egalitärer Ansprüche bestehen allerhöchstens vage über den Mechanismus der Empathieerhöhung, die als ein Ergebnis bewusster Reflexion in der Moderne konstatiert wird. Mitfühlen reicht jedoch allenfalls zur Linderung absoluter Armut und damit zum Ziehen einer Grenze gegen Exklusionsprozesse. Egalitäre Konsequenzen lassen sich daraus nicht ableiten. Der Wohlfahrtsstaat allerdings wird nach diesem Theorieansatz auf so hohem Niveau bestehen bleiben müssen, dass der die zweite Moderne wesentlich kennzeichnende Prozeß der Individualisierung nicht gefährdet ist. Zur Stützung und Kontinuierung des Trends der Herauslösung aus askriptiven Sozialformen ist ein Mindestmaß an sozialer Sicherung unabhängig von Absicherungen über partikulare Zugehörigkeiten notwendig.

Der Regulationsansatz gibt egalitären Entwicklungen die geringsten Chancen. Merkmal der postfordistischen Entwicklungsformation ist ein Rückgang gesamtgesellschaftlicher Regelungen zugunsten partikularer Übereinkünfte. Diese Regulationsweise treibt zusammen mit dem sozialen Paradigma der Selbstorganisation Spaltungsprozesse voran. Dazu passend ist ein Akkumulationsregime im Entstehen, das die Verwertung des Kapitals durch segregierte Konsumsphären sichert. Der relativ einheitliche Massenkonsum des Fordismus spaltet sich analog zur Entwicklung der Einkommen und Vermögen in einen Markt für hochwertige Waren und einen für billige Massenartikel. Eine untere Grenze an Wohlfahrtsstaatlichkeit und somit an Ungleichheit darf indes auch nach dem

Regulationsansatz nicht unterschritten werden, um die Kapitalakkumulation nicht zu gefährden. Diese benötigt zu ihrer Stabilität ein gewisses Quantum an Massenkaufkraft und Massenmotivation.

7.1.4 Suffizienz zwischen Wirtschaftswachstum, Massenkonsum und Selbstbegrenzungsdiskurs

Die Chancen auf Suffizienz als Rückgang von Konsumtionen jeglicher Natur stehen nach den hier herangezogenen Erklärungsansätzen der Entwicklung moderner Gesellschaften schlecht. Die wesentlichen entgegenwirkenden Entwicklungen Wirtschaftswachstum und Massenkonsum lassen sich als weitgehend stabil begründen. Der potentiellen Partnerentwicklung einer gesteigerten Reflexion, die in Suffizienz münden kann, werden hingegen Grenzen aufgewiesen.

Nach dem Ansatz einfacher strukturfunktionalistischer Modernisierung sowie dem Regulationsansatz ist in jedem Fall mit einer Fortführung von Wirtschaftswachstum und Massenkonsum zu rechnen. Auch die Reflexionskapazität einer zweiten Moderne beziehungsweise eines kommunikativen Handelns weist der Möglichkeit eines Diskurses der Selbstbegrenzung einen engen Spielraum zu. Entweder wird er als lediglich komplementäre Entwicklung relativ harmlos konzipiert oder die Herausbildung von Normen der Suffizienz wird durch Kolonisierung und Sinnzirkel als unwahrscheinlich begründet. Die Übersicht zeigt die Zuweisungen von Realisationschancen für den „Partner“ Selbstbegrenzungsdiskurs und die „Gegenspieler“ Wirtschaftswachstum und Massenkonsum durch die einzelnen Ansätze.

Suffizienz	Gegenspieler	Partner
Erklärung der Moderneentwicklung	Wirtschaftswachstum Massenkonsum	Selbstbegrenzungsdiskurs
Strukturfunktionalistische einfache Modernisierung	■ ■ ■ ■ ■ ■	
Regulation kapitalistischer Akkumulation	■ ■ ■ ■ ■ ■	
Kommunikatives Handeln	■ ■ ■	■ ■ ■
Reflexive Modernisierung	■ ■ ■	■ ■ ■

Übersicht 7.4: Suffizienz zwischen Wirtschaftswachstum, Massenkonsum trotz Selbst-begrenzungsdiskurs.

Welche Gründe werden für die Kontinuität von Wirtschaftswachstum und Massenkonsum angeführt?

Nach der Theorie der einfachen strukturfunktionalistischen Modernisierung ist Massenkonsum eine evolutionäre Universalie. Massenkonsum folgt aus der Tendenz der

Verallgemeinerung von kulturellen Normen und von Rechten. Dadurch vollzieht sich die Reproduktion individueller Konsumpräferenzen als Basis von Massenkonsum. Eine Universalisierung von Rechten sorgt für die Durchsetzung dieser kulturell generierten Ansprüche. Massenkonsum als ein Aspekt wirtschaftlicher Entwicklung steht in gegenseitiger Abhängigkeit zu anderen zentralen Prozessen der Moderne, wie etwa Urbanisierung, Demokratisierung, sozialer Mobilität oder Individualisierung. Diese Entwicklungsdimensionen bedingen und befruchten sich gegenseitig. So beflügelt etwa die mit der Demokratisierung verbundene Erhöhung politischer Konkurrenz die konsumtiven Ansprüche der Bürger, die dann für weitere Konkurrenzen sorgen. Oder die Individualisierung generiert immer neue konsumtive Bedürfnisse, durch deren Realisation sich weitere Individualisierungsschübe vollziehen.

Nach dem Regulationsansatz lässt sich die Kontinuität von Massenkonsum und Wirtschaftswachstum mit der Notwendigkeit, ein stabiles Akkumulationsregime zu etablieren, begründen. Dessen originäre Aufgabe ist die Sicherstellung von Wirtschaftswachstum. Ein neues Akkumulationsregime löst ein altes unter anderem deswegen dann ab, wenn es dazu nicht mehr in der Lage ist. Dementsprechend kann die Geschichte kapitalistischer Formationen auch als Geschichte der „Landnahme“, als Prozess der Durchkapitalisierung sowohl von Reproduktionssphären als auch bisher nicht-kapitalistischen Regionen des Globus nachvollzogen werden. In der postfordistischen Formation löst sich der fordistische Massenkonsum nicht in suffizientem Postmaterialismus auf, sondern er transformiert sich analog zu den gesellschaftlichen Spaltungsprozessen in segregierte Konsumsphären. Der Markt für billige Massengüter wächst ebenso wie derjenige für hochwertige Waren. Suffizienz ist nach dem Regulationsansatz allerhöchstens außerkapitalistisch möglich.

Im Unterschied zu diesen Erklärungen, die für Suffizienz kaum Anschlüsse bereit halten, lässt der kommunikationstheoretische Ansatz etwas mehr Spielraum. Der Diskurs als gesellschaftliche Steuerungsinstanz erlaubt immerhin grundsätzlich eine Durchsetzung von Normen der Suffizienz, die den Traum des immerwährenden Wachstums (vgl. LUTZ 84) rational beenden. Die Durchsetzung des spezifischen Wertes der Suffizienz ist jedoch auf Grund von Tendenzen des Wertepluralismus und der Werteabstraktion unwahrscheinlich. Dies gilt gleichermaßen für die Chancen massenhafter individueller Suffizienz als ästhetischer Ausdruck guten Lebens sowie für solidarisch motivierte Suffizienz als Einsicht in die Verzichtsnötigkeit einer egalitären Ethik. Beide konkurrieren mit einer Vielzahl anderer Werte. Jegliche möglichen Ergebnisse lebensweltlicher Verständigung sind zudem Tendenzen der Kolonisierung durch das Eindringen strategischer, an der Optimierung von Geld und Macht ausgerichteter Handlungsmaximen ausgesetzt. Weiterhin ist nach der Analyse eines diskontinuierlichen Diskurses der herrschende Sinnzirkel nur in außergewöhnlichen, anomischen Krisenphasen zu durchbrechen. Trotz dieser Einschränkungen ist die diskursive Etablierung von Suffizienznormen nach dem Ansatz kommunikativen Handelns jedoch prinzipiell möglich.

Ähnlich unentschieden gestalten sich die Chancen auf Suffizienz nach der Diagnose reflexiver Modernisierung. Die zweite, reflexive Phase der Moderne ist charakterisiert durch die Koexistenz von reflexiver Selbstbegrenzung und Weiterführung der ersten Moderne. Es findet einerseits eine Politisierung des Privaten statt mit der möglichen Folge bewusster Suffizienz als privat-politische Antwort auf die Evidenz der Nebenfolgen der industriegesellschaftlichen ersten Moderne. Andererseits ist weiterhin die Macht kolonisierender konsumistischer Prägungen des Lebensstiles zu konstatieren. Wie weit die ökologische Frage dabei Selbstverständlichkeiten der ersten Moderne verdrängen kann, bleibt offen.

7.1.5 Konsensualität versus ökonomische, politische und ideologische Konkurrenz

Der partizipative Anspruch im Nachhaltigkeitsdiskurs wird in der Regel verbunden mit der Forderung nach konsensualen Lösungen. Die Zielstellung, solange zu verhandeln, bis alle Beteiligten zustimmen können, entspringt dem aufklärerisch basisdemokratischen Ideal eines permanenten Versammlungsdiskurses. Es steht im Widerspruch zu repräsentativen Politikformen. Analog zur Begutachtung der Anschlussfähigkeit von Partizipation stellt sich die Frage nach den möglichen Reichweiten von Konsensen in der modernen Gesellschaft. Im Nachhaltigkeitsdiskurs wird Konsensualität ja bei der Findung grundlegender sozialer, ökonomischer und ökologischer Normen eingefordert und somit von einer großen Tiefe möglicher Übereinstimmung ausgegangen.

In den Erklärungen der Entwicklung moderner Gesellschaften finden sich dafür jedoch im wesentlichen Hindernisse. Die Gegentrends bestehen in ökonomischen, politischen und ideologischen Konkurrenzen und Fragmentierungen, die von allen Theorieansätzen begründet werden, wenn auch die Härte der gegen Konsens gerichteten Entwicklungen unterschiedlich beurteilt wird. So ist etwa die Kontinuität der Fragmentierung der Alltagswelt nicht zwingend. Oder neben Hegemoniekämpfen ist eine Regulationsweise durch relativen gesellschaftlichen Konsens charakterisiert. In jedem Fall sind die durch Konkurrenzen und Fragmentierungen gespeisten Konflikte nicht oder nur schwer durch Diskurs zu überwinden. Vielmehr ist diskursive Reflexion, die als Partner für Partizipation qualifiziert werden kann, eine Ursache für ideologische Fragmentierungen und damit dem Konsensziel hinderlich. Ein übergreifender Partnertrend kann nicht benannt werden, wie die Übersicht zeigt:

Konsensualität	Gegenspieler	
	Ökonomische und politische Konkurrenz	Ideologische Konkurrenz
Strukturfunktionalistische einfache Modernisierung	■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■	■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■
Reflexive Modernisierung	■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■	■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■
Kommunikatives Handeln	■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■	■ ■ ■
Regulation kapitalistischer Akkumulation	■ ■ ■	■ ■ ■

Übersicht 7.5: Konsensualität versus ökonomische, politische und ideologische Konkurrenz

Ideologische Dissense

Nach dem Ansatz der reflexiven Moderne bürgt diskursive Reflexion für dauerhafte ideologische Differenzen. Sie entstehen zum einen aus der Radikalisierung der Reflexion. Zu den ideologisch-ethischen Auseinandersetzungen gehören aber auch Konfrontationen mit traditionellen Orientierungen aus der ersten Moderne, die mit reflexiven Orientierungen koexistieren und einen „Kampf der zwei Modernen“ (BECK) begründen.

Auch die strukturfunktionalistische Erklärung der modernen Gesellschaft begründet systematische Dissenserzeugung durch diskursive Reflexion. Die notwendige Funktion rationaler Diskurse als Bestandteil des sozial-kulturellen Systems ist die Problematisierung des bisher Unproblematisierten. Damit werden Störungen der Kommunikation immer wieder erzeugt, die Konsens unwahrscheinlich werden lassen.

Nach der Habermasschen Diskurstheorie kann mit einem tiefgehenden substantiellen Konsens deshalb nicht gerechnet werden, weil der Diskurs eine Tendenz der Abstraktion von Normen zeitigt. Übereinstimmungen reduzieren sich demnach in der Moderne auf Verfahrensfragen und Grundrechtsakzeptanzen. Zudem ist eine Fragmentierung des Alltagsbewusstseins durch den Prozess der Kolonisierung lebensweltlicher Verständigung zu berücksichtigen. Der eine verständigungsorientierte Kommunikation störende Einfluss der systemischen Steuerungsmedien Geld und Macht verhindert Gesamtdeutungen aus Lebensweltperspektive, macht Interpretationsleistungen auf dem Integrationsniveau von Ideologien unmöglich. An die Stelle lebensweltlicher Deutungen treten Expertendiskurse. Hier ist der gesellschaftliche Ort möglichen diskursiven Konsenses. Dieser ist dann allerdings nicht auf partizipativer Basis generiert. Eine Chance für einen partizipativ-lebensweltlich generierten ideologischen Konsens gibt es nach diesem Erklärungsansatz nur bei der – historisch offenen - Zurückdrängung der Kolonisierungstendenz.

Eine etablierte Regulationsweise ist zwar durch ein gewisses Maß an Konsensualität, durch die Hegemonie eines sozialen Paradigmas gekennzeichnet. Es wird aber immer wieder hegemoniale Kämpfe um neue Regulationsweisen geben. Außerdem ist mit Auseinandersetzungen innerhalb einer „gefundenen“ Regulationsweise zwecks dessen Optimierung zu rechnen, die immer auch auf ideologischen Dissensen basieren.

Politische und ökonomische Dissense

Neben diesen Aussichten auf ideologische Diskrepanzen sind nach allen hier untersuchten Theorieansätzen ökonomische und politische Konkurrenzen und Fragmentierungen zu erwarten. Wie wird ihre Existenz in der modernen Gesellschaft begründet? In welcher Weise behindern sie die Möglichkeit konsensualer Lösungen?

Nach dem strukturfunktionalistischen Ansatz ist die Mehrheitsregel notwendig für das Funktionieren des politischen Marktes, der als Zone der Verbindung der ausdifferenzierten Subsysteme Politik und Ökonomie fungiert und ökonomische Interessen mit politischer Machtverteilung abstimmt. Politische Entscheidungen werden so geöffnet und angepasst an wechselnde Interessen- und Machtkonstellationen. Die Verknüpfung von Markt- und Entscheidungsstruktur ergibt einen Zwang zum Umsetzen von Präferenzen in Mehrheitsentscheide. Eine dergestaltete Entscheidung von Interessenkonflikten ist ein Erfordernis der Integration des sozialen Systems Gesellschaft. Den Einfluss der Steuerungsmedien Geld und Macht konzipiert auch die Theorie des kommunikativen Handelns. Nach ihr sind ökonomische und politische Konsense nicht zu erwarten, da diese Sphären durch die konkurrentiellen Medien Geld und Macht gesteuert werden, für die konsensuale Verständigung eine sinnlose und irrelevante Kategorie darstellt.

Nach der Theorie reflexiver Modernisierung entstehen politische Frontstellungen aus ideologisch-ethischen Differenzen als Ausdruck einer Radikalisierung der Reflexion. In diesem Zusammenhang ist auch die Diversifizierung von Lebenswelten als Ursache für die Wahrscheinlichkeit politischen Dissenses anzuführen. Möglich wird dies durch Entbettungsprozesse, also die erfolgreiche Durchsetzung der ersten Moderne.

Eine „gefundene“ neue Regulationsweise stellt einerseits eine Überwindung grundlegender politischer Konkurrenzen dar. Dennoch sind nach dem Regulationsansatz systematische Quellen von politischen Kämpfen zu erwarten. Erstens bleibt die aktuelle Regulationsweise nicht ständig stabil. Es wird also immer wieder politisch-ökonomische Kämpfe um neue Regulationsweisen geben. Zweitens kann eine Regulationsweise als Phase lediglich relativer Kohärenz betrachtet werden. Auch innerhalb einer relativ stabilen Regulationsweise gibt es jedoch einen ständigen konfliktuellen Umbau von Institutionen, der sich aus der Widersprüchlichkeit der rahmensetzenden sozialen Formen kapitalistischer Vergesellschaftung und der Dynamik der Kapitalakkumulation ergibt.

Neben diesen, dem allgemeinen Charakter jeder Regulationsweise zuzuschreibenden Konflikten ist mit spezifischen Fragmentierungen im Postfordismus zu rechnen. Diese aktuelle Formation kapitalistischer Entwicklung ist durch eine Zunahme ökonomischer, sozialer und territorialer Spaltungen charakterisiert, die trotz ihrer hegemonialen Akzeptanz ein Herd von Spannungen sein werden. Durch territoriale Spaltungen erhalten lokale Zusammenhänge stärkere Bedeutung. Konsense sind auf gesamtgesellschaftlicher Ebene nicht zu erwarten, werden jedoch innerhalb der Reichweiten lokaler Kontexte wahrscheinlicher.

7.1.6 Regionalisierung versus ökonomische Globalisierung

Die raumstrukturelle Nachhaltigkeitsstrategie zielt auf eine Regionalisierung von Produktionsketten und Stoffströmen. Dies darf nicht verwechselt werden mit Tendenzen einer politischen und ökonomischen Aufwertung von Regionen, die vor allem zum Zwecke der Positionierung auf einem globalen Markt vollzogen werden. Der Gegentrend zur Regionalisierung von Stoffströmen ist schlicht die globale Ausdehnung von Märkten, die ökonomische Globalisierung.

Regionalisierung	Gegenspieler
Erklärung der Moderne-entwicklung	Ökonomische Globalisierung
Strukturfunktionalistische einfache Modernisierung	■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■
Reflexive Modernisierung	■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■
Kommunikatives Handeln	■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■
Regulation kapitalistischer Akkumulation	■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■

Übersicht 7.6: Regionalisierung versus ökonomische Globalisierung

Welche Gründe führen die einzelnen Moderneerklärungen dafür an?

Nach der strukturfunktionalistischen Erklärung stehen zum einen ökonomische Entgrenzung und die Ablösung partikularer, gemeinschaftlich orientierter Sozialformen in einem wechselseitig befruchtenden Verhältnis. Eine Triebkraft für Globalisierung ist somit die Herausbildung generalisierter Kommunikationsmedien. Derselbe interdependente Zusammenhang zwischen der Zurückdrängung askriptiver Sozialformen und ökonomischer Entgrenzung findet sich bei dem Ansatz reflexiver Modernisierung. Der Entbettungsprozess wird dort dann als Nebenfolge von erfolgreicher Industrialisierung, Rationalisierung und wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung im Zuge der ersten Moderne erklärt. Der Markt bzw. das Geld fungiert dabei als Herauslösungsmedium.

Die Theorie kommunikativen Handelns verweist ebenfalls auf die Rolle der generalisierten Kommunikationsmedien. Geld als entsprachlichtes Medium steuert das aus dem Verständigungskontext der Lebenswelt ausdifferenzierte System der Wirtschaft. Ökonomische Globalisierung als durch das Geldmedium gesteuerter Prozess ist nach dieser Perspektive lebensweltlichen Diskursen entzogen. Dies gilt auch für Rahmensetzungen, solange ökonomische Eigendynamiken kolonisierend auf lebensweltliche Verständigungsprozesse wirken.

Die postfordistische Formation ist durch eine politische und ökonomische Aufwertung von Regionen zum Zwecke der Steigerung ihrer Konkurrenzfähigkeit gekennzeichnet. Dies ist die Folge eines Bedeutungsverlustes nationalstaatlicher Regelungen angesichts der ökonomischen Globalisierung. Sie wird regulationstheoretisch als politisch gewollter Ausweg aus der Akkumulationskrise des Fordismus verstanden. Der zur Globalisierung komplementäre regionale Schulterschluss hat jedoch nur marginal etwas mit einer Regionalisierung von Produktionskreisläufen zu tun. Er erfolgt im wesentlichen zur Positionierung auf dem Weltmarkt.

Alle Theorien begründen so ökonomische Entgrenzung bzw. Globalisierung als Trend der Moderne. Er setzt sich durch, sobald es betriebswirtschaftlich lohnend wird. Erst die Einführung bestimmter Transport- und Kommunikationstechniken lassen die Überwindung von Raumdistanzen ökonomisch interessant werden. Die Technikentwicklung kann also als Randbedingung bzw. als weitere Ursache betrachtet werden. Nach der Theorie des kommunikativen Handelns sowie dem Regulationsansatz sind jedoch begrenzende Rahmensetzungen zumindest denkbar.

Eine diskursive Rahmensetzung der systemisch integrierten Wirtschaftssphäre ist möglich, sofern Kolonisierungstendenzen abgewehrt werden können. Das heißt, es kann prinzipiell verhindert werden, dass betriebswirtschaftliche Imperative lebensweltliche Diskurse über die Rahmung der Wirtschaftssphäre überformen. Die Strategie einer Reregionalisierung von Produktionskreisläufen, etwa über die Besteuerung von Transporten ist ein Beispiel für eine derartige Rahmung. Die Feststellung dieser generellen Option sagt indes noch nichts über ihre Chancen aus. Die Begrenzung kurzfristiger ökonomischer Effizienz zum Zwecke der Schonung von Ressourcen konkurriert mit anderen Werten moderner Gesellschaften.

Eine Reregionalisierung im Sinne einer Begrenzung von Stoff- und Handelskreisläufen ist auch nach dem Regulationsansatz prinzipiell im Kapitalismus möglich. Dies würde die Findung eines neuen Akkumulationsregime erfordern, welches die Kapitalverwertung auch unter derartigen Begrenzungen sichert.

7.2 Anschlussfähigkeiten: Von Unmöglichkeit bis Ambivalenz

Nach dieser Rundschau über die gesellschaftstheoretisch fundierten Diagnosen von Makrotrends, die als Partner oder Gegenspieler wirken, können nun die Nachhaltigkeitsansätze nach ihrer Anschlussfähigkeit an moderne Gesellschaften in drei Gruppen eingeteilt werden. Die erste Kategorie besteht aus Forderungen, für die nach den hier zu Rate gezogenen theoretischen Erklärungen keine absehbaren Anschlüsse in der Moderne zu rechtfertigen sind. Zu ihnen gehören das Ansinnen nach Konsensualität und das nach einer Regionalisierung der Produktion. Kein theoretischer Ansatz kann dafür einen Partnertrend plausibel machen. Demgegenüber lassen sich von allen Theorien die gegenläufigen Entwicklungen der multiplen Konkurrenzen bzw. der ökonomischen Globalisierung spezifisch begründen, wenn auch mit geringen Differenzierungen in der Einschätzung ihrer Härte.

Für die zweite Gruppe kann die fehlende Anschlussfähigkeit geringfügig relativiert werden. Den Forderungen nach Suffizienz stehen ebenfalls theorieübereinstimmend Wirtschaftswachstum und Massenkonsum als Trends gegenüber. Von einem Teil der Theorieansätze lassen sich jedoch zumindest Chancen für die Partnerentwicklung

Nachhaltigkeitsansatz	Gegentrend	Partnertrend
<i>Kein Anschluss</i>		
Konsensualität	Ökonomische, politische und ideologische Konkurrenzen	
Regionalisierung	Ökonomische Globalisierung	
<i>Geringe Anschlussoption</i>		
Egalität	Spaltungen, Exklusionen	(Wohlfahrtsstaat)
Suffizienz	Wirtschaftswachstum Massenkonsum	(Selbstbegrenzungsdiskurs)
<i>Ambivalente Anschlussoption</i>		
Kommunarität	Individualisierung Universalisierung von Normen	(Posttraditionale Gemeinschaftsbildung)
Partizipation	Expertenstrukturen Systemische Medien	Diskursive Reflexion

Übersicht 7.7: Hierarchie der Anschlussoptionen. In Klammern gesetzte Entwicklungen lassen sich nur von einem Teil der Theorien begründen. Das heißt, vom anderen Teil werden sie als nicht vorhandener oder unbedeutender Trend eingeschätzt.

Selbstbegrenzungsdiskurs ableiten. Egalität hat mit Spaltungen und Exklusionen zu kämpfen. Der Partner Wohlfahrtsstaat kann diesen Trend ein wenig abmildern. Der Ansatz einfacher strukturfunktionalistischer Modernisierung weicht von dieser Prognose allerdings deutlich ab: Nach ihm wird es keine Spaltungen geben. Allerdings darf daraus keine starker Trend in Richtung Egalität abgeleitet werden. Der Wohlfahrtsstaat ist dafür nur ein schwacher Partner.

Die letzte Gruppe hat einen entschiedeneren ambivalenten Charakter. Nach allen Theorien können neben den Gegentrends auch Partner begründet werden, wenn auch zumindest bei der Frage nach Kommunarität recht unterschiedlich gewichtet. Entgegen wirken Individualisierung und die Universalisierung von Normen, stützend eine komplementäre postraditionale Gemeinschaftsbildung. Partizipation hat gegen unpersönliche Expertenstrukturen und die Herrschaft der systemischen Medien Geld und Macht zu kämpfen, wird aber gefördert durch diskursive Reflexion, die sich theorieübergreifend ohne Abstriche begründen lässt.

Die Anschlussfähigkeiten der unterschiedenen Nachhaltigkeitsansätze an moderne Gesellschaften bewegen sich so zwischen den Polen der Unmöglichkeit und der Ambivalenz. Für alle nicht-technischen Nachhaltigkeitsstrategien lassen sich aus unterschiedlichen theoretischen Blickwinkeln Gegentrends begründen. Die unterschiedlich stark theoretisch bewehrten Partnerentwicklungen beleuchten jedoch einen gesellschaftlichen Möglichkeitsraum, in dem Partizipativität und Kommunarität ihren Platz finden können – wie groß auch immer er sein mag. Dies gilt in eingeschränkter Form auch für Suffizienz und Egalität.

Das insgesamt deutlich höhere Gewicht von Barrieren bestätigt nach Maßgabe der hier einbezogenen Gesellschaftstheorien hingegen die Hauptthese dieser Untersuchung:

Moderne Gesellschaften prägende Entwicklungen sind eher hinderlich bei der Verwirklichung von nicht-technischen Nachhaltigkeitsansätzen.

Die Begründung der Dominanz von Gegenspielern bezieht sich auf die Entwicklungen, die von verschiedener theoretischer Seite hier als prägend charakterisiert wurden. Alle hier befragten Moderneerklärungen bergen aber immer auch ein voluntaristisches Element offener Gesellschaftsgestaltung in sich. Die angeführten Partnerrends für die Nachhaltigkeitsansätze mit geringen oder ambivalenten Anschlussoptionen, denen nach der aktuellen Moderneentwicklung nur geringe Chancen zugesprochen werden, können also prinzipiell auch dominant werden. Allerdings würde dies grundlegende Richtungsänderungen erfordern.

7.3 Ausweg Technik?

Wenn die Verwirklichungschancen nicht-technischer Nachhaltigkeitsansätze so theoretisch mit guten Gründen als nicht gegeben, gering, höchstens aber als ambivalent zu werten sind, bleibt die Frage nach den Chancen für die technischen Ansätze. Möglicherweise muss der Weg zu mehr Nachhaltigkeit in modernen Gesellschaften hauptsächlich über die technischen Ansätze führen. Deren Anschlussfähigkeit wäre jedoch ebenfalls vor dem Hintergrund der theoretischen Erklärungen zu prüfen. Technische Entwicklungen sind ja keine naturgesetzlichen Bewegungen, sondern hängen vom gesellschaftlichen Kontext ab. Auch sie haben mit Partner- und Gegentrends zu rechnen. Die Barrierenthese dieser

Untersuchung bezieht sich auf die nicht-technischen Ansätze und weist damit implizit den technischen Ansätzen höhere Anschlussfähigkeiten zu. Die Vermutung ist:

Moderne Gesellschaften prägende Entwicklungen fördern technische Nachhaltigkeitsansätze eher als nicht-technische.

Wenn analog zu den nicht-technischen Ansätzen wiederum die unterschiedlichen Gesellschaftstheorien auf ihre Beurteilung der Anschlussfähigkeit des technischen Nachhaltigkeitsansatzes befragt werden, ergeben sich für diesen in erster Näherung mehr Anschlüsse. Als Partner ist die durch ökonomische Konkurrenz forcierte Innovativität moderner Gesellschaft auszumachen, die unter anderem systematisch technische Neuerungen hervorbringt. Allerdings ist ein Gegentrend der Richtungslosigkeit technischer Entwicklungen in der Moderne zu konzедieren. Die Innovationen verlaufen nicht automatisch in Richtung der technischen Nachhaltigkeitsansätze Effizienz und Konsistenz. Diese im Rahmen dieser Untersuchung nicht ausführlicher begründeten³ Prognosen sollen kurz angerissen werden.

Der Partner Konkurrenzsteigerung lässt sich mit allen Modernisierungskonzeptionen begründen. Nach dem Strukturfunktionalismus sowie dem Ansatz kommunikativen Handelns sind Innovationen zu erwarten auf Grund des generell konkurrentiellen Charakters des mit dem Geldmedium gesteuerten ökonomischen Systems. Der Ansatz reflexiver Modernisierung begründet verstärkte globale Konkurrenz durch den Entbettungstrend. Auch danach ist mit einem erhöhten Innovationsdruck zu rechnen. Der Regulationsansatz lässt ebenfalls verschärfte Innovation durch Konkurrenz als plausibel erscheinen. Das Akkumulationsregime kann zwar bis zu einem gewissen Grad durch weitere Durchkapitalisierung von Lebensbereichen, durch innere und äußere Landnahmen Konkurrenz entschärfen. Mit dem Fortgang dieser Prozesse und dem immer weniger werdenden nicht-kapitalisierten Rest der Welt werden aber schnelle Produktzyklen mit ständigen Innovationen immer wichtiger zur Sicherung von Kapitalakkumulation, ob mit oder ohne *schumpetarian workfare state*. Er ist letztlich nur ein Ausdruck globalen Innovationsdrucks.⁴

Um Produktinnovationen braucht sich also nach diesen Theorieansätzen niemand Sorgen zu machen. Etwas unterschiedlicher hingegen lassen sich die Chancen auf eine Lenkung der Innovationen in eine bestimmte technische Richtung abschätzen. Die strukturfunktionalistische einfache Modernisierungstheorie „ist“ hier am optimistischsten. Bei gelungener Durchdringung der Systeme ist eine politische Rahmung des Marktes genauso möglich wie eine normative Beeinflussung von Politik durch Austausch mit dem sozio-kulturellen System. Dann kann etwa der Prozess marktlicher Konkurrenz so mit Leitplanken versehen werden, dass die innovativen Anstrengungen der Wirtschaftssubjekte zwangsweise mehr Effizienz und Konsistenz hervorbringen.⁵ Welche institutionellen

³ mit Ausnahme des Regulationsansatzes (vgl. Kap. 6.9)

⁴ Das heißt nicht, das seine Existenz etwa aus dem Akkumulationsregime abgeleitet werden kann: Der Regulationsansatz setzt sich vom Basis-Überbau-Schema ab (vgl. Kap. 6).

⁵ Dieser dergestalt theoretisch ableitbare Optimismus spiegelt sich in Einschätzungen zur prinzipiellen Gestaltbarkeit der Moderne inklusive des Nachhaltigkeitsproblems von Vertretern der Theorie einfacher Modernisierung. Wolfgang Zapf etwa hält frühere oder spätere Lösungen auch der ökologischen Frage in modernen Gesellschaften für sicher: „Wie [Hervorhebung U.S.] die OECD-Gesellschaften ihre neuen Probleme der ökologischen Belastung, der Anpassung der Erwerbsstruktur, der sozialen Integration usw. lösen werden, dafür gibt es nur Versuch und Irrtum, von Reform und Innovation“ (ZAPF 96: 67).

Technischer Ansatz: Effizienz und Konsistenz	Gegenspieler	Partner
Erklärung der Moderne- entwicklung	Richtungslosigkeit	Innovationen durch Konkurrenzsteigerung
Regulation kapitalistischer Akkumulation	■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■	■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■
Kommunikatives Handeln	■ ■ ■	■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■
Reflexive Modernisierung	■ ■ ■	■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■
Strukturfunktionalistische einfache Modernisierung	■	■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■

Übersicht 7.8: Effizienz und Suffizienz zwischen Innovativität und Richtungslosigkeit

Arrangements, welche umweltpolitischen Steuerungsinstrumente sich dafür am besten eignen, kann nach diesem Ansatz aber nur inkrementell-evolutionär ermittelt werden.

Nach der Theorie kommunikativen Handelns ist diskursiv basierte Rahmung und damit ebenfalls eine Richtungs Vorgabe des geldmediumgesteuerten Systems der Ökonomie möglich (vgl. Kap. 5). Allerdings müssen die Erfolgsaussichten prekärer eingeschätzt werden aufgrund der möglichen Kolonisierung der Lebenswelt. Eine Ambivalenz muss auch für den Ansatz reflexiver Moderne konstatiert werden. Einerseits behauptet er reflexionsbasierte politische Kapazitäten zur Steuerung der Ökonomie, andererseits ist auf Grund der Radikalisierung der Reflexion mit dauerhaften pluralen kognitiven Konstellationen, mit Expertenstreits in der reflexiven Moderne zu rechnen. Eine Richtungs Vorgabe erscheint demnach wahrscheinlich und unwahrscheinlich zugleich.

Eine Steuerung der technologischen Entwicklungsrichtung im Postfordismus ist nicht zu erwarten. Erstens wird diese Phase durch die Wiederkehr des eingegrenzten Staates wirtschaftsliberal-produktivistisch strukturiert sein. Zweitens lässt die Zunahme sozialer Ungleichverteilung in dieser neuen kapitalistischen Entwicklungsformation die Chancen auf Akzeptanz ökonomischer Instrumente zur Richtungsbeeinflussung technologischer Entwicklungen sinken.⁶

Nach diesem Überflug über die Erklärungsansätze sind die Chancen für die Realisation einer spezifischen Richtung von Produktinnovationen, die mit dem technischen Nachhaltigkeitsansatz in Richtung Effizienz und Konsistenz gehen sollen, nach den meisten Theorien zumindest vorhanden. Auch nach dem Regulationsansatz ist dies nicht

⁶ Aus diesen Gründen sind die Hoffnungen von Lipietz und anderen auf eine Durchsetzung von Verbrauchssteuern zum Zwecke der Ökologie (etwa: LIPIETZ 00) nach dem Regulationsansatz nicht plausibel.

unmöglich – allerdings muss eine den Postfordismus beerbende Entwicklungsformation abgewartet bzw. *gefunden und stabilisiert* werden.

8 Nachhaltigkeit und Theorien der Moderne: Ein Einstieg

8.1 Empirische Nachhaltigkeitsansätze vor dem Hintergrund von Moderneerklärungen

Zuerst muss an dieser Stelle auf die Fragestellung dieser Untersuchung hingewiesen werden. Ziel war eine theoretisch fundierte Einschätzung der Anschlussfähigkeit von Nachhaltigkeitsvorstellungen an die Strukturen und Dynamiken moderner Gesellschaften. Dazu sind zunächst grundlegende Kategorien von Nachhaltigkeitsansätzen gebildet worden, wie sie sich im Nachhaltigkeitsdiskurs und in Nachhaltigkeitspolitiken finden. Unterschieden wurden technische, politische, soziale sowie raum- und zeitstrukturelle Ansätze. Ihre Anschlusschancen und -hindernisse sollten vor dem Hintergrund unterschiedlicher Erklärungen der Entwicklung moderner Gesellschaften beleuchtet werden. Damit – so die Erwartung – sollte ein Überblick gegeben werden über den Stand der gesellschaftstheoretischen Diskussion der Chancen für *diejenigen* Lösungsangebote für eine nachhaltige(re) Entwicklung, die gegenwärtig diskursiv und politisch hauptsächlich gehandelt werden.

In der Hauptthese dieser Untersuchung wurde davon ausgegangen, dass alle nicht-technischen Nachhaltigkeitsansätze eher Barrieren als Chancen zu erwarten haben. Diese – aufgrund praktischen Stillstands oder zumindest großer Schwierigkeiten nicht-additiver Nachhaltigkeitspolitik fast schon triviale, wenn auch nicht selbstverständliche – Schlußfolgerung hat sich bestätigt. Dabei kann theorieübergreifend eine Hierarchie der Anschlussfähigkeiten begründet werden. Am wahrscheinlichsten ist die Realisation der technischen Ansätze nach effizienteren und konsistenteren Produktionsprozessen. Von den nicht-technischen Ansätzen werden der soziale Ansatz nach mehr Kommunarität und der politische nach mehr Partizipation sich trotz Gegentrends noch am leichtesten bzw. weitgehendsten durchsetzen lassen. Nur noch sehr eingeschränkt kann dies für die sozialen Ansätze der Suffizienz und der Egalität begründet behauptet werden. Nicht anschlussfähig an moderne Gesellschaften sind der raum- und zeitstrukturelle Ansatz mit seiner Forderung nach einer Regionalisierung der Ökonomie sowie der politische Ansatz nach ubiquitärer Konsensualität.

Überraschend an dem Ergebnis ist, das sich aus den verschiedenen Theorien relativ einheitliche Diagnoseergebnisse herauskristallisiert haben. Für jeden Nachhaltigkeitsansatz lassen sich theorieübergreifend Trends, die sich als Gegenspieler oder Partner eignen, begründen. Auch die Differenzen bei der Einschätzung der Härte dieser Trends sind insgesamt relativ gering. Diese relative Übereinstimmung der Einschätzung von Partnern und Gegenspielern führt zu einer theorieübergreifend legitimierbaren Hierarchie der Anschlussfähigkeit, einer gleichlautenden Einstufung ihrer *relativen* Realisationschance. Die Begründungen dafür sind jedoch höchst unterschiedlich – andernfalls wären die Einstufung als eigener Theorieansatz auch ungerechtfertigt. So kann mehr als der anfangs erwartete Theorieüberblick als Ergebnis festgehalten werden: Eine konsensuale Bewertung der Hierarchie der Anschlussfähigkeiten.

Chancen für nachhaltige Entwicklung?

Damit ist jedoch noch nichts über die Chancen für eine nachhaltige Entwicklung gesagt. Es handelt sich lediglich um eine Einschätzung von hegemonialen Postulaten des Nachhaltigkeitsdiskurses, die als Werkzeugkasten angeboten werden. Ob durch die Realisation von mehr Partizipativität und mehr Gemeinschaftlichkeit, die nach dieser theoretischen Prüfung ihrer Tauglichkeit die größten Chancen (jenseits technischer Ansätze) haben, nicht am Werkstück moderne Gesellschaft zu zerbrechen, wirklich eine schöne und dauerhafte Skulptur herauskommt, kann hier nicht beantwortet werden. Dazu wäre etwa eine umfassende sozial-ökologische Perspektive¹ einzunehmen. Zumindest der Frage nach den sozialstrukturellen Voraussetzungen für die Bedingungen dauerhafter Existenzmöglichkeit von Gesellschaft als kultureller Artefakt im gesamten Ökosystem Erde kann sich so angenähert werden. Die Schönheit des kulturellen Artefaktes menschliche Gesellschaft hingegen, also die Frage nach der Richtigkeit des Zusammenlebens kann allerdings nur diskursiv bewertet und erstritten werden.

Es sind also mögliche Werkzeuge auf ihre relative Tauglichkeit geprüft worden. Damit ist für die meisten Ansätze keine absolute Aussage über Erfolgchancen getätigt. Lediglich die Regionalisierung von Produktionskreisläufen und umfassende Konsensualität sind mit Strukturen und Dynamiken moderner Gesellschaft unvereinbar.

Relative Wahrheit

Die Hierarchie der theoretischen Anschlußfähigkeiten kann *relativ* sicher behauptet werden. Sie basiert auf einer Auswahl von Theorien der Entwicklung moderner Gesellschaften. Damit ist ein – natürlich unvollständiger - Stand der soziologischen Diskussion in das Ergebnis eingeflossen. Übereinstimmende Wertungen aus unterschiedlichen Perspektiven rechtfertigen die Einschätzungen. Als sichere Prognose können die Ergebnisse natürlich auch bei dieser relativen kognitiven Konsensualität nicht gewertet werden. Alle Theorieansätze können blinde Flecken aufweisen, die hier nicht berücksichtigte gegenwärtige oder zukünftige Ansätze vermeiden. Erkenntnis, auch wissenschaftliche, ist grundsätzlich provinziell, selbst bei Berücksichtigung aller bekannten gegenwärtigen Ansätze. Dennoch stellen die theoretisch-diagnostischen Konsense ein gewichtiges Argument dar. Wenn ein Gegenstand aus mehreren Perspektiven betrachtet wird, sind Diagnosefehler unwahrscheinlicher als bei eindimensionalen Beobachtungen. Zudem sind die Ansätze ja nicht monadisch isoliert, sondern in mehr oder weniger diskursiver Bezugnahme aufeinander entstanden. Sie haben so schon – zumindest in gewissem Umfang - Erkenntnisse anderer Beobachtungsposten wahrgenommen und auf Kompatibilität mit eigenen Wahrnehmungen geprüft. Diskursivität bringt uns am nächsten an die Wahrheit heran – trotz ihrer Unerreichbarkeit.

¹ Nicht im Sinne von Robert E. Park u.a., die Sozialökologie als menschliche Ökologie begriffen und die Bedingungen menschlichen Zusammenlebens innerhalb der Gesellschaft erforschten, etwa von Gemeinschaften innerhalb der Großstadt. Mit einer umfassenden sozial-ökologischen Perspektive ist die Erkundung der Bedingungen der gesamten (modernen) Gesellschaft innerhalb des Ökosystems Erde gemeint. Das heißt nicht, dass nicht Ansätze von Park auf dieses Problem übertragen werden könnten (vgl. dazu etwa die Ausführungen zur „societalen Nachhaltigkeit“ von Wolfgang Serbser auf dem dt. Soziologentag 2000, noch unveröffentlicht).

8.2 Offene Fragen

Aus dieser Untersuchung ergibt sich Forschungsbedarf in verschiedener Hinsicht. Zum einen ist die aufgestellte Hierarchie von Nachhaltigkeitsansätzen auf ihre empirische Plausibilität zu überprüfen (8.2.1). Zweitens bietet die diagnostische Kompatibilität Anlaß zur Erforschung möglicher Synthesen der untersuchten Gesellschaftstheorien (8.2.2). Drittens ist auf dieser Basis die hier begonnene Untersuchung der Chancen für technische und nicht-technische Nachhaltigkeitsansätze zu vertiefen. Das Augenmerk hat dabei den Ansätzen zu gelten, die die Anfangsprüfung dieser Untersuchung überstanden haben und nicht als gänzlich chancenlos qualifiziert worden sind. Die Realisationsoptionen von Konsensualität und Regionalisierung von Produktionskreisläufen brauchen also nicht weiter geprüft zu werden. Eine an diese Untersuchung anknüpfende Analyse auf Basis eines integrierten Gesellschaftsmodells der Moderne kann die Widerstände bei der Überwindung der Gegenspieler der verbleibenden Nachhaltigkeitsansätze benennen. Damit ist eine Basis gelegt für ein eigenes weniger voluntaristisches Nachhaltigkeitskonzept (8.2.3).

8.2.1 Empirische Plausibilität

Welche Anhaltspunkte können die Plausibilität der Hierarchie der Anschlussfähigkeiten empirisch stützen?

Die generelle These einer größeren Anschlussfähigkeit technischer Ansätze im Vergleich zu nicht-technischen ist evident. Zu den wesentlichen Erfolgen von Umweltpolitik gehören Substitutionen oder Effektivierungen technischer Verfahren: Das Verbot von FCKW als Kälte- und Treibmittel, eine bessere Dämmung von Wohngebäuden, der Einstieg in eine regenerative Stromerzeugung durch Windkraft und Photovoltaik. Überall dort, wo technische Verfahren ohne Änderungszumutungen auf den Feldern der nicht-technischen Ansätze realisiert werden konnten, sind Erfolge zu vermelden. Diese These kann auch durch den Umkehrschluß gestützt werden. Überall dort, wo technische Lösungen nicht oder nur marginal in Sicht sind, tauchen größere Probleme auf. Das beste Beispiel dafür ist die Klimaschutzpolitik. Hier sind technische Substitutionen weitaus schwieriger als beim FCKW. Einschränkungen der Emissionen können nicht so einfach technisch realisiert werden – deswegen gibt es hartnäckige Widerstände auf allen internationalen Konferenzen. Bei der FCKW-Problematik stellte sich die Harmonie des Montreal-Protokolls ja erst ein, als der Ersatzstoff FKW marktreif entwickelt war. Vorher wollte keiner weniger Kühlschränke und Klimaanlage akzeptieren. Dies kann auch auf anderen Feldern belegt werden. Die Wärmeschutzverordnungen für Wohngebäude etwa gehen nicht viel weiter über dasjenige technische Mass hinaus, das bei betriebswirtschaftlicher Optimierung ohnehin angestrebt werden müsste. Ökosteuern werden in dem Umfang toleriert, wie es technische Alternativen gibt, die die gesamten Kosten der Bedürfnisbefriedigung konstant halten. Wenn Motoren um 10% effizienter bei gleichen Kosten werden, darf auch der Benzinpreis um 10% steigen – zumindest bei denjenigen, denen eine Einsicht in dieses betriebswirtschaftliche Nullsummenspiel nicht durch machinteressiertes populistisches Aufgreifen und Schüren von Emotionen versperrt wird. Darüber hinaus gehende Ökosteuerpläne treffen – auch das zeigt sich empirisch überdeutlich – auf harte Widerstände.

Schwieriger wird das Sammeln von empirischen Hinweisen dort, wo es weniger – begrenzte - Erfolge gibt: Bei den nicht-technischen Ansätzen. Wie lässt sich die theoretisch abgeleitete Hierarchie der Anschlussfähigkeit nicht-technischer Ansätze empirisch plausibilisieren oder zumindest illustrieren?

Zum einen kann der Verlauf von Nachhaltigkeitspolitiken beobachtet werden. Die Hierarchie der Anschlussoptionen müsste sich dort spiegeln. Dies gilt für die unterschiedlichsten Ebenen. Prozesse lokaler Agenda müssen nach diesen gesellschaftstheoretisch begründeten Universalthesen auf die gleichen strukturellen Schwierigkeiten stoßen wie nationale oder globale Nachhaltigkeitspolitiken. Wegen der in den meisten Fällen gegebenen Koexistenz von Partnern und Gegenspielern werden jedoch beliebige Zuordnungen empirischer Ergebnisse Evidenzen verunmöglichen: Festgestellte Schwierigkeiten können als Beweis für die Existenz von Gegentrends angeführt werden, rechtfertigen aber nicht die Plausibilität der Einstufung in der Hierarchie der Erfolgchancen. Ebenso können festgestellte Erfolge lediglich Hinweise auf mögliche Partnerrends, nicht aber eine Einschätzung der Gesamtaussichten des entsprechenden Nachhaltigkeitsansatzes begründen. Lediglich die Ausschlussprognosen für Konsensualität und für Regionalisierung können so plausibel gemacht werden. Hier „darf“ es keine Erfolge geben.

Eine andere Möglichkeit besteht darin, nicht die relative Anschlussfähigkeit zu prüfen, sondern die absolute. Dabei bildet die postulierte Stellung der einzelnen Nachhaltigkeitsansätze zwischen ihren Partnern oder Gegenspielern die jeweilige Ausgangsthese. Natürlich gestaltet sich eine Verifizierung solch allgemeiner Thesen schwierig. Dennoch können Fallstudien theoretische Annahmen durch Illustration untermauern. Mögliche Untersuchungsfelder sind:

- Kommunarität: Gemeinschaftsbildung, Individualisierung und Normbildung bei Projekten gemeinschaftlichen Wohnens, in Betrieben, in Familien
- Konsensualität: Reichweite von Konsensen in Beteiligungsverfahren: Ökonomische, ideologische und ökonomische Barrieren
- Partizipation: Beteiligungsprozesse zwischen freiem Diskurs, Expertenstrukturen, Markt- und Machtinteressen
- Suffizienz: Motive der ökonomischen Selbstbegrenzung in verschiedenen Milieus.

Zumindest für die ersten drei Fragestellungen können möglicherweise vergangene Primärerhebungen fruchtbar gemacht werden.

Zweitens können für einen Teil der Ansätze Indikatoren aus der Sozial- und Wirtschaftsstatistik herangezogen bzw. ermittelt werden. Wenn etwa nach zehn Jahren Nachhaltigkeitsanstrengungen der Selbstversorgungsgrad von Regionen in keinem Produktionssektor wieder zunimmt, so ist dies ein eindeutiges Zeichen für die unwahrscheinliche Anschlussoption für eine Regionalisierung von Produktionskreisläufen – völlig unabhängig von optimistischen Selbsteinschätzungen der Agendaakteure oder entsprechenden Fremdzuschreibungen. Wenn die Einkommens- und Reichtumsverteilung weiter auseinander klafft, dann ist dies ein eindeutiges Zeichen für die großen Schwierigkeiten von Schritten in Richtung einer gleichen Nutzung von Umweltgütern, für den egalitären Ansatz. Alle anderen möglicherweise als Fortschritt gewerteten

Entwicklungen auf dem Sektor des Nachhaltigkeitsanspruchs sozialer Gerechtigkeit können gegenüber solchen zentralen Indikatoren nur marginalen Status haben.²

Für die restlichen hier unterschiedenen Nachhaltigkeitsansätze lassen sich nicht so eindeutige Indikatoren finden. Wie kann Kommunarität gemessen werden? Ausgewertet werden können möglicherweise die Anteile gemeinschaftlicher Güternutzungen im Verhältnis zu individuellen Referenznutzungen in verschiedensten Konsumfeldern. Die Resultate können in eine aggregierte Kennzahl einfließen, die zumindest einen Anhaltspunkt liefern kann. Noch schwieriger wird es bei dem Suffizienzansatz. Wie kann Genügsamkeit unabhängig von kultur- und milieuspezifischen Substantiierungen gemessen werden? Zeigen etwa *economic- under-achiever-* Orientierungen Suffizienz an und sind sie zuverlässig abzubilden? Für Partizipation und Konsensualität lassen sich quantitative Indikatoren noch schwieriger denken.³ Es macht allerdings keinen Sinn, zur Behebung solcher Diagnoseprobleme mit einer Vielfalt von Indikatoren zu arbeiten, um Nachhaltigkeit zu messen.⁴ Sie laden zur (Über)bewertung von Teil- und Randentwicklungen ein, die die Gesamttendenz verschleiern. Nur zentrale, hochaggregierte Indikatoren können die gesamte Entwicklung zu mehr oder weniger Nachhaltigkeit – wie immer sie auch definiert sein mag - unabhängig von partikularen Präferenzen, institutionellen Besonderheiten und lokalen Problemdefinitionen signifikant anzeigen. Additiv strukturierte Spiegelstrichkataloge eignen sich zudem zur Deckelung von Inkonsistenzen, die aus normativ basierten unterschiedlichen Vorstellungen nachhaltiger Gesellschaftsentwicklung resultieren.⁵

8.2.2 Theoretische Befruchtungen: Eine Skizze

Wenn aus multipler Perspektive vielfach ähnliche Resultate, aber unterschiedliche Begründungen offenbar werden, lädt dies ein zum Versuch einer Integration der spezifischen Sichtweisen. Im folgenden soll daher angedeutet werden, wie die unterschiedlichen Theorien auf der Ebene von Einzelbetrachtungen für die herausgearbeiteten Partner und Gegenspieler der Nachhaltigkeitsansätze aneinander angeschlossen werden könnten.

² Dies gilt natürlich nur für diejenigen Nachhaltigkeitskonzeptionen, die entsprechende egalitäre Ziele explizit als zentral definieren bzw. deren Ausführungen sich so interpretieren lassen. Hier gibt es durchaus Unterschiede (vgl. Kap. 2).

³ Es sind zwar schon Indikatoren für Bürgerbeteiligung wie „Anteil der Volksvertreter“ oder „Anzahl von NGO-Beteiligungen in lokalen Parlamenten“ vorgeschlagen worden (WWF 94). Diese Vorschläge belegen allerdings eher die Fragwürdigkeit quantitativer Partizipationsmessung.

⁴ Vgl. die Übersicht vom Öko-Institut Freiburg (ÖKO-INSTITUT 99).

⁵ Damit soll die normativ sehr wertvolle, diskursivierende Funktion der Prozesse der Erstellung dieser Kataloge nicht in Abrede gestellt werden. Dennoch muss das vorläufige Ergebnis dieser auf den verschiedensten Ebenen stattfindenden Bemühungen im Hinblick auf die indikative Qualität der ausgewählten Indikatorenkataloge äußerst kritisch betrachtet werden.

Partner und Gegentrends: Skizzen theoretischer Anschlüsse

Individualisierung auf Basis von Massenwohlstand, Medienbildung und neuem lebensweltlichem Paradigma

Der entbettende Individualisierungsprozeß entsteht nach dem Ansatz einfacher strukturfunktionalistischer und nach dem Ansatz reflexiver Modernisierung zum einen durch generalisierte Medien der Herauslösung. Zum anderen betonen beide Theorieansätze die materielle Basis der Entbettung, den *Massenwohlstand*. Das materielle Lebensniveau des Massenwohlstandes als Basis von Entbettung oder zumindest als interdependente Entwicklungsrichtung spielt beim Ansatz kommunikativen Handelns hingegen keine Rolle, widerspricht ihm aber auch nicht. Unterschiede bestehen allerdings in der Konzeption des Verhältnisses zwischen Individualisierung und Medien. Habermas setzt mit der Rationalisierung der Lebenswelt den Beginn des Individualisierungsprozesses schon vor der Herausbildung der beiden Steuerungsmedien Geld und Macht an. Seine Erklärung der Medien als Produkt sprachinduzierter Rationalisierung ist aber durchaus vereinbar zum strukturfunktionalistischen Ansatz, der diesen Prozess als evolutionär notwendige Systembildung versteht.

Die Erklärungen des Regulationsansatzes sind dazu weitgehend kompatibel. Das Akkumulationsregime des Fordismus sorgt für die materielle Basis Massenwohlstand. Das postfordistische Entwicklungsmodell verstärkt den so im Fordismus angelegten Prozess der Individualisierung durch die von ihm induzierten multiplen Spaltungen, ohne dessen Basis, ein Minimum an Massenwohlstand, aufzuheben. Mit dem sozialen Paradigma dieser Formation, der Selbstorganisation, wird der fortgeschrittene Individualisierungsprozess, die Herauslösung aus einer geteilten Lebenswelt durch die Etablierung einer passenden Ideologie nochmals verstärkt. Als Prozess der weiteren Rationalisierung der Lebenswelt kann dies hingegen nicht unbedingt gelten, da mit einer – wie gravierend auch immer wirkenden – Kolonisierung des dieses Paradigma generierenden Diskurses gerechnet werden muss. Allerdings steht die These von der Gefahr der Kolonisierung im Widerspruch zur autonomen Artikulation der ideologischen Sphäre bzw. des sozialen Paradigmas im Regulationsansatz.

Gebrochene Universalisierung von Normen auf Basis von postfordistischer Spaltung und Selbstorganisation

Die Universalisierung von Normen wird durch diskursiv legitimierte Gemeinschaftsbildung in der reflexiven Moderne eingeschränkt, ohne allerdings die individualistisch-universalistische Tendenz zu verdrängen. Der Regulationsansatz liefert für diese Komplementarität von Gemeinschaft und Individualisierung nicht nur das passende soziale Paradigma (der Selbstorganisation), sondern auch eine Erklärung für die entsprechende Entwicklung der materiellen Seite dieses Modernisierungsprozesses. Postfordistische Akkumulation fördert Spaltungen und nötigt damit zu wettbewerbskorporatistischer gemeinschaftlicher Selbstorganisation. Folge ist die partielle Genese partikularer Normen als Komplement zu deren eingeschränkt weiterlaufenden Universalisierung. Diese Doppelstruktur führt zur oben beschriebenen Ambivalenz von unpersönlichen Expertenstrukturen und Wiederaneignungsprozessen, die auch eine kommunitäre Komponente haben.

Damit ist den Diagnosen einer unilinearen Fortführung des Universalisierungstrends beim Ansatz einfacher Modernisierung und in der Habermasschen Diskurstheorie widersprochen. Das Spannungsfeld posttraditionaler Gemeinschaftsbildung kann jedoch aus dem Nebeneinander von systemischer und lebensweltlich-diskursiver Integration erklärt werden. Die Kolonisierung der Lebenswelt kann dabei aber in beide Richtungen wirken, sie kann Gemeinschaftsbildung behindern und fördern: Die Medien Macht und Geld begründen zum einen unpersönliche Expertenstrukturen von Administrationen und von Märkten, die der Sphäre der Lebenswelt Ressourcen für sozialintegrative Gemeinschaftsbildungen entziehen. Zum anderen ist Gemeinschaftsbildung als Ergebnis kolonisierten Diskurses konzipierbar, wenn nämlich systemische Marktimperative Gemeinschaftsbildungen als Wettbewerbszusammenschlüsse forcieren – ein Merkmal postfordistischer Regulation.

Passend zu den regulationstheoretisch begründeten Brüchen ist hier die Annahme einer diskontinuierlichen Moderne beim diskurstheoretischen Ansatz von Imhof/Romano, die keinen unilinearen Trend begründen, sondern von größeren Freiheitsgraden für Abfolgen unterschiedlicher herrschender Normengerüste und entsprechenden Deutungskonfigurationen ausgehen.

Die Spaltungen sind durchaus auch strukturfunktionalistisch zu erklären. Das System der „gesellschaftlichen Gemeinschaft“, nach diesem Ansatz für die Lieferung von integrationsnotwendigen gesellschaftsweiten Solidaritätsressourcen verantwortlich, erhält seine Bindungskraft auch bei partieller Partikularisierung von Solidarität. Die Ausdifferenzierung der Systeme und ihre gegenseitige Durchdringung ist letztlich wertbasiert konzipiert – und diese Basis kann sich ändern. Das „sozialkulturelle System“ liefert die diskursiv generierten Legitimationen für diese neue normative Metastruktur der Differenzakzeptanz über das soziale Paradigma der Selbstorganisation. Hier liegt ebenfalls ein Anschluss zum Regulationsansatz.

Globalisierung auf Basis von Entbettung durch Medien und dessen politischer Stützung

Die Durchsetzung ökonomischer Globalisierung lässt sich mit den Ansätzen einfacher und reflexiver Modernisierung als Folge von Entbettung durch Medien begreifen. Auch nach der Theorie kommunikativen Handelns ist die ökonomische Globalisierung als Folge der Wirkmächtigkeit des Steuerungsmediums Geld, welches die systemische, nicht rational-diskursive Integration der Ökonomie begründet, zu verstehen. Der Regulationsansatz betont neben ökonomischen Eigendynamiken als Basis für ein neues, globalisiertes Akkumulationsregime den politischen Charakter ökonomischer Globalisierung. Dies kann mit Habermas zum einerseits als lebensweltliche Legitimation der weiteren Ausdifferenzierung des Subsystems Wirtschaft, der Akzeptanz der Ausweitung einer eigenlogischen Sphäre globalisierter Ökonomie gewertet werden. Andererseits kann die politische Akzeptanz aber auch als lebensweltlich-politische Wehrlosigkeit gegenüber einer Kolonisierungstendenz begriffen werden.

Abschwächung systemischer Expertenhegemonie als postfordistisches Paradigma

Einfache Modernisierungstheorie und die Moderneerklärung einer Dynamik kommunikativen Handelns führen funktionale Imperative für die Herausbildung von *Expertenstrukturen* an, zu denen auch repräsentative Formen demokratischer Legitimation gehören. Die notwendige Zweiteilung des Diskurses in institutionalisierte Verfahren und beteiligungsoffene Öffentlichkeit bei Habermas begründet aber auch das Nebeneinander

von Expertenstrukturen und partizipativer Wiederaneignung, ganz wie es Beck und Giddens als Kennzeichen reflexiver Moderne beschreiben. Der Regulationsansatz wertet Partizipation als normative Reaktion auf anonym-atomistische Integration im Fordismus, also auch als Wiederaneignung. In der postfordistischen Phase gibt es jedoch nicht einen Wechsel zu komplett partizipativen Entscheidungsstrukturen. Der nationale Wettbewerbsstaat etwa weist notwendig autoritäre Elemente auf, zum Beispiel des *workfare*, also staatlichen Drucks zur Arbeitsaufnahme – oft zu einem sehr schlechtem Preis. Ebenso begrenzt der Marktmechanismus Partizipation. Auch nach dem Regulationsansatz wird ein komplementäres Gemisch aus lokaler Partizipation, der Herrschaft von Experten sowie den systemischen Medien Macht und Geld als Kennzeichen der aktuellen Moderne konzipiert.

Systemisch begrenzte Diskursivität als postfordistische Regulation

Diskursivität, in dieser Untersuchung als Partnertrend für Partizipativität herausgearbeitet, wird nach der strukturfunktionalistischen Erklärung und der Theorie kommunikativen Handelns als unilinearer Modernetrend beschrieben. Habermas begründet Diskursivität mit Sprachdynamiken, während der Strukturfunktionalismus die Nützlichkeit der Diskursivität für die evolutionäre Weiterentwicklung des Systems Gesellschaft betont. Aber auch Habermas sieht eine funktionale Notwendigkeit des Diskurses. Er geht etwa von einem *ungeteilten* moralischem Universum aus, in dem nur diskursiv entschiedene Fragen für dauerhafte normative Stabilität sorgen können. Ebenso ist die Wertbasis der Diskursivität bei beiden Ansätzen zu finden. Die Entwicklung des mit dem Medium Argument diskursiv kommunizierenden sozial-kulturellen Systems und seine Verzahnung mit anderen Systemen ist nach Münch Ausdruck der Verwirklichung des individualistisch-universalistischen und rationalistisch-aktivistischen okzidental Wertmusters. Auch Habermas begründet die spezifische Entwicklung moderner Gesellschaften im Anschluss an Max Webers Analyse der Ursprünge und Historie westlicher Rationalitätsentwicklung als derartige Weiterentwicklung. Der Ansatz reflexiver Modernisierung hingegen sieht Diskursivität erst in der zweiten Modernephase durchbrechen. Der Keim dafür ist jedoch auch im Rahmen dieser Diagnose von vornherein basaler Bestandteil der Moderne. Der Regulationsansatz beobachtet ebenfalls den Siegeszug von Diskursivität erst in einer späteren, der postfordistischen Phase des modernen Kapitalismus. Dies wird nach diesem Ansatz möglich, weil erst jetzt die Bedingungen der Kapitalverwertung mit der diskursiven Basisnorm besser übereinstimmen. Diskursivität im Produktionsprozess und in dessen Regulation ist gefragt und nicht hinderlich. Allerdings legt das Akkumulationsregime und die postfordistische Regulationsweise der Diskursivität Begrenzungen auf, sie ist funktional angepasst an Markterfordernisse und dazu passende Imperative der Regulationsweise. Diese Einschränkung des Diskursuniversums kann wiederum mit Habermas als Kolonisierung der Lebenswelt betrachtet werden.

Kapitalistische Regulation, reflexive Vollendung, verzahnte Funktionssysteme und gefährdeter Diskurs: Seiten der modernen Medaille

Dieser flüchtige, gedankenexperimentelle cross over zeigt Ansatzpunkte dafür, dass sowohl die als Gegenspieler für die Nachhaltigkeitsansätze identifizierten Moderneentwicklungen der Individualisierung, der eingeschränkten Universalisierung von Normen, der Spaltungstendenzen, der ökonomischen Globalisierung, der systemischen Steuerungsmedien und der Expertenstrukturen sowie die als Partner ausgewiesenen Trends

der posttraditionalen Gemeinschaftsbildung und der Diskursivität weitgehend theorieverzahnend konzipiert werden können. Dies weist eine genauere Überprüfung der skizzierten Anschlüsse und ihre Überführung in eine Synthese als lohnendes theoriebildendes Projekt aus.

Die Besonderheiten der spezifischen Blickpunkte dieser Theorieansätze bringen keine so unterschiedlichen Diagnosen ans Tageslicht, dass eine Verknüpfung wesentlicher Theorieelemente als nicht machbar gewertet werden müsste. Die Beobachter scheinen sich auf *dieselbe* objektive Welt (vgl. HABERMAS 1999), dieselbe moderne Gesellschaft zu beziehen. Dies gilt - wie angedeutet - nach dieser Untersuchung zunächst nur für die Analyse der Gegenspieler und Partner normativer Nachhaltigkeitsansätze. Da es sich dabei um grundlegende, abstrahierte Moderneentwicklungen handelt, ist jedoch auch der Versuch gerechtfertigt, diese partiellen theoretischen Anschlüsse auf eine allgemeine Basis zu heben.

Dem strukturfunktionalistischen Ansatz fehlt eine Erklärung akkumulatorischer Dynamik und ihrer Regulation. Sie kann bestimmte Ausformungen der Interpenetration, bestimmte Defizienzen oder Übergewichte einzelner Subsysteme nicht nur voluntaristisch erklären. Die Nebenfolgen erster Modernisierung können ebenfalls als Ergebnis einer bestimmten kapitalistischen Phase erklärt werden. Auch die eher diffus konzipierte Ambivalenz der reflexiven Moderne kann regulationistisch genauer beschrieben und erklärt werden. Der Grenzverlauf zwischen Wiederaneignung (und damit auch des Nachhaltigkeitsanspruchs auf Partizipation) und Expertenhegemonie etwa ist nicht unabhängig von Dynamiken der Kapitalakkumulation und der Regulationsweise zu bestimmen und zu verstehen. Dies würde auch eine analytische Eingrenzung der bei Habermas eher aporetisch konzipierten allgemeinen Gefahr einer Kolonisierung der Lebenswelt bedeuten. Die Bestimmung der Übergänge zwischen Kolonisation und ungestörter lebensweltlicher Rationalität bedürfen der Analysen historischer Akkumulationsdynamiken und ihrer gesellschaftlichen Regulation.

Umgekehrt braucht der Regulationsansatz Begründungslinien für die Analyse der Richtung der Abfolge kapitalistischer Entwicklungsformationen, um interne Widersprüche zu vermeiden. Wie ist etwa ein überhistorischer Trend der „Durchmarktung“ oder auch der „Durchstaatlichung“ (HIRSCH) zu erklären bei Aufrechterhaltung der Prämisse eines artikulatorischen Verhältnisses autonomer Sphären des Ökonomie, der Politik und der Ideologie? Die mögliche Einschränkung dieser artikulatorischen Freiheit - und damit des Möglichkeitsraumes nachhaltiger Gesellschaftsstrukturen - ist ohne die Berücksichtigung von Eigendynamiken, seien sie systemfunktionalistisch, sprachlich-kommunikativ und/oder kapitalakkumulatorisch begründet, nicht erklärbar. Hier können Erkenntnisse über die Dynamik von Systemen, ihren Durchdringungen und Dominanzen, ihren verständigungsorientierten und strategischen Medien aufklären.

Auch autopoietische Systemdynamiken, wie sie die Luhmannsche Systemtheorie konzipiert, müssen auf ihre Eignung für die Klärung dieser Frage hin untersucht und auf Konsistenzen mit den hier zunächst zu Rate gezogenen Moderneerklärungen geprüft werden. Besonderes Augenmerk ist dabei auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten der konkurrierenden Konzepte der Interpenetration von Systemen im strukturfunktionalistischen Ansatz und der strukturellen Kopplung von Systemen in der autopoietischen Systemtheorie zu legen.

Eine Theoriesynthese kann so möglicherweise die Interdependenzen von Kapitalismus und Moderne, von Evolutionsdynamik und Voluntarität, von Linearität und Diskontinuität konzipieren, kann kapitalistische Regulation, reflexive Vervollständigung, verzahnte

Funktionssysteme und gefährdeten Diskurs als verschiedene Seiten der modernen Medaille begreifen.

8.2.3 Ein Nachhaltigkeitskonzept

Wenn den nicht-technischen Nachhaltigkeitsansätzen nach dieser Untersuchung allerhöchstens magere Erfolgchancen attestiert werden können, stellt sich einmal die Frage nach Alternativen. Eine wurde schon benannt. Der technische Ansatz ist anschlussfähiger. Doch auch er scheint ja allein nicht ausreichend. Erstens ist sein Lösungspotential zur Minderung der Tragekapazität des Ökosystems möglicherweise nicht groß genug, zweitens ist auch seine Durchsetzung, das heißt die Lenkung technischer Innovativität in Richtung Effizienz und Konsistenz in der modernen Gesellschaft prekär.

Somit werden die nicht-technischen Ansätze nicht obsolet. Daraus ergeben sich prinzipiell zwei Forschungsfragen: Zum einen können andere Nachhaltigkeitsansätze „erfunden“ oder aufgespürt werden, die sich nicht unter das hier gebildete analytische Raster subsumieren lassen. Dafür gibt es jedoch aus Sicht des Autors gegenwärtig keine Anhaltspunkte: Ansonsten hätte ein anderes Raster gewählt werden müssen.

Zum anderen sind die Gründe für die Schwierigkeiten einer Realisation derjenigen Nachhaltigkeitsansätze, die nach dieser ersten Prüfung überhaupt Erfolgchancen aufweisen, weiter zu untersuchen. Auf Basis eines oben skizzierten synthetischen Modells moderner Gesellschaften ist zu fragen: Was stützt die Gegenspieler egalitärer, suffizienter, partizipativer und kommunitärer Ansätze und welche Implikationen haben Bestrebungen, den Wirkradius dieser Gegentrends einzuschränken? Welche „Nebenfolgen“ etwa sind zu konzedieren, wenn Wirtschaftswachstum und gesellschaftliche Spaltungen zurückgedrängt werden könnten, um suffizienter und egalitärer zu werden? Was „kaufen“ wir uns für Verhältnisse ein, wenn systemische Medien und Expertenstrukturen verdrängt werden für mehr Partizipation, wenn eine Zurückdrängung von Individualisierung und normativer Universalisierung kommunitären Zusammenhängen mehr Reichweite verschafft?

Die Ergebnisse einer derartigen Vertiefung der hier begonnenen Untersuchung können ein eigenes Konzept nachhaltiger Gesellschaftsentwicklung fundieren. Neben innergesellschaftlichen Dynamiken sind dabei ebenfalls die sozial-ökologischen Implikationen des gesellschaftlichen Naturverhältnisses zu beachten, ist die Frage nach der Möglichkeit einer *societalen* Nachhaltigkeit zu stellen. Ein solches soziologisch und sozial-ökologisch informiertes Nachhaltigkeitskonzept wird zwangsläufig *auch* ein normatives Modell sein. Die Hauptthese dieser Untersuchung wird also etwas abgewandelt. Sie lautet dann:

Moderne Gesellschaften prägende Entwicklungen sind eher hinderlich bei der Verwirklichung von bestimmten nicht-technischen Nachhaltigkeitsansätzen. Diese Hindernisse können bei gesellschaftlicher Akzeptanz überwunden werden.

Literatur

Jahreszahlen in Klammern: Originalausgabe

- Aglietta, Michel 2000: Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand, Hamburg.
- Altwater, Elmar 1996: Der Traum vom Umweltraum. Zur Studie des Wuppertal Instituts über ein „zukunftsfähiges Deutschland“. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/96.
- Arts, Bas 1994: Nachhaltige Entwicklung. Eine begriffliche Abgrenzung. In: Peripherie Nr 54.
- Beck, Ulrich 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M.
- Beck, Ulrich 1991: Der Konflikt der zwei Modernen. In: Zapf, W. (Hg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages, Frankfurt/M.
- Beck, Ulrich 1993: Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung, Frankfurt/M.
- Beck, Ulrich 1996: Wissen und Nicht-Wissen. Zwei Perspektiven reflexiver Modernisierung. In: Beck, Ulrich/ Giddens, Anthony/ Lash, Scott 1996.
- Beck, Ulrich/ Giddens, Anthony/ Lash, Scott 1996: Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse, Frankfurt/M.
- Bendix, Reinhard 1971(66): Modernisierung in internationaler Perspektive. In: Zapf, Wolfgang (Hg.): Theorien des sozialen Wandels, Köln.
- Berger, Johannes 1995: Modernisierungstheorie und sozialer Wandel in Europa. In: Sahner, H. Schwendtner, S. (Hg.): 27. Kongreß der deutschen Gesellschaft für Soziologie, Opladen.
- Berger, Johannes 1996: Was behauptet die Modernisierungstheorie wirklich - und was wird ihr bloß unterstellt? In: Leviathan 24.
- Bieling, Hans-Jürgen 2000: Dynamiken sozialer Spaltung und Ausgrenzung. Gesellschaftstheorien und Zeitdiagnosen, Münster.
- BMU (Hg.) o.J.: Umweltpolitik. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro - Dokumente - Agenda 21, Bonn.
- Bonacker, Thorsten 1997: Kommunikation zwischen Konsens und Konflikt bei Habermas und Luhmann, Oldenburg.

- Bourdieu, Pierre 1998: Gegenfeuer: Wortmeldungen im Dienste des Widerstandes gegen die neoliberale Invasion, Konstanz
- Brand, Karl-Werner (Hg.) 1997: Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie, Opladen.
- Brand, Karl-Werner (Hg.) 1998: Soziologie und Natur. Theoretische Perspektiven, Opladen.
- Brand, Karl-Werner 1997: Probleme und Potentiale einer Neubestimmung des Projekts der Moderne unter dem Leitbild „Nachhaltige Entwicklung“. Zur Einführung. In: Brand, Karl-Werner (Hg.) 1997.
- Brand, Karl-Werner 2000: Vision ohne Herzblut. Über die begrenzte Resonanzfähigkeit des Leitbilds der Nachhaltigkeit. In: Politische Ökologie 63/64.
- Brand, Karl-Werner/ Eder, Klaus/ Pöferl, Angelika 1997: Ökologische Kommunikation in Deutschland, Opladen.
- BUND / Misereor (Hg.) 1996: Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Studie des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Basel u.a.
- Canzler, Weert 1997: Zur Dialektik von Verkehr und Mobilität: Die Grenzen ökologischer und politischer Modernisierung. In: Mez, Lutz/Weidner, Helmut (Hg.) 1997.
- Canzler, Weert/ Knie, Andreas 2000: “New Mobility?” Mobilität und Verkehr als soziale Praxis. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45-46/ 2000.
- Claessens, Dieter 1992: Kapitalismus und demokratische Kultur, Frankfurt/M.
- Conrad, Jobst 1993: Sustainable Development. Bedeutung und Instrumentalisierung, Voraussetzungen und Umsetzbarkeit. In: Massarrat, Mohssen u.a.: (Hg.) 1993: Die dritte Welt und wir, Freiburg.
- Conrad, Jobst 1997: Nachhaltige Entwicklung – ein ökologisch modernisiertes Modell der Moderne? In: Brand, Karl-Werner (Hg.) 1997.
- Dahrendorf, Ralf 1965: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München.
- Dangschat, Jens 1997: Sustainable City – Nachhaltige Zukunft für Stadtgesellschaften? In: Brand, Karl-Werner (Hg.) 1997.
- Danielzyk, Rainer 1994: Regionalisierung der Ökonomie – Regionalisierung der Politik in Niedersachsen. In: Berichte zur deutschen Landeskunde, H. 1/94.
- De Haan, Gerhard 1997: Problembewusstsein und Wertorientierungen im Diskurs zu nachhaltiger Entwicklung. In: Evangelische Akademie Loccum (Hg.) 1997.
- Demirovic, Alex/ Krebs, Hans-Peter/ Sablowski, Thomas (Hg.) 1992: Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess, Münster.
- Deppe, Frank 1997: Fin de Siecle. Am Übergang ins 21. Jahrhundert, Köln.
- Deutsch, Karl W. 1971 (61): Soziale Mobilisierung und politische Entwicklung. In: Zapf, Wolfgang (Hg.) 1971.

- Eblinghaus, Helga/ Stickler, Armin 1996: Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development, Frankfurt/M.
- Eisenstadt, Shmuel N. 1971 (64): Sozialer Wandel, Differenzierung und Evolution. In: Zapf, Wolfgang (Hg.) 1971.
- Enquete-Kommision "Schutz des Menschen und der Umwelt" (Hg.) 1994: Die Industriegesellschaft gestalten. Perspektiven für einen nachhaltigen Umgang mit Stoff- und Materialströmen, Bonn.
- Enquete-Kommision "Schutz des Menschen und der Umwelt" (Hg.) 1998: Konzept Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung: Abschlußbericht der Enquete, Bonn.
- Esser, Josef/ Görg, Christoph/ Hirsch, Joachim (Hg.) 1994: Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie, Hamburg.
- Esser, Josef/ Görg, Christoph/ Hirsch, Joachim: Von den „Krisen der Regulation“ zum „radikalen Reformismus“. In: Esser/ Görg/ Hirsch (Hg.) 1994.
- Evangelische Akademie Loccum (Hg.) 1997: Agenda 21 für Niedersachsen - Stand und Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung auf regionaler Ebene, Loccum.
- Fricke, Werner (Hg.) 1996: Jahrbuch Arbeit und Technik, Bonn.
- Gaßmann, Heiner 1988: Der Sozialstaat als Regulationsinstanz. In: Mahnkopf, Birgit (Hg.) 1988.
- Gestring, Norbert et al. 1997: Ökologie und urbane Lebensweise, Braunschweig u.a..
- Gestring, Norbert/ Mayer, Hans-Norbert/ Siebel, Walter: Die Zumutungen der Ökologie. Ansätze des ökologischen Bauen und Wohnens. In: Wechselwirkung Nr. 66/4/1994
- Giddens, Anthony 1995 (88): Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung, Frankfurt/M./ New York.
- Giddens, Anthony 1995 (90): Konsequenzen der Moderne, Frankfurt/M.
- Giddens, Anthony 1996 (94): Leben in einer posttraditionalen Gesellschaft. In: Beck/Giddens/Lash 1996.
- Giegel, Hans-Joachim 1998: Gesellschaftstheorie und Konfliktsoziologie. In: Giegel, Hans-Joachim (Hg.): Konflikt in modernen Gesellschaften, Frankfurt/M.
- Gill, Bernhard 1999: Reflexive Modernisierung und technisch-industriell erzeugte Umweltprobleme – Ein Rekonstruktionsversuch in präzisierender Absicht. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 28. H3, Stuttgart.
- Görg, Christoph 1994: Krise und Institution. In: Esser/ Görg/ Hirsch (Hg.) 1994.
- Görg, Christoph 1996: Sustainable Development – Blaupause für einen ökologischen Kapitalismus? In: Scharping, Michael (Hg.) 1996: Gegensätze. Elemente kritischer Theorie. Frankfurt, New York.
- Görg, Christoph/ Roth, Roland (Hg.) 1998: Kein Staat zu machen. Zur Kritik der Sozialwissenschaften, Münster.

- Gorz, Andr ■ 1994 (89): Kritik der ökonomischen Vernunft: Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft, Hamburg.
- Habermas, Jürgen 1983: Moralbewusstsein und kommunikatives Handeln. Frankfurt/M.
- Habermas, Jürgen 1984: Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns Frankfurt/M.
- Habermas, Jürgen 1988 (81): Theorie des kommunikativen Handelns (2 Bd.) , Frankfurt/M.
- Habermas, Jürgen 1990 (62): Strukturwandel der Öffentlichkeit, Frankfurt/M.
- Habermas, Jürgen 1991: Erläuterungen zur Diskursethik, Frankfurt/M.
- Habermas, Jürgen 1991: Der philosophische Diskurs der Moderne/ Frankfurt/M.
- Habermas, Jürgen 1994: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates, Frankfurt/M.
- Habermas, Jürgen 1997: Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie, Frankfurt/M.
- Habermas, Jürgen 1999: Wahrheit und Rechtfertigung: Philosophische Aufsätze, Frankfurt/M.
- Hajer, Maarten 1995: Ökologie und Technik - Modernisierungstheorie zwischen Normalisierung und realistischer Utopie. In: Sahner/ Schwendtner (Hg.) 1995.
- Hajer, Maarten/ Keller, Rainer/ Pöferl, Angelika 1999: Verhängnisvolle Affäre. Chancen und Risiken diskursiver Verfahren in der Risikopolitik. In: Politische Ökologie 60.
- Harborth, Hans-Jürgen 1991: Dauerhafte Entwicklung statt globaler Selbstzerstörung. Eine Einführung in das Konzept "Sustainable Development", Berlin.
- Hauff, Volker (Hg.) 1987: Unsere gemeinsame Zukunft. - Der Brundtland Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven.
- Heine, Hartwig/ Mautz, Rüdiger 2000: Die Mütter und das Auto. PKW-Nutzung im Kontext geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung. In: Lange, Hellmuth (Hg.) 2000.
- Heins, Bernd 1996: Sustainable America. Übersetzung der Studie: Sustainable America. Kurzfassung.
- Heins, Bernd 1997: Die Rolle des Staates für eine nachhaltige Entwicklung der Industriegesellschaft, Berlin.
- Hirsch, Joachim 1992: Regulation, Staat und Hegemonie. In: Demirovic/ Krebs/ Sablowski (Hg.) 1992.
- Hirsch, Joachim 1993: Internationale Regulation. Bedingungen von Dominanz, Abhängigkeit und Entwicklung im globalen Kapitalismus. In: Das Argument 198, Hamburg.
- Hirsch, Joachim 1994: Politische Form, politische Institutionen und Staat. In: Esser/ Görg/ Hirsch (Hg.) 1994.

- Hirsch, Joachim 1995: Der nationale Wettbewerbsstaat, Berlin.
- Hirsch, Joachim 1998: Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat, Berlin.
- Hirsch, Joachim/ Roth, Roland 1986: Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus, Hamburg.
- Huber, Joseph 1995: Nachhaltige Entwicklung. Strategien für eine ökologische und soziale Erdpolitik, Berlin.
- Huber, Joseph 1996: Wohlstand weltweit – Strategien nachhaltiger Entwicklung. In: Fricke. (Hg.) 1996.
- Huber, Joseph 1997: Industrielle Ökologie und funktionaler Politikbegriff. In: Mez, Lutz/ Weidner, Helmut (Hg.) 1997.
- Hübner, Kurt/ Mahnkopf, Birgit 1988: Einleitung. In: Mahnkopf, Birgit (Hg.) 1988.
- Imhof, Kurt/ Romano, Gaetano 1996: Die Diskontinuität der Moderne. Zur Theorie des sozialen Wandels, Frankfurt a.M./ New York.
- ISOE (Institut für sozial-ökologische Forschung)/ Milieudéfense (Hg.) 1994: Sustainable Netherlands - Aktionsplan für eine nachhaltige Entwicklung der Niederlande, Frankfurt/M.
- Jahn, Thomas 1990: Das Problemverständnis sozial-ökologischer Forschung. Umriss einer kritischen Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: Becker, Egon (Hg.): Jahrbuch für sozial-ökologische Forschung, Bd.1. Frankfurt/M.
- Jänicke, Martin 1993: Ökologische und politische Modernisierung in entwickelten Industriegesellschaften. In: Prittwitz, Volker v. (Hg.) 1993.
- Jessop, Bob 1992: Regulation und Politik. In: Demirovic/ Krebs/ Sablowski (Hg.) 1992.
- Kesting, Stefan 1999: Diskurs und Macht. Ein Beitrag zur ökonomischen Handlungstheorie, Pfaffenweiler.
- Knoepfel, Peter 1997: Der verhandelnde Staat – schwacher, exklusiver und destabilisierender Staat? Drei selbstkritische Arabesken. In: Mez, Lutz/Weidner, Helmut (Hg.) 1997.
- Krätke, Stefan 1996: Regulationstheoretische Perspektiven in der Wirtschaftsgeographie. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie H. 1-2/96.
- Krebs, Carsten/ Reiche, Danyel T./ Rocholl, Martin 1998: Die ökologische Steuerreform, Basel, Boston, Berlin.
- Krebs, Hans-Peter/ Sablowski, Thomas 1992: Ökonomie als soziale Regularisierung. In: Demirovic/ Krebs/ Sablowski (Hg.) 1992.
- Kreibich, Rolf 1996: Nachhaltige Entwicklung. Leitbild für die Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft. Weinheim, Basel.
- Kurz-Scherf, Ingrid/ Zeuner, Bodo 2001: Politische Perspektiven der Gewerkschaften zwischen Opposition und Kooperation. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 3/01.
- Lange, Hellmuth (Hg.) 2000: Ökologisches Handeln als sozialer Konflikt. Umwelt im Alltag, Opladen.

- Lerner, Daniel 1971 (58): Die Modernisierung des Lebensstils: eine Theorie. In: Zapf, Wolfgang (Hg.) 1971.
- Lipietz, Alain 1991: Demokratie nach dem Fordismus. In: Das Argument 189, Hamburg
- Lipietz, Alain 1992a (88): Vom Althusserismus zur „Theorie der Regulation“. In: Demirovic/ Krebs/ Sablowski (Hg.) 1992.
- Lipietz, Alain 1992b: Allgemeine und konjunkturelle Merkmale der ökonomischen Staatsintervention. In: Demirovic/ Krebs/ Sablowski (Hg.) 1992
- Lipietz, Alain 1998: Nach dem Ende des goldenen Zeitalters: Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften, Hamburg.
- Lipietz, Alain 1998 (88): Kette, Schuss und die Regulation. In: Lipietz 1998
- Lipietz, Alain 1998 (93): Die neuen Beziehungen von Zentrum und Peripherie. In: Lipietz 1998
- Lipietz, Alain 1998a (85): Das Nationale und das Regionale. In: Lipietz 1998
- Lipietz, Alain 1998b (85): Drei Krisen. In: Lipietz 1998
- Lipietz, Alain 2000 (99): Die große Transformation des 21. Jahrhunderts. Ein Entwurf der politischen Ökologie, Münster.
- Lipset, Seymour M. 1981: Political Man. The Social Bases of Politics. Baltimore.
- Luhmann, Niklas 1996: Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen? Opladen.
- Lutz, Burkhard 1994: Der kurze Traum immerwährender Prosperität, Frankfurt/M., New York.
- Mahnkopf, Birgit (Hg.) 1988: Der gewendete Kapitalismus. Kritische Beiträge zur Theorie der Regulation, Münster.
- Mahnkopf, Birgit 1988: Soziale Grenzen „fordistischer Regulation“. In: Mahnkopf (Hg.) 1988
- Marcuse, Herbert 1970 (64): Der eindimensionale Mensch, Neuwied und Berlin.
- Maus, Ingeborg 1994: Zur Aufklärung der Demokratietheorie. Rechts- und demokratietheoretische Überlegungen im Anschluss an Kant, Frankfurt/M.
- Mayer, Margrit 1996: Postfordistische Stadtpolitik. Neue Regulationsweisen in der lokalen Politik und Planung. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie H. 1-2/96.
- Mayntz, Renate 1988: Funktionelle Teilsysteme in der Theorie sozialer Differenzierung. In: Mayntz, R./ Rosewitz, B./ Schimank, U./ Stichweh, R.: Differenzierung und Verselbständigung. Zur Entwicklung gesellschaftlicher Teilsysteme, Frankfurt a.M./New York.
- Meyer-Abich, Klaus Michael 1997: Was kommt nach dem Staat? Staatsversagen durch die Globalisierung der Wirtschaft. In: Mez, Lutz/Weidner, Helmut (Hg.) 1997.
- Mez, Lutz/Weidner, Helmut (Hg.) 1997: Umweltpolitik und Staatsversagen. Perspektiven und Grenzen der Umweltpolitikanalyse, Berlin.

- Münch, Richard 1984: Die Struktur der Moderne. Grundmuster und differentielle Gestaltung des institutionellen Aufbaus der modernen Gesellschaften, Frankfurt/M.
- Münch, Richard 1991: Dialektik der Kommunikationsgesellschaft, Frankfurt/M.
- Münch, Richard 1996: Risikopolitik, Frankfurt/M.
- Öko-Institut 1999: Soziale und ökonomische Nachhaltigkeitsindikatoren, Freiburg.
- Parsons, Talcott 1971 (64): Evolutionäre Universalien der Gesellschaft. In: Zapf, Wolfgang (Hg.) 1971.
- Parsons, Talcott 1971 (66): Gesellschaften: Evolutionäre und komparative Perspektiven, Frankfurt/M.
- Parsons, Talott 1972 (71): Das System moderner Gesellschaften, München.
- Peters, Bernhard 1993: Die Integration moderner Gesellschaften, Frankfurt/M.
- Pfister, Gerhard 1998: Nachhaltigkeit. Eine Idee und zwei Konzepte. Das Nachhaltigkeitskonzept der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg – ein Vergleich mit der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ des Wuppertal-Instituts. In: Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg: Jahrbuch 1998, Stuttgart.
- Pfister, Gerhard/ Renn, Ortwin 1997: Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ im Vergleich zum Nachhaltigkeitskonzept der Akademie für Technikfolgenabschätzung. Arbeitsbericht der Akademie für Technikfolgenabschätzung, Stuttgart.
- Prittwitz, Volker von (Hg.) 1993: Umweltpolitik als Modernisierungsprozeß, Opladen.
- Rokkan, Stein 1970: Citizens, elections, parties, Oslo.
- Rosenbaum, Wolf 1995: Verändert die Ökologie die Muster der sozialen Beziehungen? In: Sahner/ Schwendtner (Hg.) 1995.
- Roth, Roland 1998: Postfordistische Politik. Regulationstheoretische Perspektiven zur Zukunft des Politischen. In: Görg/ Roth (Hg.) 1998.
- Sablowski, Thomas 1994: Zum Status des Hegemoniebegriffs in der Regulationstheorie. In: Esser/ Görg/ Hirsch (Hg.) 1994.
- Sachs, Wolfgang 1997: Sustainable Development. Zur politischen Anatomie eines internationalen Leitbildes. In: Brand, Karl-Werner (Hg.) 1997.
- Sahner, H./ Schwendtner, St. (Hg.) 1995: 27. Kongreß der deutschen Gesellschaft für Soziologie. Kongressband II. Opladen.
- Schachtschneider, Ulrich 1999: Zukunftsfähige Gesellschaften. Gesellschaftsbilder von Nachhaltigkeitskonzepten im Vergleich, Oldenburg.
- Schäfer, Martina/ Schön, Susanne 2000: Nachhaltigkeit als Projekt der Moderne. Skizzen und Widersprüche eines zukunftsfähigen Gesellschaftsmodells, Berlin.
- Schelsky, Herbert 1965 (61): Der Mensch in der wissenschaftlich-technischen Zivilisation. In: ders.: Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze, Düsseldorf.

- Senett, Richard 2000 (98): Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin.
- Spehr, Christopf 1996: Die Ökofalle. Nachhaltigkeit und Krise, Wien.
- SRU (Rat von Sachverständigen für Umweltfragen) 1994: Umweltgutachten 1994. Dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung - Leitbegriff für die Umweltpolitik der Zukunft, Stuttgart.
- SRU (Rat von Sachverständigen für Umweltfragen) 1996: Umweltgutachten 1996. Zur Umsetzung einer dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung, Stuttgart.
- UBA (Umweltbundesamt) 1997: Nachhaltiges Deutschland, Berlin.
- Ueberhorst, Reinhard 1997 :Über die Bildung von Kooperationsinteressen. Eine Betrachtung der zukünftigen Umweltpolitik und der Geschichte der „Abderiten“ (1781). In: Mez, Lutz/Weidner, Helmut (Hg.) 1997.
- Voss, Gerhard 1997: Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung - Darstellung und Kritik. Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik 237, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Köln.
- Walzer, Michel 1996 (94): Lokale Kritik – globale Standards, Hamburg.
- Warsewa, Günther 1997: Moderne Lebensweise und ökologische Korrektheit. Zum Zusammenhang von sozialem und ökologischem Wandel. In: Brand, Karl-Werner (Hg.) 1997.
- Wehling, Peter 1992: Die Moderne als Sozialmythos, Frankfurt a.M./New York.
- Wehling, Peter 1998: Gesellschaftliche Naturverhältnisse - Konturen eines theoretischen Konzepts. In: Brand (Hg.) 1998.
- WWF (Umweltstiftung WWF Deutschland) (Hg.) 1994: Die Umsetzung der Agenda 21: Indikatoren für eine tragfähige Zukunft und eine nachhaltige Entwicklung, Frankfurt.
- Zapf, Wolfgang (Hg.) 1971: Theorien des sozialen Wandels, Köln.
- Zapf, Wolfgang (Hg.) 1990: Die Modernisierung moderner Gesellschaften, Frankfurt.
- Zapf, Wolfgang 1990: Modernisierung und Modernisierungstheorien. In: Zapf, Wolfgang (Hg.) 1990.
- Zapf, Wolfgang 1994: Modernisierung, Wohlfahrtsentwicklung und Transformation, Berlin.
- Zapf, Wolfgang 1996: Die Modernisierungstheorie und unterschiedliche Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung. In: Leviathan 24.

Erklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich diese Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel und Quellen benutzt habe.

Ulrich Schachtschneider

Oldenburg, den 15.07.01

Ulrich Schachtschneider

Stahlbetonbauer, Dipl.-Ing., Dipl.- Soz.Wiss.

Geb. 1962 in Oldenburg

Nach dem Abitur von 1981 bis 1988 Jobber, Lehre und Arbeit als Stahlbetonbauer. Von 1988 bis 1993 Studium des Maschinenbaus an der Fachhochschule Bremen, Fachrichtung Energietechnik. Zwischenzeitlich 1 Jahr freies Studium der Universität Oldenburg. Von 1993 bis 1998 Studium der Sozialwissenschaften an der Universität Oldenburg, Schwerpunkt Umweltpolitik/ Umweltplanung. Abschluß 1998 mit der Diplom-Arbeit: „Das Gesellschaftsbild in ausgewählten Nachhaltigkeitskonzepten für Industrieländer“.

Von 1992 bis 1994 freier Mitarbeiter im Energieberatungsbüro ibek, Bremen. Von 1994 bis 1998 Gesellschafter der Ingenieurs- und Physiker-Sozietät PLANET (Planungsgruppe Energie und Technik), Oldenburg. Dortige Tätigkeiten u.a.: Erstellung von Gutachten zur Energieeinsparung bei öffentlichen, privaten und gewerblichen Auftraggebern, Energiekonzepte für Neubaugebiete, Planungsleistungen für ressourcensparende Wärmetechnik, Seminare für Energiebeauftragte von Schulen.

Hausmann 1994 und 1999.

Seit 10/1999 als Promotions-Stipendiat der Hans Böckler Stiftung Angehöriger des Instituts für Soziologie der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.